

STUFEN ZUM



GALGEN

Militzke BIOGRAPHIE

Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen

Herausgegeben von K. Pätzold und M. Weißbecker

Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Herausgeber)

STUFEN ZUM GALGEN

Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen

Mit Beiträgen von

Peter Black, Dietrich Eichholtz,

Werner Fischer, Gerhart Hass,

Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker

Militzke Verlag

Leipzig 1996

[7:]

Vorwort

Am 1. Oktober 1946 entstand in Nürnberg ein außergewöhnliches Foto. Sein Bild entschlüsselt sich erst bei näherem Hinsehen. Ein Fotograf hatte seine Kamera auf die Hand eines Taxifahrers gerichtet. Er hielt so den Moment fest, da auf ein vorbereitetes Blatt Papier hinter den Namen von 22 Personen – 20 Deutschen und zwei Österreichern – die Urteilssprüche notiert wurden, die ihnen soeben verkündet worden waren. Zwölfmal bedeutete der Eintrag: Todesstrafe. Sieben Angeklagte waren zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Drei konnten als freie Männer das Gerichtsgebäude verlassen, da sie im Sinne der erhobenen Anklage als nicht schuldig angesehen worden waren.

[8:] Das Foto* mit seinen Eintragungen ist ein Dokument von vielen, aus dem sich die Spannung erkennen läßt, mit welcher das Ende jenes Gerichtsverfahren erwartet wurde, das später als „Jahrhundertprozeß“ bezeichnet werden sollte. Viele Blicke der zumeist hungrig zwischen den Trümmern ihrer Städte lebenden Deutschen hatten sich seit Monaten auf die einstige „Stadt der Reichsparteitage“ gerichtet. Dort tagte das Tribunal gegen die führenden Politiker und Militärs, die als Hauptkriegsverbrecher auf die Anklagebank beordert worden waren. Als bald verbreiteten in allen Besatzungszonen Zeitungen auf ihren Frontseiten die Urteile und deren Begründungen ...

Dieses Buch handelt von jenen zivilen und militärischen Führern des Naziregimes, die am 16. Oktober 1946, nachdem Gnadengesuche durchweg abgelehnt worden waren, die dreizehn Stufen zum Galgen hinaufzusteigen hatten und gehenkt wurden. Das waren zehn Männer. Der ihnen als erster hätte vorangehen müssen, Hermann Göring, hatte sich nur Stunden vor dem Hinrichtungstermin mittels Gift selbst umgebracht. Und der zwölfte der zum Tode Verurteilten, Martin Bormann, war in Abwesenheit angeklagt worden. Über seinen Verbleib war keine Klarheit zu gewinnen gewesen, so daß angenommen werden konnte, er würde sich verborgen halten.

Was veranlaßt fünf deutsche und einen amerikanischen Historiker, ein halbes Jahrhundert nach dem ruchlosen Ende derer, die der Urteilsspruch „death by hanging“ traf, zu ihrem Leben und ihren Untaten zurückzukehren? In den vergangenen Jahrzehnten wurde die Aufmerksamkeit, wenn vom Zeitraum deutscher Geschichte zwischen 1933 und 1945 gesprochen wurde, durch viele Publikationen vorwiegend und zunehmend auf Hitler gerichtet. Hitlers Ideologie, Hitlers Politik, Hitlers Krieg – so lauten die Verkürzungen. Schon die Personen der zweiten Führerreihe erscheinen meist nur als Weisungen und Befehle ausführende Gehilfen. So hatten sich auch die Angeklagten in Nürnberg selbst dargestellt. Doch das Gericht, Staatsanwälte wie Richter, zerriß diese Schutzbehauptung und vermochte, die herausragende und eigenständige Rolle jedes Angeklagten nachzuweisen. Dieses Bild hat sich der Nachwelt wenig eingepreßt. Es ist weitgehend verblaßt und durch einen – nicht durchweg – negativen Hitlerkult ersetzt worden. Dieser Rückschritt könnte allein schon die Notwendigkeit begründen, zum Nürnberger Prozeß und den Erkenntnissen zurückzukehren, die er zutage förderte. Das bedeutet jedoch nicht, daß hier der Verlauf des Verfahrens rekonstruiert werden müßte. Von Teilnehmern und Beobach-[9:]tern ist das mehrfach und eindrucksvoll geleistet worden. Auch die historische und juristische Rechtmäßigkeit der Urteile braucht keine erneute Begründung oder Rechtfertigung.

Das Interesse der Autoren dieses Bandes richtet sich auf den besonderen Anteil, den die in Nürnberg Hingerichteten am Aufkommen des Faschismus in Deutschland, an seinem Sieg über Republik und Arbeiterbewegung und daran besitzen, daß Europa und die Welt in den Zweiten Weltkrieg gestürzt und Millionen Menschen kaltblütig ermordet wurden. Wer sich so auf die Lebenswege der Täter begibt und die Spuren verfolgt, die sie in die Geschichte zogen, stößt auf viele Fragen. Manche wurden von der Forschung bisher nur zu einem Teil und mitunter auch konträr beantwortet: Warum und wie wurden die erstrangigen Plätze in Staat und Gesellschaft gerade von diesen Personen besetzt? Wie waren sie an die Seite Adolf Hitlers geraten und was verband sie mit ihm? Auf welche Weise wirkten sie mit diesem von ihnen erwählten „Führer“ zusammen? Welche Rolle spielten Herkunft und Erziehung, frühe Erfahrungen, Vorstellungen und Charaktereigenschaften für die Entscheidungen, die sie trafen?

* Alle im Text erwähnten Fotos siehe ab Seite 241.

Worauf richteten sich ihre Interessen, was trieb ihr Handeln an und in jenes geschichtlich beispiellose politische Verbrechen? Und schließlich: Mußten ihre Biographien so verlaufen und dort münden, wo sie schimpflich endeten?

jene zivilen und militärischen Führer des Naziregimes, die auf der Anklagebank des Internationalen Militärtribunals saßen und schließlich dem Henker überliefert wurden, stammten durchweg aus gesicherten bürgerlichen Verhältnissen. Es standen ihnen ganz andere Lebenswege offen, als sie von ihnen gewählt und beschritten wurden. Mit zwei Ausnahmen Wilhelm Keitel und Fritz Sauckel – kamen sie aus Familien des Besitz- oder des Bildungsbürgertums. Der überwiegende Teil der Väter gehörte zur Beamtenschaft, die einen als Lehrer, andere als Berufsoffiziere und einer in der Kolonialverwaltung tätig. Zwei der Väter arbeiteten als Rechtsanwälte und einer war ein erfolgreicher Kaufmann. Wer in solchen Verhältnissen groß wurde, besaß erfolgsversprechende Lebenschancen und brauchte soziale Katastrophen nicht zu fürchten.

Das soziale Herausgehobensein der später zum Tode Verurteilten schlug sich schon in der Ausbildung nieder, die sie genossen. Acht hatten Gymnasien bzw. eine Oberrealschule besucht. Sechs davon hatten sie mit dem Abitur beendet, zwei die Schulzeit vorzeitig aus eigenem Entschluß und ohne Not abgebrochen. Zwei andere absolvierten auf dem Wege zum Militärberuf Kadettenanstalten, und einer erhielt seine Unterweisung auf [10:] einem Lehrerseminar. Während drei die Offizierslaufbahn einschlugen, immatrikulierten sich fünf an Universitäten. Von diesen brachten es wiederum vier bis zur Promotion: Sie alle erlangten den Doktor der Rechtswissenschaft. Nahezu jeder dieser späteren Führer besaß durch Herkunft und Ausbildung im dritten Lebensjahrzehnt feste Grundlagen für den Aufbau einer soliden bürgerlichen Existenz. Niemand sah sich dem unausweichlichen Zwang ausgesetzt, seine zweite, eine politische Karriere an der Seite Hitlers zu beginnen. Das aber taten sie alle, die meisten lange vor dem 30. Januar 1933. Zu ihnen traten später Wilhelm Keitel und Alfred Jodl hinzu, die als Berufsoffiziere des kaiserlichen Heeres in die Reichswehr übernommen worden waren. Arthur Seyß-Inquart und Ernst Kaltenbrunner gelangten erst mit und nach dem „Anschluß“ Österreichs in den Vordergrund der großdeutsch-imperialistischen Politik im Zeichen des Hakenkreuzes.

Was zog oder trieb sie alle auf die Bahn politischen Abenteuerertums? War es das Ungenügen an ihren bisherigen Berufen und Tätigkeiten? Fühlten sie sich zu „Höherem“ bestimmt? Regierten sie Ehrgeiz und Ruhmsucht? Führte sie ein Zufall mit Hitler zusammen und waren es dann – meist einseitig und falsch Faszination genannte – unerklärliche Bindekräfte, die sie zu seinen Gefolgsleuten und Paladinen machten? Darauf kann es keine allgemeingültigen Antworten geben, wenn mitunter auch Identität oder Parallelität der Strukturen des Denkens und der Motive des Handelns zutage liegen. Dennoch deckten sich die entscheidungsbildenden Faktoren vielfach nicht. In nahezu allen Fällen aber wurden die definitiven Lebensentschlüsse alsbald nach dem Ende des Kaiserreichs und unter dem Eindruck der deutschen Niederlage im Weltkrieg getroffen.

Acht der Verurteilten waren im Deutschen Kaiserreich geboren worden, zwei erblickten in der K. u. K. Monarchie das Licht der Welt und einer stammte aus den baltischen Gebieten des Zarenreiches. Die Monarchien in Deutschland und Österreich hatten ihnen viel bedeutet. Wer alt genug, kriegstauglich und ausgebildet war, zog 1914 begeistert auf die Schlachtfelder und wollte den Sieg fürs Vaterland erringen. Für die drei im deutschen Heer als Berufssoldaten Dienenden – Göring, Keitel und Jodl – verstand sich das von selbst. Drei weitere waren als Reserve-Offiziere Kriegsteilnehmer. Einer befand sich im Zarenreich, ein anderer in französischer Internierung, ein dritter war kriegsuntauglich und zwei weitere waren noch zu jung, um am Völkermord teilzunehmen.

Bei „Gedienten“ wie „Ungedienten“ schlug 1918 der bis dahin nach außen gekehrte Mordspatriotismus in Haß gegen Revolution und Republik um. [11:] Diese und nicht die verfehlte, größtenwahnsinnige imperialistische Politik der Monarchen und Regierungen machten sie für die Wende der deutschen wie der österreichischen Geschichte verantwortlich. Sie glaubten, „Marxisten“ und „Novemberverbrecher“ sowie deren angebliche Anstifter, die Juden, hätten ihre Lebensideale zerstört. Sie haßten die Menge, die sich zu geschichtlicher Aktion erhoben hatte und verachteten sie als „Pöbel“. Und zugleich sehnten sie sich nach Zuständen, in denen diese Massen ihnen unter den Zeichen eines

überbordenden, gewalttätigen Nationalismus und mit dem Willen zur kriegerischen Revanche gehorchen und folgen würden. Im „Kampf gegen Versailles“ und für ihr Verständnis der Liedzeile „Deutschland, Deutschland über alles in der Welt“ war ihnen jedes Mittel recht, wobei es im Kern keinen Unterschied machte, daß die einen öffentlich als Hetzer gegen den Frieden hervortraten, die anderen verborgen an der Vorbereitung des nächsten Krieges arbeiteten.

Diese geistige, politische und praktische Frontstellung, die reaktionäre Rebellion gegen die Nachkriegszustände, machte die späteren Angeklagten von Nürnberg noch keineswegs zu Außenseitern innerhalb der deutschen Eliten. Während sich jedoch viele ihnen Gleichgesinnter in die Gesellschaft der ungeliebten Republik einordneten, gut verdienten, stillhielten und abwarteten, erklärten sich Hitlers spätere Mitführer zu Todfeinden des Weimarer Staates und sahen ihr erstes Großziel in dessen Beseitigung. Diese Grundhaltung und -stimmung führte den einen früher, andere später auf die Seite der äußersten politischen Rechten und in die noch lichten Reihen der NSDAP. Die Daten sprechen für sich: 1919 geriet Hans Frank in das Umfeld der Hitlerpartei. Im gleichen Jahr gesellte sich Alfred Rosenberg ihr zu. Da schon wurde Wilhelm Frick, ohne als bayerischer Beamter deren Mitglied zu sein, ihr Förderer. 1922 kam Hermann Göring hinzu, Fritz Sauckel trat der SA bei und Julius Streicher führte seine Nürnberger Gefolgschaft Hitler zu. Fünf derer, die 1946 mit der Todesstrafe belegt wurden, nahmen in München am 8./9. November 1923 am Putsch gegen die Republik teil. Ihr Weg auf Anklagebank und Schauffott war der längste gewesen – sie gehörten im eigentlichen Sinne zu den „alten Kämpfern“.

Der Weimarer Staat behandelte seine Totengräber glimpflich. Zwei Putschisten entkamen ins Ausland, konnten aber alsbald nach Deutschland zurückkehren. Zwei wurden zu unbedeutenden Haftstrafen verurteilt. Einer blieb strafrechtlich unbelangt, so daß er sogleich an den Aufbau einer illegalen Nachfolgeorganisation der NSDAP gehen konnte. Nein, Leidenswege hatten diese Vorkämpfer der faschistischen Diktatur nicht zurückge-[12:]legt, als ihnen die Staatsmacht 1933 ausgeliefert wurde. Übrigens: Darin, daß die aus bayerischen Landschaften, vom Allgäu aus Franken und der Pfalz stammenden Naziführer im Kreis der Gehenkten die Mehrheit bildeten, drückte sich sinnfällig das Ursprungsgebiet der Bewegung aus. Nicht nur Göring, Frank, Frick, Streicher und Sauckel waren im Lande der Wittelsbacher geboren, sondern auch – und hier ergänzt der Zufall das Bild – Jodl.

Mit dem Jahr 1933 begann für sie alle ein neuer Lebensabschnitt. Von nun an vollzog sich ihr weiterer Aufstieg rasant. Ihre Karrieren führten sie bis an die Spitze der Staatspyramide. Neun bekleideten 1945 das Amt von Ministern oder das von Leitern oberster Reichsbehörden. Als Reichsminister fungierten Frick und Göring seit 1933, Frank seit 1934, Ribbentrop seit 1938, Seyß-Inquart seit 1939 und Rosenberg seit 1941. Keitel war ihnen als Chef des Oberkommandos der Wehrmacht gleichgestellt. Kaltenbrunner leitete das Reichssicherheitshauptamt, und Sauckel übte das Amt eines Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz aus. Gleiche Ränge bedeuteten nicht auch gleiche Machtanteile. Görings Befugnisse überragten lange Zeit bei weitem die aller anderen. Faktisch galt – mit der Ausnahme des Himmler zugeordneten Kaltenbrunner –, daß es zwischen ihnen und Hitler keine Zwischeninstanz, keinen weiteren Vorgesetzten gab. Sie waren im wirklichen Sinne die „Mit“-Führer.

Das traf in anderer Weise auch und vollständig auf Jodl zu, den engsten militärisch-operativen Berater Hitlers. Aus dieser Reihe fiel nach seinem Einfluß auf politische und militärische Entscheidungen einzig Streicher heraus, der „Stürmer“-Herausgeber und skrupellose intellektuelle Anstifter des Judenmords. Vier der gehenkten Minister waren während des Krieges Herren über Leben und Tod in deutsch-besetzten Ländern geworden: Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, Generalgouverneur und Herr über weit Gebiete des okkupierten Polen, Reichskommissar der Niederlande und Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, d. h. für weite, zwischen dem Baltikum und dem Schwarzen Meer gelegene Teile des eroberten Westens der UdSSR. Sie besaßen einen besonderen Anteil an der Verklavung und Ausplünderung, Ausraubung und Vernichtung der Bewohner in diesen Gebieten.

Über viele Jahre hinweg hatten die Verurteilten gemeinsame Sache gemacht. Das bedeutete jedoch nicht, daß sie sich in dieser Zeit auch persönlich näher gekommen und in engere oder gar freundschaftliche Beziehungen getreten wären. Nicht zwei von ihnen standen auf vertrautem Fuße. Auch Keitel und Jodl war aus ihrer gemeinsamen Arbeit, die über [13:] Jahre auf engstem Raum im

Führerhauptquartier an Hitlers Seite erfolgte, Verbundenheit nicht zugewachsen. Selbst die alten Komplizen des Marsches zur Feldherrnhalle am Münchener Odeonsplatz hatten füreinander keine freundschaftlichen Gefühle entwickelt. Nun, da sie auf der Anklagebank dicht und unbequem wie nie zuvor beieinander hockten, saßen sie zugleich fern voneinander. Je länger der Prozeß dauerte, um so mehr war jeder nur um seine Person besorgt. Nichts verband sie, was sich mit offenem Visier hätten verteidigen lassen. Ihre Verhaltensweisen und Rechtfertigungsstrategien vor Gericht – Göring hatte sie anfänglich strikt ausrichten wollen – unterschieden sich, je weiter der Prozeß vorankam, recht erheblich.

Klug oder zumindestens schlau traten sie alle auf. Keinem fehlte die Fähigkeit zu reden und eigene Wirkungen zu berechnen. Sie waren um ihr Heil besorgt und auch um das Bild, mit dem sie in die Geschichte einzugehen wünschten. Wortreich beriefen sie sich auf ihre als edel und uneigennützig charakterisierten nationalen Ziele, auf ihre angeblich so hehre und aufopferungsvolle Liebe zum deutschen Vaterlande. Beredt hoben sie [14:] auch ihre angeblich sozialen Motive hervor. Sie erwähnten die Nöte und Sorgen der Deutschen, die niemals größere und bittere erlitten hatten als im Augenblick dieses Prozesses. Niemand von ihnen hätte den Krieg gewollt. Zu brutaler Kriegführung seien sie durch die Gegenwehr der Feinde gedrängt worden. Sie beriefen sich darauf, daß in allen Kriegen einzelne Verbrechen geschehen und im jüngsten auch von Armeen der Antihitler-Koalition begangen worden seien. Und immer wieder machten sie den toten Hitler und nächst ihm Himmler für die nicht zu leugnenden Mordtaten verantwortlich. Sie waren lediglich die guten und blinden Glaubens Ge- und Verführten, die Hintergangenen, Getäuschten und Betrogenen – selbst mehr Opfer denn Täter.

Wie kläglich wirkte all das angesichts ihres Schuldkontos. Auf diesem standen – nach dem Grad ihrer Beteiligung differenziert – Millionen Tote: Ermordet in Vernichtungs- und Konzentrationslagern, umgebracht in „Heilanstalten“, die in Tötungseinrichtungen verwandelt worden waren, erschossen als Partisanen und Widerstandskämpfer, gestorben im Kriege an den Fronten und im Hinterland, verhungert unter der Besatzungsherrschaft und umgekommen als Opfer von Seuchen. Wie weit mußte man in der Geschichte Europas zurückdenken, um auch nur einige seiner Landstriche in einem ähnlichen Zustand sich vorzustellen? Bis zu den Napoleonischen Kriegen? Bis in die Jahrzehnte des Dreißigjährigen Krieges? Der Nachkriegskontinent war angefüllt mit Obdachlosen, Waisen und Witwen, Krüppeln und Kranken, bis auf die unterste Stufe des Elends Herabgekommenen. Weite Gebiete Europas, städtische wie ländliche, waren Trümmerlandschaften. Was Generationen an Produktivkräften geschaffen hatten, war in Ruinen- und Schrotthaufen verwandelt. Und – nicht zu vergessen – die moralischen Schäden, die die europäischen Völker weithin genommen hatten, diejenigen der faschistischen Mächtekoalition am stärksten. Nie zuvor hatten auf diesem Kontinent so viele Menschen gelebt, die an klar beschreibbaren, vielfach dennoch unvorstellbaren Verbrechen beteiligt gewesen waren und die nun alle wünschten, ungestraft davon zu kommen.

Nicht zufällig gaben die Angeklagten gerade gegenüber den schwerwiegendsten Verbrechen, die sie begangen hatten oder die aus ihrer gemeinsamen Politik erwachsen waren, Unwissenheit und Unbeteiligtsein vor. Dies veranlaßte den amerikanischen Ankläger zu einer ebenso spöttischen wie sarkastischen Gegenrede: „Wenn wir nur die Erzählungen der vorderen Reihe der Angeklagten zusammensetzen, so bekommen wir folgendes lächerliche Gesamtbild von Hitlers Regierung; sie setzte sich zusammen [15:] aus: Einem Mann Nummer 2, der nichts von den Ausschreitungen der von ihm selbst eingerichteten Gestapo wußte, und nie etwas vermutete von dem Ausrottungsprogramm gegen die Juden, obwohl er der Unterzeichner von über 20 Erlassen war, die die Verfolgung dieser Rasse ins Werk setzten. Einem Mann Nummer 3, der nur ein unschuldiger Mittelsmann war, der Hitlers Befehle weitergab, ohne sie überhaupt zu lesen, wie ein Briefträger oder ein Botenjunge. Einem Außenminister, der von auswärtigen Angelegenheiten wenig und von der auswärtigen Politik gar nichts wußte. Einem Feldmarschall, der der Wehrmacht Befehle erteilte, jedoch keine Ahnung hatte, zu welchen praktischen Ergebnissen diese führen würden. Einem Chef des Sicherheitswesens, der unter dem Eindruck war, daß die polizeiliche Tätigkeit seiner Gestapo und seines SD im wesentlichen derjenigen der Verkehrspolizei gleichkam. Einem Parteiphilosophen, der an historischen Forschungen interessiert war und keinerlei Vorstellungen von den Gewalten hatte, zu denen im 20. Jahrhundert seine Philosophie ansprach. Einem Generalgouverneur von Polen, der regierte, aber nicht herrschte. Einem

Gauleiter von Franken, der sich damit beschäftigte, unflätige Schriften über die Juden herauszugeben, der jedoch keine Ahnung hatte, daß sie irgend jemand jemals lesen würde. Einem Innenminister, der nicht wußte, was im Innern seines eigenen Amtes vor sich ging, noch viel weniger etwas wußte von seinem eigenen Ressort und nichts von den Zuständen im Innern Deutschlands. Einem Reichsbankpräsidenten, der nicht wußte, was in den Stahlkammern seiner Bank hinterlegt und was aus ihnen herausgeschafft wurde. Und einem Bevollmächtigten für die Kriegswirtschaft, der geheim die ganze Wirtschaft für Rüstungszwecke leitete, jedoch keine Ahnung hatte, daß dies irgend etwas mit Krieg zu tun hätte.“¹

Mit Bezug auf die Gefolgschaft, die sie Hitler geleistet hatten, mußten sich die Deutschen fragen lassen: „Aber ausgerechnet den ...?“ Mit dem Blick auf die beiden Nürnberger Anklagebänke erweitert sich die Frage. Warum gerade diese Politiker und Militärs? Wie konnten die Deutschen diesem Reichsmarschall Bewunderung entgegenbringen? Wie konnten Richter und Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Notare diesem „Reichsjuristenführer“ auf Kundgebungen während der Juristentage zu jubeln? Wie Beamte den Reichsinnenminister feiern? Wie Geisteswissenschaftler den „Philosophen“ Rosenberg akzeptieren? Die Antwort liegt nicht in geheimnisvollem Dunkel, wiewohl sie – schon in Nürnberg von der Verteidigung und dann wieder und wieder von Politikern und Historikern – mit Vorliebe dorthin verlegt wurde. Diese Söhne aus deutschen Bürgerhäusern, studierte Juristen [16:] und gelernte Militärs, karrieresüchtige Führer in Zivil und Uniform, waren keine Ausnahmereisnerungen – sie repräsentierten die im Dritten Reich zum Zuge gekommene Durchschnittlichkeit der deutschen Eliten.

Der Blick in den Nürnberger Gerichtssaal und auf dessen Anklagebank eröffnet nicht nur die Sicht auf zweiundzwanzig Politiker und Militärs, von denen hier elf mit ihren Biographien dargestellt werden. Er gibt die Sicht frei auf Deutschland und seine Geschichte in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts, ja er beleuchtet sie in einer von manchen noch immer, von anderen bereits wieder als unangenehm empfundenen Schärfe. Das bleibt das Verdienst der Juristen der vier Siegermächte sowie der Männer und Frauen in ihren Stäben, die eine Arbeit auf sich nahmen, welche zuvor noch niemand in der Geschichte hatte leisten müssen. Auf ihnen lastete zudem die Erwartung von Millionen Menschen in aller Welt. Sie forderten, daß die begangenen Verbrechen nicht ungestraft bleiben dürfen. Sie verlangten, daß wirksame Barrieren gegen denkbare Wiederholungen geschaffen würden. Dem suchten die Richter von Nürnberg im Bewußtsein der Begrenztheit ihrer Möglichkeiten und Wirkungen gerecht zu werden.

Sie waren entschlossen, wie Robert M. W. Kempner, einer der Ankläger, sich ausdrückte, den „Augiasstall“ zu säubern.² Doch es leitete sie das Prinzip: Recht, nicht Rache. Daher war von ihnen auch jeder Gedanke an einen „kurzen Prozeß“ verworfen worden. Und sie waren bestrebt, die Breite gesellschaftlicher und individueller Verantwortlichkeit für Faschismus, Krieg und Verbrechen an der Menschheit gerichtsnotorisch zu markieren. Das brachte nicht nur Hitlers Mitführer im Braunhemd und Reichsleitertuch vor die Schranken des Gerichts, sondern ebenso Militärs und zivile Kommandeure aus Wirtschaft und Staatsbürokratie, aus Diplomatie und Propaganda.

Das Nürnberger Gericht gewährte den Angeklagten einen fairen Prozeß. Seine Richter bewiesen bewundernswerte Geduld. Davon kann sich rasch überzeugen, wer auch nur wenige Seiten des Verhandlungsprotokolls liest. Keinem ihrer Gegner hatten die verbrechenbeladenen Männer, die Europa unter das Hakenkreuz zwingen wollten, je ein vergleichbares Verfahren zugestanden. Der dennoch nicht verstummende Vorwurf, in Nürnberg sei „Siegerjustiz“ praktiziert worden, kann sich nicht auf Belege stützen. Er ist aus neuen machtpolitischen Interessen geboren und zielt darauf, sich den „unglaublichen Tatsachen“ nicht zu stellen, für die vor Gericht massenhaft „glaubhafte Beweise“ beigebracht und dokumentiert wurden.

¹ Zit. nach Telford Taylor: Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht, München 1995, S. 570 f.

² Zit. nach Heiner Lichtenstein: Robert M. W. Kempner. In: Gegen Barbarei. Essays Robert M. W. Kempner zu Ehren. Hg. v. Reiner Eisfeld und Ingo Müller, Frankfurt a. M. 1989, S. 29.

[17:] Seit dem Ende des Nürnberger Prozesses ist ein halbes Jahrhundert vergangen. Sein Verlauf, seine Ergebnisse und seine Wirkungen wurden Gegenstand historischer und juristischer Forschungen und riefen kontroverse Erörterungen hervor. Die Mehrheit der Historiker, Juristen und Politiker in aller Welt bezweifelt heute weder die Notwendigkeit noch die Rechtmäßigkeit des Prozesses. Daß seine Wirkungen in die Zukunft und bis zum heutigen Tage beschränkt und weit unter den Erwartungen von Zeitgenossen und Nachgeborenen geblieben sind, kann zum wenigsten den Richtern und Staatsanwälten des Tribunals angelastet werden. Daß Millionen Menschen in Indochina, Algerien, Afghanistan, Jugoslawien und in vielen, vielen anderen Ländern Kriege durchlebten und heutigentags erleiden, Opfer von Massenverbrechen wurden, haben erneut Politiker und ihre mehr oder weniger großen Gefolgschaften zu verantworten. Die bitteren Tatsachen der Weltgeschichte, die sich nach Nürnberg ereigneten, können folglich rechtens nicht gegen den 1945/1946 unternommenen Versuch gewendet werden, Geschichte und Gerechtigkeit einander näherzubringen. Ja, daß in der „großen Politik“ wie im Alltag auf die Missetat die Strafe folgen soll, ist noch ein Traum geblieben. Doch ist nicht entschieden, daß es dabei bleiben muß. Die Richter der vier Siegermächte haben einen historischen Meilenstein aufgerichtet, hinter den es jedenfalls gedanklich kein Zurück gibt. Der Gedanke aber ging in der Menschheitsgeschichte noch stets der Tat voraus. Die Abstände zwischen beiden waren mitunter weit. Die Menschen haben es in der Hand, sie zu verlängern oder zu verkürzen.

Berlin/Jena, im Juli 1996

Kurt Pätzold

Manfred Weißbecker

[18:]

Dietrich Eichholtz

HERMANN GÖRING

„... dann kommt die Stunde, wo Deutschland reich ist“¹

Einer der zum Tode durch den Strang Verurteilten fehlte, als am 16. Oktober 1946 in aller Frühe die Nürnberger Todeskandidaten zur Hinrichtung geführt wurden: Hermann Göring, der „Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches“, der sich in den vielen Wochen des Prozesses als Nachfolger des „Führers“ und als Bewahrer seines Vermächtnisses geriert hatte. Er hatte sich dem Henker durch Selbstmord entzogen. Die Zyankalikapfel hatte er, wie er in seinem Abschiedsbrief schrieb, während der gesamten Haft- und Prozeßzeit verstecken können; womöglich war sie ihm aber doch später von jemandem zugesteckt worden.

Da lag er auf seiner Pritsche, 53 Jahre alt, schlaffen Gesichts und trotz starker Gewichtsabnahme von immer noch schwammiger Fülle. Bei keinem der Angeklagten war das Todesurteil, vom alliierten Gericht am 1. Oktober verhängt, eine so unausweichliche Konsequenz umfassender Gesamtverantwortung für das mörderische Regime, für den schlimmsten Angriffs-, Raub- und Rassenkrieg aller Zeiten und für so barbarische Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie bei ihm.

Über Hitler ist gesagt worden, daß er gerade als eine gesellschaftliche Null, als verkrachte Existenz zwischen allen Klassen die Voraussetzungen als Integrationsfigur des deutschen Faschismus gehabt hätte, so daß er den herrschenden Eliten als immerhin akzeptabel, den Mittelschichten als eine politische Hoffnung und vielen Arbeitern als ihr Interessenvertreter, ja sogar als einer der Ihren erscheinen konnte. Göring war ein Faschist von anderer sozialer Couleur. Er gehörte zu derjenigen Schicht, aus der schon in früheren Zeiten politische Persönlichkeiten, zumindest aber gehobene, konservative, nationalistisch gesinnte Beamte des Deutschen Reiches gekommen waren. Seine Affinität zum Faschismus, die ihn zum bedingungslosen Anhänger Hitlers und seiner „Bewegung“ werden ließ, wurzelte aber – ganz ähnlich wie beim „Führer“ – in seinem militanten Nationalismus und Revanchismus und in seinem Haß auf die „Novemberverbrecher“, die sozialdemokratisch beeinflussten Arbeiter und Soldaten, die den Krieg mit der Revolution beantwortet und seinesgleichen die [19:] Offiziersschulterstücke und ihre blutigen Orden abgerissen hatten. Sie wurzelte zugleich in seinem geradezu animalischen Drang nach Macht und Bereicherung, zu denen seiner gesellschaftlichen Schicht, besonders aber den abgehalferten, ausbildungslosen „Kriegshelden“, zu denen er gehörte, der Zugang in der Weimarer Republik erheblich erschwert war.

Für Hitler war Göring ein höchst willkommener Mitstreiter, der ihm Kreise des Bürgertums und der Reichswehr zuführte, die weder er noch seine anderen Satrapen vorerst erreichten. Göring brachte ihn später bei seinen Aufenthalten in Berlin mit diesen Kreisen in Fühlung. Hitler wird ihm auch ein gut Teil der dort üblichen gesellschaftlichen Umgangsformen abgesehen haben. Göring war ein passabler Redner, mit einem Schuß volkstümlichen Humors, der Hitler abging, und hatte als Flieger-As und Pour-le-mérite-Träger des Ersten Weltkriegs, als Sohn eines hohen kaiserlichen Kolonialbeamten und Diplomaten, ferner durch seine auswärtigen Beziehungen und Sprachkenntnisse Zugang auch zu diplomatischen Kreisen und sogar zum abgedankten deutschen Kronprinzen und dessen Brüdern. Der

¹ Das vollständige Zitat und dessen Quelle siehe Anmerkung 21.

Die Zahl der biographischen Publikationen über Göring ist verhältnismäßig groß. Obwohl geschlossene Quellenbestände nicht mehr existieren, lassen eine Reihe von relevanten Archivbeständen, breiter gefaßte Quellenpublikationen und Veröffentlichungen über die NS-Zeit, Tagebücher (Goebbels, Milch), Memoiren von Zeitgenossen usw. genauere wissenschaftliche Untersuchungen des Lebens und Wirkens Görings zu. David Irving hat sich um die Auffindung und Erschließung neuer Quellen verdient gemacht, wertet diese aber in unvermeidbar apologetischer und vielfach reißerischer Weise aus (David Irving: Göring, 3. Aufl., München/Hamburg 1987; mehrere weitere Auflagen in Englisch und Deutsch). Die wichtigsten neueren Publikationen stammen von Richard J. Overy (Göring. The ‚Iron Man‘, London 1984; dtsh.: Hermann Göring. Machtgier und Eitelkeit, München 1986), Alfred Kube (Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986) und Stefan Martens (Hermann Göring. „Erster Paladin des Führers“ und „Zweiter Mann im Reich“, Paderborn 1985).

lebhaften Umgang in diesen Kreisen verschaffte ihm selber ebenso [20:] große Genugtuung und befriedigte seine Eitelkeit in ähnlichem Maße wie die Unentbehrlichkeit, die diese Beziehungen ihm bei Hitler eintrugen.

Göring war im Herbst 1922 mit Hitler bekannt geworden, der ihn wenige Monate später zum Führer der SA machte, einer noch kleinen, auf Bayern beschränkten Schlägertruppe und Privatarmee der NSDAP. Diese Beschäftigung schien Göring, der gerade eine verwöhnte schwedische Adlige geheiratet hatte, wenigstens eine feste, bezahlte Stellung zu sichern; abgesehen davon war er, wie er später in Nürnberg aussagte, damals, nach der Kriegsniederlage und in der revolutionären Nachkriegszeit, „von Anfang an bereit, (sich) an jeder Revolution zu beteiligen, gleichgültig, wo und von wem sie ausging, außer wenn sie von links gekommen wäre“.²

Doch die erste Verbindung mit Hitler war nicht von Dauer. Am Putsch vom 9. November 1923 in München teilnehmend, wurde Göring an der Feldherrnhalle an der Hüfte verwundet, lag, nach Österreich entkommen, monatelang im Krankenhaus und floh danach vor der drohenden Ausweisung und gerichtlichen Verfolgung weiter nach Italien, später nach Schweden.

Mittellos, inzwischen morphiumsüchtig, kehrte er erst im Herbst 1927 nach Deutschland zurück. Aus den Mitgliederlisten der NSDAP war er seit 1924 gestrichen worden. Nach kurzer Tätigkeit als Vertreter und Lobbyist von Flugzeug-, Motor- und Luftverkehrsfirmen (BMW; Heinkel; Lufthansa) stand er auf Hitlers Vorschlag schon im Frühjahr 1928 auf der Kandidatenliste der NSDAP für die Reichstagswahlen im Mai und zog in den Reichstag ein.

Nun begann die Zeit, in der Hitler seine Partei bei den deutschen Eliten und in den Zirkeln der Macht gesellschaftsfähig zu machen bestrebt war, und hierbei spielte Göring eine Schlüsselrolle. Während Goebbels als Berliner Gauleiter die „dreckige“ Parteiarbeit in der Hauptstadt machte, Massenversammlungen und Saalschlachten organisierte und seine Schlägerkolonnen formierte, verkehrte Göring als „politischer Berater des Führers“ in den „feinen“ Kreisen Berlins: bei Industriellen und Bankiers – wie Fritz Thyssen, Hjalmar Schacht und Emil Georg von Stauss – bei Offizieren, Aristokraten und bei in- und ausländischen Diplomaten. Er war es, der den Hitlerfaschismus in diesen Kreisen, die seine „vernünftigen“ Argumente und besseren politischen Manieren schätzten, gewissermaßen hoffähig machte.

Nach den Septemberwahlen 1930 war die NSDAP-Fraktion im Reichstag von sieben plötzlich auf 108 Abgeordnete angewachsen und die Partei so zu einer maßgeblichen, von den Eliten und alten Parteien zunehmend [21:] umworbenen politischen Kraft in Deutschland geworden. Göring, der einen kleinen Mitarbeiterstab (hauptsächlich Weltkriegskameraden) um sich hatte, war nun Hitlers wichtigste Schaltstelle für seine Verhandlungen mit führenden Vertretern von Politik und Wirtschaft und galt in jenen Kreisen als „politischer Generalbevollmächtigter von Hitler“.³ Seine speziellen „Hobbies“ waren seine Beziehungen zu Luftfahrt und Flugzeugindustrie und den entsprechenden Reichwehrkreisen und seine Versuche, eine Annäherung und engere Zusammenarbeit der deutschen Politik mit dem faschistischen Italien Benito Mussolinis zustandezubringen.

Nach den erdrutschartigen Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 wählte die Mehrheit im neuen Reichstag Göring zum Präsidenten. Damit hatte er neben Reichspräsidenten Paul von Hindenburg und Reichskanzler Franz von Papen das protokollarisch höchstrangige Amt der Republik inne, verfügte über direkten Zugang zu Hindenburg und saß in einem eigenen Dienstgebäude in unmittelbarer Nähe des Reichstags. Von seiner neuen Position aus sondierte er bereits das Terrain für seine künftige Stellung in einer von der NSDAP geführten oder mitgestalteten Regierung. Schon im Oktober/November 1932 meldete er seine Kandidatur – gegen diejenige von Gregor Strasser – für die Ministerpräsidentschaft in Preußen an und machte sich anscheinend auch Avancen auf den Posten des deutschen Außenministers. Keineswegs unwahrscheinlich, daß ihm bei solchen Plänen seine Freunde in Wirtschaft und vornehmer Gesellschaft Rückendeckung gaben.

² Verhör Görings, 13.3.1946: IMG, Bd. 9, S. 274.

³ Heinrich Brüning: Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970, S. 514.

In den schicksalhaften januartagen des Jahres 1933 bewies er größte Nervenstärke und besonderes Durchsetzungsvermögen bei den ununterbrochenen Verhandlungen um die Kanzlerschaft Hitlers.

Am 30. Januar 1933 war Göring der einzige aus der engsten Nazi-Führungsgruppe, außer dem weniger bedeutenden Wilhelm Frick, der auf der Ministerliste Hitlers stand (Joseph Goebbels erst seit dem 14. März). Er blieb vorerst Minister „ohne Geschäftsbereich“, erhielt aber das neu gebildete Reichskommissariat für den Luftverkehr (seit 28. April: Reichsluftfahrtministerium). Reichskommissar für Preußen blieb auf Hindenburgs Verlangen Franz von Papen; Göring aber übernahm das preußische Innenministerium und hatte damit die weitaus größte und wichtigste Polizeizentrale in Deutschland in seiner Hand. Da Papen die preußischen Geschäfte nur noch nominell führte, regierte in Preußen in Wahrheit Göring. Am 10. April übernahm er selbst offiziell die Ministerpräsidentschaft.

[23:] Eine derartige verbrecherische Energie und strategische Weitsicht, wie sie Göring im Jahre 1933 bei der Zerschlagung der Arbeiterbewegung und bei der Erhebung des blutigen faschistischen Terrors zur Regierungsmaxime zeigte, hat er später nur noch selten aufgebracht. Wie seine Gesinnungsgenossen war er damals von zwei Ideen besessen: von dem brutalen Willen, sich „für die nächsten hundert Jahre“ (so vor Industriellen am 20. Februar 1933) von niemandem und durch nichts von der Macht verdrängen zu lassen, und von einem barbarischen Haß gegen die Kommunisten. „Der ‚Kampf gegen den Kommunismus‘“, so bezeugte Rudolf Diels, Chef der preußischen Politischen Polizei, der es wissen mußte und den er gerade wegen seiner einschlägigen Erfahrungen aus dem alten Beamtenapparat übernommen hatte, „das war nun wirklich der Göring ganz und gar beherrschende Gedanke.“⁴

In seinem berüchtigten Runderlaß an alle Polizeibehörden vom 17. Februar („Schießerlaß“) verlangte er schärfstes Vorgehen gegen alle „staatsfeindlichen Organisationen“: „Polizeibeamte, die in Ausübung dieser Pflichten von der Schußwaffe Gebrauch machen, werden, ohne Rücksicht auf die Folgen des Schußwaffengebrauchs, von mir gedeckt; wer hingegen in falscher Rücksichtnahme versagt, hat dienststrafrechtliche Folgen zu gewärtigen.“⁵ Am 20. Februar, demselben Tag, an dem er und Hitler die Creme der deutschen Wirtschaft auf den Erfolg der kommenden Märzahlen einschworen, bekräftigte er sein Gebot eindringlich in einer Rede vor der Berliner Polizei: Niemand habe ein Disziplinarverfahren zu fürchten, der „gegen den roten Mob“ vorgehe. „Ihr müßt Euch klarmachen: Wenn Ihr schießt, so schieße ich. Wenn dort einer tot liegt, habe ich ihn erschossen, wenn ich auch oben im Ministerium sitze, denn das ist meine Verantwortung allein.“ Und am 11. März: „... lieber schieße ich ein paarmal zu kurz oder zu weit, aber ich schieße wenigstens.“ Bei jeder Gelegenheit bleute er der Polizei und der SA ein, sie hätten hier „nur zu vernichten und auszurotten, weiter nichts“.⁶

Görings Vorgehen erregte großes Aufsehen. Die rücksichtslose Eskalation des Terrors, noch umfassender exekutiert nach der allgemeinen Bewaffnung der SA (Göring-Verordnung vom 15. Februar) und der Ernennung von SA-Leuten zu beamteten „Hilfspolizisten“ durch Hitler (22. Februar), fand, in Preußen von Göring durchgesetzt, bald im ganzen Reich statt, wo seit März Heinrich Himmler als Polizeipräsident in Bayern wirkte und viele SA-Führer ebenfalls in die entsprechenden Posten eingedrückt waren.

Die konservativen Kreise waren hochzufrieden und begrüßten es in überwältigender Mehrheit rückhaltlos, daß nun endlich „Klarheit in den innerpolitischen Fragen“ (Gustav Krupp)⁷ geschaffen wurde.

[24:] Hitler hatte schon in der ersten Sitzung seines Kabinetts am 30. Januar als Richtschnur vorgegeben, so bald wie möglich, d. h. ohne einen Generalstreik oder schwere innere Unruhen zu riskieren, „die kommunistische Partei zu verbieten, ihre Mandate im Reichstag zu kassieren und auf diese Weise

⁴ Rudolf Diels: *Lucifer ante portas. ... es spricht der erste Chef der Gestapo ...*, Stuttgart 1950, S. 176.

⁵ Runderlaß Görings v. 17.2.1933 (gedruckt im Ministerialblatt für die Preußische Innere Verwaltung). Zit. n. *Dokumente zur deutschen Geschichte*. Hg. v. Wolfgang Ruge/Wolfgang Schumann. Bearbeitet v. Kurt Pätzold/Kristina Shabaviz, Berlin 1977, S. 26.

⁶ Reden Görings in Berlin (20.2.), Frankfurt a. M. (3.3.), Essen (11.3.). Zit. n. Diels, S. 181. In: IMG, Bd. 29, Dok. PS-1856, S. 26 f.

⁷ Aktennotiz von Gustav Krupp über sein Dankwort an Hitler, 20.2.1933. In: IMG, Bd. 35, Dok. D-204, S. 48.

die Mehrheit im Reichstag (zu) erreichen“.⁸ Nichts konnte Göring also gelegener kommen als die Reichstagsbrandstiftung am 27. Februar durch den von den Nazis fälschlich zum Kommunisten gestempelten jungen Holländer Marinus van der Lubbe. Der Brand wirkte wie bestellt, so daß bis heute der Verdacht schwelt, Göring habe ihn inszeniert, obwohl sich das, auch neuesten Forschungen zufolge, nicht beweisen läßt. Hatte er doch wenige Tage vorher das Karl-Liebknecht-Haus, Sitz der Zentrale der KPD, überfallen und durchsuchen lassen, um eine Handhabe für ein KPD-Verbot zu finden, und zusammen mit Frick jene Verordnung vorbereitet, die Hindenburg „zum Schutz von Volk und Staat“ am Tag nach dem Brand unterzeichnete. Zur „Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“ wurden darin die verfassungsmäßigen Grundrechte und Garantien der bürgerlichen Freiheiten aufgehoben und ausdrücklich die Todesstrafe statt Zuchthaus für Hochverrat, Brandstiftung usw. vorgeschrieben.⁹ Unmittelbar nach dem Brand wurden nach den Listen von Görings Polizei die führenden Funktionäre der KPD gejagt und – im ganzen Reich rund 4000 – „unschädlich gemacht“.¹⁰ Göring wütete wie ein losgelassener Kettenhund. Etwa 20.000 Mitglieder und Anhänger der KPD nahm die SA fest und warf sie in die berüchtigten ersten Konzentrationslager. Hunderte wurden ermordet. Weitere Zehntausende Festnahmen in ganz Deutschland folgten. Georgi Dimitroff, bulgarischer Kommunist und später Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, Hauptangeklagter im Leipziger Reichstagsbrandprozeß, sagte es dort Göring am 4. November 1933 vor Dutzenden in- und ausländischen Journalisten ins Gesicht, daß seine polizeilichen und gerichtlichen Untersuchungen und Verfolgungen von Anfang an „in eine ganz bestimmte politische Richtung“ zielten.¹¹

Allerdings erwarteten Görings konservative Gönner, voran die Wirtschaftsgrößen, mehr von ihm als die „Vernichtung des Kommunismus“. Vor allem anderen lag ihnen die Restauration der deutschen Arbeits- und Betriebsverfassung am Herzen: die Abschaffung des Tarifsystems, der Gewerkschaften, der Betriebsräte, kurz, alles dessen, was sie daran hinderte, unumschränkter noch als zu Kaisers Zeiten „Herr im Hause“, im Betrieb wie in der gesamten Wirtschaft, zu sein.

Göring war auch hier derjenige, der die ersten großen Breschen schlug. Seinen einflußreichsten Berater, später Staatssekretär, Ludwig Grauert, vor-[25:]dem Hauptgeschäftsführer des Ruhr-Arbeitgeberverbandes Nordwest, hatte ihm im Februar sein Freund Thyssen selber zur dienstlichen Verfügung gestellt. Grauert legte sich vor allem auf sozialpolitischem Gebiet ins Zeug. Maßgeblich arbeitete er an der Formulierung des „Gesetzes über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen“¹² vom 4. April 1933 mit, nach dem Betriebsrätewahlen vorerst ausgesetzt werden konnten, und das die juristische Grundlage dafür schuf, Betriebsräte, „die in staats- oder wirtschaftsfeindlichem Sinne eingestellt sind“, abzusetzen und durch neue, regimetreue zu ersetzen (§ 2).

Grauert war der Spiritus rector von Görings dazugehörigem Runderlaß vom 12. April.¹³ Göring definierte in diesem Erlaß auf aufschlußreiche Weise, was unter „staats- oder wirtschaftsfeindlicher Betätigung“ zu verstehen sei: „Zugehörigkeit zu einer kommunistischen Organisation, Einheitsfrontbestrebungen zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern, Mißbrauch des Amtes (als Betriebsrat – D. E.) als Funktionär einer politischen Partei usw.“ Das Gesetz vom 4. April sollte aber auch – weitest ausgelegt – gegen alle Sozialdemokraten angewandt werden. Es sei, so hieß es bei Göring, „bei der Absetzung bisheriger und der Ernennung neuer Betriebsvertretungsmitglieder vor allem darauf Bedacht zu nehmen, daß eine national gesinnte und arbeitsfähige Betriebsvertretung eingesetzt wird; dem Gesetze widerspricht es deshalb nicht, wenn marxistische Betriebsvertretungsmitglieder abgesetzt werden, selbst wenn eine Betätigung in staats- oder wirtschaftsfeindlichem Sinne ... im einzelnen nicht nachweisbar ist“.

Nach der Beseitigung der Arbeitervertretungen in den Betrieben und der Freien Gewerkschaften (2. Mai), nach der Bildung der Deutschen Arbeitsfront (10. Mai) und der Einsetzung von „Treuändern

⁸ Niederschrift über die Ministerbesprechung vom 30.1.1933. In: IMG, Bd. 25, Dok. PS-351, S. 374.

⁹ Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. In: RGBl. I 1933, S. 83.

¹⁰ Diels, S. 187; S. 200.

¹¹ Neue Zürcher Zeitung, 6.11.1933. Zit. n. David Irving: Göring, München/Hamburg 1987, S. 167.

¹² RGBl. I 1933, S. 161.

¹³ Erlaß zit. n. Soziale Praxis. Zentralblatt für Sozialpolitik und Wohlfahrts-Pflege, Jg. 42, H. 10 (9.3.1933), Sp. 529.

der Arbeit“ (19. Mai) war dann der Weg frei für das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ vom 20. Januar 1934, das den nackten Anspruch des Großkapitals auf absolute Herrschaft über die Arbeitenden festschrieb und die wichtigsten sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution auslöschte.¹⁴

Die deutschen Eliten, Wirtschaft und Wehrmacht insbesondere, hätten mit solchen „Erfolgen“ ihrer politischen Häuptlinge zufrieden sein können – wenn sie nicht zunehmend davon beunruhigt gewesen wären, daß die Geister, die die Naziführer gerufen hatten, außer Kontrolle gerieten. Nach dem Reichstagsbrand und den Wahlen vom 5. März, die der NSDAP – nach Annullierung der kommunistischen Mandate – die absolute Mehrheit brachten, setzte die Terrororgie der millionenstarken SA-Meute unter [26:] dem Aushängeschild der „zweiten Revolution“ mit verdoppelter Wut ein. Die SA, durch Görings Politik in Preußen gefördert, entfesselt und befeuert, zog johlend, prügelnd, folternd und zerstörend nicht mehr nur gegen Kommunisten, gegen Arbeiterlokale und Gewerkschaftsbüros los, sondern griff im Bluttausch und Bereicherungstaukel mehr oder weniger unterschiedslos nach Sozialdemokraten, Juden, Kirchenleuten, Geschäftsleuten, früheren Ministern, Adligen, Monarchisten, Verlegern, Journalisten und Künstlern, oft alte Rechnungen aus der „Systemzeit“ begleichend.

Aber weniger dies machte der Bourgeoisie Beschwerden, zumal da die „Aureole der Brutalität“ (Diels) für viele Herren und Damen der „besseren Gesellschaft“ durchaus etwas Anziehendes hatte. Es ging um höhere Einsätze. Maßgebliche Vertreter der Wirtschaft hielten Hitler und Göring vor, daß die Wirtschaft nicht zur Ruhe käme und in der Ausschöpfung der anlaufenden Konjunktur, insbesondere bei der Ankurbelung der Aufrüstung, behindert werde. Vor allem war der Argwohn der Reichswehr geweckt, weniger allerdings durch das Geschrei der Gefolterten und durch die zahllosen Morde an Unschuldigen, als durch die militärischen Aspirationen der obersten SA-Führung, der die Umwandlung der SA in eine riesige „Volksarmee“ vorschwebte. Ernst Röhm, Chef der SA, Hitlers alter Duzfreund, strebte nach Einordnung und Unterordnung der Reichswehr unter seinen Befehl und nach dem Ministeramt (seit Dezember 1933 Minister o. G.). Eine solche gefährliche, ja, tödliche Konkurrenz konnte die Reichswehrgeneralität nicht hochkommen lassen. Um so beflissener diente sie sich dem „Führer“ als sachkundige und ergebene Erfüllungshelfin für seine militärischen und Aufrüstungspläne an.

Göring sah dies alles klarer und klarer, bedrängt durch seine industriellen und militärischen Freunde. Er spürte es unmittelbar in seiner Funktion als Chef der preußischen Innenpolitik, wie die SA, inzwischen keineswegs mehr hilfswise Unterstützung für seine Polizei, selbst das Gesetz des Terrors in ihre Hände genommen hatte, den „ewigen Aufstand von unten“ (Papen) spielen wollte und sich über alle politischen und juristischen Hemmungen hohnlachend hinwegsetzte.

Als Hitler Anfang 1934 Anzeichen wachsender Unzufriedenheit mit der SA erkennen ließ – ihm war ein besonderes Greuel die verbreitete Homosexualität unter Ernst Röhm, dem Chef der SA, und einer ganzen Reihe seiner höchsten SA-Führer, die er als moralische Rechtfertigung seines späteren blutigen Vorgehens benutzte –, sammelte Göring seine Energie für den Kampf. Er verbündete sich im Frühjahr 1934 mit Himmler und Reinhard Heydrich und rief sie als Polizeichefs nach Berlin, was er bisher immer weit [27:] von sich gewiesen hatte. Er sah wohl deutlich, daß er sich auf diese Weise machtgerige Konkurrenten ins Haus holte.

Die „Reichsmordwoche“, wie der Volksmund später das Wochenende vom 30. Juni/1. Juli 1934 nannte, war das unmittelbare Werk von Göring und Himmler, dessen SS-Pelotons die meisten der auf mehrere Tausend geschätzten Opfer im ganzen Reich¹⁵ exekutierten. Göring leitete diesmal selbst, an Ort und Stelle, Exekutionen in der Berliner SA-Führung. Im übrigen dirigierte er die „Nacht der langen Messer“ von seinem Schreibtisch in dem in eine schwerbewachte Festung verwandelten Ministerpräsidentenpalais aus. Im Hintergrund sicherte die Reichswehr, voran Reichswehrminister Werner von Blomberg und General Walther von Reichenau, der Chef seines Ministeramtes, die von ihr so dringend geforderte große Abrechnung.

¹⁴ Ausführlicher s. Dietrich Eichholtz: Faschismus und Ökonomie. In: Faschismusforschung. Positionen – Probleme – Polemik. Hg. v. Dietrich Eichholtz/Kurt Gossweiler, Berlin 1980, S. 55 ff.

¹⁵ Kurt Gossweiler: Die Röhm-Affäre. Hintergründe – Zusammenhänge – Auswirkungen, Köln 1983, S. 8 u. Anm. 1.

Göring hatte mit Himmler „Abschlußlisten“ („Reichsliste unerwünschter Personen“) zusammengestellt, die außer Dutzenden von hohen SA-Führern auch Gregor Strasser, General Kurt von Schleicher, die engsten Mitarbeiter von Vizkanzler von Papen, frühere Politiker und zahllose andere, Göring und der SS verdächtige und verhaßte Personen enthielten. „Himmler las Namen von feuchten und abgegriffenen Listen vor“, so schilderte später Görings Staatssekretär im Luftfahrtministerium, Erhard Milch, das Geschehen, „während Göring und Reichenau entweder zustimmend nickten oder verneinend den Kopf schüttelten, und (Paul) Körner brachte die endgültigen Nominierungen, auf die man sich jeweils geeinigt hatte, mit dem ominösen Vermerk *Vollzugsmeldung!* nach draußen.“¹⁶

Görings allerwichtigste Funktion bestand darin, den schwankenden Hitler auf die Seite der Mörder zu ziehen. Nur er, damals mit Abstand der mächtigste Naziführer neben Hitler, konnte aufgrund seines Einflusses auf ihn und seiner Geltung in den führenden Wirtschafts- und Reichswehrkreisen Hitler derartig höllisch unter Druck setzen. Am Abend des 30. Juni aus München zurückkommend, wurde er von Göring mit einer „Ehrenkompanie“ von 400 ausgesuchten Soldaten auf dem Flugfeld abgeholt. In erschöpfenden Dauersitzungen brachten Göring und Himmler ihn so weit, daß er als ein total düpiertes „Diktator“ die unglaubliche Mordorgie im Nachhinein billigte und deckte und am nächsten Tag, immer noch zögernd, schließlich auch der Erschießung Röhm's, seines langjährigen Freundes und Duzbruders, zustimmte.

Hitler blickte später mit gemischten Gefühlen auf seine Rolle am 30. Juni zurück. Jedenfalls aber war er noch zehn Jahre danach voller Respekt vor Göring, dem Drahtzieher und Hauptdarsteller: „In Krisenzeiten ist er eis-[28:]kalt. In einer derartigen Zeit kann man bald keinen besseren Berater haben als den Reichsmarschall. Ich habe immer bemerkt, daß, wenn es zum Punkt der höchsten Anspannung kommt, ist er ein Mann von Eisen ohne Skrupel.“¹⁷

Nach Hindenburgs Tod (2. August 1934) spekulierte Göring mit dem Gedanken, selber Reichskanzler zu werden, unter der Reichspräsidentenschaft Hitlers. Doch er konnte Hitler von seinem Plan nicht überzeugen. Immerhin bekräftigte der „Führer“ am 19. Dezember 1934 in einem Geheimerlaß Görings Rolle als zweiter Mann im „Dritten Reich“, als er ihn zu seinem Nachfolger bestellte. Im Ausland bewunderten und priesen ihn die konservativen Kreise gerade wegen seiner blutigen Abrechnung mit den SA-„Revolutionären“ – ebenso wie vorher mit den Kommunisten. Göring befand sich auf dem Gipfel der Macht. Allerdings verlor er zur selben Zeit mit dem preußischen Innenministerium (an Frick) und der Gestapo (an Himmler/Heydrich) mit einem Schlag seine innenpolitische Exekutivgewalt.

Zu beharrlicher Aufbau- und organisatorischer Kleinarbeit, wie sie die Schaffung der Luftwaffe und die Luftrüstung erforderten, zeigte er nun allerdings keinerlei Neigung und überließ sie Staatssekretär Milch, den hochmotivierten Flugzeugindustriellen, ausgesuchten abkommandierten Heeresoffizieren und seinen inzwischen aufgestiegenen Fliegerkameraden im Ministerium. In- und ausländische Beobachter registrierten damals an ihm Persönlichkeitsveränderungen, die aber offenbar schon sehr lange in ihm angelegt waren: Anfälle unglaublicher Faulheit, einen ausgesprochenen Hang zum Wohlleben, Raffgier, zwanghafte Geltungs- und Prunksucht; Eigenschaften, die auf merkwürdige Weise mit seiner mehrfach bezeugten Feigheit und einer geradezu hündischen Ergebenheit gegenüber Hitler korrespondierten.¹⁸

Doch gerade seine Marotten und seine bei Auftritten in größerem Kreis und bei Reden vor anspruchloserem Publikum herausgekehrte Bonhomie und Leutseligkeit verschafften „Hermann“ eine breite Volkstümlichkeit und eine Art verstehenden Wohlwollens im Volk, die selbst in den späten Kriegsjahren nicht ganz verloren gingen. Sie waren der Boden, auf dem unzählige mehr oder weniger gutmütige Witze über Göring entstanden, wie es sie über andere populäre Naziführer (Hitler, Goebbels) nicht gab.

¹⁶ Tagebuch Milch, 30.6.1934. Zit. n. Irving, S. 213.

¹⁷ Zit. n. Irving, S. 157.

¹⁸ Göring hatte auch panische Furcht vor körperlichen Schmerzen, womit sicher seine Morphium- und Tablettensucht zusammenhängen. Sein Zahnarzt schilderte sein Verhalten bei Zahnbehandlungen: „Fünf Minuten, bevor es wehtun könnte, schrie Göring schon.“ (Zit. n. Irving, S. 204).

Mit den erstaunlichen Erfolgen der Luftrüstung brüstete sich Göring freilich weidlich. Er und seine Luftkriegsstrategen gaben einer taktischen Rüstungsstrategie – Massenproduktion von Bombern mittlerer Stärke und [29:] Reichweite – den Vorzug, die sich in den frühen („Blitzkriegs“-)Phasen des Krieges bei den massiven Angriffen auf die Nachbarländer auch bewähren sollte. In Nürnberg versuchte Göring später hartnäckig abzustreiten, daß mit der Luftrüstung Angriffsabsichten verfolgt worden wären. Doch von den Anfängen an hatte er es seinen Generalen und den Flugzeugindustriellen unermüdlich eingeschärft, alles zu tun, die deutschen Luftstreitkräfte „zur gewaltigsten Luftwaffe der Welt zu machen“.¹⁹

Oft genug putschte er die Gemüter seiner Zuhörer auf, wenn er in seinen Reden etwa eine Luftmacht verlangte, „die, wenn einmal die Stunde schlagen sollte, wie ein Chor der Rache über den Gegner hereinbricht. Der Gegner muß das Gefühl haben, schon verloren zu sein, bevor er überhaupt mit euch gefochten hat“.²⁰

Die schrittweise Eroberung der deutschen Vorherrschaft in Europa und Deutschlands beherrschende Stellung in der Welt waren von Anfang an Görings wie Hitlers Credo. In einer grundsätzlichen Rede vor Industriellen erklärte er kurz nach der Einverleibung Österreichs ins Reich, daß Deutschland sich auf einen Krieg, „zu 80, 85, 90 Prozent“ auf einen großen Krieg vorbereiten müsse. Es sei der internationale Jude, der zum Krieg [30:] hetze, behauptete er ohne Scham. Daher sei in kürzester Zeit die Rüstungskapazität („Mob.-Kapazität“) für einen solchen Krieg zu schaffen.

„Denn wenn es zur Entscheidung kommt, werden wir wieder zunächst einmal eine Masse uns gegenüber haben, wenn ich das ganze Weltreservoir sehe, das die Feindstaaten (! – D. E.) besitzen.“ Nur „durch höchste Qualität und auch eine ungeheure Quantität“ der Waffen werde und müsse Deutschland diesmal siegen. „Dann ist Deutschland die erste Macht der Welt, dann gehört Deutschland der Markt der Welt, dann kommt die Stunde, wo Deutschland reich ist.“²¹

Freilich gab es bis 1937/38 noch keine wirklich kriegsfähige Luftwaffe, und Göring bluffte dem Ausland gegenüber mit einsatzbereiten Geschwadern, wo es sich nur erst um Fliegerschulen handelte. Als schließlich Flugzeuge in neuen Fabriken in immer größerer Zahl gebaut wurden, machten sich Engpässe in der Entwicklung von neuen Typen und Motoren bemerkbar. Trotzdem erreichte die Luftwaffe und die Flugzeugindustrie in Deutschland vom Nullpunkt im Jahre 1933 bis 1939 einen beeindruckenden, in der Welt damals wohl einmaligen Stand. Bei Kriegsbeginn stand eine Luftstreitmacht von über 4000 Frontflugzeugen und weit mehr als der doppelten Anzahl von Ausbildungs-, Übungs- und anderen Maschinen bereit, desgleichen eine Flugzeugabwehr von 21 Flakregimentern mit 9300 Geschützen, darunter 2600 schweren. Der Personalbestand der Luftwaffe betrug 373.000 Mann. Göring rückte als Chef der Luftwaffe, des dritten Wehrmachtteils, in die alleroberste Spitze der Wehrmachthierarchie auf (1936 Generaloberst, 1938 Generalfeldmarschall).

Mitte der dreißiger Jahre wurden Göring die schwierigsten Probleme eines mit einer starken Luftwaffe und Wehrmacht zu führenden Krieges klar: die Abhängigkeit Deutschlands von Rohstoffzufuhren, vor allem von Erdöl, Bauxit, dem Grundstoff für Aluminium, Kautschuk und Eisenerz. Die deutsche Aufrüstung stieß hier schon 1935, beschleunigt durch den Rüstungsschub nach der Einführung der Wehrpflicht, deutlich an Grenzen. Scharfer Devisenmangel gefährdete die rüstungswichtigen Einfuhren. Wie würde es erst im Krieg aussehen, wenn die Gegner, ähnlich wie im Ersten Weltkrieg, Deutschland mit einer Blockade einschnürten?

Diese Kardinalfrage beunruhigte außer den Militärs auch hochrangige Kreise der Wirtschaft, darunter der größte deutsche Konzern, die I. G. Farbenindustrie AG, dessen Chefs schon im Ersten Weltkrieg durch chemische Synthesen immer tödlichere Giftgase und Ersatz für kriegsnotwendige Grundstoffe

¹⁹ Zeugenvernehmung Albert Kesselring, 13.3.1946. In: IMG, Bd. 9, S. 233 (zit. wird Vern. Kesselrings vom 28.6.1945).

²⁰ Rede Görings vor 1 000 jungen Luftwaffenoffizieren, 20.5.1936. In: IMG, Bd. 29, Dok. PS-1856, S. 27 (hier zit. n. Hermann Göring: Reden und Aufsätze, Berlin 1937).

²¹ „Besprechung mit den Herren der Luftfahrtindustrie“, 8.7.1938. In: IMG, Bd. 38, Dok. R-140, S. 377; S. 380; S. 382 f.

für Pulver und Sprengstoffe (Ammoniak) geschaffen hatten. Die IG Farben hatte inzwischen die weltberühmte Benzinsynthese [31:] (durch Hydrierung aus Kohle) entwickelt und große, teure Werke dafür errichtet und war mit der Entwicklung von synthetischem Kautschuk, künstlichen Textilfasern und neuen Giftgasen beschäftigt. Die Luftwaffe – Staatssekretär Milch – war schon 1933 am Zustandekommen des sogenannten Feder-Bosch-Abkommens beteiligt gewesen, das dem IG-Hydrierverfahren Vorzugsbedingungen und dem Hydrierbenzin Zollschutz und Binnenabsatz gewährleistete. Im Herbst 1935 nahm Göring über Milch Fühlung mit Konzernchef Carl Bosch und Vorstandsmitglied Carl Krauch, Boschs rechter Hand, auf, nachdem auch Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke) ihm geraten hatte, Boschs Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Inzwischen sahen die verschiedenen Beteiligten – die Wehrmacht (Blomberg), das Reichswirtschaftsministerium (Schacht) und die Rüstungskonzerne – einhellig in Göring jenen Mann, der ihnen, mit entsprechenden umfassenden Vollmachten Hitlers versehen, als „Treibstoffdiktator“ oder, umfassender noch, als „Rohstoff- und Devisenkommissar“ die Hauptschwierigkeiten der Aufrüstung würde beiseite räumen können. Göring sah für sich selbst darin eine Chance, mit einem Schlag sämtliche Fäden der wirtschaftlichen und militärischen Aufrüstung in die Hand zu bekommen, die Kriegsvorbereitung mit allen Mitteln zu beschleunigen, seinen Ruf als „zweiter Mann“ in Deutschland unerschütterlich und sich selbst unentbehrlich zu machen. Er ergriff diese Chance mit aller Energie. Am 4. April 1936 ernannte Hitler ihn zum Beauftragten für die „Besserung der Rohstoff- und Devisenlage“. Göring schuf sich umgehend einen „Rohstoff- und Devisenstab“, eine alsbald stark anschwellende Behörde, aus deren Kern das Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe hervorging, in das Krauch, einer der fähigsten und skrupellosesten IG-Farben-Direktoren, als „maßgeblicher Berater von Göring“²² und mit ihm eine größere Zahl von IG-Farben-Fachleuten Einzug hielten.

Krauch und die von ihm geleitete Abteilung für Forschung und Entwicklung waren es auch, die Göring Mitte August jene entscheidenden Unterlagen lieferten, mit denen dieser zu Hitler ging und die der „Führer“ seiner Denkschrift zur beschleunigten Kriegsvorbereitung von Ende August zugrunde legte. Krauch hatte in seinen Planungsunterlagen eine Deckung des „Mob.-Bedarfs“ an Mineralöl – „möglichst weitgehende Deckung auf einheimischer Rohstoffbasis“ – spätestens bis Ende 1938, die von Kautschuk bis etwa 1940 durch den Bau gewaltiger neuer Synthesewerke vorgesehen.²³ Hitler befahl daraufhin prompt die höchste Steigerung des Aufrüstungstempos und eine möglichst „100-prozentige Selbst-[32:]versorgung“ mit Treibstoff, Gummi, Eisenerz, Leichtmetall usw., um „in kürzester Frist“ die Wehrmacht für die notwendige „Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes“ zu rüsten. „Ich stelle damit folgende Aufgabe: I. Die deutsche Armee muß in vier Jahren einsatzfähig sein. II. Die deutsche Wirtschaft muß in vier Jahren kriegsfähig sein.“²⁴

Die Denkschrift diente Göring als Passepartout für seinen Auftrag und seine Vollmacht, die er offiziell durch seine Ernennung zum „Beauftragten für den Vierjahresplan“ durch Hitler am 18. Oktober 1936 erhielt: „Die Verwirklichung des ... neuen Vierjahresplans erfordert eine einheitliche Lenkung aller Kräfte des deutschen Volkes und die straffe Zusammenfassung aller einschlägigen Zuständigkeiten in Partei und Staat. Die Durchführung des Vierjahresplans übertrage ich dem Ministerpräsidenten Generaloberst Göring. ... (Er) trifft die zur Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben erforderlichen Maßnahmen und hat soweit die Befugnis zum Erlaß von Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften. Er ist berechtigt, alle Behörden, einschließlich der obersten Reichsbehörden, und alle Dienststellen der Partei, ihrer Gliederungen und der ihr angeschlossenen Verbände anzuhören und mit Weisungen zu versehen.“²⁵

²² Affid. von Lothar Mischkeim IG-Farben-Prozeß, 18.4.1947. In: BA, Abteilungen Potsdam (BAP), Fall VI, Film Nr. 416, Dok. NI-8084.

²³ Bericht der Abteilung Forschung und Entwicklung für Göring, o. D. (Mitte August 1936). In: Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges. Hg. v. Dietrich Eichholtz/Wolfgang Schumann, Berlin 1969, Dok. 46, S. 139 ff. (141 f.).

²⁴ Denkschrift Hitlers, 26.8.1936. In: Ebenda, Dok. 48, S. 144 ff.

²⁵ RGBl. I 1936, S. 887.

Am 22. Oktober stellte Göring der Öffentlichkeit seine Organisation vor, die er vom Preußischen Staatsministerium aus befehligte (Generalrat des Vierjahresplans; Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe; Geschäftsgruppen für Ernährung, Arbeitseinsatz usw.). Er schrieb sich hierin selbst eine Machtfülle auf den Leib, die Insider von einer „Stellung als De-fakto-Reichskanzler des Dritten Reiches“ sprechen ließen.²⁶

Nach Anlage und Stoßrichtung der Planungen war jeder Zweifel daran ausgeschlossen, daß der Krieg, der hiermit wirtschaftlich vorbereitet wurde, sich gegen die UdSSR, ebenso aber auch gegen diejenigen kapitalistischen Staaten richten würde, die eine Wirtschaftsblockade gegen Deutschland verhängen, ihm insbesondere die Zufuhr der kriegswichtigen Rohstoffe sperren konnten.

Göring hatte das bereits am 4. September angedeutet, als er den Ministern Blomberg, Schacht, von Krosigk, Popitz und dem Vertreter des Reichsbauernführers Hitlers Denkschrift vorlas und erklärte: „Sie geht von dem Grundgedanken aus, daß die Auseinandersetzung mit Rußland unvermeidbar ist. ... Alle Maßnahmen haben so zu erfolgen, als ob wir im Stadium der drohenden Kriegsgefahr uns befänden.“²⁷

Göring und die ihn unterstützenden Wirtschaftskreise (IG Farben, Flick, Röchling, Krupp, die Flugzeugkonzerne, die große Mehrheit der übrigen [33:] Rüstungskonzerne, führende Bankkreise usw.) begannen, drastische Veränderungen in der Investitions-, Arbeitskräfte-, Außenhandels- und Finanzpolitik durchzusetzen, die selbst in der Wehrmachtführung Unsicherheit und Unbehagen hervorriefen. Schacht trat, als bisheriger Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident brüskiert, in beiden Funktionen zurück (1937; 1939) und machte dem ganz von Göring abhängigen Walther Funk Platz. Die Leitung der mächtigen Reichsgruppe Industrie (früher Reichsverband der deutschen Industrie), die die gesamten industriellen Mobilisierungsvorbereitungen lenkte und überwachte, wurde unter Görings und Funks Ägide im Oktober/November 1938 neu besetzt. Neuer Leiter wurde der Generaldirektor des Mannesmann-Konzerns, „der kaltschnäuzige, egoistische Zangen“.²⁸ Der neu gebildete „Engere Beirat“ der Reichsgruppe Industrie umfaßte 15 Mitglieder, von denen nur vier schon im alten Beiratsgremium vertreten waren. Unter den neu Berufenen waren neun führende Vertreter großer Konzerne, darunter außer Wilhelm Zangen Rudolf Bingel (Siemens-Schuckert), Ernst Buskühl (Harpener Bergbau/Flick-Konzern), Heinrich Koppenberg (Junkers), Hellmuth Roehnert (Rheinmetall-Borsig), Hermann Schmitz (IG Farben) und Rudolf Stahl (Salzdetfurth).

Allerdings stellte es sich bald heraus, daß selbst ein „Wirtschaftsdiktator“ mit dem Durchsetzungsvermögen Görings die deutsche Wirtschaft nicht mitten im Frieden ohne schwere innen- und außenpolitische Komplikationen radikal auf kriegsmäßige Verhältnisse umstellen konnte. Göring selber war auch alles andere als ein Wirtschaftsfachmann, der einen entsprechenden Regulierungsapparat mit dem nötigen Überblick hätte leiten können. So ging er, wie noch häufig in den folgenden Jahren, den Weg des geringeren Widerstands. Er löste die schon 1937 unübersichtliche und recht verfahrenere Situation dadurch, daß er Anfang 1938 das Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe auflöste, die meisten Fachreferenten in das von ihm reorganisierte Reichswirtschaftsministerium ein- bzw. zurückgliederte und für einzelne Gebiete zusätzliche Generalbevollmächtigte einsetzte, etwa für die Eisen- und Stahlversorgung, für die „Regelung der Sawirtschaft“ und für die Förderung der einheimischen Erdölgewinnung. Das Reichswirtschaftsministerium war seitdem „nicht nur Exekutivorgan Görings, sondern Göring hatte faktisch mit seinen Geschäftsgruppenleitern des Vierjahresplans die wichtigsten Führungsstäbe des Reichswirtschaftsministeriums übernommen“.²⁹

Die beiden wichtigsten Entscheidungen waren die Gründung der „Reichswerke für Erzbergbau und Hüttenwesen „Hermann Göring““ (1937), eines [34:] Montankonzerns, zunächst vor allem für die

²⁶ Dertinger-Informationsbericht, Nr. 40, 23.10.1936. Zit. n. Alfred Kube: Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986, S. 159.

²⁷ Niederschrift der Sitzung des Ministerrats, 4.9.1936. In: IMG, Bd. 36, Dok. EC-416, S. 490 f.

²⁸ Ulrich von Hassell: Vom andern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938-1944, Zürich/Freiburg i. Br. 1946, S. 294, Eintragung vom 6.3.1943.

²⁹ Kube, S. 199.

aufwendige Gewinnung und Verhüttung der Fe-armen deutschen Eisenerze geschaffen, und die Bildung der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau (seit 1939: Reichsamt für Wirtschaftsausbau), deren Aufgaben Krauch als neu ernannter „Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung“ (1938) festlegte. Die Reichsstelle konzentrierte sich ganz auf die Entwicklung der Produktion von Syntheseprodukten (Benzin; Kautschuk), von Pulver, Sprengstoff und deren Vorprodukten sowie von Giftgas. Krauchs Bauvorhaben beanspruchten den Löwenanteil der gesamten Industrieinvestitionen, der Baukapazität, der Arbeitskräfte usw.

Görings Vierjahresplanemissäre schwärmten in den Vorkriegsjahren auch ins Ausland, ja weltweit aus: zu Verhandlungen über günstigen Rohstoffeinkauf, über deutschen Export, vor allem von Kriegsgerät, gegen Devisen, und über längerfristige, auch in Krisen- und Kriegszeiten beständige Außenhandelsbeziehungen; so – mit wechselndem Erfolg – nach Rumänien (Erdöl) und in andere südosteuropäische Länder (Bauxit, Kupfer, landwirtschaftliche Produkte), auf die iberische Halbinsel (Wolfram) und nach China (Soja, Kautschuk).

Die wirtschaftsstrategische Grundlinie dieser Expansionspolitik zeichneten ihm die Planungen der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau vor, die in ihren geheimen Denkschriften mit großer Selbstverständlichkeit von der Schaffung einer europäischen „Großraumwehrwirtschaft“ für den bevorstehenden Krieg ausgingen. So stellte Krauch in einem Bericht an den Generalrat des Vierjahresplans (Entwurf vom 20./21. April 1939) mit großer Eindringlichkeit fest, die „wehrwirtschaftliche Autarkie der Antikomintern-Koalition“, die in dem zu erwartenden Krieg „den Anstrengungen fast der ganzen übrigen Welt gewachsen“ sein müsse, sei nur zu erreichen durch die „Schaffung eines einheitlichen Großwirtschaftsblocks der vier europäischen Antikomintern-Partner“ (Deutschland, Italien, Ungarn, Spanien), „zu denen bald Jugoslawien und Bulgarien hinzutreten müssen“. Dieser Block müsse „seinen Einfluß ausdehnen auf Rumänien, Türkei und Iran“.³⁰ Mitte Mai 1939 faßte Krauch seine zentralen Expansionsforderungen noch einmal als knappe Gedächtnisstütze für Göring zusammen: „Südosteuropa bietet: Mineralöl, Bauxit, dazu Chrom, Blei, Kupfer, Zinn, Quecksilber, Antimon, Bor. Spanien bietet: Quecksilber, Schwefelkies, dazu Blei, Kupfer, Zink, Eisenerze. Ukraine bietet: Eisenerze, Manganerze, sowie Erdöl.“³¹

Die Strategie, die hier dringend vorgeschlagen, ja gefordert wurde, war hinreichend klar: Den unvermeidlichen großen Krieg gegen die Westmächte [35:] möglichst noch etwas hinausschieben; Südosteuropa fest in deutsche Hand bringen und nötigenfalls „wehrmächtsmäßig“ sichern; nach Möglichkeit an die Hilfsquellen des Nahen Ostens herankommen; „bei Aufrechterhaltung des Friedens“ im Mittelmeer „die günstige, noch nicht voll erschlossene Rohstoffbasis“ Spaniens für Deutschland nutzen; im Osten vorerst den Handel mit der UdSSR intensivieren und „im Kriegsfall“ (gegen Westen) die Ukraine an sich reißen. Mit diesem Programm harmonierte die reale Politik der anschließenden Monate recht eindrucksvoll, besonders Hitlers Entschluß, in Paktverhandlungen mit der Sowjetunion einzutreten, und die Aktivitäten von Görings Sonderbeauftragtem Helmuth Wohlthat.

Noch erweitert wurden diese Planungen in einer Denkschrift der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau vom Juli/August 1939, die sehr wahrscheinlich auf Bestellung Görings entstand. Sie enthielt, in Anknüpfung an die in Krauchs Bericht vom April entwickelte Großraumstrategie, die zusätzliche Forderung nach einem wirtschaftlichen „Anschluß des Nordraums“ (Skandinaviens einschl. Finnlands und der baltischen Staaten) und nach der Verfügung über die „Rohstoffe Rußlands“. Polens Ressourcen waren als selbstverständlich, als wünschenswert ferner diejenigen der Türkei, Griechenlands, Portugals und Französisch-Nordafrikas in die Untersuchung einbezogen. Gemeinsam mit den verbündeten Regimes in Italien und Spanien sollten die Wirtschaftskräfte dieses gewaltigen Raumes mittels eines „dritten Vierjahresplanes“ in eine einheitliche „Großraumwehrwirtschaft“ verwandelt werden. Charakterisiert wurde dieses „Friedens- und Kriegsziel“ als nach Möglichkeit zunächst

³⁰ „Arbeitsbericht des Generalbevollmächtigten des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring für Sonderfragen der chemischen Erzeugung Dr. C. Krauch“, 20./21.4.1939. Zit. n. Dietrich Eichholtz: Das Expansionsprogramm des deutschen Finanzkapitals am Vorabend des zweiten Weltkrieges. In: Dietrich Eichholtz/Kurt Pätzold: Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939), Berlin 1989, S. 34 f.

³¹ RWiA-„Notizen für die Besprechung mit Herrn Staatssekretär“, 16.5.1939; zit. ebenda, S. 35.

„friedliche Durchdringung und Verflechtung der Volkswirtschaften des Großwirtschaftsraumes ..., die Südosteuropa und den Nordraum der Koalition dienstbar macht sowie ein tragbares Verhältnis zu Rußland ermöglicht“.³² Die geheimen Vorkriegsplanungen unter der Firma des Vierjahresplans bezogen sich vorwiegend auf Ost-, Südost-, teilweise auf Südwesteuropa und auf den „Nordraum“; sie enthüllen aber ihren Sinn nur, wenn sie, wie ja verschiedentlich auch *expressis verbis* festgehalten, als Vorbereitung und Hintergrund für einen neuen Krieg gegen die Siegermächte des Ersten Weltkriegs um die deutsche Vorherrschaft in Europa verstanden werden. Göring erklärte am 17. Dezember 1936 scharfmacherisch vor Industriellen, Deutschland stehe „bereits in der Mobilmachung und im Krieg, es wird nur noch nicht geschossen“.³³ Aber selbst dies war ein Euphemismus. Göring ließ bereits schießen. Die deutsche Luftwaffe flog in Spanien für Putschgeneral Franco Einsätze gegen die demokratische spanische Regierung. [36:] Görings Kriegsverbrecherlaufbahn begann hier, wo er seine Bomber den Krieg proben ließ und auch für das Blutbad verantwortlich zeichnete, das sie in Guernica an der Zivilbevölkerung anrichteten. Er trainierte aber nicht nur seine Piloten in Spanien, sondern nutzte die deutsche Waffenhilfe, darunter auch die Lieferung von Luftwaffengerät, zugleich dazu, günstige Kompensationsgeschäfte zu machen, besonders aber an das spanische Wolframerz heranzukommen.

Sieht man einmal von der gebetsmühlenartigen antikommunistischen Propaganda der deutschen Invasoren ab, so bleibt als Hintergrund und Beweggrund für das spanische Abenteuer realiter ihr strategisches Ziel, Spanien und das westliche Mittelmeer unter der Kontrolle der Achsenmächte zu halten und damit einem deutsch dominierten „Großwirtschaftsraum“ einzuverleiben. Als schließlich das faschistische Franco-Regime mit Hilfe deutscher und italienischer Waffengewalt in Spanien inthronisiert war, rechneten Hitler und Göring damit, es politisch, wirtschaftlich und militärisch langfristig an sich gebunden zu haben.

In seinem Expansions- und Kriegszielprogramm war Göring nicht so eindeutig festgelegt, eher flexibler als Hitler. Er verfocht im allgemeinen die im Ersten Weltkrieg vom kaiserlichen Deutschland angestrebten Ziele und vertrat selbstverständlich die revanchistischen Ansprüche auf polnische Gebiete und auf Kolonien. Krieg gegen die UdSSR hielt er, wie Hitler, für sicher und faßte auch eine Auseinandersetzung mit den Westmächten als Möglichkeit ins Auge. Doch beschäftigten ihn weit mehr die wirtschaftlichen Aspekte künftiger Expansion und Eroberung als die politischen und rassischen. Die „große Lösung“, die er im Auge hatte, entwickelte sich in den letzten Vorkriegsjahren in Richtung auf ein deutsches Imperium im Osten Europas auf Kosten der UdSSR, das mit Hilfe der von Deutschland abhängig zu machenden Randstaaten (Polen, Slowakei, Rumänien) und der Ressourcen Südosteuropas zu schaffen wäre.

Auf zwei Forderungen beharrte er seit 1936/37: Österreich müsse zu Deutschland geschlagen und die Ansprüche der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakischen Republik müßten zur Schwächung, schließlich zur Zerschlagung dieses Staates genutzt werden. Sicherlich hing Görings Aktivität in der „Anschluß“-frage mehr oder weniger eng mit der Südosteuropaexpansion im Rahmen der Vierjahresplanpolitik zusammen, die gerade im Südosten seit Jahr und Tag die gewünschten Ergebnisse vermissen ließ. Doch ihn wie Hitler trug die allgemeine, chauvinistische „großdeutsche“ Woge, die seit langem breiteste konservative Kreise in beiden [37:] Verliererstaaten des Ersten Weltkrieges ergriffen hatte. Hilfreich waren Göring auch enge familiäre und politische Verbindungen in das Nachbarland, das ihm nach dem Hitler-Putsch von 1923 zeitweise auch politisches Asyl gegeben hatte.

Jedenfalls wurde er zum „Souffleur und Spielleiter“³⁴ in dem Drama der Annexion Österreichs gerade in einer Zeit, als sich in der Vierjahresplanorganisation intern erhebliche Probleme angehäuft hatten. Der Zeitpunkt des Frühjahrs 1938 war auch in anderer Hinsicht kritisch. Göring war, nachdem Hitler und er, mit Himmlers und Heydrichs Hilfe, Reichskriegsminister von Blomberg und den

³² RWiA, „Möglichkeiten einer Großraumwehrwirtschaft unter deutscher Führung“. Zit. ebenda, S. 37. Vollständig abgedruckt in Dietrich Eichholtz: Die „Großraumwehrwirtschaft“ für den großen Krieg. In: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, H. 1-4/1986, Dok. 2, S. 86 ff.

³³ Rede Görings vom 17.12.1936, Nürnberger Dok. NI-051. Zit. n. Kube, S. 162, Anm. 60. Siehe auch Aktennotiz üb. Besprechung Görings mit hohen Offizieren der Luftwaffe, 2.12.1936. In: IMG, Bd. 32, Dok. PS-3747, S. 335.

³⁴ Beweisvortrag des amerikanischen Anklägers, 8.1.1946. In: IMG, Bd. 4, S. 599.

Heeresoberbefehlshaber Generaloberst Werner von Fritsch durch finstere Intrigen gestürzt hatten, zeitweise konkurrenzlos der oberste Repräsentant der Wehrmacht, deren Oberbefehl ihm Hitler freilich nicht übergab, sondern am 4. Februar 1938 selbst übernahm. Göring wurde mit der Ernennung zum Generalfeldmarschall abgefunden. Auch im Auswärtigen Amt fand ein Revirement statt. Außenminister von Neurath mußte den Platz für Joachim von Ribbentrop räumen. Diese Situation nutzte Göring, der sich der Einmischung Ribbentrops in die Österreichfrage damals noch leicht erwehren konnte.

Das turbulente diplomatische Geschehen der letzten Monate vor der Annexion, die deutschen Drohungen und Erpressungen und der Widerstand der Westmächte und auch Italiens gegen den geplanten „Anschluß“ heizten die internationale Atmosphäre auf, so daß sogar Hitler sich seiner Sache zeitweise nicht sicher war. Göring hingegen ließ, wie er es schon früher getan hatte, seine vielfältigen politischen Verbindungen spielen und vertrat überall vehement die deutsche Forderung.

Seine Fähigkeit zu schnellen Entschlüssen bewies sich in der kritischen Situation nach Kanzler Schuschniggs Ankündigung (8./9. März) einer Österreichischen Volksbefragung, als Hitler sich unsicher und entschlußlos zeigte. Wieder trat eine vergleichbare Konstellation im Verhältnis zwischen Hitler und Göring ein wie bei der Röhms-Affäre. Hitlers Luftwaffenadjutant beobachtete sehr genau, „daß Hitler keine wichtigen Entscheidungen aus dem Handgelenk fällen konnte, während das dem ehemaligen Jagdflieger Göring um so mehr lag ... Göring schien die Unentschlossenheit Hitlers bei unvorhergesehenen Vorfällen zu kennen und wußte, daß er sich dann beraten und beeinflussen ließ, im Gegensatz zu den Fällen, in denen der Führer sich nach längeren Überlegungen eine eigene Meinung gebildet hatte und dann nur schwer oder gar nicht mehr zu beeinflussen war.“³⁵

Göring nahm die Initiative allein in die Hand. Er drohte Schuschnigg mit Gewalt, ließ ihn durch seine österreichischen Gewährsleute zum Rücktritt [38:] zwingen und bestimmte den Österreichischen NS-Minister Arthur Seyß-Inquart, der – unlegitimiert – den Kanzlerposten übernommen hatte, dazu, Deutschland „um baldmöglichste Entsendung deutscher Truppen“ zu bitten.³⁶ Am 12. März 1938 marschierte die Wehrmacht in Wien ein.

Zum ersten Mal war ein ausländischer Staat deutscher Aggression zum Opfer gefallen. Die deutsche strategische Lage im Herzen Europas hatte sich, besonders was die Ausdehnung deutscher Interessen in Südosteuropa betraf, außerordentlich stark verbessert. Die Wirtschaftsbeute, die in Österreich eingebracht wurde, fiel dem Vierjahresplan zu, insbesondere die österreichischen Erdölvorkommen, die von nun an im Raubbauverfahren ausgebeutet wurden. Göring zeigte sich auch großzügig gegenüber seinen industriellen Freunden. Die IG Farben bemächtigte sich der österreichischen Großchemie. Krupp erhielt aufgrund „alter Ansprüche“ die Berndorfer Metallwarenfabrik. Die großen Erzlager der Alpine Montan AG in der Steiermark schacherte Göring den Vereinigten Stahlwerken ab und vergab die Vorkommen an die Reichswerke „Hermann Göring“, die damit ihren internationalen Raubzug und Aufstieg zum Riesenkonzern begannen. In Österreich sammelte Göring grundlegende Erfahrungen im Industrieraub und Wirtschaftsimperalismus großen Stils.

[39:] Österreichische Erfahrungen spielten auch eine Rolle, als er sich unmittelbar nach der Annexion einem anderen Riesengeschäft zuwandte: der „Arisierung“ und „Entjudung“ der deutschen Wirtschaft, d. h. dem Raub jüdischer Unternehmen und Vermögenswerte und der Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsprozeß. Dadurch, daß er binnen kürzester Zeit mittels einer Fülle von Maßnahmen und Verordnungen die Verfolgung der jüdischen Unternehmer und Gewerbetreibenden und die Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz systematisch und von Staats wegen betrieb – in seinen Funktionen als Beauftragter für den Vierjahresplan und als De-facto-Wirtschaftsminister³⁷ – setzte er die große Vertreibungswelle der Jahre 1938/39 in Gang.

³⁵ Nicolaus v. Below: Als Hitlers Adjutant 1937-1945, Mainz 1980, S. 76.

³⁶ Mitschnitt des Telefongesprächs Görings mit Keppler am 11.3.1938. In: IMG, Bd.31, Dok. PS- 2949, S. 367. Wörtlich so als Telegramm von Seyß-Inquart an Hitler, 11.3.1938. In: IMG, Bd. 30, Dok. PS-2463, S. 551.

³⁷ Schacht war am 26.11.1937 als Reichswirtschaftsminister entlassen worden, hatte aber die Geschäfte schon seit August/September ruhen lassen. Funk wurde erst am 8.2.1938 als sein Nachfolger eingeführt. Göring führte bis dahin die Geschäfte interimistisch und setzte auch später noch bedeutende personelle Revirements im Ministerium durch.

Vor dem Nürnberger Gericht versuchte Göring, die Verantwortung für den furchtbaren Pogrom vom 9./10. November 1938 auf Goebbels abzuwälzen. Aber die finstere Atmosphäre der Depravierung und Existenzbedrohung der Juden, in der Hitler und Goebbels nur noch den Funken in die angeheizte Stimmung der NS-Horden zu werfen brauchten, war seit März von Heydrich und Adolf Eichmann in Österreich, seit April von Göring in ganz „Großdeutschland“ geschaffen worden.

Nach dem November-Pogrom galt Göring als Hitlers oberster Bevollmächtigter in Judenfragen, was drei Jahre später (31. Juli 1941) dazu führen sollte, daß Heydrich die Unterschrift Görings unter den Befehl zur „Endlösung“ einholte. Schon in der berüchtigten, von ihm geleiteten Sitzung oberster Reichsbehörden nach dem Pogrom (12. November 1938) hatte er drohend erklärt: „Wenn das Deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpolitischen Konflikt kommt, so ist es selbstverständlich, daß auch wir in Deutschland in allererster Linie daran denken werden, eine große Abrechnung an den Juden zu vollziehen.“³⁸

Göring war 1938 auf dem Höhepunkt seiner Karriere angelangt. Es sah so aus, als ob er mit seinem hohen militärischen Rang, mit seiner Generalvollmacht auf wirtschaftlichem Gebiet und mit seinen außenpolitischen Erfolgen eine einzigartige Machtfülle auf sich vereinigte und an Popularität sogar Hitler übertraf. Beim Zustandekommen des Münchener Abkommens vom 28. September 1938 über die völkerrechtswidrige Zerteilung des tschechoslowakischen Staates und die Besetzung des wirtschaftlich entwickelten Sudetengebietes durch Deutschland spielte Göring noch einmal eine maßgebliche Rolle. Er bestärkte Mussolini in seiner Vermittlerrolle, arbeitete auf den Besuch Chamberlains in Deutschland hin und war schließlich auch an der Abfassung des deutschen Konferenzvorschlages für das Abkommen beteiligt.

[40:] Wirtschaftlich und militärisch erbrachten die Einverleibung des Sudetengebietes und, ein halbes Jahr später, der Einmarsch in die „Resttschechei“ einen erheblichen Zuwachs an Ressourcen und Arbeitskräftepotential und eine gewaltige Waffenbeute. Wieder unternahmen die deutschen Konzerne und Großbanken unter Görings Fittichen einen gewaltigen Fischzug auf die Wirtschaftsbeute.

Im Frühjahr 1939 war endgültig klar, daß der Ausbruch eines Krieges nur noch eine Frage kurzer Zeit war. Hitlers nach München deutlich wachsenden Drang nach Gewalt und seine Bereitschaft zum Kriegsrisiko, womöglich zum Risiko eines Zweifrontenkrieges, hielt Göring für verfrüht. Er hatte aus der Wirtschaft und aus dem Generalstab der Luftwaffe sehr unerfreuliche Daten darüber, wie wenig vorbereitet Deutschland für einen längeren Krieg gegen starke Gegner war. Seine Generale berichteten zum Beispiel, die Luftwaffe sei zu wirksamen Operationen gegen Großbritannien nicht in der Lage: „Es kann bei den bisher verfügbaren Mitteln nur mit einer störenden Wirkung gerechnet werden. ... Ein Vernichtungskrieg gegen England erscheint ... ausgeschlossen.“³⁹ Die Erdölmisere, vor allem aber der Mangel an Flugbenzin waren offensichtlich. Auch der Westwall, der die Westmächte von einem Eingreifen zu Lande abschrecken sollte, war noch im Bau.

Doch offensichtlich verdrängte Göring sein Wissen um die Mängel der militärischen und wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung. Anders als Generalstabschef Ludwig Beck verweigerte er sich Hitlers Kurs nicht, sondern entwickelte im Gegenteil eine hektische Betriebsamkeit auf dem Gebiet der Rüstung und prahlte vor Hitler mit deren – in den wenigsten Fällen schon kriegsreifen – neuesten Erfolgen.

Anders aber als Ribbentrop und hartnäckiger als Hitler erhoffte er sich von einer Fortsetzung des deutsch-britischen Dialogs das „britische Einverständnis zur Verwirklichung der deutschen Einheit und zur Vorherrschaft des deutschen Einflusses in Mittel- und Osteuropa“.⁴⁰

Göring war wohl auch aus verschiedenen anderen Gründen auf Verhandlungen erpicht und skeptisch gegenüber einem zu hohen Kriegsrisiko. Ihm war klar, daß ein von Deutschland vom Zaun gebrochener

³⁸ Sten. Protokoll der „Besprechung über die Judenfrage“, 12.11.1938. in: IMG, Bd. 28, PS-1816, S. 538 f.

³⁹ Bericht von General Helmuth Felmy, Chef des „Luftwaffen-Sonderstabes Großbritannien“ vom 22.9.1938. Zit. n. Irving, S. 334.

⁴⁰ Bericht von Botschafter Henderson an Halifax, 23.6.1938, über Besprechung mit Göring, 22.6.1938. Zit. n. Kube, S. 269.

Krieg seinen in Jahren geknüpften weitgespannten internationalen Beziehungen, besonders nach Großbritannien, und damit seinem auswärtigen Prestige, auf dem bisher in hohem Grade sein Ansehen bei Hitler beruhte, jede Grundlage entziehen würde. Prestige, Erfolg und Ansehen bei Hitler aber waren für ihn nicht nur Grundlage seines zunehmenden Größenwahns, sondern zugleich Quellen des Lebensgenusses; und er war mehr als je darauf aus, [41:] das Leben ausgiebig zu genießen. Ein Krieg barg die Gefahr, daß seinem süßen Leben in den inzwischen zusammengeramschten Burgen, Schlössern und Palästen, auf seinen Jachten und Jagden, mit seinen Juwelen und Bildergalerien ein Ende bereitet würde. Nach mehreren Jahren seiner zweiten Ehe mit einer Schauspielerin hatte er schließlich ein Kind, eine Tochter, gezeugt und erwies sich gern auch in der Öffentlichkeit als liebender Familienvater – sich auch hierin „menschlicher“ als Hitler gebend. Die erste Hälfte des Jahres 1939 brachte er überwiegend auf Urlaub in Italien zu.

So kam es, daß er in den letzten Monaten vor Kriegsbeginn eine ambivalente Rolle spielte. Hitler stets mit unterwürfiger Ergebenheit zu Diensten, schien er doch selbst daran zu glauben, daß seine Verhandlungsstrategie Großbritannien trotz der expansiven deutschen Forderungen gegenüber Polen zu einem ähnlichen Verhalten wie in München bewegen könne. Hitler bediente sich aber diesmal in erster Linie der Dienste Ribbentrops, der seinen Kurs auf Krieg vorbehaltlos unterstützte. Nach dem Abschluß des Nichtangriffspaktes mit Stalin, den Ribbentrop sich als sein Verdienst anrechnete, war Hitler Vermittlungsvorschlägen nicht mehr zugänglich. Schon seit April („Fall Weiß“) von beiden mehr und mehr übergangen, scheiterte Göring vollständig mit seinen dilettantischen, je länger, desto weniger ernstgemeinten Verhandlungsbemühungen der letzten Tage und Wochen vor Kriegsausbruch.

Binnen drei Jahren Krieg überzog die deutsche Wehrmacht halb Europa mit Mord und Brand. Görings Luftwaffe legte Städte und Dörfer, darunter große Teile Warschaus, Rotterdams und Belgrads, ohne militärische Not in Schutt und Asche.

Die große Stunde des „Beauftragten für den Vierjahresplan“ schien nun, unter dem Zeichen von Eroberung und Okkupation, gekommen: Den ausschweifenden Planungen für den europäischen „Großwirtschaftsraum“, die vordem innerhalb der Vierjahresplanorganisation betrieben worden waren, schienen der Realisierung nahe. Die „Neuordnung Europas“ bedeutete, als zentrale deutsche Kriegszielforderung, die Neuverteilung der europäischen Reichtümer und Ressourcen auf dem Wege der Veränderung geographischer Grenzen, politischer Abhängigkeiten und wirtschaftlicher Besitzverhältnisse, auf dem Wege der „Aussiedlung“ und Umsiedlung von Millionen Menschen, der Ermordung von Juden und Slawen.

Es war in erster Linie die Aufgabe Görings als Beauftragter für den Vierjahresplan, das besetzte Europa wirtschaftlich im deutschen Interesse zu [42:] „ordnen“ und planmäßig auszubeuten. Seine Vollmacht, die 1940 von Hitler ausdrücklich um vier weitere Jahre verlängert wurde, bezog sich jetzt auch auf die besetzten und noch zu erobernden Gebiete.

Im besetzten Polen nahm Göring diese Vollmacht wahr, indem er im annektierten Westpolen das Eigentum des polnischen Staates der beim Vierjahresplan gebildeten und von seinem Vertrauten Max Winkler geleiteten „Haupttreuhandstelle Ost“ (HTO) als Treuhandvermögen übertrug. Sämtliches Vermögen polnischer Bürger- unter ihnen das Zehntausender vertriebener und ermordeter Polen und Juden- unterwarf er in einer weit auslegbaren Verordnung⁴¹ ebenfalls der Beschlagnahme. Auch auf dieses Vermögen legte die HTO ihre Hand.

Die großen Industriewerte wurden den führenden deutschen Konzernen anfangs in treuhänderische Verwaltung übergeben, später verkauft. Die oberschlesische Montanindustrie wurde nach heftigen Kämpfen zwischen Flick, Krupp, Röchling, den oberschlesischen Magnaten und den Reichswerken „Hermann Göring“ mit Görings Billigung hauptsächlich zwischen den beiden Konzernen Oberhütten (Ballestrem) und Berghütte Teschen aufgeteilt (beide unter Kontrolle der Deutschen Bank). Die

⁴¹ „Verordnung über die Behandlung von Vermögen der Angehörigen des ehemaligen polnischen Staates“ vom 17.9.1940 (in Kraft getreten 24.9.1940). In: Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939- 1945) (= Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 2). Hg. v. Werner Röhr, Dok. 76, S. 189.

Kohlenbergwerke gingen zum größten Teil an die Reichswerke. Die IG Farben erhielten freie Hand in der polnischen Chemieindustrie.

Für das „Generalgouvernement“, das polnische Restgebiet, sah Görings Konzeption „vorerst ... grundsätzlich keine Wirtschaftspolitik auf lange Sicht“ vor. Die Wirtschaft dort sollte „binnen kürzester Frist“ ein „Höchstmaß“ dessen erbringen, „was zur sofortigen Verstärkung der (deutschen) Wehrkraft aus der Wirtschaftskraft des Generalgouvernements herausgeholt werden kann“. Darunter war auch der Abtransport von mindestens einer Million polnischer Land- und Industriearbeiter nach Deutschland gefordert. Die nicht für Deutschland arbeitende polnische Bevölkerung müsse mit einem „Minimum an Lebensmitteln“ auskommen. Betriebe, die nicht für die genannte „Verstärkung der Wehrkraft“ arbeiteten, wurden der „Ausschlachtung und Verschrottung“ preisgegeben.⁴² Im Generalgouvernement gerieten große Munitions- und Waffenwerke unter die Verwaltung des Reichswerke-Konzerns, der Wehrmacht und der deutschen Flugzeugindustrie.

Nach dem deutschen Überfall auf Nord- und Westeuropa stellte es sich heraus, daß Göring der mit großem Aplomb als deutsche Mission herausgestellten Aufgabe, Europa „neu zu ordnen“, in keiner Weise gewachsen war. Der nächstliegende Grund dafür war Unfähigkeit. Ihm fehlte es nicht nur an der erforderlichen strategischen Übersicht und Voraussicht, sondern er [43:] wählte auch den bequemen Weg, die Aufgaben an einzelne, teils bestehende, teils neu gebildete Institutionen zu delegieren, ohne eine straffe Gesamtplanung zu organisieren oder wenigstens auf wirksame Abstimmung zwischen diesen Organen zu dringen. Es gelang ihm auch nicht, die Wehrmacht bzw. die Militärbefehlshaber und die Reichskommissare in den besetzten Gebieten in ein System einzubinden und sich diese Organe wenigstens in Wirtschaftsfragen unterzuordnen. So zerrann ihm seine Vollmacht oder zumindest das, was er daraus hätte machen können, zwischen den Fingern. Albert Speer hatte später, seit 1942, als Reichsminister für Bewaffnung und Munition mehr als zwei Jahre damit zu tun, die wichtigsten Verantwortlichkeiten, die Göring entglitten waren, in seinem Ministerium notdürftig wieder zusammenzuführen.

Ein wesentlicherer, tiefer liegender Grund waren der Krieg und seine Eigengesetzlichkeit selbst. Die Eroberungserfolge in den ersten drei Kriegsjahren stellten die deutschen Wirtschaftsplaner und -politiker vor Aufgaben, auf die sie letzten Endes ganz unvorbereitet waren. Für kein einzelnes besetztes Land, geschweige denn für den Kontinent hatten Göring und seine industriellen und ministeriellen Berater ein durchdachtes Konzept langfristiger wirtschaftlicher „Durchdringung“ und „Verflechtung“, womöglich unter Berücksichtigung der Eigenständigkeit und der genuinen Interessen des betreffenden Landes. Ein solches Konzept konnte es tatsächlich auch nicht geben, und es wäre, soweit vorstellbar, jedenfalls unrealisierbar gewesen. Weder die barbarische deutsche Kriegführung noch der Drang nach wirtschaftlicher Vorherrschaft in Europa und nach Vernichtung der ausländischen Konkurrenz noch gar der faschistische Terror und Rassismus als politisches Programm der deutschen Okkupationsherrschaft waren auch nur im geringsten kompatibel mit einer Strategie friedlicher Integration. Die Versuche von Göring und Funk, die Wirtschafts- und „Neuordnungs“politik in den besetzten Ländern zu koordinieren und zu lenken, scheiterten schon in den Anfängen, vor allem an der Behauptung eigener Kompetenz der jeweiligen deutschen Okkupationsverwaltung, militärischer oder ziviler, und an den widerstreitenden Interessen und der Konkurrenz der deutschen Großunternehmen. Immerhin gelang es in mehreren Fällen, kraft der Vierjahresplanvollmacht bedeutende ausländische Wirtschaftskomplexe in deutschen privaten oder gemischtwirtschaftlichen Besitz zu überführen – in der Regel auf dem Weg der treuhänderischen Betriebsübertragung an deutsche Großunternehmen, die intern als Wechsel auf eine zukünftige Eigentumsübertragung betrachtet wurde. Als wesentliches Vehikel der Beschlagnahmen, Kapitalübernahmen und Enteignungen großen [44:] Stils setzte Göring überall die „Arisierung“ ein, verbunden in der Regel mit der Erpressung und tödlichen Bedrohung der jüdischen Eigentümer.

⁴² Richtlinien Hans Franks (als Generalbevollmächtigter des BfV für Polen), 25.1.1940. In: IMG, Bd. 27, Dok. PS-1375, S. 200 ff.

Die HTO erfaßte und beschlagnahmte in den annektierten polnischen Gebieten sämtliche polnischen Industriebetriebe (38.000), Zehntausende anderer gewerblicher Objekte, Hunderttausende von Grundstücken, außerdem Wertpapiere und verteilte sie an deutsche Interessenten.

Im annektierten Lothringen und Luxemburg gingen die französischen Hüttenwerke gemäß Erlaß Görings und Funks in die treuhänderische Verwaltung und Betriebsführung großer deutscher Montankonzerne über, in erster Linie des Flick-Konzerns, der Ruhr- und Saarkonzerne (Februar 1941). Vorerst wurden hier die weitergehenden Forderungen der Konzerne auf die Hütten und Eisenerzvorkommen im nichtannektierten Departement Meurthe-et-Moselle und in Südbelgien abgewiesen; sie blieben unter behördlich-kommissarischer Verwaltung, erst des Reichswirtschaftsministeriums, später der Reichsvereinigung Eisen.

Große Teile der norwegischen Industrie behielt Göring über die Nordag (Nordische Aluminium AG; seit 1941: Hansa Leichtmetall AG) in der Hand, die mittels deutsch-norwegischer Tochtergesellschaften die norwegische Aluminiumproduktion vervielfachen und der deutschen Luftrüstung dienstbar machen sollte. Die Nordag hatte das Reichsluftfahrtministerium als Hauptaktionär, stand auch unter dessen Dienstaufsicht und wurde geleitet von Heinrich Koppenberg, früher Flick-, in den 30er Jahren Junkers Direktor, einer Schlüsselfigur der deutschen Luftrüstung. Koppenberg wurde von Göring als „Treuhandler und Vermögensverwalter für die norwegische Aluminiumindustrie“ eingesetzt und arbeitete eng mit der IG Farben bzw. mit dem Reichsamt für Wirtschaftsausbau zusammen.

Die Oberaufsicht über die Bodenschätze Südosteuropas vertraute Göring seinem Protegé Franz Neuhausen an, der seit 1937 Geschäfte des Vierjahresplans in Jugoslawien abwickelte. Neuhausen avancierte 1941 zum „Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft in Jugoslawien“ und firmierte bald als „Generalbevollmächtigter für den Metallerzbergbau Südost“; seit August 1943 war er Militärverwaltungschef beim Militärbefehlshaber Südost.

Seit 1941 wurden die Schwerindustrie der UdSSR (Dnepr-Donetz-Gebiet) und andere Industriezweige (Chemie; Textilindustrie) im besetzten sowjetischen Gebiet im Auftrag Görings durch halbstaatliche deutsche Gesellschaften („Ostgesellschaften“) monopolartig verwaltet und die Betriebe deutschen Konzernen als Treuhändern zur Bewirtschaftung übertragen. Ein besonderer Fall war das große persönliche Engagement Görings für [45:] jenen Industriekomplex, der seit Frühjahr 1941 in Auschwitz im annektierten Polnisch-Oberschlesien entstand und in dem für den Krieg Buna, Treibstoff und andere wichtige Produkte erzeugt werden sollten. Bauherr war der IG-Farben-Konzern; andere Konzerne (Krupp) sollten beteiligt werden. Das Bunawerk der IG Farben, an dem die Wehrmacht brennend interessiert war, war eines der wichtigsten Projekte des Reichsamts für Wirtschaftsausbau (Krauch). Es erfreute sich der besonderen Protektion Görings. Er drängte die beteiligten obersten Reichsbehörden Mitte April 1941, „zur Sicherstellung des Arbeitsbedarfs und der Unterbringung der Arbeiter für den Anfang April beginnenden, in höchstmöglichem Tempo durchzuführenden Bau des Buna-Werkes Auschwitz“ die Juden aus der Stadt Auschwitz und ihrer weiteren Umgebung „auszusiedeln“, und bat im gleichen Atemzug um „Bereitstellung einer möglichst großen Anzahl von Baufach- und Bauhilfsarbeitern für den Bau des Buna-Werkes aus dem benachbarten Konzentrationslager“.⁴³ ... Umgehend reagierte insbesondere der unmittelbar angesprochene „Reichsführer-SS“, Himmler. Die Masse der Arbeitskräfte für den Aufbau des Werks stellte die SS aus dem großdimensionierten Konzentrationslager, dem das berüchtigte Vernichtungslager Auschwitz II (Birkenau) angeschlossen war.

Die SS-Strategie der „Vernichtung durch Arbeit“ verband sich hier mit dem von Führungskräften des IG-Farben-Konzerns ausgearbeiteten System der Ausbeutung von billigsten Arbeitskräften, nämlich von durch Mißhandlungen und Hunger gequälten, ständig vom Tode bedrohten KZ-Häftlingen, vor allem von Juden und anderen „Untermenschen“.

⁴³ Rundschreiben Görings vom 18.2.1941. In: IG-Farben, Auschwitz, Massenmord. Über die Blutschuld der IG-Farben. Hg. v. der Arbeitsgruppe der ehemaligen Häftlinge des Konzentrationslagers Auschwitz beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der Deutschen Demokratischen Republik, (Berlin 1964), Dok. 5, S. 11 (NI-1240)

Im übrigen setzte sich unter höchst widersprüchlichen Bedingungen und unter vielfältigen internen Kämpfen der beteiligten deutschen Stellen fast allorts ein primitiver Raubkapitalismus durch und eine – schlecht organisierte – Anpassung der Wirtschaft der besetzten Länder an die kurzfristigen Bedürfnisse der deutschen Kriegswirtschaft und Kriegführung. Göring war einer der Hauptorganisatoren großer Raubzüge. Seine in Ost und West tätigen Vierjahresplan-Sonderstäbe hatten die Aufgabe, die wirtschaftliche Kriegsbeute, vor allem die Rohstoffbeute, rasch zu erfassen, zu beschlagnehmen und abzutransportieren. Solche Stäbe (mit militärischem Charakter) befaßten sich etwa mit der Erfassung von Schrott, von industriellen Rohstoffen aller Art und schließlich mit großen, organisierten Schwarzmarktkäufen.

Im Sommer 1940 sonnte sich Göring noch im Glanze höchster Anerkennung der Erfolge seiner Luftwaffe im „Blitzkrieg“ und wurde von Hitler [46:] zum „Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches“ befördert – eine Ehrung, die in der deutschen Geschichte ähnlich bisher nur dem Prinzen Eugen von Savoyen widerfahren war und die ihm die ranghöchste Stellung in der gesamten Wehrmacht eintrug. Im September brachte aber dann der verunglückte „Adlertag“ den ersten häßlichen Flecken auf seinem Ruhmesschild: Die Luftwaffe begann mit dem „Blitz“, den Angriffen auf London, die viele Tausende Londoner das Leben kostete, aber auch Görings Bomberflotte dezimierte, große Schwächen und Rückstände in Luftwaffe und Luftrüstung offenlegte und im Spätherbst mit einem vollständigen Fiasko endete.

Während der Sommer- und Herbstmonate bekam Göring möglicherweise auch ein Gefühl dafür, daß die „Neuordnung Europas“ unüberwindliche Schwierigkeiten machen werde, denen er nicht gewachsen wäre. Seine persönliche „Neuordnung“ verlor er allerdings nicht aus dem Auge. Wochenlang machte er von seinem luxuriösen Sonderzug aus Beutezüge nach Amsterdam, Paris, Brüssel usw. und kaufte und „arisierte“ Wagenladungen von Luxusgütern. Ein besonderes Faible hatte er für Kunstschätze und ließ spezielle Emissäre überall im besetzten Europa Gemälde und andere Kunstwerke von unschätzbarem Wert für sich und seinen „Führer“ zusammenkaufen und -stehlen.

In dieser Zeit entschied sich Hitler für den kurzfristig zu planenden Überfall auf die Sowjetunion. Im August 1940 war Göring noch skeptisch hinsichtlich des Hitlerschen Plans, für einen Krieg gegen die UdSSR „umzurüsten“, und meinte, daß wegen Rohstoff- und Treibstoffmangel „das vom Führer geplante 200-Divisionen-Heer zu groß ist“.⁴⁴ Spätestens seit November engagierte er sich aber anscheinend vorbehaltlos in der Vorbereitung des neuen Feldzugs. „Der Führer“, erklärte er General Georg Thomas, dem Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts des OKW gegenüber, „hat sich zu diesem Kriege entschlossen, weil 1.) der Bolschewik uns doch eines Tages angreifen wird und seine Industrie zerschlagen sein muß, ehe er zum Kriege bereit ist; 2.) der Krieg gegen England länger dauern wird, als wir erwarteten, und wir daher aus Ernährungsgründen die englische Blockade nach Osten durchbrechen müssen. Mitteleuropa kann nur mit Hilfe der ukrainischen Erntemengen ernährt werden; 3.) wir bis zum Kaukasus durchstoßen müssen, um uns der kaukasischen Ölgebiete zu bemächtigen, da ohne sie gegen England und Amerika eine großzügige Luftkriegführung nicht möglich ist“.⁴⁵

Seine nicht geringen Bedenken gegen „Barbarossa“ verdrängend, stürzte Göring sich nun mit verzehrendem Ehrgeiz in die Vorbereitungen für den [47:] neuen, schnellen Ruhm verheißenden Krieg. Der Sieg in diesem Feldzug schien auf einfache Weise die Lösung der kardinalen wirtschaftlichen Probleme Deutschlands anzubieten: genug Erdöl und Lebensmittel für alle Zeiten und für alle Eventualitäten, besonders für spätere Auseinandersetzungen mit Großbritannien und den USA über Erdteile und Weltmeere hinweg.

In diesem Feldzug, der alle bisherige faschistische Barbarei in den Schatten stellte, kompensierte Göring sein Scheitern als Militär – als Luftwaffenchef und -Stratege – und als Bevollmächtigter für die wirtschaftliche „Neuordnung Europas“, indem er an vorderster Stelle an den umfassenden Massenverbrechen und dem Völkermord im Osten teilnahm.

⁴⁴ Aktennotiz von General Georg Thomas über Besprechung bei Göring, 29.8.1940. In: BAP, Fall XI, Nr. 415, Dok. PS-1456 (Unterlagen für das Kriegstagebuch des WiRüAmts).

⁴⁵ Aussage von General Thomas, 16.8.1945. In: BAP, Filmsammlung, Film 1826.

Über einen von ihm geleiteten, der Zusammensetzung nach dem Generalrat des Vierjahresplans ähnelnden „Wirtschaftsführungsstab Ost“ gedachte er, die Ausplünderung und Kolonialisierung der UdSSR fest in der Hand zu behalten, diesmal „anders ... , als es bisher im Westen und Polen der Fall gewesen ist“.⁴⁶ In der Tat begannen intensive organisatorische Vorbereitungen schon früh im Jahre 1941, als der „Wirtschaftsstab Ost“ (Tarnname „Oldenburg“) und die Kontinentale Öl AG (Konti Öl) aus der Taufe gehoben wurden.

Außerordentlich bezeichnend für die Expansionsabsichten des deutschen Imperialismus war die Gründung der Conti Öl am 27. März 1941. In diesem von staatlichen Behörden (Vierjahresplan, Reichswirtschaftsministerium), von der Großindustrie (in erster Linie IG Farben) und von den Großbanken (in erster Linie Deutsche Bank) geschaffenen Konzern sollten die unter deutsche Herrschaft zu bringenden Erdölressourcen Europas, des Kaukasus und des Nahen Ostens zusammengefaßt werden. In der staatlich-großkapitalistischen Mischstruktur des Konzerns und in seinem Anspruch auf Schaffung eines riesigen eurasischen Erdölimperiums sah Franz L. Neumann schon 1942/44 den Prototyp einer imperialistischen Maschinerie, die nach den deutschen Plänen die Wirtschaft großer Teile der Welt dem NS-Regime und dem deutschen Großkapital unterwerfen sollte.⁴⁷

Am 2. Mai 1941 leitete Göring eine „Besprechung mit den Staatssekretären über Barbarossa“, in der die für die UdSSR zu erlassenden Richtlinien erörtert wurden. Die Teilnehmer legten kaltblütig fest, daß ein großer Teil der Bevölkerung Rußlands zu verhungern habe und die gesamte UdSSR zu entindustrialisieren sei. Göring faßte zusammen: „1.) Der Krieg ist nur weiter zu führen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Rußland ernährt wird. 2.) Hierbei werden zweifellos -zig Millionen Menschen ver-[48:]hungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird. [...]“⁴⁸

Für diese Raubpolitik, die Völkermord implizierte, verfaßte Görings Gewährsmann für landwirtschaftliche Produktion, Staatssekretär Herbert Backe (Vierjahresplan, Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Wirtschaftsführungsstab Ost) in den folgenden drei Wochen ausführliche „Wirtschaftspolitische Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft“, ein besonders einprägsames Dokument faschistischer Barbarei. Um das „Minimalziel, die Versorgung der Wehrmacht aus Feindesland im dritten und evt. weiteren Kriegsjahr“ zu gewährleisten, habe – so dort der zentrale Gedanke – eine hermetische „Abriegelung“ der landwirtschaftlichen Überschuß- von den Zuschußgebieten, d. h. des Südens vom Norden des europäischen Teils der UdSSR, zu erfolgen. „Die Konsequenz ist die Nichtbelieferung der gesamten Waldzone einschließlich der wesentlichen Industriezentren Moskau und Petersburg. [...] Daraus folgt zwangsläufig ein Absterben sowohl der Industrie wie eines großen Teils der Menschen in den bisherigen Zuschußgebieten. [...] Viele 10 Millionen Menschen werden in diesem Gebiet überflüssig und werden sterben oder nach Sibirien auswandern müssen. Versuche, die Bevölkerung dort vor dem Hungertode dadurch zu retten, daß man aus der Schwarzerdezone Überschüsse heranzieht, können nur auf Kosten der Versorgung Europas gehen. Sie unterbinden die Durchhaltungsmöglichkeit Deutschlands im Kriege, sie unterbinden die Blockadefestigkeit Deutschlands und Europas. Darüber muß absolute Klarheit herrschen.“⁴⁹

Das zentrale Programm des Wirtschaftsführungsstabes Ost, die für Zwecke der Wehrmachtführung im Juni 1941, noch vor dem Überfall, gedruckten „Richtlinien für die Führung der Wirtschaft“, damals auch Görings „Grüne Mappe“ oder „Grüner Esel“ genannt, enthielt denn auch nur den Extrakt der seit Monaten erörterten und beschlossenen Orientierung, allerdings schon mit detaillierten organisatorischen Anweisungen. Oberste Maxime der in der UdSSR zu befolgenden Wirtschaftspolitik war es danach, „die sofortige und höchstmögliche Ausnutzung der besetzten Gebiete zugunsten

⁴⁶ Aktennotiz von General Thomas über Vortrag bei Göring am 26.2.1941, vom 27.2.1941. in: BAP, Fall XI, Nr. 415, Dok. PS-1456 (Unterlagen für das Kriegstagebuch des WiRüAmts).

⁴⁷ Franz Neumann: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, Frankfurt a. M. 1977, S. 459 ff.

⁴⁸ Aktennotiz über Besprechung Görings mit den Staatssekretären, 2.5.1941. In: IMG, Bd. 31, Dok. PS-2718, S. 84. Ausführlicher über die Besprechung s. Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. I, Berlin 1969, S. 239 ff.

⁴⁹ „Wirtschaftspolitische Richtlinien ...“ vom 23.5.1941. In: IMG, Bd. 36, Dok. EC-126, S. 135 ff.

Deutschlands ... in erster Linie auf den Gebieten der Ernährungs- und der Mineralölwirtschaft zu vollziehen. So viel wie möglich Lebensmittel und Mineralöl für Deutschland zu gewinnen, ist das wirtschaftliche Hauptziel der Aktion“.⁵⁰

Eine Modifizierung erfuhr das menschenverachtende Programm später dadurch, daß die Wehrmacht während des Feldzugs, je länger, desto mehr auf bestimmte industrielle Kapazitäten und auf einheimische Arbeitskräfte [49:] angewiesen war, die man also nicht unterschiedslos verhungern lassen konnte. Schließlich dauerte der Krieg im Osten länger als drei bis vier Monate, mit denen man ursprünglich gerechnet hatte. Sein tatsächlicher Verlauf warf sehr bald auch Görings organisatorisches Konzept über den Haufen. Inzwischen tauchte ein neues Problem auf, um das sich Göring kümmerte, nachdem ihm die zentrale Führung der „Ostwirtschaft“ so schnell aus der Hand glitt. Die Verantwortlichen der deutschen Kriegswirtschaft standen Ende 1941, als vor Moskau der „Blitzkrieg“ endgültig scheiterte, vor einem katastrophalen, existentiell bedrohlichen Arbeitskräftemangel. Was Hitler aus „ideologischen“ Gründen nie zulassen wollte, mußte er Ende Oktober 1941 zugestehen: Sowjetische Arbeitskräfte, kriegsgefangene und zivile, wurden in Massen ins Reich transportiert. Damit begann für sie, deren Zahl schließlich auf etwa 2,8 Millionen anstieg, ein schrecklicher Leidensweg, dessen Marksteine Entwürdigung, Mißhandlung, Hunger und Tod hießen.

Göring verfügte am 7. November 1941, während eines seiner letzten großen Auftritte vor einem Auditorium der Spitzen von Staat, Wirtschaft, Wehrmacht und Nazipartei, die „höchste Ausnutzung der russischen Arbeitskraft“ und gab zu verstehen, daß sich die Einstellung Hitlers zu dieser Frage „grundsätzlich geändert“ habe.⁵¹ Sowjetische Kriegsgefangene würden in größtmöglicher Zahl als Arbeitskräfte auch innerhalb Deutschlands eingesetzt werden, ganz besonders im Bergbau. Auch „freie russische Arbeitskräfte“ sollten fortan nach Deutschland geschafft werden, um, wie Göring es begründete, deutschen Frauen das Arbeiten zu ersparen und „wenig leistende und viel essende“ Arbeiter anderer Nationalität „aus dem Reich abzuschieben“.

Für die Behandlung sowjetischer Zwangsarbeitskräfte in der deutschen Kriegswirtschaft legte Göring Grundsätze und Richtlinien fest, in die die Forderungen seiner Gewährsleute aus der Industrie ebenso wie die Vorbehalte der Sicherheitsbehörden eingeflossen waren. An vorderster Stelle nannte er „sicherheitspolizeiliche sowie Abwehrgesichtspunkte“ und führte aus: „Offiziere sind tunlichst, Kommissare grundsätzlich vom Einsatz auszuschließen ... Für die Sicherheitsmaßnahmen ist schnellste und schärfste Wirksamkeit entscheidend. Die Strafskala kennt zwischen Ernährungsbeschränkung und standrechtlicher Exekution im allgemeinen keine weiteren Stufen.“ Hinsichtlich der Verpflegung verbreitete sich Göring über die „Genügsamkeit“ der sowjetischen Menschen und kündigte an: „Ernährung (ist) Sache des Vierjahresplanes. Schaffung eigener Kost (Katzen, Pferde usw.)“

[50:] Über die „freien russischen Arbeiter“ enthielten die Richtlinien eine schwerwiegende grundsätzliche Bestimmung: „Einsatz und Behandlung werden in der Praxis nicht anders zu handhaben sein wie bei den kriegsgefangenen Russen.“ Vorgesehen waren schlimmste Hungerrationen an Lebensmitteln und erbärmlichste Bekleidung. Der sowjetische Arbeiter dürfe nicht mehr als ein „kleines Taschengeld“ erhalten. In diesem Punkt zeigte sich Göring besonders besorgt: „jede finanzielle Maßnahme ... hat davon auszugehen, daß niedrigste Löhne im Osten – nach einer ausdrücklichen Führeranweisung – eine Voraussetzung für den Kriegskostenausgleich und die Kriegsschuldenbereinigung des Reichs nach Kriegsende sind. Verstöße unterliegen härtester Ahndung. Dies gilt sinngemäß für jede Förderung ‚sozialer Bestrebungen‘ im russischen Kolonialgebiet.“ Schließlich sollten die sowjetischen Zwangsarbeiter in Deutschland ein diskriminierendes Kennzeichen tragen, ähnlich dem, das für die polnischen Arbeitskräfte vorgeschrieben war.

⁵⁰ „Richtlinien für die Führung der Wirtschaft“, Juni 1941. In: IMG, Bd. 28, Dok. PS- 1743, S. 3 ff.

⁵¹ Zitate zusammengestellt aus: „Richtlinien“ Görings, vorgetragen am 7.11.1941. In: IMG, Bd. 39, Dok. USSR-386, S. 497 ff. (dass. in IMG, Bd. 27, Dok. PS-1193, S. 56 ff.); Aktennotiz WiRüAmt (Entwurf) über Ausführungen Görings am 7.11.1941, vom 11.11.1941: IMG, Bd. 27, Dok. PS-1206, S. 64 ff.

Damit legte Göring die Grundlagen für jenes barbarische, abgefeimte Hunger- und Terrorregime, dem die sowjetischen Arbeitskräfte im Reich ausgesetzt waren und das zum Kernstück des gesamten Zwangsarbeitssystems wurde.

Im März 1942 delegierte Göring seine wichtigsten wirtschaftspolitischen Vollmachten an Albert Speer, den Nachfolger von Fritz Todt als Reichsminister für Bewaffnung und Munition, und an Fritz Sauckel, den Gauleiter von Thüringen. Speer übertrug er, wenn auch widerstrebend, den Kern seiner Generalvollmacht als Beauftragter für den Vierjahresplan unter der Bezeichnung „Generalbevollmächtigter für Rüstungsaufgaben im Vierjahresplan“, mit der Befugnis, allen „Geschäftsgruppen, Generalbevollmächtigten, Bevollmächtigten usw. im Rahmen des Vierjahresplans ... in Fragen der Rüstung in meinem Auftrag Weisungen zu erteilen“.⁵²

Speer verstand es, sich engstens mit den führenden Kreisen der Wirtschaft zu verbinden, sich einen gewaltigen, teils behördlichen, teils industriellen Apparat als Lenkungsinstrument für die Rüstung zu schaffen, sich als Minister ständigen Zugang zu Hitler zu verschaffen und dessen Vertrauter in allen kriegswirtschaftlichen Fragen zu werden. Er nahm Göring mit Hitlers Unterstützung und Billigung Schritt für Schritt sämtliche Zuständigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet ab, auch in den besetzten Gebieten, 1944 sogar die Leitung der Luftrüstung.

Sauckel firmierte als „Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz“ (GBA). Er ließ sich, wie von Speer vorgeschlagen, von Hitler beauftragen [51:] und erklärte später stets, er sei direkt Hitler gegenüber verantwortlich. Göring blieb er nur formell unterstellt, indem er die Funktion und Vollmacht der bisherigen Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz im Vierjahresplan übernahm. Sauckels energische Usurpation der zentralen und regionalen deutschen Arbeitsbehörden und die Bildung seiner sich über das ganze besetzte Europa erstreckenden Organisation zur Erfassung von Zwangsarbeitern vollzogen sich ohne Zutun Görings, der sich nunmehr der vollständigen Aushöhlung seiner Kompetenz auch auf diesem Gebiet gegenüber sah.

Blieben der Oberbefehl über die Luftwaffe und – bis 1944 – der Einfluß auf die Luftrüstung. Mit der Überheblichkeit eines sich überlegen dünkenden Feldherrn hatte Göring die Luftwaffe für „Blitzkriege“ gerüstet, ohne auch nur im Ansatz eine risikoärmere, weiterblickende Luftkriegsstrategie zu entwickeln. Seit 1942 geriet nun die „stolze“ deutsche Luftwaffe von einer Niederlage, von einer Katastrophe in die andere.

Im Frühjahr 1942 setzten jene vernichtenden alliierten Großangriffe auf deutsche Städte ein, die bis Kriegsende nicht mehr aufhörten und denen die Luftwaffe zunehmend hilflos gegenüberstand.

Bei Stalingrad verlor die Luftwaffe, die versprochen hatte, die eingeschlossene 6. Armee aus der Luft zu versorgen, entscheidend an militärischem Gewicht. Angesichts der nahenden Katastrophe war es Göring, der sich damals für den Einsatz von Giftgas aus der Luft einsetzte. Bei der Räumung Nordafrikas und bei der Landung der Alliierten auf Sizilien versagte die Luftwaffe. Seit 1943/44 griffen die Alliierten massiert wichtige wirtschaftliche Ziele in Deutschland an. Ende 1943/Anfang 1944 besaßen sie bereits die Luftherrschaft über Deutschland.

Ein Desaster erlitt die Luftwaffe im Juni 1944 während der englisch-amerikanischen Invasion in der Normandie. Schließlich schnitt ihr in der zweiten Hälfte 1944 die konzentrische alliierte Luftoffensive gegen die Hydrierwerke den Lebensfaden Treibstoff ab.

Abgesehen davon, daß die deutsche Luftrüstung gegen das vereinte amerikanische, britische und sowjetische Potential auf Dauer sowieso nicht die geringste Chance hatte- gegen diese Einsicht war die gesamte Führung des „Dritten Reiches“, voran Göring, bis zuletzt blind –, waren Göring und die Luftwaffenführung zu keiner Zeit fähig umzudenken.

Große Anstrengungen mutete sich Göring in den letzten Kriegsjahren ohnehin nicht mehr zu. Wenn er bei seiner Gefangennahme 1945 vor sich hin murmelte: „Wenigstens zwölf Jahre anständig gelebt!“, so kann man wohl sagen, daß sich gerade im Krieg sein Luxuswahn und seine tiefe Korruption

⁵² Göring-Erlass vom 1.3.1942. In: BAP, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 8442, Bl. 18R.

voll entfalteten. Er mied es inzwischen, sich vor der Bevöl-[52:]kerung und sogar bei seinen eigenen Soldaten sehen zu lassen, und lebte, wenn seine Anwesenheit nicht anderswo dringend verlangt wurde, nur noch in seinen feudalen Anwesen (Karinhall, Berchtesgaden, Burg Veldenstein/Franken, Jagdschloß Rominten/Ostpreußen). Seine dortigen Besprechungen und Empfänge arteten regelmäßig in eine Zurschaustellung seines Schmucks und der halbseidenen Garderobe und in eine schamlose „Fresserei“ aus, wie seine eigenen Offiziere feststellten. Immer öfter stellten sie den nach Morphiumgebrauch typischen abwesenden, „völlig dämlichen“ Gesichtsausdruck bei ihm fest.

Ausgiebige Geburtstagsfeiern, zu denen er jeweils von der Luftwaffe, von seinen industriellen Freunden usw. märchenhafte Geschenke erwartete und erhielt, sich häufende Urlaubsreisen, Einkaufsbummel und Kunst„einkäufe“ in Paris, Florenz, Rom bildeten den wichtigsten Inhalt seines „Helden“lebens.

Es blieb nicht aus, daß er sich bei der Heeresgeneralität, die er so oft beschimpft und der Weichheit und Feigheit bezichtigt hatte, und selbst bei kritischen Offizieren der Luftwaffe verächtlich und verhaßt machte. Doch Hitler, obwohl er ihn in den späteren Kriegsjahren gern zum Sündenbock für die deutschen Niederlagen stempelte und vor großem Kreis denunzierte, so daß der dicke Reichsmarschall mitunter in Tränen ausbrach, hielt an ihm bis in seine letzten Tage fest, nicht zuletzt aus dem prestigeträchtigen Grund, daß er ihn mehrfach, zuletzt 1941, offiziell zu seinem Nachfolger in allen Funktionen bestellt hatte.

Seit Ende Februar 1945 ließ Göring seine Kunstschätze und wertvollen Möbel aus Karinhall nach Franken, Bayern und in die Steiermark abfahren. Mitte März verfaßte er einen Aufruf an seine Piloten, sie sollten sich zu Selbstmordeinsätzen bereit erklären, „um die Nation vor ihrer Auslöschung zu bewahren“.⁵³ Am 7. April schickte er tatsächlich 184 solcher „Werwolf“-Besatzungen gegen amerikanische Bomber in den Tod.

Am 20. April gratulierte er Hitler im Bunker unter der Reichskanzlei zum 56. Geburtstag und verabschiedete sich zugleich von ihm, um am nächsten Morgen nach Berchtesgaden zu seiner Familie zu fahren. Hitler soll ihn beim Abschied verächtlich „feiges Schwein“ genannt haben.

Sein Versuch vom 23. April, Hitler noch zu Lebzeiten zu beerben und die „Gesamtführung des Reiches ... mit voller Handlungsfreiheit nach innen und außen“⁵⁴ zu übernehmen, schlug fehl; es fehlte wenig, und er wäre wegen „Hochverrats“ von einem SS-Kommando in seiner prächtigen Bergvilla erschossen worden. Hitler und Bormann enthoben ihn seiner sämtlichen Funktionen.

[54:] Görings SS-Haft und „Internierung“ dauerte 14 Tage. Am 7. Mai 1945 verhaftete ihn ein amerikanischer General. Der Krieg war für ihn zu Ende. Daß sein weiterer Weg kurz, sein schmähhches Ende nah sein würden, mochte er vielleicht ahnen. Die Gewißheit, daß sein Leben verwirkt war, erlangte er erst im Laufe des Prozesses, als er sich davon überzeugen mußte, daß er weder mit Überheblichkeit und Arroganz, noch mit frechen Lügen etwas gegen die ungeheure Last der dokumentarischen Verbrechensbeweise ausrichten konnte.

⁵³ Aufruf Görings vom 15.3.1945. Zit. n. Irving, S. 701 (Werbung in den Geschwadern durfte nur mündlich erfolgen).

⁵⁴ Funkspruch Görings an Hitler, 23.4.1945: Faksimiles. Irving, S. 12; s. ferner ebenda, S. 17 ff.

[55:]

Gerhart Hass

JOACHIM VON RIBBENTROP

„... zwischen den Mahlstainen der Weltgeschichte zerrieben“¹

Zu keinem Zeitpunkt nahm Joachim von Ribbentrop in den Vorstellungen und „Testamenten“ Hitlers den ersten Platz unter den Nachfolgern des „Führers“ ein. Dennoch war er der erste der deutschen Hauptkriegsverbrecher, der am 16. Oktober 1946 gegen ein Uhr von zwei amerikanischen Soldaten und dem evangelischen Pfarrer Henry F. Gerecke über die symbolischen dreizehn Stufen zum Galgen geführt wurde. Diese Reihenfolge hatte ein Zufall bewirkt. Hermann Göring, dem nach Gerichtsurteil und Stellung in der Hierarchie Hitlerdeutschlands der Vortritt zukam, hatte wenige Stunden zuvor Selbstmord begangen.

Der amerikanische Sergeant John C. Wood legte infolgedessen dem deutschen Reichsaußenminister als erstem die Schlinge um den Hals, die Falltür öffnete sich, und dann dauerte es aber noch zehn Minuten, ehe der Tod eintrat. Manche Experten und Historiker meinen, die lange Dauer des Sterbens sei eine Folge der Pfscharbeit des erregten Woods gewesen. Andere glauben aus mystischer Sicht, in Ribbentrops „verpfuschem“ Tod ein Symbol für sein verpfushtes Leben zu erkennen.

Zweifelsohne war es von Ribbentrop nicht vorbestimmt, auf diese Art zu sterben. Den Platz unter den 24 als Einzelpersonen vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg angeklagten Hauptkriegsverbrechern erwarb er sich durch seine Tätigkeit als Reichsaußenminister seit dem 4. Februar 1938. Seine Handlungen als Botschafter und außenpolitischer Berater Hitlers vor diesem Zeitpunkt hätten ihm eine langjährige Haftstrafe einbringen oder sogar – wie im Falle Franz von Papens und Hjalmar Schachts geschehen – zu einem Freispruch führen können. Im Unterschied zu den meisten Mitangeklagten, auch zu seinem Vorgänger, Konstantin Freiherr von Neurath, übte Ribbentrop niemals Ämter aus, die ihm direkte Befehlsgewalt für Erschießungen, Geiselmord, Deportation und Exekution von Juden, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern aus allen von der deutschen Wehrmacht eroberten und besetzten Länder Europas gaben. Deshalb heben Anklage und Urteil [56:] einen Grundtatbestand hervor: Ribbentrop habe „im Einklang mit dem Führerprinzip die außenpolitischen Pläne der Nazi-Verschwörer“ ausgeführt und trage dafür sowie für „viele verschiedenartige Verbrechen gegen Personen und Eigentum in den besetzten Gebieten“ Verantwortung.² Ribbentrop wurde nach allen vier Anklagepunkten-Verbrechen gegen den Frieden, gemeinsame Planung und Verschwörung für einen Angriffskrieg, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit – schuldig gesprochen. Dabei fällt auf, daß es in der Urteilsbegründung zumeist heißt, daß Ribbentrop Besprechungen „beiwohnte“, in denen eines der genannten Verbrechen geplant wurde. Auch habe er Schriftstücke verfaßt und Hitler Ratschläge erteilt, welche als „Beweisstoff“ seine „völlige Übereinstimmung mit den Hauptgrundsätzen nationalsozialistischer Lehren zeigt, und ferner seine vorbehaltlose Zusammenarbeit mit Hitler und den anderen Angeklagten bei der Begehung von Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit deutlich macht“.³

[57:] Wie konnte Joachim von Ribbentrop, der nicht zur „alten Garde“ der Nazipartei gehörte, erst 1932 Mitglied der NSDAP wurde und vor der Errichtung der faschistischen Diktatur weder in der Partei noch in der Innen- und Außenpolitik der Weimarer Republik einen offiziellen Posten innehatte, in kurzer Zeit bis zum Mitglied der engeren Führung um Hitler aufsteigen? Diese Frage bewegte schon in den dreißiger Jahren Politiker und Publizisten in vielen Ländern der Welt. Auch nach jenem 16. Oktober 1946 hielt die Suche von Historikern und anderer Autoren in West und Ost nach Antworten auf diese Frage an.

¹ Joachim von Ribbentrop an Annelies von Ribbentrop, 6. Oktober 1946. In: Joachim von Ribbentrop: Zwischen London und Moskau. Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen. Aus dem Nachlaß hg. v. Annelies von Ribbentrop, Leoni am Starnberger See 1953, S. 304.

² IMT, Bd. I, S. 75.

³ Ebenda, S. 324.

Erstaunlich ist allerdings, daß Jahrzehnte seit dem Tode Ribbentrops vergingen, ehe wissenschaftliche Biographien über ihn erschienen: aus der Feder des in Berlin geborenen, mit seinen Eltern im Jahre 1938 aus Nazideutschland nach England emigrierten Historikers John Weitz sowie von den polnischen Autoren Karol Grünberg und Bolesław Otręba.⁴ Die lange vorher, noch während des Zweiten Weltkriegs in London beziehungsweise New York publizierten Schriften des Engländers Douglas Gien und des früheren deutschen Hafenkonsuls in New York und späteren Emigranten Paul Schwarz enthalten viele von Publizisten gern genutzte Details aus dem Leben und den Aufritten Ribbentrops in den zwanziger und dreißiger Jahren. Doch beruhen sie überwiegend auf Erinnerungen und sind stark dem Zeitgeist des Krieges geschuldet.⁵

Natürlich kommt Ribbentrop in den vielen wissenschaftlichen Veröffentlichungen zur deutschen Außenpolitik der Jahre von 1933 bis 1945 vor. Es gibt jedoch immer noch keine umfassende Darstellung dieser Politik, abgesehen von der eher eine Konzeption und Thesen für eine solche Untersuchung bietenden Studie von Klaus Hildebrand und der unter dem Aspekt des Anteils des Auswärtigen Amtes am Judenmord geschriebenen Abhandlung von Hans Jürgen Döscher.⁶

Weitgehend kommt Wolfgang Michalkas Untersuchung den Anforderungen an eine solche Monographie nahe, doch behandelt sie nur die Zeit von 1933 bis zum Kriegsausbruch.⁷ Detailliert hat Hans-Adolf Jacobsen die Funktionen und Aktivitäten der „Dienststelle Ribbentrop“ im Auswärtigen Amt zwischen 1934 und 1938 dargelegt und dabei Ribbentrops Anteil an der Außenpolitik in diesem Zeitraum dargestellt.⁸ Ähnliches gilt für die Arbeiten Hildebrands zur deutschen Kolonialpolitik⁹ und Axel Kuhns über Hitlers außenpolitische Programmatik¹⁰ sowie für Eberhard Jäckels Studien über Hitlers Weltanschauung und Herrschaft.¹¹ Mit seinen großen Arbeiten zur deutschen Politik und Kriegführung in den Jahren 1940-1941 und zur internationalen Politik hat auch Andreas Hillgruber viel zu einer Dar-[58:]stellung der deutschen Außenpolitik und damit zur Rolle Ribbentrops beigetragen.¹²

Die Ergebnisse dieser und anderer monographischen Untersuchungen haben in Gesamtdarstellungen der Vorgeschichte und Geschichte des Zweiten Weltkrieges eine Verallgemeinerung erfahren.¹³ Für die Geschichtsschreibung der Sowjetunion, der DDR und der anderen Ostblockstaaten ist ein nahezu vollständiges Fehlen von biographischen Arbeiten einschließlich solcher zur Person Ribbentrops typisch. Einschätzungen lassen sich zumeist nur aus Gesamtdarstellungen entnehmen.¹⁴

⁴ John Weitz: Joachim von Ribbentrop. Hitler's Diplomat, London 1992; Karol Grünberg/Bolesław Otręba: Joachim von Ribbentrop. Kariera ministra Trzeciej Rzeczy, Bydgoszcz 1991.

⁵ Douglas Gien: Von Ribbentrop is still dangerous, London 1941; Paul Schwarz: This Man Ribbentrop. His Life and Times, New York 1943.

⁶ Klaus Hildebrand: Deutsche Außenpolitik 1933-1945. Kalkül oder Dogma? Stuttgart 1971; Hans Jürgen Döscher: Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der „Endlösung“, Berlin 1987.

⁷ Wolfgang Michalka: Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933-1940. Außenpolitische Konzeptionen und Entscheidungsprozesse im Dritten Reich, München 1980.

⁸ Hans-Adolf Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik 1933-1938, Frankfurt a. M. 1968.

⁹ Klaus Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945, München 1969.

¹⁰ Axel Kuhn: Hitlers außenpolitisches Programm. Entstehung und Entwicklung 1919-1939, Stuttgart 1970.

¹¹ Eberhard Jäckel: Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Stuttgart 1981; ders.: Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung, Stuttgart 1981.

¹² Andreas Hillgruber: Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940-1941, Frankfurt a. M. 1965; ders.: Die Zerstörung Europas. Beiträge zur Weltkriegsepoche 1914 bis 1945, Frankfurt a. M. 1988.

¹³ Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 1-6. Hg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1979-1990. Siehe darin die Kapitel zur Außen- und Okkupationspolitik von Jürgen Förster, Manfred Messerschmidt, Gerhard Schreiber, Gerd Ueberschär, Hans-Ulrich Wehler, Detlef Vogel, Hans-Erich Volkmann, Bernd Wegner und Wolfram Wette.

¹⁴ Siehe die außenpolitischen Kapitel in: Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939-1945 in zwölf Bde. (Übersetzung aus dem Russischen), Berlin 1975-1985; Deutschland im zweiten Weltkrieg (in sechs Bde.) von einem Autorenkollektiv unter Wolfgang Schumann/Gerhart Hass u. a., Berlin 1974-1985; Geschichte der internationalen Beziehungen. Hg. v. W. G. Truchanowski, Bd. 1: 1917-1939, Bd. 2: 1939-1945, Berlin 1963 bzw. 1965; Konzept für die „Neuordnung“ der Welt. Die Kriegsziele des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg. Autorenkollektiv Wolfgang Schumann u. a., Berlin 1977.

Die Wertung der deutschen Außenpolitik während der faschistischen Diktatur in Deutschland und der Person des Außenministers von 1938 bis 1945 hat zwar nicht im Mittelpunkt des „Historikerstreits“ der achtziger Jahre in der „alten“ Bundesrepublik gestanden, obwohl die Auseinandersetzungen zwischen und mit Andreas Hillgruber, Ernst Nolte, Klaus Hildebrand und anderen über die Planmäßigkeit der Außen- und Rassenpolitik sowie über die Kriegsziele Hitlerdeutschlands engstens mit der Anklage der Verschwörung gegen den Frieden und der Entfesselung eines Angriffskrieges verbunden sind.¹⁵ Wie der „Historikerstreit“ als Folge der weltpolitischen Ereignisse der Jahre 1989/91 ohne Ergebnis versiegte, so kann auch die Aufgabe, Ribbentrops Rolle komplex darzustellen, durch die Biographie von Weitz für die deutsche Historiographie keineswegs als gelöst betrachtet werden.

Während sich nur eine geringe Anzahl von Autoren wissenschaftlich mit Ribbentrop und seinen außenpolitischen Ideen befaßt hat, sind seine Persönlichkeitsstruktur und sein Charakter Gegenstand der Betrachtung vieler Essayisten und Memoirenschreiber gewesen. Aufgrund dieser Quellen kam Jacobsen in seiner ansonsten seriösen Geschichte der deutschen Außenpolitik von 1933 bis 1938 zu einem eher verblüffenden Schluß: „Das geschichtliche Urteil über die Person und Rolle Ribbentrops in der deutschen Außenpolitik von 1934-1945 scheint im großen und ganzen festzuliegen. Fast übereinstimmend haben viele Zeitgenossen im In- und Ausland, darunter auch ehemalige Parteigenossen, ein überwiegend negatives Bild gezeichnet. Noch in Nürnberg konnten einige Hauptangeklagte, darunter Göring und Schacht, es einfach nicht fassen, daß ein solcher Mann überhaupt jemals deutscher Außenminister werden konnte.“ Jacobsen fügte dem – aus der Sicht des Jahres 1968 – hinzu, daß es schwierig sei, über „einige Charaktereigenschaften und Besonderheiten Ribbentrops“ endgültig zu urteilen, weil „eine historisch gültige Biographie fehlt“.¹⁶

Was haben Zeitgenossen, Deutsche und Ausländer, die mit Ribbentrop Umgang hatten, was Autoren, die über ihn schrieben, zur Person und [59:] deren Rolle ausgesagt? Aus der Vielzahl widersprüchlicher Sentenzen seien nur einige angeführt. Wolfgang Malanowski bezeichnete ihn schlichtweg als „nichtsahnenden Trottel“.¹⁷ Hillgruber und Michalka schreiben – einleuchtend begründet – ihm demgegenüber zu, daß er in den Vorkriegsjahren, eigentlich bis zur Entscheidung zum Angriff auf die Sowjetunion im Dezember 1940, eine von Hitlers Programm „grundverschiedene außenpolitische Konzeption“ vertreten habe.¹⁸ Michalka schlußfolgert schließlich, daß sich Ribbentrop keineswegs nur, wie es der letzte Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Adolf Steengracht von Moyland, als Zeuge vor dem Nürnberger Tribunal einschätzte, in einer „gewissen hypnotischen Abhängigkeit zu Hitler persönlich“ befand,¹⁹ sondern ein durchaus eigenes Konzept besaß, das sich als eine Art „Realpolitik“ von Hitlers rassenideologischem Dogma unterschieden habe.²⁰

Malanowskis Wertung, Ribbentrop habe „unter Hitler allzeit nichts zu melden“ gehabt,²¹ ist hingegen ganz dem alten Konzept verbunden, wonach der allmächtige Diktator alles entschieden habe und deshalb für alles allein verantwortlich sei. Michalka vertritt die konträre und flexiblere Ansicht, wonach Hitler „n iemals allein zuständig und damit verantwortlich für die deutsche Außenpolitik war.“²² Auch Weitz geht von einer mit den Vorstellungen Hitlers nicht kongruenten Konzeption Ribbentrops aus. Sie zielte auf die Erlangung der deutschen Vorherrschaft in Europa durch eine Kombination des

¹⁵ Siehe dazu die entsprechenden Beiträge in: Streit ums Geschichtsbild. Die „Historiker-Debatte“. Darstellung, Dokumentation, Kritik. Hg. v. Reinhard Kühnl, Köln 1987; Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit. Hg. v. Dan Diner, Frankfurt a. M. 1988; „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1989.

¹⁶ Jacobsen, S. 257 f.

¹⁷ Wolfgang Malanowski: Nürnberger Prozeß – „Revolution“ oder riesenhaftes Theater? In: Der Spiegel, Nr. 47/1985, S. 85.

¹⁸ Hillgruber, Hitlers Strategie, S. 396, Anm. 13.

¹⁹ IMT Bd. X, Nürnberg 1947, S. 127.

²⁰ Michalka, S. 304 f.

²¹ Malanowski, S. 85.

²² Michalka, S. 306.

deutsch-italienischen Kontinentalblocks mit dem japanisch geführten fernöstlichen Block und scheiterte mit der Entscheidung Hitlers zum Überfall auf die Sowjetunion.²³

Während sich beim Urteil über die Politik Ribbentrops zwei gegensätzliche Meinungen herausgebildet haben, ergeben sich weit stärker gefächerte Unterschiede bei der Wertung seines Charakters und seiner Persönlichkeit aus dem jeweiligen Standpunkt des Urteilenden. Mit Friedrich Schillers Worten aus dem Wallenstein-Drama ließe sich sagen, daß er, „von der Zeiten Gunst emporgetragen“, durch Krieg und Niederlage Deutschlands in eine Situation geriet, auf die in gewissem Grade auch zutrifft, daß sein Charakterbild, „von der Parteien Gunst und Haß verwirrt“, schwankt.

Aus der Vielzahl an Äußerungen über den Menschen Ribbentrop seien nur einige, jedoch die ganze Bandbreite der Urteile erfassende Beispiele angeführt. Für Joachim Fest, der Anfang der sechziger Jahre mit journalistischem Können in die historische Darstellung eine Kombination von Gesellschafts- und Persönlichkeitsanalyse einbrachte, war Ribbentrop einfach der „Typus des Machtmenschen“, der den „von Hitler rauschhaft verkündeten Glauben an die Allmacht der Gewalt“ exekutierte. Nach Fest [60:] agierte er mit „gespreiztem Dünkel des Wichtigtuers, der mit Phrasen Geschichte macht“ und dessen „sachliche Inkompetenz“ dennoch Erfolg hatte. Er habe als Außenminister „unter den staunenden Augen einer fassungslosen Welt seine verblasenen Redensarten, sein Renommiergehabe und seine Imponiersucht in des Wortes Doppelbedeutung ‚erschütternd‘ demonstriert“.²⁴

Jacobsen hat sich weniger am allgemeinen Zeitgeist der Aufstiegsjahre Ribbentrops orientiert, sondern sich enger an die außenpolitischen Vorstellungen Hitlers und Ribbentrops gehalten, „deren Ansichten oft überraschend übereinstimmten“. Dennoch glaubt er im Verhältnis beider auf Seiten Ribbentrops etwas zu erkennen, das an das „Manisch-Krankhafte“ grenzte. Demzufolge war er „das lebende Sprachrohr und die treue Stimme seines Herrn“. Jacobsen hebt auch die Allüren Ribbentrops weniger hervor. Er kennzeichnet ihn als „Mann von Welt“, der über ein „gewisses Verhandlungsgeschick“ verfügte, zuweilen ein „fesselnder Gesellschafter“ war, durch „einen gewissen männlichen Charme“ bestach, seinen Mitarbeitern das Letzte abforderte und sich selbst keine Ruhe gönnte.²⁵

Die erstmals im Jahre 1995 gezeigten privaten Schmalfilme Eva Brauns scheinen einige dieser Wertungen zu bestätigen. In den wenigen Szenen, die Ribbentrop auf der Terrasse des Berchtesgadener Berghofs zeigen, weht etwas von einem Hauch weltmännischen Charmes und drückt die blassen Hofschranzen um Martin Bormann ganz an den Rand. Der Weinkenner Ribbentrop, der aus eigenem Erleben Histörchen aus Frankreich, England, Kanada und den USA zu erzählen wußte, stach auch von dem monologisierenden oder mit dem Hund Blondi beschäftigten, oft düsteren Hitler ab. Dieser aber schätzte nicht nur Ribbentrops Sprachkenntnisse, sondern hielt ihn nach dem Zeugnis des Pressechefs der NSDAP Otto Dietrich für einen „zweiten Bismarck“.²⁶ Gegenüber dem Schweizer Historiker und Völkerbundskommissar für Danzig Carl J. Burckhardt bezeichnete er ihn gar als „Genie“.²⁷

Derart überschwengliche Beurteilungen fand Ribbentrop durch ausländische Diplomaten nicht. Georges Bannet, französischer Außenminister von April 1938 bis September 1939, unterscheidet in seinen Memoiren zwischen Ribbentrops „gezierter Höflichkeit“ im gesellschaftlichen Umgang und seinem „rohen und unpersönlichen Wesen“ bei der Erörterung politischer Fragen.²⁸ Robert Coulondre, der von 1936 bis 1938 französischer Botschafter in Moskau gewesen und also einiges im Umgang mit Apparatschiks gewöhnt war, zeigte sich vom Verhalten des deutschen Außenministers geradezu entsetzt, als er im entscheidenden Vorkriegsjahr [61:] von November 1938 bis September 1939 nach Berlin versetzt wurde. In seinen Memoiren schrieb Coulondre: „Herr von Ribbentrop monologisiert

²³ Weitz, S. 243.

²⁴ Joachim Fest: Joachim von Ribbentrop oder die Degradierung der Diplomatie. In: Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft, München 1963, S. 243-245.

²⁵ Jacobsen, S. 258-260.

²⁶ Otto Dietrich: Zwölf Jahre mit Hitler, München 1955, S. 25.

²⁷ Carl Jacob Burckhardt: Meine Danziger Mission 1938-1939, München 1960, S. 297.

²⁸ Georges Sonnet: Vor der Katastrophe. Erinnerungen des französischen Außenministers 1939-1939, Köln 1951, S. 133 f.

eiskalt. Es ist vergeblich, ihm eine Auffassung auseinanderzusetzen, er hört ebensowenig hin, wie seine kalten, leeren Mondaugen einen sehen. Immer von oben herab, immer in Pose, versetzt er mit schneidender Stimme seinem Gegenüber die wohl vorbereitete Ansprache; das Weitere interessiert ihn nicht mehr; man hat sich nur noch zurückziehen. An diesem, übrigens gut aussehenden Germanen ist nichts Menschliches außer den niedrigen Instinkten.“²⁹

Auch Anthony Eden hat in seinen Memoiren kein Hehl daraus gemacht, daß er Ribbentrop nicht mochte. Er berichtet, über häufigen Kontakt mit ihm in den dreißiger Jahren, charakterisiert diesen aber als „unerfreulich“. Nach Eden begannen und endeten Ribbentrops Vorstellungen von Staatsführung und Diplomatie „beim Verkaufen. Seine Aufgabe war, Hitlers Deutschland und vor allem Hitler selbst ‚an den Mann zu bringen‘.“ Das Gesamturteil Edens gipfelt in dem Satz: „Ribbentrop war im Grunde ein Handlungsreisender.“³⁰

Gerade diese Äußerung eines prominenten Politikers, der vor dem Zweiten Weltkrieg für die kollektive Abwehr der vom deutsch-italienischen Block ausgehenden Kriegsgefahr eingetreten war, macht deutlich, wie stark Klischees aus damals publizierten Biographien und Artikeln, die süffisant vom „Sekthändler Ribbentrop“ berichteten, auch das Urteil eines erfahrenen und hochintelligenten Mannes wie Anthony Eden beeinträchtigen konnten. Dabei war es doch gang und gäbe, daß millionenschwere amerikanische und britische Bankiers, Inhaber weltweiter Medienimperien und Trustherren, die durch Handel, Kauf und Verkauf, durch Spekulieren und Manipulieren zunächst führende Positionen in den großen Parteien der westlichen Demokratien erwarben und später in hohe und höchste Staatsämter aufstiegen oder Diplomatenposten einnahmen.

Mit Meinungen aus ganz anderer Sicht wurde eine Reporterin konfrontiert, die sich im April 1991 auf die Suche nach Spuren Ribbentrops machte und sich zu diesem Zweck in die Gegend von Fürstenwalde (Spree) begab, wo dessen Familie im Jahre 1936 das 285 Hektar große Gut Sonnenburg erworben hatte. Der nach Kriegsende in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands gelegene Besitz war während der Bodenreform und nach den Bestimmungen über das Eigentum von Kriegsverbrechern enteignet worden. Nun suchten Nachkommen, Rechtsansprüche in dem neuen Bundesland geltend zu machen. Eine ältere Einwohnerin sagte der Neugierigen über den einstigen Gutsherrn: „Sie haben ihn zwar als Kriegsverbrecher [63:] eingestuft, aber wenn er unsereinen auf der Straße traf, hat er immer gefragt, wo der Schuh drückt. Und da hat er dann auch geholfen.“³¹

Die vielen Widersprüche und Unvereinbarkeiten in den Urteilen über den Mann, der Hitlers engster Berater und Vertrauter in außenpolitischen Angelegenheiten war, mag ein Blick auf den Lebensweg klären helfen, den Ribbentrop bis zu seinem Eintritt in die Politik zurückgelegt hatte. Dadurch lassen sich womöglich einige Aufschlüsse über dessen Gesinnung und Charakter gewinnen.

Geboren wurde Ulrich Friedrich Willy Joachim Ribbentrop am 30. April 1893 in der niederrheinischen Garnisonsstadt Wesel, die im Ergebnis des Dreißigjährigen Krieges zu Brandenburg-Preußen gekommen war. Der häufig versetzte Vater Richard Ribbentrop diente dort als Premierleutnant in einem westfälischen Artillerieregiment. Joachim hatte zwei Geschwister, den drei Jahre älteren Bruder Lothar und die drei Jahre jüngere Schwester Ingeborg.

Väterlicherseits stammte die grundbesitzende Familie aus Salzuflen im Fürstentum Lippe-Detmold. Die Ribbentrups oder Ribbentrops standen über Jahrhunderte als Juristen und Militärs in Staatsdiensten des Fürstentums Lippe-Detmold und des Herzogtums Braunschweig. Der Name eines Vorfahren steht als Beauftragter des Grafen von Lippe unter der Urkunde über den Westfälischen Frieden, der 1648 den Dreißigjährigen Krieg beendete. In seinen im Nürnberger Gefängnis 1945/46 verfaßten Memoiren hebt Joachim von Ribbentrop hervor, daß sein Urgroßvater in der Revolution von 1848, als die Bürgerbewegung das Wahlrecht und die Einschränkung der Adelsprivilegien erkämpfte, gegen

²⁹ Robert Coulondre: Von Moskau nach Berlin. Erinnerungen des französischen Botschafters, Bonn 1950, S. 313.

³⁰ Anthony Eden: Angesichts der Diktatoren. Memoiren, Köln 1962, S. 119.

³¹ Steffi Knop: Ein Erbe namens Ribbentrop. In: Wochenpost, Nr. 18/1991, S. 6.

die Revolutionäre „in schwerer Stunde dem Herzog von Braunschweig beisprang“.³² Ribbentrops Großvater erwarb sich als braunschweigischer Artillerieoffizier im Krieg gegen Frankreich 1870/71 das Eiserne Kreuz 1. Klasse.

Gefühlsmäßig und mit einem gewissen Recht zählte sich Ribbentrop zum staatstragenden preußisch-deutschen Junkertum. In jüngeren Jahren wollte er lange Zeit Offizier werden. Befangen in der Gedankenwelt von Preußens Gloria fühlte er sich Ideen verbunden, die eine Weltmachtstellung Deutschlands wünschten. Das erklärt auch, warum er sich so sehr bemühte, das Wörtchen „von“ seinem Namen hinzufügen zu können, das ein anderer Zweig der Familie Ribbentrop verliehen bekommen hatte. Ihm gehörte Friedrich von Ribbentrop an, Generalintendant der preußischen Armee während des Befreiungskrieges gegen Napoleon, der übrigens die Rückführung der geraubten Quadriga des Brandenburger Tors nach Berlin [64:] befehligt hatte. Letzter männlicher Nachkomme dieser Ribbentrops war der 1822 geborene und 1893 verstorbene preußische Generalquartiermeister Karl Barthold von Ribbentrop. Von dessen 1863 geborener Tochter Gertrud Charlotte ließ sich der inzwischen 32jährige Joachim am 15. Mai 1925 adoptieren. Dafür setzte er der nur über ein bescheidenes Vermögen verfügenden Adoptivmutter, die 1943 in Naumburg verstarb, lebenslänglich eine Rente von 450 Reichsmark aus- eine in den Jahren nach der Inflation durchaus beträchtliche Summe.

An Geld mangelte es in der Familie Ribbentrop nicht, wenn sie auch kaum zu den wirklich Reichen des Kaiserreiches zählte. Joachims Mutter Sophie, geborene Hertwig, war die Tochter eines begüterten sächsischen Grundbesitzers. Sie starb, früh an Tuberkulose erkrankt, als Ribbentrop neun Jahre alt war. Doch hinterließ sie ihm und seinen Geschwistern ein beträchtliches Vermögen, das den Grundstock für seine Geschäftstätigkeit nach dem Ersten Weltkrieg bildete.

Seine Kindheit verbrachte Ribbentrop zuerst auf Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel. Dorthin war der Vater als Hauptmann und Kommandeur der Kavallerie Feldartillerie-Batterie versetzt worden. Im Jahre 1901 zog die Familie in den neuen Dienstort des inzwischen zum Major beförderten Vaters, in die lothringische Garnisons- und Festungsstadt Metz. Dreißig Jahre zuvor hatte sie das Deutsche Reich von Frankreich erobert. Nach dem Tode seiner ersten Frau heiratete Ribbentrops Vater die charmante und gesellige Olga-Margarete von Prittwitz und Gaffron. 1908 nahm er im Range eines Oberstleutnants seinen Abschied. Übereinstimmend meinen Biographen, daß ihm kritische Äußerungen über die Militärpolitik Wilhelm II. von Vorgesetzten verübelt worden waren. So habe er es – die finanzielle Unabhängigkeit im Rücken – vorgezogen, den Dienst zu quittieren. Mit den Kindern zog die Familie für eineinhalb Jahre nach Arosa in der Schweiz.

In Metz und Arosa erhielt Ribbentrop eine gute Schulbildung. Vor allem lernte er die französische und englische Sprache. Sein Weltbild dürfte ganz dem preußisch-deutschen konservativen Zeitgeist verhaftet gewesen sein. Allerdings hat Ernst Hanfstaengl, Hitlers Freund der zwanziger Jahre, berichtet, – sich auf die Frau des Staatssekretärs Hindenburgs und Chefs der Präsidialkanzlei Hitlers Otto Meißner berufend, die an der Oberschule in Metz auch Joachim von Ribbentrop unterrichtet hatte –, er sei in seiner Klasse der langweiligste Schüler gewesen, voller Eitelkeit und sich hervordrängend.³³ Mit dem sogenannten Einjährigen verließ er nach dem Abschluß der Obersekunda die Schule. Nebenher hatte er von Kind an Gei-[65:]genunterricht genommen. Dreizehnjährig trat er bereits öffentlich in Konzerten auf und soll sich mit dem Gedanken getragen haben, einmal Geiger zu werden. Doch blieb das Violinspiel sein Leben lang lediglich sein Hobby.

Mit dem Ende der Schulzeit begann ein völlig neuer Lebensabschnitt des Joachim Ribbentrop. Die jungenträume vom Geiger, vom Siedler in Deutsch-Ost-Afrika oder Deutsch-Südwest-Afrika oder vom Offizier verfliegen. Gerade bei dem letzten, vom Vater sehr unterstützten Berufswunsch machte dem Sohne seine labile körperliche Konstitution einen Strich durch die Rechnung. Joachims Mutter erkrankte schon bald an Tuberkulose. Und auch er selbst hatte von deren anfälliger Gesundheit etwas mitbekommen. Er war achtzehn Jahre alt, als ihm eine erkrankte Niere entfernt werden mußte, und

³² Ribbentrop, S. 7

³³ Weitz, S. 27.

die Ärzte führten auch seine, ihn zeitlebens plagenden schlaffen Augenlider auf Erbanlagen zurück. Trotzdem trieb er häufig Sport, spielte Tennis, und während des Aufenthalts in Arosa wurde das vom kraftstrotzenden Vater bevorzugte Bobfahren auch zu einer Lieblingssportart des Sohnes. Noch in seinen Memoiren berichtet er stolz von vielen gewonnenen Rennen. Zweifelsohne kompensierte Ribbentrop bis an sein Lebensende seinen schwachen Gesundheitszustand durch eine gewisse ihm eigene Willensstärke.

In der Schweiz wurde die Familie Ribbentrop mit begüterten Engländern, Kanadiern und Bürgern der USA bekannt. Insbesondere der Familie des englischen Arztes Grandage hatten es die Brüder Ribbentrop angetan, so daß sie zu längerem Aufenthalt in den vornehmen parkreichen Londoner Stadtteil South Kensington eingeladen wurden. Fast ein Jahr besuchten die Ribbentrops dort eine Schule, in der sie ihre Sprachkenntnisse vervollkommneten und kaufmännisches Grundwissen erwarben.

Im Herbst 1910 gingen die Brüder Lothar und Joachim Ribbentrop nach Kanada. Kanadische Bekannte aus Arosa und deutsche Freunde, darunter die Söhne des früheren deutschen Gesandten am Zarenhof in St. Petersburg, Alvo und Eno von Alvensleben, die in Kanada mit Land spekulierten, ebneten ihnen den Weg. Zunächst erlernte Joachim in Montreal in der Molson's Bank, wie er selbst schrieb, das „Fundament des business“. Nach eineinhalb Jahren wechselte er zu einer großen Firma, die Brücken- und Eisenbahnbau in Quebec betrieb. Die Krankheit, die zur Entfernung der Niere führte, zwang ihn ins Krankenhaus in Montreal. Genesen, besuchte er Vater und Stiefmutter, die inzwischen in Naumburg an der Saale ihren Wohnsitz genommen hatten. 1913 kehrte er nach mehrwöchigem Aufenthalt in den USA, den er vor allem in New York verbracht hatte, nach Kanada zurück. Nunmehr ließen sich die Brüder in Ottawa nieder, wo sie mit einem Teil des mütterlichen Vermögens ein eigenes Im-und-Export-Unternehmen für Weine aufbauten.

In der kanadischen Hauptstadt fand Joachim Zutritt zur „High-Society“. Er wurde bei Hofe eingeführt und dem britischen Generalgouverneur Arthur William, Herzog von Connaught, einem Bruder König Eduard VII., und seiner Gattin, der Prinzessin Louise Margarete von Preußen, vorgestellt. Bei Hofe konnte Joachim sogar als Violinsolist auf sich aufmerksam machen. In der Residenz Rideau Hall spielte er Tennis. Als strahlender und gut situiertes Mann nahm er am geselligen Leben teil, tanzte gern und gut und stand kurz vor der Verlobung mit einer jungen Kanadierin, als er das erste Mal zwischen die Mahlsteine der Geschichte geriet. In Europa brach am 4. August 1914 der Krieg aus.

Obwohl er nicht wehrtauglich war, drohte ihm nun in Kanada als Staatsbürger einer feindlichen Macht die Internierung. Diese traf selbst seinen todkranken Bruder, der in ein Montrealer Militärhospital eingeliefert wurde. Ribbentrop hätte in die benachbarten, damals noch neutralen USA oder in ein anderes amerikanisches Land ausweichen können, das sich mit Deutschland nicht im Kriegszustand befand. Doch von preußisch-deutschem Hurra-Patriotismus erfüllt, packte er kurzentschlossen die Koffer und reiste nach New York, um von den USA aus ein Schiff nach Deutschland zu erreichen. Am 15. August legte der holländische Dampfer „Potsdam“ in New York ab. Mit ihm gelangte Ribbentrop nach einer wegen der britischen Kontrollen recht abenteuerlichen Fahrt schließlich nach Rotterdam. Sensationsgeschichten der Presse über seine Verfolgung als deutscher „Spion“, in der Nazizeit noch aufgebauscht, entpuppten sich als simple Bestechung eines Schiffsoffiziers. Der hatte den deutschen Passagier während der Fahrt in britischen Gewässern im Kohlenbunker verborgen, so daß er der Gefangennahme und Internierung entging.

Von Rotterdam begab sich Ribbentrop zu den Eltern nach Naumburg. Durch die Beziehungen des Vaters gelang es ihm, die gefürchtete medizinische Diensttauglichkeitsuntersuchung zu umgehen und als Kriegsfreiwilliger beim 12. Husarenregiment in Torgau angenommen zu werden, in dem sein Großvater mütterlicherseits 1870/71 Dienst getan hatte. Von 1915 bis 1918 nahm Ribbentrop mit diesem Regiment an Kämpfen gegen Rußland und Frankreich teil, wurde mehrmals verwundet und erkrankte, sodaß er schließlich im Range eines Leutnants im April 1918 als einer der Adjutanten des Bevollmächtigten des deutschen Kriegsministeriums, General Erich von Falkenhayn, nach Konstantinopel, in die Hauptstadt des [67:] verbündeten Osmanischen Reiches, kommandiert wurde. Dort hatte er hauptsächlich als Dolmetscher des Generals für Französisch zu fungieren.

Als Ribbentrop im Spätsommer 1918 kurze Zeit zur Berichterstattung in Berlin weilte, beschlich ihn erstmals das Gefühl, der Krieg könne verloren sein. Ein Bekannter im Kriegsministerium teilte ihm vertraulich mit, daß in Berlin zwanzigtausend Soldaten illegal leben und den weiteren Kriegsdienst verweigern. Die Regierung würde sich aber wegen der allgemeinen Antikriegsstimmung fürchten, gegen sie vorzugehen. Er erfuhr von den unter dem Einfluß der russischen Oktoberrevolution erfolgten politischen Massenstreiks, an denen im Januar 1918 allein in Berlin mehr als eine halbe Million Menschen teilgenommen hatten.

Mit düsteren Vorahnungen kehrte er nach Konstantinopel zurück, wo ihm nicht entging, daß der Bundesgenosse sich immer mehr von der Berliner und Wiener Politik distanzierte. Gegen Kriegsende lernte Ribbentrop in Konstantinopel Franz von Papen kennen, eine Bekanntschaft, die ihm 1932/33 Nutzen bringen sollte. Als in Deutschland die Novemberrevolution siegte und die Volksbewegung den Kaiser zur Abdankung zwang, da brach, wie Ribbentrop noch 1946 im Nürnberger Gefängnis schrieb, „für uns junge Offiziere eine Welt zusammen“.

Nach dem mißglückten Versuch, über die russische Schwarzmeerküste nach Deutschland zurückzukehren, gelangte Ribbentrop erneut auf etwas abenteuerlichen Wegen schließlich via Italien nach Berlin. Von dort sollte er mit dem Hilfspersonal der deutschen Delegation nach Versailles gehen. Als er aber noch vor der geplanten Abreise – so schildert er es selbst – den Text des entworfenen Friedensvertrages bekam, habe er ihn in einer Nacht durchgelesen und dann weggeworfen in der heiligen Überzeugung, daß es keine deutsche Regierung geben könnte, die so etwas unterschreiben würde“.³⁴

Nach kurzem Überlegen nahm Ribbentrop Abschied vom Militär. Anders als vielen jungen Offizieren, die innerlich zutiefst gegen die Republik eingestellt waren, sich vermögens- und einkommenslos in die neuen Verhältnisse geworfen sahen, in Freikorps und anderen konterrevolutionären Verbänden oder in der Reichswehr Halt und Existenz suchten, war Ribbentrop ein ausreichendes Vermögen verblieben. Er gründete das zweite Mal eine Im- und Exportfirma für Weine.

Im nachrevolutionären Berlin fand Ribbentrop bald gesellschaftlichen Anschluß an aristokratische und vermögende Kreise. Zu seinen Bekannten und Förderern gehörten der jüdische Industrielle Ottmar Strauß und Herbert Guttmann von der Dresdner Bank, der ebenfalls Jude war und ihm einen Kredit verschaffte, sowie der im August 1921 von Nationalisten [68:] ermordete Vizekanzler und Finanzminister Matthias Erzberger. Ribbentrop war ein überzeugter Gegner des Versailler Vertrages und der Weimarer „Sozi-Republik“. Doch gehörte er nicht zu jenen extremistischen Antisemiten, die Judenhaß predigten und die Judenverfolgung herbeiwünschten. Zwar war die in der Gesellschaft des Kaiserreiches und der Republik weit verbreitete Aversion gegen das Judentum unzweifelhaft auch Ribbentrop eigen. Allerdings weist noch bis in die späten dreißiger Jahre nichts darauf hin, daß er die rassistischen und antisemitischen politischen Motive geteilt hätte, die sich – vermischt mit dem Antikommunismus – schon in den frühen Reden von Hitler, Himmler und Goebbels und seiner Mitangeklagten Göring, Streicher und Rosenberg nachweisen lassen. Aber als 1938 der Programm inszeniert wurde, rechtfertigte er als Außenminister ohne Bedenken das verbrecherische Vorgehen vor dem Ausland.

Bei einem Tennisturnier in Bad Hornburg lernte Ribbentrop Annelies Henkell kennen, die Tochter des schwerreichen Wiesbadener Sekt- und Weinhändlers Otto Henkell. Die beiden heirateten im Juli 1920. Der politischen Überzeugung nach war seine Frau nationalistisch konservativ. Ein Jahrzehnt später ging sie den Weg ihres Mannes zu den Hitlerfaschisten mit. Nach seiner Hinrichtung veröffentlichte sie dessen Memoiren und versuchte darüber hinaus – unterstützt von ihrem Sohn Rudolf – vergeblich, in weiteren Schriften nachzuweisen, daß Ribbentrops Verurteilung „wegen einer angeblichen Beteiligung an einem ‚Angriffskrieg‘ aus völkerrechtlichen Gründen unmöglich war und daher rechtswidrig erfolgt“ sei.³⁵

³⁴ Ribbentrop, S. 29 f.

³⁵ Annelies von Ribbentrop: „Verschwörung gegen den Frieden“. Studien zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, Leoni am Starnberger See 1962, S. 8.

Seine Heirat hatte Joachim von Ribbentrop eine Beteiligung an der Firma Henkell sowie deren Vertretung in Berlin eingebracht. Dabei störte es ihn damals keineswegs, daß einer der Henkell-Direktoren, Opfermann, ein Schwager Otto Henkells, ebenso wie der Justitiar der Familie Henkell, Dr. Oppenheim, Juden waren. Allerdings gab Ribbentrop die Vertretung der Firma Henkell schon im Jahre 1924 auf und widmete sich ganz seinem florierendem Weinhandel. Anscheinend waren für diesen Schritt auch familiäre Gründe mitentscheidend. So wird berichtet, Otto Henkell sei über die Ehe seiner Tochter mit Ribbentrop unglücklich gewesen. Und seine Schwiegermutter, Käthe Henkell, eine Tochter aus dem berühmten Mainzer Weingut Michel, habe ihn gehaßt und als Abenteurer bezeichnet, „der über Leichen geht“.³⁶ Seine Schwägerin Fentner van Vlissingen, eine Holländerin und reiche Shell-Erbin, lehnte besonders die politische Einstellung der Ribbentrops ab. Ihr Ehemann, Annelies von Ribbentrops Bruder Stefan Karl, ließ später im holländischen Untergrundkampf gegen die deutschen Okkupanten sein Leben. Ribbentrops Schwägerin wurde [69:] inhaftiert, ohne daß der einflußreiche Außenminister auch nur versucht hätte, ihr zu helfen.³⁷

In den zwanziger Jahren sicherten das Geld der Henkells und die eigenen Geschäftsgewinne den Jungvermählten eine privilegierte Stellung in der Berliner Gesellschaft. Er wurde Mitglied des exklusiven Union-Klubs in der Schadowstraße und der Name Ribbentrop tauchte immer häufiger auf den Gästelisten der Empfänge ausländischer Botschaften in Berlin auf. Im vornehmen Berlin-Dahlem erwarb das Ehepaar in der Lenzallee 7-9 eine Villa. Auf dem dazugehörenden Grundstück wurden Swimmingpool und Tennisplatz angelegt. Bald fanden in dem luxuriösen Anwesen Treffen und Geselligkeiten statt, zu denen Berliner Finanzkapitalisten, Aristokraten und nationalistische Politiker kamen. Unter den Gästen herrschten Anhänger der Deutsch-Nationalen Volkspartei (DNVP) und der Deutschen Volkspartei (DVP) vor. Das Haus Ribbentrop wurde zu einer bekannten Berliner Adresse.

Nach Ribbentrops späterem Zeugnis stand auch er damals der Deutschen Volkspartei nahe. Im Winter 1930/31 aber sei er zu der Erkenntnis gelangt, „daß Deutschland dem Kommunismus verfallen“ werde und die bürgerlichen Parteien diesen Prozeß nicht verhindern könnten. Von nun an habe er im Nationalsozialismus unter Hitler „die einzige Chance“ gesehen, „den Kommunismus aufzuhalten“.³⁸ Ribbentrop wurde in der Politik immer aktiver und sein Dahlemer Haus immer mehr zu einem politischen Klub. Er nutzte seine Geschäftsreisen nach Frankreich, Großbritannien und in die USA, um zu einflußreichen Politikern vorzudringen und ihnen darzulegen, wie verhängnisvoll sich das Festhalten der Siegermächte am Versailler System auf Deutschland auswirke. Er warb für die Politik der Gegner des Vertrags und für dessen Revision.

So geriet der politisierende Geschäftsmann Ribbentrop auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise im Sommer 1932 keineswegs zwischen die Mahlsteine der Geschichte, sondern begann eine Karriere, die ihn bis in die höchsten Staatsämter führte. Am 30. Mai war die Regierung des Reichskanzlers Heinrich Brüning gestürzt worden. Das neue Kabinett unter Franz von Papen regierte ohne parlamentarische Mehrheit, die ihm auch die Reichstagswahlen am 31. Juli nicht brachten. Angesichts der 5,4 Millionen Stimmen, die die Kommunistische Partei Deutschlands errang, sahen die rechtskonservativen Politiker in Berlin nunmehr die Rettung in einer Regierungsbeteiligung Hitlers und seiner Partei, die gestützt auf 13,7 Millionen Wählerstimmen die bei weitem stärkste Reichstagsfraktion stellte.

Innerhalb der Führung der Nazis gab es zu dieser Zeit unterschiedliche [70:] Ansichten darüber, ob man der „Regierung der Barone“ unter Franz von Papen beitreten oder selbst das Reichskanzleramt und damit den entscheidenden Einfluß in einer künftigen Regierung anstreben solle. Hermann Göring, SA-Chef Ernst Röhm und der Berliner Gauleiter und NSDAP Propagandachef Joseph Goebbels legten Hitler auf ein hartes „Alles-oder-Nichts“ fest. Als Reichswehrminister Kurt von Schleicher am 5. August mit Hitler verhandelte, forderte dieser den Reichskanzlerposten für sich und wichtige Ministerien für seine Anhänger. Reichspräsident Paul von Hindenburg, Schleicher und Papen boten ihm

³⁶ Weitz, S. 27.

³⁷ Ebenda.

³⁸ Ribbentrop, S. 34.

aber acht Tage später nur den Vizekanzlerposten unter Papen an, einem Kabinettschef ohne jeden Massenrückhalt. Wütend zog sich Hitler auf seinen bayerischen Sitz in Berchtesgaden zurück.

In dieser Situation schlug die Stunde Ribbentrops. Der Berliner SA-Führer Wolf Heinrich Graf von Helldorf, der mit ihm im gleichen Regiment gedient hatte, in seinem Dahlemer Salon verkehrte und bei ihm Geld borgte, bat ihn im Einverständnis mit Schleicher und Papen, zwischen diesen und Hitler zu vermitteln. So traf Ribbentrop nach dem 13. August 1932 zum ersten Mal im bayerischen Berchtesgaden persönlich mit Hitler zusammen³⁹, ohne ihn umstimmen zu können. Doch möglicherweise hat er durch seine Versicherung, Papen sei ein ihm persönlich lange bekannter „Ehrenmann“, Hitlers Groll auf den Rivalen und Inhaber des von ihm noch immer vergeblich angestrebten Amtes gemildert.

Blieb auch das erste Treffen der beiden Männer für die aktuelle Politik belanglos, so hatte es für die Zukunft Ribbentrops in doppelter Hinsicht Bedeutung. Hitler hielt seinem Gegenüber einen zwei-stündigen Vortrag über seine innen- und außenpolitischen Ansichten, der bei Ribbentrop auf nahezu identische Vorstellungen traf. Noch 1946 schrieb er, Hitler habe ihn damals überzeugt, „nur er mit seiner Partei könne Deutschland vor dem Kommunismus retten“.⁴⁰ Nach Angaben von Annelies von Ribbentrop trat ihr Gatte nach diesem Zusammentreffen der NSDAP bei. Er erhielt die Mitgliedsnummer 1.199.927.⁴¹ Auch wurde er Mitglied der Allgemeinen „Schutz-Staffel“ (SS), in der er es bis zum General (ehrenhalber) brachte. So begann Ribbentrop eine vorerst noch unbestimmte Rolle in der Politik zu spielen.

Zugleich muß er Hitler nachhaltig beeindruckt haben. Dieser war überzeugt, auf einen ihm politisch gleichgesinnten Mann getroffen zu sein, dessen Geschäfts- und Auslandserfahrungen sowie die ihm selbst völlig fehlenden Sprachkenntnisse er in seinen Dienst stellen konnte. Obendrein war der Zugewinn für Hitler groß. Zwar besaß er in Hermann Göring, [71:] Rudolf Heß und Alfred Rosenberg Gefolgsleute mit ähnlichen Kenntnissen,⁴² doch im Unterschied zu diesen Alt-Parteigenossen hatte sich Ribbentrop nicht als eingeschworener Ideologe oder Straßenkämpfer der Partei bloßgestellt. Er war gleichsam ein unbeschriebenes Blatt. Hitler erkannte frühzeitig, daß dieser Mann, der preußisch-deutschen Oberschicht verhaftet, aber dennoch nur an deren Rande stehend, für eine außenpolitische Verwendung besonders geeignet war. Zudem fühlte er, wie nützlich für ihn die Rivalität zwischen seinen alten Weggenossen und dem neugewonnen „Außenseiter“ mit dem Adelstitel sein könnte.

Nach Berlin zurückgekehrt traf sich Ribbentrop mit Papen und blieb von nun an ein Mittelsmann im Pokerspiel um die Bildung einer neuen Regierung. Am 4. Januar 1933 fand im Hause des Kölner Bankiers Kurt Freiherr von Schröder die entscheidende Besprechung zwischen Hitler und Papen über die Bildung einer gemeinsamen Regierung statt. Papen übernahm es, Hindenburgs Zustimmung zu gewinnen. Die Einzelheiten sollten in Berlin ausgehandelt werden. Das großzügige Haus Ribbentrops wurde vom 10. bis 29. Januar 1933 zu einem wichtigen geheimen Verhandlungsort, wobei der Hausherr mehrfach Vermittlerdienste zwischen Papen und Hitler übernahm. Die Kamarilla des Reichspräsidenten, vor allem dessen Sohn Oskar von Hindenburg und Staatssekretär Otto Meißner, sowie die Naziführer Göring, Frick, Himmler, Körner, Röhm und andere gaben einander in Dahlem die Klinke in die Hand. Am 30. Januar war das gewünschte Ergebnis erreicht: Eine Koalitionsregierung mit Hitler als Reichskanzler und von Papen als Vizekanzler übernahm die Staatsführung. Noch war den meisten Deutschen nicht bewußt, daß in ihrem Land nunmehr eine Diktatur errichtet wurde. Pathetisch beschrieb Ribbentrop im Nürnberger Gefängnis das Gefühl, das ihn an diesem Tage beherrschte. Er habe heiß gebetet, „daß diese neue Regierung unser Reich vor dem Chaos bewahren und Deutschland wieder zu einem geachteten Platz unter den anderen Nationen der Erde führen möge“.⁴³

³⁹ Während des Nürnberger Prozesses hat Vico von Bülow-Schwante geäußert, Ribbentrop habe Hitler schon 1930 bei einem Essen des Prinzen zu Wied kennengelernt. Weitz, S. 48.

⁴⁰ Ribbentrop, S. 37.

⁴¹ Weitz, S. 47, nennt allerdings den 1. Mai 1932 als Ribbentrops Parteieintrittsdatum. Zu diesem Zeitpunkt soll er der NSDAP 6000 Reichsmark gestiftet haben. Siehe Döscher, S. 148.

⁴² Weitere Konkurrenten Ribbentrops als außenpolitische Berater Hitlers waren anfänglich auch Kurt Luedecke und Ernst Franz („Putzi“) Hanfstaengl.

⁴³ Ribbentrop, S. 42.

Die Übernahme der Regierungsmacht durch die deutschen Faschisten brachte Ribbentrop trotz seiner Hilfsdienste keineswegs sofort ein Amt ein. Ende 1933 beklagte er sich, wie der britische Botschaftsrat in Berlin, Ivone Kirkpatrick, bezeugt, noch keinen Regierungsposten erhalten zu haben.⁴⁴ Die Ursache dafür war aber wohl, daß die Außenpolitik zunächst zweitrangig schien, das Personal des Auswärtigen Amtes sich loyal verhielt und die innenpolitischen Veränderungen nach außen abschirmte. Die Umwandlung der Weimarer Republik in die Nazidiktatur, in einen „Führerstaat“, nahm Hitlers Aufmerksamkeit zu dieser Zeit vollständig in Anspruch. Die [72:] nach dem Brand des Reichstagsgebäudes in Berlin einsetzende Massenverfolgung, vor allem der Kommunisten und vieler Demokraten der verschiedensten politischen Lager, die Errichtung der ersten Konzentrationslager, das Verbot bzw. die „Selbstaflösung“ von Parteien, Gewerkschaften und nicht nationalsozialistischen Organisationen, die mit dem Boykott jüdischer Geschäfte einsetzenden antisemitischen Exzesse und Propagandakampagnen sowie die Umwandlung demokratischer Strukturen des Staatsaufbaus und der Gesellschaft verwandelten Deutschland in einem rasantem Tempo. Mittedesjahres 1934 waren die Etablierung des Regimes und die „Gleichschaltung“ im wesentlichen abgeschlossen.

Trotz manch vehementer öffentlicher Kritik im Ausland verhielten sich die Regierungen der Staaten des Versailler Systems und des Völkerbundes abwartend. Selbst als Deutschland am 14. Oktober 1933 auf spektakuläre Art die Abrüstungskonferenz in Genf verließ und am 19. Oktober aus dem Völkerbund austrat, führte das zu keinen Gegenmaßnahmen der Garantiemächte des Versailler Vertrages. Die Regierungen der Siegerstaaten des Ersten Weltkrieges gaben der Hitlerregierung stillschweigend eine „Schonzeit“, zumal deren drastisches Vorgehen gegen die Arbeiterbewegung und die antisowjetischen Äußerungen der Machthaber bei manchen Politikern in Paris und London auf große Sympathie stießen.

Ribbentrop setzte im Jahre 1933 seine Geschäftstätigkeit fort, verband diese aber zunehmend mit der Übernahme von „Sonderaufträgen“ Hitlers. Noch im Februar 1933 folgte der neue Reichskanzler einer Einladung der Ribbentrops und debattierte in deren Haus in einem kleinen Kreis über weltpolitische Fragen. Nach Darstellung Ribbentrops blieb Hitler dabei gegenüber seinen früheren Reden und den Aussagen in seinem Buch „Mein Kampf“ nur in einer Frage unerschütterlich und „fanatisch“: Er zeigte sich entschlossen, „den Kommunismus restlos zu beseitigen“. Hinsichtlich Frankreichs und Großbritanniens, glaubte Ribbentrop, Hitler zu einer positiveren Einstellung bewegen zu können. 1946 ihr Verhältnis bilanzierend, stellte er fest, daß er Hitler „menschlich nicht näher gekommen“ sei, weil dieser „in seinem ganzen Wesen etwas unbeschreiblich Distanzierendes“ hatte. Doch an jenem Februarabend 1933 habe er gemeint, eine „gemeinsame innere Einstellung zu England“ feststellen zu können.⁴⁵ Jedenfalls blieb der Regierungschef an Ribbentrops Reiseberichten interessiert, so daß dieser bald nach jeder Rückkehr aus dem Ausland in die Reichskanzlei eilte.

Geschickt verstand es Ribbentrop, sich in Paris und London mit dem Nimbus eines persönlichen Vertrauten Hitlers zu umgeben. Zwar brachte [73:] ihm das die wenig schmeichelhafte Äußerung des britischen Botschafters in Berlin, Sir Eric Phipps, ein, ein „Ränke schmiedender Wichtigtuer“ zu sein.⁴⁶ Doch der deutsche Reichskanzler beurteilte das anders. Auf dessen direkte Weisung schrieb Außenminister von Neurath, mit dem Ribbentrop 1945/46 auf der Anklagebank sitzen sollte, den deutschen Botschaftern in Paris und London am 2. Februar 1934, sie sollten Ribbentrop empfangen und unterstützen. Bei mehreren Reisen traf dieser sich in Frankreich inoffiziell mit Journalisten und Politikern und wurde sogar von Außenminister Louis Barthou und Ministerpräsident Edouard Daladier empfangen. Dabei erläuterte er die Haltung Hitlers und versuchte, mehr Verständnis für das deutsche Streben nach „Gleichberechtigung“, vor allem auf dem Rüstungsgebiet, zu wecken. Daladier schien nicht einmal einem Treffen mit Hitler abgeneigt zu sein, sagte dann aber doch ab, weil er innenpolitischen Widerstand befürchtete. In London kam Ribbentrop mit Stanley Baldwin, dem

⁴⁴ Ivone Kirkpatrick: *The Inner Circle*, New York 1959, S. 52.

⁴⁵ Ribbentrop, S. 45.

⁴⁶ Jacobsen, S. 253.

starken Mann der britischen Regierung, mit Premierminister Ramsay MacDonald und vielen anderen einflußreichen Persönlichkeiten zusammen.

Nach dem Scheitern der Genfer Abrüstungskonferenz gehörte das militärische Ungleichgewicht zwischen den europäischen Mächten und die deutsche Aufholjagd im Rüstungswettlauf zu den Zentralfragen, die Ribbentrop zuerst inoffiziell und dann offiziell in Paris und London erörterte. Als ein Anzeichen des Erfolgs seiner Bemühungen konnte er werten, daß Baldwin im britischen Unterhaus bezüglich der Deutschland Anfang der dreißiger Jahre versprochenen militärischen Gleichberechtigung erklärte, sie sei entweder erreichbar, „indem Deutschland auf den Stand der anderen Staaten aufrüste oder indem die anderen Staaten auf den Rüstungsstand Deutschlands abrüsteten“. Da dem britischen Politiker diese Alternative aber nicht realistisch erschien, meinte er, man müsse sich „in der Mitte“ treffen.⁴⁷ Auch andere Zeichen eines größeren Verständnisses der britischen Politik für die Forderungen und Ziele der deutschen Regierung mehrten sich. Schon während seiner ersten Missionen verstand es Ribbentrop, den Eindruck eines „Nebenmannes“ zu vermeiden. Er begab sich in die Rolle des wichtigsten außenpolitischen Gesprächspartners und Überbringers der Meinung des Reichskanzlers, so daß sich der deutsche Botschafter in London weitgehend ausgeschaltet sah.

Hitler hielt es für angebracht, Ribbentrop für seine diplomatischen Aufgaben auch ein offizielles Amt zu geben. Auf seinen Vorschlag ernannte ihn Reichspräsident von Hindenburg am 20. April 1934 zum „Beauftragten der Reichsregierung für Abrüstungsfragen“. Der Hinweis auf Ribbentrops Ab[74:]stammung aus einer alten deutschen Soldatenfamilie hatte die Vorbehalte Hindenburgs gegen den Kandidaten gebrochen. Vier Tage später hatte das „Dritte Reich“ eine neue Behörde, das „Büro Ribbentrop“, eine für die Ämervielfalt der faschistischen Diktatur typische Schöpfung. Das Büro unterstand zwar direkt dem Reichsaußenminister, zugleich aber war es eine Dienststelle im Stabe des Stellvertreters des Führers. Ribbentrop führte als „Amtsleiter der NSDAP“ seine halb zum Staat und halb zur Partei gehörenden Dienststelle relativ ungebunden. Das Auswärtige Amt akzeptierte die für moderne Diktaturen typische Konstruktion und ernannte den Legationssekretär Erich Kordt zu seinem Kontaktbeauftragten.

Gegenüber dem Gebäude des Auswärtigen Amtes bezog das „Büro Ribbentrop“ seine Amtsräume in der Berliner Wilhelmstraße 64. Die neue Behörde, die Anfang Juni 1935 in „Dienststelle Ribbentrop“ umbenannt wurde, nahm unter den zahlreichen anderen Institutionen, die sich mit Fragen der Außenpolitik befaßten und dem Ministerium ganz oder partiell unterstellt waren – dem Außenpolitischen Amt der NSDAP unter Alfred Rosenberg, der Auslandsorganisation der NSDAP, dem Volksbund für das Deutschtum im Ausland mit ihm angeschlossenen Organisationen, der Volksdeutschen Mittelstelle und weiteren – eine Sonderstellung ein.

Ribbentrop wurde der bedeutendste außenpolitische Berater Hitlers in konzeptionellen Fragen und führte zugleich diplomatische Sonderaufträge im Ausland aus. Häufig nahm er an Gesprächen mit ausländischen Staatsmännern teil, die in offizieller Mission in Deutschland zu Gast waren. So wurde neben Außenminister Neurath nur Ribbentrop hinzugezogen, als der britische Außenminister John Simon sowie der Lordsiegelbewahrer und Abrüstungsbeauftragte der Londoner Regierung Anthony Eden am 25. und 26. März 1935 mit Hitler in Berlin zusammentrafen. Kurz zuvor, am 9. März, war durch die Reichsregierung die Existenz der neugeschaffenen Luftwaffe bekanntgegeben und am 16. März die allgemeine Wehrpflicht wiedereingeführt worden. Beide Schritte der Remilitarisierung verletzten in eklatanter Weise Bestimmungen des Versailler Vertrages. Daher wurde der Besuch der beiden hochrangigen britischen Diplomaten und deren Verhandlungen von vielen Politikern und Publizisten in aller Welt, vor allem in Paris, Washington und Moskau, zu Recht als Zeichen der Hinnahme und damit der Legalisierung der deutschen Verstöße gegen den Friedensvertrag durch dessen wichtigste Garantmacht angesehen.

Auch die Geschichtsschreibung, die sich mit der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges befaßt, hat sich mit der Aktion Großbritanniens häufig beschäftigt. In der äußerst kontroversen Literatur über

⁴⁷ Ribbentrop, S. 56.

Anfänge, Hinter-[75:]gründe und Folgen der britisch-französischen Appeasementpolitik jener Jahre wird diese in unterschiedlichem Grade für das Geschehen mitverantwortlich gemacht, das in den Zweiten Weltkrieg mündete!⁴⁸ Wären die Regierungen in London und Paris mit ihren Verbündeten in Warschau und Prag den Schritt auf Schritt erfolgenden Verletzungen des Versailler Vertrag durch Deutschlands konsequent entgegengetreten, hätten manche Passagen des 1946 gefällten Nürnberger Urteilsspruchs als historische Wertung an Überzeugungskraft gewonnen. Dort hieß es nämlich, daß die „Planung, Vorbereitung, Entfesselung und Durchführung von Angriffskriegen ... Anschuldigungen äußerster Schwere“ seien. Als derartige Straftaten benannte der Gerichtshof ausdrücklich „den Bruch gewisser Bestimmungen des Versailler Vertrages“, wobei „die Heeres-, Flotten- und Luftbestimmungen gegen die deutsche Wiederaufrüstung“ angeführt wurden.⁴⁹

Das wohl wichtigste Ergebnis der deutsch-britischen Gespräche im März 1935 war das britische Einverständnis zu Verhandlungen über ein Flottenabkommen. Hitler übertrug diese Aufgabe Ribbentrop und verlieh ihm, um seiner Mission mehr Gewicht zu verschaffen, am 1. Juni den Titel eines Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters. Anfang Juni reiste Ribbentrop nach London, und was im Auswärtigen Amt niemand für möglich gehalten hatte, trat ein. Schon am 18. Juni 1935 war ein Vertrag unter Dach und Fach, der das Verhältnis zwischen der deutschen und britischen Marine mit 35:100 festschrieb und der deutschen Seite eine große Bewegungsfreiheit beim Bau von U-Booten gab. Deutschland war damit durch ein völkerrechtlich gültiges Abkommen von einer Fessel des Versailler Vertrages gelöst. Das steigerte Hitlers Ansehen bei allen, die den Vertrag seit seiner Unterzeichnung bekämpft hatten, besonders bei den Militärs, und machte den Mann, der das Abkommen so vorteilhaft und schnell ausgehandelt hatte, zur ersten Größe der deutschen Außenpolitik.

Als der Völkerbund nach dem Einmarsch deutscher Truppen in die entmilitarisierte Rheinlandzone am 7. März 1936 Deutschland anklagte, die Verträge von Versailles und Locarno gebrochen zu haben, schickte Hitler wiederum Ribbentrop nach London. Dort konnte dieser zwar eine Verurteilung Deutschlands durch die zu einer Sondersitzung zusammengekommenen Mitglieder des Völkerbunds nicht verhindern, aber Folgen entstanden daraus für Deutschland nicht. Gleichzeitig verhandelte Ribbentrop mit Eden und anderen britischen Politikern und traf mit einflußreichen Zeitungsmachern und Geschäftsleuten zusammen. Wieder war eine Hürde bei der einseitigen Revision des Versailler Systems genom-[76:]men und die Gefahr wirtschaftlicher oder gar militärischer Sanktionen gebannt.

Die internationalen Entwicklungen und Krisen – der Überfall Italiens auf Äthiopien im Oktober 1935, der Bürgerkrieg in Spanien, der von Juli 1936 bis März 1939 dauerte und in dessen Verlauf Franco die militärische Unterstützung Deutschlands und Italiens erhielt, die Bildung der „Achse Berlin-Rom“, die im Oktober 1936 erfolgte, die deutsch-italienisch-japanischen Annäherung und der Abschluß des „Antikominternpakts“ im November 1936, vor allem aber die Mißachtung des im Versailler Vertrag festgeschriebenen Anschlußverbots Österreichs und die deutschen Revisionsforderungen an die Tschechoslowakei, auf die deren gewaltsame Liquidierung folgte – kennzeichnen diese Jahre als „Vorkriegszeit“. Sie mündete in die erpresserischen Drohungen an Polen und die Forderung nach der „Hergabe“ Danzigs und des „Korridors“. Ribbentrop war an der Seite oder im Auftrage Hitlers stets führend an diesem „Krisenmanagement“ beteiligt.

Die seit der Mitte der dreißiger Jahre zunehmend versöhnliche Haltung der Regierungen in London und Paris gegenüber den aggressiven Staaten hatte [77:] der Hitler-Ribbentropschen Diplomatie mehr und mehr Spielraum gegeben. Im August 1936 konnten die Ribbentrops die Olympischen Spiele in Berlin nutzen, um ihr Anwesen in Berlin-Dahlem zum Mittelpunkt gesellschaftlicher und geselliger

⁴⁸ Zur Appeasementpolitik siehe Gottfried Niedhart: Appeasement: Die britische Antwort auf die Krise des Weltreichs und des internationalen Systems vor dem Zweiten Weltkrieg. In: Historische Zeitschrift, Bd. 226, 1978, S. 67-88; Klaus Hildebrand, Krieg im Frieden und Frieden im Krieg. Über das Problem der Legitimität in der Geschichte der Staatengesellschaft 1931-1941. In: Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz Hg. v. Wolfgang Michalka, München 1989; C. A. MacDonald: The United States, Britain and Appeasement 1936-1939, London 1981; Gerhart Hass: Münchner Diktat 1938 – Komplott zum Krieg, Berlin 1988; ders.: 23. August 1939. Der Hitler-Stalin-Pakt, Berlin 1990.

⁴⁹ IMT, Bd. I, S. 206 f., 242.

Veranstaltungen zu machen. Wer unter den internationalen Gästen Rang und Namen hatte, traf sich in ihrem Garten, wo in Festzelten an manchen Abenden bis zu 600 Gäste bewirtet wurden. Der Tod zweier deutscher Diplomaten, des Botschafters in Großbritannien, Leopold von Hoesch, im April und des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Bernhard von Bülow, im Juni 1936, beschleunigten Ribbentrops schier unaufhaltsame Karriere. Nach kurzem Schwanken, welches der beiden Ämter er Ribbentrop übertragen sollte, gab ihm Hitler den Londoner Botschafterposten. Diese Entscheidung kam dem Wunsche Ribbentrops entgegen, der richtig erkannt hatte, daß ihm die Herrschaft über die große Bürokratie des Auswärtigen Amtes, in dem ihn viele Beamten keineswegs wohlgesonnen waren und ihn als Eindringling und Außenseiter betrachteten, ein Übermaß an Kraft kosten würde. In der aller-nächsten Zeit waren Lorbeeren in der Weltpolitik ohnehin nicht in Berlin oder Genf zu holen. Von der Haltung der britischen Regierung hing es in hohem Maße ab, wie sich der Weg zur Verwirklichung der deutschen Expansionspläne gestalten würde.

Ribbentrops Biographie für die eineinhalb Jahre seiner Botschaftertätigkeit in London und für die der Zeit vom Tage seiner am 4. Februar 1938 erfolgten Berufung zum Reichsaußenminister bis zur Kapitulation am 8. Mai 1945 ist mit der Geschichte der deutschen Außenpolitik dieses Zeitraumes identisch. Sein Leben war nunmehr geprägt von dem rasantem Geschehen der Vorkriegszeit und dessen wichtigsten Stationen und Durchgangspunkten – dem Anschluß Österreichs, dem Abkommen von München, der Liquidierung der Tschechoslowakei und dem Abschluß der Verträge mit der Sowjetunion im August und September 1939. Ribbentrop empfing in den ersten Septembertagen des Jahres 1939 die Botschafter Großbritanniens, Frankreichs und anderer Staaten zur Entgegennahme der Kriegserklärungen ihrer Regierungen. Über alle diese Ereignisse existiert eine umfangreiche Literatur. In vielen Memoiren wird je nach der Einstellung der Verfasser das Handeln Ribbentrops gewürdigt oder verurteilt.

Dennoch ist die Außenpolitik in ihrer Gesamtheit für jene Jahre noch nicht ausreichend untersucht worden, so daß viele Fragen offen bleiben, gerade auch die Rolle und den Anteil Ribbentrops betreffend. Es ist augen-[78:]scheinlich, daß sich seine Biographie von der vieler ebenfalls in Nürnberg verurteilter Politiker und Militärs jedoch erheblich unterscheidet. Keineswegs schlüssig bewiesen ist bisher, ob er wirklich der Mann war, der – wie es im Schlußsatz des Urteils über ihn heißt – dem „Führer“ willig gedient hat, „weil Hitlers Politik und Hitlers Pläne sich mit seinen eigenen deckten“.⁵⁰

Vielmehr stellen sich folgende Fragen: War er der Repräsentant eines „Konzeptionen-Pluralismus während des Dritten Reiches“? Strebte er – zumindest bis zum Ausbruch des Krieges mit der Sowjetunion und den USA – eine Realpolitik an, wobei er allerdings auf Hitlers direktes Eingreifen zurückzuführende Abstriche machen mußte? Trug diese „Realpolitik“ „in ihren Zielen zwar traditionelle, aber in ihrer Methode und Dimension neue, der veränderten weltpolitischen Situation angepaßte Züge“, wie Michalka meint?⁵¹

Die neueren, von Hillgruber und Michalka begonnenen Untersuchungen der Außenpolitik in der Vorkriegs- und Kriegszeit haben zumindest erreicht, auch auf diesem Gebiet den „Hitler-Zentrismus“ der bundesdeutschen Geschichtsschreibung, der Hitler als Alleinschuldigen charakterisierte – in Frage zu stellen und „auf rivalisierende, die deutsche Politik bestimmende Führungsgruppen aufmerksam“ zu machen.⁵²

Die Historiker der DDR hatten von ihrem methodischen Ansatz her die Alleinverantwortlichkeit Hitlers immer abgelehnt. Sie erblickten in den häufig divergierenden Einzel- und Gruppeninteressen, die zwischen den Wirtschaft und Politik beherrschenden Industriellen, Bankiers, Militärs, Großagrariern, Mediengewaltigen, Großhändlern und ihren Werbe- und Propaganda-Organisationen sowie politischen Vereinigungen existierten und die offen oder geheim ausgetragen wurden, die treibenden Kräfte des Geschehens. Demzufolge wurde der Pluralismus der Konzeptionen berücksichtigt, die auf die wirtschaftliche und militärische Kriegsvorbereitung einwirkten, die Formulierung der Kriegsziele

⁵⁰ Ebenda, S. 324.

⁵¹ Michalka, S. 305.

⁵² Ebenda, S. 306.

prägten und die in den Planungen für die „Neuordnung“ Europas ebenso erkennbar sind wie in der Praxis der Okkupationspolitik. Auf diese Weise konnte die Vielfalt der Konzepte und die unterschiedlichen Auffassungen über die Methoden ihrer Durchsetzung erfaßt werden, ohne daß die Grundübereinstimmung der Herrschenden im Hinblick auf ihre nur mit kriegerischen Mitteln zu erreichenden Expansionsziele aus dem Visier geriet.⁵³

Generelle Untersuchungen zur Außenpolitik Hitlerdeutschlands, die von der Gesamtpolitik zur Durchsetzung der Eroberungsziele nicht zu trennen ist, wurden von der Geschichtsschreibung der DDR jedoch nicht vorgelegt. [79:] Ihre diesbezüglichen Forschungsergebnisse sind in thematische Monographien und in Gesamtdarstellungen zur Geschichte der faschistischen Diktatur und des Zweiten Weltkrieges eingegangen.⁵⁴ Eine Ribbentrop-Biographie ist – wie bereits erwähnt – nicht erarbeitet worden. Es unterblieb ferner, die von ihm vertretene Politik unter dem Gesichtspunkt spezieller Interessen und individueller Überlegungen zu analysieren und sie mit der allgemeinen expansiven Zielsetzung zu vergleichen. Dabei liegt es nahe, Ribbentrops weltpolitische Vorstellungen unter folgenden Gesichtspunkten genauer zu befragen: Inwieweit entsprangen deren unverwechselbare Züge dem konservativen wilhelminischen Weltbild, dem er durch Jugendeindrücke und -erlebnisse verhaftet war? In welchem Maße waren sie Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg geschuldet? Rührten sie aus wirtschaftlichen und politischen Erfahrungen des erfolgreichen Geschäftsmannes der zwanziger Jahre her? Welchen Einfluß besaß die geistige und mentale Hinterlassenschaft aus seinen Lehrjahren in England und Kanada?

Zweifelsohne war Ribbentrop Fleisch vom Fleische der staatstragenden preußisch-deutschen Militär- und Beamtenkreise, für die der verlorene Erste Weltkrieg einen Zusammenbruch darstellte, den sie weder verstanden noch verwunden hatten und wodurch sie für Revanche- und nationalistische Auferstehungstheorien hochempfänglich wurden. Ribbentrop war aber damals nicht in die Politik gegangen, sondern Geschäftsmann geworden. Obwohl er sich eine Möglichkeit dazu hätte erschließen können, war er nicht bei Konzernen der Großindustrie tätig geworden, sondern hatte sich in der Sphäre des Handels bewegt. Ihn prägten also nicht die auf den Gewinn von Rohstoffen, Absatz- und Kapitalmärkten gerichteten Vorstellungen, denen Mitangeklagte wie Göring, Funk und Schacht sowie viele andere NS-Wirtschaftspolitiker verhaftet waren. Mit ihnen und anderen der Großindustrie nahestehenden Kreisen der NSDAP einte Ribbentrop jedoch der Antikommunismus. Wie die Herren der Konzerne und Banken, die Großagrarier und auch die Großhändler fürchtete er, das arbeitende Volk könnte in Deutschland den „russischen Weg“ beschreiten, die besitzenden Klassen enteignen und den „Kommunismus“ errichten.

In den zwanziger Jahren, als Hitler, Heß, Göring und Rosenberg an der Spitze der Nazipartei bereits angetreten waren, den von ihnen propagierten „jüdischen Weltbolschewismus“ zu vernichten, da tätige Ribbentrop gute Geschäfte, bei denen es ihn nicht kümmerte, ob seine Partner Juden waren. Noch bis in die Jahre der Weltwirtschaftskrise sah er durchaus andere Lösungsmöglichkeiten für die Wiedererlangung einer führenden [80:] deutschen Position in der Welt als Hitler, Rosenberg und weitere Naziideologen. Seinen damaligen Vorstellungen entsprach vielmehr der doppelböckige Realismus in der Politik Gustav Stresemanns. Letzterer, aber auch seine Nachfolger Brüning, Schleicher und Papen nutzen allesamt die jeweiligen Möglichkeiten, auf diplomatischen Wegen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu lockern oder auszuhebeln, besonders jene, welche die Reparationszahlungen betrafen. Während Rassismus und Antisemitismus für Ribbentrop kein politisches Motiv bildeten, bestimmten Antisozialismus und Antikommunismus sein Denken ebenso wie dasjenige der Hitleranhänger.

Die diplomatischen Aufträge Hitlers, die er später ausführte, seine Botschaftertätigkeit in London eingeschlossen, trugen durchweg heiklen Charakter. Zu rechtfertigen waren nun zumeist ganz

⁵³ Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. 1-3, Berlin 1969-1996; Anatomie des Krieges. Hg. v. Dietrich Eichholtz/Wolfgang Schumann, Berlin 1969; Weltherrschaft im Visier. Hg. v. Wolfgang Schumann u. a., Berlin 1975.

⁵⁴ Deutschland im zweiten Weltkrieg, siehe Anmerkung 14; Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus 1938-1945. Neunbändige Dokumentenedition, Berlin 1988-1996.

undiplomatische, gegen Verträge verstoßende Vorgehensweisen Deutschlands. Doch ließen sich Ribbentrops Missionen noch im Rahmen der damals üblichen Gepflogenheiten im Umgang der Staaten miteinander erfüllen. In den Jahren 1933 bis 1936/37, als Deutschland aufzurüsten begann und den Vierjahresplan aufstellte, kam es der Führung in Berlin vor allem darauf an, daß außenpolitische Komplikationen nicht zu offenen Konflikten eskalierten.

Eine ganz neue Situation trat ein, als die deutsche Führung Ende 1937/Anfang 1938 direkten Kurs auf den Krieg nahm. Am 5. November 1937 sprach Hitler vor Militärs und Politikern von „den beiden Haßgegnern England und Frankreich“ und verkündete, „zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben“.⁵⁵ Das betraf den Grundkonsens, in dem Ribbentrop und Hitler bis dahin übereingestimmt hatten: Mit Großbritannien sollte zumindest ein Stillhaltearrangement gesucht und gewahrt, möglichst aber ein bündnisartigen Miteinander gefunden werden. Diese Position geriet nun auf dem Prüfstand und wurde als zu leicht befunden. Doch führte diese erhebliche Kurskorrektur nicht zu einem Ausscheren Ribbentrops. Denn auch er – an der Besprechung am 5. November hatte Außenminister von Neurath teilgenommen – änderte zu dieser Zeit seine Ansichten über die Chancen, die eine Fortführung des Werbens um eine dauerhafte Übereinkunft mit der britischen Regierung haben könnte. Offensichtlich reagierte er damit auch auf die Skepsis, die sich bei einem Teil der Londoner Politiker im Hinblick auf die Zukunft des deutsch-britischen Verhältnisses erkennen ließ. Unterstaatssekretär Robert Vansittart, Anthony Eden, Winston Churchill und andere äußerten sich auch öffentlich skeptisch zu den Beteuerungen über die „friedlichen“ Absichten Deutschlands. Zudem war die britische Politik mehrgleisig: Einerseits [82:] schlug Großbritannien gegenüber Deutschland und Italien den „Appeasement“-Kurs ein, andererseits führte es militärische Verhandlungen mit Frankreich, unterstützte zumindest verbal von Deutschland bedrohte Länder wie die Tschechoslowakei, Polen und die Staaten Südosteuropas. Ferner suchte das Königreich bei der stark antinazistisch eingestellten amerikanischen Regierung unter Franklin D. Roosevelt Rückendeckung und spann schließlich Fäden nach Moskau. Dadurch reifte bei Ribbentrop die Erkenntnis, daß sein auf eine Zusammenarbeit mit Großbritannien abzielendes Konzept kaum durchsetzbar sein werde.

Daher verfaßte er, offensichtlich in Kenntnis der Besprechung vom 5. November 1937, neue außenpolitische Grundsatzpapiere, zu denen eine vom 2. Januar 1938 stammende „Notiz für den Führer“ gehört und in der er seine Neueinschätzung des britisch-deutschen Verhältnisses darlegte: „Mit der Erkenntnis, daß Deutschland sich an den Status quo in Mitteleuropa nicht binden will und eine kriegerische Auseinandersetzung in Europa früher oder später möglich ist, wird die Hoffnung auf eine Verständigung ... allmählich schwinden. Hiermit ist die Schicksalsfrage gestellt: Werden letzten Endes Deutschland und England zwangsläufig in getrennte Lager treiben und eines Tages wieder gegeneinander marschieren?“ Die selbstgestellte Frage beantwortete er folgendermaßen: Englands Führer „trauen dem nationalsozialistischem Deutschland alles zu ... Um dem zu begegnen stellt England sich auf alle Fälle mit seinen militärischen und politischen Maßnahmen auf eine Auseinandersetzung mit Deutschland ein“. Die sich daraus für Deutschland ergebende Konsequenz faßte Ribbentrop in die Worte: „1. Nach außen weiter Verständigung mit England ... 2. Herstellung in aller Stille, aber mit ganzer Zähigkeit einer Bündniskonstellation gegen England, – d. h. praktisch Festigung unserer Freundschaften mit Italien und Japan ... Jeder Tag, an dem in Zukunft – ganz gleich, welche taktischen Zwischenspiele der Verständigung mit uns versucht werden sollten – unsere politischen Erwägungen nicht grundsätzlich von dem Gedanken an England als unserem gefährlichsten Gegner bestimmt würden, wäre ein Gewinn für unsere Feinde.“⁵⁶

Was die Einschätzung der Politik gegenüber Großbritannien betraf, gab es zwischen Hitler und Ribbentrop kaum Differenzen. Unterschiedliche Auffassungen beider entsprangen den voneinander abweichenden Vorstellungen über das Ziel der expansiven Politik. Ribbentrop sah dies enger, in der

⁵⁵ IMT, Bd. XXIV, S. 403 ff., Dok. 386 PS.

⁵⁶ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie D, Bd. 1, Baden-Baden 1950, S. 132 ff., Dok. 93; siehe auch den in den ADAP nicht veröffentlichten Bericht Ribbentrops vom 29. Dezember 1937. In: Annelies v. Ribbentrop, Die Kriegsschuld des Widerstands. Aus britischen Geheimdokumenten 1938-1939, Leoni am Starnberger See, S. 61-74.

Tradition der Kriegsziele des Ersten Weltkrieges. In seiner Konzeption fehlten erstens die radikalen Ambitionen auf die unbedingte wirtschaftliche Vorherrschaft in ganz Europa, die das Denken und Planen [83:] bedeutender Teile der Großindustrie und des Militärs dominierten. Zweitens enthielt Ribbentrops Zukunftsentwurf weder das Dogma von der „germanischen“ Mission noch das vom „Lebensraum“, den das angeblich durch Überbevölkerung bedrohte deutsche Volk sich im Osten bis an den Ural und den Kaukasus erobern müsse. Schließlich fehlt seinen Äußerungen der extreme Fanatismus, mit dem andere Naziführer die „jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“ an die Wand malten.

Natürlich war auch Ribbentrop Zeit seines Lebens Antikommunist und hätte ebenso gern wie Hitler das Ende der Sowjetunion herbeigeführt. In seinen Vorstellungen gab es jedoch ein gewisses Maß an Realismus, der ihn davon abhielt, die überhebliche Vorstellung Hitlers, Jodls und anderer Militärs, die deutsche Wehrmacht könne in wenigen Wochen oder Monaten diesen angeblichen „Koloß auf tönernen Füßen“ vernichten, zu teilen. Auch meinte er im Unterschied zu Hitler, daß selbst ein Sieg über die Sowjetunion weder Großbritannien noch die USA dazu bringen könnte, klein beizugeben und zu kapitulieren. Nach dem Scheitern des Blitzkriegsplans der deutschen Wehrmacht und dem Kriegseintritt der USA wagte er es sogar einmal, Hitler zu erklären: „Wir haben jetzt noch ein Jahr Zeit, um Rußland von seinen amerikanischen Zufuhren über Murmansk und den Persischen Golf abzuschneiden, während Japan Wladiwostok übernehmen muß. Gelingt das nicht und kommt das USA-Rüstungspotential mit dem russischen Menschenpotential zusammen, so tritt der Krieg in ein Stadium, indem wir ihn nur noch sehr schwer gewinnen können.“⁵⁷

Schließlich gehörte die andere Naziführer beherrschende fixe Idee, den Kommunismus durch die „Ausrottung“ der Juden zu vernichten, nicht zu seinem Denkschema. Dennoch heißt es im Urteil des Nürnberger Tribunals zu Recht, er habe „bei Hitlers ‚Endlösung‘ der Judenfrage eine wichtige Rolle“ gespielt.⁵⁸ Tatsächlich war Ribbentrop in einen Konflikt geraten, den er aber nicht austrug. Darauf bedacht, seine Position in der Hierarchie des Hitlerstaates und der Nazipartei um jeden Preis zu halten, war er bereit, nicht nur jeden Kompromiß zu schließen, sondern auch seine eigenen Vorstellungen preiszugeben. Wie wohl keinen anderen seiner Nürnberger Mitangeklagten hatten ihn Hitlers grausame Kriegführung und dessen mörderischer Antisemitismus in einen Widerstreit der Gedanken und Gefühle gestürzt, der ihn im Frühjahr 1942 sogar veranlaßte, vor Hitler seine Rücktrittsabsicht zu verkünden.⁵⁹ Allerdings gab er sie sofort auf, als dieser ihm das Ehrenwort abnahm, eine solche Forderung während des Krieges nicht zu wiederholen.

[84:] Ebenso steckte Ribbentrop den Kopf in den Sand, als das Auswärtige Amt direkt an der Vertreibung der Juden aus den von der deutschen Wehrmacht besetzten Staaten und ihrer Ermordung beteiligt wurde. Als die Einladung erging, auch einen Teilnehmer seines Amtes zu der am 20. Januar 1942 stattfindenden – später Wannsee-Konferenz genannten Zusammenkunft um den Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Reinhard Heydrich zu entsenden, fiel die Wahl auf den Ribbentrop-Intimus Martin Luther. Er gehörte seit 1936 der „Dienststelle Ribbentrop“ an, hatte den Umbau der deutschen Botschaft in London für Ribbentrops Einzug geleitet und war nach dessen Berufung zum Außenminister zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt und Leiter der Deutschland-Abteilung aufgestiegen. Aus dem Auswärtigen Amt, speziell von Luther und Staatssekretär Ernst von Weizsäcker veranlaßt, ergingen die Weisungen an dessen Vertreter in Frankreich und in weiteren besetzten Staaten, Druck auf die kollaborierenden Verwaltungen auszuüben, damit der Abtransport der Juden zu den Vernichtungsstätten und -lager nach den Plänen des Reichssicherheitshauptamtes erfolgen konnte. Gegenüber den deutschen Verbündeten Italien, Rumänien, Bulgarien und Ungarn übernahm Ribbentrop diese Rolle selbst. Es ist folglich als reine Schutzbehauptung anzusehen, wenn er in seinen „Nürnberger Aufzeichnungen“ beteuerte, erst im Gerichtssaal von der „Endlösung der Judenfrage“ gehört zu haben, und versuchte, dafür den toten Himmler allein verantwortlich zu machen.⁶⁰ Der Außenminister des Regimes war, alle möglichen Bedenken zurückstellend, Mitwisser

⁵⁷ Ribbentrop, S. 260.

⁵⁸ Der Nürnberger Prozeß, Bd. 1, S. 241.

⁵⁹ Ribbentrop, S. 256.

⁶⁰ Ebenda, S. 276; 297.

und vor allem Mittäter des Judenmords geworden. Das galt im direkten Sinne, wie seine Teilnahme an diplomatischen Aktionen bewies, die sich auf die Auslieferung der Juden an die Mörder richteten, wie auch indirekt im Hinblick auf die Tätigkeit der ihm untergebenen Beamten im Ministerium und in den diplomatischen Missionen.

Zweifelsohne sank Ribbentrops Einfluß auf Hitler im Verlaufe des Krieges. Deutschlands angeschlagene Position nach dem Scheitern des „Barbarossa- Plans“ und den Niederlagen in Nordafrika, Italien und schließlich nach der Invasion in Frankreich bot keine solide Basis mehr für diplomatische Aktivitäten. Versuche Ribbentrops und des Auswärtigen Amts, das Auseinanderbrechen des Bündnisses der Dreimächtepaktaaten im Jahre 1943 abzuwenden, führten nicht zu den gewünschten Ergebnissen. In den mit Deutschland verbündeten Staaten wuchs das Bestreben, sich zu lösen und durch Separatfriedensschlüsse für das eigene Land zu retten, was noch zu retten war.

[85:] Der letzte große außenpolitische Versuch Ribbentrops, die Regierungen der verbündeten Staaten und die kollaborierenden Führungen der besetzten Länder durch das Projekt eines „Europäischen Staatenbundes“ und einer „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ für den „Endkampf“ an der Seite Hitlerdeutschlands zu mobilisieren,⁶¹ scheiterte an der militärischen und politischen Realität.

Unter den zahlreichen Bemühungen, mit den Westmächten und der Sowjetunion zu Verhandlungen über ein Kriegsende zu kommen, figurieren von Ribbentrop mitgetragene Versuche, deren Koalition auseinander zu manövrieren. Auch die letzte Aktion des Auswärtigen Amts, mit einer von den Botschaften in der Schweiz und in Schweden übermittelten „Sprachregelung“ vom 19. Januar 1945 die Westmächte zu einem Separatfrieden zu bewegen, scheiterte. Darin hatte Ribbentrop versucht, die Regierungen in London und Washington vor der „Unterminierung des dann noch restlichen Europa mit der kommunistischen Idee“ und einem Vorstoß Stalins „zum Atlantischen Ozean“ zu warnen, um sie dadurch zu einer Änderung ihrer Haltung gegenüber Deutschland zu veranlassen.⁶² Als auch er endlich begriff, daß daraus nichts mehr werden würde, wollte er eine neue „Sprachregelung“ erarbeiten lassen, die nunmehr Argumente für einen Separatfrieden mit der Sowjetunion enthalten sollte. Nach seinem eigenen Zeugnis hatte Ribbentrop im Januar 1945 Hitler den Vorschlag unterbreitet, mit seiner gesamten Familie nach Moskau zu fliegen, um als „Geisel“ über einen sofortigen Frieden zu verhandeln.⁶³ Angesichts der Entschlossenheit der Antihitlerkoalition, nur eine bedingungslose Kapitulation Deutschlands anzunehmen, waren das reine Hirngespinnste.

Das faschistische Konzept zur „Neuordnung“ Europas mit seinem Kernstück, der Vernichtung des „jüdischen Weltbolschewismus“, war lange vor der Unterzeichnung der deutschen Kapitulation gescheitert. Der Massenmord an den Juden Europas, an Bürgern der Sowjetunion, Polens und aller anderen von Deutschland besetzten Staaten, der seinen Höhepunkt erreichte, als das Nazireich bereits auf dem Wege zur Niederlage war, wurde ungeachtet des Widerspruchs fortgesetzt, den Ribbentrop inkonsequent und sehr zaghaft Hitler gegenüber erhoben hatte.

Letztendlich legte Ribbentrop auch keinerlei Widerspruch ein, als er im Juni 1944 an einer Beratung teilnahm, auf der das Lynchen in deutsche Hände geratener alliierter Tiefflieger besprochen und gebilligt wurde. Noch im Dezember 1944 sorgte er dafür, daß das Auswärtige Amt die Pläne zur Ermordung eines kriegsgefangenen französischen Generals präparierte, um die Verletzung des Kriegrechts zu verschleiern.

[86:] Der Militärgerichtshof in Nürnberg hat auch diese Handlungen als persönlich schuldhaftes Teilnahm Ribbentrops an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit geahndet.⁶⁴

Als die Sowjetarmee am 16. April 1945 zum Sturm auf die deutsche Hauptstadt ansetzte, befand sich der Reichsaußenminister in Berlin. Die vorge-[87:]sehene Übersiedlung der Reichsregierung nach Süddeutschland war nun nicht mehr möglich. Hitler erließ daher in der Nacht vom 20. zum 21. April

⁶¹ Anatomie der Aggression. Hg. v. Gerhart Hass/Wolfgang Schumann, Berlin 1972, S. 24-29, 182 ff.

⁶² Reimer Hansen: Das Ende des Dritten Reiches. Die deutsche Kapitulation 1945, Stuttgart 1966, S. 44.

⁶³ Ribbentrop, S. 266.

⁶⁴ IMT, Bd. I, S. 323 f.

an die noch in Berlin befindlichen Reichsminister die auch von Ribbentrop befolgte Weisung, sich nach Holstein zu begeben. Vor seinem Selbstmord am 30. April ernannte der „Führer“ Großadmiral Dönitz zu seinem Nachfolger als Staatsoberhaupt, in dessen Hauptquartier in Plön sich Ribbentrop zu diesem Zeitpunkt befand. Dieser bot sich sofort an, in der neuen Regierung weiterhin als Außenminister zu fungieren. Doch Dönitz faßte bereits am 30. April den Entschluß, ihn offiziell zu entlassen und Lutz Graf Schwerin von Krosigk zum neuen Außenminister zu ernennen.

Daraufhin begab sich Ribbentrop nach Hamburg, wo er eine Wohnung besaß. Man sah ihn dort im eleganten Zweireiher durch die Stadt gehen, wobei er versuchte, alte Kontakte wiederzubeleben. Erst als ihn der Sohn eines Bekannten anzeigte, wurde die britische Militärpolizei auf ihn aufmerksam und verhaftete ihn am Morgen des 14. Juni in seiner Hamburger Wohnung. Bis Mitte August verbrachte er zusammen mit weiteren Hauptangeklagten im zum Gefängnis umfunktionierten Palace-Hotel in Bad Mondorf in Luxemburg, ehe die Überstellung nach Nürnberg erfolgte.

Die Mahlsteine der Geschichte anzuhalten, von denen der Verurteilte wenige Tage vor seiner Hinrichtung meinte, daß sie ihn zerrieben hätten, – das hat Joachim von Ribbentrop nie versucht.

[88:]

Manfred Weißbecker

WILHELM KEITEL

„... man ist solch ein Lump geworden“¹

Zu den wenigen Angeklagten des Nürnberger Militärtribunals, die sich im Nachhinein um eine gewisse Einsicht für das eigene Fehlverhalten und ihre Rolle in der barbarischen Kriegführung des deutschen Faschismus bemühten, gehörte Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel. Solches zu erwarten, wäre wohl kaum jemandem eingefallen, der bis dahin seinen Lebensweg hatte verfolgen können und der um die Folgen seiner Befehle wußte. Stets waren die Kriegs- und Expansionsziele der Mächtigen Deutschlands die seinen gewesen, stets goß er sie in die nackte Sprache imperialer Machtbestrebungen. Immer hatte er sich bedingungslos untergeordnet, überall verhielt er sich grenzenlos loyal gegenüber seinen Vorgesetzten, insbesondere gegenüber Hitler. Er war dessen Paladin in der Wehrmacht, ein Mann von geradezu unvorstellbarer Gehorsamkeit und Widerspruchslosigkeit. Mit Recht wurde er als dienernder „Lakaitel“, meinungsloser „Nickesel“ und schwächerer „Büro-General“ bespöttelt oder sein Name als Maßeinheit für Gefügigkeit gebraucht.² Über kaum einen anderen aus der militärischen Spitze des Dritten Reiches fällt das allgemeine Urteil so negativ aus wie über Keitel; keiner der 27 deutschen Generalfeldmarschälle und Großadmirale hatte sich allerdings auch so lange an der Seite des Obersten Befehlshabers der Wehrmacht halten können wie er. In seiner Person durfte die Vollendung aller preußisch-militaristischen *Untugenden* und *der* Prototyp eines faschistischen Militärs gesehen werden.

Seit der achtzehnjährige Keitel zu Beginn des 20. Jahrhunderts dem Militär beigetreten war, stieg er Schritt für Schritt auf der Karriereleiter empor. Spektakuläre, lebensverändernde Entscheidungen blieben ihm erspart. Immer wieder wich er – konsequent und nicht ohne Geschick – allem aus, was eine Lebenswende hätte mit sich bringen können.

Möglicherweise waren nach dem 8. Mai 1945 seine resignierende Einschätzung, ein Lump geworden zu sein³, und die offizielle Aussage vor dem Nürnberger Gerichtshof, er würde sich lieber das Leben nehmen wollen, als noch einmal falschen Befehlen zu folgen, die einzigen selbstkritischen Regungen, die aus dem Rahmen seines Verhaltens im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und im Dritten Reich fielen. Sollte sich eine biographische Skizze, die [89:] sich nicht allein auf Militärgeschichtliches und -politisches beschränken will, ihnen mit besonderem Interesse zuwenden? Sollte sie gar von „einem tragischen Schicksal“⁴ handeln? Oder bietet die Beschäftigung mit den Denkkategorien und Handlungsstrukturen Keitels dem historisch Interessierten doch mehr Erhellendes als die Gewißheit,

¹ Zit. nach Walter Görlitz: Generalfeldmarschall Keitel. Verbrecher oder Offizier? Erinnerungen, Briefe, Dokumente des Chefs des OKW, Göttingen u. a. 1961 (künftig zit. als Lebenserinnerungen bzw. als Görlitz, wenn es sich um ergänzende und erläuternde Texte zu Keitels Nürnberger Niederschriften handelt), S. 407. Für militärgeschichtliche Arbeiten, die Keitels Verhalten und Rolle insbesondere in der Zeit des Zweiten Weltkrieges betreffen, steht reichhaltiges und vielfach veröffentlichtes Dokumentenmaterial zur Verfügung. Demgegenüber muß die biographierelevante Quellensituation als äußerst ungünstig betrachtet werden. Am wichtigsten ist immer noch das autobiographische Material, das Keitel während der letzten Wochen seines Lebens in Nürnberg verfaßt hat. Auszüge aus diesen „Lebenserinnerungen“ enthält das auf dem Privatarchiv der Familie Keitel beruhende und für jede weitere Forschung unentbehrliche, bereits zitierte Buch von Walter Görlitz: Generalfeldmarschall Keitel. Verbrecher oder Offizier? Erinnerungen, Briefe, Dokumente des Chefs OKW. Zwei aussagekräftige Monographien wurden vorgelegt von Gene Mueller: *The Forgotten Field Marshal Wilhelm Keitel*, Durham, N.C., 1979 und von Helmut Schmeller: *Hitler and Keitel. An Investigation of the Influence of Party Ideology on the Command of the Armed Forces in Germany between 1938-1945*, Fort Hays 1970. Von Gene Mueller stammt auch der Beitrag „Wilhelm Keitel – Der gehorsame Soldat“. In: *Die Militärelite des Dritten Reiches*. 27 biographische Skizzen. Hg. v. Ronald Smelser und Enrico Syring, Berlin/Frankfurt a. M. 1995, S. 251 ff.

² So wurde General Reinicke, im Oberkommando der Wehrmacht für das Kriegsgefangenenwesen zuständig, von seinen Gegnern der „kleine Keitel“ genannt. Christian Streit: *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945*, Stuttgart 1978, S. 68.

³ Zit. nach Görlitz, S. 407.

⁴ Görlitz, S. 15.

in ihm eine perfekte, nahezu mechanisch funktionierende Verkörperung jenes folgenreichen Typus preußisch-deutscher Militaristen sehen zu müssen? Steht Keitel stellvertretend für jene deutschen Eliten konservativ-nationaler Prägung, ohne deren Unterstützung und Mitwirkung die NSDAP und Hitler weder in der Lage gewesen wären, die Macht zu erobern noch den Zweiten Weltkrieg zu entfesseln? Verkörpert sich in ihm in besonderer Weise die historische Schuld der Armee für die von Barbarei und Verbrechen bestimmten zeitweiligen Erfolge des deutschen Faschismus? Und widerlegt nicht gerade sein Wirken das untaugliche Argument ehemaliger Militärs⁵ und einiger Historiker, die deutsche Wehrmacht sei lediglich von einer verbrecherischen Staatsführung mißbraucht und gegen ihren Willen in das Verhängnis hineingezogen worden?⁶

[90:] Wilhelm Bodewin Johann Gustav Keitel – geboren am 22. September 1882 in Helmscherode bei Bad Gandersheim am Harz – entstammte einer alten hannoveranischen Amtsrate- und Gutsbesitzerfamilie, in deren Chronik sich über viele Jahrhunderte hinweg kein einziger Berufssoldat befand. Auf dem Gut konnte er, trotz des frühen Todes seiner Mutter, wohl behütet aufwachsen und die Gedankenwelt konservativ-patriarchalischer und welfisch orientierter Großagrariar in sich aufnehmen. Zunächst unterrichteten ihn Hauslehrerinnen, dann besuchte er in Göttingen ein Gymnasium. Hier ragten seine schulischen Leistungen über den Klassendurchschnitt nicht hinaus. Im März 1901 trat er in das Niedersächsische Feldartillerie-Regiment 46 (Wolfenbüttel) ein. Der entscheidende Lebensschritt war getan, obwohl etwas zögerlich und halbherzig, hing er doch an der Vorstellung, eines Tages vom Vater das Gut zu übernehmen. Bei vielen Gelegenheiten beteuerte er, der „Traum“ seines Lebens sei es gewesen, „ganz Landwirt“ sein zu können.⁷ Knapp zwanzigjährig wurde Keitel 1902 zum Leutnant befördert und als Rekrutenoffizier bei der Braunschweigischen Batterie seines Regiments eingesetzt. An der Feldartillerie-Schule in Jüterbog absolvierte er 1904/05 einen Lehrgang, bei dem sein Fleiß und seine Gewissenhaftigkeit auffielen. 1908 durfte er sich über die Ernennung zum Regimentsadjutanten freuen. Im folgenden Jahr heiratete er Lisa Fontaine, die intelligente, an Künsten aller Art interessierte und ehrgeizige Tochter eines reichen Rittergutsbesitzers in Wülfel bei Hannover. Ihr starker Einfluß auf Keitel verhinderte wohl endgültig die Realisierung des Gedankens an eine Rückkehr ins zivile Leben. Sie bestand nicht nur darauf, daß er Soldat bleiben solle, sondern stachelte ihn wohl auch an, auf dem eingeschlagenen Wege nach höheren Ehren zu streben. Der Ehe entsprossen drei Söhne – sie schlugen ebenfalls die Offizierslaufbahn ein – und zwei Töchter.⁸

Kurze Zeit nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges wurde Keitel zum Hauptmann befördert und mit dem „Eisernen Kreuz“ I. Klasse – später auch mit dem Hohenzollernschen Hausorden – geehrt, allerdings auch durch einen Granatsplitter am rechten Unterarm verwundet. Ohne den sonst üblichen Weg einer fünfjährigen Ausbildung absolviert zu haben, erhielt er im März 1915 den Auftrag, als Generalstabsoffizier beim Generalkommando des X. Reservekorps tätig zu sein. Wie es dazu kam, ist unbekannt; Keitel empfand dies jedenfalls als eine seltene Auszeichnung. Voller Selbstvertrauen meinte er, das fehlende Wissen könne er durch Fleiß und seinen „gesunden Menschenverstand“ ausgleichen. Er sei „glücklich“, beschrieb Frau Lisa den Zustand ihres Mannes. Sie bekannte zugleich, darüber „froh“ zu sein, „daß er aus dem Schützengraben heraus ist“.⁹ In seiner [91:] neuen Stellung lernte er 1917 Major Werner von Blomberg kennen. Ihm sollte er so manche Station seiner weiteren Karriere verdanken, bevor es im Februar 1938 zum Bruch ihrer nahezu freundschaftlichen Beziehung kam. Im weiteren Verlauf des Ersten Weltkrieges bekleidete Keitel als Erster Generalstabsoffizier sogenannte Ia-Stellungen bei der 19. Reserve-Infanterie-Division und während der letzten Kriegsmomente beim Generalkommando des Marine-Korps in Flandern. Erstaunlich bleibt, daß er in der Kriegszeit nicht über den Rang eines Hauptmanns hinausgelangte.

⁵ Zur militärischen Memoirenliteratur siehe Gotthart Breit: Das Staats- und Gesellschaftsbild deutscher Generale beider Weltkriege im Spiegel ihrer Memoiren, Boppard am Rhein 1973.

⁶ Siehe dazu Klaus-Jürgen Müller: Armee und Drittes Reich 1933-1939. Darstellung und Dokumentation. Unter Mitarbeit von Ernst Willi Hansen, Paderborn 1987, 12.

⁷ Lebenserinnerungen. Görlitz, S. 239.

⁸ Der jüngste Sohn fiel 1940.

⁹ Görlitz, S. 29 ff.

In der Novemberrevolution zeigte sich Keitel „entsetzlich deprimiert“ und „angeekelt von der Bestie des Pöbels“. Er erlebe, so schrieb er am 10. Dezember 1918, „die traurigsten Zeiten im militärischen Leben“ und wolle „dem Offiziersberuf in absehbarer Zeit Lebewohl für immer“ sagen. Dennoch nutzte der inzwischen 36 Jahre alt gewordene Möchtegern-Bauer nicht die Chance, den Dienst zu quittieren und seinem 65jährigen Vater auf dem Gut beizustehen. Angesichts der gegenrevolutionären Entwicklung in Deutschland brauchte er sich auch bald nicht mehr „niedergedrückt“ zu zeigen. Bereits Ende Februar 1919 durfte er an einer „Kriegsministeriumverhandlung über das Zukunftsheer“ teilnehmen, was ihn außerordentlich befriedigte.¹⁰ Aus Stettin schrieb er im März, wie sehr er es bedauere, „daß uns heute die Kraft fehlt, dem unverschämten Polenpack Halt zu gebieten, geschweige denn im eigenen Land die Ordnung wiederherzustellen ... Der militärische Dienst unter den heutigen Verhältnissen fordert ein gewaltiges Maß von Selbstverleugnung, nur das angeborene und im alten Geist gepflegte Pflichtgefühl macht es selbstverständlich, daß man alle persönlichen Rücksichten und Empfindungen zurücktreten läßt, um mitzuhelfen, solange noch die Aussicht besteht, das Schlimmste, den völligen Bolschewismus abzuwenden. Wie ernst diese Gefahr ist, darin habe ich hier in der Ostmark einen größeren Einblick, als an anderer Stelle, zumal die Bearbeitung aller Maßnahmen für die Abwehr in meinen Händen liegt.“¹¹ Diese Äußerungen gehören zwar zu den wenigen, die seine politische und weltanschauliche Grundhaltung erkennen lassen, jedoch ist ihnen eindeutig zu entnehmen, in welchem Ausmaß er politisch motiviert und wie hohl das Gerede von den „unpolitischen“ Soldaten in den Jahren der Weimarer Republik gewesen ist ...

Keitel wurde in die Reichswehr übernommen und gehörte nun zu der Elite von 4000 Heeresoffizieren, deren Tätigkeit laut Friedensvertrag von Versailles in einem auf 100.000 Mann reduzierten Heer gestattet war. In ihr setzte er seine Karriere ungehindert fort. Sie verlief weder besonders auffällig noch aufregend, eher geradlinig, ohne Stocken und Pause. Zunächst [92:] diente er von 1920 bis 1922 als Taktiklehrer an der Kavallerieschule Hannover, anschließend bis 1925 als Chef einer Batterie und seit 1927 als Abteilungskommandeur der II. Abteilung des 6. Artillerie-Regiments in Minden. Bereits am 1. April 1923 war er zum Major befördert worden. Als Truppenkommandeur schien er jedoch weniger gefragt zu sein, man schätzte seinen unermüdlichen Arbeitseifer, sein Organisations- und Verwaltungsgeschick. Überzeugt, gewissenhaft und zuverlässig setzte er sich dafür ein, die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu umgehen.

Seine Fähigkeiten hatte Keitel zunächst unter Beweis stellen können, als er von 1925 bis 1927 im Truppenamt des Reichswehrministeriums – das faktisch die Funktion des verbotenen Generalstabs erfüllte – eine wichtige Rolle für die Unterstützung des „Grenzschatzes Ost“, einer milizähnlichen Ergänzung der Reichswehrtruppen, zu spielen vermochte. Im Oktober 1929 stieg er – nunmehr bereits im Range eines Oberstleutnants – zum Leiter der Heeres-Organisationsabteilung im Reichswehrministerium auf. Ihm oblagen hier die geheimen Vorbereitungsarbeiten für die ins Auge gefaßte personelle Verdreifachung des Heeres und für die moderne waffentechnische Ausrüstung der Reichswehr. Er befaßte sich auch mit Plänen für eine Wehrreform auf Milizbasis. 1931 unternahm er eine Dienstreise in die Sowjetunion. Er vermeinte, in der Roten Armee „Kern des Staatswesens und Sprungbrett zu den höchsten Ämtern im Staat“ sehen zu können und zeigte sich davon besonders beeindruckt.¹² Für die Reichswehr und das Konzept, eine deutsche Gleichberechtigung in der Rüstung zu erreichen, hielt er Verbindung zur deutschen Delegation auf der Genfer Abrüstungskonferenz, bis sich diese im Juli 1932 vertagte.

Im Herbst 1932 erkrankte Keitel. Überbeanspruchung und offensichtlich der Druck, seine Tätigkeit streng geheimhalten zu müssen, hatten ihn zu einem Kettenraucher werden lassen. Thrombose, Venenentzündung und Herzanfälle plagten ihn. Er durfte sich in einem Sanatorium in der Hohen Tatra erholen und kehrte erst im Frühjahr 1933 nach Deutschland zurück. Daß hier inzwischen die Weimarer Republik beseitigt und ein Terrorregime errichtet worden war, störte ihn keineswegs. Im Gegenteil, er

¹⁰ Ebenda, S. 35 ff.

¹¹ Ebenda, S. 37 f.

¹² Ebenda, S. 49. Siehe auch Gerd F. Heuer: Die deutschen Generalfeldmarschälle und Großadmirale 1933-1945, Rastau 1988, S. 52.

zeigte sich sehr beeindruckt von Hitlers Bemühungen, die Fesseln des Versailler Vertrages endgültig sprengen und Deutschlands Großmachtpositionen wiederherstellen zu wollen. Seine konservativ-nationalistischen Sympathien lagen eindeutig bei der NSDAP. Da er sich als Offizier parteipolitisch nicht engagieren durfte, liegen von ihm selbst aus dieser Zeit keine Äußerungen vor. Jedoch wird sich sein Denken nicht wesentlich von dem seiner Frau unterschieden haben; sie schrieb in Briefen an die Verwandtschaft u. a. am [93:] 26. März 1933, sie sei von Hitler „als Persönlichkeit restlos begeistert“. Dem fügte sie noch einen Satz hinzu, der das Denken vieler deutscher Konservativer charakterisierte: „Der Mann kann doch noch unser Mussolini werden“. Am 18. Mai, einen Tag nach Hitlers Darlegungen zur künftigen deutschen Außenpolitik im Reichstag, fiel das Lob noch drastischer aus: „Jede Rede von dem Mann ist ein Kunstwerk, so klar und sachlich und von einer hohen Warte aus, die man dem Mann nie zugetraut hätte.“ Und über die Mitwirkung ihres Mannes wußte sie zu berichten: „Gestern hielt Wilhelm große Rede an alle Nazi- und Stahlhelmoberführer!“ Am 5. Juli hieß es dann: „... Wilhelm kehrte gestern früh sehr angetan von Reichenhall, der großen SA-Führertagung, heim. Er war richtig verjüngt und so energisch. Er hat länger mit Hitler gesprochen, war oben bei seinem Häuschen und ist direkt begeistert von Hitler. Die Augen wären fabelhaft und wie der Mensch redet ...“¹³ Auch Keitel selbst bekundete später offen: „...meine politische Überzeugung war nationalsozialistisch“¹⁴, obgleich er in seinen Nürnberger Aufzeichnungen zumeist zurückhaltendere Formulierungen wählte.

Wieder genesen, stieg Keitel erneut in den aktiven Dienst ein. Im Herbst 1933 wurde er zur Truppe versetzt, zunächst als stellvertretender Kommandeur der 3. Infanteriedivision bei Potsdam und schließlich als Kommandeur nach Bremen, um dort die neue 22. Infanterie-Division aufzustellen. Als sein Vater im Mai 1934 starb und Gelegenheit gewesen wäre, das Familiengut in Helmscherode zu übernehmen, schob er wiederum den Gedanken an ein vorzeitiges Ende der militärischen Laufbahn beiseite. Nur halbherzig besprach er sich mit General Werner Freiherr von Fritsch, dem Oberbefehlshaber des Heeres, und ließ sich gern „überreden“, Soldat zu bleiben. In Nürnberg, als er seine Erinnerungen niederschrieb, fand er dafür lediglich ein paar bläßliche Worte: „Mich zog es mit allen Fasern des Herzens nach Helmscherode, aber mit meiner Stiefmutter und meiner Schwester konnte meine Frau nicht zusammen wirtschaften, und ich konnte das Problem nicht lösen.“¹⁵ Zu den Morden an den beiden Generälen Kurt von Schleicher und Ferdinand von Bredow während der Massaker vom 30. Juni 1934 verlor er kein Wort des Bedauerns oder gar des Protestes; noch 1946 verglich er den ersteren mit einer „Katze, die das politische Mäusen nicht lassen konnte“.¹⁶

Ganz offensichtlich „bewährte“ sich Keitel im Sinne des Regimes. Seine Dienstbeflissenheit galt dem Übergang zur Politik der direkten und beschleunigten Kriegsvorbereitung, so daß offizielle Anerkennungen nicht ausblieben. Nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der [94:] programmatischen Umbenennung des Reichswehrministeriums in Reichskriegsministerium vom März 1935 erhielten Blomberg und er eine Einladung zum Parteitag der NSDAP. Er empfand dies als eine große „Ehre“ und ließ sich von den Massenaufmärschen und Paraden – einem sinnfälligen Ausdruck des erreichten Standes bei der Militarisation der deutschen Gesellschaft – willig beeindrucken. „Geradezu überwältigt“ sei er gewesen, notierte er noch elf Jahre später in seinen Nürnberger Erinnerungen (in denen er jedoch kein einziges Wort zu den gleichzeitig beschlossenen antisemitischen Gesetzen und ihren Folgen verlor!).¹⁷ Der „Ehre“ folgte die Berufung: Ein halbes Jahr danach, am 1. Oktober 1935, avancierte Keitel in der Nachfolge von General Walther von Reichenau zum Chef des Wehrmachtamtes, der wohl wichtigsten Institution innerhalb des Reichskriegsministeriums. Damit stand er jetzt unmittelbar an der Seite Blombergs und leitete eine Institution, die schließlich den organisatorischen und

¹³ Görlitz, S. 52 f.

¹⁴ Zit. nach Görlitz, S. 405.

¹⁵ Lebenserinnerungen. Görlitz, S. 71.

¹⁶ Ebenda, S. 70.

¹⁷ Ebenda, S. 81. Der Kommentar von Görlitz geht am Problem vorbei: „Die verhängnisvollen staatsrechtlichen und innerpolitischen Entscheidungen kommen dem unpolitischen Soldaten gar nicht zu Bewußtsein.“ Keitel war alles andere als „unpolitisch“.

Die Passagen der „Lebenserinnerungen“, die sich mit dem „Gast des Führers“ auf dem NSDAP-Parteitag von 1936 befassen, wurden von Görlitz nicht veröffentlicht.

personellen Rahmen für das am 4. Februar 1938 gebildete Oberkommando der Wehrmacht (OKW) abgeben sollte.

In den Jahren 1936/37 ging es Keitel vorrangig um die Stärkung der Positionen Blombergs als Reichskriegsminister und vor allem als Oberbefehlshaber der Wehrmacht. Vorwürfe, er habe sein eigenes Süppchen kochen und Generalstabschef der Wehrmacht werden wollen, scheinen ihn stark berührt zu haben. Noch in seinen Nürnberger Aufzeichnungen versuchte er, sie zu widerlegen: „Entweder war er (Blomberg, M. W.) der Oberbefehlshaber der Wehrmacht mit allen daraus resultierenden Rechten, oder er war nur eine Scheinfigur, dem die strategisch-operative Führung nach Ansicht des Heeres, aber auch – nicht so offensichtlich – seitens der Kriegsmarine, nicht eingeräumt wurde. Für mich war es eine Frage des Prinzips, nicht etwa der Eitelkeit oder des persönlichen Geltungsbedürfnisses, Blombergs berechtigten Führungsansprüchen Geltung verschaffen zu helfen. Ich war mir sehr wohl bewußt, daß mir nicht nur die Begabung, sondern auch die generalstabsmäßige Vorbildung fehlte, (um) etwa die Rolle eines Generalstabschefs der Wehrmacht übernehmen zu können ...“¹⁸ Die Keitel übertragene Aufgabe als Chef des Wehrmachtamtes und damit zugleich als Stabschef des Ministers bestand darin, die Wehrmacht rasch ausbauen und wirksame innere Strukturen sichern zu helfen. Vornehmlich sollte ihn die Suche nach einer effektiven Lösung für die Koordinierung des Einsatzes von Heer, Kriegsmarine und Luftwaffe beschäftigen.

Keitel hatte im Dritten Reich eine Schlüsselstellung gewonnen. Um so mehr mußte ihm klar sein, daß sich die immer deutlicher zutage tretende Vorbereitung auf einen Krieg mit dem schrankenlosen Willen zur Kriegs-[95:]entfesselung paarte. Die Absicht, für einen „modernen“ Krieg zu rüsten und für diesen den neuesten Entwicklungsstand von Industrie und Technik zu nutzen, stellte sich ihm keineswegs als die ausschlaggebende oder gar als alleinige Ursache des Strebens nach einer einheitlichen militärischen Mobilmachung dar. Die angestrenzte Suche nach der effektivsten Nutzung vorhandener Potentiale ergab sich auch für ihn vor allem aus dem hohen Grad der nationalsozialistischen Aggressivität und den extrem weitgespannten expansionistischen Kriegszielen. Blomberg, er und weitere Militärs erstrebten eine grundlegend neue Spitzengliederung der Wehrmacht, um die einzelnen Schritte aus der Defensivstrategie der Reichswehr zu einer „offensiven Defensive“ sowie für die konkrete Planung überraschender Angriffs- und Eroberungskriege zu sichern und zu beschleunigen. Ihnen kam es darauf an, eine den Bedingungen des „Führerstaates“ angepaßte einheitliche Kommandostruktur zu entwickeln und durchzusetzen. Noch in den Verhandlungen des Nürnberger Prozesses meinte Keitel, daß – wenn „der Staatschef ... aufgerufen ist, das Kommando zu führen“ – dieser Grundsatz „auf militärischem Gebiet ganz besondere Geltung“ haben müsse.¹⁹

Keitels Gedanken zur Schaffung einer einheitlichen Wehrmachtführung, die das weitgehende Nebeneinander der drei Teilstreitkräfte aufheben und für deren reibungslose Zusammenarbeit sorgen sollte, trafen sich mit denen Hitlers. Sie bewirkten zugleich einen Konflikt mit den Offizieren im Oberkommando des Heeres (OKH) und insbesondere mit dem von General Ludwig Beck geleiteten Generalstab des Heeres. Gegen Keitels Vorschlag, einen „Führungs-Stab der Gesamtwehrmacht“ zu schaffen, regte sich erbitterter Widerstand. In alter militärischer Tradition fühlte sich die Generalität des Heeres als zentrale Führungskraft berufen. Für Planung und Organisation eines Kontinentalkrieges gedachte sie, Marine und Luftwaffe als ihre Hilfstruppen einzusetzen.

Obwohl Keitels Bemühungen weitgehend ohne Erfolg blieben, wurde ihm dennoch Anerkennung zuteil: Am 1. Januar 1936 erfolgte die Ernennung zum Generalleutnant, am 1. August des folgenden Jahres die zum General der Artillerie. Wurde mit den Beförderungen vielleicht auch seine Bereitwilligkeit, die Wehrmacht voll und ganz in das nationalsozialistische Herrschaftssystem zu integrieren und jegliche Opposition gegen ihre Politisierung zu zerschlagen, belohnt? Im Mai 1936 befahl er jedenfalls, daß „politisch unzuverlässige“ Soldaten bei ihrer Entlassung aus der Wehrmacht der Gestapo zu melden seien.²⁰ Solche Bereitschaft zu denunziatorischer Beflissenheit erwuchs aus der

¹⁸ Lebenserinnerungen. Görlitz, S. 87.

¹⁹ IMT, Bd. X, S. 562 f.

²⁰ Manfred Messerschmidt: Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Heidelberg/Hamburg 1969, S. 62.

Genugtuung über das Wiedererstarken [96:] der Armee und dem zunehmenden Bekenntnis zu Zielen und Ideologie des deutschen Faschismus. Wie Blomberg bemühte sich auch Keitel intensiv um die ideologische Ausrichtung der Wehrmacht. Jeder Gedanke an eine politische und weltanschauliche Neutralität der Truppe, den lediglich eine kleine Minderheit der Offiziere beizubehalten trachtete, wurde verworfen. Die politischen Ansprüche der Militär-Elite gingen voll und ganz im faschistischen Staat auf, in dem sie sich selbst als die zweite tragende „Säule“ neben der Partei verstand. Je stärker die unmittelbare Kriegsvorbereitung betrieben wurde, desto mehr mußten jene traditionellen „unpolitischen“ Ambitionen zurücktreten, in denen sich die Ablehnung des Weimarer Staates und der Wunsch ausgedrückt hatte, neue Voraussetzungen für eine militärisch abgestützte Großmachtspolitik zu schaffen.

Keitels Vorschläge und Überlegungen entsprachen voll und ganz dem von Hitler eingeschlagenen Kurs auf den Krieg. Es zeugt auch von seiner Grundorientierung auf nichtprovozierte militärische Aggressionsakte und einen umfassenden Krieg, wenn in der Weisung seines Ministers vom Sommer 1937 für die „einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht“ vom kommenden „Krieg im Osten“ geschrieben wurde, der „mit einer überraschenden deutschen Operation gegen die Tschechoslowakei beginnen (könne). Die politischen und völkerrechtlichen Voraussetzungen für ein derartiges Handeln müssen vorher geschaffen sein ...“²¹ Und was für Keitel gesagt werden kann, besitzt generelle Gültigkeit: Nationalistisch-expansive Großmachtambitionen, autoritär-antidemokratische Staatsideale und ein bedenkenloser Wille zum Krieg – diese drei Elemente bildeten ein wesentliches Fundament für die Komplizenschaft von NSDAP-Führung und Militärs bei Aggression, Friedensbruch und verbrecherischer Kriegführung.

Sowohl Blomberg als auch Keitel hatten konzeptionell auf jene Lösung hingearbeitet, die Hitler am 4. Februar 1938 mit der Übernahme des Oberbefehls über die Wehrmacht und mit der Schaffung eines Oberkommandos der Wehrmacht traf. Dieses sollte von nun neben seinen ministeriellen Funktionen das verwaltende und lenkende Organ für die Abstimmung der drei Wehrmachtteile sein sowie alle Einrichtungen für die militärische Versorgung und die totale Mobilmachung auf die Gesamtstrategie ausrichten. Mit seiner direkten Unterstellung unter den neuen Oberbefehlshaber Hitler war zugleich ein wichtiger Schritt erfolgt, der das Militär weiter politisieren half, aber zugleich seine Rolle als eines eigenständigen politischen Faktors beschränkte. Allerdings änderte sich nur die „Konstruktion für die Organisation der Nation im Zeitalter des technisch-indu-[97:]strialisierten Krieges“²², wodurch die historische Verantwortung der führenden Militärs für den Krieg, der – so wie er vorbereitet, entfesselt und geführt wurde- auch ihr Krieg war und ihren eigenen Interessen wie Zielvorstellungen entsprach, in keiner Weise geschmälert wird.

Unabhängig davon, ob Blomberg und Keitel die neuen „personellen und institutionellen Regelungen nicht nur generell maßgeblich beeinflußt, sondern auch bis in Einzelheiten hinein vorbereitet“ haben sollen, wie manche Historiker meinen²³ – die Ereignisse führten zu des einen Sturz und des anderen endgültigem Aufstieg. Die entwürdigenden Umstände und persönlichen Querelen stellten lediglich den äußeren Rahmen einer faschistischen Konfliktlösung dar, die sicher von Keitel weder veranlaßt noch gewollt, aber dennoch von ihm willig und eifertig mitgetragen wurde. Bis dahin durfte er als einer der wichtigsten Berater des Reichskriegsministers gelten. Ihr enges Verhältnis nahm darüber hinaus familiären Charakter an, als sich sein ältester Sohn, Leutnant Karl-Heinz Keitel, im Januar 1938 mit Blombergs Tochter aus erster Ehe verlobte. Allerdings sollte die freundschaftliche Verbindung der Väter von Braut und Bräutigam nur noch wenige Wochen dauern. Der von Hitler am 4. Februar 1938 geschaffte Reichskriegsminister konnte seinem Schützling das aus seiner Sicht falsche Verhalten in der „Blomberg-Fritsch-Krise“ nie verzeihen.

²¹ Dok 175-C, IMT, Bd. XXXIV, S. 734 f.

²² Müller, *Armee und Drittes Reich*, S. 37

²³ *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*. Hg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Bd. 1: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, Stuttgart 1979, S. 608.

Der Vorwurf war nicht unberechtigt: Keitel wußte um die zweite Eheschließung Blombergs, bei der Hitler und Göring am 12. Januar 1938 Trauzeugen gewesen waren. Als jedoch der Berliner Polizeipräsident, Wolf Heinrich Graf Helldorf, der später zum Widerstand gehörte, am 23. Januar 1938 mit einer Akte über das Fräulein Erna (Eva) Gruhn zu ihm kam und deren „unehrenhafte“ Vergangenheit im ältesten Gewerbe der Welt nachwies, offenbarte er wenig Gespür für dessen Anliegen und für die Brisanz der Unterlagen. Da Blomberg zufällig nicht erreicht werden konnte, schickte Keitel seinen Gast zu Göring, der sofort den Stein ins Rollen brachte. Göring verfolgte eigensüchtige Ziele, wollte offensichtlich selbst gern Reichskriegsminister und damit endgültig der zweite Mann nach Hitler werden. Neben Blomberg, der vier Tage darauf seinen Abschied nehmen mußte, wurde auch Generaloberst von Fritsch – als Oberbefehlshaber des Heeres der nächstliegende Kandidat für den vakanten Posten – unter obskuren Umständen ausgeschaltet. Ob Keitel den Skandal um seinen langjährigen Chef und Gönner hätte vertuschen können, steht dahin. Blomberg und andere Kritiker warfen ihm aber mehr oder weniger berechtigt vor, nicht wenigstens auf der Übergabe der Akte an ihn bestanden und keinen Versuch unternommen zu haben, die heikle Angelegenheit zunächst [98:] innerhalb der Wehrmacht zu klären. Unmut erweckte beim verabschiedeten Reichskriegsminister auch, daß Keitel die an Hitler gerichtete Bitte, in sein Amt zurückkehren zu dürfen, wenn er sich von seiner Frau trenne, nicht unterstützte. In den Augen seiner Kritiker hatte Keitels persönliches Prestige dadurch Schaden erlitten.²⁴ Manche der Vorbehalte, die gegen ihn bestanden, waren zudem mit generellen Streitfragen unter den deutschen Militärs verquickt. In ihnen ging es zwar nicht um die nahezu einhellig akzeptierten strategischen Zielsetzungen, aber dafür wurde um die erfolgversprechendsten Methoden der Kriegsvorbereitung und die Wahl der günstigsten Termine für die einzelnen Aggressionsakte hartnäckig gerungen.

Während der Vernehmungen in Nürnberg hat Blomberg die Vorgänge um die Berufung Keitels zum Chef des Oberkommandos der Wehrmacht geschildert. Diese habe bei vielen ja Erstaunen hervorgeufen und gehe nicht auf ihn zurück. Im Gegenteil: Als er von Hitler in den späten Januartagen des Jahres 1938 gefragt worden sei, wer das Amt eines OKW-Chefs übernehmen könne, habe er keinen geeigneten Mann zu nennen gewußt. Auf die weitere Frage Hitlers, wen er denn „bisher bei sich“ gehabt habe, soll seine Antwort gelautet haben: „Ach, Keitel, der ist nur Vorsteher meines Büros gewesen.“ Laut Blomberg reagierte Hitler spontan: „Das ist ja gerade der Mann, den ich suche.“²⁵ Und er befahl, daß Keitel am 27. Januar 1938 um 13 Uhr in Zivil bei ihm zu erscheinen habe ...

Für Keitel bedeuteten Hitlers Entscheidungen und die Veränderungen in der militärischen Spitzengliederung vorn Februar 1938 die entscheidende Zäsur seines Lebensweges: Mit der Berufung zum Chef des Oberkommandos der Wehrmacht trat er vollends aus dem Schatten heraus. Er zeigte sich unendlich erfreut über das Vertrauen des „Führers“, der ihm versicherte: „Sie sind mein Vertrauter und einziger Berater in den Fragen der Wehrmacht.“²⁶ Obwohl der Posten nicht wieder besetzt wurde, nahm Keitel mit dem neuen Amt faktisch die Funktion eines Reichskriegsministers ein. Er gehörte jetzt zur unmittelbaren und engsten Umgebung des „Führers“, der gelegentlich mit ihm stundenlange Gespräche führte. Von nun an stellte sich Keitel voll und ganz, loyal und in subalterner Beflissenheit dem Mann zur Verfügung, den er bald als ein militärisches Genie und als den „größten Feldherrn aller Zeiten“ pries. Zwar war der Höhepunkt seiner Laufbahn erreicht, doch damit begann zugleich der moralische Abstieg: Keitel hatte sich vollends an die Seite Hitlers begeben und wurde sein unentbehrlicher Erfüllungsgehilfe.

[99:] Der so „gesuchte“ und sich freudig zur Übernahme des neuen Amtes bereitfindende Mann trat seine neue Stellung mit personalpolitischen Vorschlägen und Entscheidungen an. Er versuchte zunächst,

²⁴ Später schrieb Hitlers Luftwaffen-Adjutant, Keitel habe sich nur mit Jodl und nicht mit den führenden Generälen des Heeres über den Fall Blomberg unterhalten: „Dieses Odium aus den ersten Tagen seiner neuen Stellung hat er nie abschütteln können. Dadurch ist er später oft falsch beurteilt worden.“ Keitel sei Ende Januar 1938 „völlig unvorbereitet vor eine Situation gestellt worden, der er nicht gewachsen war.“ Nicolaus von Below: Als Hitlers Adjutant 1937-1945, Mainz 1980, S. 69.

²⁵ Walter Warlimont: Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939-1945. Grundlagen, Formen, Gestalten. Frankfurt a. M./Bonn 1962, S. 29.

²⁶ Warlimont, S. 29.

Göring in das Amt des Reichskriegsministers zu lancieren. Jedenfalls unterbreitete er dem „Führer“ diesen Vorschlag, und dies keineswegs in „politischer Arglosigkeit“. ²⁷ Hitler übernahm jedoch selbst den Oberbefehl über die Wehrmacht und beriet mit seinem neuen Chef des Oberkommandos, wen er an die Stelle von Fritsch an die Spitze des Heeres setzen solle. Keitel redete ihm den Gedanken aus, General Walter von Reichenau zum neuen Heereschef zu machen, und brachte dafür einen Mann seiner Gesinnung ins Spiel: Generalmajor Walther von Brauchitsch, den Befehlshaber der Heeresgruppe IV in Leipzig. Am Abend des gleichen Tages konfrontierte er seinen Favoriten in einer Unterredung mit der für seine Denkweise typischen Frage, ob er bereit sei und sich in der Lage fühle, „das Heer enger an den Staat und sein Gedankengut heranzuführen, einen ebensolchen Chef des Generalstabes, wenn nötig, zu nehmen und die jetzige Spitzenorganisation anzuerkennen.“ ²⁸ Brauchitsch bejahte, wurde daraufhin von Hitler ernannt und schrieb noch im gleichen Jahr über die Grundsätze für die Erziehung des Offizierskorps: „Wehrmacht und Nationalsozialismus sind desselben geistigen Stammes. Sie werden weiter Großes für die Nation leisten, wenn sie dem Vorbild und der Lehre des Führers folgen, der in seiner Person den echten Soldaten und Nationalsozialisten verkörpert.“ ²⁹ Auch andere Personalfragen regelten sich nach Keitels Wünschen: An die Stelle des ebenfalls entlassenen Adjutanten des Heeres und der Wehrmacht bei Hitler, Oberst Alfred Hoßbach, der Fritsch zu verteidigen gewagt hatte und dem Hitler und Keitel deshalb ihr Vertrauen entzogen, trat Major Rudolf Schmudt. Mit Erfolg regte der Chef des OKW an, Schmudt als Adjutant der Wehrmacht über die anderen Adjutanten der drei Teilstreitkräfte beim „Führer“ zu stellen. Seinen Bruder, General Bodewin Keitel, hievte er sogar in das Amt eines Leiters der Heeres-Personalabteilung. Der Vorwurf, er betreibe Vetternwirtschaft, prallte an ihm ab ... ³⁰

An der alten Struktur des Reichskriegsministeriums änderte sich mit der Schaffung des OKW kaum etwas. Keitel übernahm den aus vier großen Ämtern bestehenden umfangreichen Apparat. Ihm unterstanden das Wehrmachtführungsamt (seit 1940 Wehrmachtführungsstab genannt), das er bisher geleitet hatte. Sein Nachfolger wurde der ihm nahe stehende Alfred Jodl, dessen Stellvertreter Walter Warlimont. Zu Keitels Verantwortungsbereich gehörten weiter das bis zum Februar 1944 von Admiral Wilhelm Canaris geführte Amt Ausland/Abwehr, das für Personal- und Mobilma-[100:]chungsfragen sowie für das Kriegsgefangenenwesen zuständige Allgemeine Wehrmachtsamt unter Generalleutnant Hermann Reinicke und nicht zuletzt das besonders wichtige, General Georg Thomas unterstehende Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt. Außerdem waren dem OKW-Chef das Wehrmacht-Zentralamt, die Justizdienststelle und die Wehrmachtrechtsabteilung sowie das 1936 wieder ins Leben gerufene Reichskriegsgericht unterstellt.

Es ist bezeichnend, daß sich bereits Keitels erster Auftritt auf dem Parkett der hohen Politik auf unwürdige Art und Weise vollzog: Am 12. Februar 1938 mußte er mit anderen Generalen „zufällig“ beim Empfang des österreichischen Bundeskanzlers Schuschnigg durch Hitler auf dem Berghof zugegen sein. Sie sollten den Gast herumstehend und ungeduldig wartend nervös machen und psychologisch unter Druck setzen. Hitler benutzte den OKW-Chef als Figur, mit der er bluffen wollte. Als das Gespräch mit dem österreichischen Gast festgefahren schien, schrie er, Keitel solle sofort kommen. Keitel kam! Auf seine Frage, was Hitler zu befehlen habe, erhielt er zur Antwort: „Gar nichts! Setzen Sie sich.“ Später schrieb er in seinen Lebenserinnerungen, daß ihm „natürlich“ bewußt gewesen sei, wie er als „Mittel zum Zweck“ benutzt wurde, um doppeldeutig zu ergänzen, er habe damals gespürt, daß er „zum ersten Mal im Leben eine Rolle spielte.“ ³¹

²⁷ Görnitz, S. 107, Fußnote 192.

²⁸ Aus den Tagebüchern Alfred Jodls. Zit. nach Müller, *Armee und Drittes Reich*, S. 248.

²⁹ Manfred Messerschmidt und Ursula von Gersdorff: *Offiziere im Bild von Dokumenten aus drei Jahrhunderten*, Stuttgart 1964, S. 274.

³⁰ Keitel zeigte „ein dickes Fell, das ihm in späteren Jahren seine Gesundheit erhalten hat.“ Below, S. 74.

³¹ Lebenserinnerungen. Görnitz, S. 177; Keitel sollte die gleiche Rolle auch in den Verhandlungen Hitlers mit dem Tschechoslowakischen Staatspräsidenten Emil Hacha in der Nacht vom 14./15. März 1939 spielen, als es um die militärische Zerschlagung der „Resttschechei“ ging.

Mit großem Nachdruck verteidigte Keitel in den ersten Wochen und Monaten nach seiner Ernennung zum Chef des OKW die Entscheidungen Hitlers von Ende Januar/Anfang Februar 1938. Er verfaßte eine umfangreiche und unter dem 19. April 1938 datierte Denkschrift „Die Kriegführung als Problem der Organisation“, die offensichtlich Hitler zur Billigung vorlag, bevor Keitel sie den Oberkommandos der Wehrmachtteile übermittelte. Mit ihr wurden endgültig im Heer weiterhin existierende, traditionelle Auffassungen zur Spitzengliederung des Militärs zurückgewiesen. Keitel betonte die Notwendigkeit einer „einheitlichen Vorbereitung des totalen Krieges“ und schrieb: „Die heutige Organisation der Wehrmachtführung ist m. E. die beste und folgerichtigste, die man für einen autoritären Staat finden kann. Es kommt nur darauf an, sie anzuerkennen und sich ihrer in harmonischer Zusammenarbeit zu bedienen.“³² Dem Heer und der Marine – bezeichnenderweise nahm er die unter Görings Befehl stehende Luftwaffe aus – warf er vor, sie hätten den „Ausfall“ des Reichskriegsministers für „eine Abwärtsbewegung in der der Frage einer straffen Wehrmachtführung“ mißbrauchen und sich „von lästigen Fesseln frei“ machen wollen.³³ Noch in Nürnberg empörte sich Keitel, es sei damals „ein Sturm auf Brauchitsch“ losgebrochen, vor allem habe dessen General-[101:]stabschef, der „Hetzer“ General Ludwig Beck, keine Ruhe gegeben. Den Rücktritt Becks im Sommer 1938 durfte Keitel schließlich als seinen ersten großen Erfolg verbuchen. Er habe ihm „keine Träne nachgeweint“, allerdings auch nicht zugetraut, daß sich Beck „hochverräterischen Umtrieben zur Verfügung“ stellen werde ...³⁴

Der Chef des OKW sorgte sich jedoch nicht allein um die einheitliche, koordinierte Aufrüstung und Kriegsvorbereitung aller drei Teile der Wehrmacht, ihm ging es darüber hinaus auch um die weitere Militarisierung der deutschen Gesellschaft. Keitel machte sich den von Erich Ludendorff entwickelten Gedanken eines „totalen Krieges“ zu eigen und benutzte ihn als Ausgangspunkt aller Überlegungen. So lautete denn gleich der erste Satz der Denkschrift: „Es widerspricht den Grundsätzen des totalen Krieges der Zukunft, zu glauben, daß die Aufgaben ‚Führung des Waffenkrieges‘, die ‚Ausrichtung des Propaganda- und Wirtschaftskrieges‘ und die ‚Organisation der kämpfenden Nation zur Unterstützung des Waffenkrieges‘ getrennt werden können. Sie müssen gerade auf das engste vereinigt sein und zwar nicht nur in der Person des Generalissimus, der dann nur ein Schattenführer sein könnte wie der Kaiser als oberster Kriegsherr im letzten Kriege, sondern in einem Stabe – dem Oberkommando der Wehrmacht.“ Insbesondere bei einem längeren Ringen um die Waffenentscheidung könnten der Propaganda- und der Wirtschaftskrieg sogar entscheidend werden: „Führen sie zur inneren Zersetzung des gegnerischen Volkes, oder bringen sie seine Kraftquellen zum Versiegen, so können sie den Zusammenbruch eines ... Feindes auch ohne entscheidende Siege über dessen Wehrmacht herbeiführen oder derartige Siege erst ermöglichen.“ Daher brauche auch nicht mehr eine Kriegserklärung am Anfang eines Krieges zu stehen. Wie man sich gegenüber den neutralen Staaten verhalte, hänge davon ob, „ob der Eintritt der kriegsrechtlichen Normen mehr Vorteile oder Nachteile“ mit sich bringe.³⁵

Angesichts des großen Wertes, den Keitel dem Faktor Propaganda beimaß, konnte es auch nicht verwundern, daß er sich sogar auf einen Streit mit dem Propagandaminister Joseph Goebbels und mit Max Amann, dem Leiter des parteioffiziellen Eher-Verlages, einließ. Die Auseinandersetzung drehte sich zunächst um die Frage, welcher Verlag die seit 1936 mit 750.000 Exemplaren erscheinende wehrpropagandistische Halbmonatsschrift „Die Wehrmacht“ herausgegeben sollte. Sie endete mit einem Sieg Amanns. Das zwischen Keitel und Goebbels 1938/39 ausgehandelte „Abkommen über die Durchführung der Propaganda im Kriege“ legte schließlich die Hauptverantwortung des Propagandaministeriums fest.³⁶ Ein ähnliches Abkom-[102:]men schloß Keitel am 11. November 1940³⁷ auch mit Rosenberg, dessen ideologischen Einfluß er in der Wehrmacht verstärken helfen wollte und

³² Görlitz, S. 160.

³³ Görlitz, S. 162.

³⁴ Lebenserinnerungen. Görlitz, S. 175 und 187.

³⁵ Görlitz, S. 155 und 164 f.

³⁶ Hasso von Wedel: Die Propagandatruppen der Deutschen Wehrmacht, Neckargemünd 1962, S. 22 f.; Manfred Messerschmidt: Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969, S. 241.

³⁷ Auf Wunsch Keitels später auf den 9.11. – den Gedenktag der NSDAP an ihre Gefallenen im Putsch von 1923 – zurückdatiert. Siehe Reinhard Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Stuttgart 1970, S. 299.

dem er als Unterstützung seiner kunsträuberischen Aktionen mehr Vollmachten einräumte, als dieser beantragt hatte.³⁸

Seit seiner Berufung zum Chef des OKW war Keitel an den militärischen Planungen aller Überfälle auf andere Staaten direkt beteiligt. In die Gedankengänge Hitlers eingeweiht wie kaum ein anderer, entzog er sich auch nicht dessen vielfältigen Überlegungen, wie der Kriegsfall politisch am besten herbeizuführen wäre. Über den aggressiven Charakter der deutschen Pläne durfte er sich nicht getäuscht haben. Doch er wollte wohl nicht wahrhaben, daß der Weg in die Katastrophe gewählt worden war und in immer größerem Tempo beschritten wurde.

[103:] Wenige Wochen nach dem „Anschluß“ Österreichs und der Bildung des „Großdeutschen Reiches“, am 21. April 1938, protokollierte Hitlers neuer Chefadjutant das Ergebnis einer Besprechung zwischen Hitler und Keitel, die der Zerschlagung des tschechoslowakischen Staates galt.³⁹ Zu vermeiden sei „eine Zeit diplomatischer Auseinandersetzungen, die sich allmählich zuspitzen und zum Kriege führen“ würden, weil in diesem Fall die Tschechoslowakei Sicherungsmaßnahmen treffen könnte.

Keitel übermittelte dem „Führer“, ganz im Sinne ihrer Absprachen, am 20. Mai 1938 den Entwurf für eine neue Weisung zum „Fall Grün“, wobei er dem Papier ausdrücklich die Bemerkung hinzufügte, er habe es noch nicht mit den Oberbefehlshabern der drei Wehrmachtsteile besprochen: „Ich beabsichtige, das erst zu tun, wenn dieser Entwurf in seinen Grundgedanken von Ihnen, mein Führer, gebilligt ist, um ihn dann zur Unterschrift wieder vorzulegen.“ Aus seiner Feder floß, daß die Tschechoslowakei durch ein „blitzschnelles Handeln“ zu zerschlagen sei, wenn „die politischen Ereignisse in Europa eine besonders günstige und vielleicht nie wiederkehrende Situation dazu schaffen.“ Weiter formulierte Keitel, sich offensichtlich selbst mehr als Politiker denn als Militär fühlend: „Für den Waffenkrieg kommt es darauf an, schon in den ersten vier Tagen eine militärische Lage zu schaffen, die interventionslüsternen gegnerischen Staaten die Aussichtslosigkeit der tschechischen militärischen Lage vor Augen führt sowie den Staaten, die territoriale Ansprüche an die Tschechoslowakei haben, einen Anreiz zum sofortigen Eingreifen gegen die Tschechoslowakei gibt. In diesem Fall ist mit dem Eingreifen Ungarns und Polens gegen die Tschechoslowakei zu rechnen, insbesondere dann, wenn durch die eindeutige Haltung Italiens an unserer Seite Frankreich sich scheut, zumindest aber zögert, durch sein Eingreifen gegen Deutschland einen europäischen Krieg zu entfesseln. Versuche Rußlands, die Tschechoslowakei militärisch zu unterstützen, sind aller Voraussicht nach zu erwarten. Werden in den ersten Tagen greifbare Erfolge durch die Erdoperationen nicht erzielt, so tritt mit Sicherheit eine europäische Krise ein.“⁴⁰

Gleich, ob es sich um den Fall „Grün“ oder den Fall „Weiß“ handelte Keitel wußte stets frühzeitig um alle Pläne, die Schritt für Schritt zur Entfesselung des Zweiten Weltkrieges führten. Zaghafte Widerstand erhob er lediglich, wenn innermilitärische Organisationsprobleme auf der Tagesordnung standen. Als Hitler über das OKW hinweg den Oberbefehlshaber des Heeres beauftragte, den Fall „Weiß“ zu bearbeiten, ging es Keitel nur darum, möglichst rasch diesen für die Kompetenzen des OKW gefährlichen Präzedenzfall aus der Welt zu schaffen und eine einheitliche, d. h. [104:] auch die beiden anderen Wehrmachtsteile umfassende Weisung zu erarbeiten.⁴¹ Kein Aggressionsakt vollzog sich ohne seine Mitwirkung, ohne seine Planungsarbeiten, ohne die von ihm unterzeichneten Befehle und ohne Rechtfertigung durch ihn.

Keitel stand unerschütterlich an der Seite Hitlers. Ihm genügten häufig dessen Andeutungen, um sie in Denkschriften oder Befehle umzusetzen. Er kannte die jeweils nächsten Ziele der Expansionspolitik, und bei jedem Schritt wiederholte er die Prozedur der Planungsarbeiten und der Suche nach den effektivsten Entscheidungen. Willig hatte er „aufgehört, ein freier Mann zu sein“ – so lautete sein Urteil über sich selbst, freilich erst nach dem Kriege. Über die Grenzen seines stets beachteten Credo

³⁸ Bollmus, S. 149.

³⁹ ADAP, D, Bd. II, Nr. 133.

⁴⁰ Zit. n. Müller, Armee und Drittes Reich, S. 330.

⁴¹ Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 1, S. 631.

„Gehorsamkeit und Treue“ vermochte er niemals nachzudenken. Folgerichtig klagte er auch nicht über das, was er zu tun hatte, nur über das Wie seines Tuns: Alles habe seiner „ständigen Abhängigkeit und nicht vorhersehbaren Inanspruchnahme durch Hitler Platz machen“ müssen. Und schlimmer noch: „Selbst die kurzen Urlaube nach Helmscherode zum Wochenende oder für einige Jagdtage⁴² in Pommern habe ich unerwartet mehrfach plötzlich abbrechen müssen, um, bisweilen sogar mehr (um) einer Laune willen als (aus) gerechtfertigtem Grunde ... mich ihm zur Verfügung zu stellen. So bereitwillig, wie der Urlaub oder auch die dringend notwendigen Dienstreisen vom Hauptquartier im Kriege nach Berlin genehmigt wurde, so rücksichtslos wurde darüber hinweggegangen und meine sofortige Rückkehr einfach befohlen.“⁴³

Auf Keitels Haupt war keineswegs eine „Dornenkrone“ gesetzt worden, wie der Historiker Walter Görnitz meint.⁴⁴ Die Tatsache, daß Hitler mit ihm umsprang wie ein Korporal mit seinen Rekruten, das Ungewöhnliche des adaptierten Lebensstils und der Streß seines Arbeitsalltags mögen ihn arg bedrückt und dazu geführt haben, sich auch „oft sehr unglücklich“ zu fühlen⁴⁵ – doch jede Erklärung, dies sei alles das Ergebnis einer „tragischen“ Verstrickung, greift zu kurz. Vielmehr entsprach seine Situation voll und ganz seinem eigenen Denken und Willen. Er sah seinen Lebenssinn darin, dem braunen Herrschaftssystem und Hitler zu dienen, für die beabsichtigte Eroberung des neuen „Lebensraumes im Osten“ einzutreten und die verfügbaren Kräfte für einen totalen Krieg zu mobilisieren. Bewußt dazu bereit, alle Konsequenzen zu tragen, verkörperte er die Grundprinzipien der im faschistischen Deutschland gefundenen Organisation der militärischen Spitzengliederung. In dieser lagen die Wurzeln seiner Schildhalter-Funktion, seiner Rolle als militärischer „Büro-Chef“ Hitlers. Mehr noch: Mit seiner Willfähigkeit und seiner übersteigerten, bedingungslosen Ge-[105:]horsamkeit entsprach er nicht nur dem System, sondern bot für dessen Funktionieren geradezu erst die notwendige Voraussetzung. Hitler konnte sich auf ihn auch dann verlassen, wenn sich seine Befehle nach Keitels Empfinden allzu sehr von Recht und Moral entfernten. Das OKW war kein bloßes Instrument, es stellte ein ausführendes Organ dar, das alle Entschlüsse umsetzte, gleich ob sie falsch, unzulänglich oder auch widersinnig waren. Keitel darf mit Fug und Recht als eine *Conditio sine qua non* für die grundsätzliche Übereinstimmung zwischen der politischen und der militärischen Führung des Dritten Reiches sowie für die Erfüllung einer barbarischen und verbrecherischen Kriegführung betrachtet werden.⁴⁶

Nicht allein die planmäßige Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges, sondern mehr noch die barbarische Kriegsführung sind auf das engste mit Keitels Namen verbunden. Wie Jodl und zahlreiche andere Militärs hatte auch er sich zu einem entschiedenen Verfechter der Ziele des Nationalsozialismus entwickelt. Seine späteren Behauptungen, er sei kein Nazi gewesen und politisch-ideologische Motive hätten ihm fern gelegen, stellten lediglich den Versuch dar, angesichts der in Nürnberg nachgewiesenen Verbrechen die grundsätzliche Identität der Interessen von politischer und militärischer Führung vertuschen zu wollen. Es war gerade die prinzipielle Übereinstimmung in den Zielen, die Keitel an das faschistische System und Hitler banden. Und sie zahlte sich für seine Karriere aus: In ungewöhnlich raschen Schritten war die Beförderung zum Generalmajor, zum Generalleutnant und bereits am 10. November 1938 zum Generaloberst erfolgt. Den höchsten Rang erklimmte er am 19. Juli 1940; kaum daß der Sieg über Frankreich erreicht und unter seiner Leitung – an historischer Stätte, im Wald von Compiègne, wo Deutschland 1918 den Waffenstillstand hatte unterzeichnen müssen – die französische Kapitulation ausgehandelt worden war. Nun durfte er sich gleich 18 weiteren Militärs mit den Insignien eines Generalfeldmarschalls schmücken, die vor ihm lediglich Blomberg und Göring hatten tragen dürfen.⁴⁷ Auch weitere Auszeichnungen wurden ihm zuteil. Er erhielt

⁴² Keitel war ein passionierter Jäger. Ende September 1938 fuhr er als Gast von AEG-Generaldirektor Franz Luenitsch zur Hirschbrunft. Er notierte damals: Ich erlegte „den stärksten Hirsch meines Lebens, für mich ein gutes Omen für die nahe bevorstehende Lösung der tschechischen Frage“. Lebenserinnerungen. Görnitz, S. 192.

⁴³ Lebenserinnerungen. Görnitz, S. 198.

⁴⁴ Görnitz, S. 408.

⁴⁵ Ebenda, S. 412.

⁴⁶ Siehe Streit, Keine Kameraden, S. 298.

⁴⁷ Diese Beförderung Keitels sei nur erfolgt, um ihn in seiner Stellung als Chef des OKW nicht hinter den anderen rangieren zu lassen, mutmaßt Below, S. 240.

das „Goldene Parteiabzeichen der NSDAP“, das nur Mitgliedern der Partei vorbehalten war, die ihr bereits vor dem September 1930 angehörten und deren Mitgliedsnummer unter 100.000 lag. Schließlich ließ Hitler seinem Paladin zum 60. Geburtstag die stattliche Dotation von 250.000 RM zukommen.⁴⁸

Keitel – so lautete nach der Niederlage von 1945 eine der gängigen Entschuldigungsformeln – sei zwar ranghöchster Offizier, aber kein Befehlshaber gewesen. Seine Rolle habe sich auf die eines Übermittlers von [106:] Befehlen Hitlers an die Wehrmacht beschränkt. Tatsächlich stand unter nahezu allen entscheidenden Dokumenten seine Unterschrift, an deren Ausarbeitung und Durchsetzung er zudem aktiv mitgewirkt hat. Das gilt vor allem für den „Vernichtungskrieg“ gegen die Sowjetunion und den Komplex der „verbrecherischen Befehle“, über die in Nürnberg hauptsächlich verhandelt werden sollte und die eindeutig erkennen ließen, daß die deutsche Führung von vornherein niemals daran gedacht hat, den Krieg im Osten als einen „normalen“ Krieg unter Wahrung völkerrechtlicher Beschränkungen zu führen.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt und der Zweite Weltkrieg war noch keine zwei Monate alt, da wies Keitel – ohne erkennbaren Auftrag durch Hitler – den Generalquartiermeister des Heeres an, „Vorsorge“ zu treffen, daß das eroberte polnische Gebiet für einen „späteren Aufmarsch“ genutzt werden könne.⁴⁹ Dies konnte sich nur gegen die UdSSR und nicht mehr gegen das bereits besiegte Polen richten.⁵⁰ Hitlers Absicht, zum frühestmöglichen Zeitpunkt die UdSSR anzugreifen, durfte Keitel am 25. Juni 1940, nach dem Waffenstillstandsabkommen mit Frankreich, aus dessen Bemerkung entnehmen: „jetzt haben wir gezeigt, wozu wir fähig sind. Glauben Sie mir, Keitel, ein Feldzug gegen Rußland wäre dagegen nur ein Sandkastenspiel.“⁵¹ Konkreter ging es zu, als am 21. Juli 1940 Hitler, Keitel und Jodl den möglichen Termin eines Überfalls auf die UdSSR diskutierten und den Mai 1941 als geeigneten Zeitpunkt ins Auge faßten. Schließlich war Keitel auch an der Konferenz vom 31. Juli 1940 beteiligt, die Hitler auf dem Berghof nutzte, um den führenden Militärs seinen „bestimmten Entschluß“ zu verkünden, die „Lebenskraft Rußlands“ zu vernichten, damit Deutschland der „Herr Europas und des Balkans“ werden könne.⁵² Keine Rede war davon, daß es gelte, einem Überfall der Sowjetunion auf Deutschland zuvorzukommen, auch in den weiteren internen Beratungen nicht.⁵³ Der OKW-Chef sprach später also wider besseres Wissen von der Notwendigkeit, gegen die Sowjetunion einen Präventivkrieg begonnen zu haben.

Auch daß Hitler im Hinblick auf den Krieg im Osten immer wieder von „erschießen“, „aussiedeln“ und „ausrotten“ redete und auf einen erbarmungslosen Vernichtungskampf orientierte, nahm Keitel willig und widerspruchslos auf.⁵⁴ Die Aussage „Im Osten ist Härte mild für die Zukunft“ lag allen Dokumenten zugrunde, die im OKW entworfen und nach intensiven Beratungen von seinem Chef unterzeichnet wurden. Mit Keitels Unterschrift traten am 13. Mai der „Erlaß über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet ‚Barbarossa‘ und über besondere Maßnahmen der [107:] Truppe“, am 6. Juni die „Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare“ sowie am 16. Juni die „Richtlinien zur Behandlung der Kriegsgefangenen“ in Kraft. Aus dem Wehrmachtsführungsstab des OKW ergingen im Mai „Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland“, die den deutschen Soldaten ebenfalls klar machte, daß dem Leben sowjetischer Soldaten und Zivilisten kein besonderer Wert beigemessen werden sollte. Dieses Dokument forderte nicht nur „die restlose Beseitigung jedes aktiven oder passiven Widerstandes“, sondern – erstmalig für einen Wehrmachtsbefehl – auch ein

⁴⁸ Görlitz, S. 435.

⁴⁹ Der Generalquartiermeister. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Generalquartiermeisters des Heeres, General der Artillerie Eduard Wagner. Hg. v. E. Wagner, München 1963, S. 144.

⁵⁰ Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. „Unternehmen Barbarossa“ 1941. Hg. v. Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette, Frankfurt a. M. 1991, S. 24.

⁵¹ Albert Speer: Erinnerungen, Frankfurt a. M. u. a. 1969, S. 188.

⁵² Halder, KTB, Bd. II, S. 46 ff.

⁵³ Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion, S. 230.

⁵⁴ Er bediente sich selbst dieser Sprache. So erklärte er in der Beratung bei Hitler am 16.7.1941, man könne in den besetzten Teilen Rußlands natürlich nicht vor jeden Schuppen und jeden Bahnhof eine Wache stellen: „Die Einwohner müßten wissen, daß jeder erschossen würde, der nicht funktioniere ...“ Dok. 221-L, IMT, Bd. XXXVIII, S. 88.

„rücksichtsloses und energisches Durchgreifen“ gegen alle Juden, die mit „bolschewistischen Hetzern, Freischärlern (und) Saboteuren“ gleichgesetzt wurden.⁵⁵

Bei diesen und anderen Befehlen, die in der Weltkriegsforschung ausführlich dargestellt worden sind⁵⁶, handelte es sich keineswegs nur um einige „dunklere Aspekte“⁵⁷ in Keitels Pflichten-Katalog. Wie leichtfertig und gewissenlos-unmenschlich der sonst so auf die „Ehre“ des Soldaten erpichte OKW-Chef hier mit dem Völkerrecht umsprang, geht insbesondere aus dem berüchtigten „Kommissar“-Befehl hervor. Er forderte die Wehrmichtsangehörigen zur Tötung aller sowjetischen Soldaten auf, wenn bei ihrer Gefangennahme angenommen werden konnte, daß sie politisch für die Loyalität und Stimmung der Truppe verantwortlich waren. Noch vor dem Beginn der Kampfhandlungen wurde damit die Liquidierung einer ganzen Menschengruppe ohne Gerichtsverfahren angewiesen und die Wehrmacht erstmals aufgefordert, sich direkt an der Beseitigung politischer Gegner zu beteiligen. Doch nicht genug damit, daß Keitel an der Erarbeitung dieses in der deutschen Militärgeschichte beispiellosen Vorgangs und an der Verletzung elementarster kriegsvölkerrechtlicher Grundsätze aktiv mitgewirkt hat: Als ihm Canaris ein Dokument vorlegte, in dem auf völkerrechtswidrige Aspekte und deren mögliche negative Folgen aufmerksam gemacht wurde⁵⁸, schrieb er am 23. September 1941 kurz und bündig an den Rand: „Die Bedenken entsprechen den soldatischen Auffassungen vom ritterlichen Krieg! Hier handelt es sich um die Vernichtung einer Weltanschauung! Deshalb billige ich die Maßnahmen und decke sie.“ Auch die Tätigkeit der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD, mit denen die Wehrmacht nahezu reibungslos zusammenarbeitete, betrachtete er in diesem Zusammenhang als „sehr zweckmäßig“.⁵⁹ Kritische Stimmen gegen den „Kommissar“-Befehl wurden erst laut⁶⁰ und schließlich 1942 auch von Keitel berücksichtigt, als sich herausstellte, daß er nicht – wie erwartet – den Zusammenbruch der sowjetischen Armee beschleunigte, sondern deren Widerstandskraft befestigte.

[108:] Hier können nicht alle menschen- und völkerrechtswidrigen Befehle Erwähnung finden, die Keitel während des Krieges unterzeichnete. Genannt seien nur der Erlaß über die Bekämpfung kommunistischer Aufstandsbewegungen in den besetzten Gebieten vom 16. September 1941, der Nacht- und Nebel-Erlaß vom 7. Dezember 1941 oder der sogenannte Kugel-Erlaß von Anfang 1944. Ersterer ging davon aus, daß sich die bisher getroffenen Maßnahmen „als unzureichend erwiesen“ hätten und nunmehr „bei jedem Vorfall der Auflehnung gegen die deutsche Besatzungsmacht, gleichgültig wie die Umstände im einzelnen liegen mögen“, auf kommunistische Ursprünge zu schließen sei. Es müsse nach folgender Richtlinie verfahren werden: „Um die Umtriebe im Keime zu ersticken, sind beim ersten Anlaß unverzüglich die schärfsten Mittel anzuwenden ... Dabei ist zu bedenken, daß ein

⁵⁵ Siehe dazu Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion, S. 162 f. und 258.

⁵⁶ Siehe dazu vor allem Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944. Hg. v. Hannes Heer/Klaus Naumann, Hamburg 1995.

⁵⁷ Mueller, Wilhelm Keitel, S. 261.

⁵⁸ Zur Rechtslage hatte Canaris festgestellt: „Das Genfer Kriegsgefangenenabkommen (von 1929) gilt zwischen Deutschland und der UdSSR nicht, daher gelten lediglich die Bestimmungen des allgemeinen Völkerrechts über die Behandlung von Kriegsgefangenen. Diese haben sich seit dem 18. Jahrhundert dahin gefestigt, daß die Kriegsgefangenschaft weder Rache noch Strafe ist, sondern lediglich Sicherheitshaft, deren einziger Zweck es ist, die Kriegsgefangenen an der weiteren Teilnahme am Kampf zu verhindern. Dieser Grundsatz hat sich im Zusammenhang mit der bei allen Heeren geltenden Anschauung entwickelt, daß es der militärischen Auffassung widerspreche, Wehrlose zu töten oder zu verletzen; er entspricht zugleich dem Interesse eines jeden Kriegsführenden, seine eigenen Soldaten im Falle einer Gefangennahme vor Mißhandlung geschützt zu wissen.“

⁵⁹ Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. „Unternehmen Barbarossa“ 1941. Hg. v. Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette, Frankfurt a. M. 1991, S. 301 f. Wenige Tage, bevor Keitel von der Zweckmäßigkeit der Einsatzgruppen schrieb, hatte er einen Erlaß über die Bekämpfung kommunistischer Aufstandsbewegungen in den besetzten Gebieten unterzeichnet.

⁶⁰ Verteidiger in Nürnberg und konservative Historiker haben immer wieder argumentiert, daß der Kommissar-Befehl in den meisten Fällen entweder nicht weitergegeben oder jedenfalls nicht befolgt worden sei. Christian Streit konnte dagegen anhand der Wehrmichtsakten, insbesondere denen des Ostheeres, nachweisen, daß der Befehl fast überall verbreitet und in der Mehrzahl der Divisionen auch befolgt worden ist. Außerdem hätten Stichproben ergeben, daß eidestattliche Erklärungen, die nach dem Krieg abgegeben wurden, unzutreffende Angaben enthielten. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion, S. 176.

Menschenleben in den betroffenen Ländern vielfach nichts gilt und eine abschreckende Wirkung nur durch ungewöhnliche Härte erreicht werden kann. Als Sühne für ein deutsches Soldatenleben muß in diesen Fällen im allgemeinen die Todesstrafe für 50-100 Kommunisten als angemessen gelten. Die Art der Vollstreckung muß die abschreckende Wirkung noch erhöhen. Das umgekehrte Verfahren, zunächst mit verhältnismäßig milden Strafen vorzugehen und zur Abschreckung sich mit Androhung verschärfter Maßnahmen zu begnügen, entspricht diesen Grundsätzen nicht und ist daher nicht anzuwenden.“⁶¹ Der Erlaß vom 7. Dezember verfügte, daß in den besetzten Gebieten alle Personen, denen eine Straftat gegen das Deutsche Reich vorgeworfen wurde, bei „Nacht und Nebel“ nach Deutschland zu verbringen seien, sofern nicht die Todesstrafe vor Kriegsgerichten sichergestellt war. In Deutschland wurden auf seiner Grundlage rund 7000 aus Frankreich stammende sogenannte NN-Häftlinge von Sondergerichten abgeurteilt. Der Kugel-Erlaß richtete sich gegen geflüchtete und wiederergriffene Kriegsgefangene – mit Ausnahme britischer und amerikanischer Soldaten. Keineswegs allein aus Indizien oder aufgrund bloßer Vermutungen mußte Keitel wissen, was an massenhaften Verbrechen infolge seiner Befehle geschah.⁶² Doch ihn plagte keinerlei Unrechtsbewußtsein, er ließ sich statt dessen unbeirrt von den Zielen des Nationalsozialismus leiten⁶³ und versuchte, diese – selbst wenn sie erkennbar einen verbrecherischen Charakter trugen – mit rationalem Pragmatismus durchzusetzen. Um Rechtfertigungen war er zu keiner Zeit verlegen, auch in seinen „Lebenserinnerungen“ nicht.⁶⁴

Weit über das rein Militärische hinausgehend, leistete Keitel auch einen Beitrag zum Ausbau und zur Festigung des systemstabilisierenden Kults um [109:] den „Führer“. Er wußte Hitler nicht genug zu rühmen. Das deutsche Staatsoberhaupt sei ein militärisches Genie, verkündete er. Auch die griffige Formel vom „größten Feldherrn aller Zeiten“ setzte er in die Welt, nicht ahnend, daß ihr Kürzel „Gröfaz“ eher spöttisch denn verherrlichend aufgenommen werden sollte. Grundsätzlich rechtfertigte und verteidigte er Hitlers militärische Entschlüsse. In kritischen Situationen, wie beispielsweise im Dezember 1941 bei der Entlassung von Brauchitschs und der Übernahme des Oberbefehls über das Heer durch Hitler, versicherte er, das OKW und alle seine Mitarbeiter stünden bedingungslos hinter dem „Führer“. Selbst aus der Niederlage in der Schlacht vor Moskau versuchte er, einen Prestigegewinn für Hitler abzuleiten – überschwenglich pries er dessen „Haltebefehl“. Nur dieser habe eine Katastrophe verhindert, stellte Keitel immer noch „aus vollster Überzeugung“ in seinen Lebenserinnerungen fest: „Wäre der vorbedachte Plan eines etappenweisen Rückzugs, wie ihn in engstirniger, egoistischer und von der Not des Augenblicks diktiert Verblendung die schwer bedrängte und unter den Einflüssen der furchtbaren Kälte ... leidende Front der Heeresgruppe Mitte wollte, nicht durch den unerbittlichen und kompromißlosen Widerstand und durch die eiserne Energie des Führers verhindert worden, hätte das deutsche Heer 1941 unentrinnbar und unweigerlich das Schicksal von 1812 erlitten.“⁶⁵

Mitunter dachte Keitel in operativ-taktischen Fragen etwas anders als Hitler, jedoch konnte er in Nürnberg kein einziges Dokument vorlegen, das von seinem Protest gegen den „Führer“ Zeugnis abgelegt hätte. Nichts erhärtete seine Behauptung, er habe vom Feldzug gegen die UdSSR abgeraten und sogar mit einem Rücktrittsgesuch versucht, Hitlers Angriffsplan zu verhindern. Seine Einwände betrafen nie Grundsatzfragen. Als er im Frühjahr und Sommer 1942 der Meinung war, die katastrophale und ihm größte Sorge bereitende Treibstofflage würde die geplante Offensive an der Ostfront

⁶¹ Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion, S. 306.

⁶² Schätzungen besagen, daß durch Wehrmachtsangehörige mehrere Tausend als „Kommissare“ bezeichnete sowjetische Offiziere ermordet wurden. Die ebenfalls vom OKW befohlene Übergabe von Kriegsgefangenen an die Einsatzgruppen der SS kostete wahrscheinlich 500.000 bis 600.000 das Leben. Bis zum Frühjahr 1942 sind rund zwei Millionen sowjetische Soldaten in den Kriegsgefangenenlagern der Wehrmacht umgekommen.

⁶³ Auch das Heeresjustizwesen wurde von Keitel angewiesen, seine Arbeit an der nationalsozialistischen Weltanschauung auszurichten. Beförderungen der Richter seien davon abhängig zu machen. Brief vom 26.9.1942. Zit. nach Norbert Haase: Das Reichskriegsgericht und der Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft, Berlin 1993, S. 55 f.

⁶⁴ 1946 schrieb Keitel: „So entstanden im Sommer und Herbst 1941 die ersten Befehle zur Bekämpfung dieser neuen Form des Hecken-, Sabotage- und Fallschirm-Kleinkrieges, der, von dunklen Mächten geleitet (secret service), von Verbrechern, Agenten und lichtscheuem Gesindel begonnen, durch Idealisten später verstärkt und als das Heldenwerk von ‚Patrioten‘ heute verherrlicht wird.“ Lebenserinnerungen. Görlitz, S. 275.

⁶⁵ Lebenserinnerungen. Görlitz, S. 290 ff. Hervorhebung durch den Verfasser.

beeinträchtigen, wagte er es lediglich „in vorsichtiger Form“, Hitler auf die nach seiner Meinung unhaltbare Lage hinzuweisen.⁶⁶ Gegenüber General Thomas bekannte er Ende Mai 1942 in einer wehrwirtschaftlichen Lagebesprechung, daß „die Operationen des Jahres 1942 uns an das Öl bringen müssen. Wenn dies nicht gelingt, können wir im nächsten Jahr keine Operationen führen“.⁶⁷

Einzelne Proteste aus dem Heer, die sich gegen Entscheidungen Hitlers oder auch gegen die Anwendung des „Kommissar“-Befehls richteten, fanden bei ihm keine Unterstützung. Im Gegenteil: Er tat alles, um die von ihm unterzeichneten Befehle durchzusetzen. Er warf auch seine Autorität in die Waagschale, um widerspenstige Untergebene zur Raison zu bringen. [110:] Von deren Auffassungen und Warnungen ließ er – ähnlich wie Martin Bormann im Rahmen der Partei und Hans Heinrich Lammers auf der Ebene des Staatsapparates⁶⁸ – kaum militärische Probleme, die ihm nicht behagten, zu Hitler durchdringen. Jede Erwähnung unliebsamer Tatsachen würgte er in den Lagebesprechungen rigoros ab, Zweifelleiß er nicht aufkommen. Statt dessen erteilte er oft kalte, schulmeisterliche Belehrungen und machte Vorhaltungen. Für „Pessimisten und Defaitisten“ sei kein Platz im OKW, er könne und würde auch niemanden vor einer Denunziation wegen entsprechender Äußerungen schützen, erklärte er wiederholt.⁶⁹

Als am 20. Juli 1944 Stauffenbergs Bombe im Führerhauptquartier explodierte, erlitt Keitel keine nennenswerten Verletzungen. Er war es, der den geschockten Hitler aus der zertrümmerten Rastenburg-Baracke herausführte und ihn sorgsam stützte. In zahllosen erregten Telefongesprächen beschwor er die Wehrkreisbefehlshaber, jenen Befehlen nicht zu folgen, die von den Attentätern herausgegeben worden waren. Sein überaus großer Eifer veranlaßte Jodl zur Mutmaßung, daß sich die Lage in Berlin viel-[111:]leicht anders entwickelt haben würde, wäre Keitel schwer verletzt worden.⁷⁰ Hitler sah sich in seinem Vertrauen zu Keitel bestärkt⁷¹, und dieser in seinem Treueverhältnis zum „Führer“ ...

An Ort und Stelle nahm Keitel eigenhändig den am Putsch beteiligten Chef des Nachrichtenwesens General Erich Fellgiebel fest. Er veranlaßte auch die Verhaftung des Feldmarschalls Erwin von Witzleben sowie anderer Offiziere. Im Auftrage Hitlers schrieb er jenen Brief an den Generalfeldmarschall Erwin Rommel, der ihn zum Freitod aufforderte. Danach beteiligte er sich aktiv am Rachezug: Er saß im „Ehrenhof“ der Wehrmacht, der 55 Offiziere, darunter 11 Generäle, aus dem Heer verstieß und sie – soweit sie noch am Leben waren – als „eidbrüchig“ an die Gestapo und an den Volksgerichtshof auslieferte. In seinen Nürnberger Notizen bemäntelte er zwei Jahre darauf sein Vorgehen mit der Behauptung, die Prüfungen wären „in äußerster Gewissenhaftigkeit erfolgt“.⁷² Obwohl die noch am 20. Juli ausgesprochene Ernennung des Reichsführers-SS Heinrich Himmler zum Befehlshaber des Ersatzheeres erheblich in Keitels Kompetenzen eingriff, nahm er auch das hin. Es gehört wohl zu den nach 1945 verbreiteten Legenden, Keitel sei auf seinem Posten verblieben, weil er verhindern wollte, daß nach ihm Himmler kommen würde. „Ich tu’s ja nur für Euch“ – so soll er sich einmal gegenüber opponierenden Offizieren geäußert haben.⁷³ Offensichtlich erwog Keitel niemals den Gedanken, analog zum Handeln Hindenburgs und Ludendorffs am Ende des Ersten Weltkriegs, Hitler die Kapitulation im völlig aussichtslos gewordenen Kriege nahezu legen. Von Bereitschaft gar zu selbständigem Handeln konnte bei ihm keine Rede sein. Auf einen illusionären „Endsieg“ hoffen und um jeden Preis „durchhalten“ – das erschien ihm als das einzige Konzept, wodurch zwar die Katastrophe um Weniges hinauszögert wurde, dafür aber entsetzliche Ausmaße annahm.

⁶⁶ Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 6, Stuttgart 1990, S. 777.

⁶⁷ Ebenda, S. 783.

⁶⁸ Dem am 13.1.1943 von Hitler installierten „Drei-Männer-Kollegium“ gehörten Bormann, Keitel und Lammers an. Es konnte allerdings kaum Bedeutung innerhalb des nationalsozialistischen Staatsapparates gewinnen.

⁶⁹ Görlitz, S. 266.

⁷⁰ Luise Jodl: jenseits des Endes. Leben und Sterben des Generaloberst Alfred Jodl, Wien/München 1976, S. 107.

⁷¹ Görlitz, S. 432.

⁷² Ebenda, S. 335.

⁷³ Ebenda, S. 407.

Ende Januar 1945 erließ Keitel „Bestimmungen über das Verhalten von Offizier und Mann in Krisenzeiten“, mit denen Erscheinungen von Kriegsmüdigkeit und Defaitismus begegnet werden sollte. Standgerichtsoffiziere erhielten das Recht, auch gegen Offiziere Todesurteile auszusprechen. Bei Auflösungserscheinungen in der Armee war den zuständigen Gerichtsherren zu melden, „ob die verantwortlichen Vorgesetzten von ihrer Waffe Gebrauch gemacht haben, oder was gegen sie unternommen worden ist, als sie dies unterließen.“ Im März bat das OKW den Reichsführer der SS „als die zur Wahrung der Exekution im Innern berufene oberste Dienststelle“, im unmittelbaren Einvernehmen mit dem Leiter der Parteikanzlei solche polizeilichen Maßnahmen zu treffen, die die „versagenden Teile der [112:] Bevölkerung am Zeigen weißer Tücher und an Sabotage von Befestigungsanlagen hindern“. Wenn verräterische Offiziere Befehle zum Rückzug erteilen würden, seien diese „sofort festzunehmen und nötigenfalls augenblicklich *umzulegen*“.⁷⁴ Der hohe Chef schreckte nun selbst nicht mehr davor zurück, sich einer im kriminellen Milieu gebräuchlichen Sprache zu bedienen ...

Sich der Realität verweigernd und voller Selbstbetrug maß Keitel solchen Aktionen und dem Einsatz der Feldjägerkommandos sogar „kriegsentscheidende Bedeutung“ bei.⁷⁵ Unbedenklich versuchte er bis in die letzten Wochen des Krieges, menschenverachtende und auf dem schrecklichen Prinzip der Sippenhaftung beruhende Befehle durchzusetzen: „Wer in Gefangenschaft gerät, ohne verwundet zu sein oder nachweisbar bis zum Äußersten gekämpft zu haben, hat seine Ehre verwirkt. Die Gemeinschaft der anständigen und tapferen Soldaten stößt ihn von sich. Seine Angehörigen haften für ihn. Jede Zahlung von Gebühren oder Unterstützungen an die Angehörigen fällt fort. Dies ist sofort bekanntzugeben. Das Nähere regelt der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.“⁷⁶ Deutsche Städte dürften nicht mehr zu „Lazarettstädten“ erklärt werden, verfügte er am 20. April, da dies zu „Schwächemomenten“ führen würde.⁷⁷ Am 16. April trug er seinem „Führer“ die Bedenken vor, die es in seinem Stab gegen einen Einsatz von chemischen und bakteriellen Waffen gegeben hatte. In einer Erklärung an die neutralen Staaten sollte Hitler kundtun, daß die deutsche Seite nicht daran denke, Giftgas einzusetzen. Das Argument, mit dem er operierte, war in keiner Weise geeignet, bei Hitler Eindruck zu machen: Der Feind könne dann auch Giftgas gegen die deutsche Bevölkerung einsetzen.⁷⁸ Ohne zu murren oder gar aufzubegehren, ließ er sich abfertigen – er wäre offensichtlich sogar bereit gewesen, auch solche Waffen einzusetzen.

Nicht einmal in den letzten Wochen des Krieges fand Keitel einen Weg aus seinem Credo von unerschütterlicher „Gehorsamkeit und Treue“. Was ihm selbst als Festigkeit und Pflichterfüllung erschien, resultierte wohlletztlich auch aus seinem Opportunismus und aus Persönlichkeitsdefiziten. Er verharrte in seiner pseudomoralischen Denkweise und hielt es nach wie vor für falsch, seinen auf Hitler geleisteten Eid zu brechen. Daß Hitler tausendfach wortbrüchig geworden war und die Fortführung des seit langem verlorenen Krieges lediglich einem sinnlosen Akt der Selbstvernichtung gleichkam, wollte er nicht erfassen; möglicherweise ließ es ihn auch kalt. Vehement übernahm er eine „Beschützerrolle“ für den „Führer“. Als Hitler am 22. April 1945 seinen Entschluß verkündete, nicht wie ursprünglich [113:] festgelegt nach Berchtesgaden zu gehen, sondern in Berlin zu bleiben und Selbstmord zu begehen, wollte ihm das in keiner Weise einleuchten.

Keitel und Jodl bemühten sich mit allen Kräften, Berlin zu entsetzen und Hitler zu „befreien“.⁷⁹ Zu realistischen Entschlüssen zeigten sie sich nicht mehr in der Lage. Ihre Sorge galt der Verlegung des gesamten OKW-Stabes und der Aufrechterhaltung seiner Arbeitsfähigkeit. Die Mammutbehörde zog

⁷⁴ Zit. nach Manfred Messerschmidt: Die Wehrmacht: Vom Realitätsverlust zum Selbstbetrug. In: Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine perspektivische Rückschau. Im Auftrage des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hg. v. Hans-Erich Volkmann, München/Zürich 1995, S. 246 f. und S. 249 (Hervorhebung durch den Verfasser).

⁷⁵ Zit. nach Messerschmidt, Die Wehrmacht, S. 248.

⁷⁶ Zit. n. Rolf-Dieter Müller/Gerd R. Ueberschär: Kriegsende 1945. Die Zerstörung des Deutschen Reiches, Frankfurt a. M. 1994, S. 163.

⁷⁷ Joachim Schultz-Naumann: Die letzten dreißig Tage. Das Kriegstagebuch des OKW April bis Mai 1945, Frankfurt a. M./Berlin 1995, S. 34.

⁷⁸ Siehe Müller/Ueberschär, S. 71.

⁷⁹ Scheurig, Jodl, S. 324.

zunächst nach Krampnitz, von dort weiter nach Neuroofen bei Fürstenberg. Alle Bemühungen ihres Chefs galten der Orientierung, die im Westen kämpfenden deutschen Truppen nach Osten „umzudrehen“ und die sowjetischen Truppen so weit wie möglich am Vordringen zu hindern. Um dies durchzusetzen, eilte Keitel – nunmehr in der Rolle eines Boten und oft auf recht verschlungenen Pfaden – zu einzelnen Teilen des Heeres. Mehrmals tauchte er im Stab von General Walther Wenck auf; der Oberbefehlshaber der 12. Armee sollte Berlin von Südwesten aus freikämpfen. Von der „Frontfahrt“ zurückgekehrt, berichtete Keitel in Hitlers Berliner Bunkerbau, Wenck sei bereit, zum Angriff anzutreten – schönfärberisch ließ er die unübersehbaren Schwächen der 12. Armee außer Betracht. [114:] Konnte oder wollte er nicht wahrnehmen, daß kaum noch Panzer und Artillerie vorhanden waren? Noch am 28. April setzte er den Chef der Heeresgruppe „Weichsel“ ab und befahl, daß an die Stelle von Generaloberst Gotthart Heinrici der General Kurt von Tippelskirch zu treten habe. Auch anderen warf er vor, seine Befehle nicht befolgt, den Gehorsam verweigert und aus „mangelndem Willen“ die Front der vormarschierenden Russen nicht zum Stehen gebracht zu haben.⁸⁰

Hektik, Orientierungslosigkeit und Realitätsfremdheit charakterisierten die letzten Aktivitäten des OKW-Chefs. Von Hitler abgekoppelt, suchte Keitel Halt bei Dönitz als dem vom „Führer“ testamentarisch eingesetzten neuen „Reichspräsidenten“ sowie bei Himmler. Willig befolgt er die Weisung des Großadmirals, das OKW nach Flensburg zu verlegen. Ende April [115:] 1945 verhandelte er mit dem Reichsführer SS, dem er bedingungslose Treue zugesichert haben soll.⁸¹ Allerdings wollte Keitel nichts mehr von Göring wissen; als ihm von Feldmarschall Kesselring vorgeschlagen wurde, den noch aufgrund eines Hitler-Befehls verhafteten Reichsmarschall freizugeben, entschied er am 5. Mai, es solle bei der bisherigen Anordnung bleiben.⁸² Zwar konnte Jodl die Absicht des Admirals und anderer Offiziere durchkreuzen, Keitel abzusetzen⁸³, doch dessen rapiden Bedeutungsverlust konnte niemand aufhalten.

Als letzte Aufgabe blieb ihm vorbehalten, die von den Alliierten geforderte bedingungslose Kapitulation zu vollziehen. Am 8. Mai 1945 flog er in einer englischen Transportmaschine nach Berlin und unterzeichnete kurz nach Mitternacht in Karlshorst das Kapitulationsdokument. Fünf Tage später wurde er in Flensburg verhaftet. In den zwei Stunden zwischen der Ankündigung dieses Schrittes der Alliierten durch Generalmajor Lovell Rooks, den Leiter der alliierten Überwachungskommission in Flensburg, und der Verhaftung hätte Keitel seinem Leben ein Ende machen können; doch dem Beispiel seines „Führers“ wollte er nicht folgen. Er habe nicht daran gedacht, notierte er wenige Tage vor seiner Hinrichtung, „weil ich einen solchen Leidensweg bis zum tragischen Ende in Nürnberg nicht für möglich gehalten habe.“⁸⁴

Wer in den Verhandlungen des Nürnberger Prozesses den angeklagten OKW-Chef beobachtete, sah einen eisig schweigenden Mann, der ein undurchdringliches und Gelassenheit vortäuschendes Gesicht aufgesetzt hatte. Bis zum Schluß wahrte er sein übertrieben preußisch-soldatisches Gehabe.⁸⁵ Steif, in kerzengradiger Haltung saß er auf seinem Platz zwischen Ribbentrop und Kaltenbrunner. Stets trug er seine Wehrmachtsuniform, von der die Rangabzeichen entfernt worden waren. Mit Nachdruck suchte er das zu retten, was er unter der „Ehre“ Deutschlands und der Wehrmacht verstand. Wie sehr er selbst seine „Ehre“ diskreditiert und sich unehrenhaft verhalten hatte, wollte ihm nicht einleuchten: „Soweit es mich angeht, und zwar als Soldat, ist mir Treue etwas Heiliges. Man mag mir vorwerfen,

⁸⁰ Lebenserinnerungen. Görlitz, S. 363 ff. und 356.

⁸¹ Gitta Sereny: Das Ringen mit der Wahrheit. Albert Speer und das deutsche Trauma, München 1995, S. 617.

⁸² Schultz-Naumann, S. 81.

⁸³ Jodl machte Loyalitätsgründe geltend. Siehe Bodo Scheurig: Alfred Jodl. Gehorsam und Verhängnis. Biographie, Frankfurt a. M. 1991, S. 329.

⁸⁴ Lebenserinnerungen. Görlitz, S. 380.

⁸⁵ Während des Prozesses weigerte sich Keitel, seine Frau zu sehen – was außer ihm lediglich noch Papen tat. (Telford Taylor: Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht, München 1992, S. 630) Er und Jodl waren übrigens die einzigen unter den Angeklagten, die sich je über ungenügendes Reinigungsmaterial beschwerten, um ihre Gefängniszellen sauber halten zu können. Siehe Douglas M. Kelley: 22 Männer um Hitler. Erinnerungen des amerikanischen Armeearztes und Psychiaters am Nürnberger Gefängnis, Olten-Bern 1947, S. 141 f.

Fehler begangen und dem Führer, Adolf Hitler, gegenüber Schwäche gezeigt zu haben, aber man kann nicht sagen, daß ich feige, unehrenhaft oder treulos war.“⁸⁶ Gelegentlich konnte Keitel auch aufbrausen, so als Generalfeldmarschall Friedrich Paulus in den Zeugenstand trat und die Pläne des Angriffskrieges gegen die UdSSR enthüllte: „Ich hielt ihm beim Führer immer die Stange! Es ist eine Schande für ihn, daß er gegen uns aussagt.“⁸⁷ Mit stoischer Ruhe nahm er dagegen die Bemühungen eini-[116:]ger Heeresgeneräle hin, alle Verantwortung auf das OKW zu schieben, weil Keitel und Jodl „ja doch verloren“ seien.⁸⁸

Wie alle anderen Angeklagten bemühte sich auch Keitel, den eigenen Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Dennoch ging seine Verteidigungsstrategie von dem offenen Bekenntnis aus, mit seiner Unterschrift unter Befehle, die Völkerrecht verletzten und auf einer antihumanen Weltanschauung basierten, persönlich verantwortlich geworden zu sein. Die rein politischen Ermessensfragen hätten ihn nicht interessiert. Als Soldat habe er verlangen können, seiner Staatsführung zu vertrauen.⁸⁹ Entschuldigend machte er seine „mangelnde Einsicht“ sowie „die Kraft der Persönlichkeit“ Hitlers geltend, „der ich nicht gewachsen war und deren diktatorischen Willen ich mich fügte.“ Die Verbrechen schrieb Keitel allein der SS zu. Von ihnen wollte er nicht einmal gewußt haben, denn Hitler hätte – so behauptete er allen Ernstes – ihm nur das zur Kenntnis gebracht, was sich auf die Vorbereitung militärischer Aktionen bezog.

Die Widersprüche und offensichtlichen Unzulänglichkeiten seiner Position bereiteten Keitel bei seiner Verteidigung erhebliche Schwierigkeiten. Immer, wenn er bestätigen mußte, kriminelle Befehle ausgefertigt zu haben, fügte er einschränkend hinzu, daß er „nicht der inneren Überzeugung war, hiermit kriminell zu werden, weil es das Staatsoberhaupt selbst war, das für uns alle Mächte der Gesetzgebung in sich vereinigte.“⁹⁰ Wenn er eingestand, daß „viel Unheil“ entstanden sei und sich „auf das tiefste erschüttert“ über dessen grauenhafte Ausmaße in Sowjetrußland zeigte, ließ er sofort das unzutreffende Argument folgen, daß es Verbrechen der Wehrmacht nur in bestimmten Einzelfällen gegeben habe. Schon gar nicht sei das OKW an ihnen beteiligt gewesen, „da das Heer für die Geschehnisse im Operationsgebiet und die jeweiligen Zivilkommissare bzw. das Ministerium Rosenberg für die besetzten Ostgebiete verantwortlich war.“ Für seinen Verteidiger notierte er uneinsichtig: „Ich bin überzeugt, daß die Wehrmacht in ihrer Gesamtheit nur da streng vorging, wo sie es militärischer Notwendigkeit oder zur Sicherheit der eigenen Truppe in den ungeheuren Räumen bei unzulänglicher Besatzung für erforderlich hielt. Das größte Übel ist durch wehrmachtsfremde Einrichtungen parteipolitischen Ursprungs, mit denen die Wehrmacht in stetem inneren Kampf lag, verursacht worden.“⁹¹

Ab 3. April 1946 stand Keitel für fünf Tage im Mittelpunkt des Prozesses. Er erklärte: „Ich war Soldat, ich kann sagen aus Neigung und Überzeugung. Ich habe über 44 Jahre ununterbrochen meinem Vaterland und meinem Volk als Soldat gedient und habe das Bestreben gehabt, mein bestes Können in den Dienst meines Berufes zu stellen. Ich habe geglaubt, dies tun zu wol-[117:]len in Pflichterfüllung, in rastloser Arbeit und in völliger Hingabe an die Aufgaben, die mir in meinen vielen und verschiedenen Stellungen aufgetragen wurden. Ich habe das in gleicher Hingabe getan unter dem Kaiser, unter dem Präsidenten Ebert, unter dem Feldmarschall von Hindenburg und unter dem Führer Adolf Hitler.“⁹² Als ihn sein Verteidiger Otto Nelte fragte, wie er heute dazu stehe, antwortete Keitel: „Als deutscher Offizier halte ich es für meine selbstverständliche Pflicht, für das einzustehen, was ich getan habe, auch dann, wenn es falsch gewesen sein mag. Ich bin dankbar, daß mir Gelegenheit

⁸⁶ IMT, Bd. XI, S. 35 f.

⁸⁷ Taylor, S. 365.

⁸⁸ Luise Jodl, S. 219 f.; Bradley F. Smith (Der Jahrhundert-Prozeß. Die Motive der Richter von Nürnberg – Anatomie einer Urteilsfindung, Frankfurt a.M. 1977, S. 205) berichtet, daß die deutschen Verteidiger der angeklagten Hauptkriegsverbrecher „mit Keitel den größten Kummer“ gehabt hätten: „Seine Taten waren so extrem, und die Beweise gegen ihn so erdrückend, daß die Verteidigung befürchtete, allein seinetwegen könnten Oberkommando der Wehrmacht und Generalstab zur verbrecherischen Organisation erklärt werden.“

⁸⁹ Taylor, S. 415.

⁹⁰ Ebenda, S. 417.

⁹¹ Görlitz, S. 394.

⁹² Ebenda, S. 22.

gegeben wird, hier und vor dem deutschen Volke Rechenschaft abzulegen darüber, was ich war und über meinen Anteil am Geschehenen. Ob Schuld oder Verstrickung, wird nicht immer klar zu trennen sein.“⁹³ In seiner Verteidigung erblickte er danach ein „unlösbares Problem“, da er „von diesem Gericht“ nicht mehr erwarten könne, „Verständnis zu finden für die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen meinem ehrlichen Wollen und dem erschütternden Unvermögen in meinem Tun und Unterlassen.“⁹⁴ Nelte bat daher das Internationale Militärtribunal auch nicht um einen Freispruch, sondern plädierte am 8. Juli 1946 lediglich für eine Berücksichtigung „der tragischen Situation“ seines Mandanten.⁹⁵

[118:] Keitels Schlußwort vom 31. August 1946 erregte einiges Aufsehen, weil er ankündigte, offen über seine während des Prozesses gewonnene Erkenntnis sprechen zu wollen und ein Bekenntnis abzulegen. Dieses lautete: „Mein Verteidiger hat mir im Laufe des Verfahrens zwei grundsätzliche Fragen vorgelegt; die erste schon vor Monaten. Sie lautete: ‚Würden Sie im Falle eines Sieges abgelehnt haben, an dem Erfolg zu einem Teil beteiligt gewesen zu sein?‘ Ich habe geantwortet: ‚Nein, ich würde sicher stolz darauf gewesen sein.‘ Die zweite Frage war: ‚Wie würden Sie sich verhalten, wenn Sie noch einmal in die gleiche Lage kämen?‘ Meine Antwort: ‚Dann würde ich lieber den Tod wählen, als mich in die Netze so verderblicher Methoden ziehen zu lassen.‘ Aus diesen beiden Antworten möge das Hohe Gericht meine Beurteilung erkennen. Ich habe geglaubt, ich habe geirrt und war nicht imstande zu verhindern, was hätte verhindert werden müssen. Das ist meine Schuld. Es ist tragisch, einsehen zu müssen, daß das Beste, was ich als Soldat zu geben hatte, Gehorsam und Treue, für nicht erkennbare Absichten ausgenutzt wurde und daß ich nicht sah, daß auch der soldatischen Pflichterfüllung eine Grenze gesetzt ist. Das ist mein Schicksal. Möge aus der klaren Erkenntnis der Ursachen, der unheilvollen Methoden und der schrecklichen Folgen dieses Kriegsgeschehens für das deutsche Volk die Hoffnung erwachsen auf eine neue Zukunft in der Gemeinschaft der Völker.“⁹⁶

Keitel wurde nach den vier Punkten der Anklage für schuldig befunden. Das Todesurteil fällten die vier Richter einstimmig. Drei von ihnen sprachen sich sofort für die Todesart „death by hanging“ aus, lediglich Henri Donnedieu de Vabres machte Bedenken gegen den Strang geltend. Wie Jodl und Göring bat auch er um den Tod durch die Kugel, was ihm als ehrenvoller galt. Am 16. Oktober 1946 stieg Keitel als zweiter – nach Ribbentrop – die 13 Stufen zum Galgen hinauf. „Alles für Deutschland! Deutschland über alles!“ – so lauteten seine letzten Worte.

⁹³ IMT, Bd. X, S. 529.

⁹⁴ Brief an Nelte vom 21.5.1946. Görlitz, S. 383.

⁹⁵ Görlitz, S. 401.

⁹⁶ IMT, Bd. XXII, S. 430 f.

[119:]

Peter Black*

Ernst Kaltenbrunner

„Wir sind noch viel zu weich gewesen ...“¹

Am 24. Juni 1946, einige Monate bevor er zum Galgen in Nürnberg hinaufstieg, meinte Ernst Kaltenbrunner, der Österreichische SS-Führer und ehemalige Chef des Reichssicherheitshauptamts (RSHA), in einem Brief an seinen Verteidiger, er müsse sich „allerdings immer vor Augen halten, welches Gewicht *heute* gesprochene Worte in zehn und mehr Jahren haben werden“. Er könne „daher ihre Mißdeutung der Lage und ihre Distanzierung“ von sich selbst „weniger tragisch nehmen“. Für ihn gelte wohl, „*sub specie aeternitatis* zu denken und zu sprechen“.²

[120:] Seitdem Kaltenbrunner dem Henker ins Gesicht sah, sind fünfzig Jahre vergangen. Damals klagte er darüber, ungerechtfertigt vor Gericht zu stehen, weil die Welt „nun einmal Rache nehmen“ wolle.³ Es ist wohl Zeit zu prüfen, welches Gewicht das damals ausgesprochene Urteil gegen ihn heute besitzt, und erneut Fragen zu stellen: Was führte Kaltenbrunner vor das Gericht in Nürnberg? Warum ist er Nationalsozialist geworden? Nahm er die NS-Ideologie aus Überzeugung an oder war er lediglich ein „politischer SS-Karrierist“?⁴ Wie bestimmten die allgemeinen politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse in Österreich vor und nach dem Ersten Weltkrieg seine politische Einstellung, als er zum Nationalsozialismus und zu Hitler stieß? Welche Umstände prägten seine Jugendzeit? Welche Einflüsse übten die Familie und deren Haltung auf ihn aus? Wie schaffte er den Aufstieg in einer politischen Bewegung, die in Österreich während der dreißiger Jahre durch die Dollfuß- und die Schuschnigg-Regierung verboten war? Wieso wurde gerade er von Heinrich Himmler als Heydrichs Nachfolger im RSHA ausgewählt? Und: War dieser bis 1943 weitgehend unbekannte Österreicher tatsächlich der geeignete Vertreter der SS unter den Angeklagten des Nürnberger Gerichtshofes?

Ernst Kaltenbrunner wurde am 4. Oktober 1903 als Sohn eines promovierten Rechtsanwalts in Ried, dem industriellen Zentrum des Oberösterreichischen Innviertels geboren. An der Wende zum 19. Jahrhundert galt die Kaltenbrunner-Familie im politisch-kulturellen Rahmen der damaligen Habsburger-Monarchie als „unbedingt deutschnational“. Die aus den Nationalitätenkonflikten dieses Staates erwachsene „Grenzlandmentalität“ bildete ein wesentliches emotionales Fundament, auf dem Kaltenbrunners zukünftiges Engagement für den Nationalsozialismus erwachsen sollte. Zahlreiche Angehörige der deutsch-österreichischen Mittelschicht, besonders die freiberuflich Tätigen und das Landes- bzw. Stadtbeamtentum hielten Österreich stets für einen „deutschen“ Staat und empfanden gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine geradezu pathologische Angst, in ihrer Kultur und „Rasse“ nicht überleben zu können. Sie beantworteten das nachdrückliche Drängen der nichtdeutschen Nationalitäten

* Der vorliegende Beitrag unterliegt der alleinigen Verantwortung des Verfassers und ist nicht als offizielle Verlautbarung des Justizministeriums der Vereinigten Staaten zu betrachten.

¹ Carl Haensel: Das Gericht vertagt sich, Hamburg 1950, S. 166.

Über Ernst Kaltenbrunner gibt es nur wenig spezifische Literatur. Die Biographie des Verf., von der der vorliegende Beitrag gewissermaßen eine Zusammenfassung darstellt, ist im Schöningh Verlag in deutscher Übersetzung erschienen (Peter Black: Ernst Kaltenbrunner. Vasall Himmlers. Eine SS-Karriere, Paderborn 1991). Weitere Arbeiten stammen von R. W. Houston: Ernst Kaltenbrunner. A Study of an Austrian SS and Police Leader, Diss., Rice University, Houston/Texas 1972, sowie von Peter Black: Ernst Kaltenbrunner – Chef der Reichssicherheitshauptamtes. In: Die Braune Elite. 22 biographische Skizzen, Hg. v. Ronald Smelser/Rainer Zitelmann, Darmstadt 1989. Neben den Unterlagen, die dem Nürnberger Prozeß zugrundelagen, konnten vor allem Quellen aus den Privatarchiven verschiedener Mitglieder der Kaltenbrunner-Familie benutzt werden (künftig zit. als Nachlaß Kaltenbrunner). Darunter befinden sich auch die „Memoiren“, die Kaltenbrunner im Gefängnis für seine Kinder niederschrieb, sowie der Briefwechsel mit seinem Verteidiger Dr. Kurt Kauffmann. Detaillierte Angaben zu diesen Archivalien finden sich in Black, Ernst Kaltenbrunner. Vasall Himmlers, S. 9.

² Kaltenbrunner an Kauffmann vom 24.6.1946, S. 15. In: Nachlaß Kaltenbrunner.

³ Kaltenbrunner an seine Kinder, Juli-August 1946, „Memoiren“, S. 54. In: Nachlaß Kaltenbrunner.

⁴ Siehe Andreas Seeger: Vom bayerischen „Systembeamten“ zum Chef der Gestapo.

Zu Person und Tätigkeit Heinrich Müllers (1900-1945). In: Die Gestapo – Mythos und Realität. Hg. v. Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann, Darmstadt 1995, S. 266.

(dem der Staat hin und wieder nachgab) auf Gleichberechtigung mit den Deutschen in der Politik, im Sprachenstreit, und in den inhaltlichen Kämpfen um einen angemessenen Proporz in den Ämtern sowie im Bildungswesen mit einer noch ausgeprägteren Sehnsucht, sich an das Deutsche Reich anzulehnen. Visionen von einem künftigen „Großdeutschen Reich“ tauchten auf, das alle Angehörige der „deutschen Rasse“ umschließen sollte. Gestützt auf die [121:] sozialdarwinistischen Theorien von Ungleichheit und vom unerbittlichen Kampf der Menschenrassen um ihr Dasein wollten diese „Deutschnationalen“ die nichtdeutsche Bevölkerung der Monarchie als biologisch und kulturell minderwertige Menschen abtun. Sie brandmarkten alle als Todfeinde, die sich ihrer Utopie entgegenstellten, und beschuldigten sie, „internationale Verbindungen“ benutzt zu haben, um die deutschnationalen Bestrebungen zu untergraben. Zu diesen „Feinden“ zählten sie die katholischen Kleriker und Politiker, die Marxisten, die Slawen, die Italiener, und – vor allem – die Juden.

Vor 1914 besaß diese Weltanschauung in Österreich nirgends so eifrige Anhänger wie unter den Mitgliedern der deutschnationalen Burschenschaften an den Universitäten. Die weitabgewandte Gesinnung der Universität ließ der deutschnationalen Idee breiten Raum und förderte einen jugendlichen Idealismus, der in jedem Kompromiß einen Verrat erspähte. Streng gepflegte Mensur- und Comment-Rituale verstärkten eine spezifische psychische Disposition unter den Burschenschäftern. Sie verlangten Härte gegen sich selbst und andere wie auch Verachtung für alle „unwürdigen“ Typen. Bereits am Ende des 19. Jahrhunderts wurden letztere politisch wie gesellschaftlich durch ihre Zuordnung zu einer „Rasse“ gekennzeichnet.

Zwischen 1893 und 1898 gehörte der 1875 geborene Hugo Kaltenbrunner, Ernsts Vater, als Jurastudent zu den aktiven Mitgliedern der deutschnationalen Burschenschaft „Arminia“ an der Universität Graz. In diesen Jahren schloß die „Arminia“ Juden aus ihren Reihen aus und nahm an antislawischen Demonstrationen teil. Sie befürwortete die Politik Georg von Schönerers, den seine fixe Idee einer Vereinigung aller – von fremdrassigen kulturellen bzw. auch biologisch-genetischen „Einflüssen“ gereinigten – Deutschen als politischen Vorgänger Hitlers kennzeichnet. Als Ernst drei Jahre alt war, eröffnete Hugo Kaltenbrunner eine eigene Anwaltspraxis in der Oberösterreichischen Marktstadt Raab.

Wie andere seiner Generation ließ auch Hugo Kaltenbrunner seinen jugendlichen Radikalismus an der Universität zurück. Berufliche und soziale Interessen integrierten ihn in die Österreichische Gesellschaft. Die vorhandenen Quellen deuten jedoch darauf hin, daß Ernst Kaltenbrunner das deutschnationale Gedankengut der Burschenschaft durch seinen Vater in Raab und später auch als Jugendlicher in Linz kennenlernte, wo er seit 1913 ein Realgymnasium besuchte. Die Tatsache, daß der Vater sich im damaligen Österreich gesellschaftlich und wirtschaftlich ziemlich gut hatte etablieren können, änderte wenig an der Sehnsucht nach einem [122:] Zusammenschluß aller Deutschen – einschließlich der Sudetendeutschen – in einem Großdeutschen Reich. Zu einzelnen Juden verhielt er sich korrekt, dennoch erlaubte er sich kaum außerberufliche Kontakte mit ihnen und verurteilte „den Juden“ allgemein als „Fremdkörper im Volk“. Er opponierte auch gegen die katholische Kirche und nahm „das Wort Gott nicht gern in den Mund“; lebhaft äußerte er sich gegen die Mitwirkung seines Sohnes Ernst an den täglichen Schulmessen.⁵

Die deutschnationale Weltanschauung übte auf Ernst eine bedeutende Wirkung aus. In Linz, unter schrecklichem Heimweh leidend, schloß er sich der betont antiklerikalen Pennalburschenschaft „Hohenstaufen“ des Realgymnasiums an. Nach der Erinnerung eines etwas älteren Oberrealschülers, der mit Kaltenbrunner einige Jahre das Internatszimmer geteilt hatte, zeigte dieser mehr Interesse an den germanischen Götter- und Heldensagen als an seinem Studium und war bei politischen Diskussionen von „einem verbissenen Fanatismus“ erfüllt. Stets sei er „hartnäckig und unbelehrbar bei seiner Meinung“ geblieben.⁶

⁵ Interview mit Werner Kaltenbrunner, dem in Vöcklabruck lebenden Bruder Ernst Kaltenbrunners, vom 25.3.1977; Kaltenbrunner, „Memoiren“, S. 14.

⁶ Interview mit Werner Kaltenbrunner vom 25.3.1977. Siehe auch das Schreiben von Wilhelm Pöschl an den Verf. vom 24.5.1977.

Über den Ersten Weltkrieg erzählte Kaltenbrunner später wenig, außer daß es dauernd zu wenig Lebensmittel gegeben habe. Als er aber zwei Jahre, nachdem die Verträge von Versailles und St. Germain unterzeichnet worden waren, an der Universität Graz zu studieren begann und – den Vater zum Vorbild nehmend – Mitglied der schlagenden Burschenschaft „Arminia“ wurde, hatte sich die Welt unumstößlich verändert. Zwar hatten sich das völkische Gedankengut aus der Vorkriegszeit und die damit verbundenen Feindbilder kaum geändert, wohl aber die Umstände, unter denen Kaltenbrunners „Arminen“ nun für sie kämpfen zu müssen glaubten. Der verlorene Krieg und die demokratische Revolution erschienen ihnen als die Verwirklichung jenes Alptraums, den die völkischen Radikalen seit einem Halbjahrhundert prophezeit hatten. Sie argumentierten, daß eine Koalition von „Pfaffen“ und „Marxisten“ ein verstümmeltes Österreich beherrschen würde und daß die von den Slawen regierten Nachfolgestaaten, unterstützt durch die Siegermächte, nicht nur ihre deutsche Minderheiten unterdrücke, sondern sich auch stur der „einzig möglichen“ Lösung widersetzen, die es für die wirtschaftliche und kulturelle Krise Österreichs geben sollte: Anschluß an Deutschland. Hinter den „sichtbaren“ Feinden stünde aber der jüdische „Drahtzieher“. Dieser hätte die Siegermächte dazu angereizt, das Deutschtum durch die Friedensverträge politisch zu spalten und durch die Reparationsforderungen wirtschaftlich lahmzulegen. Zugleich würde er zum sozialen Umsturz anstiften und wirtschaftliche Begünstigungen für das österreichische Judentum erringen [123:] wollen, um Gelegenheit für eine kulturelle bzw. auch sexuelle Vergewaltigung der deutschen Rasse zu schaffen.

Kaltenbrunner gehörte wohl auch zu der von Ulrich Herbert beschriebenen „Kriegsjugendgeneration“, deren Angehörige versuchten, in dieser neuen Welt ein elitäres Führertum umzusetzen, das hart, aber „vernünftig“ und „sachlich“ auf einer fest fixierten weltanschaulichen Basis handeln solle. Das Volk bzw. die Rasse wollten sie mit allen Mitteln vor einem vermuteten Angriff westlich-internationalistischer Ideen und deren Hauptvertretern, die Juden, schützen.⁷ Nach ihrer Auffassung sei die deutsch nationale Burschenschaft früher „gegen kleindeutsches Beharren Österreichs und alle deutschfeindlichen Einflüsse der Monarchie dieses Vielvölkerstaates ein Hort deutschen Wesens“ gewesen, nun sei aber in der Nachkriegszeit der „Zusammenschluß aller Deutscher in einem Staat zur Förderung aller Stände, ja fast aller politischen Parteien“ nötig geworden.⁸

Im Verlaufe seines Studiums 1921-1926 nahm Kaltenbrunner verschiedene Führungsstellen unter der Grazer bzw. gesamtdeutschen Studentenschaft ein. Er beteiligte sich an der Organisation von Demonstrationen gegen jüdische Studenten und Professoren, gegen den katholisch-legitimistischen „Carolina-Verband“ und ausländische Studentengruppen. Als Schriftwart der Vertreterversammlung der Grazer schlagenden Verbindungen unterzeichnete Kaltenbrunner im Herbst 1922 einen Protestbrief gegen die Anerkennung einer italienischen Studentengruppe durch die Universitätsbehörden. Auf die „schwere nationale Not und Bedrängnis unserer Volksgenossen“ in Südtirol hinweisend, bat Kaltenbrunner das Rektorat, die „Auflösung der Verbindung verfügen zu wollen“ und drohte, deren weiteres Bestehen „mit allen Mitteln zu bekämpfen“. Noch Jahrzehnte später war er nicht wenig stolz darauf, als junger Burschenschafter „volksfremde, Sitte und Kultur zersetzende Einflüsse auf ihre Urheber“ zurückgeführt und diese in „antisemitischer Bereitschaft“ eingedämmt zu haben.⁹

Die deutschnationale Orientierung – beeinflusst durch den Vater und auch durch die Linzer Realschullehrer – sowie eine durch die Auflösung der mitteleuropäischen Ordnung verursachte Identitätskrise in Österreich schufen den geistigen Boden, auf dem sich Kaltenbrunner entschied, einen radikalen Weg einzuschlagen. Verursacht war dies auch durch seine individuelle Identitätskrise. Gerade als die alte Ordnung zusammenbrach, ließ er die Kindheit hinter sich zurück. Im letzten Jahr des Weltkrieges hatte sich Hugo Kaltenbrunner entschlossen, von Raab wegzugehen und in eine Linzer Kanzlei

⁷ Ulrich Herbert: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft. 1903-1989, Bonn 1996, S. 522-525.

⁸ Kaltenbrunner, „Memoiren“, S. 32.

⁹ Kaltenbrunner, „Memoiren“, S. 32. Siehe auch Grazer akademische Burschenschaft Arminia [unterzeichnet von Kroneiser und Kaltenbrunner] an das Rektorat der Karl-Franzens-Universität in Graz vom 27.1.1923, abgedruckt in Günter Cerwinka: Ernst Kaltenbrunner und Südtirol. Zur Gründung einer italienischen Studentengruppe im Jahre 1923 in Graz. In: Blätter für Heimatkunde, 50 (1976), S. 176 f.

einzutreten. Als nun im Winter 1918 die Familie nach Linz [124:] umzog, trauerte Ernst „tief um Raab“. Später blickte er „mit Kinderaugen“ auf die Kleinstadt zurück und sah sich selbst als „Führer“ seiner beiden Brüder, als Lieblingskind der Mutter und als „Doktorsohn“ in der Volksschule. Ein idealisiertes Gesellschaftsbild von Raab ermöglichte es ihm, einer aus dem Volk zu sein, ohne auf die elitäre Position, die er seinem familiären und sozialen Milieu verdankte, verzichten zu müssen. Als RSHA-Chef fuhr Kaltenbrunner oft über Raab zu seiner Familie in Linz und war tief enttäuscht, wenn ihn „manche alten Leute nicht mehr auf den ersten Blick kannten“. Obwohl sich sein Bild von der Jugendzeit in Linz stark von dem Hitlers unterscheidet, zeigt diese Sehnsucht nach Raab, dem „Schauplatz aller Märchen“, eine vergleichbare romantische Sehnsucht nach einer bäuerlichen Gesellschaft mit ihren intakten Werten.¹⁰ Weder Hitler noch Kaltenbrunner gehörten zum Bauernstand, doch beider Glaube, daß das Bauerntum die besten Tugenden des Menschen verkörpere, widerspiegelte wohl jenes primitivistische Denken, das Romantiker und völkische Nationalisten seit fast hundert Jahren in Zentraleuropa gepredigt hatten.

Diese Gleichzeitigkeit von persönlicher und allgemeiner Identitätskrise befestigte eine deutschnational geprägte Überzeugung, die Kaltenbrunner fünf Jahre nach der Beendigung seines Studiums zur NSDAP (1930) und SS (1931) brachte. Wirtschaftliche Motive hatten mit dieser Wende in seinem Leben wenig zu tun. Im Gegensatz zu den vielen Arbeitslosen, die an den österreichischen Universitäten während der zwanziger Jahre promovierten, hätte es Kaltenbrunner vermocht, eine feste, wenn gleich ihn langweilende Stelle als Rechtsanwaltsanwärter in Linz-Urfahr zu bekommen. Doch diese Stellung schlug er ab und schloß sich stattdessen 1929 dem von Prinz Ernst Rüdiger von Starhemberg geleiteten und damals als echt völkisch geltenden Flügel des oberösterreichischen Heimatschutzes an. Als sich im Frühherbst 1930 Starhemberg zunächst Mussolini und dann der von Engelbert Dollfuß geführten christlichsozialen Regierung zuwandte, um seine Ambitionen zu verwirklichen, bekannte sich Kaltenbrunner am 18. Oktober 1930 – einen Monat nach dem Wahlsieg der NSDAP in Deutschland – zu den Nationalsozialisten. Obwohl er als Burschenschafter die proletarischen Forderungen bzw. „tagespolitische“ Handlungsweise der NSDAP verachtet hatte, dürfte er dieses Vorurteil durch die im Juli 1931 erfolgte Mitgliedschaft in der elitären SS überwunden haben.

Seit Januar 1931 wurde Kaltenbrunner als NSDAP-Bezirksredner in Oberösterreich aktiv und beteiligte sich an der Vorbereitung auf die Landtagswahlen im April; er behauptete später, auch bei den Wahlkämpfen in [125:] Deutschland als Redner aufgetreten zu sein.¹¹ 1932 wurde er in Rahmen einer Umgruppierung der österreichischen SS zum Führer des Linzer SS-Sturms ernannt. Als solcher scheute er nicht davor zurück, mit seiner winzigen SS-Einheit an Saalschlachten gegen Sozialdemokraten teilzunehmen.¹² Diese Zeit und Kraft kostende Aktivitäten beeinträchtigten die berufliche Tätigkeit Kaltenbrunners, der 1932 in die Anwaltskanzlei seines Vaters eingetreten war. Kaltenbrunner senior soll sich jedoch nach dem „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich gegenüber einem Bekannten erleichtert darüber geäußert haben, daß sein Sohn einen Posten in der Regierung gefunden habe, denn er (Hugo) wollte nicht daran denken, was geschehen sein würde, hätte Ernst die Kanzlei übernommen ...¹³

¹⁰ Kaltenbrunner, „Memoiren“, S. 5, 9, 14 und 29; Interview mit Werner Kaltenbrunner vom 25.3.1977. Zu Hitlers Erinnerungen an Österreich bzw. an die Bauern-Nostalgie siehe Adolf Hitler: Mein Kampf, 558./562. Auflage, München 1940, S. 9 ff., 18-70, 139 und 255.

¹¹ Personal-Fragebogen unterzeichnet von Ernst Kaltenbrunner, 30. Mai 1938. In: National Archives and Records Administration, College Park, Maryland (im folgenden zit. als: NARA), RG-242, 290/K02696. Siehe auch das in Linz geführte Interview des Verf. mit Elisabeth Kaltenbrunner, der Witwe von Ernst Kaltenbrunner, vom 25.3.1977.

¹² Linzer Tagespost, 28.5.1932. In: Stadtarchiv Linz; Bundespolizeidirektion Linz an Staatsanwaltschaft Linz, 1.7.1932, Bka-Inneres, 22 I Oberösterreich, 166.246/32, Allgemeines Verwaltungsarchiv Wien.

¹³ Der Bekannte war der damalige Vize-Kanzler Edmund Glaise von Horstenau, der diese Bemerkung dem Geschichtsstudenten und späteren SD-Mann Wilhelm Höttl weitererzählte. Siehe Gespräch des Verf. mit Wilhelm Höttl vom 14.4.1977 in Bad Aussee. Siehe auch Interview mit Werner Kaltenbrunner vom 25.3.1977; Kaltenbrunner, „Memoiren“, S. 47.

Kaltenbrunner wäre vielleicht örtlicher SS-Sturmführer geblieben, hätte nicht die Dollfußregierung der österreichischen NSDAP im Mai 1933 ein Verbot auferlegt. Zwischen den nicht besonders gut geführten österreichischen NSDAP-Gruppen lavierend, sammelte er intensiv Erfahrungen für die Personalpolitik des NS-Regimes, woraus er später Vorteile ziehen konnte, die seinen Aufstieg im SS- und Polizeiapparat beförderten. Politische Macht im Dritten Reich zu erlangen, forderte ja mehr als nur den Glauben an die Sache; es bedurfte weiterhin der Eignung, sich im bürokratischen Wirrwarr des Systems zurechtzufinden, und der Fähigkeit, die spezifischen Quellen der legitimen Staatsmacht, die ausschließlich in der Person Hitlers lagen, systematisch für die eigene Karriere zu nutzen.

Als er in der österreichischen SS aufstieg, hielt Kaltenbrunner unverbrüchliche Treue zum Reichsführer SS Himmler. Er erwies sich auch als fähig, die politische Lage in Österreich im Einklang mit den SS-Interessen zu deuten. Schon 1934 lernte er den Oberösterreichischen NS-Bauernführer Anton Reinthaller als Mithäftling im Dollfußischen Anhaltelager Kaisersteinbruch kennen. Durch Reinthaller traf er wichtige Persönlichkeiten, die das Vertrauen Kurt von Schuschniggs – er war Nachfolger des im Juli 1934 dem SS-Putsch zum Opfer gefallenen Bundeskanzlers Dollfuß – besaßen, weil sie weder Mitglieder der NSDAP waren noch direkte Verbindung zu deren illegaler Führung hatten. Zu diesen „respektablen Nationalen“ zählten das Mitglied der Großdeutschen Volkspartei Franz Langoth, der oberösterreichische Sicherheitsdirektor Peter Friedrich Graf Revetera-Salandra, der Militärgeschichtsschreiber Edmund Glaise von Horstenau sowie der Wiener Rechtsanwalt und spätere Mitangeklagte in Nürnberg Artur Seyß-Inquart. Unter deren Einfluß erkannte Kaltenbrunner relativ früh, daß das Dollfuß-Schuschnigg Regime nicht durch Terroraktik und aufreizende Propaganda oder auf dem Wege des Staatsstreichs zu stürzen sei. Erfolg-[126:]versprechend erschien nur, den Staatsapparat mit Hilfe von „betont Nationalen“ zu durchdringen und die Widerstandsfähigkeit des Regimes von innen heraus zu unterminieren. Dementsprechend wollte er zunächst einen begrenzten politischen Tätigkeitsraum für die illegale NSDAP-Führung gewinnen, den Parteiapparat wieder aufbauen und die NS-Ideologie „heimlich“ unter der Bevölkerung verbreiten.

Möglicherweise lernte Kaltenbrunner auch bald den Reichsführer SS Heinrich Himmler und Sicherheitspolizeichef Reinhard Heydrich kennen, vermittelt durch Reinthaller, der mit dem Himmler nahestehenden Reichsernährungsminister R. Walter Darré befreundet war. Über Heydrich nahm Kaltenbrunner mit der Führung des NS-Apparats in Kärnten (Hubert Klausener, Friedrich Rainer, Odilo Globocnik) Kontakt auf. Trotz ihres jugendlichen Alters bzw. ihres fehlenden Rückhalts bei den alten, sich untereinander streitenden Parteiführern benutzten die „Kärntner“ das Chaos und die allgemeine Desillusionierung nach dem Juliputsch sowie ihre Kontakte zu Heydrich (dem Globocnik schon 1933 als Nachrichtendienstkurier diente), um eine einflußreiche Stellung unter den Parteimitgliedern gewinnen zu können.

Nachdem Himmler ihm die Führung der SS-Standarte 37 (Linz) übergeben hatte, machte sich Kaltenbrunner in den Jahren 1936 und 1937 fast allen Akteuren auf der österreichischen Bühne unentbehrlich. Durch seine Verbindungen zum oberösterreichischen Staatsapparat und zu den Schuschnigg wohl vertrauten „Nationalen“ vor Verhaftung wegen illegaler Tätigkeit beschirmt, sorgte er beim Wiederaufbau der oberösterreichischen SS dafür, daß Gewalttaten nach Möglichkeit unterblieben und der Kurs einer evolutionären „Anschluß“-Politik eingehalten wurde. Das entsprach nicht nur Hitlers neuer, von außenpolitischen Erwägungen bestimmten Österreich-Politik, wie sie im Abkommen vom 11. Juli 1936 Ausdruck fanden, sondern auch Himmlers einschlägigen Direktiven an die SS, sie solle gewalttätigen Aktionen in Österreich fernbleiben. Diese Haltung kam auch in gewisser Hinsicht dem Schuschnigg-Regime entgegen, dem offenbar ebenfalls an einer nur fassadenhaften Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ sehr gelegen war. Gegen die erbitterte Opposition der illegalen NSDAP- und SA-Kreise um den niederösterreichischen Gauleiter Josef Leopold, bemühte sich Kaltenbrunner unter Ausnutzung seiner Verbindungen zu Himmler und Heydrich Seyß-Inquart in Berlin „hoffähig“ zu machen.

Als diese Taktik 1937 erste Erfolge brachte, mußte nicht nur Himmler die Hilfsdienste Kaltenbrunners anerkennen. Als Dank für seine Unterstützung ließen Rainer und Globocnik, die gute Verbindung zu den jüngeren [127:] Parteiführern in der zersplitterten illegalen Bewegung pflegten,

Kaltenbrunner über alle Vorgänge in der Partei genau informieren. Als Lieferant dieser wie auch anderer Informationen über die Schuschnigg-Regierung, die er von seinen Vertrauensmännern im oberösterreichischen Staatsapparat und von einer kleinen Wiener SD-Gruppe erhielt, konnte Kaltenbrunner sich Himmler gegenüber als Nachrichtenexperte darbieten. Im September 1937 prahlte er gegenüber SS-Gruppenführer Wilhelm Keppler, Hitlers Sonderbevollmächtigten für österreichische Angelegenheiten: „Unsere Nachrichten gehen täglich mindestens zweimal über Salzburg hinaus und Sie haben auf diese Art wirklich das Neueste schnell in Händen.“¹⁴ Wegen seiner Fähigkeit, die SS-Standarte 3 7 straff zu leiten und an der im Abkommen vom 11. Juli 1936 geforderten evolutionären Linie festzuhalten, wurde Kaltenbrunner von Himmler Januar 1937 zum Führer der österreichischen SS ernannt. Er machte seinen Einfluß unter den Mitgliedern der illegalen NS-Verbände in einem Maße geltend, daß ihn Seyß-Inquart vor dem Nürnberger Gerichtshof sogar als den „Polizisten vom 11. Juli“ bezeichnete.¹⁵

Kaltenbrunner wurde durch die rapide Auflösung des österreichischen Staates Anfang 1938 überrascht und spielte bei den Ereignissen des „Anschlusses“ eine unbedeutende Rolle. Als er im Nürnberger Gefängnis auf das Gerichtsurteil wartete, meinte er, sein „politisches Wollen“ sei damals „erreicht“ gewesen, er habe nie „nach Posten oder Gütern ... gestrebt“, ja er habe nach Linz zurück gewollt, um seinen „Lebensberuf aufzubauen“ und seine Familie „auf sichere Beine“ zu stellen.¹⁶ 1938 war er jedoch „zum Tode gekränkt“¹⁷, als er erfuhr, daß sein Name auf der Kabinettliste Seyß-Inquarts fehlte. Nachdem Schuschnigg am 11. März unter deutschem Druck zurückgetreten war, wollte Seyß-Inquart, der jetzt Bundeskanzler werden sollte, Michael Skubl im Amt halten, der schon unter Dollfuß und Schuschnigg als Staatssekretär für Sicherheit gedient hatte. Am 12. März, kurz nach Mitternacht, beklagte sich Kaltenbrunner telefonisch bei Himmler, man habe ihm noch keinen offiziellen Auftrag gegeben.¹⁸ Als im Verlaufe des Tages deutsche Truppen nach Linz marschierten, reichte Skubl sein Rücktrittsgesuch ein- Kaltenbrunner wurde sein Nachfolger. Ein Jahr nach dem „Anschluß“ sah sich jedoch die gesamte Führung der Österreichischen NS-Bewegung bitter enttäuscht: Kaltenbrunner war keine Ausnahme. Die Tätigkeit im „Untergrund“ hatte ihm zwar reiche Erfahrungen in der Personalpolitik des NS-Regimes eingetragen, dennoch war er nicht anders als Seyß-Inquart, Rainer und Globocnik den beruflichen [128:] Gleichschaltern aus dem „Altreich“ wie Heydrich und dem „Wiedervereinigungskommissar“ Josef Bürckel einfach nicht gewachsen gewesen. Obwohl Kaltenbrunners Stellung im SS- und Polizeiapparat der „Ostmark“ durch seine Ernennung zum Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) für den Wehrkreis XVII (Wien, Oberösterreich, Niederösterreich, und das nördliche Burgenland) fest verankert wurde, schienen Heydrich und der Chef der Ordnungspolizei Kurt Daluge entschlossen zu sein, Kaltenbrunners Einfluß in Österreich zu beschränken. Heydrich, der ganz allgemein allen Österreichern mißtraute und Kaltenbrunner für einen primitiven Subalternen hielt,¹⁹ setzte im sicherheitspolizeilichen Bereich seine direkte Kontrolle schnell durch. Er schickte seine Experten aus dem Gestapo-Berlin, SS-Obersturmbannführer Walter Schellenberg und SS-Untersturmbannführer Adolf Eichmann, nach Wien, um unter direkter Berliner Anweisung sicherheitspolizeiliche Verhaftungen von politischen Feinden, Emigranten und Juden durchzuführen sowie Unterlagen des Schuschnigg-Regimes sicherzustellen. Heydrich sorgte auch dafür, daß ihm persönlich ergebene Leute die Sicherheitspolizei- und SD-Stellen in Wien aufbauten: Walter Stahlecker wurde Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Wien, wo er mit Hilfe des RSHA-„Judenreferenten“, Adolf Eichmann, eine „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ etablierte, die der Kontrolle Kaltenbrunners entzogen war. Franz Josef Huber aus Bayern, der vor 1933 als Gegner des Nationalsozialismus in der bayerischen

¹⁴ Kaltenbrunner an Keppler vom 3.9.1937. In: NARA, RG-242, T-120/751/344888.

¹⁵ Aussage Seyß-Inquart. In: IMT, Bd. XVI, S. 78.

¹⁶ Kaltenbrunner, „Memoiren“, S. 49.

¹⁷ Interview mit Wilhelm Höttl vom 14.-15.4.1977, Tonbandtranskript, S. 11.

¹⁸ Telefongespräch Himmler-Kaltenbrunner, München-Wien, 12.45-12.54 Uhr am 12. März 1938. Siehe Heinz Holdack: Was wirklich geschah. Die diplomatischen Hintergründe der deutschen Kriegspolitik, München 1949, S. 324 f. Siehe auch die Aussage Skubls. In: IMT, Bd. XVI, S. 200.

¹⁹ Siehe Interview mit Wilhelm Höttl vom 14.-15.4.1977, Tonbandtranskript S. 4 und 11; Interview mit Elisabeth Kaltenbrunner vom 25.3.1977.

politischen Polizei tätig gewesen war und deshalb besonders von Heydrichs Gunst abhing, übernahm die Wiener Gestapo, und der aus Berlin stammende Friedrich Polte, „eine typische Heydrich-Kreatur“, wurde Leiter des SD-Abschnittes in Wien.²⁰

Wenige Tage nach dem „Anschluß“ ließ Heydrich Kaltenbrunner durch einen Runderlaß wissen, daß die Staatspolizeistelle Wien und die Staatspolizeistellen in den ehemaligen österreichischen Bundesländern vom Chef der Sicherheitspolizei bzw. von dem ihm unterstehenden Geheimen Staatspolizeiamt Berlin „unmittelbar Anweisungen“ erhalten würden und Berlin unmittelbar zu berichten hätten. Kaltenbrunner wurde nur das Recht zugestanden, der Gestapo in Wien Anweisungen zu geben, wenn diese den Befehlen aus Berlin nicht widersprachen: „In Zweifelsfällen ist die Entscheidung der Reichszentralbehörde einzuholen.“²¹ Auch mit Daluege stand er im Streit, da dieser durch die Einstellung eines Inspektors der Ordnungspolizei in Wien seine Befehlsgewalt zu sichern gesucht hatte. Trotz eines kleinen Sieges in den Auseinandersetzungen um die Zuständigkeit für die Sicherheitsvorkehrungen bei dem bevorstehenden Besuch des ungarischen Staatschef Miklós Horthy in Wien²², schmerzten den öster-[129:]reichischen SS-Führer die Niederlagen im sicherheitspolizeilichen Bereich sehr. Anfang 1939 war offenkundig, daß zwischen Kaltenbrunner und Heydrich eine tiefe „Verstimmung“ herrschte. Aber auch in diesem Punkt setzte sich Heydrich durch: Himmler befahl Kaltenbrunner, den ersten Schritt zu einer Aussöhnung zu machen. Und der österreichische SS-Führer gehorchte pflichtgemäß ...²³

In der Literatur ist die These vertreten worden, Kaltenbrunners Posten als HSSPF habe ihm lediglich eine dekorative Rolle im Dritten Reich verschafft und ihn auf seine spätere Karriere im RSHA überhaupt nicht vorbereitet und qualifiziert.²⁴ Der HSSPF hatte aber auf regionaler Ebene in derselben Weise tätig zu sein wie Himmler im Machtzentrum: Er sollte in seiner Person die Verschmelzung von SS und Polizei verkörpern und als der Vollstrecker eines „außernormativen Führerwillens“ tätig sein, die Polizei an die SS binden und aus den rechtlichen Bindungen an den Staat herauslösen. Der HSSPF sollte weiter die politischen Interessen der SS und Polizei wahrnehmen wie auch „Wächter“ der Einheit der verschiedenen SS- und Polizeiorganisationen sein. Entgegen diesen Ansprüchen blieb die Stellung der HSSPF im „Altreich“ und in der „Ostmark“ als Folge der starken Position der Berliner Zentralämter wie auch der lokalen Polizei- und Verwaltungsinstanzen relativ schwach. Dennoch wäre es falsch, den HSSPF als einfachen Polizeichef zu bezeichnen. Er war eher der regionale Kommandeur eines elitären Staatsschutzkorps, das „durch radikalvölkisches Denken, einen elitären Idealismus sowie die Attitüde der Kühle, ‚Sachlichkeit‘ und fachlicher Professionalismus gekennzeichnet“ war.²⁵ Diese ideologisierten Soldaten sollten nicht nur als Polizisten oder Bürokraten ihre Arbeit verrichten, sondern aus innerster Überzeugung und in dem Glauben tätig sein, einer militärischen und reinrassigen Elite anzugehören, deren Daseinszweck es sei, das Reich gegen eine Welt von Feinden zu verteidigen.

²⁰ Interview mit Wilhelm Höttl vom 14.-15.4.1977, Tonbandtranskript S. 11. Siehe auch Walter Schellenberg: Aufzeichnungen, Wiesbaden-München 1979, S. 53. Zum Triumph Heydrichs, Stahleckers und Eichmanns über Kaltenbrunner hinsichtlich des Vorgehens gegen die Juden in Österreich siehe die undatierte Notiz des SD-Amtes II 112 (Hagen), o. D. [September 1938]. In: BA Koblenz, RSHA, R 58/486, Bl. 23.

²¹ Erlaß Heydrichs vom 15.3.1938. In: BA Koblenz, Hauptamt Orpo, R 19/401, Bl. 31 f. Siehe auch das Fernschreiben des Chefs der Sicherheitspolizei an die Leitstellen der Gestapo, Kripo und des SD vom 22.3.1938. In: Ebenda, RSHA R 58/801; Rundschreiben des Reichsführers-SS und Chefs der deutschen Polizei im RMdI „Organisation der Geh. Staatspolizei in Österreich“ vom 18.3.1938. In: NARA, RG-242, T-175/355/2865350.

²² Runderlaß Dalueges vom 11.3.1938. In: BA Koblenz, Hauptamt Orpo, R 19/401, Bl. 7 ff. Siehe auch Himmler an Kaltenbrunner vom 15.10.1938. In: BA Berlin-Zehlendorf, 55-Personalakte zu Ernst Kaltenbrunner; Himmler an Daluege vom 15.10.1938. In: Ebenda; Kaltenbrunner an Daluege vom 5.11.1938. In: Ebenda; Daluege an Kaltenbrunner vom 14. 11. 1938. In: Ebenda.

²³ Kaltenbrunner an Heydrich vom 27.5.1939. In: BA Berlin-Zehlendorf, SS-Personalakte zu Ernst Kaltenbrunner; Kaltenbrunner an Himmler vom 29.5.1939. In: Ebenda.

²⁴ Siehe Walter Hagen: Die Geheime Front. Organisation, Personen und Aktionen des deutschen Geheimdienstes, Linz und Wien 1950, S. 82.

²⁵ Herbert, Best, S. 526.

Obwohl ihm seine Arbeit als SS-Oberabschnittsführer wie auch als Polizeiführer in Wien Himmlers Lob und Vertrauen einbrachte²⁶, fühlte Kaltenbrunner sich im Frühjahr 1942 in Wien vergessen, politisch kaltgestellt und gelangweilt. Nach 1945 gab er seiner Unzufriedenheit mit der Ausschaltung der Führer des früheren nationalsozialistischen „Untergrundes“ aus den höheren Dienststellen in Wien Ausdruck; er beklagte sich darüber, daß „die Fähigkeit Wiens, beliebte und bewährte Mittlerin zum Südosten zu sein, vertan und durch die Berufung der Unfähigsten verbaut“ worden wäre.²⁷ Nach den „Begeisterungstürmen“ des Anschlusses sei „die harte Arbeit“ gekommen, die ihm keine persönliche Erfüllung bringen konnte.²⁸ Ihm hätten der Idealismus der Burschenschaft und die politischen Ränke-[130:]spiele der Jahre im „Untergrund“ gefehlt. Da er außer zu Himmler kaum über persönliche Beziehungen in Berlin verfügte und in Heydrich einen entschlossenen Gegner besaß, schien Kaltenbrunner beruflich in eine Sackgasse geraten zu sein. Gerade um diese Zeit – am 4. Juni 1942 – starb der Chef des Reichsicherheitshauptamtes Heydrich nach einem Attentat, das ein tschechisches Kommando acht Tage vorher in Prag auf ihn verübt hatte. Himmler hatte bereits vor Heydrichs Tod die Absicht gehabt, Kaltenbrunner aus Wien zu holen und 1940 dem Auswärtigen Amt angeboten, ihn als Botschafter für die Schweiz zu „auszuleihen“. Als man 1942 die Möglichkeit erwog, den Militärbefehlshaber in Belgien durch einen zivilen Reichskommissar zu ersetzen, schlug Himmler ihn wiederum als Kandidaten vor.²⁹ Wann Himmler die Entscheidung traf, Heydrich durch Kaltenbrunner zu ersetzen, ist unbekannt. Dem Reichsführer-SS war das RSHA, worin der exekutive Flügel der Sicherheitspolizei – die Geheime Staatspolizei (Amt IV) und die Kriminalpolizei (Amt V) – mit dem Nachrichtendienst der NSDAP-Sicherheitsdienst (SD)-Inland (Amt III) und SD-Ausland (Amt VI) – vereinigt worden war, so wichtig, daß er zunächst beabsichtigte, die Leitung selbst zu übernehmen und den Personalchef (Amt I), SS-Gruppenführer Bruno Streckenbach, als Stellvertreter zu ernennen. Nur Wochen nach dem Tod Heydrichs befahl Himmler den anderen SS-Hauptamtchefs, „sämtliche politisch bedeutsamen Vorgänge zum Zweck der einheitlichen Abstimmung dem Reichsicherheitshauptamt zur Mitzeichnung zu[zuleiten], bevor diese Vorgänge mir vorgelegt oder an Dienststellen außerhalb der SS gerichtet werden“, da „allein das Reichsicherheitshauptamt die Möglichkeit [hat], durch seine überwiegend politische Arbeit diesen [den SS-Hauptämtern] ständigen unmittelbaren Kontakt mit jeder politischen Entwicklungsphase zu halten.“³⁰

Spätestens Anfang Dezember 1942 entschied sich Himmler, Kaltenbrunner als Nachfolger Heydrichs zu ernennen, wofür er am 10. Dezember Hitlers Zustimmung erhielt.³¹ Wenige Tage später rief Himmler Kaltenbrunner zu sich und bat ihn, das RSHA zu übernehmen. Dieser behauptete 1946, er habe das Amt abgelehnt. Als Begründung habe er angegeben, nicht mit der zentralisierten Polizeistruktur, wie sie das RSHA verkörpere, einverstanden gewesen zu sein. Die beiden SS-Führer hätten sich zornig getrennt; doch dann habe Himmler Mitte Januar 1943 befohlen, daß Kaltenbrunner das RSHA übernehmen müsse.³² Diese Version dürfte kaum stimmen, denn bereits am 19. Dezember 1942 hatte Himmler dem Chef des SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamts Oswald Pohl, mitgeteilt, daß Kaltenbrunner das RSHA übernehmen würde. Am 6. Januar 1943 riet der Reichsführer-SS [132:] dem österreichischen SS-Führer, er solle an die Fäden anknüpfen, die „Heydrich persönlich in der Hand“ gehabt hätte.“³³ Am 30. Januar 1943 vollzog Hitler dann die offizielle Ernennung.

²⁶ Himmler an Kaltenbrunner vom 28.1.1941. In: BA Berlin-Zehlendorf, SS-Personalakte Ernst Kaltenbrunner.

²⁷ Kaltenbrunner, „Memoiren“, S. 49 und S. 35.

²⁸ Kaltenbrunner, „Memoiren“, S. 50.

²⁹ Siehe Stuckart an Lammers vom 9.10.1942. In: BA Koblenz, Reichskanzlei, R 4311/678a, Bl. 51 ff.; Aktennotiz Lammers vom 28.10.1942. In: Ebenda, Bl. 61; Zur Schweiz siehe Baron Gustav Steengracht von Moyland, Vernehmung vom 20.3.1947. In: IfZ München, ZS-1546, S. 24-36.

³⁰ Rundschreiben Himmlers an die Leiter der SS-Hauptämter vom 25.6.1942. In: BA Berlin-Zehlendorf, RSHA, Ordner 457, S. 64 f.

³¹ „Aktennotiz über die kurze Besprechung beim Führer am Donnerstag, dem 10. Dezember 1942 in der Wolfsschanze, 18.30 Uhr“, unterzeichnet von Himmler, vom 12.12.1942. In: BA Berlin-Zehlendorf, SS-Personalakte Kaltenbrunner.

³² Aussage Kaltenbrunner. In: IMT, Bd. XI, S. 265-268.

³³ Himmler an die Leiter des RSHA und WVHA vom 19.12.1942. In: NARA, RG-242, T-175/59/2574390; Himmler an Kaltenbrunner vom 6.1.1943. In: BA Berlin-Zehlendorf, SS-Personalakte Kaltenbrunner.

Sowohl Zeitgenossen wie auch Historiker fanden diese Ernennung rätselhaft und schrieben sie Himmlers Wunsch zu, das Heranwachsen eines zweiten Heydrich zu verhindern.³⁴ Die Entscheidung sollte jedoch im Hinblick auf die SS- und Polizeistruktur nicht erstaunen. Himmlers angebliche Angst vor Heydrich ist nie überzeugend nachgewiesen worden; der Reichsführer SS hätte auch Streckenbach auswählen können, wenn es ihm darum gegangen wäre. Nein: Durch seine Tätigkeit im nationalsozialistischen „Untergrund“ in Österreich hatte Kaltenbrunner sich den Ruf eines ausgezeichneten Geheimdienstlers erworben, der seine Untergebenen zu führen vermochte und noch dazu ein gewisses politisches Fingerspitzengefühl besaß. Ob sich dieser „politische Instinkt“, der Himmler gefehlt habe – so meinte Kaltenbrunner später in Nürnberg³⁵ – auch auf Pläne bezog, bei den Westmächten die Möglichkeit einer vorzeitigen Kriegsbeendigung zu erkunden, oder auf den Wunsch, die innenpolitische Position der von Admiral Wilhelm Canaris geführten militärischen Abwehr zu untergraben, bleibt unklar. Auf jeden Fall teilte Kaltenbrunner die Ambitionen des SD-Ausland Chefs Walter Schellenberg, das OKW Amt Ausland/Abwehr in das RSHA zu integrieren und der SD-Führung zu unterstellen.

Ein noch wichtigerer Grund für Kaltenbrunners Ernennung bestand sicher in der Hoffnung Himmlers, Kaltenbrunner werde ihm und der nationalsozialistischen Weltanschauung treu bleiben, ohne in anderen Angelegenheiten Schwäche zu zeigen. Seit 1936, „viel länger, als er offiziell den SS-Rock“ trug, hatte Kaltenbrunner seine engen Beziehungen zu Himmler gepflegt und diesen als Übervater verehrt.³⁶ Himmler seinerseits bewies Vertrauen zu Kaltenbrunner, indem er ihn und einige andere „verdiente“ HSSPF zu ihm wichtig erscheinenden Problemen – z. B. bei der Beilegung von internen Streitigkeiten in der SS – um Rat fragte. Er nahm Kaltenbrunner auch ins Führerhauptquartier mit, um dort SD-Berichte zu besprechen.³⁷ Weit davon entfernt, die Erfahrungen Kaltenbrunners im Österreichischen Untergrund als Nachteil zu betrachten, betonte Himmler bei dessen Einführung in das RSHA, es sei „immer eine gute Schule ... besonders aber für einen Chef des Reichssicherheitshauptamtes, wenn er lange genug illegal war.“ Dieses Erlebnis sei „die beste Vorbereitung“ für Kaltenbrunners neue Aufgabe.³⁸

Schließlich war die Wahl eines HSSPF zum Nachfolger Heydrichs weder unlogisch noch ungewöhnlich. Nach 1943 ernannte Himmler in der Re-[133:]gel nur noch ehemalige HSSPF zu Chefs der SS-Hauptämter.³⁹ Ferner bemühte sich gerade das RSHA in besonderer Weise, den „kühlen“ und „sachlichen“ Professionalismus des sicherheitspolizeilichen Apparats mit dem weltanschaulichen Idealismus des SD zu verbinden, wobei die „Beamtenmentalität“ der Berufspolizei allmählich aufgehoben werden sollte. Das Ziel bestand in der Schaffung eines Korps von ideologischen Soldaten, die für den Schutz von Führer, Volk und Bewegung bereit zu sein hatten, auch die barbarischsten und grausamsten Befehle auszuführen. Um diesen Apparat zu leiten, brauchte Himmler einen Mann, der den Fanatismus Heydrichs besaß und der imstande war, die Interessen des RSHA gegen andere Behörden des Reiches durchzusetzen. Der RSHA-Chef sollte fähig sein, Männer zu erziehen, „die auf weltanschaulichem Gebiet fertig sind, die niemals von der Linie abweichen, die aber niemals in der Durchführung stur und ungeschmeidig sind, aber von den wirklichen Dingen unserer Weltanschauung nicht ein bißchen hergeben.“⁴⁰ Die Leitung dieses Amtes wurde als ein politischer Posten und nicht als Stelle für die Routine-tätigkeit eines bloßen Polizisten angesehen. Kaltenbrunner hatte offensichtlich die ideologische Arbeit

³⁴ Siehe Heinz Höhne: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, Gütersloh, 1967, S. 511; Hagen (Willi Höttl), Geheime Front, S. 82.

³⁵ Vernehmung Kaltenbrunners vorn 16.9.1946. In: IfZ München, ZS-673, S. 20.

³⁶ Rede Kaltenbrunners anlässlich seiner Amtseinführung als Chef der Sicherheitspolizei und des SD am 30.1.1943. In: NARA, RG-319, Kaltenbrunner IRR-Akte, XE 000440. Siehe auch die Rede Himmlers aus dem gleichen Anlaß am 30.1.1943. In: Ebenda.

³⁷ Siehe Himmler an Jüttner vom 5.3.1942. In: NARA, RG-242, T-175/122/2647660-2647663; Heeresadjutant bei Hitler 1938-1943. Aufzeichnungen des Majors Engel. Hg. v. Hildegard Kotze, Stuttgart 1974, S. 119.

³⁸ Rede Himmlers vorn 30.1.1943. In: NARA, RG-319, Kaltenbrunner IRR-Akte, XE 000440.

³⁹ Siehe Ruth Bettina Birn: Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und in den besetzten Gebieten, Düsseldorf 1986, S. 102 mit Anm. 2.

⁴⁰ Rede Himmlers vom 30.1.1943. In: NARA, RG-319, Kaltenbrunner IRR-Akte, XE 000440.

bei seinem SS-Oberabschnitt in Wien zur Zufriedenheit Himmlers ausgeführt. Warum sollte er das in Berlin nicht weiterhin tun?

Mit der Zustimmung zu seiner Ernennung als Chef des RSHA am 30. Januar 1943 verschaffte sich Kaltenbrunner einen Platz auf der Anklagebank in Nürnberg. Das RSHA zeichnete auch verantwortlich für die Geheime Staatspolizei (Gestapo), die unter Leitung von SS-Gruppenführer Heinrich Müller für Exekutivmaßnahmen gegen aktuelle sowie auch vermeintliche „Staatsfeinde“ zuständig war, die ferner die Deportation von Juden, Zigeunern und anderen „unerwünschten Elementen“ in die Vernichtungslager im Osten organisierte, und die schließlich auch die Einweisung, Entlassung oder die „formelle“ Hinrichtung von Personen in den Konzentrationslagern federführend regulierte. Vor dem Gericht in Nürnberg wollte Kaltenbrunner glauben machen, er sei nur nach Berlin gerufen worden, um den SD-Inland unter Leitung von SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf bzw. den SD-Ausland unter SS-Brigadeführer Walter Schellenberg zu reorganisieren und deren Berichterstattung zu verbessern. Er habe über die Gestapo sowie über die unter Leitung von SS-Gruppenführer Artur Nebe stehende Kripo nicht zu befehligen gehabt und von den „Sonderaufgaben“ Heydrichs – z. B. vom Auftrag hinsichtlich der „Judenendlösung“ – im Januar 1943 weder gehört noch diese übernommen.⁴¹

[134:] Weder die Nachkriegsaussagen der RSHA-Beamten noch die Zeitdokumente lassen dieses Märchen glaubhaft erscheinen. Nach einer Information Ohlendorfs war Kaltenbrunner „in Partei und Staat ... als Nachfolger Heydrichs bekannt.“⁴² Kaltenbrunner ernannte und entließ auch die Kommandeure jener „Einsatzgruppen“ der Sicherheitspolizei und des SD, die mit der Ausrottung unerwünschter politischer und rassistischer „Elemente“ in den besetzten Gebieten beauftragt worden waren. Er erhielt regelmäßig Berichte über deren Tätigkeit, die ihm seine „Entscheidungen über den jeweils zweckmäßigsten Einsatz der sicherheitspolizeilichen Kräfte“ wesentlich erleichterten.⁴³ Im November 1944 befahl Himmler, daß alle sicherheitspolizeilichen Hinrichtungsgesuche für Reichsdeutsche und im Reich ansässige Ausländer über Kaltenbrunner an ihn zu schicken seien. Wenn Nichtdeutsche außerhalb des Reichsgebiets betroffen waren, war Kaltenbrunner selbst befugt, Exekutionen zu genehmigen.⁴⁴ Alle verfügbaren Quellen zu Kaltenbrunners Machtbereich im RSHA weisen darauf hin, daß dessen neuer Chef seine Amtsgewalt in jeder Hinsicht tatkräftig ausübte.

Als er das RSHA übernahm, wußte Kaltenbrunner sehr wohl, worum es sich bei der sogenannten „Endlösung der Judenfrage“ handelte. Als HSSPF stand er auf der Verteilerliste für die in Berlin verfaßten täglichen Einsatzgruppenberichte. Daß er über den von seinem alten österreichischen SS-Kameraden Globocnik geleiteten „Einsatz Reinhard“, der vor allem auf die Vernichtung des polnischen Judentums zielte, gut informiert war, läßt sich aus seinem Ersuchen an den SS- und Polizeiführer in Lublin unvermeidbar vermuten, Bekleidungsstücke für 700 eindeutschungsfähige Polen im Wehrkreis XVII (Wien) zur Verfügung zu stellen.⁴⁵ Als er Chef des RSHA wurde, wollte Kaltenbrunner zunächst auch auf diesem Auftragsgebiet seinen Eifer wie auch seinen Unternehmungsgeist zeigen. Er schlug z. B. vor, 5000 ältere und gebrechliche Juden aus dem „Altersghetto“ Theresienstadt nach Auschwitz zu schaffen, um 4800 arbeitsfähige Juden, die derzeit damit beschäftigt wären, sich um die Alten und Kranken zu kümmern, für andere Arbeitszwecke freizumachen. Himmler wollte jedoch den „guten Ruf“ Theresienstadts bewahren und lehnte den Vorschlag ab.⁴⁶

⁴¹ Aussage Kaltenbrunner. In: IMT, Bd. XI, S. 269; Siehe auch Kaltenbrunner, „Memoiren“, S. 53 f.

⁴² Eidesstattliche Erklärung von Otto Ohlendorf vom 5.11.1945. In: NARA, RG-238, 2621-PS. Zu weiteren Beispielen siehe die eidesstattlichen Erklärungen von Kurt Lindow (3. 8. 1945, IMT XXXVII, S. 462 f.), Rudolf Mildner (29.3.1946, IMT XI, S. 225 f), Wilhelm Bonatz (21.9.1945, RG-238, 2196-PS, NARA) und Walter Schellenberg (17.11.1945, IMT XXXI, S. 323-326).xxx

⁴³ Kaltenbrunner an Himmler vom 2.11.1944. In: BA Berlin-Zehlendorf, SS-Personalakte E. Ehrlinger. Siehe auch Fernschreiben Kaltenbrunners an das SS-Personalhauptamt, das Hauptamt Orpo und verschiedene Zivil- und Polizeibehörden in Weißrußland, der Ukraine und Prag vom 28.8.1943. In: BA Berlin-Zehlendorf, SS-Personalakte H. Böhme.

⁴⁴ Zwei Erlasse Himmlers vom 1. und 4.11.1944. In: BA Koblenz, R 58/243, Bl. 310 ff.

⁴⁵ Stapostelle Wien [gezeichnet Huber] an den SSPF Lublin/Einsatz Reinhart [sic!] vom 19. 11. 1942. In: Jüdisches Historisches Institut Warschau, Akte Lublin/5.

⁴⁶ Kaltenbrunner an Himmler, Februar 1943. In: NARA, RG-242, T-175/22/2527354-2527356; Brandt an Kaltenbrunner vom 16.2.1943. In: Ebenda, 2527353.

Bevor Kaltenbrunner nach Berlin kam, hatte die Maschinerie des Genozids bereits Monate zuvor mit schauerlicher Effizienz zu wirken begonnen: Ihre Schaltstellen waren die Gestapo (Amt IV im RSHA), das mit der Verantwortung für die Konzentrationslager betraute Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt (WVHA) sowie die für diesen Zweck aufgebauten Sonderbehörden beim SSPF in Lublin und beim HSSPF Warthe in Posen. Hier sah Kaltenbrunner seine Aufgabe in der Überwachung und griff nur im Notfall [135:] ein. Sowohl im April als auch im Mai hatte Kaltenbrunner mit Himmler telefonisch „Judenfragen“ und „Judenevakuierung“ besprochen. Im Mai 1943 wurde er mit dem HSSPF im Generalgouvernement, SS-Obergruppenführer Friedrich Wilhelm Krüger, und einem hochrangigen Beamten im HA-Orpo, SS-Obergruppenführer Otto Winkelmann, nach Polen geschickt, um die Interessen der SS und der Polizei bei einer vom Generalgouverneur Hans Frank für den 31. Mai angesetzten Sicherheitskonferenz zu vertreten. Unter diesen Interessen war mit Sicherheit „die Evakuierung auch der letzten [sich im Generalgouvernement befinden] 250.000 Juden“, die trotz aller Schwierigkeiten „so rasch wie möglich vollzogen werden“ müßte. Als Himmlers Vertreter wurde Kaltenbrunner von Krüger im Interesse der zivilen und militärischen Behörden im Generalgouvernement gebeten, „den Reichsführer-SS ... zu ersuchen, von der Wegnahme dieser jüdischen Arbeitskräfte Abstand zu nehmen“.⁴⁷

Kaltenbrunner beschäftigte sich auch mit juristischen Bestimmungen für jene Juden, die den ersten Deportationswellen entgangen waren. Im Frühjahr 1943 drängte er auf einen Erlaß, der die Rechte der in Ehen mit Deutschen lebenden und daher von den Deportationsmaßnahmen bisher ausgesparten Juden weiter beschränkte, den Raub des Vermögens der gemordeten Juden durch das Reich legalisierte und vereinfachte sowie die strafrechtliche Verfolgung der deutschen Juden von der Justiz auf die Polizei übertrug.⁴⁸ Zwei von Kaltenbrunner im März 1943 unterzeichnete Erlasse sahen vor, daß Juden nicht-deutscher Staatsangehörigkeit im Reichsgebiet oder im besetzten Polen bzw. der UdSSR in die „allgemein getroffenen oder noch zu treffenden Maßnahmen [d. h. Deportation, P. B.] einzubeziehen“ seien.⁴⁹

Außerdem unterstützte Kaltenbrunner die Deportationsmannschaften in den besetzten Gebieten bzw. in allen mit dem Reich verbündeten Ländern Europas bei ihren Bemühungen, die europäischen Juden zusammenzutreiben und in die Vernichtungslager abzutransportieren. Als die Experten des RSHA-Amtes IV B 4, die unter Leitung von SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann mit der Organisation der Deportationsmaßnahmen in Europa außerhalb Polen und der damaligen UdSSR beauftragt waren, Anfang 1943 herausfanden, daß die italienischen Besatzungsbehörden griechische Juden, die aus Saloniki in die italienische Besatzungszone geflohen waren, nicht auslieferten, ersuchte das RSHA das Auswärtige Amt, die Italiener davon abzubringen, den Flüchtlingen Asyl zu gewähren oder sie mit italienischen Papieren auszustatten. Im Mai 1943 – nach der Vernichtung des Warschauer Ghettos – sorgte der Kommandeur der Sicher-[136:]heitspolizei und des SD in Warschau, SS-Standartenführer Ludwig Hahn, auf Befehl Kaltenbrunners dafür, daß ein Teil der Überlebenden in das Vernichtungslager Treblinka deportiert wurden. Im August 1943 – nach dem mysteriösen Tod von König Boris III. – ersuchten Vertreter des RSHA das Auswärtige Amt, „den Druck auf die bulgarische Regierung in der Judenfrage zu verstärken, um eine tunlichst unverzügliche Bereinigung dieses Problems im Sinne einer Evakuierung in die Ostgebiete [d. h. Deportation in die Vernichtungslager, P. B.] zu erreichen“. Wegen bulgarischer Bedenken, die sich aus der Kriegslage ergaben, und mit Rücksicht auf die erhebliche interne Opposition gegen solche Maßnahmen in Altbulgarien mußte aber das Auswärtige Amt dem ungeduldig wartenden Kaltenbrunner mitteilen, es erscheine „aussichtslos“ und „vom allgemein politischen Standpunkt aus sogar gefährlich“, auf die Bulgaren jetzt stärkeren Druck auszuüben.⁵⁰

⁴⁷ Fernschreiben Himmlers an Frank vom 26.5.1943. In: NARA, RG-242, T-175/128/2654162. Siehe auch Handgeschriebenes Verzeichnis über Himmlers Telefongespräche vom 16.9.1941 bis 17.8.1943. In: IfZ München, F 37/2, 2133/58. Siehe das Protokoll dieser Arbeitssitzung vom 31.5.1943. In: Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939-1945. Hg. v. Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer, Stuttgart 1975, S. 682.

⁴⁸ Siehe die Korrespondenz über die Entwürfe für diesen Erlaß, 1942-1943, insbesondere Kaltenbrunner an Frick vom 8.3.1943. In: NARA, RG-238, NG-151.

⁴⁹ Zwei Erlasse Kaltenbrunners vom 5.3.1943. In: NARA, RG-238, NG-2652/A, NG-2652/G.

⁵⁰ Zu den griechischen Juden siehe Bergmann an das Auswärtigen Amt, 15. Februar 1943. In: NARA, RG-238, NG-4957. Zu den Warschauer Juden siehe den ausführlichen, in Nürnberg als Beweismittel eingereichten Bericht des SSPF in Warschau, Jürgen Stroop: „Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr!“ In: NARA, RG-

Als nach der Besetzung Ungarns im März 1944 der Zugriff auch auf ungarische Juden eröffnet war und deren Deportation nach Auschwitz möglich schien, fuhr Kaltenbrunner selbst nach Budapest, um mit den Juden-, „Experten“ der Sztójay-Regierung die Richtlinien für die Erfassung und Deportation zu besprechen.⁵¹ Bis zum 30. Juni wurden 381.600 Juden nach Auschwitz deportiert, wo ungefähr 250.000 vergast wurden. Daß Kaltenbrunner hier direkt eingriff, geht auch daraus hervor, daß er auf Ersuchen des Bürgermeisters von Wien, Hanns Blaschke, vier Evakuierungstransporte nach Auschwitz in das Arbeitslager Wien-Straßhof umleiten ließ. Er wies Blaschke an, die nicht arbeitsfähigen Frauen und Kinder – etwa 70 % der 12.000 Menschen – sollten „sämtlich für eine Sonderaktion bereit gehalten und deshalb eines Tages wieder abgezogen werden“.⁵² Daß Kaltenbrunner hier und anderswo nicht etwa nur aus Opportunismus handelte, sondern wirklich davon überzeugt war, die Juden seien Deutschlands wichtigster Gegner, belegt auch eine Äußerung aus der Nachkriegszeit. In einem Verhör erklärte er 1946, die Juden seien nicht nur die Hauptträger des bolschewistischen Gedankens gewesen, sondern das tragende Element jeder feindseligen Handlung. Außerdem wären im Osten die Juden fast die einzigen Intellektuellen und die ausschließlichen Beherrscher des gesamten Gewerbes gewesen, „also überhaupt jene Schicht, die genügend Intellektualismus besessen hat, dem Feind für die Ausführung seiner Pläne den notwendigen Akteur abzugeben“.⁵³

Als Chef des RSHA setzte Kaltenbrunner auch die Bemühungen Heydrichs fort, die Kompetenz des Amtes auf die Millionen von sowjetischen bzw. auch polnischen Zivilarbeitern zu erweitern, die innerhalb der Grenzen des [137:] erweiterten Reiches zwangsweise in Industrie und Landwirtschaft eingesetzt wurden. Nachdem bereits im November 1942 die Verfolgung von Verbrechen, deren polnische und sowjetische Staatsangehörige bezichtigt wurden, von den Justizbehörden an die Sicherheitspolizei übertragen worden war, wies Kaltenbrunner am 30. Juni 1943 in einem Rundschreiben die Polizeibeamten an, sie sollten bei der Verfolgung derartiger Strafsachen nach dem Grundsatz verfahren, „daß der Pole und Sowjetrusse schon allein kraftseines Daseins im deutschen Herrschaftsraum eine Gefahr für die deutsche Volksordnung darstellt und daß es daher nicht so sehr darauf ankommt, für eine von ihm begangene Straftat eine angemessene Sühne zu finden, als darauf, ihn an einer weiteren Gefährdung der deutschen Volksordnung zu hindern“.⁵⁴ Aus der Wortwahl dieses Erlasses läßt sich leicht erschließen, daß „Verbrecher“ getötet oder in ein KZ gebracht werden sollten.

Schwangere „Fremdarbeiterinnen“ durften nach einem weiteren von Kaltenbrunner unterschriebenen Erlaß weder in ihre Heimat zurückgeschickt noch in ein deutsches Krankenhaus aufgenommen werden. Sie wurden gezwungen, ihre Kinder im Krankenrevier des Arbeitslagers zur Welt zu bringen und danach sofort wieder an die Arbeit zu gehen. Die Kinder wurden in Kleinkinderbetreuungsstätten „einfachster Art“ (häufig Scheunen und Gartenhäuschen) betreut, wo viele starben. Wenn der Vater deutsch oder „stammesgleich“ war und das Kind von einem „Rasse“-Experten der SS für „eindeutschungsfähig“ erklärt wurde, stand die Mutter vor einer herzerreißenden Entscheidung: Entweder konnte sie ihr Kind behalten und es der völlig unzureichenden Obhut der Kleinkinderbetreuungsstätten überlassen, oder sie konnte es dem Schutz der NS-Volkswohlfahrt übergeben, die das Kind in einem Heim für „gut-rassische Ausländerkinder“ unterbrachte. Damit sollte „der Verlust deutschen Blutes an fremde Volkskörper“ verhindert werden.⁵⁵ „Fremdarbeiter“ aus Osteuropa, die durch sexuelle Beziehungen zu Deutschen „Rassenschande“ begingen, mußten mit ihrer Verhaftung rechnen.

238, 1061-PS. Siehe die eidesstattliche Erklärung von Stroop vom 24.2.1946. In: IMT, Bd. XXXIII, S. 201 f., und seines Adjutanten Karl Kaleske vom 24.2.1946. In: Ebenda, S. 199 f. Zum Verhältnis zwischen der bulgarischen Regierung und den Juden siehe Wagner an Kaltenbrunner vom 31.8.1943. In: NARA, RG-238, NG-3302.

⁵¹ Wilhelm Höttl: Die Entziehung des jüdischen Vermögens in Ungarn in der Zeit vom 19. März bis zur Besetzung Ungarns durch die Rote Armee“, 25.7.1972. In: IfZ München, ZS-429/11, S. 4; Vernehmung von Edmund Veesenmayer vom 28.4.1947. In: Ebenda, ZS-1554/1, S. 59-64.

⁵² Kaltenbrunner an Blaschke vom 30.6.1944, 3803-PS, IMT, Bd. XXXIII, S. 167 ff. Mit dem Begriff „Sonderaktion“ war Vernichtung gemeint.

⁵³ Vernehmung Kaltenbrunners vom 19.9.1946. In: IfZ München, ZS-673, S. 16 f.

⁵⁴ Rundschreiben Kaltenbrunners „Verfolgung der Kriminalität unter den polnischen und sowjetrussischen Zivilarbeitern“ vom 30.6.1944. In: BA Koblenz, RSHA Erlaßsammlung, Teil 2 A III f, S. 131 f., RD 19/3.

⁵⁵ Erlaß des Reichsführers-SS und Chefs der deutschen Polizei (unterzeichnet von Kaltenbrunner) vom 27.7.1943. In: NARA, RG-242, T-175/428/2957108-2957115.

Wurde der nichtdeutsche Partner nicht als „eindeutschungsfähig“ angesehen, erfolgte bei Männern in der Regel die Hinrichtung, bei Frauen die Einlieferung ins KZ.

Wie unter Heydrich wies das RSHA auch unter Kaltenbrunners Führung Menschen in Konzentrationslager ein. Schon als HSSPF in Wien wußte Kaltenbrunner genau, was in diesen Lagern vor sich ging, da er 1942 zweimal das KZ Mauthausen besucht hatte. Obgleich die Gestapo die Lager nicht selbst verwaltete (dieser Auftrag war dem WVHA übertragen worden), bestimmte sie die Haftdauer und leitete die vom Reichsführer-SS oder vom [138:] Chef des RSHA unterzeichneten Hinrichtungsbefehle weiter. In den meisten Fällen trug der Schutzhaftbefehl- der das polizeiliche Instrument war, vermutliche „Feinde“ des Regimes in Konzentrationslager, Gestapo-Gefängnisse oder in die durch die Gestapo verwalteten Arbeitserziehungslager einliefern zu lassen – die Unterschrift Kaltenbrunners oder diejenige vom Gestapochef Heinrich Müller als seines Stellvertreters. Zahlreiche von Kaltenbrunner unterzeichnete Schutzhaftbefehle haben den Krieg überdauert und wurden in Nürnberg als Beweismittel gegen ihn verwendet. Zum Beispiel ließ der RSHA-Chef Paula Traxel, eine Reichsdeutsche, ins KZ Ravensbrück einliefern, weil sie durch sexuelle Beziehungen zu einem Polen „die gegenüber Angehörigen fremden Volkstums gebotene Zurückhaltung“ vermissen ließ. Noch im März 1945 schickte Kaltenbrunner Menschen ins KZ wegen Vergehen wie „fortgesetzter Arbeitsbummelei und ärgerniserregenden Treibens“, „Fortsetzung des unerlaubten intimen Verkehrs mit ... Kriegsgefangenen trotz vorausgegangener staatspolizeilicher Auflage, den Verkehr abubrechen“, „deutschfeindlicher“ oder „defätistischer Äußerungen.“⁵⁶

In den Monaten nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 zeigte Kaltenbrunner seine Treue gegenüber dem Regime besonders deutlich. [139:] Wie Himmler vom Attentat überrascht und auch vielleicht dazu geneigt abzuwarten, bis regimetreue Wehrmachteinheiten den Aufstand niederwarfen, wurde Kaltenbrunner für die am 21. Juli gebildete „Sonderkommission 20.7.“ verantwortlich, die mit rund 400 Sicherheitspolizei- und SD-Beamten das verwickelte Netz der Verschwörung aufzudecken begann. Mit Begleitschriften Kaltenbrunners leitete die Kommission zunächst täglich und später alle paar Tage Berichte darüber Martin Bormann und Hitler zu.⁵⁷ Während strikte Anweisungen ergingen, den Putsch in der Öffentlichkeit als das Werk eines „verhältnismäßig kleinen Offiziersklüngels“ darzustellen, vermittelten Kaltenbrunner und seine Vernehmungsbeamten Hitler und Bormann ein weit genaueres Bild. Der RSHA-Chef wußte, daß nicht alle Verschwörer aus „niedrigen Motiven“ gehandelt hatten. Er zeigte sich über die Tatsache sehr beunruhigt, daß es unter den Verhafteten Männer gab, die sich schon vor 1933 zum Nationalsozialismus bekannt hätten und auch noch danach für ihn eingetreten wären. Trotz ihrer gehässigen Angriffe und Polemik gegen die Verhafteten spiegeln viele der an Bormann weitergeleiteten Berichte ein Gefühl der Enttäuschung wider, die es bei ehemaligen Nationalsozialisten besonders hinsichtlich der persönlichen Haltung und der Korruption von NS-Führern gegeben hat. Am 30. August 1944 schlußfolgerte Kaltenbrunner, ein Hauptgrund für diese [140:] Enttäuschung sei „die Kritik an der Lebensführung führender Persönlichkeiten des Reiches und die Behauptung einer um sich greifenden Korruption, gegen die seitens der Partei so wenig geschehe, daß man auf eine offizielle Duldung schließen müsse“.⁵⁸ Kaltenbrunner befürchtete weiter, daß sich „eine ähnliche Kritik auch sonst in der Bevölkerung breitgemacht“ habe. Er wollte Hitler „ein schonungsloses Bild“ von den Gründen geben, die zum Attentat geführt hätten und ihn zu notwendigen Änderungen veranlassen. Er beklagte sich darüber, daß die vor dem Volksgerichtshof geführten Prozesse „eine freie Entfaltung der Geständnisse der Angeklagten über ihre *wahren Motive* verhindert“ hätten, und meinte, man müsse eventuell daraus schließen, daß es sich „doch zweifellos um eine Reihe von Männern“ handele, „die in der Lage gewesen wären, Deutschlands militärische und politische Möglichkeiten zu überblicken, und von denen man kaum annehmen könne, daß sie grundlos

⁵⁶ Siehe RSHA an Stapoleitstelle Saarbrücken vom 18.6.1943. In: IMT, Bd. XXX, Dok. 2582-PS, S. 608; Fernschreiben des BdS Prag (unterzeichnet von Kaltenbrunner) an die Stapostelle Darmstadt vom 12.3.1945. In: Ebenda, Dok. 2239-PS, S. 28, 30 f., 33 f. und 38.

⁵⁷ Diese Berichte sind 40 Jahre nach dem Attentat erneut veröffentlicht worden: Spiegelbild einer Verschwörung. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung, Bd. I, Stuttgart 1984.

⁵⁸ Kaltenbrunner an Bormann vom 30.8.1944. In: Ebenda, S. 325.

und ohne jede Überlegung ein solch verabscheuungswürdiges Verbrechen vorbereitet und durchgeführt hätten“.⁵⁹

Trotz seines großen Interesses für ihre Motive betrachtete Kaltenbrunner die Verschwörer als Feinde des Nationalsozialismus und daher als Feinde des Reiches und des Volkes. Besonders suspekt erschienen ihm jene Offiziere, die sich als „unpolitisch“ bezeichneten. Am 20. August 1944 schickte er Bormann einen Sonderbericht, in dem er unverblümt erklärte, daß diese sogenannten „unpolitischen Soldaten“ eigentlich unversöhnliche Feinde des NS-Regimes seien, die „*ein völliges Unverständnis gegenüber dem Nationalsozialismus als einer das gesamte Leben erfassenden Weltanschauung*“ zeigen würden. Nach seiner Auffassung seien diese Leute ihrem Kastengeist treu geblieben und hielten stur „an den Vorstellungen ... der Zeit vor Beginn des ersten Weltkrieges“ fest. Ihnen wäre der Nationalsozialismus „*in dem Augenblick genauso unbequem (geworden) wie der Kommunismus, als er von ihnen eine weltanschauliche Entscheidung gegen eine Zeit forderte, die sie in den Kadern der Wehrmacht durch die Republik hindurch gerettet hatten*“.⁶⁰

Dieser Bericht zeigt Kaltenbrunners tiefes ideologisches Engagement für den Nationalsozialismus und dessen Revoltieren sowohl gegen den westlichen Individualismus des 19. Jahrhunderts wie auch gegen diejenigen gesellschaftlichen Gruppen, die sich seinen Forderungen zu widersetzen wagten. Die Nationalsozialisten wollten die traditionellen Ungleichheiten wie z. B. die der Geburt, des Status, der Klasse und der Bildung beseitigen und lediglich eine einzige Ungleichheit gelten lassen: die der Rasse. In dieser neuen nationalsozialistisch geprägten Welt sollte es keinen Platz für [141:] Menschen geben, welche nicht die persönliche Härte besaßen, sich als Volksgenossen gemäß der vorgegebenen „ideologischen Entscheidungen“ zu verhalten. So sehr Kaltenbrunner auch die Motive einiger Verschwörer respektiert haben mag- er betrachtete sie dennoch als nahezu ausgestorbene, aber immer noch gefährliche Dinosaurier eines abgelaufenen Zeitalters. Ihr Einfluß müsse mit unbarmherziger Härte beseitigt werden. Während einer Verhandlungspause im Nürnberger Prozeß sagte er schließlich voller Wut den deutschen Verteidigern ins Gesicht: „... wir haben versucht, einen Damm gegen die Fluten aus dem Osten aufzurichten. Wir haben es mit Blut und mit lebendigen Leibern gemacht, zugegeben, aber es gab keine andere Möglichkeit ... Der Ausgang zeigt, daß es uns nicht einmal gelang. Wir sind noch zu weich gewesen. Leute wie Sie sind uns durchgerutscht und durchgekommen.“⁶¹

Kaltenbrunner war darauf fixiert, emotionelles ideologisches Engagement mit persönlicher Härte zu verbinden und dies als Lebensmaxime anzusehen. So mahnte er auch seinen achtjährigen Sohn, nicht auf Bäume oder Zäune hinaufzusteigen; der Knabe könnte hinunterfallen und sich einen Fuß oder Arm brechen. Das wäre, so fuhr er fort, „weniger schade wegen der Schmerzen, die muß ein richtiger Bub verbeißen können, aber deshalb sehr bedauerlich, weil der Führer gesunde Soldaten mit geraden und ungebrochenen Gliedern braucht, damit sie die Feinde unseres Volkes bekämpfen können“.⁶²

Als RSHA-Chef brauchte Kaltenbrunner auf dem Sicherheits- und kriminalpolizeilichen Sektor im wesentlichen nur fortzuführen, was andere begonnen und geschaffen hatten. Anders stand es um die Verfechtung der Interessen des SD auf dem Nachrichtengebiet. Obwohl das von Ribbentrop geführte Auswärtige Amt auf einem Überwachungsrecht über alle Nachrichten bestand, die die Außenpolitik des Reiches berührten, setzte Kaltenbrunner einen besonderen Meldeweg für den SD-Ausland durch, um auch einen immer größeren Einfluß auf die Außenpolitik zu gewinnen. Die auf Kaltenbrunners Geheiß eifrig untersuchten „Pannen“ bzw. Unzulänglichkeiten im Amt Ausland/Abwehr des OKW unter Admiral Wilhelm Canaris, dem anderen Haupttrivalen im Auslandsnachrichtenwesen, endeten

⁵⁹ „Stimmungsmäßige Auswirkung der Verhandlung vor dem Volksgerichtshof gegen die Attentäter des 20.7.1944“, Anhang I zu Kaltenbrunner an Bormann, 20.8.1944. In: Ebenda, S. 276.

⁶⁰ Kaltenbrunner an Bormann vom 20.8.1944. In: Ebenda, S. 271-274; Kaltenbrunner hielt dieses Thema für so wichtig, daß er eine erweiterte Fassung des Berichtes per Rundschreiben an alle HSSPF bzw. an Sipo und SD-Stellen schickte. Siehe Der unpolitische Offizier – der „Nur-Soldat“, Oktober 1944. Anhang zum Rundschreiben Kaltenbrunners vom 24.10.1944. In: NARA, RG-242, T-175/281/2774922-2774939, insbesondere 2774926 f., 2774931 f., 2774935 f. (Hervorhebung im Original).

⁶¹ Zit. nach Carl Haensel: Das Gericht vertagt sich, Hamburg 1950, S. 166.

⁶² Kaltenbrunner an Hansjörg Kaltenbrunner vom 8.10.1943. In: Nachlaß Kaltenbrunner.

im Februar 1944 mit der seit langem angestrebten Übernahme der Abwehr durch das RSHA. Wegen eines gewissen Respekts vor Canaris, den Himmler und Heydrich trotz dessen Reserviertheit gegenüber dem Nationalsozialismus teilten, hatten beide immer gezögert, gegen die Abwehr grundsätzlich vorzugehen. Kaltenbrunner und die ehrgeizigen Chefs des SD-Auslands (Schellenberg) und der Gestapo (Müller) ließen sich durch [142:] solche Überlegungen nicht aufhalten. Kaltenbrunners „einzigster Stolz“ in Nürnberg wurde durch die Bemerkung Jodls hervorgerufen, daß er (Kaltenbrunner) seine „Sache besser gemacht habe als [sein] Vorgänger, obwohl dieser ein Admiral war und dreißig Jahre Erfahrung voraus hatte“.⁶³

In den Auseinandersetzungen mit dem nationalsozialistischen Parteiapparat, die das Nachrichtenwesen im Inland bzw. die exekutive Autorität im Gebiet des zusammenbrechenden Deutschen Reiches betrafen, konnte sich Kaltenbrunner nicht so erfolgreich durchsetzen. Obwohl Bormann als Chef der Parteikanzlei die Berichte zu schätzen wußte, die er über die Vernehmungen von jenen erhielt, die nach dem 20. Juli verhaftet worden waren, wehrten sich die Gauleiter und die Parteikanzlei erfolgreich gegen die schonungslose Berichterstattung des von Otto Ohlendorf geführten Amtes SD-Inland (Amt III RSHA) über Korruption und Unzulänglichkeiten in der Partei.⁶⁴ Ferner gelang den Gauleitern ein Angriff auf die Machtbefugnisse Himmlers, der im August 1943 zum Reichsminister des Innern ernannt worden war, indem sie ihre Positionen als Reichsverteidigungskommissare benutzten, Polizeiaufgaben (z. B. in Hinsicht auf ausländische Arbeiter im Reich) für sich zu beanspruchen. Kaltenbrunner erkannte die Gefahr für Himmlers Machtbereich und versuchte, den Reichsführer-SS davor zu warnen⁶⁵, aber ohne Erfolg.

Streit mit Bormann wollte Kaltenbrunner aber im Prinzip vermeiden, da es der „Sekretär des Führers“ dem RSHA-Chef ermöglichte, sich eine gewisse Unabhängigkeit von Himmler und einen unmittelbaren Zugang zu Hitler zu erringen. Kaltenbrunners Bestreben lag weniger an seiner „Untreue“ gegenüber Himmler als an seiner Unzufriedenheit mit dessen Zögern, gegen die Canaris-Organisation scharf einzugreifen, wie auch mit Himmlers Neigung, Hitler keine ungünstigen Nachrichten zu übermitteln. Sicher wollte Kaltenbrunner auch seine eigene Stellung gegen neidische Rivalen im RSHA wie Schellenberg absichern. Um die SD-Berichte unmittelbar an Hitler weiterleiten zu können, knüpfte er Kontakte mit Walter Hewel, Ribbentrops Verbindungsmann im Führerhauptquartier, und – nach dessen Autounfall im Jahre 1944 – mit Himmlers Verbindungsoffizier bei Hitler, dem SS-Gruppenführer Hermann Fegelein. Kaltenbrunner war es auch gelungen, Hitlers Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, als im September 1943 Otto Skorzeny nach der Befreiung des zwei Monate zuvor gestürzten und verhafteten italienischen Diktators Benito Mussolini gefeiert wurde. Kaltenbrunner hatte offenbar gegen Himmlers Willen Skorzeny mit der Leitung der Befreiungsaktion beauftragt und ließ sich nun die Gelegenheit nicht nehmen, am Vormittag des 14. September, als der „Füh-[143:]rer“ sich über den Einsatz informieren ließ, mit Hitler, Mussolini und Skorzeny im Führerhauptquartier an einem Tisch zu sitzen.⁶⁶

Kaltenbrunner verbrachte ferner den gesamten Nachmittag und den Abend des 14. September 1943 gemeinsam mit Bormann im Führerhauptquartier. Ihm bedeutete die enge Zusammenarbeit mit dem „Sekretär des Führers“, dem er schon im Sommer 1943 Kopien von Berichten über polnische Angelegenheiten hatte schicken lassen wie später die SD-Berichte über die Hintergründe der Verschwörung vom 20. Juli, sehr viel.⁶⁷ Bormann konnte es einrichten, daß Kaltenbrunner immer öfter im

⁶³ Kaltenbrunner, „Memoiren“, S. 41.

⁶⁴ Zur laufenden SD-Berichterstattung siehe Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, 17 Bde. Hg. v. Heinz Boberach, Herrsching 1984.

⁶⁵ Kaltenbrunner an Himmler, 26.8.1944. In: NARA, RG-238, NG-2656.

⁶⁶ Zur Diskussion zwischen Himmler und Kaltenbrunner über Skorzeny siehe den Brief von Alfred Frauenfeld an den Verf. vom 19.12.1976. Zu Kaltenbrunner, Skorzeny und Hitler siehe Brandt an Baumert vom 14.9.1943. In: NARA, RG-242, T-175/117/2642388 f.

⁶⁷ In Februar 1945 verhandelte Kaltenbrunner z. B. innerhalb von 24 Tagen mindestens viermal mit Bormann privat. Siehe Bormanns Terminkalender, Einträge zum 6., 11., und 15.2. sowie zum 1.3.1945. Lew Besymenski: Die letzten Notizen von Martin Bormann, Stuttgart 1974, S. 106 ff.

Führerhauptquartier erscheinen und manchmal Hitler in Abwesenheit Himmlers treffen durfte.⁶⁸ Nach dem Krieg behauptete Schellenberg, Himmler habe unter ständiger Sorge wegen der Verbindung zwischen Kaltenbrunner und Hitler gelebt, besonders hinsichtlich der mißlungenen Friedensverhandlungen von 1944/45. Es gibt jedoch keinen direkten Beweis für eine Trübung des Vertrauensverhältnisses zwischen Kaltenbrunner und Himmler. Kaltenbrunner informierte Himmler über fast alle Schritte, die er unternahm. Beide blieben nahezu bis zum Ende des Krieges in einem fast religiös zu nennenden Glauben an Hitler befangen. Keiner wollte wahrhaben, daß der alliierten Forderung nach bedingungsloser Kapitulation entsprochen werden mußte und nur dann versucht werden konnte, Konzessionen zu erringen.

In den Jahren 1944 und 1945 gehörte Kaltenbrunner zweifelsohne zu den mächtigsten Männern des Dritten Reiches. Zwar hatte er vor 1942 kaum direkte Kontakte zu Hitler besessen, doch seine Machtstellung erreichte er infolge seiner ideologischen Bindung an den Führer und die nationalsozialistische Idee. Darüber hinaus war sein Aufstieg gleichermaßen das Ergebnis seiner Fähigkeit, die ideologischen Zielsetzungen und Absichten Hitlers zu erkennen und seiner Entschlußkraft, sie zu verwirklichen – trotz aller Widerstände und bürokratischen Hindernisse.

Kaltenbrunner wurde am 12. Mai 1945 von amerikanischen Truppen in einer Jagdhütte in den Bergen bei Alt Aussee gefangengenommen. Erstaunlicherweise schien er überzeugt zu sein, daß die Westmächte seine Erfahrungen auf geheimdienstlichem Gebiet für den erwarteten Endkampf mit dem UdSSR als unentbehrlich erkennen würden. Wußte er nicht, daß er bereits seit April 1944 auf den alliierten Listen deutscher Hauptkriegsverbrecher stand? Kaltenbrunner hatte zwar recht, wenn er verbittert behauptete, er sei in Nürnberg nur Ersatzmann für Himmler. Man kann sich aber kaum vorstellen, wie die Anklagevertreter ihn hätten übergehen [144:] können: Als Repräsentant der SS und der Gestapo – zwei von den sechs angeklagten „verbrecherischen Organisationen“ – kam nur Kaltenbrunner in Frage. Der nach ihm in Betracht zu ziehende wäre der WVHA-Chef Oswald Pohl gewesen, doch der war weder für Gestapo und SD zuständig gewesen noch hatte er in direkter Verbindung zu ihnen gestanden. Kaltenbrunner hingegen war mit dem Kompetenzbereich Pohls unmittelbar verbunden, denn die Gestapo war befugt, Individuen und Gruppen in Konzentrations- oder Vernichtungslager einzuweisen.

[145:] Nach zehnwöchiger Haft und strengen Verhören in London traf Kaltenbrunner im September 1945 seelisch gebrochen in Nürnberg ein. Als man ihm die Anklageschrift überreichte, begann er zu schluchzen und jammerte, niemand werde ihn verteidigen. Als er sich mit einem Gerichtsassistenten über die Benennung eines Verteidigers beriet, „war er aufgewühlt und weinte zeitweise während des Gespräches“.⁶⁹ Am 17. November 1945, drei Tage vor der Eröffnung des Prozesses, erlitt er eine spontane subarachnoide Gehirnblutung; ein zweite Gehirnblutung traf ihn Mitte Dezember, die ihn bis Ende Januar 1946 ans Krankenbett fesselte.

War dies lediglich das Verhalten eines Feiglings, der Angst vor dem Henkerstod hatte? Gewiß zählte Kaltenbrunner zu den Angeklagten, die bereits die Anklageschrift als ein Todesurteil betrachteten, dem lediglich ein Schauprozeß vorausgehen würde. Unter den physischen Härten und den psychischen Belastungen der Haft – ihm wurde zwangsweise auch der übermäßige Alkohol- und Nikotingenuß abgewöhnt – erlebte er den Abstieg aus seiner hohen Machtposition zum Status eines Gefangenen. Alles, wofür er sich eingesetzt hatte, lag in Trümmern. Außerdem hatte er so lange im Bannkreis des Hitler-Mythos und historischer Rechtfertigung der ihm zur Last gelegten Taten gelebt, daß die Konfrontation mit der Realität vielleicht seine Psyche unerträglich zu belasten geeignet war. Er bereute jedoch keine seiner Taten und befürchtete lediglich, die Geschichte könnte sie falsch beurteilen.

Als Kaltenbrunner im Februar 1946 wieder im Gerichtssaal erschien, zeigte er sich verändert: Er nahm seine Kraft zusammen und begann, energisch um sein Leben zu kämpfen. Im Zeugenstand

⁶⁸ Zu Kaltenbrunners Besuchen bei Hitler siehe die Aufzeichnungen, die Hitlers Kammerdiener, SS-Hauptsturmführer Heinz Linge, zwischen dem 14.10.1944 und dem 28.2.1945 über den Tageslauf und die Termine Hitlers führte. In: NARA, RG-242, T-84/22, EAP 105/19a.

⁶⁹ Airey Neave: On Trial at Nuremberg, Boston-Toronto 1978, S. 126, 130 und 222.

verteidigte er sich zwei Monate später mit folgenden Argumenten: Erstens sei seine Hauptaufgabe als Chef des RSHA lediglich die gewesen, den politischen Nachrichtendienst des Reiches neu zu organisieren; zweitens habe Himmler die Aufsicht über die Polizeiabteilungen des RSHA behalten und sei zusammen mit Pohl, Müller, Nebe und Eichmann verantwortlich für die Verbrechen, die ihm nun angelastet würden; drittens habe er gegen solches verbrecherische Verhalten protestiert, dies sei jedoch vergeblich geblieben, weil er nichts dagegen habe unternehmen können. Als man ihm belastende Befehle der Sicherheitspolizei vorlegte, behauptete er, sie seien Produkte Himmlers oder Müllers: Er wollte weder ihre Herkunft noch ihre Auswirkungen kennen. Nach der Vorlage von Dokumenten, die seine eigene Unterschrift trugen, versuchte er sich mit allen möglichen Tricks herauszureden. Mißlang ihm das, bestritt er einfach, sie unterzeichnet zu haben. Einer der stellvertretenden Richter gab privat zu, daß Kaltenbrunner „in [146:] manchen Punkten ... zweifellos recht“ hatte⁷⁰, doch letzten Endes waren – trotz aller Dementis – die Beweise zu umfangreich, daß Kaltenbrunner Aufsicht über das ganze RSHA und Verantwortlichkeit für alle dessen Funktionen innegehabt hatte, um ihn etwa freisprechen zu können.

Der starke Gegensatz zwischen Kaltenbrunners Benehmen am Anfang bzw. am Ende des Prozesses ist durch die Wiederentdeckung seines nationalsozialistischen Glaubens zu erklären. Der Haß, der sich zwischen ihm und seinem Verteidiger entwickelt hatte, trug zu dieser Befestigung Kaltenbrunners Weltanschauung zweifellos bei. Kurt Kauffmann – ein frommer, erzkonservativer Katholik mit starker Vorliebe für die aufklärungsfeindlichen, ultramontanen Tendenzen des katholischen Denkens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – verabscheute den Nationalsozialismus, in dem er den geistigen Auswuchs eines „wurzellosen Liberalismus“ im Sinne eines „anthropozentrischen Humanismus“⁷¹ zu erkennen vermeinte. Er verachtete Kaltenbrunner als lebendes Beispiel der schlimmsten nationalsozialistischen Exzesse. Kauffmann räumte vor dem Gerichtshof sogar Kaltenbrunners Schuld ein und suchte in seiner Argumentation auch nachzuweisen, daß diese offenkundige Schuld von der nebulösen, in seinen Augen ungerechten Beschuldigung des deutschen Volkes getrennt werden müßte, die sich aus den Anklagen gegen die „verbrecherischen Organisationen“ ergeben würde.

Zudem konnte Kaltenbrunner seinen Verteidiger auch persönlich nicht leiden. Er bezeichnete ihn als einen kleinen, feigen „Erzkatholiken“ und hielt ihn für „einen fanatischen politischen Gegner“. Er ließ eine Kopie des Entwurfes von Kauffmanns Schlußplädoyer aus dem Gefängnis schmuggeln, damit sein Bruder Roland in Linz sehen sollte, daß er sich „nicht nur gegen die Anklage, sondern auch gegen die Verteidigung zu wehren“ habe.⁷² Die Abneigung gegen Kauffmann veranlaßte Kaltenbrunner, seine „Memoiren“ zu schreiben, mit denen er sich seinen Kindern verständlich machen wollte, sowie in Briefen an Kauffmann dessen verächtliche Bemerkungen über das NS-Regime zu widerlegen. Einige der in diesen Briefen enthaltenen Bemerkungen über den Nationalsozialismus beweisen, daß er nichts bereute. Sie enthüllen aber – wenn auch in verzerrter Form – etwas von der Welt, in der er gelebt hatte und noch lebte.

So wies Kaltenbrunner Kauffmanns Charakterisierung des Nationalsozialismus als Kind des Rationalismus bzw. des Liberalismus entschieden zurück. Der Verteidiger solle lieber seinen Angriff „vor allem gegen den Amerikanismus und Bolschewismus richten“, da die „amerikanische Zivilisations-schablone und der bolschewistische Massenmaterialismus *die Ex-[147:]tremform der Ungläubigkeit* und der Hybris des selbtherrlichen Menschengestes“ darstellen würden. Der Nationalsozialismus sei mehr als „eine Reaktion auf den Liberalismus“ zu verstehen, denn er habe versucht, die Menschen aus der durch den Liberalismus entstandenen „unverantwortlichen Bindungslosigkeit wieder in verpflichtende Bindungen“ zurückzuführen. Seine Absicht sei gewesen, die als Folge der Französischen Revolution zu sehende „geistige und soziale Aufspaltung“ wieder aufzuheben und jeden einzelnen dazu zu bewegen, „den eigenen Individualismus zugunsten einer höheren Gemeinschaft und

⁷⁰ Siehe H. Montgomery Hyde: *The Life and Times of Lord Birkett of Ulverston*, New York 1965, S. 514.

⁷¹ Kauffmanns Entwurf des Schlußplädoyers vom Juni 1946, S. 12. In: Nachlaß Roland Kaltenbrunner (des Bruders von Ernst Kaltenbrunner). Siehe auch IMT, Bd. XVIII, S. 49.

⁷² Kaltenbrunner an Jodl vom 24.6.1946. In: Nachlaß Kaltenbrunner; Kaltenbrunner, „Memoiren“, S. 42. Siehe auch die undatierte handschriftliche Notiz als Beilage zum Entwurf Kauffmanns. in: Nachlaß Roland Kaltenbrunner.

Verantwortung zu überwinden“.⁷³ Auf die über hundert Jahre alte Tradition des völkischen Mystizismus zurückgreifend, wollte Kaltenbrunner im Nationalsozialismus einen lebendigen Glauben wahrgenommen haben, der die natürlichen Beziehungen zwischen den Menschen definiere.

Wenn Kaltenbrunner tatsächlich glaubte, was er im Nürnberger Gefängnis niederschrieb, darf seine persönliche Auffassung über den Nationalsozialismus wohl als „Religionsersatz“ bezeichnet werden. Ihm galt er als ein modernisiertes Surrogat der im Mittelalter üblichen Einheit von Kirche (geistlichem Leben) und Staat (politischem Leben), das die herkömmlichen Grenzen beider Sphären transzendierte. Kern dieser neuen Kraft, die anstelle Gottes und des Staates die Beziehungen zwischen Menschen auf der Erde bestimmen sollten, sei die „völkische Gemeinschaft“. Kaltenbrunner meinte, der Mensch existierte nicht „an sich“, sondern definiere sich durch seine Rasse. Daher würde der Nationalsozialismus „dem göttlichen Schöpfungsgesetz“ folgen, wenn er „die Rasse als Grundwert ... und die Völker als die gottgewollten Bausteine der Menschheit“ annehme. Das Bild des „vergeisteten Menschen“ zeige sich nicht „in der Rassenmischung, sondern im rassischen Individuum, das ... in die allgemein gültigen Menschheitswerte vorgedrungen“ sei.⁷⁴

Seinen Kindern stellte Kaltenbrunner diese Theorien in einfacheren, romantischeren Begriffen dar: „[Ich liebe] am Nationalsozialismus das Programm, nach dem wir angetreten sind, die edlen Motive seines Opfersinnes, sein Ziel, die Stände wieder einander näherzubringen, im Arbeitsdienst den Dienst an Mutter Erde hochzuhalten, im Erbhofgesetz den Jungbrunnen unseres Volkes zu sichern, den Arbeiter am Ertrag teilhaben zu lassen, die Leistung und nicht das Erbe zu belohnen, das Winterhilfswerk als Zeichen alle verbindender Kameradschaft, kurz, die Besinnung auf eigene Kräfte.“ Solche Überlegungen führten Kaltenbrunner zu einer grotesken, fast absurden Verbindung zwischen christlichem Ideal und Nationalsozialismus: Seine Kinder sollten das Glück haben, Freunde [148:] zu besitzen, denen der Nationalsozialismus „Nächstenliebe“ zu lehren vermöge.⁷⁵ Mit dieser unglaublichen Mischung aus einem einseitig verstandenen Johann Gottfried Herder, den der jüdisch-christlichen Morallehre entlehnten Werten und einer starken Dosis Pseudosozialismus, zusammengehalten durch einen dürftigen völkischen Mystizismus, wollte Kaltenbrunner der Nachwelt das „wahre Wesen“ des Nationalsozialismus übermitteln und zugleich die potentielle Gläubigkeit seiner Kinder gegen den in seinen Augen „ungläubigen“ Kauffmann bewahren.

Kaltenbrunner „philosophierte“ indessen wenig über das schreckliche Erbe des Nationalsozialismus: den entfesselten und verlorenen Krieg, die physische und politische Zerstörung des Deutschen Reiches, den Massenmord an Millionen unschuldiger Menschen, das teuflische Konzentrationslagersystem sowie seine brutale Ausbeutung der natürlichen, kulturellen und menschlichen Ressourcen Europas vor dem Hintergrund brutaler Eroberung und Unterdrückung. Die begangenen Taten nannte er „von mir nicht beeinflusste oder vorausschaubare ... Entartungen“⁷⁶, die Deutschland vom Kriege aufgezwungen worden waren. Er meinte weiter, daß der Nationalsozialismus nicht aufgrund seines politischen Schicksals beurteilt werden dürfe. Aus Hitlers Versagen als „Weltpolitiker“ könne „für die Existenz der von ihm vertretenen, nicht einmal originär geschöpften Ideen nichts gefolgert werden“. Hitler sei tot; es wäre eine völlig offene Frage, ob die Ideen, die er vertrat, mit ihm gestorben wären.⁷⁷

Kaltenbrunners erstaunliches Schweigen über den Massenmord an den europäischen Juden und über die Versklavung der slawischen Völker läßt den Verdacht aufkommen, daß er diese Handlungen des NS-Regimes doch nicht zu den „Entartungen“ des NS-Systems zählte, sondern zu „unausweichlichen“ Auseinandersetzungen wie jener mit dem Bolschewismus. Vielleicht hielt er die „Judenfrage“ für ein zu heikles Thema, konnte er doch vermuten, daß seine Kinder in einer anderen Welt aufwachsen würden, in der jeder Gedanke an die Abhängigkeit des Wertes eines von Menschen von seiner

⁷³ Kaltenbrunner an Kauffmann vom 24.6.1946, S. 12-14. In: Nachlaß Kaltenbrunner.

⁷⁴ Ebenda, S. 13. Zum Begriff Religionsersatz siehe Hans Buchheim: Glaubenskrise im Dritten Reich. Drei Kapitel nationalsozialistischer Religionspolitik, Stuttgart 1953, S. 38 f.

⁷⁵ Kaltenbrunner, „Memoiren“, S. 16 f.

⁷⁶ Kaltenbrunner an Kauffmann vom 24.6.1946, S. 12 f.

⁷⁷ Ebenda, S. 8 und 12.

„Rasse“ – zumindest prinzipiell – der Ablehnung verfällt und die aus rassistischen Gründen durchgeführten Vernichtungsmaßnahmen entschieden verurteilt werden.

An Kaltenbrunners Gefängnisaufzeichnungen fällt das völlige Fehlen eines Schuldbewußtseins auf. Ihn bewegte bemerkenswerterweise keine Spur von Reue oder auch nur eines Ansatzes von Nachdenklichkeit angesichts der Millionen unschuldiger Menschen, die vom NS-Regime ermordet worden waren oder infolge seiner Politik hatten sterben müssen. Diese erschreckende Gefühllosigkeit ist sicher vor allem durch einen psycholo-[149:]gischen Wiederaufbau jener totalitären Mythenwelt zu erklären, in der Kaltenbrunner sein Erwachsenenleben verbracht hatte. So zynisch das Leugnen seiner Verantwortung auch sein mochte, seine unglaubliche Verteidigung des Nationalsozialismus als Weltanschauung war nicht nur an seine Kinder und seinen Verteidiger, sondern auch an die eigene Person gerichtet. Kurz vor seinem Tod glaubte er, sich selbst im Lichte eines mythischen Urteils der Geschichte „rehabilitieren“ zu können. Wie er seinem Mitangeklagten Jodl schrieb, wäre es dann ein „herrliches Gefühl, ein Leben hinter sich zu haben, das Gefahr und Einsatzbereitschaft forderte und fand“.⁷⁸ Solch ein Gefühl schien ihm zu erlauben, dem Urteil des Gerichts, auf das es ihm nicht mehr ankam, tapfer, ja sogar gelassen entgegenzusehen.⁷⁹ Innerlich vermochte Kaltenbrunner, seinen nationalsozialistischen Glauben zurückzugewinnen: Wie er an Jodl schrieb, sollte niemand ihn „schwach finden“.⁸⁰

Am 1. Oktober 1946 wurde Kaltenbrunner für schuldig erklärt, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben und zum Tode verurteilt. Bedenkt man, was er getan hatte und was ihm vor Gericht nachgewiesen worden war, ist es – wohl auch fünfzig Jahre nach dem Prozeß – schwierig, dem Urteil zu widersprechen. Wer Kaltenbrunner jedoch freisprechen wollte, müßte entweder die Prinzipien der NS-Mythologie vollständig akzeptieren und seine Verbrechen nicht als Verbrechen, sondern als „notwendige militärischen Maßnahmen“ definieren oder den Beateuerungen des Angeklagten – trotz überwältigender gegenteiliger Beweise – Glauben schenken, er habe von den Verbrechen weder gewußt noch dafür Verantwortung getragen. Kaltenbrunner selbst besaß nicht die Frechheit, ersteres offen zu erklären, sondern nahm zu letzterem Zuflucht. Noch fünfzig Jahre danach, im Schatten der in Bosnien neuerlich begangenen Greuelthaten, erscheint das Urteil von Nürnberg ebenso gerecht wie unvermeidlich.

⁷⁸ Kaltenbrunner an Jodl vom 24.6.1946. In: Nachlaß Kaltenbrunner.

⁷⁹ Siehe die Augenzeugenschilderung der Schriftstellerin Rebecca West, der keine Sympathie für die Nationalsozialisten unterstellt werden kann. Rebecca West: *A Train of Powder*, New York 1955, S. 59 f.

⁸⁰ Kaltenbrunner an Jodl vom 24.6.1946. In: Nachlaß Kaltenbrunner.

[150:]

Manfred Weißbecker

ALFRED ROSENBERG

„Die antisemitische Bewegung war nur eine Schutzmaßnahme ...“¹

Am 12. Januar 1943 – die Schlacht um Stalingrad ging gerade unausweichlich ihrem Ende entgegen – da veröffentlichte der „Völkische Beobachter“ eine hochtrabend formulierte und überaus pathetische Huldigung. Sie galt Alfred Rosenberg. Allen Ernstes wurde anlässlich seines 50. Geburtstages verkündet, seine Weltanschauung sei nicht allein zum „lebendigen Ideengut“ der NSDAP, sondern weit darüber hinaus auch zu einer „Wegweisung kommender Geschlechter“ geworden. Ihren Gipfel erreichte die Lobeshymne in der Prophezeiung, mit Rosenberg würde sich „die geistige Wiedergeburt“ des 20. Jahrhundert vollziehen. Allerdings lebte der so Gepriesene und von Hitler als einer „der schärfsten Denker in Weltanschauungsfragen“² bezeichnete Faschist nicht mehr, als das Säkulum seine Mitte erreicht hatte; das 1945/46 tagende Militärtribunal der alliierten Kriegsgegner klagte ihn als einen der deutschen Hauptkriegsverbrecher in allen vier Punkten der Gerichts-Charta an und verurteilte ihn zum Tode durch den Strang. Zweiundfünfzigjährig starb er am 16. Oktober 1946.

Ganz im Gegensatz zu seinem unablässigen und bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges reichenden Bestreben, umfangreiche Machtpositionen innerhalb der nationalsozialistischen Partei und im Herrschaftsapparat des Dritten Reiches zu gewinnen, bemühte er sich während des Nürnberger Prozesses, für seine Person jegliche Verantwortung zu leugnen und alle Schuld an den faschistischen Verbrechen wie auch am Scheitern des Nationalsozialismus auf andere abzuwälzen. Schenkte man seinen Aussagen Glauben, so wäre er nichts anderes als der gutgläubige Anhänger einer richtigen Idee, der ahnungslose Verfechter einer „Schutzmaßnahme“ gegen die Juden sowie ein völlig einflussloser Politiker gewesen. Doch das Beweismaterial gegen ihn wog in jeder Hinsicht schwer. Es erlaubte den Richtern keinen anderen Urteilsspruch. Der Völkermord an den europäischen Juden, die Eroberungs- und Beutezüge sowie die grausamen Kriegsverbrechen in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten

¹ Siehe Gustave M. Gilbert: Nürnberger Tagebuch, Frankfurt a. M. 1995, S. 11.

Biographische Forschungen zu Rosenberg können sich auf umfassende Archivalien stützen, die insbesondere im Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK) und im Bundesarchiv Berlin-Zehlendorf (dem früheren Berlin Document Center, künftig: BABZ) zu finden sind. Außerdem stehen Rosenbergs autobiographische Aufzeichnungen aus seiner Nürnberger Haftzeit zur Verfügung, sofern sie bereits veröffentlicht wurden. Benutzt wird hier die Ausgabe „Letzte Aufzeichnungen. Ideale und Idole der NS-Revolution“ (Göttingen 1955), nicht aber die von Heinrich Härtle 1970 im Selbstverlag herausgebrachte Fassung, die den programmatisch-apologetischen Titel trägt „Großdeutschland. Traum und Tragödie. Rosenbergs Kritik am Hitlerismus“. Die meisten seiner Schriften sind erfaßt in: Das Werk Alfred Rosenbergs. Eine Bibliographie. Bearbeitet von Karlheinz Rüdiger, München 1942. In den Jahren 1934/35 und 1939/40 führte Rosenberg ein Tagebuch, das Hans-Günther Seraphim unter dem Titel „Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs“ 1956 in Göttingen herausgab. Benutzt wird hier die Taschenbuchausgabe München 1964.

Eine umfassende Biographie liegt bisher noch nicht vor. Dennoch sind Rosenbergs Lebensweg und sein Platz im Nationalsozialismus in Skizzen und Aufsätzen erhellt worden: zu ihnen gehören vor allem Joachim C. Fest: Alfred Rosenberg – Der vergessene Gefolgsmann. In: Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft, München 1963, S. 193 ff.; Reinhard Bollmus: Alfred Rosenberg – ‚Chefideologe‘ des Nationalsozialismus? In: Die braune Elite. 22 biographische Skizzen. Hg. v. Ronald Smelser und Rainer Zitelmann, Darmstadt 2./1990, S. 223 ff. Eine Teilbiographie stammt von Holger Germann: Alfred Rosenberg. Sein politischer Weg bis zur Neu-(Wieder-) Gründung der NSDAP im Jahre 1925, London u. a. 1988. Unter den großen monographischen Arbeiten, die auch zahlreiche Angaben zur Biographie Rosenbergs enthalten, ragen besonders die Arbeiten von Bollmus, Cecil, Baumgärtner, Iber, Kuusisto und Petzold hervor (Reinhard Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Stuttgart 1970; Robert Cecil: The Myth of the Master Race. Alfred Rosenberg and the Nazi Ideology, London 1972; Raimund Baumgärtner: Weltanschauungskampf im Dritten Reich. Die Auseinandersetzung der Kirchen mit Alfred Rosenberg, Mainz 1977; Seppo Kuusisto: Alfred Rosenberg in der nationalsozialistischen Außenpolitik 1933-1939, Helsinki 1984; Harald Iber: Christlicher Glaube oder rassischer Mythos. Die Auseinandersetzung der Bekennenden Kirche mit Alfred Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts“, Frankfurt a. M. u. a. 1987; Joachim Petzold: Die Demagogie des Hitlerfaschismus. Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur, Berlin 1982).

² Hitlers Lagebesprechungen. Hg. v. Helmut Heiber, Stuttgart 1962, S. 258 (8.6.1943).

wären ohne das völkisch-antisemitische Parteiprogramm, ohne die rassistische Weltanschauung der NSDAP nicht möglich gewesen. Zu deren Erarbeitung und [151:] Verbreitung, aber auch zu ihrer todbringenden Umsetzung in praktische Politik hatte Rosenberg entscheidend beigetragen.

Nur wenige konnten von sich sagen, Nationalsozialist sowohl der ersten als auch der letzten Stunde gewesen zu sein. Von Anfang an gehörte Rosenberg zum engsten Führungskreis der NSDAP. Und bis zum Schluß half er – an der Spitze zahlreicher Ämter stehend und keineswegs ein reiner „Idealist“³ oder „vergessener Gefolgsmann“⁴ Hitlers – die radikalen Konzepte zur Eroberung des angeblich notwendigen Lebensraumes für die Deutschen ideologisch-weltanschaulich zu begründen und politisch zu rechtfertigen. Seit dem Überfall auf die Sowjetunion unterstanden ihm als „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete“ deren Verwaltung, barbarische Ausplünderung und koloniale Beherrschung. Stets handelte er im Sinne eines verbrecherischen Programms, stets dominierte die grundsätzliche Übereinstimmung mit Hitler und den anderen Führern des Nationalsozialismus, wenngleich er sich in mancher Hinsicht von ihnen erheblich unterschied und der von ihm erstrebte machtpolitische Spielraum begrenzt blieb.

Alfred Rosenberg wurde am 12. Januar 1893 im estnischen Reval (dem späteren Tallinn) geboren. Er stammte aus einer wohlhabenden Kaufmanns-[152:]familie. Wie die Deutschbalten insgesamt zählte auch sie zu den dominierenden Kräften des seit Beginn des 18. Jahrhunderts zu Rußland gehörenden Baltens. Sein Vater leitete die Revaler Niederlassung einer reichen deutschen Handelsfirma, sein Großvater mütterlicherseits besaß eine Färberei. Zwar verlor Rosenberg früh seine Eltern, doch konnte er unbeschwert bei Verwandten aufwachsen, an die er sich stets gern erinnerte. Später plagte ihn – wie auch andere führende Nazis – die Tatsache, daß der Ahnennachweis seiner Familie offensichtlich nicht voll und ganz jenen weit in die Geschichte zurückreichenden Anforderungen entsprach, welche die Rassenideologen an ein reines Ariertum stellten. Gegen die Behauptung, in seinen Adern fließe „kein Tropfen deutschen Blutes“, da sich unter den Vorfahren seiner Großeltern nur Letten, Juden, Mongolen und Franzosen befinden würden, ging er offiziell nie vor.⁵

Rosenbergs Kindheit verlief weitgehend unbelastet von den Auseinandersetzungen, die es in den zum zaristischen Rußland gehörenden baltischen Ländern zwischen Deutschen, Russen, Polen, Litauern, Letten und Esten gab. Ja, er erinnerte sich später der von ihm besuchten Petri-Realschule in Reval sogar als einer „mustergültigen Friedensstätte der verschiedenen nationalen Jugend“.⁶ Überhaupt scheint sich seine spätere nationalistische und antisemitische Haltung weniger aus eigenen Erlebnissen und Eindrücken herausgebildet zu haben, vielmehr entfaltete sie sich aus der deutschtümelnden Grundstimmung seines persönlichen Umfeldes, vor allem jedoch aus der Lektüre jener antisemitischen Schriften, die es in Rußland wie in Deutschland zuhauf gab. Der philosophisch interessierte und ehrgeizige Jüngling verschlang sie aufmerksam.⁷

Nach dem Abitur begann Rosenberg 1910 an der Technischen Hochschule in Riga Architektur zu studieren. Als diese während des Ersten Weltkrieges nach Moskau übersiedelte, ging der einundzwanzigjährige Baltendeutsche mit ihr in die russische Metropole. Hier schloß er seine Ausbildung kurz nach der Oktoberrevolution mit einem „Diplom I. Ranges“ ab. Anschließend kehrte er zu seiner Frau – die Ehe war 1915 geschlossen worden⁸ – nach Reval zurück. Als hier deutsche Truppen einmarschierten, wollte er als Kriegsfreiwilliger in deren Reihen dienen, doch sein Antrag stieß auf Ablehnung. Im neu eröffneten deutschen Gustav-Adolf-Gymnasium fand er eine Anstellung als Zeichenlehrer. Von politischen Ambitionen war in jener Zeit noch nicht viel zu spüren, obgleich er sich später zu der Behauptung verstieg, Teile seines 1930 veröffentlichten und im Dritten Reich zum

³ Hans-Adolf Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik 1933-1938, Frankfurt a. M. 1968, S. SD.

⁴ Fest, Das Gesicht des Dritten Reiches, S. 193.

⁵ Wie dies um 1930 bekannt wurde und welche Rolle es in den Auseinandersetzungen um Rosenberg spielte, zeigt ausführlich Baumgärtner, Weltanschauungskampf im Dritten Reich, S. 6 ff.

⁶ Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen, S. 21.

⁷ Bollmus, ‚Chefideologe‘, S. 224.

⁸ Von ihr ließ er sich im Frühjahr 1923 scheiden – zeitgleich mit seiner offiziellen Einbürgerung in Deutschland. 1925 heiratete er erneut.

zweiten Standardwerk neben Hitlers „Mein Kampf“ erhobenen Buches über den „Mythus des 20. Jahrhunderts“ wären bereits 1917 entstanden.⁹ [153:] Auch unter seinen studentischen Corpsbrüdern der deutschen Verbindung „Rubonia“ – manche verdankten ihr später die Karriere – war er nicht sonderlich hervorgetreten. Das Ende des Ersten Weltkrieges, die zunehmenden sozialen und politischen Spannungen im Gefolge der russischen Oktoberrevolution sowie die Gründung eines selbständigen estnischen Staates veranlaßten ihn schließlich, nach Deutschland zu gehen; wie er 1945/46 in seinen Erinnerungen schrieb, wollte er „nicht wieder“ unter einer ihm fremden Staatshoheit leben.¹⁰ Im Dezember 1918 traf er in Berlin ein, reiste jedoch rasch – von der deutschen Hauptstadt wenig angetan und die ihm angebotene Arbeitsstelle in einem Architektenbüro ablehnend – nach München weiter.

Hier schloß sich Rosenberg bereits Anfang 1919 den um die agile, extrem rechtslastige Thule-Gesellschaft gruppierten antisemitischen Kreisen an. Eine Begegnung mit dem im völkischen Lager gefeierten Publizisten Dietrich Eckart gab offensichtlich den Ausschlag für seine weitere Tätigkeit. Gemeinsam verteilten sie Flugblätter gegen die Regierung des unabhängigen Sozialdemokraten Kurt Eisner, den sie als „jüdischen Dokumentenfälscher und sogenannten Ministerpräsidenten“ verunglimpften, gemeinsam attackierten sie die Münchener Räterepublik, den Weimarer Staat und den Friedensvertrag von Versailles. Seinem Beruf ging Rosenberg nicht nach. Im Gegenteil: Nichts trieb ihn zu geregelter Arbeit. Statt dessen fand er zunehmend Gefallen an der politischen Publizistik, sich mühselig davon ernährend, aber rasch an den Gedanken gewöhnend, daß er unter den neuen Bekannten schon seiner Herkunft wegen als Fachmann in allen Fragen gelten durfte, die das Judentum und Rußland betrafen. Den Beginn seiner politischen Karriere markieren kleinere Artikel in der von Eckart seit Dezember 1918 herausgegebenen Zeitschrift „Auf gut deutsch“, in denen er seine Beobachtungen in Rußland formulierte.

In der antisemitisch-antikommunistischen Münchener Nachkriegsszenerie lernte Rosenberg über Dietrich Eckart auch Anton Drexler kennen, den ersten Vorsitzenden der Deutschen Arbeiterpartei. Im Herbst 1919 trat er dieser Partei bei, erhielt die Mitgliedsnummer 625, die sich bei der Neugründung der Partei im Februar 1925 zur Nummer 18 wandelte. Als die NSDAP Ende 1920 den „Völkischen Beobachter“ erwarb, gehörte Rosenberg zu den Stützen der Redaktion. Er übernahm im Februar 1923 als Nachfolger Eckarts die Leitung des Hauptblattes der nationalsozialistischen Partei, die er, zwei Jahrzehnte lang – mit einer vom Sommer 1924 bis zum Februar 1926 reichenden Pause sowie mit wechselnden Bezeichnungen seiner Funktion – bis zu den letzten Ausgaben im April 1945 innehatte.

[154:] Bei Adolf Hitler bewunderte er von Anfang an, wie er 1935 in einem Lebenslauf schrieb, die Einheit von „sicherem Instinkt und zielklarem Wollen“. Er hätte sich sofort entschlossen, an dessen Seite zu kämpfen, da ihre Anschauungen so sehr „übereinstimmten, daß eigentlich gar keine Probleme in den großen Linien vorhanden waren.“¹¹ Zehn Jahre darauf, während des Nürnberger Prozesses, klang es in seinen letzten Aufzeichnungen etwas distanzierter und regelrecht abwiegelnd: „Ich müßte lügen, wollte ich behaupten, ich sei von ihm überwältigt worden, als bedingungsloser Anhänger, wie so viele erklären, als ihm schon Leistung und Name vorausgingen.“¹² Wie auch immer, er wurde rasch zu einem treuen Helfershelfer Hitlers, und er blieb es bis zuletzt. Bereitwillig ordnete er sich unter und erfüllte die ihm zugedachten Aufgaben mit großem Eifer. Allenfalls internen Papieren vertraute er gelegentlich an, wie er sich zunehmend vom „Führer“ unter seinem Wert beurteilt und ungerecht behandelt fühlte.

⁹ Alfred Rosenberg: Der Mythus des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit, München 1930, S. 3. Siehe auch ders.: Wie der Mythus entstand (1935). In: BAK, NS 8/22.

¹⁰ Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen, S. 312.

¹¹ Fragment eines unveröffentlichten biographischen Entwurfs aus den persönlichen Akten Rosenbergs von 1935. In: BAK, NS 8/20, Bl. 15 ff.

¹² Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen, S. 91. Noch 1943 durfte Alfred Bäumler in einer Einleitung zu den von ihm herausgegebenen Schriften Rosenbergs aus den Jahren 1917-1921 (München 1943, S. XXII) schreiben, Hitler habe „eine geradezu magische Wirkung“ auf Rosenberg ausgeübt und dieser in ihm „sogleich den seelischen und politischen Mittelpunkt eines neuen Deutschlands“ erblickt.

Seinem ersten Beitrag in Eckarts Zeitschrift gab Rosenberg 1919 den Titel „Die russisch-jüdische Revolution“, dem letzten die Bezeichnung „Das Verbrechen der Freimaurerei. Judentum, Jesuitismus, Deutsches Christentum“. Die hier bereits in Erscheinung tretende Verknüpfung von Antisemitismus und Antibolschewismus, eingebettet in eine später immer stärker hervortretende, nationalistisch-rassistisch begründete Ablehnung des Christentums und der Kirchen, sollte von nun an das Grundthema seines Politiker-Daseins, seines Schreibens und sonstigen Wirkens werden. Seine antisemitische Schlußfolgerung lautete schlicht: „Jeder Jude ist Antichrist, jeder wahrhafte Christ ist ein Antisemit.“¹³ Er gab vor, in Geschichte und Gegenwart ein unermüdliches und stets verschwörerisches Streben der Juden nach Weltherrschaft erkennen zu können, das nicht allein durch Publikationen wie die seinigen erhellt, sondern strikt zum Nutzen „deutscher Interessen“ bekämpft werden müsse.

Während der frühen zwanziger Jahre veröffentlichte Rosenberg eine Vielzahl kleinerer und größerer Broschüren. Vieles schien er für seine Schriften direkt den Pamphleten des russischen Antisemitismus entlehnt zu haben, vor allem den 1919 erstmals in Deutschland erschienenen und bereits als Fälschung entlarvten „Protokollen der Weisen von Zion“. In jedem seiner Texte verknüpfte er deutschvölkisch-rassistischen Antisemitismus mit einem militanten Antibolschewismus. Sein erstes größeres Pamphlet erschien 1922: „Pest in Rußland! Der Bolschewismus, seine Häupter, Handlanger und Opfer“ (aus deren Neuauflage er allerdings Mitte der dreißiger Jahre bereitwillig ganze Passagen strich oder kürzte) – sie hatten sich allzu deutlich als falsch erwiesen oder paßten nicht in die offizielle Politik der [155:] an die Macht gelangten Partei). Viele Erscheinungen der „jüdisch-bolschewistischen Pest“ führte er auf den russischen Volkscharakter zurück, in dem er einen „schlafenden anarchistischen Impuls“ aus jüdisch-mongolischem Erbe erkannt haben wollte. Die Probleme des russischen Vielvölkerstaates und insbesondere den ukrainischen Nationalismus deutete er als ein günstiges Mittel, das der angestrebten Zerschlagung des Bolschewismus und der Verstärkung des deutschen Einflusses in Osteuropa dienen könne.¹⁴

1923 publizierte Rosenberg eine Schrift, die sich direkt mit den „Protokollen der Weisen von Zion“ befaßte und mit der er wesentlich zur Verbreitung der wohl verhängnisvollsten Fälschung, die je gefertigt worden ist, beitrug. Sie beinhaltete detaillierte Angaben und ausführliche Kommentare zu dem angeblichen Plan einer Verschwörung, mit der jüdisch-freimaurische Kreise die Weltherrschaft erringen wollten.¹⁵ Die „Weisen“ hätten selbst als Ziel der Juden fixiert, mit allen Mitteln zu verhindern, „daß die Kriege Landgewinnung bringen“. Vieldeutig meinte Rosenberg gerade zu diesem Zitat, es solle doch vielen Deutschen noch einmal zu denken geben.¹⁶ Immer wieder behauptete er, der Bolschewismus in Rußland, der gesamte Marxismus und ebenso die Freimaurerbewegung wären Bestandteil und Mittel eines übermächtigen, furchterregenden jüdischen Weltmachtstrebens. In diesem Sinne stilisierte er alles zu einer existentiellen Bedrohung Deutschlands und Europas, der energisch zu widerstehen sei.

Obwohl sich beide Schriften gegen den auch in Deutschland verbreiteten Gedanken einer solidarischen Rußlandhilfe richteten und gegen jene Politiker der Weimarer Republik zu Felde zogen, die von der Notwendigkeit eines Bündnisses bzw. Handelsabkommens mit Rußland sprachen, erwähnte er den Rapallo-Vertrag, den Deutschland und Sowjetrußland im April 1922 abgeschlossen hatten, mit keinem Wort – möglicherweise ein frühes Zeichen seines ambivalenten, von innerer Unsicherheit geprägten Verhältnisses gegenüber praktischer Politik. Allerdings deutet nichts darauf hin, daß er seine Ergüsse nur als Theorie betrachtet haben könnte. Mit Verve und Konsequenz nutzte er den Antisemitismus, um aus dem traditionellen *Fremdenbild* von den Russen, das in Deutschland von widersprüchlichen Vorurteilen wie auch von gönnerhafter Überheblichkeit und Bereitschaft zur

¹³ Alfred Rosenberg: Das Verbrechen der Freimaurerei. Judentum, Jesuitismus und deutsches Christentum, München 1922, S. 174.

¹⁴ Rosenberg, Pest, S. 38.

¹⁵ Alfred Rosenberg: Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik, München 1923. Siehe dazu auch Michael Hagemeyer: Die „Protokolle der Weisen von Zion“. Einige Bemerkungen zur Herkunft und zur aktuellen Rezeption. In: Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems, Leipzig 1995, S. 195 ff.

¹⁶ Alfred Rosenberg: Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik, S. 48.

Zusammenarbeit charakterisiert war, ein ausgesprochen haßerfülltes, von mystifizierenden Stereotypen und gewaltmobilisierenden Klischees geprägtes *Feindbild* zu entwickeln. Seine „Pest“-Schrift beschloß er mit Worten, die jegliche Verständigungs- und Friedenspoli-[155:]tik ausschlossen: „Es gibt auch hier nur die eine Wahl: Vernichtung oder Sieg!“¹⁷ Es mußte 1945/46 dem Trick eines Roßtäuschers gleichen – möglicherweise auch einer naiven Selbsttäuschung –, als er von sich gab, eine „wörtliche Auslegung des Ausdrucks ‚Vernichtung‘ und ‚Ausrottung‘ ... nicht für menschenmöglich gehalten“ zu haben.¹⁸

In der Mitte der zwanziger Jahre, als die NSDAP von lebhaften innerparteilichen Debatten zum Thema „Rußland und wir“¹⁹ und zu einigen nationalbolschewistischen Thesen erschüttert wurde, vertrat Rosenberg seine Positionen strikt gegen Auffassungen aus dem Kreis der sogenannten Parteilinken um die Gebrüder Gregor und Otto Strasser. Diese unterschieden sich zwar nicht grundsätzlich, in einigen Aspekten aber doch recht erheblich von seinen Positionen und von denen Hitlers. Die „Parteilinken“ fühlten sich in gewisser Weise den russischen Revolutionären verwandt und standen – etwa im Sinne des jungkonservativen Publizisten Arthur Moeller van den Brucks – im Banne Rußlands als einem der großen Anziehungspunkte für deutsche Konservative. Gregor Strasser sprach sich sogar für eine „pro-russische Einstellung“ der Partei und die Parole aus: „Das deutsche Mitteleuropa – im Kampf gegen den Westen, mit vorläufiger Unterstützung des Ostens!“ Gleichzeitig wandte er sich vehement gegen jeden Antibolschewismus, der „instinktos“ deutsch-russische Bündnismöglichkeiten unberücksichtigt lasse. Joseph Goebbels, der damals seinen Schwenk zu Hitler noch nicht vollzogen hatte und als Sekretär Gregor Strassers tätig war, klagte Ende 1925, es sei mit „erbittertem Schmerz“ zu beobachten, „wie sogenannte deutsche Staatsmänner Brücke um Brücke nach Rußland zerschlagen“; sein Schmerz sei aber nicht deshalb so groß, weil er etwa den Bolschewismus und seine jüdischen Träger „lieben“ würde, sondern weil die Nationalsozialisten im Bunde „mit einem wahrhaft nationalen und sozialistischen Rußland“ den Anfang der „eigenen nationalen und sozialistischen Behauptung erkennen“. Von solchen Tönen wollte Rosenberg absolut nichts wissen; das später so besonders feindselige Verhältnis zwischen Goebbels und Rosenberg dürfte hier seinen Ausgangspunkt genommen haben ...

Rosenbergs antisemitisch-antibolschewistische Gedankengänge beeinflussten Hitler in den frühen zwanziger Jahren mehr, als lange Zeit in den Forschungen zur Geschichte der NSDAP angenommen worden ist. Das gilt insbesondere für die Verknüpfung seines antisemitisch-antibolschewistischen Weltbildes mit den expansiven „Lebensraum“-Ideen, die auf ein großgermanisches Reich und insbesondere auf die Eroberung und Kolonialisierung Rußlands zielten. jene häufig zitierten Passagen aus Hitlers „Mein Kampf“, [157:] die den Deutschen einen über die Grenzen von 1914 hinausreichenden „genügend großen Raum auf dieser Erde“ und eine zukunftsichernde Gewinnung von „Land im Osten“ versprachen, lassen sich auch auf Rosenbergsche Intentionen zurückführen. Und wie die Gedankengänge des „Chefs“ der NSDAP schlossen auch die seinigen Absicht und Bereitschaft ein, um der genannten Ziele willen Gewalt anzuwenden und Krieg zu führen. Ihm war bewußt, daß die bestehenden Grenzen nicht ohne militärische Mittel verändert werden konnten. Trotz aller seiner Empfehlungen, ideologische und „völkerpsychologische“ Gegebenheiten bei einer Durchsetzung deutscher Expansionsgelüste im Osten Europas zu berücksichtigen, dominierte bei ihm doch letztlich die Zustimmung zu nationalistischer Großmachtpolitik, zu Gewalt und Terror.

In Rosenbergs Bemühen um eine Zusammenführung von Idee und Tat kamen jedoch rasch die Grenzen seiner charakterlichen Voraussetzungen und persönlichen Fähigkeiten zum Vorschein. Wenn er von Hitler sagen zu können meinte, dieser sei ein „blutechter großer Träumer und zugleich ein lebensnaher Tatsachenmensch“²⁰, berührte er wohl insgeheim eine ihm als wunden Punkt erscheinende

¹⁷ Rosenberg, Pest, S. 96.

¹⁸ Letzte Aufzeichnungen, S. 314.

¹⁹ Das Folgende stützt sich weitgehend auf Manfred Weißbecker: „Wenn hier Deutsche wohnten ...“ Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP. In: Das Rußlandbild im Dritten Reich. Hg. v. Hans-Erich Volkmann, Köln u.a. 1994, S. 9-54.

²⁰ Alfred Rosenberg: Der deutsche Ordensstaat. Ein neuer Abschnitt in der Entwicklung des nationalsozialistischen Staatsgedankens, München 1934, S. 4.

Seite seines eigenen Charakters. Er mußte schon früh erfahren, wie es anderen gelang, seinem eigenen Ehrgeiz und Machtdrang zuvorzukommen und welche untergeordnete Rolle häufig seine parteioffiziell anerkannten weltanschaulichen Auffassungen im Kampf um Posten und Einfluß spielten. Obwohl er sich unmittelbar an der Seite Hitlers und mit der Pistole in der Hand am 9./10. November 1923 als Putschist hervorgetan hatte und von diesem persönlich mit der Aufgabe betraut worden war, die Partei bzw. einer ihrer Ersatzorganisationen zu führen, zeigte sich bereits im Jahre 1924, daß er die auf ihn delegierte Autorität nicht durchzusetzen verstand. Es gelang ihm kaum, die divergierenden Kräfte des nach der Niederlage zerstrittenen nationalsozialistischen und deutschvölkischen Lagers zusammenzuhalten. Als eine integrierende Figur zu wirken, war ihm offensichtlich nicht gegeben. Ihn selbst erregten jedoch alle Auseinandersetzungen und Intrigen in hohem Maße. Erstmals traten Unsicherheiten und Beklemmungen auf, die später sogar zu psychisch bedingten Erkrankungen führen sollten. Über Skrupellosigkeiten anderer konnte er sich nur schwer hinwegsetzen. Durch jede Verletzung dessen, was er als Theorie und Weltanschauung des Nationalsozialismus verstand, fühlte er sich persönlich getroffen und herabgesetzt; dennoch unterwarf er sich immer der Macht der Politik und den Mächtigen seiner Partei. Nicht unzutreffend nannte ihn Ernst Röhm gelegentlich einen „tölpelhaften Moralathleten“.²¹

[158:] In der 1925 wiedergegründeten NSDAP erhielt Rosenberg zunächst keine Funktion zugesprochen. Er profilierte sich von nun an vor allem auf außenpolitischem Gebiet und fühlte sich für die Ausarbeitung eines nationalsozialistischen Kulturkonzepts zuständig. Von ersterem zeugt seine 1927 veröffentlichte Schrift „Der Zukunftsweg einer deutschen Außenpolitik“, vom zweiten die umfangreiche Tätigkeit als Herausgeber nationalsozialistischer Zeitschriften. Seit 1924 erschienen unter seiner Leitung „Der Wettkampf. Monatsschrift für Weltpolitik, völkische Kultur und die Judenfrage aller Länder“, die zunächst als Ersatz für den verbotenen „Völkischen Beobachter“ gedacht war und bis 1941 als Zeitschrift existierte. Ferner gab er von 1929 bis 1931 die „Mitteilungen des Kampfbundes für deutsche Kultur“, von 1930 bis 1944 die „Nationalsozialistischen Monatshefte“ und von 1932 bis 1934 die „Deutsche Kulturwacht“ heraus. Wegen beleidigender Äußerungen und übler Nachrede wurde er bis 1931 sieben Mal rechtskräftig verurteilt, drei Verfahren wegen Verstößen gegen das Republikenschutzgesetz schwebten noch.

Rosenbergs „Zukunftsweg“ stellte zwar in wesentlichen Teilen nur eine Version seiner jüdenfeindlichen und antibolschewistischen „Fließbandproduktion“²² dar, enthielt aber dennoch ein klares und sehr konkretes außenpolitisches Programm zur Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges: „Die deutsche Außenpolitik muß wieder auf den deutschen Machtgedanken eingestellt werden ...“ Vom Jahr 1914 meinte er sagen zu müssen, daß es den „Beginn des börsianisch-bolschewistischen Vernichtungskrieges wider die weiße Rasse“ markiere. Auch wenn der Krieg verloren worden sei, ginge der „Wettkampf“ weiter. Und diesen müsse Deutschland unbedingt gewinnen, sonst wären die zwei Millionen deutsche Soldaten umsonst gefallen.²³ Rosenberg forderte vor allem, „Lebensraum im Osten“ zu erringen und ein neues Bündnissystem zu schaffen. Dem Weimarer Staat warf er vor, wortlos den Kampf für diese Ziele aufgegeben zu haben, stattdessen diene er „der schwarzen, der roten und der goldenen Internationale“. Zwar wäre es zur Zeit noch unmöglich, den vielfachen Ruf „Arier aller Länder vereinigt euch!“ zu erfüllen, doch müsse endlich dem Gedanken eines „starken nationalen Staatensystems“ nähergetreten werden. Dieses solle neben Deutschland und Italien auch England und die „künftige“ Ukraine umfassen und fähig sein, „die private Goldwährung des jüdischen Weltstaates zu stürzen.“ Frankreich sollte durch Bündnisse mit solchen Staaten, die an seiner Schwächung interessiert wären, isoliert und von einer Unterstützung Polens abgehalten werden. Gegen den westlichen Nachbarn gebrauchte er auch das Schreckgespenst einer „Afrikanisierung“ [159:] Europas. Wie Hitler an die Nachteile des Mehrfrontenkampfes von 1914/18 erinnernd, orientierte er für den kommenden Krieg auf ein Zusammengehen Deutschlands und Englands. Für seine rassistische Raum- und Bodenkonzeption schlußfolgerte er: „Das Britentum übernimmt den Schutz der weißen Rasse in

²¹ Brief Röhm an Dr. Heimsoth vom 3.12.1928. In: BABZ, B 325.

²² Kuusisto, S. 33.

²³ Rosenberg, Zukunftsweg, S. 19 und 144.

Afrika, in Indien und Australien; Nordamerika übernimmt den Schutz der weißen Rasse auf dem amerikanischen Kontinent, Deutschland aber in Zentraleuropa im engsten Bündnis mit Italien, welches die Aufsicht über das westliche Mittelmeer, die Herrschaft über die Adria erhält zwecks Isolierung Frankreichs und Niederschlagung der französischen Versuche, das schwarze Afrika gegen das weiße Europa in den Kampf zu führen.“²⁴

Als Rosenberg 1930 in den Reichstag gewählt wurde, delegierte ihn die auf 107 Abgeordnete angewachsene Fraktion der NSDAP in den außenpolitischen Ausschuß des Parlaments. Er reiste 1931/32 nach London und Rom. In der italienischen Hauptstadt referierte er auf Einladung der Königlichen Akademie zum Thema „Krisis und Neugeburt Europas“. Sein Vortrag war eine einzige Absage an die als lebensfremd diffamierten „Ideen von 1789“ und an jeglichen „universalistischen“ Europa-Gedanken. Stattdessen warb er erneut für ein geregeltes Miteinander von Deutschland, England, Frankreich und Italien gegenüber dem Rest des Kontinents: „Ein Gesetz der Selbsterhaltung des Ganzen bedeutet es, wenn die Kraftströme dieser großen Völker Rücken an Rücken nicht gegeneinander stehen: Deutschland nach Osten und Nordosten, Frankreich nach dem Süden, Italien nach Süd-Ost, Großbritannien über die Meere gerichtet. Die Behinderung des Wirkens einer der großen europäischen Kulturkräfte müßte von allen anderen als Anschlag auf das eigene Lebensinteresse gewertet und dementsprechend beantwortet werden. Erst so würde die Einheit Europas entstehen, das dann „nach außen, anderen Kontinenten und Rassen gegenüber“ in Erscheinung treten sowie „das Chaos und die Abfälle der Weltstädte“ erfolgreich bekämpfen könne.²⁵ Der schwache Versuch Rosenbergs, die Außenpolitik eines nationalsozialistischen deutschen Staates als einen Beitrag zur Sicherung von Frieden und Verständigung darzustellen, stieß fast überall auf Skepsis. Selbst Mussolinis Eindruck von Rosenberg soll negativ gewesen sein.²⁶ Von besonderen Erfolgen auf diesem Betätigungsfeld konnte also keine Rede sein ...

Doch ohnehin hatte sich Rosenberg neben seinen außenpolitischen Ambitionen mehr und mehr der Bestimmung ideologisch-weltanschaulicher Positionen des Nationalsozialismus sowie des rigorosen Kampfes seiner Partei gegen alle modernen Kultur Tendenzen der Zeit angenommen. Unter [160:] seiner Regie entstand 1927/28 der „Kampfbund für deutsche Kultur“, mit dem er sich gegen „rassefremdes Literatentum“ und alle neuen Erscheinungen in Musik und bildender Kunst wandte. Als Aufgabe des Bundes galt ihm die „Heranziehung bester artbewußter Zeitungen und Zeitschriften, Förderung heute unterdrückter deutscher Gelehrter und Künstler, Veranstaltung von Ausstellungen, Einwirkung auf Theaterspielpläne“.²⁷ Für den Förderkreis des Kampfbundes gewann er Leute, die im völkischen Lager klangvolle Namen besaßen, unter anderem den Architekten Paul Schultze-Naumburg (er wurde 1930 von Wilhelm Frick während seiner Amtszeit als thüringischer Minister zum Direktor der Bauhochschule Weimar ernannt, nachdem alle maßgebenden Vertreter des Bauhauses verjagt worden waren), den völkischen Literaten Adolf Bartels, den eine „deutsche Physik“ propagierenden Naturwissenschaftler Philipp Lenard, die Schriftsteller Guido Kolbenheyer und Hanns Johst, die Verleger Lehmann und Bruckmann sowie prominente Wagner-Verehrer aus Bayreuth.

Der Kampfbund, dessen Mitgliederzahl von anfänglich 300 auf 38.000 im Oktober 1933 stieg, sollte den „nationalsozialistischen Gedanken in Kreise ... tragen, die durch Massenversammlungen im allgemeinen nicht gefaßt werden“ konnten.²⁸ Es kam Rosenberg daher nicht so sehr darauf an, mit dem Kampfbund propagandistisch hervorzutreten. Doch er nutzte jede sich bietende Gelegenheit auch zu solchen Zwecken, wie sich beispielsweise im Juni 1930 zeigte, als ihm Frick ermöglichte, eine Tagung des Kampfbundes in Weimar durchzuführen. In der Partei wurde der Kampfbund wegen seines geringen propagandistischen Wertes allerdings nicht, sonderlich geschätzt. Er erntete mancherlei

²⁴ Rosenberg Zukunftsweg, S. 19 und 142 f.

²⁵ Alfred Rosenberg: Krisis und Neugeburt Europas. In: ders.: Blut und Ehre. Ein Kampf für die deutsche Wiedergeburt. Reden und Aufsätze 1919-1934. Hg. v. Thilo von Trotha, München 1934, S. 311.

²⁶ Kuusisto, S. 39.

²⁷ Baumgärtner, S. 13.

²⁸ Dies wurde auf dem NSDAP-Parteitag von 1927 gefordert, als es noch um den Versuch ging, eine Nationalsozialistische Wissenschaftliche Gesellschaft ins Leben zu rufen.

Vorwurf, nicht zuletzt auch den, in der Auswahl seiner Mitarbeiter – es ging um die aus der SA kommenden Gotthard Urban und Walter Stang – wenig Geschick bewiesen zu haben. Landsmannschaftliche Bindungen und „Gesinnungskontakte“²⁹ gaben vor allem den Ausschlag. 1933/34, als Goebbels die „Reichskulturkammer“ schuf und Robert Ley in der Deutschen Arbeitsfront das Werk „Kraft durch Freude“ in Gang setzte, vermochte Rosenberg weder seinen kulturpolitischen Führungsanspruch noch den Kampfbund länger am Leben zu halten.

Zum wichtigsten Ergebnis der Rosenbergschen Bemühungen um die Darstellung der nationalsozialistischen Weltanschauung geriet das 1930 erschienene umfängliche Werk „Mythus des 20. Jahrhunderts“, das er ursprünglich „Rasse und Ehre“ benennen wollte. Neben Hitlers „Mein Kampf“ galt es – obwohl parteiamtlich nie anerkannt – als das zweite Standardwerk des Nationalsozialismus und ist in einer Million Exemplaren ver-[161:]trieben worden. Bei der Wahl des Titels ließ sich Rosenberg von dem im völkischen Lager maßgebenden Buch des Germanophilen Houston Stewart Chamberlain über die „Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ leiten. Er hatte es bereits als Junge gelesen und beabsichtigte, es im Sinne seines „Lehrmeisters“ fortzuschreiben. Chamberlains Versuch, unter jeglichem Verzicht auf wissenschaftliche Methoden nachzuweisen, daß Jesus kein Jude, sondern ein Arier gewesen ist, zielte auf die Verknüpfung von Christentum und Rassismus. Abstruse Gedankengänge, verworrene Argumentationen, politisch zweischneidige Thesen und ein schwer verständlicher Stil kennzeichnen auch das pseudowissenschaftlich-mystizistische Traktat Rosenbergs, das die Weltanschauung des Nationalsozialismus und ihren rassistischen Kern zusammenfassen und zugleich in mystische Religionsvorstellungen einbetten sollte.³⁰ Wegen seiner dilettantischen „Philosophie“, der antichristlich-kulturkämpferischen Grundtendenz und seiner antikirchlichen Prämissen stieß das Buch allerdings selbst bei Hitler und anderen Parteiführern nur auf reservierte Duldung. Als der Autor in Nürnberg zu hören bekam, daß es überhaupt kaum einer der Mitangeklagten und – wie Dönitz bemerkte – nur ein Prozent seiner Marine-Offiziere gelesen hatte, brach für ihn eine Welt zusammen.³¹

Alle Überlegungen Rosenbergs gingen vom Ersten Weltkrieg aus. Dieser habe den Beginn einer Weltrevolution markiert, leider jedoch zugleich „die tragische Tatsache gezeigt, daß zwar Millionen ihr Leben opferten, dies Opfer aber anderen Kräften zugute gekommen ist, als wofür die Heere zu sterben bereit waren“. Nach der Katastrophe – darunter verstand er den inneren Zusammenbruch aller Staatssysteme von 1914 und aller Werte – und gefördert von der nationalsozialistischen Bewegung beginne jedoch das „Blut“ wieder lebendig zu werden. Es gehe „ein neuer Zellenbau der deutschen Volksseele vor sich. Gegenwart und Vergangenheit erscheinen plötzlich in einem neuen Licht und für die Zukunft ergibt sich eine neue Sendung. Geschichte und Zukunftsaufgabe bedeuten nicht mehr Kampf von Klasse gegen Klasse, nicht mehr Ringen zwischen Kirchendogma und Dogma, sondern die Auseinandersetzung zwischen Blut und Blut, Rasse und Rasse, Volk und Volk. Und das bedeutet: Ringen von Seelenwert gegen Seelen wert“.³²

Im „Mythus“ verkündete Rosenberg, alle Staaten des Abendlandes und ihre „schöpferischen Werte“ seien von den Germanen erzeugt worden. Hätten sich die aufgewühlten Schlammfluten der Mischlinge Asiens, Afrikas, des ganzen Mittelmeerbeckens und seiner Ausläufer“ durchsetzen können, wäre „der die Erde umgestaltende Genius des das Weltall erforschenden [162:] nordisch bedingten Menschen“ für ewig verloren gegangen.³³ Der nordischen Rasse schrieb er zu, alle wesentlichen Weltkulturen geschaffen zu haben. Diese wären jedoch überall und stets durch die jüdische Gegenrasse bedroht. Juda habe schon Hellas zerstört und zu Rom umgewandelt, und von Rom aus werde noch immer die jüdisch-orientalisch geprägte Lehre des Christentums verbreitet. Ihre Werte wie Mitleid und Liebe hätten den germanischen Höchstwert der Ehre zersetzt. Aus allem leitete er ein Herrschaftsrecht der nordischen Rasse ab, ebenso die These, daß über alles die Ehre der deutschen Nation gestellt werden müsse, da sie Ausdruck eines ursprünglichen nordisch-germanischen Wesens und

²⁹ Baumgärtner, S. 35.

³⁰ Petzold, Die Demagogie, S. 199.

³¹ Siehe Gustave M. Gilbert: Nürnberger Tagebuch, Frankfurt a. M. 1995, S. 262.

³² Rosenberg, Mythus, S. 1 f.

³³ Rosenberg, Mythus, S. 81 ff.

Wissens sei. Der Mythos des Blutes habe sich über die Jahrtausende hinweg erhalten, müsse aber nun im 20. Jahrhundert wieder erweckt werden.

Das mystisch-irrationalistische Gedankengebäude führte Rosenberg zur Forderung, daß die zwei Millionen Deutschen „nicht umsonst gefallen“ sein dürfen. Der Mythos des Blutes dieser toten Krieger müsse nunmehr „allein“ den künftigen Lebensrhythmus des deutschen Volkes bestimmen sowie „den neuen Typus des Deutschen züchten.“ Wie andere führende Nationalsozialisten auch – z. B. Heinrich Himmler, Richard Walther Darré und Dietrich Klagges – operierte Rosenberg mit den verworrenen Schlüsselbegriffen „Blut“ und „Rasse“. Trotz gewisser Variationen des Blutmythos stimmten sie alle darin überein, an die Arier als einem auserwählten Herrenvolk zu glauben, die Juden erbarmungslos zu hassen, Humanismus und Demokratie zu verachten, Macht und Gewalt zu verherrlichen. Christentum erschien ihnen nur in einer germanozentrierten, „rassereinen“ Religionsform denkbar.³⁴ Rosenberg kleidete dies auf den letzten Seiten seines Buches in die Worte: „Das feldgraue deutsche Volksheer war der Beweis für die mythenbildende Opferbereitschaft. Die heutige Erneuerungsbewegung aber ist das Zeichen dafür, daß noch Ungezählte zu verstehen beginnen, was die zwei Millionen toter Helden sind: die Märtyrer eines neuen Lebensmythos, eines neuen Glaubens schlechtweg. An die Stelle der Prunkuniform ist das feldgraue Kleid getreten, der ernste Stahlhelm. Die fürchterlichen Kruzifixe der Barock- und Rokokozeit, welche an allen Straßenecken verzerrte Gliedmaßen zeigen, werden auch nach und nach durch herbe Kriegerdenkmäler verdrängt ... Die Kraft, die von 1914-1918 *opferte, sie will jetzt gestalten.*“³⁵

Ein „Markstein der ... ewigen Deutschheit“ ist das Buch von seinen unkritischen Bewunderern genannt worden³⁶, während der Vatikan es rasch auf den Index verbotener Bücher setzte. Die Rosenbergsehe Apologie der nordisch-arischen Rasse und der deutschvölkische Germanenkult mußte mit [163:] Intentionen und Interessen der christlichen Kirchen kollidieren. Aus der evangelisch-lutherischen Kirche trat er Ende 1933 aus.³⁷ In seinem Wahn befangen, rechnete Rosenberg zwangsläufig zu den größten Aufgaben dieses Jahrhunderts die Formung einer „Deutschen Kirche“. In dieser sollten „an die Stelle alttestamentarischer Zuhälter- und Viehhändlergeschichten die nordischen Sagen und Märchen“ treten. In einer von der Parteiführung gewünschten Zusammenfassung seiner Thesen, versuchte er 1939 noch einmal, dies als den Kern seiner Auffassungen herauszuheben. Weltanschauung sei „Haltung, nicht Dogma“, und eine Haltung könne „mutig oder feige, stolz oder unterwürfig, frei oder knechtisch“ sein. Erziehungsgrundsatz der christlichen Kirchen sei, „De-Mut lehren und Furcht einflößen“, was ganz und gar im Gegensatz zu den germanisch-deutschen Forderungen nach „Mut und Stolz und Freiheit“ stehe. Die ursprüngliche absolute Macht des Christentums sei mit seiner Spaltung in mehrere Konfessionen zerbrochen, und dies habe sich „immer antideutscher“ ausgewirkt. Wer jedoch „eine einigere religiöse Haltung für alle Deutschen erstrebt, muß als Voraussetzung dafür die bisherigen Konfessionen überwinden“.³⁸

Nach dem 30. Januar 1933 erfuhr Rosenbergs beharrliches Karrierestreben neuen Auftrieb, jedoch zugleich auch manchen Dämpfer. Am 2. Juni 1933 ernannte ihn Hitler zwar zu einem „Reichsleiter“ der NSDAP, was aber relativ wenig tatsächliche Machtkompetenzen mit sich brachte. Immerhin wurde er mit diesem Titel in seiner Funktion als Chef des am 1. April 1933 eingerichteten Außenpolitischen Amtes der NSDAP (APA) aufgewertet. Eigentlich hatte ihm das Amt des Reichsaußenministers am Herzen gelegen, dieses blieb jedoch mit Konstantin Freiherr von Neurath einem konservativen Politiker vorbehalten und fiel später an Joachim von Ribbentrop. Besonders zu diesem trat er bereits 1933/34 in eine schmerzlich empfundene Konkurrenz, umfaßte doch dessen Dienststelle 300 Mitarbeiter und sein APA lediglich 80. Obwohl er das Amt als Parallelinstitution zum Außenministerium strukturierte, lief praktisch dessen Tätigkeit lediglich auf eine Beobachtung der Vorgänge in

³⁴ Holger Germann: Die politische Religion des Nationalsozialisten Dietrich Klagges. Ein Beitrag zur Phänomenologie der NS-Ideologie, Frankfurt a. M. u. a. 1995, S. 67 ff.

³⁵ Rosenberg, Mythos, S. 698 ff.

³⁶ Karlheinz Rüdiger: Das Werk Alfred Rosenbergs. Eine Bibliographie, München 1941, S. 18.

³⁷ Baumgärtner, S. 73.

³⁸ Das politische Tagebuch, S. 241.

Rumänien, England, Norwegen und der UdSSR hinaus. Als seinen Stabsleiter ernannte er Arno Schickedanz, einen Baltendeutschen aus dem studentischen Korps „Rubonia“ und zugleich einen seiner wenigen Duzfreunde. Mit Thilo von Trotha holte er einen weiteren Mann baltischer Abstammung, der sich nicht allein um die systematische Veröffentlichung Rosenbergscher Schriften Verdienste erwerben wollte, sondern bis zu seinem Tode 1938 dem Amt Norden im APA vorstand und die von Rosenberg sehr geschätzte Nordische Gesellschaft [164:] ausbauen half.³⁹ Georg Leibbrandt leitete die Ost-Abteilung, die unter strengster Geheimhaltung und mit Hilfe von Emigranten und Rußlanddeutschen Materialien sammelte bzw. ausarbeitete, auf deren Grundlage künftig der Vielvölkerstaat UdSSR aufzuteilen wäre. Im Vordergrund aller außenpolitischen Bemühungen Rosenbergs standen immer die ostpolitischen Pläne. Seine antirussische Haltung ging so weit, daß er nach der Errichtung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems sogar – natürlich mit gebotener Vorsicht – gegen Hitlers pragmatische Politik polemisierte bzw. diese zu konterkarieren versuchte.⁴⁰

Als das Regime nach dem Judenboykott der ersten Apriltage 1933 in erhebliche außenpolitische Schwierigkeiten geraten war, mußte auch der Antisemit Rosenberg etwas vorsichtiger taktieren. 1945/46 in Nürnberg sollte er allerdings mit der Behauptung auftreten, stets für eine „ritterliche Lösung“ der Judenfrage eingetreten zu sein. Solches gehe aus seiner Rede auf dem Parteitag der NSDAP von Anfang September 1933 hervor.⁴¹ Er log schlicht und einfach. Tatsächlich mußte er damals von anderen NS-Größen gebremst werden, was nicht einmal gelang. Goebbels hatte gemeint, den „Führer“ davor warnen zu müssen, daß Rosenberg als Redner auf dem Parteitag auftritt, der dem Judenproblem gewidmet sei; er selbst habe auch seine Rede „aus außenpolitischen Gründen“ abgemildert.⁴²

[165:] Rosenberg durfte dennoch seinen Vortrag halten. Unter dem Titel „Die rassische Bedingtheit der Außenpolitik“ benannte er die Judenverfolgungen im nationalsozialistischen Staat demagogisch als bloße „Wiederherstellung der elementarsten Gerechtigkeit dem deutschen Volke gegenüber ...“ Alle Erschütterungen der Zeit stellten sich ihm als „Rache der Natur“ an den bestehenden jüdischen Machtpositionen dar; klipp und klar und gar nicht „ritterlich“ orakelte er, in den Auseinandersetzungen würde am Ende immer die Natur siegen, „auch wenn sie Millionopfer fordert, ja, ganze Völker austilgt“.⁴³

Mit großer Energie, obgleich häufig in den konkreten Zielen wechselnd, baute Rosenberg einen für das geistige Leben in Deutschland einflußreichen Kontroll-Apparat des Diktaturregimes auf. Als er eine „vielfache Zerrissenheit in der Behandlung weltanschaulicher Fragen“ durch die an die Macht gelangte Partei beklagte, beauftragte ihn Hitler – wie verlautbart wurde, einem Vorschlag Leys entsprechend – am 24. Januar 1934 mit der „Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der Partei und aller gleichgeschalteten Verbände sowie des Werkes

³⁹ Baumgärtner, S. 17 ff.

⁴⁰ Als nach 1933 unvermeidbar die Diskrepanz zwischen Programm und Gegebenheiten hervortrat, hätte eine allzu stark der Ideologie entsprechende Politik die lediglich langfristig erreichbare Realisierung des Gesamtprogramms deutscher Revisions- und Expansionsansprüche gefährdet. Dabei unterlag selbst die Politik gegenüber dem verfemten Rußland nicht nur außenpolitischem, sondern auch einem rüstungswirtschaftlichen Kalkül. Führende NS-Politiker versuchten ab und zu, jedoch nur nadelstichartig, den zunächst vorherrschenden Pragmatismus zu attackieren. In einer Aktennotiz vom 6. September 1935 für den „Führer“ bezog sich Rosenberg auf eine Reichsleiter-sitzung, bei der Hitler „die Möglichkeit eines Schrittes in Moskau“ angesprochen und den Wunsch geäußert habe, sich über „das deutsch-russische Wirtschaftsverhältnis unterrichten zu lassen“. Dies trieb Rosenberg zu folgender Aussage: „Da ich auf Grund mehrjähriger Beobachtung der festen Überzeugung bin, daß der Führer hier von Seiten des Rußland-Ausschusses sehr einseitig unterrichtet werden wird, so habe ich das gesamte Aktenmaterial über diese Jahre der deutsch-russischen Verhandlungen zusammengestellt und über das neue 200 Millionen Kredit-Abkommen notwendige Feststellungen getroffen. Darüber hinaus eine genaue Darlegung der Art, wie gewisse Groß-Konzerne die mittlere deutsche Industrie in unerhörter Weise in dieser ganzen Frage behandelt haben. Es dürfte dem Führer von entscheidender Wichtigkeit sein, aktenmäßig darüber unterrichtet zu werden, in welcher Weise das nationalsozialistische Reich sich dazu hergibt, die Kriegsindustrie Rußlands auch noch durch technische Beihilfe zu unterstützen.“ (BAK, NS 8/175, Bl. 138).

⁴¹ Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen, S. 287.

⁴² Goebbels, Die Tagebücher, Teil I, Bd. 2, S. 461 (25.8.1933) und S. 463 (1.9.1933).

⁴³ Alfred Rosenberg: Die rassische Bedingtheit der Außenpolitik. In: ders., Blut und Ehre, S. 343 f. und 336 f.

„Kraft durch Freude““. Rosenberg schuf ein breit gefächertes System der „Schulung“ innerhalb der NSDAP. Zur besseren Auswahl und Ausbildung geeigneter Schulungsredner rief er eine „Reichsarbeitsgemeinschaft für die Schulung der gesamten Bewegung“ ins Leben. Außerdem gründete er im April 1934 eine „Zentralüberwachungsstelle“, deren Arbeit gleichfalls „ausschlaggebend für die geistige Haltung der gesamten Nation“ werden sollte. Mit ihrer Hilfe wollte er die Schulungsarbeit der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände sowie der Reichswehr überwachen. Er plante auch eine regelmäßige Inspektion von rund 50 Schulen, die bis dahin eingerichtet worden waren. Rosenberg unterstand ferner eine „Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums“, in der rund 200 Lektoren prüften, was auf den Büchermarkt gelangen durfte. Bis 1938 schlug sich das Ergebnis der Überwachung von rund 20.000 deutschen Schriftstellern, Publizisten usw. in der Zeitschrift „Die Bücherkunde“ nieder. Im „Kulturpolitischen Archiv“ des Beauftragten-Amtes sammelten sich im Laufe von zehn Jahren 60.000 „sorgfältig belegte Aktenvorgänge“ über kulturell tätige Personen an.⁴⁴ In den „Nationalsozialistischen Monatsheften“, die als wichtigste unter den Zeitschriften der NSDAP gegenüber dem Stand von 1931 eine Verfünffachung ihrer Auflagenhöhe erreichte, publizierte er häufig selbst, wobei seit Mitte der dreißiger Jahre außer ihm kaum noch andere führende Nationalsozialisten, sondern fast nur noch Mitarbeiter aus seinem Umkreis zu Wort kamen.⁴⁵ Sie bezogen sich häufig auf [166:] seine Schriften und begrüßten jede Neuerscheinung in emphatischen Rezensionen. Thilo von Trotha, der als Herausgeber der Rosenbergschen Reden und Schriften fungierte, pries ihn als „kristallklar logisch lehrenden Denker und Schriftsteller“ sowie als einen „ebenso überzeugende(n) Volksverkünder“.⁴⁶ Dennoch hielt er es für notwendig, jedem Traktat des so Gepriesenen eigene Erläuterungen und Kommentare hinzuzufügen ...

Schulung und Überwachung der gesamten Bewegung- aus dieser umfassenden, ausufernden und letztlich nicht zu bewältigenden Zielstellung erwachsen Rosenberg vielfältige Argumente für sein ehrgeiziges Machtstreben. Ihm selbst und seinen Mitarbeitern fielen stets neue Ideen ein, wie der ihm von Hitler erteilte Überwachungs-Auftrag erweitert und vertieft werden könnte. Jeder sich bietenden Möglichkeit wurde nachgejagt, tatsächliche und angebliche Notwendigkeiten führten zu neuen Konzepten und Denkschriften, zu Vorschlägen und Bitten an den „Führer“. Mit großer Willensstärke und hektischen Aktivitäten suchte er sein Amt auszubauen und mehr Weisungsrechte in Partei und Staat zu erringen. Dem dienten u. a. die im Laufe der Zeiten wechselnden, sich zumeist aufblähenden Vorstellungen, „Ordenskanzler der NSDAP“, „Reichsminister für Weltanschauung und Kultur“ oder „Generalbeauftragter des Deutschen Reiches zur Abwehr des Bolschewismus und zur Sicherung der nationalsozialistischen Weltanschauung“ und Chef einer „Hohen Schule“ der NSDAP zu werden.

Für Rosenbergs Machtstreben reichte weder das Außenpolitische Amt noch das mit dem umständlich und keineswegs eindeutig formulierten Titel eines Überwachungs-„Beauftragten“. Zwar hatte er einen erheblichen Spielraum zur Mitwirkung an Herrschaft und ideologischer Kriegsvorbereitung gewinnen können, doch stieß er bereits mit dem Erreichten, erst recht hingegen mit den Plänen zur Erweiterung seiner Befugnisse immer wieder an Grenzen. Diese ergaben sich nahezu zwangsläufig aus der angestrebten Totalität in der Beherrschung des geistigen Lebens in Deutschland, aus der verschwommenen Kompetenzverteilung im Dritten Reich und aus einer entschiedenen Gegnerschaft innerhalb der Nazi-Hierarchie. Zu seinen Machtkonkurrenten gehörten vor allem der Propagandaminister Joseph Goebbels, „Arbeitsfront“-Chef und NSDAP-Reichsorganisationsleiter Robert Ley, Rudolf Heß, der sich häufig über- und hintergangen fühlte, Ernst Wilhelm Bohle, der die Auslandsorganisation der NSDAP leitete, Joachim von Ribbentrop, der ebenfalls eine außenpolitisch orientierte Dienststelle leitete und im Februar 1938 zum Außenminister erhoben wurde, „Reichskirchenminister“ Hanns Kerrl und Bernhard Rust, der Mi-[167:]nister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Keinen Streit suchte Rosenberg mit den entsprechenden Institutionen der SS und des Sicherheitsdienstes. Mitunter gelang es ihm, mit dem einen oder anderen ein Abkommen zu schließen und

⁴⁴ Baumgärtner, S. 87 und 91.

⁴⁵ Matthias Benz: Die Nationalsozialistischen Monatshefte. Das philosophische Profil einer Zeitschrift im Nationalsozialismus. Diplomarbeit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1987, S. 14 f.

⁴⁶ Rosenberg, Blut und Ehre, S. 8.

das unbefriedigende Nebeneinander vertraglich zu regeln. Zeitweilig erhielt er Unterstützung durch Hermann Göring, an dem er „Tatkraft und Robustheit“ bewunderte⁴⁷, und Heinrich Himmler. Hitler verhielt sich ihm gegenüber sehr unterschiedlich: Häufig lobte er ihn, nie ließ er ihn fallen, aber er traf auch keine Entscheidungen, die voll und ganz Rosenbergs Wünschen entsprochen hätten.

So mündeten für Rosenberg alle Gegebenheiten des nationalsozialistischen Regimes immer wieder in neue und heftige Streitereien und Rivalitätskämpfe. Die Auseinandersetzungen – sie sind hier nicht im einzelnen darzustellen⁴⁸ – verstärkten sich jedoch auch durch die Art und Weise seiner Reaktion auf die Attacken und Intrigen. In ihr kamen Rosenbergs persönlicher Ehrgeiz und eine respektheischende Eitelkeit zum Vorschein, aber auch sein Hochmut, mit dem er anderen gegenüber auftrat und den man dem „Reichsleiter“ zumeist nur unterschwellig vorwarf. Sein pedantisch-intellektuelles Gehabe und eine um Bedeutsamkeit bemühte Sprechweise ließen ihn in den Augen anderer als humorlosen Doktrinär erscheinen. Manche Züge seines verletzlichen Wesens paßten kaum zu dem Erscheinungsbild der meisten NSDAP-Führer, erst recht nicht ein Bildungsstand, der – am allgemeinen Niveau der NSDAP-Führer gemessen – als hoch bewertet werden durfte. Gewiß nicht zufällig wurde ihm 1937 der Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft als erstem Lebenden verliehen; vorher war so nur der verstorbene Architekt Paul Troost geehrt worden. Obwohl die Inszenierung von der Verleihung des Friedens-Nobelpreises an den inhaftierten Pazifisten Carl von Ossietzky ablenken sollte, nahm Rosenberg sicher genüßlich zur Kenntnis, daß ausgerechnet Goebbels die Laudatio auf ihn vorzutragen hatte ...

Als „Gralshüter“ der nationalsozialistischen Weltanschauung – so verstand er sich selbst – geriet Rosenberg Ende August 1939 nach dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages in eine besonders zwiespältige Situation. Er konnte nicht einfach mit jener aalglatten, unbekümmerten Propaganda eines Goebbels' über die Diskrepanz zwischen dem „Russens-Vertrag“ und der antibolschewistisch-antirussischen Grundorientierung des deutschen Faschismus hinweggehen. Das alte Feindbild aufzugeben, kam für ihn nicht in Frage, aber ebensowenig war er willens und fähig, gegen die außenpolitische Taktik des „Führers“ zu verstoßen. Die [168:] Nachricht vom Vertragsabschluß traf ihn nicht unvermutet, vertraute er doch seinem Tagebuch am 22. August an, schon „vor einigen Monaten“ mit Göring über diese „Eventualitäten“ gesprochen zu haben. Vor den möglichen weitreichenden Folgen wurde ihm jedoch bang. Er befürchtete eine „moralische Achtungsverminderung“, vermißte „alle Würde“ in der Berichterstattung der deutschen Presse und empfand die „Umärmelung“ mit den Russen „mehr als peinlich“. Zu persönlichen Konsequenzen trieb es ihn nicht, er wollte statt dessen schlicht abwarten, wie sich die Dinge entwickeln würden.⁴⁹

Als Ende 1939 im Amt Osten seiner Behörde über einen Entwurf von „Richtlinien für die Verlage“ debattiert und darin festgehalten wurde, es sei nicht nötig, antibolschewistische Literatur „voreilig aus dem Buchhandel zurückzuziehen oder sie sogar einstampfen zu lassen“, entschied Rosenberg gegen diesen Entwurf.⁵⁰ Diese Anpassung an die gegebenen Verhältnisse hinderte ihn allerdings nicht, den Mangel an Kenntnissen über die tatsächliche Situation in Rußland zu beklagen und weiterhin Material zu sammeln, das eines Tages von Nutzen sein konnte. Am 5. Oktober 1940 schrieb er an Hermann Göring – um ein günstiges Verhältnis zu diesem bemüht – und berichtete ihm über ein Gespräch, das er kurze Zeit zuvor mit Hitler zu seinen Forschungsergebnissen über „Staatssystem und Parteaufbau in der Sowjet-Union“ gehabt habe. Darin sei „zum ersten Mal auf Grund langjähriger Arbeiten ein sachlich einwandfreies Bild vom Aufbau im Osten“ gegeben worden.⁵¹ Auch hier

⁴⁷ Zit. n. Bollmus, Das Amt Rosenberg, S. 129 (nicht enthalten in: Das politische Tagebuch).

⁴⁸ Siehe dazu vor allem Bollmus, Das Amt Rosenberg. Gegen dessen These, Rosenberg habe eine geringe Bedeutung für das nationalsozialistische Herrschaftssystem besessen, wendet sich Baumgärtner (S. 4) entschieden mit dem Vorwurf, Bollmus klammere aus seinen Untersuchungen, die prägend für die These von Polykratie und Ämterchaos im Dritten Reich geworden ist, unzulässig den ideologischen Aspekt aus.

⁴⁹ Das politische Tagebuch, S. 89 f.

⁵⁰ BAK, NS 43/11, Bl. 6 f.

⁵¹ BAK, NS 6/167, Bl. 60.

schwangen Geltungssucht und verletzte Eitelkeit mit, dennoch traf die Charakterisierung des Materials durchaus zu.⁵²

Auch in dieser Zeit befaßte sich Rosenberg mit Plänen für die Sicherung und den Ausbau seines Amtes. Mit dem Argument, der am 1. September 1939 entfesselte Krieg bedeute vor allem einen „Seelenkampf ganzer Völker“⁵³ wollte er erreichen, daß ihm der „Schulungsapparat der Gesamt-Bewegung ... unmittelbar und befehlsmäßig“ unterstellt wird. Seine wiederholt gestellten Anträge fanden bei Hitler Anklang, aber die Bestätigung zog sich lange, für Rosenberg allzu lange hin. Am 19. Februar 1940 notierte er in seinem Tagebuch: „In letzter Zeit bin ich nicht recht arbeitsfähig. Solange die Entscheidung über meinen Antrag nicht gefallen ist, habe ich keinen Auftrieb.“⁵⁴ In mehreren Aussprachen erläuterte ihm Hitler schließlich im Januar und Februar 1940 seine ablehnende Haltung; er verwies auf inständige Bitten Mussolinis, in Deutschland „nichts gegen die Kirche zu unternehmen“, da ihm solches in Italien sehr schaden würde und keinen Krieg an deutscher Seite erlaube, und bat den Enttäuschten, weitere entscheidende Entwicklungen abzuwarten. Dazu notierte Rosenberg, er habe [169:] sich „selbstverständlich derartigen Ausführungen nicht verschlossen“.⁵⁵ Es gab nicht einmal Grund, unzufrieden zu sein: Hitler unterschrieb auf Anhieb eine von Rosenberg vorbereitete Anordnung, derzufolge alle Dienststellen von Partei und Staat den Vorbereitungsarbeiten für die nach dem Kriege zu errichtende „Hohe Schule“, besonders auf dem Gebiet der Forschung und der Errichtung von Bibliotheken, „jede Unterstützung angedeihen“ zu lassen hatten.⁵⁶ Auf Rosenbergs Initiative wurden Forschungsinstitute der „Hohen Schule“ ausgebaut oder neu gegründet. Dazu gehörten das Institut zur Erforschung der Judenfrage in Frankfurt, das Institut für Religionswissenschaft in Halle, das Institut für Überseeforschung in Hamburg, das Institut für nationalsozialistische Volkspflege in Marburg, das Institut für Indogermanische Geistesgeschichte in Schelklingen/Württemberg, das Institut für Biologie und Rassenlehre. Die Zentralbibliothek der „Hohen Schule“ arbeitete in St. Andrä bei Villach/Kärnten. Weitere Forschungsstellen widmeten sich Gebieten wie der Erziehungswissenschaft, den Bäuerlichen Lebensformen, dem Bäuerlichen Handwerk, der Deutschen Volkssprache oder der Mythenkunde.⁵⁷

In mehrfacher Hinsicht beteiligte sich Rosenberg auch direkt am Kriegsgeschehen der ersten Jahre. Er taktete sich geschickt in die Vorbereitungen für den Überfall auf Norwegen ein, nachdem er dem „Führer“ im Dezember 1939 ein Gespräch mit Vidkun Quisling, dem Leiter der faschistischen Nasjonal Samling in Norwegen, vermitteln konnte.⁵⁸ Während des Feldzuges gegen Frankreich entdeckte er sogar eine völlig neue Möglichkeit, aktiv zu werden. Unter dem Vorwand, „herrenlos“ gewordenes jüdisches Eigentum sicherstellen zu wollen, begann unter seiner Leitung ein „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg“ (ERR) zunächst in Frankreich, später auch in den anderen besetzten Gebieten jüdische Kunstsammlungen oder die von angeblichen Gegnern der deutschen Besatzungsmacht zu plündern. Am 20. März 1941 berichtete er voller Stolz an Hitler, daß fünf Tage zuvor ein aus Frankreich kommender Sonderzug mit 25 D-Zug-Gepäckwagen im Lager Neuschwanstein eingetroffen sei, der „in der Hauptsache den wichtigsten Teil der Sammlungen Rothschild, Seligmann, Bernheim-Jeune, Halphen, Kahn, Seil-Picard, Wildenstein, David-Weill, Levy-Benzion“ umfaßt habe.⁵⁹ Insgesamt verbrachte sein „Einsatzstab“ während des Krieges aus den besetzten Gebieten rund 27.000 mit geraubtem Gut vollbeladene Eisenbahnwaggons nach Deutschland. Mit zahllosen Gemälden und anderen

⁵² Rosenbergs Analyse stützte sich u. a. auch auf eine systematisch, unter Eid sowie ohne „jede propagandistische Tendenz“ erfolgte Befragung von 3400 Rückkehrern, die seit 1937 die UdSSR verlassen hatten. BAK, NS 8/217, Bl. 156.

⁵³ Bollmus, Das Amt Rosenberg, S. 128.

⁵⁴ Das politische Tagebuch, S. 123.

⁵⁵ Ebenda, S. 124

⁵⁶ Ebenda, S. 121. Siehe auch die interne Anordnung Rosenbergs „Vorläufige Arbeit der Hohen Schule“ vom 26.6.1940. In: BAK, NS 8/128.

⁵⁷ Baumgärtner, S. 31 f.

⁵⁸ Siehe Hans-Dietrich Looek: Quisling, Rosenberg und Terboven. Zur Vorgeschichte und Geschichte der nationalsozialistischen Revolution in Norwegen, Stuttgart 1970.

⁵⁹ Charles de Jaeger: Das Führer-Museum. Sonderauftrag Linz, München 1988, S. 122.

Kunstgegenständen bereicherte er Hitlers und Görings Sammlungen, mit den beschlagnahmten Bibliotheken die Außenstellen und Institute der „Hohen Schule“.

[170:] Im Nürnberger Prozeß sollte jedoch neben Rosenbergs aktiver Beteiligung an der Vorbereitung des Überfalls auf Norwegen und seiner Tätigkeit als Kunsträuber vor allem die umfangreiche okkupationspolitische Tätigkeit als „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete“ – dazu war er am 17. Juli 1941 ernannt worden – eine ausschlaggebende Rolle spielen.

Offensichtlich war Rosenberg frühzeitig von der seit Sommer 1940 feststehenden Absicht Hitlers informiert, die UdSSR zu überfallen. Darauf lassen seine Aktivitäten vom Herbst 1940 schließen, doch bis zum Frühjahr 1941 vollzog sich die konkrete Planung nur im engeren Führungskreis um Hitler. Einen der ersten Versuche, NSDAP-Schulungskader andeutungsweise zu informieren, unternahm Rosenberg am 25. März 1941. Auf einer Tagung der „Reichsarbeitsgemeinschaft für die Schulung der gesamten Bewegung“ erläuterte er, weshalb sich Deutschland während der dreißiger Jahre „in eine gewisse Kreuzzugsstimmung hineingesteigert“ habe, obwohl damals für den eigentlichen geschichtlichen Auftrag, die Verhältnisse in Rußland zu ändern, noch keine ausreichenden Voraussetzungen vorhanden gewesen wären. Inzwischen sei aber auch von den alten Parteimitgliedern begriffen worden, „daß die Selbsterhaltung des deutschen Raumes wichtiger war als diese vorgeschobene ideologische Stellung“ des Antibolschewismus. An dieser Stelle des Vortrages machte er einen bezeichnenden Zusatz: „Vorläufig wurde in Behandlung dieser Frage auch ein Ausweg geschaffen, nämlich durch die Judenfrage.“ Das Wissen seiner Zuhörer über deren Behandlung setzte er schlicht voraus. Dann sprach er mit dem Blick auf den deutsch-russischen Nichtangriffspakt vom „Gesetz des Krieges“ und davon, daß dieses auch über „Fragen der weiteren Ausgestaltung unserer Weltanschauung unbedingt hinweggegangen“ sei. Die Schulungsleiter der Partei müßten aber nun wissen, daß das nur als ein „politischer, militärischer und geistiger Ausnahmezustand“ zu betrachten sei, der an der „prinzipiellen Haltung auf keinen Fall etwas ändern darf“. Gleichzeitig forderte er mehr oder weniger offen dazu auf, „nüchtern“ zu beobachten, wie die deutsche Berichterstattung über die Sowjetunion „im Abflauen begriffen“ sei.⁶⁰

Zum Zeitpunkt dieser Rede konnte Rosenberg bereits eines neuen Auftrags seines „Führers“ gewiß sein. Als die Vorbereitungen für den Plan „Barbarossa“ in militärischer Hinsicht so gut wie abgeschlossen waren, ließ ihn Hitler Anfang April 1941 wissen, daß er ihn „in irgendeiner Form als politischen Berater entscheidend einschalten“ wolle. Offensichtlich war der „Führer“ mit der Denkschrift, die ihm Rosenberg über die Ziele und Methoden einer künftigen deutschen Besatzungspolitik im Osten am 2. April vor-[171:]gelegt hatte, grundsätzlich einverstanden. Rosenberg wies darin den unmittelbaren ökonomischen Gewinnzielen den Primat zu, bemühte sich jedoch auch, diese mit seinen Vorstellungen über einer längerfristige „Neuordnung“ der europäischen Teile der UdSSR in Übereinstimmung zu bringen. Die politischen Ziele des geplanten Krieges besäßen – so hieß es in seiner Denkschrift – „natürlich nur nach Sicherstellung der zur Fortführung des Krieges für das Großdeutsche Reich eben notwendigen kriegswichtigen Lieferungen aus dem zu besetzenden Gebiet Geltung ...“ Gleichzeitig empfahl er, der Ukraine als dem wichtigsten unter den auszuplünderten Gebieten einen Sonderstatus einzuräumen: Die „gesicherte Belieferung des Deutschen Reiches mit Rohstoffmaterialien und Lebensmitteln (könnte) durch eine verständnisvolle Sonderbehandlung der betreffenden Volkstümer auf die Dauer gesehen mit weniger Kraftmitteln erreicht werden, als wenn unter Außerachtlassung dieser völkischen und politischen Situation nur mit den Mitteln der militärischen oder Polizeimacht die Lösungen dieser Aufgabe erzwungen werden“.⁶¹

Was Hitler im einzelnen dazu bewogen hat, Rosenberg am 20. April zum „Beauftragten für die zentrale Bearbeitung der Fragen des osteuropäischen Raumes“ und schließlich zum „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete“ zu berufen, läßt sich kaum erhellen. Offensichtlich galt Rosenberg nicht nur als „Partei-Philosoph“, sondern nach wie vor auch als versierter Fachmann, ohne dessen Kenntnisse und Verbindungen der Aufbau einer deutschen Zivilverwaltung in den zu erobernden Teilen der

⁶⁰ BAK, NS 8/63, Bl. 188 f.

⁶¹ Dok. 1024-PS, IMT, Bd. XXVI, S. 548 und 562.

UdSSR nicht bewerkstelligt werden konnte. Möglicherweise gehört die Ernennung auch zu jenen Entscheidungen innerhalb der faschistischen Führung, die im Hochgefühl der Siegeszüge und in der weit verbreiteten Unterschätzung des als „Koloß auf tönernen Füßen“ charakterisierten Gegners getroffen wurden. Auf jeden Fall waren jetzt wieder die extremsten und militantesten Formen des nationalsozialistischen Antibolschewismus und Antisemitismus gefragt, wofür sich der Einsatz Rosenbergs in besonderem Maße anbot. Für Hitler könnte ebenso der Gedanke eine Rolle gespielt haben, dem schon so lange und nachdrücklich ein Ministeramt ansteuernden Rosenberg endlich einmal entgegenkommen und frühere Zurücksetzungen ausgleichen zu wollen. Möglicherweise darf sogar ein gewisses Maß an Dankbarkeit Hitlers dafür vermutet werden, daß sich Rosenberg mit öffentlichen Äußerungen gegen den deutsch-sowjetischen Vertrag zurückgehalten hatte.

Wie auch immer, ausschlaggebend war die weitgehende Übereinstimmung in den expansionistischen und rassenideologischen Zielen zwischen Hitler [172:] und Rosenberg. Beide waren der Auffassung, daß die Völker des Ostens in erster Linie die Aufgabe hätten, dem deutschen Eroberer „wirtschaftlich zu dienen“. Mit allen Mitteln sei „wirtschaftlich aus den besetzten russischen Gebieten herauszuholen, was sich herausholen lasse“. Wie Hermann Göring, Heinrich Himmler und Martin Bormann unterstützte er von den unterschiedlichen „Beuteplänen“ jene weitreichendsten, die Hitler in einer Beratung mit ihnen sowie mit Hans Heinrich Lammers, dem Chef der Reichskanzlei, und Wilhelm Keitel, dem Chef des Oberkommandos der [173:] Wehrmacht, am 16. Juli 1941 formuliert hatte. Nach ihrer gemeinsamen Auffassung sollte es grundsätzlich darauf ankommen, „den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können“.⁶²

Solche Vorstellungen von einer riesigen, ertragreichen deutschen Kolonie im Osten entsprachen voll und ganz dem Kern der Rosenbergschen Konzeption. Zwei Tage vor dem Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion verdeutlichte er vor „engsten Beteiligten am Ostproblem“, daß die Ernährung der Deutschen „an der Spitze der deutschen Forderungen im Osten“ stehe. Dem fügte er in aller Offenheit hinzu: „Wir sehen durchaus nicht die Verpflichtung ein, aus diesen Überschußgebieten das russische Volk mit zu ernähren. Wir wissen, daß das eine harte Notwendigkeit ist, die außerhalb jeden Gefühls steht. Zweifellos wird eine sehr umfangreiche Evakuierung notwendig sein und dem Russentum werden sicher sehr schwere Jahre bevorstehen.“⁶³

Mit dem Reichsministerium für die besetzten Gebiete schuf die Naziführung eine Behörde, die in keinem der von der Wehrmacht eroberten europäischen Gebiete ihresgleichen hatte. Die ministerielle Verantwortungswahrnehmung für die „gesamte Verwaltung im zivilen Bereich“ in einem Territorium orientierte sich am britischen Kolonialapparat und verriet allein dadurch die umfassenden, langfristigen Ziele der deutschen Okkupations- und Ausplünderungspolitik. Nach dem Plan Rosenbergs gliederte sich die „Zivilverwaltung“ der besetzten sowjetischen Gebiete in die Reichskommissariate Ostland (es umfaßte die baltischen Sowjetrepubliken und einen Teil Belorußlands) und Ukraine, die sich wiederum in General-, Gebiets- und Stadtkommissariate aufteilten. Weitere Reichskommissariate sollten noch hinzu kommen. Die Minister-Befugnisse Rosenbergs waren allerdings durch die anderer militärischer, sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Instanzen eingeschränkt. In allen wirtschaftlichen Belangen hatte Göring als „Beauftragter für den Vierjahresplan“ und Leiter des im Februar 1940 gebildeten „Wirtschaftsstabes Ost“ das Sagen. Die Aufgaben der Polizei wurden den „Höheren SS- und Polizeiführern“ bei den Reichskommissaren zugeordnet und unterstanden dem Reichsführer der SS. Dieser hatte sich sogar von Hitler eine Zusage besorgt, daß er sich von Rosenberg nur in den Ostdingen beraten lassen brauche, aber ihm „nicht unterstellt wäre“. In einem Brief an Bormann hatte er apodiktisch erklärt: „Mit oder unter Rosenberg zu arbeiten ist bestimmt das Schwierigste, was es in der NSDAP gibt.“⁶⁴

⁶² Verbrecherische Ziele – verbrecherische Mittel! Dokumente der Okkupationspolitik des faschistischen Deutschlands auf dem Territorium der UdSSR /1941-1944), Moskau 1963, S. 59 f.

⁶³ BAK, R 6/6, Bl. 68 f.

⁶⁴ Zit. nach Baumgärtner, S. 23.

[174:] Für sein Ministerium veranschlagte Rosenberg 5000 Mann als Personalbedarf. Seine Beamten sollten feldgraue Uniformen und militärische Dienstgrade im Rahmen eines „Ostführerkorps“ tragen⁶⁵, doch dies scheiterte am Widerstand der Wehrmacht, es blieb bei einer braungelben und an die SA-Kluft erinnernden Ausstattung. Den Grundstock seiner leitenden Mitarbeiter übernahm er aus dem Außenpolitischen Amt der NSDAP. Als sein Stellvertreter fungierte Alfred Meyer, der NSDAP-Gauleiter von Westfalen-Nord und Reichsstatthalter von Schaumburg-Lippe, der sich in den Augen Rosenbergs offensichtlich durch seine sture Haltung im Kampf gegen den Bischof von Münster, Clemens Graf von Galen, bewährt hatte. Als Leiter seines Stabes wählte der Minister Arno Schickedanz. Die Hauptabteilung Politik übertrug er an Georg Leibbrandt. Zu dessen Vertreter wurde der Berufsdiplomat Otto Bräutigam ernannt, der zugleich für die Verbindung zum OKW zuständig war und sich als treibende Kraft bei manchen der zahllosen Denkschriften und Briefe Rosenbergs hervortat. Die Hauptabteilung Wirtschaft leitete für den industriellen Bereich Gustav Schlotterer, für den landwirtschaftlichen Sektor Hans-Joachim Riecke. Schlotterer war ein Jahr zuvor im Reichswirtschaftsministerium für wirtschaftliche Probleme der „Neuordnung Europas“ verantwortlich gewesen und nun auch zum Chef der Ostabteilung dieses Ministeriums avanciert. Mit zahllosen Erlassen sicherten Rosenberg und Schlotterer die Übernahme sowjetischer Betriebe durch deutsche „Ostgesellschaften“, die ausdrücklich als „Übergangserscheinung auf dem Wege vom russischen Staatseigentum zum verpflichtenden Privateigentum, von kriegswirtschaftlicher zu kolonialer Nutzung“ definiert wurde.⁶⁶

Das okkupationspolitische Konzept Rosenbergs wich von dem Hitlers anfänglich nur in taktischen Nuancen, später gravierender ab. Niemals nahm es jedoch alternativen Charakter an. Etwas differenzierter und taktisch durchaus geschickter wollte er – als sich der Krieg in die Länge zu ziehen begann und Siege der Wehrmacht nicht mehr zu den Selbstverständlichkeiten gehörten – die deutsche Herrschaft über den eroberten „Lebensraum“ durch eine unterschiedliche Behandlung der einzelnen Völker der UdSSR befestigen. Der Ukraine und in gewissem Maße auch Weißrußland – der von ihm verwendete Begriff „Weißruthenien“ sollte Distanz zu Rußland schaffen, so wie mit der Bezeichnung „Moskowien“ die Erinnerung an den Namen Rußland zu löschen beabsichtigt war⁶⁷ – gestand er ein letztlich nur formales Recht auf Selbstbestimmung zu, sofern diese bereit waren, die deutsche Oberhoheit zu akzeptieren und mit der Besatzungsmacht zu kollaborieren. Aus seiner Sicht ließen sich die nationalen [175:] Unterschiede wie auch die offensichtlichen Fehler der sowjetischen Nationalitätenpolitik zu Deutschlands Gunsten ausnutzen. Das eigentliche Rußland sollte zurückgedrängt, verkleinert und indirekt unterjocht werden. Um eine „großrussische Wiedergeburt“ verhindern zu können, müsse man die „russische Apfelsine so in ihre verschiedenen Bestandteile aufteilen, wie sie die Natur an sich vorgezeichnet hat“.⁶⁸

Rosenberg ging an die Erfüllung seines Ministeramtes mit einem breit gefächerten historischen Bild. Den Überfall ordnete er in eine angeblich 1600jährige Geschichte deutscher Besiedelung und Beeinflussung slawischer Gebiete ein. Für ihn bedeutete der 22. Juni 1941 die historische Bewältigung des „Rückzuges“ der Goten aus den südrussischen Gebieten im Jahre 375. An anderer Stelle sprach er von der notwendigen „Revision des Hunneneinfalls vom Jahre 372, die auch die Möglichkeit biete, eine „Revision der Christianisierung“ einzuleiten.⁶⁹ Das Urrussentum habe Europa immer gehaßt. Mit der Revolution von 1917/18 sei die „europäische Tünche“ der sogenannten Petersburger Epoche in der russischen Geschichte abgeworfen worden. Daraus schlußfolgerte er: „Wir führen ... heute nicht einen ‚Kreuzzug‘ gegen den Bolschewismus, allein um die ‚armen Russen‘ vor diesem Bolschewismus für alle Zeiten zu erretten, sondern um deutsche Weltpolitik zu treiben und das Deutsche Reich zu sichern. Wir wollen nicht nur das zeitweilige bolschewistische Problem lösen, sondern auch die Probleme, die über diese Zeiterscheinung hinausreichen als eine Ursubstanz europäischer

⁶⁵ Gerald Reitlinger: Ein Haus gebaut auf Sand. Hitlers Gewaltpolitik in Rußland 1941-1944, Hamburg 1962, S. 162.

⁶⁶ Zit. n. Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad. Juni 1941 bis November 1942. Leitung: Karl Drechser unter Mitarbeit von Klaus Drobisch und Wolfgang Schumann, Berlin 1975, S. 339.

⁶⁷ Vorläufige Sprachregelung über Begriffe des Ostens. In: BAK, R 6/206, Bl. 26 ff.

⁶⁸ BAK, NS 8/64, Bl. 100.

⁶⁹ BAK, BS 8/64, Bl. 110.

Geschichtsmächte. Demgemäß haben wir heute systematisch unsere zukünftige Haltung einzurichten. Ein Krieg mit dem Ziel, ein ungeteiltes Rußland zu errichten, scheidet deshalb aus. Stalin mit einem neuen Zaren zu vertauschen oder gar einen nationalistischen Führer einzusetzen in diesem Gebiete, das würde alle Energien erst recht einmal gegen uns mobilisieren. Anstelle dieser, bisher allerdings geläufigen Ideologie des einheitlichen Rußland tritt nunmehr eine gänzlich andere Konzeption der östlichen Frage ...⁷⁰

Den Kern dieser Konzeption erläuterte Rosenberg einem Schulungslehrgang aller Gliederungen der NSDAP am 27. Oktober 1941. Hier ließ er wissen, daß es sich im Osten praktisch um eine neue Regierung handele und nicht nur um eine Zivilverwaltung, und daß „wir ... nicht mehr aus diesem Gebiet herausgehen wollen“.⁷¹ Zugleich forderte er die Zuhörer auf, das „Gehörte auf keinen Fall in öffentlichen Vorträgen zu verwenden“. Ohne die Gründe näher zu erläutern, machte er klar, daß es unmöglich sei, der deutschen Bevölkerung die tatsächlichen Ziele zu benennen. Es sei lediglich „notwendig zu sagen, daß dieser verwahrloste Raum in den [176:] Schutz des Deutschen Reiches gestellt worden ist, um die Wohlfahrt der anvertrauten Völker zu fördern und die Arbeitsmöglichkeiten zu sichern und im übrigen keine staatsgestaltenden Änderungen zu machen“. Vorsorglich mahnte er jedoch die Schulungsleiter der NSDAP, eine Haltung zu diesem Problem einzunehmen, „die nicht weich ist, die alle Maßnahmen nach der politischen und historischen Zweckmäßigkeit betrachtet und diese notwendige Zweckmäßigkeit auch historisch so unterbaut, damit sie für die Zukunft notwendig erscheint“.⁷² Den Zusammenhang zwischen der Okkupationspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion und der faschistischen Judenvernichtungspolitik benannte er unumwunden, als er am 11. November 1941 unter der Maßgabe „nicht zum Mitschreiben, vertraulich“ vor Schriftleitern und Hauptschriftleitern der nationalsozialistischen Presse sprach. Der Osten sei „berufen, eine Frage zu lösen, die den Völkern Europas gestellt ist: das ist die Judenfrage. Im Osten leben noch etwa sechs Millionen Juden, und diese Frage kann nur gelöst werden in einer *biologischen Ausmerzung des gesamten Judentums* in Europa“. Da das Judentum für Deutschland eine Gefahr darstelle, müsse jetzt für die Zukunft vorgebeugt werden, daß „nicht ein romantisches Geschlecht in Europa die Juden wieder aufnimmt. Und dazu ist es nötig, sie über den Ural zu drängen oder *sonst irgendwie zur Ausmerzung zu bringen*“.⁷³

Solange der Krieg im Osten erfolgreich verlief und die Naziführung zu euphorischen Zukunftsplanungen veranlaßte, leistete Rosenberg auch einen wesentlichen Beitrag dazu, das Bild von den Russen regelrecht zu entmenschlichen. So leugnete er buchstäblich die Existenz des russischen Volkes und gebrauchte lediglich den Begriff vom „Sowjetuntermenschen“. Dieser sei aus der Retorte entstanden und nicht mehr ein reiner Steppenmensch oder Slawe. Deutschland stehe „die Steppe plus Slawe plus europäischer Technik gegenüber, der berittene Mongole und der motorisierte Untermensch.“⁷⁴ Im weiteren Verlauf des Krieges bekam das Rosenbergsche Rußlandbild zunehmend Risse. Seinen schlichten Negativ-Klischees standen nicht nur die militärische Realität, sondern auch neue Erfahrungen vieler Deutscher im Umgang mit sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern gegenüber. Das parteioffizielle Rußlandbild wurde an den Realitäten gemessen und in seinem Aussagewert in Frage gestellt. Auch Rosenberg begann zu spüren, was ein führender Mitarbeiter der Reichspropagandaleitung der NSDAP in einem Brief vom 13. April 1942 an Goebbels feststellen mußte: In diesem Kriege seien „die Russen in jeder Hinsicht unterschätzt“ worden.⁷⁵

⁷⁰ BAK, NS 8/64, Bl. 99 und 103.

⁷¹ BAK, NS 18/38, Bl. 3.

⁷² BAK, NS 8/64, Bl. 103 f.

⁷³ Zit. n. Hans-Heinrich Wilhelm: Rassenpolitik und Kriegführung. Sicherheitspolizei und Wehrmacht in Polen und der Sowjetunion, Passau 1991, S. 131 f. Hervorhebung durch den Vf. Angesichts solcher Formulierungen nimmt es sich recht sonderbar aus, wenn Härtle in seinen apologetischen Schriften erklärt, man könne Rosenberg „auch in seiner schärfsten Kritik der inneren und äußeren Erscheinungsformen des Judentums nicht eine Forderung nach terroristischer Judenpolitik nachweisen ...“ Heinrich Härtle: Deutsche und Juden. Studien zu einem Weltproblem, Leoni am Starnberger See, 2./1977, S. 260.

⁷⁴ BAK, NS 8/64, Bl. 98.

⁷⁵ Brief von Haegert an Goebbels vom 13.4.1942. In: BAK, NS 18/224 (unpag.).

[177:] In direkter Abhängigkeit von den Höhen und Tiefen des Kriegsverlaufes entfaltete sich in der NSDAP ein neuer Streit darüber, wo die Ursachen des militärischen Desasters liegen und welche Auswege zu suchen seien. Die Auseinandersetzungen betrafen mehr und mehr auch Rosenbergs ministerielle Kompetenzen und galten Einschränkungen seiner Machtpositionen. Zwar konnte er, als er sich vom 6. bis 10. Juli 1942 im Führerhauptquartier aufhielt, eine Entscheidung Hitlers zu seinen Gunsten erreichen und die Pläne des Auswärtigen Amtes vereiteln, ihm die Kompetenz über die noch nicht besetzten russischen Gebiete zu entziehen⁷⁶, doch mehr und mehr stieß er an die inhaltlichen und institutionellen Grenzen des bisherigen Konzepts einer rigorosen Ausplünderung aller Ressourcen der okkupierten russischen Gebiete. Dies bildete den Hintergrund seiner unaufhörlichen Auseinandersetzungen mit Erich Koch, dem von Hitler gegen seine Empfehlung eingesetzten und ihm eigentlich unterstellten Reichskommissar für die Ukraine. Koch wollte sich Rosenbergs Weisungen nicht fügen und sich ihm nicht unterordnen, was die Eitelkeit des Ministers verletzte und seiner Autorität schadete. Vor allen wuchsen die Unterschiede in den konzeptionellen Fragen. Aus einer Reihe von Dokumenten geht hervor, daß Rosenberg die von Koch angewandten, allzu plumpen und brachiale Gewalt bevorzugenden Herrschaftsmethoden ablehnte. Mit großer Empörung reagierte er in seiner siebzehnseitigen Denkschrift vom 31. März 1942 u. a. auf die Äußerung Kochs, die Ukrainer seien Urslawen und „am besten mit der Nagaika, d. h. mit der Kosakenpeitsche zu regieren“.⁷⁷

Etwa seit dem Frühjahr 1942 begann Rosenberg auf eine humanere Behandlung der osteuropäischen Völker zu orientieren. Das Vernichtungsprinzip sollte nach seiner Auffassung durch eine Kollaborationsstrategie ersetzt werden. Erstmals löckte er wider den Stachel, als er am 27. Februar 1942 an den OKW-Chef einen Brief schrieb und sich darüber beklagte, daß – ihm unverständlich angesichts des drückenden Arbeitskräftemangels in der deutschen Rüstungsindustrie – von den 3,6 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen nur noch „einige Hunderttausend voll arbeitsfähig“ wären. Er warf den Lagerkommandanten vor, sie hätten der Zivilbevölkerung untersagt, an Kriegsgefangene Lebensmittel zu geben und sie „lieber dem Hungertode ausgeliefert“. Man könne jedoch den russischen Raum nur beherrschen, wenn man die Unterstützung der Bevölkerung gewinne, „streng, aber gerecht“ handle und die Gefangenen zu „Propagandisten für die Sache Deutschlands und des Nationalsozialismus“ mache.⁷⁸ Auch seine weiteren Bemühungen⁷⁹ blieben erfolglos, nicht zuletzt deshalb, weil sie halbherzig erfolgten und Rosenberg niemals grund-[178:]sätzlich den aus seiner nationalsozialistischen Ideologie abgeleiteten Anspruch auf Unterjochung und Versklavung der „slawischen Untermenschen“ in Frage stellte. In keinem der zahlreichen Konflikte um die „richtige“ Behandlung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten verließ er die Ebene reiner Zweckmäßigkeitserwägungen.⁸⁰ Immer wieder bemühte sich Rosenberg um ein erträgliches Verhältnis zur SS, die zwar mit Argusaugen seine Personalpolitik sowie den Streit beobachtete, dabei aber doch mitunter Wohlwollen zu erkennen gab. So stellte der Chef des SS-Hauptamtes, Gottlob Berger, in einem Brief an Himmler fest, die Reaktion auf den Streit falle „überall zugunsten Rosenbergs“ aus und dieser habe „gerade im Verlaufe der letzten Jahre unerhört viel Sympathien im deutschen Volke gewonnen ..., insbesondere unter den wirklichtreuen Parteigenossen“.⁸¹

Wie abhängig er in seinem Urteil jedoch vom Verlauf des Krieges war, zeigte sich wenige Monate später. Als er am 3. August 1942 – die Wehrmacht führte gerade ihre erfolgversprechende, bis in den Kaukasus führende Offensive durch – erneut bei einer Tagung der Reichsarbeitsgemeinschaft für die Schulung der gesamten Bewegung sprach, nahm er seinen Protest gegen Koch sehr zurück, widerwillig und sich fast selbst verleugnend: „Ich hatte früher die Vorstellung, als ob man angesichts der

⁷⁶ BABZ, SL 47 B, Bl. 151 f.

⁷⁷ Zit. nach Baumgärtner, S. 23.

⁷⁸ BAK, NS 8/67, Bl. 71; Dok. 081-PS, IMT, Bd. XXV, S. 156 ff.

⁷⁹ Siehe z. B. die Aktennotiz für den Führer vom 16.3.1946 (Dok. 045-PS, IMT, Bd. XXV, S. 97 f.) oder die geheime Aufzeichnung Otto Bräutigams vom 25.10.1942 (Dok. 294-PS, IMT, ebenda, S. 331 ff.).

⁸⁰ Siehe Christian Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, Stuttgart 1978, S. 65; Horst Boog u. a.: Der Angriff auf die Sowjetunion (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Hg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4), Stuttgart 1990, S. 921.

⁸¹ Brief Bergers an Himmler v. 3.4.1943. In: BABZ, SS, 1497.

großen Gefahr des gesamten Russentums auf eine starke ukrainische Autonomie hinarbeiten könnte, um sie als geschlossenes Bollwerk gegen Rußland anzusetzen. Das ist in diesen Kampffahren unter dem Gesichtspunkt geschrieben worden, daß es der Ukraine selbst gelingen könnte, sich von den Bolschewisten frei zu machen ... Der Bluteinsatz des deutschen Volkes fordert nun, daß dieses früher gedachte Entgegenkommen einer härteren Form weicht und die Schätze dieses Landes unter deutsche Verwaltung kommen.“⁸²

Nach der verlorenen Schlacht um Stalingrad legte Rosenberg wieder mehr Wert auf seine Kollaborations- und Dekompositionstaktik. So zeigte er sich sehr verdrossen über die bekannte Sportpalast-Rede, in der Goebbels am 18. Februar 1943 zum totalen Krieg aufgerufen hatte. Rosenberg forderte sogar – die Situation wohl doch arg verkennend –, „wissenschaftliche Debatten“ müßten in der Partei „wieder zugelassen werden“. In diesem Sinne äußerte er sich in einem Vortrag, den er am 27. Februar auf einer öffentlichen Veranstaltung in Dresden hielt.⁸³ Was immer er darunter verstanden haben mag, konkret galt der Streit vor allem der Frage, ob man die Russen nicht doch besser als „Helfer“ denn als „Heloten“ zu betrachten und zu nutzen habe. Leider sei bisher kein „großer geistiger Propagandaaufmarsch im Kampf um die Seele der Russen“ erfolgt. In Gegensatz zu diesem Erfordernis sei der sowjetischen Propaganda immer wieder Anlaß geboten [179:] worden, für sich die in Deutschland auch offiziell verbreitete These auszunutzen, „daß wir die Russen zu Kolonialsklaven degradieren wollen“.⁸⁴ Auch andere Funktionäre der oberen und mittleren Ebene innerhalb des NSDAP-Führungsapparates dachten ähnlich. Sie forderten einen verstärkten Einsatz der Propaganda und wünschten u. a., Rosenberg möge sich analog zu Sauckel zu einem „Reichskommissar für die geistige Kriegführung“ mit den entsprechenden Vollmachten berufen lassen.⁸⁵

Die einzelnen Antworten und Lösungsvorschläge lassen ein breites Spektrum innerhalb des sich modifizierenden nationalsozialistischen Rußlandbildes erkennen. Starr blieben Hitler, Bormann, Ley, ferner Fritz Sauckel, thüringischer Gauleiter und seit März 1942 „Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz“, und vor allem der ostpreußische Gauleiter Erich Koch, den Hitler als Reichskommissar für die Ukraine ernannt hatte. Sie beharrten auf dem Kurs einer totalen Ausplünderung der besetzten Ostgebiete bzw. der Verdrängung und Ausrottung großer Teile der sowjetischen Bevölkerung. Rosenberg stand zwar ideologisch noch völlig im Banne dieses Kurses, zumal er ihn als Reichsminister für die besetzten Ostgebiete tatkräftig durchzusetzen bemüht war. Allerdings machte ihm die wachsende Erfolglosigkeit der deutschen Okkupationspolitik zu schaffen, und er sah sich innerhalb seines Apparates einem wachsenden Druck zahlreicher Mitarbeiter gegenüber. Diese stießen sozusagen vor Ort und in ihrer täglichen Arbeit auf die Widersprüchlichkeiten der faschistischen Ostpolitik und des ihr zugrunde liegenden Rußlandbildes. Seinen Mitarbeitern gestattete er tatsächlich im internen Kreise ungewöhnliche Meinungsäußerungen. Jedoch verließen auch ihre Vorschläge zur Bewältigung der sich besonders im zweiten Halbjahr 1942 zuspitzenden Probleme keineswegs den vorgegebenen Rahmen.

Von der groß angelegten, insgesamt jedoch erfolglosen „Osttagung der deutschen Wissenschaft“ ging im März 1942 nur der Vorschlag aus, einen zentralen Reichsrat für Ostforschung zu schaffen. Dieser Gedanke reduzierte sich am Ende auf die Einrichtung einer entsprechenden Abteilung im Ostministerium. Den Propaganda-Verantwortlichen in den diversen Institutionen von Staat und Partei fiel ebenso nichts Besseres als die Forderung nach einer einheitlichen Zusammenfassung der deutschen Rußlandpropaganda ein. Dies führte aber lediglich zu einer Unterstellung betreffender Abteilungen aus dem Rosenbergschen Ostministerium unter das Goebbels-Ministerium.⁸⁶ Publikationen, in denen ein gewisses Unbehagen gegenüber einer Übersteigerung aller negativen Elemente des nationalsozialistischen Rußlandbildes artikuliert und zugleich von einem „Rätsel Rußland“ ge-[180:]sprachen wurde, verfielen als „recht sentimentale Auffassungen über den russischen Menschen“ einer strikten

⁸² BAK, NS 8/66, Bl. 40 f.

⁸³ BAK, NS 18/224 (unpag.).

⁸⁴ Notiz Rosenbergs vom 16.11.1944. In: BAK, NS 8/268, Bl. 48.

⁸⁵ BAK, NS 8/241, Bl. 72.

⁸⁶ BAK, R 6/85.

Ablehnung.⁸⁷ Dieses Verdikt wurde von Rosenberg selbst gegenüber Arbeiten von Edwin Erich Dwinger und Bruno Brehm ausgesprochen. Ersterer schlug in seinem „Tagebuch vom Ostfeldzug“ nachdenkliche Töne über die „wirkliche Stärke der Sowjetarmee“ an und sprach von seiner Suche nach dem „alten Rußland“. In einer Denkschrift, betitelt „Der russische Mensch“, schrieb er, daß man sich „ehrlich um eine gründliche Kenntnis der heutigen russischen Psyche bemühen“ und den Russen „vor allem als Menschen ansprechen müsse“. Der Russe sei ein Wesen des Widerhalls: „Sprichst du ihn als Bestie an, wird er dir als Bestie antworten, rufst du ihn aber als Menschen an, wird er dir sein Menschlichstes entgegenbringen.“⁸⁸

Rosenberg, der sich noch im Sommer 1942 mit einer Anweisung zu helfen versucht hatte, rußlandpolitische Vorträge dürften nur noch „von ganz besonders geeigneten und überprüften Persönlichkeiten“ gehalten werden, näherte sich 1943/44 zwar den kritischen Stimmen an, suchte aber sein Heil in einer Sowohl-als-auch-Position. Seine Kritik richtete sich einerseits gegen die „Großmannssucht“ und Herrenmenschenallüren vieler Angehöriger des Okkupationsapparates, andererseits gegen eine Tendenz, sich bei der Bevölkerung der besetzten Gebiete „anbiedern“ zu wollen. Man solle sich gegenüber den Russen menschlich, aber nicht kameradschaftlich verhalten, hart sein, aber nicht ungerecht. Gefordert sei ein „selbstverständliches Herrentum in Haltung und Handlung“.⁸⁹ Damit blieb Rosenberg grundsätzlich bei seinen Vorstellungen von den Russen als einer minderwertigen Rasse, die nichts anderes verdiene, als den Deutschen untertan zu sein. Bei Hitler fand er allerdings dank wachsender Erfolglosigkeit immer weniger Anklang, doch das richtet sich nicht so sehr gegen die Person, nein, der „Führer“ hielt eine andere Erklärung parat: Gerade die Beschäftigung mit Weltanschauungsfragen habe Rosenberg wenig Berührung „mit den ordinären Tagesfragen finden lassen. Die Weltanschauungsfragen und die ordinären Tagesfragen sind dadurch nicht so leicht auf einen Nenner zu bringen.“⁹⁰ Dennoch empfing Hitler seinen Ost-Minister am 17. November zum letzten Mal.

Im Verlaufe des Jahres 1944, als die deutsche Wehrmacht Niederlage um Niederlage einsteckte und sich faktisch jede Zivilverwaltung sowjetischen Territoriums erübrigte, bemühte sich Rosenberg dennoch krampfhaft, an seinem als „Chaosministerium“⁹¹ oder als „Ministerium für die nicht mehr besetzten Ostgebiete“ verspotteten Amt festzuhalten.⁹² Ihn trieb der aberwitzige Glaube an eine Wende zugunsten der deutschen Armeen. Er [182:] wollte auf den erwarteten neuen Vormarsch vorbereitet sein und ließ seinen Apparat fieberhaft daran arbeiten, ein Buch nach dem anderen über den Bolschewismus zu verfassen. Die kennzeichnendsten Ergebnisse sind in dieser Hinsicht vor allem die Bücher von Heinrich Härtle („Die ideologischen Grundlagen des Bolschewismus, Marxismus, Leninismus, Stalinismus“) und Gerd Wunder („Die Mauer fällt. Das wahre Gesicht des Bolschewismus“). In Rosenbergs Apparat waren mehr als tausend Emigranten und Überläufer damit beschäftigt, immer wieder neues Informationsmaterial zu beschaffen und zu verarbeiten. An Hitler berichtete er voller Stolz, daß 3600 Studien im Umfang von 80.000 Seiten entstanden seien. Sorgsam wurden sie zusammen mit 95.000 Büchern und 3200 Zeitschriften von einer Notunterkunft zur anderen mitgeschleppt. Zu seinen letzten Aktivitäten gehörten auch die Vorbereitungen auf einen antijüdischen Weltkongreß, der 1944 in Krakau stattfinden sollte⁹³, und die Versuche, eine „Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der bolschewistischen Weltgefahr“ ins Leben zu rufen.⁹⁴ Die Arbeitsgemeinschaft führte vom 31. Oktober bis zum 2. November in Prag eine erste (und zugleich letzte) Einsatzbesprechung durch und

⁸⁷ Notiz Rosenbergs vom 16.11.1944. In: BAK, NS 8/268, Bl. 48.

⁸⁸ Edwin Erich Dwinger: Wiedersehen mit Rußland. Tagebuch vom Ostfeldzug, Jena 1943, S. 45.

⁸⁹ BAK, NS 8/67, Bl. 66.

⁹⁰ Heiber, Lagebesprechungen, Aufzeichnung vom 8. Juni 1943.

⁹¹ Dieses in Berlin kursierende Wort bezog sich auf die häufige Aufhebung von Anordnungen Rosenbergs durch Koch und umgekehrt und auf die Tatsache, daß von einer funktionierenden Verwaltung in keiner Weise gesprochen werden konnte. Baumgärtner, S. 23 f.

⁹² So äußerte sich SS-Obergruppenführer Gottlob Berger am 20.12.1944. In seiner Information an Himmler schrieb er, Hitler habe Rosenberg zugesichert, „daß die Führung in den Fragen des Ostens ihm übertragen bliebe.“ Aus dem Auswärtigen Amt habe er jedoch Gegenteiliges erfahren. In: BABZ, SS 5515.

⁹³ BAK, NS 8/132, Bl. 34 ff.

⁹⁴ BAK, NS 30/29 und NS 8/132, Bl. 54 ff.

sollte u. a. auch ein großes „Handbuch des Bolschewismus“ herausgeben. Von irgendeiner praktischen Bedeutung der Prager Tagung konnte keine Rede sein, obwohl es immer noch gelungen war, 17 Historiker, 9 Volkswirte und Juristen sowie 17 Philosophen und Naturwissenschaftler für eine aktive Mitwirkung zu gewinnen.

In den letzten Tagen des Krieges zog es Rosenberg nach Flensburg. Obwohl er in Hitlers Testament nicht für irgendeine weitere Aufgabe vorgesehen war, hoffte er, in der letzten Regierung des Dritten Reiches, der „Regierung“ Dönitz, eine Rolle spielen zu können. Doch der Admirallehnte ab und riet ihm, sich freiwillig den britischen Truppen zu stellen. Ein Kommando der Alliierten, das eigentlich Himmler suchte, stieß durch Zufall am 19. Mai 1945 in der zum Lazarett umfunktionierten Marinekriegsschule von Flensburg-Mürwik auf ihn; in betrunkenem Zustand hatte er sich am Tage nach seiner Besprechung mit Dönitz eine Knöchelverletzung zugezogen.⁹⁵

Rosenberg wurde vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg in allen vier Punkten der Gerichts-Charta angeklagt. Ihm geriet die Chance, sich mit den gebotenen Mitteln verteidigen zu können, lediglich zu einer simplen Entlastungsstrategie: Er sei auch in seinem Amt als „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete“ den Völkern der UdSSR, insbesondere den Ukrainern stets freundlich gesinnt gewesen, nur habe er sich gegen andere nicht durchsetzen können. In der Judenfrage wäre von ihm sogar eine [183:] „ritterliche Lösung“ empfohlen worden⁹⁶, und kein Mensch habe an KZ-Lager, geschweige denn an Gaskammern, gedacht. Für das „Abgleiten des Antisemitismus ins Verbrecherische“ machte er die Opfer und andere Nazis verantwortlich: „Die Emigranten aber begnügten sich nicht mit dem Asyl, sondern begannen, mit allseitiger Unterstützung, einen politischen und wirtschaftlichen Boykottfeldzug gegen das Reich, gefolgt von Ermordungen in der Schweiz und in Paris. Da schlug bei Hitler die Haltung um, und Goebbels schürte, wie heute feststeht, diesen erfüllten Umbruch mit allen Mitteln.“⁹⁷

Dies widersprach nicht nur der historischen Wahrheit, sondern auch Rosenbergs Charakter selbst. Stets hatte er sich zur Macht gedrängt, er wollte als Machtfaktor, nicht allein als Parteiphilosoph und -ideologe akzeptiert sein. Als dieser Zusammenhang von „reiner“ Lehre und „unreiner“ Praxis in den Verhandlungen des Tribunals behandelt wurde, vergaß er indessen seine zahlreichen eindeutigen Erklärungen, die er früher von sich gegeben hatte. Wußte er tatsächlich nicht mehr, daß er 1933 die „Rache der Natur“ und das Austilgen ganzer Völker gerechtfertigt, daß er 1941 von der notwendigen „biologischen Ausmerzung des gesamten Judentums in Europa“ gesprochen hatte?⁹⁸ Glaubte er wirklich, seine Rede vom 1935er Parteitag der NSDAP sei vergessen zu machen? Man könne, so hatte er es damals formuliert, den Kommunismus „polizeilich überhaupt nicht mit Erfolg bekämpfen ..., ohne die Judenfrage, das Wirken des Gesamtjudentums in der Welt zu berücksichtigen“, und dem einen unmißverständlichen Satz hinzugefügt: „Wer nur mit den Mitteln theoretischer Betrachtungen und mit dem Mittel der rein staatlichen Gewalt die bolschewistische Gefahr glaubt meistern zu können, der wird an ihr scheitern müssen.“⁹⁹

Als während der Verhandlungen des Nürnberger Tribunals am 28. November 1945 ein Film über die Greuel in den Konzentrations- und Vernichtungslagern vorgeführt wurde, gab er sich beunruhigt. Der Gefängnispsychologe Gustave Gilbert beschrieb sein Verhalten mit den Worten: „Rosenberg zappelt herum, riskiert schnellen Blick, senkt Kopf, guckt hoch, um zu sehen, wie die anderen reagieren ...

⁹⁵ Joe Heydecker/Johannes Leeb: Bilanz der tausend Jahre. Die Geschichte des III. Reiches im Spiegel der Nürnberger Prozesse, München 1975, S. 45.

⁹⁶ Zum Beweis verwies er auf seine Reden, die er am 18.6.1933 und auf dem Parteitag der NSDAP von 1933 gehalten hatte. Er verschwieg, daß das Regime nach dem Judenboykott vom 1.4.1933 in erhebliche Schwierigkeiten geraten war und daher vorsichtiger taktieren mußte. Goebbels warnte in diesem Zusammenhang davor, Rosenberg als Redner auf dem Parteitag der NSDAP, der vor allem der Rassenfrage gelten solle, auftreten zu lassen. Er überarbeitete auch seine eigene Rede und milderte sie „aus außenpolitischen Gründen“ ab. Goebbels, Die Tagebücher, Teil I, Bd. 2, S. 461 (25.8.1933) und S. 463 (1.9.1933).

⁹⁷ Alfred Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen, S. 287.

⁹⁸ Siehe Fußnote 43 und 73.

⁹⁹ Alfred Rosenberg: Der Bolschewismus als Aktion einer fremden Rasse, München 1935, S. 13.

beugt sich vor, blickt umher, lehnt sich zurück, läßt den Kopf hängen.“¹⁰⁰ Doch alle furchtbaren Bilder, die er jetzt zu sehen bekam, stellten sich ihm lediglich als Ergebnis vereinzelter „Unmenschlichkeiten“ dar. Er zeigte sich weder willens noch fähig, in ihnen auch das Ergebnis des besonders von ihm ausgearbeiteten und lautstark verbreiteten rassistisch-antisemitischen Gedankengutes zu erblicken. Er weigerte sich, die Funktion seiner Ideologie für das faschistische Herrschaftssystem zu begreifen.¹⁰¹ Nein, für ihn gab es keinen Zusammen-[184:]hang zwischen den Verbrechen und dem Nationalsozialismus. Lediglich „Entartungen“ des Regimes wollte er zugestehen, aber diese müßten vor allem Barmann, Goebbels, Himmler und Koch angelastet werden. Ihm galt es statt dessen als „Tragödie“, was er nun selbst erlebe: Ihm schaudere davor, den Siegern als Anklägern ein Jahr lang täglich ins Gesicht sehen zu müssen und an der Stelle von Goebbels und anderen für das angeklagt zu werden, was sie in erster Linie mit verursacht haben.“¹⁰²

Während des Prozesses vertrieb er sich häufig die Zeit mit Zeichnen; er konterfeite Ankläger, Richter und Verteidiger, ja er entwarf sogar eine Familiengruft.¹⁰³ Nach der Verlesung der Anklageschrift wagte er allen Ernstes zu behaupten, die antisemitische Bewegung des deutschen Faschismus sei „nur eine Schutzmaßnahme“ gewesen. Als Albert Speer zu seinen Bemühungen im Frühjahr 1945 aus sagte, die Anwendung der faschistischen Taktik der verbrannten Erde in Deutschland zu verhindern, konnte sich Rosenberg nicht zurückhalten – er verfluchte dies als „Verrat“ an Hitler.¹⁰⁴ Im Schlußplädoyer wiederholte er lediglich alte Phrasen – auf das Gericht wirkte es [185:] wie eine reine Nabelschau.¹⁰⁵ Ohne Namen zu nennen, beschuldigte er die anderen – zu sich selbst und zu seiner Person und Rolle fiel ihm kaum etwas ein. Alles, was er zu sagen wußte, gipfelte in dem Satz: „Adolf Hitler zog in steigendem Maße Personen heran, die nicht meine Kameraden, sondern meine Gegner waren.“ Gesprächspartner stellten fest, daß man mit ihm zwar über viele Themen reden könne, doch ganz gleich, von welchem Punkt auch immer ausgegangen worden wäre, stets sei er innerhalb von fünf Minuten zu seinen Theorien über Blut und Rasse gelangt. „Er war ein bemerkenswertes Beispiel für den Menschen, dessen Hirn ganz einseitig arbeitete, und er lieferte den Männern, die ihn verhören mußten, ein schweres Stück Arbeit.“¹⁰⁶ Starsinnig versicherte er, dem Nationalsozialismus „trotz aller Irrtümer und menschlichen Unzulänglichkeiten“ treu zu bleiben, „solange ich noch lebe.“¹⁰⁷ Rosenberg blieb bis zum Schluß, was er immer war: ein fanatischer, jegliche Humanität vergessender und das Lebensrecht anderer Völker mißachtender deutscher Rassist.

Die Last der Beweise war erdrückend. Drei der Richter des Tribunals – Francis Biddle, Sir Geoffrey Lawrence und I. T. Nikitschenko – stimmten bei der Beratung über das Strafmaß am 10. September sofort dem vorgeschlagenen Spruch „Tod durch Erhängen“ zu, Henri Donnedieu de Vabres plädierte zunächst für lebenslängliche Haft, nach einem Tag Bedenkzeit jedoch entschied er sich ebenfalls für das Todesurteil.¹⁰⁸ Für das vom Verteidiger Alfred Thoma eingereichte Gnadengesuch fanden sich nur schwache Gründe. Die von der Verteidigung in den Prozeß eingebrachte und später kolportierte

¹⁰⁰ Gilbert, Nürnberger Tagebuch, S. 51.

¹⁰¹ Es ist Iber, S. 203 zuzustimmen, wenn er schlußfolgert: „Das antidemokratische, antiliberalen und antisozialistische System des faschistischen Führerstaates brauchte etwas Unbedingtes, eine umfassende Weltanschauung fiktiven Charakters, eine Ideologie, um seine unmenschlichen Strukturen und die barbarischen Handlungen der Träger des Systems nicht als solche erscheinen zu lassen, sondern sie als richtige Konsequenz aus dem Unbedingten darzustellen. So konnte die Macht erobert, erhalten und ausgebaut werden und die nationalsozialistische Bewegung sich durchsetzen. Rosenbergs Weltanschauung hatte im nationalsozialistischen System genau diese Funktion.“

¹⁰² Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen, S. 197.

¹⁰³ Gustav Steinbauer: Ich war Verteidiger in Nürnberg, Klagenfurt 1950, S. 51 f.

¹⁰⁴ Taylor, Die Nürnberger Prozesse, S. 523.

¹⁰⁵ Ebenda, S. 621.

¹⁰⁶ Douglas M. Kelley: 22 Männer um Hitler. Erinnerungen des amerikanischen Armeearztes und Psychiaters am Nürnberger Gefängnis, Olten-Bern o. J. (vorher New York 1947), S. 49.

¹⁰⁷ Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen, S. 272.

¹⁰⁸ Taylor, Die Nürnberger Prozesse, S. 647. Härtle, Großdeutschland, S. 46, spricht von Justizmord und behauptet, Robert Kempner habe in einem Gespräch mit Bräutigam versichert, daß die Richter nach dem Auffinden weiterer Dokumente Rosenberg nicht mehr zum Tode verurteilen würden. Kempner hat dies entschieden dementiert. Siehe Bollmus, Der ‚Chefideologe‘, S. 235.

Behauptung, alle Verbrechen gegen das jüdische Volk wären ohne Rosenbergs Wissen und Wollen erfolgt¹⁰⁹, dürfte als widerlegt gelten. Alfred Rosenberg wies am 16. Oktober 1946 den angebotenen geistlichen Beistand ab und ging- im Unterschied zu allen anderen- wortlos in den Tod.

¹⁰⁹ Siehe Härtle, Deutsche und Juden, S. 262.

[186:]

Kurt Pätzold

HANSFRANK

„... wir liquidieren die Dinge im Lande“¹

„Was immer ich gegen Polen, Juden und Ukrainer verfehlt haben mag: Ich beuge mein Haupt und flehe die heilige Mutter von Tschenschow, deren Heiligtum ich unter meinen demütig gewährten Schutz all' diese Schreckensjahre hindurch besonders gestellt hatte, an, mir beim ewigen Vater im Himmel eine gnädige Fürbitte einzulegen.“² Dieser Satz findet sich in einem umfangreichen Manuskript, das der einstige Generalgouverneur Hans Frank in seiner Nürnberger Zelle anfertigte. Es umfaßt 643 Schreibmaschinenseiten und wurde später der Witwe des Hingerichteten ausgehändigt, denn der hatte den Text ausdrücklich für seine Kinder bestimmt. Brigitte Frank ließ das Manuskript drucken; es erschien 1953 in München unter dem Titel: „Im Angesicht des Galgens“. Frank hatte dem Text eine andere Überschrift gegeben: „Adolf Hitler- Ein Essay“.³

Sätze wie der eingangs zitierte erwecken ebenso wie die Äußerungen Franks vor Gericht den Eindruck von Bußfertigkeit. Er trage, sagte er am 18. April 1946, als ihn sein Verteidiger im Zeugenstand befragte, „das Gefühl einer tiefen Schuld“ in sich.⁴ Ein solches Befinden des Angeklagten haben manche Augenzeugen früh bezweifelt. So änderte der Gerichtspsychologe G. M. Gilbert, der während der Pausen der Verhandlung, im Speiseraum und unter vier Augen in den Zellen mit den Angeklagten sprach, sein Urteil mehrmals. Am 22. Dezember 1945 notierte er nach einem Gespräch mit Frank, „allen Anschein einer vollkommen aufrichtigen tiefen Reue.“⁵ Einen knappen Monat später befaßte sich der Angeklagte aber damit, wie er „einen Abgang finden“ könnte und ob er seine Kameraden denn „völlig verraten“ dürfe.⁶ Wenige Tage bevor der Gerichtshof seinen Fall zu verhandeln begann und er in den Zeugenstand zu treten hatte, besann er sich unter dem Eindruck des verlogenen Auftritts Ernst Kaltenbrunnners wieder eines anderen. Er gestand dem Psychologen, daß es ihm schwerfalle,

¹ Der Satzteil stammt aus einer Rede, die Hans Frank am 30. Mai 1940 auf einer Polizeisitzung in Krakau über Ziel und Methoden der „Allgemeinen Befriedungsaktion (AB) hielt, die sich in erster Linie auf die Vernichtung der polnischen Intelligenz richtete. Er berief sich auf Hitlers Auftrag, die potentiellen Kräfte des Widerstands in Polen nicht in Konzentrationslager im Reich gefangenzusetzen, sondern „die Dinge“, d. h. die Menschen, an Ort und Stelle zu liquidieren. Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945). Hg. v. einem Kollegium unter Leitung von Wolfgang Schumann/Ludwig Nestler, Bd. Polen. Dokumentenauswahl und Einleitung von Werner Röhr, Berlin 1989, (künftig: Polen), S. 173.

Die wichtigste historische Quelle vor allem für das Wirken Hans Franks als Generalgouverneur in Krakau stellt dessen Diensttagebuch dar. Das Original befindet sich in Warschau, Reproduktionen sind in deutschen Archiven verfügbar. Auszüge daraus veröffentlichte zuerst und mit einer umfangreichen Einleitung zur Rolle Franks in Polen Stanislaw Piotrowski: Hans Franks Tagebuch, Warschau 1963 (d. i. die etwas gekürzte Ausgabe des polnischen Origin als). Später erschien: Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939-1945. Hg. v. Werner Präg/Wolfgang Jacob Meyer, Stuttgart 1975 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 20). Darüber hinaus existieren persönliche Tagebücher Franks im Bundesarchiv Koblenz (BA), Bestand Nachlässe. (Sie wurden insbesondere herangezogen von: Niklas Frank: Der Vater. Eine Abrechnung, München o. J.) Hans Franks Aufzeichnungen, die während der Haft in Nürnberg angefertigt wurden, hat O. Schlaffer herausgegeben. Sie erschienen unter dem Titel „Im Angesicht des Galgens“, München 1953. Zu den Methoden ihrer Verbreitung in der Bundesrepublik Deutschland durch Franks Witwe s. Niklas Frank, S. 255 ff. Brigitte Frank hat in einem Privatdruck auch Briefe herausgegeben, die sie von ihrem Mann während dessen Gefangenschaft in Nürnberg erhielt. Aus der nicht sehr umfangreichen wissenschaftlichen Literatur seien genannt: Die juristische Dissertation von Christian Schudnagies: Hans Frank. Aufstieg und Fall des NS-juristen und Generalgouverneurs, Frankfurt a. M. 1989 (= Rechtshistorische Reihe, Bd. 67); Christoph Kleßmann: Der Generalgouverneur Hans Frank. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 19 (1971), S. 245-255; Dietmar Willoweit: Deutsche Rechtsgeschichte und „nationalsozialistische Weltanschauung“: das Beispiel Hans Frank. In: Michael Stolleis/Dietmar Simon, Rechtsgeschichte im Nationalsozialismus, Tübingen 1989, S. 25-42.

² Zit. in Stanislaw Piotrowski: Hans Franks Tagebuch, Warschau 1963, S. 214.

³ Piotrowski, S. 201.

⁴ IMT, Bd. XII, S. 14.

⁵ Gilbert, Tagebuch, S. 87.

⁶ Ebenda, S. 128.

seinen ursprünglichen Entschluß durchzuhalten und seine Schuld zu bekennen.⁷ Schließlich kam Gilbert zu der Ansicht, daß es sich bei dem Manne, der sich den Beinamen der „Henker Polens“ erworben hatte, um eine hysterische Form der Reue handelte.⁸ Auch Robert M. W. Kempner war, [187:] wenn er sich an diesen Angeklagten erinnerte, im Zweifel ob seiner Aufrichtigkeit und kam zu der Ansicht, daß er es vielleicht doch nicht so meinte und alles für das Gericht bestimmt gewesen sei.⁹

Die Frage nach der Aufrichtigkeit ließe sich für alle Männer auf der Anklagebank stellen, die ausnahmslos klug oder zumindestens schlau waren. Keinem von ihnen fehlte es an der Fähigkeit zu reden und seine Wirkungen zu berechnen. Ihre veränderten Mienen, ihre ungewöhnliche Kleidung und die Umgebung, in der sie noch wenige Monate zuvor nicht vorstellbar waren, konnten flüchtige Beobachter darüber täuschen, daß und wie sie alle darum kämpften, lebend oder gar glimpflich davonzukommen. Sicher ist, daß Frank bis an sein Ende unfähig blieb, seine verbrecherische Rolle an der Spitze der Krakauer „Regierung“ in klaren Worten zu beschreiben. Diese Verweigerung oder sein Unvermögen sprechen auch aus der Fürbitte, die er an die „schwarze Madonna“ richtete. Daß er sie geschützt hatte, war ihm sicher. Was unter seiner Verantwortung den Einwohnern des Generalgouvernements geschehen war, ordnete er der Kategorie von Verfehlungen zu und ließ obendrein noch Zweifel daran, ob er sie wirklich begangen hatte. Der studierte und promovierte Jurist gebot über ein zutreffenderes und eindeutigeres Vokabular als das, welches er im Prozeß verwendete. Doch es schien ihm zu entfallen, wenn er von sich selbst redete oder schrieb.

Nicht zufällig setzte Frank über seinen letzten Text den Namen Hitlers, den er in seinem Zellendasein, wie wir wiederum von Gilbert wissen, „mit erstaunlicher Leidenschaft und literarischer Gewandtheit verfluchen konnte“.¹⁰ Während eines Streits mit seinem Mitangeklagten Hermann Göring kreidete er Hitler auch an, daß er sie „hereingeritten“ und sich dann vor der Verantwortung gedrückt hätte. Nun war ihm der „Führer“, wie er schrieb, „der dämonische Sendling des Teufels“, ein Mann von entsetzlichen Taten und mit „diabolischer“ Schuld beladen.¹¹ Dessen teuflischem Einfluß sei er unterlegen.¹² Er, Frank, zähle sich nur „zum Kreis seiner politisch Mitschuldigen“.¹³ Seine Mitschuld bestehe darin, daß er geholfen habe, diesen Mann auf den Platz zu bringen, auf den er gelangt war. Auf Gilberts Frage nach der Schuld, die er selbst sich zumesse, erklärte Frank: „Weil ich ein glühender Nazi war und ihn (Hitler – K. P.) nicht tötete.“¹⁴ Doch er saß weder wegen seiner faschistischen Gesinnung, noch wegen eines unterlassenen „Tyrannenmordes“ auf der Anklagebank. Den „Erzschurken“ um Hitler wollte sich dessen alter Gefolgsmann aber nicht zurechnen. Als solche benannte er lediglich Heinrich Himmler und Martin Bormann, einen Toten und einen Verschwundenen.¹⁵ Auch die le-[188:]benden Julius Streicher, Göring und Joachim von Ribbentrop bezeichnete er im Gefängnis gesprächsweise als widerwärtige Charaktere¹⁶, während er sich selbst in ungleich milderem Lichte sah. Er habe niemals einen Befehl zur Geislerschießung oder zu Massenmorden gegeben. Nur was er gesprochen und geschrieben habe, nannte er abstoßend und entsetzlich.¹⁷

Frank war einzig bereit, was ihn allerdings von Streicher unterschied, sich als ein intellektueller Urheber des Judenmords zu bekennen. Doch war das nichts weniger denn ein mutiger Schritt. Im Besitz der Anklage befanden sich nämlich die mehr als drei Dutzend Bände seines eigenen Diensttagebuchs¹⁸, die lückenlosen Aufschluß über Franks Denk-, Rede- und Schreibweise gaben, aber eben

⁷ Ebenda, S. 256.

⁸ Ebenda, S. 405.

⁹ Robert M. W. Kempner: Ankläger einer Epoche, Lebenserinnerungen. In Zusammenarbeit mit Jörg Friedrich, Frankfurt a. M. 1983, S. 265.

¹⁰ Gilbert, S. 25.

¹¹ Zit. nach Piotrowski, S. 202.

¹² Gilbert, S. 157.

¹³ Zit. nach Piotrowski, S. 204.

¹⁴ Gilbert, S. 267.

¹⁵ Zit. nach Piotrowski, S. 205.

¹⁶ Gilbert, S. 86.

¹⁷ Ebenda, S. 156 f.

¹⁸ Über dessen Umfang, Gliederung, Beschaffenheit und Überlieferung s. Piotrowski, S. 239-241.

auch – und darin bestand sein Wert für die Nürnberger Juristen – über seine Entscheidungen und Weisungen. Wieviel Bereitschaft zu Wahrheit und Reue bedeutete es also, daß der einstige Kolonialherr sich auf einen nur geistigen Urheber und allenfalls noch Anstifter von Massenmorden herabstufte? Während Streicher weitgehend isoliert von der Führungsspitze des Regimes im Fränkischen lebte, regierte Frank in permanenter Verbindung mit Hitler oder dessen engsten Mitführern und residierte zudem nur wenige Kilometer von Auschwitz entfernt. Das lag zwar nicht im Generalgouvernement, aber in dessen Grenzen befanden sich im Distrikt Lublin die Vernichtungsstätten Belzec, Sobibor, Treblinka und Majdanek, das Konzentrations- und Vernichtungslager in einem war.

Mehr noch: Frank wünschte sich für den Vorkrieg wie für die Kriegsjahre vor Gericht eine Art Doppelrolle zuzumessen: Idealist und Missetäter, Herrscher und Opfer, Führer und Verführter usw. Er beanspruchte, ein Vorkämpfer für das Recht gewesen zu sein, der im Nazistaat einen „Reinigungskampf“ geführt habe, und behauptete, darob in Hitlers Ungnade gefallen und zu einem einfachen Parteimitglied degradiert worden zu sein. Seine mörderischen Reden interpretierte er als schlaue Täuschung der SS, wodurch er Tausende von Menschenleben gerettet habe. Die Jahre seiner Krakauer Regenschaft seien „die entsetzlichsten“ seines Lebens gewesen.¹⁹ Anfeuerung der Massenmörder und Retter von Tausenden? Wie ging das im Kopfe dieses in den letzten Lebensmonaten frömmelnden Mannes zusammen? Frank hatte sich in der Nürnberger Gefangenschaft dem Katholizismus zugewendet, und die Kirche nahm sich durch den Gefängnispaten Sixtus auch des Mannes an, der das Blut so vieler polnischer Katholiken, Laien und Priester, auf sich geladen hatte. Ob der Geistliche wußte, daß Frank noch vor kurzem Leute wie ihn „ausgewichste Burschen“ und „Kalbschläger“ genannt hatte, „die mit ihren Märchen schon seit [189:] zweitausend Jahren im Lande herumziehen“? Ob an sein Ohr gedrungen war, daß der Generalgouverneur die katholische Kirche als „Kirche der Eingeborenen“ bezeichnet hatte, womit die Polen – oder wie er sich im Stil der Nationalchauvinisten ausdrückte: die „Polacken“ – gemeint waren?²⁰

Als der Gerichtspsychologe alle Angeklagten aufforderte, auf seinem Exemplar der Anklageschrift einen Kommentar einzutragen, schrieb Frank, der Prozeß sei „ein gottgewolltes Weltgericht“.²¹ Und in seinem Schlußwort erklärte er seine Handlungen als eine Folge der „Abwendung von Gott“, Hitlers Weg war ihm „der Weg ohne Gott, der Weg der Abwendung von Christus“. Seine neugewonnene Erkenntnis lautete nun: „Gott vor allem“ habe „das Urteil über Hitler gesprochen“; das System mußte „nach Gottes Recht und Gerechtigkeit“ scheitern. Frank hielt bei seinem letzten Auftritt vor Gericht eine Rede, die mit Anrufungen Gottes gespickt war; abschließend drückte er seine Hoffnung auf die „ewige Gerechtigkeit Gottes“ aus.²² Wenn es ihm nach eigenem Geständnis auch nicht vollständig gelang, an ein Weiterleben nach dem Tode zu glauben, fand er es „doch gut, daß man sich bis zum allerletzten Ende an diese Illusion klammert“.²³

[190:] Franks Hinwendung zum Katholizismus könnte als der Versuch erscheinen, am Ende eines fluchwürdigen Lebens mit einer menschenverachtenden, barbarischen Ideologie zu brechen und sich einer menschenfreundlichen zuzuwenden. Dem widerspricht, daß ihm noch gegen Ende des Prozesses negative Urteile über andere Völker ungehemmt von den Lippen gingen, auch und gerade über die Polen.²⁴ In Franks neuer Religiosität drückte sich vielmehr Flucht in den Irrationalismus aus. Sie verband sich mit dem Bestreben, die Antriebe seines Handelns in geheimnisvolle Finsternis zu tauchen und auch damit einer schonungslosen Analyse seiner selbst zu entkommen. Mehrfach beteuerte er Gilbert, ein „schwacher Mensch“ zu sein. Das sollte stets besagen, seine Schwäche habe auch ihn zu einem Opfer gemacht. Diese Charakteristik kontrastierte aber mit seinem wiederholten Bemerkungen über die Stärke des ihn vorwärtstreibenden Ehrgeizes, den er offenbar für den Ausfluß einer angeborenen Charaktereigenschaft hielt, für die er nicht verantwortlich zu machen wäre.

¹⁹ Zit. nach Piotrowski, S. 206 f.

²⁰ Piotrowski, S. 190 f.

²¹ Gilbert, S. 11.

²² IMT, Bd. XXII, S. 438.

²³ Gilbert, S. 87.

²⁴ Ebenda, S. 405.

Auf die Richter kann dieses trügerische Selbstbildnis nicht mehr gezielt haben. War Frank außerstande, seinen Kindern die ungeschminkte Wahrheit mitzuteilen? Gab er sich der Illusion hin, sie könnte ihnen auf Dauer verborgen werden? Oder war er so vermessen, den Platz mitbestimmen zu wollen, der ihm in der Geschichte jedenfalls sicher war? Waren also die Adressaten seiner Aufzeichnungen nicht seine Nachkommen, sondern die Historiker? Diese Fragen sind unentscheidbar. Wenden wir uns also der tatsächlichen Rolle zu, die Frank an der Seite Hitlers bis in die Stunde der Agonie und des Untergangs des Deutschen Reiches spielte.

Diese Rolle war für die Jahre von 1939 bis 1945, also für die Zeit, während der er über eine schwer vergleichbare Machtfülle gebot, auf einzigartige Weise dokumentiert: durch das – schon erwähnte – Diensttagebuch des Generalgouverneurs. Von dem Augenblick an, da Frank diesen Posten angetreten hatte, sorgte er im Vollgefühl seiner historischen Mission dafür, daß seine Gespräche und alle Äußerungen im Verlauf von Beratungen, seine internen und öffentlichen Reden und alle weiteren Auftritte, bei denen er das Wort ergriff, stenographisch protokolliert und dann aufgezeichnet wurden. War das in Ausnahmefällen unmöglich, diktierte er umgehend selbst, was er festgehalten wissen wollte. Penibel wurde auch der Verlauf der „Regierungssitzungen“ in Krakau protokolliert. Retouche hielt Frank für gänzlich überflüssig, da er glaubte, daß es sich um die Dokumentation seines Beitrags zur Weltgeschichte handele. Eines Tages sollten sie die Geschichtsschreiber benutzen ...

[191:] Man mag sich fragen, warum Frank, als es ihm an den Kragen zu gehen drohte, diesen Papierberg nicht aus der Welt schaffte. Warum ließ er ihn, als er Krakau verließ, sorgfältig verstaut, von Fluchtort zu Fluchtort westwärts schaffen? Auch in Bayern blieb ihm noch wochenlang Zeit, die Bände und Leitz-Ordner zu vernichten. Doch gelangten sie schließlich in die Hände der Sieger, seiner Ankläger und Richter. Dies suchte er später vor Gericht, in Gesprächen und Niederschriften als Beweis dafür anzuführen, daß er zur Feststellung und Überlieferung der Wahrheit beitragen, nichts vertuschen oder verschweigen wolle. Das Tagebuch präsentierte er gleichsam als Beweisstück für seine Bereitschaft zu vollständiger Um- und Einkehr. Glaubte er wirklich, so einen Bonus bei den Richtern und für deren Urteilsspruch herauschinden zu können? Oder rechnete er sich kühl aus, daß sowohl mit als auch ohne diese Aufzeichnungen eine Leporelloliste seiner Missetaten und Verbrechen leicht zusammengestellt und gerichtsnotorisch gemacht werden konnte?

Jedenfalls erscheint Franks Anspruch, für die „Wahrheit“ einstehen zu wollen und nicht wie der Selbstmörder Hitler „ins Dunkle“²⁵ zu fliehen, äußerst zweifelhaft. Dagegen sprach vor allem, daß er nur mit der unerbetenen Hilfe eines amerikanischen Arztes auf die Anklagebank kam. Frank war mit mehreren Hundert Deutschen in Kriegsgefangenschaft geraten und wurde in einem Lager weder sogleich abgesondert noch unter besondere Bewachung gestellt. Er schnitt sich die Pulsadern beider Hände auf und versuchte, sich auch die Halsschlagader zu durchtrennen. Offenbar verspürte er in diesem Moment keinen Drang, der Interpret seines Tagebuchs zu werden. Erst später erfand er eine wundersame Geschichte, die er dann auch Gilbert erzählte. Genau entsänne er sich der Situation, da der „Feind uns einschloß“: Er habe gerade die Bachsche Matthäuspassion gehört, als ihn die Stimme von Christus gemahnt habe, nicht den vergeblichen Versuch zu unternehmen, die Wahrheit vor Gott zu verbergen.²⁶

Nachdem Franks Gesundheit wiederhergestellt war, bekannte er sich zum Inhalt seines Tagebuchs und bezeichnete die Texte als korrekte Wiedergabe seiner Reden und Äußerungen. Die Ankläger standen danach nur noch vor der geringfügigen Aufgabe, dem Selbstzeugnis die aussage- und beweiskräftigsten Passagen zu entnehmen und diese dem Gericht vorzulegen. Zudem verfügten sie über beredte oder doch zum Reden zu bringende Zeugen in Menge. Zu ihnen gehörten auch Arthur Seyß-Inquart, der zeitweilige Stellvertreter des Generalgouverneurs, der selbst auf der Anklagebank saß, sowie Franks wichtigster Mitarbeiter, der aus der Gefangenschaft vorgeführte Staatssekretär Josef Bühler.²⁷

²⁵ So Franks Formulierung im Schlußwort vor Gericht. IMT, Bd. XXII, S. 436.

²⁶ Gilbert, S. 86.

²⁷ Bühler wurde später an Polen ausgeliefert, wo ihm der Prozeß gemacht wurde. Er endete mit einem Todesurteil und dessen Vollstreckung.

[192:] Gegenüber Rekonstruktion und Bewertung der „Krakauer Zeit“ widmeten Staatsanwaltschaft und Gericht Franks Rolle, die er zuvor in der Nazibewegung und im faschistischen Staat gespielt hatte, geringere Aufmerksamkeit. Dabei besaß dieser einen besonderen Anteil an der Entstehung und Befestigung des nationalsozialistischen Regimes, ein Regimes, das nach seiner Herkunft, seinem Wesen und seinen Zielen verbrecherisch war – kriminell von Anfang an. Franks Aufstieg vollzog sich an Hitlers Seite, dessen Gunst er lange genoß. Er gelangte auf die höchste Rangstufe, die es in der NSDAP hinter dem „Führer“ zu besetzen gab: Seit 1933 gehörte er zu den Reichsleitern und erhielt – vierunddreißigjährig- am 19. Dezember 1934 die Berufung zum Reichsminister, ohne das ihm ein eigener Geschäftsbereich übergeben wurde. Er avancierte ferner zum ersten Gefolgsmann, den Hitler an die Spitze eines durch Krieg eroberten Gebiets stellte. In der karrieresüchtigen Gruppe zumeist junger Politiker der NSDAP gehörte Frank zudem zu den jüngsten. Hitler war zehn Jahre älter als er, und in der nicht sehr langen zweiten Reihe der Partei- und Staatsprominenz hinter dem „Führer“ war nur Reinhard Heydrich noch jünger. Daher ist spekuliert worden, ob Frank nicht hoffte, nach dem „Endsieg“ noch weiter und ganz hoch nach oben zu steigen. Doch beschäftigte das nur einige Geschichtsschreiber, nicht aber die Richter in Nürnberg, die es mit Franks Taten und nicht mit seinen Phantasien zu tun hatten.

Trotz seines herausragenden Platzes war Frank in Deutschland lange Zeit weit weniger bekannt als andere NS-Führer, was gewiß mit seinem speziellen Aufgabengebiet zusammenhing. Er war zum „Rechtsexperten“ der NSDAP geworden, den diese seit ihren frühen Zeiten bitter nötig hatte. Zum einen hatte die Partei nach der Aufgabe der Putschtaktik und der Wiederherstellung ihrer Legalität Mitte der zwanziger Jahre stets dafür Sorge zu tragen, daß ihre auf die Zerstörung der Weimarer Republik gerichtete Politik von eben dieser Republik als legal akzeptiert wurde. Nur dann war die Wirksamkeit der Parteiredner, die Verbreitung der Parteipresse und das demonstrative Hervortreten der militanten Organisationen zu Zwecken der Werbung von Anhängern und der Einschüchterung von Rivalen und Gegnern gewährleistet. Nur dann konnte die Partei auch an den Wahlen, von den Kommunalparlamenten bis zum Reichstag, teilnehmen. Doch selbst wenn sie als Partei gegen Verbote geschützt schien, waren nicht wenige ihrer Führer und Mitglieder sowie ihre Zeitungen unausgesetzt in gerichtliche Auseinandersetzungen wegen Verletzung der Verfassung oder einzelner Reichsgesetze verwickelt. Arbeit für einen Ju-[193:]risten, der die NSDAP gegen den Zugriff des Staates absicherte, verursachte die „Bewegung“ genug. Die Dienste eines Gefolgsmannes, den dabei keine beruflichen oder moralischen Skrupel plagten, waren willkommen. Frank, der über die notwendige Qualifikation verfügte, bot sie frühzeitig an.

Frank war am 23. Mai 1900 in der badischen Hauptstadt Karlsruhe geboren worden. Die erst nach seinem Tode in der deutschen Sprache fast zu einem geflügelten Wort gewordene Redewendung von der „Gnade der späten Geburt“ bestimmte seine Kinder- und Jugendjahre. Während die nur wenig älteren Deutschen in den Ersten Weltkrieg zu ziehen hatten und in ihm massenhaft zugrunde gingen, war der Rechtsanwaltssohn noch nicht wehrpflichtig. Er konnte ohne Unterbrechung seine Ausbildung bis zum Abitur führen. Zeitweilig besuchte er 1916/1917 er in Prag, wo seine Mutter lebte, eine Schule. Die Abschlußprüfung bestand er dann am Münchener Max-Gymnasium. Anders als das Regime, deren Führung er später angehörte, griff das Kaiserreich auch im Angesicht der Niederlage nicht schon auf die sechzehn- und zuletzt selbst auf die fünfzehnjährigen Schüler zurück, um die gelichteten Regimenter aufzufüllen. Frank hatte deshalb bereits seinen achtzehnten Geburtstag hinter sich, als er im Juni 1918 in das 1. Bayerische Infanterie-Regiment, das Leibregiment „König“, eintrat. Zu diesem Zeitpunkt erklärten die Militärs in der Obersten Heeresleitung den Krieg bereits für verloren und forderten die Politiker auf, ihn durch Verhandlungen bald zu beenden. So kam es, daß Frank im Dezember demobilisiert wurde.

Von der politischen Richtung, in die er im Elternhaus, auf Schulen und im Kaiserheer gewiesen worden war, zeugt seine Parteinahme in den Tagen von Revolution und Gegenrevolution. 1919 schloß er sich in München der Thule-Gesellschaft an und wurde im gleichen Jahr wie Hitler Mitglied der noch bedeutungsarmen Deutschen Arbeiterpartei (DAP), der Vorläuferin der NSDAP. Doch anders als bei dem berufslosen Hitler, dessen Demobilisierung aus der Reichswehr bevorstand, faßte Frank noch

nicht den Entschluß, eine politische Karriere zu versuchen. Indessen verrät das Tagebuch des Neunzehnjährigen, der als Primus das Gymnasium verlassen hatte, daß er in seinen Tagträumen eine bedeutende Karriere vor sich sah und so etwas wie ein „deutscher“ Weltbeglückter werden wollte. Bestimmter als derlei pubertäre gedankliche Ausschweifungen dokumentierten sich in seinen Notizen aber klare Bindungen an das extrem-reaktionäre politische Denkgebäude, das die ideologische Grundausstattung der sich for-[194:]mierenden Rechten bildete. Da läßt sich eine äußerste Überhöhung der Leistungen von Deutschen und ihres Beitrags zu Geschichte und Kultur der Menschheit feststellen: „Ist deutsche Wissenschaft nicht Wissen der Welt? Hat sonst ein Land einen Kant? Ist Goethe nicht der größte Dichter aller Nationen ...? Kommt unserer Musik irgend jemand gleich?“ Da ertönt bereits am 19. Dezember 1919 der Ruf nach einem konterrevolutionären Führer: „Herrgott, sende uns jetzt den Mann, der Ordnung schafft!“ Da notiert er die Hoffnung auf „Männer“, die Deutschlands „Weltgeltung nach außen wieder herstellen“ und auf die „wahren“ Deutschen, „blond“ und „blauäugig“. Nichts will er den Feinden verzeihen, alles ihnen vergelten. Zuvor muß der „verrohte, sinnlos aufgehetzte Pöbel stürzen“. Doch ist er zuversichtlich, denn „dieser Mob wird einmal leicht zur Ordnung gebracht werden“. Und schließlich: „Nur durch die Diktatur (nicht die des Proletariats!) wird Deutschland gerettet werden.“

Was, ließe sich beim Lesen dieser aus den Jahren 1918 und 1919 stammenden Tagebuch-Aufzeichnungen²⁸ fragen, mußte ihr Verfasser seiner Gedanken- und Gefühlswelt noch hinzufügen, damit er der „Henker Polens“ werden konnte? Den Antisemitismus? Das war in den folgenden Jahren rasch und en passant erledigt. Und wo hatte Frank diese Denkweise kennengelernt? Zum geringeren Teil wohl bei seinem Vater, dem wenig erfolgreichen Rechtsanwalt, dessen Interessenfeld kaum geistiger Natur gewesen sein dürfte.²⁹ Folglich muß er sie sich in der Schule angeeignet, in den wenigen Monaten seiner Zugehörigkeit zum Kaiserheer ausgeprägt und in den reaktionären Zirkeln des München der Revolutionszeit aufgesogen haben.

Franks ideologische Verankerung in den frühfaschistischen Gruppen und Zirkeln erwies sich zunächst als fester denn seine organisatorischen Bindungen. Während seines Studiums der Jurisprudenz, das er – in die Fußtapfen seines Vater tretend – 1919 in München begann, später in Kiel und zeitweilig in Wien fortsetzte, zählte er nicht zu den Mitgliedern der 1920 gegründeten NSDAP, die aus der Drexlerschen DAP hervorgegangen war und in der Hitler alsbald den überragenden Einfluß gewann. Doch 1923, als sich die politischen Auseinandersetzungen in der bayerischen Metropole zuspitzten, wollte er bereits nicht mehr abseits stehen. Er trat am 23. September den Sturmabteilungen (SA) bei und wurde am 3. Oktober von der NSDAP-Ortsgruppe München als deren Mitglied aufgenommen. So marschierte er denn auch am Morgen des 9. November 1923 in jenem Zug der Putschisten mit, der in Bayern die Keimzelle für einen Umsturz in ganz Deutschland schaffen wollte. Obwohl zu jenem Zeitpunkt sowohl in [195:] den faschistischen Kreisen als auch bei der politischen Polizei der Republik noch unbekannt, hielt Frank es nach dem Scheitern des Unternehmens doch für besser, sich über die Grenze nach Österreich abzusetzen und dort den weiteren Lauf der Dinge zunächst abzuwarten. Lange mußte er nicht ausharren, denn eine allgemeine Amnestie ermöglichte ihm bereits 1924 die gefahrlose Rückkehr in das Deutsche Reich.

Dort konzentrierte er sich jedoch vorerst wieder auf sein berufliches Fortkommen und bereitete sich auf sein zweites juristisches Staatsexamen vor. Doch fand er Zeit, sich bei der inzwischen wieder legalisierten und neugegründeten Partei zurückzumelden. Zu diesem Zweck schrieb er am 5. März 1925 Hitler einen Brief, aus dem sein Stil spricht, im Umgang mit unbedeutenden kleinen Leuten keine Zeit zu vertun, sondern sich sofort der Obrigkeit anzubieten. Er fühle, hieß es in diesem Schreiben, „das Muß, Ihnen zu dienen“³⁰. Frank erwartete offenbar – allerdings noch vergeblich –, daß ihm der Parteiführer einen Platz an seiner Seite anbieten werde. Dennoch datierte er später das Jahr 1925 als den Zeitpunkt, von dem an er in der „Bewegung“ wirksam gewesen sei.³¹ In Wahrheit trennte er

²⁸ Alle Zitate bei Niklas Frank, S. 29 ff.

²⁹ Darauf weist jedenfalls die Schilderung von Niklas Frank hin, S. 23 ff.

³⁰ Zit. bei Schudnagies, S. 18.

³¹ IMT, Bd. V, S. 82 f.

sich am 10. August 1926 erst einmal, diesmal mit einer schriftlichen Erklärung, von der NSDAP. Er kritisierte, daß die Partei darauf verzichtet hatte, Südtirol vom faschistischen Italien zu verlangen. Daran sowie an seine Forderung, die „Rückgabe“ mit kriegerischen Mitteln zu erzwingen, mochte er wohl am wenigsten erinnert werden, als er später als Reichsminister in der Begleitung Hitlers Gast bei Mussolini war. Doch sowohl diese Episode als auch sein gesamtes wechselvolles Verhalten in der Frühzeit der NSDAP wurde über den Verdiensten vergessen, die er sich alsbald erwerben sollte. Vielmehr erfuhr seine frühe Zugehörigkeit zur „Bewegung“ durch die Dekoration mit dem im Kreis der „alten Kämpfer“ besonders hochgeschätzten „Blutorden“, einer Parteimedaille, hohe Anerkennung.

Von seinen Entschlüssen des Jahres 1925 hatte nur die Hochzeit mit einer fünf Jahre älteren, an der Technischen Hochschule in München arbeitenden und gelegentlich am bayerischen Landtag tätigen Sekretärin Bestand. Brigitte Frank war nach ihrem Charakter vorzüglich geeignet, ihren Ehemann, ungeachtet der angewendeten Mittel, auf der Karriereleiter voranzustoßen. Die bescheidenen Anfänge ihrer Ehe mochten sie dazu zusätzlich motivieren. Frank, der 1926 die „große juristische Staatsprüfung“ abgelegt hatte, eröffnete im Jahr darauf in München eine bescheidene Rechtsanwaltskanzlei, deren anfänglich unsichere Einkünfte er durch eine nebenberufliche Tätigkeit als Assistent an der Technischen Hochschule aufbesserte. Nach eigenem späteren Bericht sei er, der Parteilose, noch [196:] 1927 durch ein Inserat, das er „zufällig“ im „Völkischen Beobachter“ gelesen haben wollte, wieder näher an die NSDAP herangerückt. Er habe sich daraufhin gemeldet, „arme, erwerbslose“ NSDAP-Mitglieder vor Gericht kostenlos zu verteidigen.³² Das tat er mit einem derartigen Erfolg, daß die Parteioberen aufs höchste befriedigt waren und deren Interesse erregt wurde, Frank enger und dauernd an sich zu binden. Von da an datiert seine politische Karriere: Er wurde von Joseph Goebbels öffentlich belobigt, erhielt den Besuch von Rudolf Heß, des „Sekretärs“ Hitlers, und trat alsbald in dessen Dunstkreis. Da er auf unbequem werdende Überzeugungen und Ansichten nie bestand, machten es ihm nun die Meinungsverschiedenheiten in der Südtirolfrage nicht mehr unmöglich, NSDAP-Mitglied zu sein.

Der mit summa cum laude promovierte³³ Dr. jur. Hans Frank war einer der wenigen Rechtsanwälte, die sich der faschistischen Partei zur Verfügung stellten. Bald arbeitete er mit dem gleichaltrigen, ebenfalls aus einer Juristenfamilie stammenden Heinrich Heim, der schon am 19. Juli 1920 der NSDAP beigetreten war, in einer Bürogemeinschaft zusammen. Da Heims anwaltliche Tätigkeit auch die Belange der sogenannten Hilfskasse der NSDAP betraf, kam er schon früh mit deren Leiter, Martin Barmann, in Kontakt. Von diesem gefördert, stieg er später im Amt Stellvertreter des Führers zum Rang eines Reichsamtseiter der NSDAP auf und wurde 1939 zum Ministerialrat berufen. Zeitweilig holte ihn Bormann während des Krieges als seinen Adjutanten in das Führerhauptquartier.³⁴ Auch Heims Karriere, führte sie auch nicht so weit nach oben wie die seines Kompagnons, zeigte, daß die frühen Dienste der Kämpfer an der „Rechtsfront“ belohnt wurden.

Frank Wirksamkeit als Anwalt der NSDAP reichte über Bayern weit hinaus.³⁵ Robert M. W. Kempner, der damals im Preußischen Innenministerium als Justitiar arbeitete, lernte ihn daher schon früh kennen. Die NSDAP unterhielt inzwischen in der Berliner Judenstraße eine Dependence, ein juristisches Büro, das sich mit den immer zahlreicheren Rechtsfällen befaßte, in welche die Partei verwickelt wurde oder die sie provozierte. Kempner erinnerte sich später an einen Mann, den er – zuständig u. a. für an die Polizei gerichtete Schadensersatzansprüche – als sachlich, „aber sehr sprunghaft“ kennengelernt habe. Seine Fähigkeiten hätten über dem Durchschnitt anderer NSDAP-Anwälte gelegen. Zudem wäre Frank in einer Weise aufgetreten, mit der er zu verdeutlichen suchte, daß er „anstelle des Führers“ stehe und handle.³⁶ Die Erfolge, welche der NSDAP-Anwalt ebenso wie andere Akteure vor Gericht

³² Niklas Frank, S. 45.

³³ Spät ging Frank auf, daß er „der Primus des Gymnasiums, des Studiums, der Doktor Summa cum laude“ seine Fähigkeiten auch in anderer Richtung hätte ausbilden und einsetzen können. Ebenda, S. 41.

³⁴ Adolf Hitler: Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims. Hg. v. Werner Jochmann, München 1982, S. 11 f.

³⁵ Nach seinen Angaben hat er Hitler und die NSDAP in insgesamt etwa 150 Prozessen vertreten. Hans Frank: Im Angesicht des Galgens, S. 66.

³⁶ Kempner, S. 53 f.

zugunsten der Nazi­partei erreichten, [197:] waren indessen nur zu einem Teil ihrer beruflichen Ver­siertheit zuzuschreiben. Anteil daran besaßen sowohl die gezielten Einschüchterungspraktiken der Faschisten gegenüber Richtern³⁷ als auch die nur wenig verhüllte Sympathie, die den nationalsozia­listischen Bestrebungen von Richtern und Staatsanwälten entgegengebracht wurde.

Als den Höhepunkt seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt der aufsteigenden Nazi­partei betrachtete Frank den vor dem Leipziger Reichsgericht geführten Prozeß gegen die drei Reichswehroffiziere Richard Scheringer, Hanns Ludin und Hans-Friedrich Wendt aus dem Ulmer Artillerie-Regiment Nr. 5. Sie waren der verbotenen Propaganda für die faschistische Partei angeklagt. Damals – 1930 – war es Frank gelungen, Hitlers Vorladung als Zeuge zu erreichen. Dieser nutzte die Gelegenheit, um den berüchtigten „Legalitätseid“ zu schwören: Putschabsichten lägen ihm fern und die Ankündigung, daß eines Tages nach dem Sieg der Nationalsozialisten in Deutschland „Köpfe rollen“ würden, besage nicht mehr, als daß ordentliche Gerichte ihre Urteile über „Verräter“ zu fällen haben würden.

Die staatspolitische Bedeutung dieses Auftritts kann man auch daran deutlich erkennen, daß der Reichsjustizminister dem Kabinett sofort Bericht erstattete und sich noch während dessen Sitzung vom Oberreichsanwalt in Leipzig über Hitlers Rede unterrichten ließ.³⁸ Der „Legalitätseid“ trug maß­geblich dazu bei, der NSDAP für den Existenzrest des Weimarer Staates die gewünschte Freizügig­keit für ihr Auftreten zu verschaffen. Nun konnten die Demagogen der Partei in Wort und Schrift ungestraft Blut und Rache ankündigen sowie sich ungehemmt rabiāt und revolutionär gebärden. – Frank durfte es sich als ein besonderes Verdienst zuschreiben, die neue Konstellation mit herbeige­führt zu haben. Er war unter den Rechtsanwälten, die sich auf die Seite der extrem-republikfeindli­chen Partei gestellt hatten, unbestritten die Nummer eins, so daß er die schwierigsten Aufträge erhielt und übernahm. So verteidigte er 1932 auch die Nazischläger, die im ober­schlesischen Ort Potempa einen Arbeiter auf sadistische Weise getötet hatten.

Schon zur Zeit von Hitlers spektakulärem Auftritt im Prozeß gegen die Reichswehroffiziere war Frank im Oktober 1930 Leiter des Rechtsabteilung in der Münchener Zentrale der NSDAP geworden und damit in den kleinen Kreis der engsten Mitarbeiter und Vertrauten des „Führers“ aufgerückt. Und im gleichen Monat gelangte er infolge des als Erdrutsch bezeichneten Wahlsiegs der Faschisten zu­dem als Abgeordneter des niederschlesischen Wahlkreises Liegnitz in den Reichstag. Von da an konnte er damit rechnen, daß seine Dienste im Fall von Hitlers Aufstieg in die Reichskanzlei belohnt werden würden. Das erwies sich nach reichlich zwei Jahren als richtig.

[198:] Mit der zur „nationalsozialistischen Revolution“ erklärten Machtübergabe im Jahre 1933 ver­mehrten sich Franks Funktionen und sein Einfluß augenblicklich. Nach der verfassungswidrigen Ab­setzung der bayerischen Landesregierung bekam er am 10. März in München das Amt des Justizmi­nisters zunächst kommissarisch und am 18. April auch definitiv übertragen. Fünf Tage darauf wurde er in die eigens neugeschaffene Funktion eines „Reichskommissars für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern und für Erneuerung der Rechtsordnung“ berufen. Mit dem hochtrabenden Titel ver­band sich der Auftrag, die Beseitigung der bürgerlichen Rechtsverhältnisse des Weimarer Staates und die Zentralisierung des Justizwesens voranzutreiben. Das machte ihm indessen wenig Mühe. Franz Gürtner, Justizminister in der Regierung Hitler, der schon den Kabinetten Franz von Papen und Kurt von Schleicher angehört hatte, wirkte in die gleiche Richtung und beanspruchte mit seinem Apparat die Führung dieses Prozesses. Als die Minderheit der republiktreuen Juristen und die jüdischen Be­amten und Rechtsanwälte ihrer Wirkungsmöglichkeiten ganz oder weitgehend beraubt waren, kam jene Kaste von „Rechtswahrern“ ungehindert zum Zuge, die nationalistisch und revanchistisch ge­sinnt war und sich ein autoritäres Regime sehnlichst herbeigewünscht hatte. Das bedeutete nicht, daß sie mit allen Maßnahmen der „Revolution“ konform ging, und auch nicht, daß ihre Vorstellungen über die juristische Ausstattung des „Dritten Reiches“ von vornherein der später entstandenen ent­sprach. Entscheidend wurde, daß diese Richter und Staatsanwälte die Terroristen der SA, SS und der

³⁷ Ebenda, S. 82 f.

³⁸ Niederschrift über die Sitzung des Reichskabinetts am 25. September 1930, 11 Uhr vormittags. Bundesarchiv, Außenstelle Potsdam, Film-Nr. 751, Bl 784 885.

Polizei gewähren ließ und sie zunehmend auch deckte. Sie stellten sich auch unverzüglich für den blutigen, juristisch verbrämten Rachezug an Antifaschisten zur Verfügung. Der Leipziger Reichstagsbrand-Prozeß und, schon vordem, der erste der Prozesse um die Geschehnisse des „Altonaer Blutsonntags“, bei dem vier alsbald vollstreckte Todesurteile gegen Kommunisten ausgesprochen wurden, bezeichnen Marksteine auf dem auch von Frank gebahnten Wege.

Angesichts seiner Rolle an einem Steuertisch dieser Ereignisse war es geradezu lächerlich, daß Frank in Nürnberg versuchte, sich als Verfechter von rechtsstaatlichen Grundsätzen auszugeben und sich von der Praxis des einander ergänzenden offenen und Justizterrors zu distanzieren. Dafür wertete er eine Episode aus seiner frühen Amtszeit als bayerischer Justizminister auf. Während einer Ministerratsitzung in München am 4. April 1933 hatte Frank seine Auffassung dargelegt, daß für die sogenannte Schutzhaft, in die allein in Bayern bereits mehrere tausend Nazigegner geraten waren, ein „förmliches Verfahren einzurichten“ sei. Es sollte „die Zuständigkeiten“ [199:] regeln und „den Verhafteten gewisse Sicherungen und Beschwerdemöglichkeiten“ bieten.³⁹ Für die Opfer der quälerei- und mörderischen Praktiken im Konzentrationslager Dachau bei München blieb dieser halbherzige Auftritt ganz folgenlos. Und im Grunde ging es Frank damals wie später auch einzig darum, die gesellschaftliche Stellung und den staatlichen Machtanteil der systemkonformen, also faschistischen Juristen zu sichern und dabei womöglich auch um eine legalistische Kostümierung der Terrorherrschaft. Wenn und wo gemordet wurde, sollte die Justiz eine Kontrollmöglichkeit behalten und chaotische Verhältnisse verhindern. Dafür sprach sich selbst Göring nach den Morden des 30. Juni und 1. Juli 1934 aus, als er den General- und Oberstaatsanwälten Preußens in einer Rede zubilligte, sie hätten festzustellen, ob die Toten wirklich diejenigen seien, als die sie ausgegeben würden.⁴⁰ Nicht weniger, aber vor allem nicht mehr. Frank erklärte den Nürnberger Richtern, er habe 1933, weil er sich mit seiner Auffassung nicht durchsetzen könne, ein Rücktrittsgesuch als Minister eingereicht. Dokumente darüber wurden nicht vorgelegt. In Wirklichkeit fand er sich offenbar rasch mit den massenhaften Tatsachen ab, die – alsbald im Ausland in den beiden in Paris erschienenen „Braunbüchern“ dokumentiert – von der allem Recht und Gesetz hohnsprechenden Praxis des KZ-Regiments zeugten. Frank hätte täglich Gründe gehabt, Anträge auf die Entbindung von seinen Ämtern zu stellen. Doch nahmen Staatsanwälte und Richter an dem außerjustiziellen Terror keinen Anstoß oder ließen dessen Exekutoren jedenfalls ungestraft gewähren. Unbehagen darüber, daß die Politische Polizei, die – reichsweit seit April 1934 unter dem Oberbefehl Heinrich Himmlers und von Reinhard Heydrich geführt –, eine unkontrollierte Macht im Staate wurde, existierte auch bei Führern und in der Anhängerschaft des Regimes. Übrigens machte sich gegenüber Hitler nicht Frank, sondern Schacht zum Sprecher dieser Stimmungen. Dieser scheiterte Anfang 1936 mit dem Versuch, den Angehörigen der Oberschichten eine Möglichkeit zu eröffnen, einen Rechtsanwalt einzuschalten, falls sie unverhofft in ein Konzentrationslager geraten sollten. Diese Initiative war womöglich durch die Erfahrungen der „Röhm-Affäre“ geprägt. Gewiß war sie weitsichtig, wie sich jedenfalls nach dem 20. Juli 1944 zeigte. Doch auch sie verlief ergebnislos. Hitler und Himmler bestanden darauf, daß die Sonderrechte der Politischen Polizei unangetastet blieben und das Regime der Konzentrationslager unabhängig vom Justizapparat weiterexistierte.

Frank hatte in seinen beiden wichtigen Staatsfunktionen so erfolgreich an der „Gleichschaltung“ der Justiz mitgewirkt, daß sie sich Ende 1934 erle-[200:]digten. Die des Reichskommissars war überflüssig geworden und die des bayrischen Justizministers erlosch mit der Aufhebung der Justizministerien der Länder und der Zentralisierung der Justizverwaltungen. Doch erfuhr Frank ohne Wartepause sogleich eine Rangerhöhung: Am 19. Dezember 1934 schrieb ihm Hitler aus Anlaß seiner Verabschiedung als Reichjustizkommissar einen Dankbrief und berief ihn gleichzeitig als „Reichsminister ohne Geschäftsbereich in die Reichsregierung“.⁴¹ Gleiches war vor ihm nur dem „Stellvertreter des Führers“ Rudolf Heß und dem inzwischen ermordeten SA-Stabschef Ernst Röhm geschehen.

³⁹ Der Text aus dem Protokoll der Sitzung des bayerischen Staatsministeriums ist zit. bei Niklas Frank, S. 60.

⁴⁰ Rede vom 12. Juli 1934. In: Dokumente zur deutschen Geschichte. Hg. v. Wolfgang Ruge/Wolfgang Schumann, Teil: 1933-1935, bearbeitet von Kurt Pätzold unter Mitwirkung von Christina Shabaviz, Berlin 1977, S. 87-89.

⁴¹ Zit. bei Schudnagies, S. 22.

Frank etablierte sich genüßlich in der Macht. Zu der in München inzwischen bezogenen standesgemäßen Wohnung des Ehepaars mit Hausdame und Dienstpersonal kam in Berlin-Dahlem eine Dienstvilla hinzu. Dabei war die Anwesenheit des geschäftslosen Ministers in der Reichshauptstadt keineswegs dauernd erforderlich, und für seine geringfügige Arbeit genügte ihm ein kleines Büro. Die Sitzungen der Reichsregierung beanspruchten ihn wenig, wurden immer seltener, bis sie 1938 ganz und gar endeten. Ein einziges der im Reichsgesetzblatt verkündeten Gesetze trug Franks reichsministerielle Unterschrift. Es war das vom März 1935 über die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Noch vor dem Nürnberger Gericht betonte Frank, daß er darauf stolz wäre. Daß dieses Gesetz ein Schritt auf dem Weg in einen imperialistischen Eroberungs- und Vernichtungskrieg darstellte, vermochte er sich noch 1946 nicht einzugestehen. Franks neue Würde als Reichsminister brachte ihn in engeren Kontakt mit den Größen des Staates und trug ihm Einladungen in ausländische Gesandtschaften und zu den verschiedensten offiziellen Jubelfeiern ein.

Wichtiger blieb sein Arbeitsplatz in München und die Kombination der Ämter, mit denen er auf Rechtsetzung, Rechtsprechung, Rechtsideologie und die Ausrichtung der Justiz steuernd Einfluß nehmen konnte. Keines dieser Ämter befriedigte die Vorstellungen ganz, die ihr Inhaber von der ihm zustehenden Rolle besaß. Doch deren Bedeutung wird weit unterbewertet, wenn Frank nicht mehr als ein „erheblicher Einfluß auf den Justizbetrieb bis 1939“ zugeschrieben wird.⁴² Tatsächlich hat in den Vorkriegsjahren niemand mehr zur ideologischen Ausrichtung des Justizwesens und zur Formierung jener „furchtbaren Juristen“ getan als er. Das geschah durch die Wahrnehmung von drei Funktionen: der des Reichsleiters an der Spitze des Reichsrechtsamtes der NSDAP (so die neue Bezeichnung der von ihm geleiteten Rechtsabteilung), der des Führers des NS-Rechtswahrerbundes (so seit 1936 die Benennung des vormaligen NS-Juristenbundes, den Frank seit dessen Gründung 1928 leitete) und der des [201:] vom „Führer“ 1934 berufenen Präsidenten der Akademie für Deutsches Recht, die er selbst 1933 in München gegründet hatte. In den genannten Funktionen gab Frank vor allem als Redner die Normen vor, die von nun an in der Rechtsprechung gelten sollten. Gelegenheit zu den von ihm geliebten Auftritten in der Öffentlichkeit gab es die Menge. So sprach er z. B. während der alljährlichen „Juristentage“ oder anlässlich der Errichtung eines 1937 eigens für die Rechtsakademie errichteten Neubaus am Münchener Universitätsplatz.

Schon 1934 feierte Frank den Sieg des neuen Rechts und die ergangenen brutalen Urteile der Richter: „Wir haben durch die Stärke unseres Vorgehens gegen den Verbrecher im weitesten Sinne, vor allem durch den rücksichtslosen Vollzug der Todesstrafe, durch die Einführung der Sondergerichte, die Einführung des Volksgerichts zum Schutze von Volk und Staat eine Disziplinierung all der minderwertigen Strömungen erreicht, die die Sicherheit des anständigen Teils des deutschen Volkes im weitesten Maße gewährleistet.“ Die humanistischen Ideen der Aufklärung von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, waren ihm ein Greuel und Gegenstand der Diffamierung. Die „allgemeine Menschheitsideologie“ sei „von Juden und zu jüdischen Zwecken erfunden“ worden.⁴³

Unausgesetzt leistete der Reichsleiter, Reichsminister, Reichsrechtsführer und Akademie-Präsident auch seinen Beitrag zur Verbreitung des Führerkults. Mit Hitler war der Mann gefunden, nach dem er 1918 gerufen hatte. Nicht anders als im Alter von 18 Jahren äußerte er sich nahezu zwei Jahrzehnte später in seinem Tagebuch. Durch ein von Furtwängler dirigiertes Festkonzert, mit dem in Anwesenheit der Staatsprominenz das Winterhilfswerk eröffnet worden war, hochgestimmt, schrieb er am 10. Februar 1937: „Da saßen (sie!) in der Loge der Führer mit seinen Getreuesten, dem Soldaten und dem Redner, mit Göring und Goebbels. Was an Berühmtheit sonst in Berlin lebt, war da ... Und ich darunter als ein Minister des Reiches – der jüngste ... Der Führer strahlte ... Daß er uns wurde. Oh Gott: wie hast Du uns beglückt, diesen einzigen größten Mann der Weltgeschichte unser nennen zu dürfen. Generationen werden kommen und uns beneiden, Deine Zeitgenossen gewesen zu sein.“ Und so ging das fort bis zu dem Satz: „Wir streiten in Gottes Namen gegen den Juden und seinen Bolschewismus.“⁴⁴ Da war nun auch der faschistische Antisemitismus bis in den sprachlichen Ausdruck total

⁴² Schudnagies, S. 28.

⁴³ Zit. bei Niklas Frank, S. 77.

⁴⁴ Zit. bei Niklas Frank, S. 35 f.

angenommen. Nicht die Juden existierten, fromme und heidnische, zionistische und christliche, sozialistische und konservative, internationalistisch und nationalistisch gesonnene, gerechte und ungerichte, reiche und arme – nein, ebenso wie durch die Köpfe [202:] Hitlers und Streichers waberte auch durch Franks Kopf „der Jude“, der vernichtet werden mußte. Diese Formulierung besaß für ihn und die anderen Judenmörder auch den Vorteil, das sich hinter dem mythischen Bild die Tatsache verbergen ließ, daß nicht „der Jude“ bekämpft, sondern Menschen der Tod angedroht wurde. Wie lächerlich muteten allein vor dem Hintergrund solcher Reden und zahlreicher ähnlicher Äußerungen die Versuche Franks und seines Verteidigers an, das Gericht in Nürnberg durch Dokumente davon zu überzeugen, Frank sei ein Fürsprecher angeblich „uralter germanischer Grundsätze“ gewesen und für einen anderen faschistischen Staat eingetreten, der seinen Bürgern „Rechtssicherheit“ gewähren sollte.⁴⁵

Frank berief sich als Angeklagter auch auf seine 1939 in Leipzig auf einer Massenkundgebung vor Tausenden Juristen gehaltene Rede, in er – wieder unter Berufung auf angebliche „uralte“ Germanenpraxis – erklärt hatte, jeder Angeklagte müsse das Recht zur Verteidigung besitzen und zu diesem Zwecke einen Verteidiger erhalten. Dies stand gewiß zu dem praktizierten Regime der „Schutzhaft“ und der Konzentrationslager in Widerspruch und bedeutete dennoch erneut nur ein Plädoyer für eine andere Regimefassade. Denn der Inhalt der Bürgerrechte wurde ausgespart: Von Rede- und Versammlungsfreiheit, von Publikations- und Organisationsfreiheit sowie vom Schutz der Person und der Wohnung wurde nicht gesprochen. Vor allem blieben Franks „Bekanntnisse“ folgenlos. Hinter ihnen stand keinerlei Bereitschaft, sie vis-à-vis von Himmler, Heydrich und den anderen kommandierenden Exekutoren des Terrors einzufordern. Franks Wirken im Vorkrieg richtete sich auf die Rechtsakademie, die in nahezu ein halbes Hundert Ausschüsse gegliedert war, von denen Frank den für „Rechtsphilosophie“ leitete. Er übte Einfluß auf die Veröffentlichungen über Rechtsfragen sowie auf die Förderung oder das Verbot von Büchern und Artikeln aus. Außerdem widmete er sich den Schulungen der NS-Juristen durch den Rechtswahrebund.

Wie sollten da Redepartikel, als Entlastungsdokumente präsentiert, Richter wie Staatsanwälte in Nürnberg beeindrucken? Sie verspürten keinerlei Interesse, mit dem Angeklagten über das „urgermanische Recht“ zu disputieren. Zudem mochten sie daran denken, daß unter Franks Mitverantwortung oder Mitwirkung demokratisch und liberal gesinnte deutsche Juristen – Juden und Nichtjuden – ausgeschaltet, ins Ausland vertrieben oder in Konzentrationslagern ermordet worden waren. Auch für Franks eigenes Verhalten blieb der in seiner Leipziger Rede postulierte Grundsatz der Rechtssicherheit des Eigentums folgenlos, den er schon listig und [203:] heuchlerisch formuliert hatte, damit kein Widerspruch oder Protest aus seinen Worten herausgelesen werden konnte. Denn seit dem November 1938 war der abschließende räuberische Angriff auf das Eigentum der Juden in Gang gebracht. Beflissen band Frank daher das Recht auf Eigentum an dessen „volksgenössische“ Verwendung. Da der Besitz der Juden angeblich das „raffende Kapital“ repräsentierte, paßte dies haargenau in die Nazi-propaganda und -praxis.

Nur wenige Monate nach dem „Tag des deutschen Rechts“ machte die Führungsgruppe des Regimes vollständig klar, was sie im Kern unter „deutschem Recht“ verstand: die Mißachtung der Lebensrechte anderer Völker und das eigene Vorrecht auf Expansion, Landraub und Unterwerfung. Im Frühjahr 1939 erfolgte die Liquidierung der Tschechoslowakei. Polen wurde als das nächste Opfer bestimmt. Zwei Tage vor dem ursprünglichen Termin des Überfalls, dem 26. August 1939, befand sich Frank, der 1936 an einer Offiziersausbildung teilgenommen hatte, als Leutnant beim Infanterie-Regiment Nr. 9 in einer Potsdamer Garnison. Vom Minister und Reichsleiter auf den untersten Offiziersrang der Wehrmacht? Doch so ernst war der Abstieg weder gemeint noch wurde er so ernst genommen. Immerhin entsprach Franks freiwilliger Schritt den kosmetischen Bemühungen, die „Volksgemeinschaft“ nun als „Kriegsgemeinschaft“ erscheinen zu lassen. Indessen: Keiner der führenden Politiker des Regimes geriet bei Sturmangriffen in den Kugelhagel der Gegner. Niemand aus dem erlauchten Führerkreis kam bei Kriegshandlungen um oder auch nur zu Schaden. Diejenigen,

⁴⁵ IMT, Bd. XII, S. 169 f.

welche starben, wurden das Opfer von Flugzeugabstürzen, so der Reichsminister Fritz Todt, oder von Autounfällen, so der Stabschef der SA und Röh̄m-Nachfolger Viktor Lutze.

Bevor sein Regiment Potsdam verließ, erhielt Frank einen Ruf in Hitlers Hauptquartier, das sich damals in einem Eisenbahnzug befand. Am Tage, da sich der „Leutnant“ bei seinem „Führer“ einzufinden hatte, – es war der 15. September und die Widerstandskraft der polnischen Armee schon erschöpft – stand das Gefährt im Oberschlesischen bei Gogolin. In einer Unterredung von nur wenigen Minuten wurde Frank beauftragt, als „Zivilgouverneur“ der besetzten polnischen Gebiete unter dem Oberbefehl des Generals Gerd von Rundstedt tätig zu werden⁴⁶, womit der Kriegsdienst für den Minister beendet war. Obwohl er mehrmals im Zusammenhang mit Rücktrittsangeboten darum ersucht haben will, hat er ihn nicht wieder angetreten. Frank begab sich zunächst ins eroberte Posen und dann nach Łódź. Doch dauerte der Feldzug gegen das kleine Nachbarland nur noch wenige Tage, so daß die Militärverwaltung des Gebiets eine Episode blieb. Ende [204:] September 1939 schlossen das Reich und die UdSSR einen Vertrag, in dem sie eine mitten durch das bisherige Polen führende Grenze festlegten und insgeheim vereinbarten, den polnischen Staat nicht wiedererstehen zu lassen. Am 6. Oktober bestimmte ein Reichsgesetz, welche Gebiete Polens „Großdeutschland“ einverleibt werden. Es entstanden die hauptsächlich von Polen bewohnten Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland, während die Gaue Oberschlesien und Ostpreußen durch polnische Gebiete vergrößert wurden. Der „Rest“ des deutschbesetzten Landes erhielt die Bezeichnung „Generalgouvernement Polen“, die schon 1940 auf den Namen „Generalgouvernement“ verkürzt wurde. Diese Änderung besaß programmatische Bedeutung, da sie klarmachte, daß Polen auch als Rumpfstaat von Deutschlands Gnaden nicht wiederhergestellt werden sollte. Am 26. Ok-[205:]tober endete das deutsche Militärregime, und Hitlers vierzehn Tage zuvor unterzeichneter Erlaß über die Zivilverwaltung des okkupierten Gebiets wurde wirksam. Frank trat als der „Generalgouverneur“ in Aktion, wobei Krakau, die alte polnische Residenz- und Krönungsstadt, sein Amtssitz wurde. Diese Wahl war mit der Absicht verbunden, Warschau auf den Rang einer Provinzstadt herabzustufen. Die deutsche Okkupationsverwaltung etablierte sich auf dem Wavel.

Vom ersten Tage seines Regiments an ging Frank davon aus, daß das ihm unterstellte Gebiet dauernd im deutschen Herrschaftsbereich bleiben werde. Das drückte sich auch in der von ihm mit Vorliebe gebrauchten Bezeichnung vom „Nebenlande des deutschen Reiches“ aus. Obwohl das genau genommen nicht zutraf, sah Frank sich als der erste Faschistenführer, dem das Amt eines Kolonialherrschers übertragen wurde, und er fühlte sich deshalb besonders ausgezeichnet. Vor ihm hatte der ehemalige Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath die Oberhoheit über das „Protektorat Böhmen und Mähren“ erhalten und sich auf der Prager Burg etabliert, wovon Frank natürlich Kenntnis hatte. Doch er sah die Unterschiede, war sich bewußt, daß er in dem kriegerisch unterworfenen Land auf ungleich stärkeren Widerstand treffen würde, wie seine Antwort gegenüber einem Korrespondenten des „Völkischen Beobachters“ am 6. Februar 1940 zeigte: „Einen plastischen Unterschied kann ich Ihnen sagen. In Prag waren z. B. große rote Plakate angeschlagen, auf denen zu lesen war, daß heute 7 Tschechen erschossen worden sind. Da sagte ich mir: wenn ich für je sieben erschossene Polen ein Plakat aushängen lassen wollte, dann würden die Wälder Polens nicht ausreichen, das Papier herzustellen für solche Plakate.“⁴⁷ Als Frank das sagte, war er gerade ein Vierteljahr auf seinem neuen Posten. Im „Reichsprotektorat“ wie im „Generalgouvernement“ bildeten die Deutschen eine Minderheit. Beiden war in den Plänen der faschistischen Führer die Germanisierung zugegedacht. Tschechen wie Polen galten mithin nur als geduldet, wobei nicht beabsichtigt war, zwischen ihnen und ihren ungerufenen Herren auch nur ein freundliches Verhältnis herzustellen. Momentan aber waren die Eroberer darauf aus, die Tschechen in Industrie und Landwirtschaft, die Polen vor allem in der Landwirtschaft auszubeuten. Darüber hinaus bestand ein ins Gewicht fallender Unterschied in der politisch-geographische Lage und Bedeutung der beiden Gebiete. Frank, der „Mein Kampf“ gelesen und Hitler verstanden hatte, ging davon aus, das die eben festgelegte Grenze zur UdSSR nicht endgültig sein würde, sondern sich eines – bisher noch nicht bestimmten – Tages an dieses „Gouvernement“ östlich weitere anschließen würden.

⁴⁶ Ebenda, S. 14.

⁴⁷ Zit. in Piotrowski, S. 309.

[206:] Aus der Bedeutungslosigkeit des Ministers ohne Geschäftsbereich ins internationale Rampenlicht gestellt, ging Frank mit Ehrgeiz zu Werke. Nach seinem Verständnis hatte ihm die Zerschlagung Polens die Aussicht eröffnet, in die Geschichte einzugehen. Er war Herr über ein Gebiet von ca. 97.000 Quadratkilometern geworden, in dem etwa 14 Millionen Menschen, vor allem Polen und Juden, lebten. Nach dem Überfall auf die UdSSR vergrößerte es sich beträchtlich und umfaßte dann ca. 150.000 Quadratkilometer. Als fünfter Distrikt kam zu Warschau, Radom, Lublin und Krakau Galizien mit dem Zentrum Lemberg hinzu, wie die Stadt Lwów wieder genannt wurde. Die Einwohnerzahl erhöhte sich damit zeitweilig auf nahezu 18 Millionen. Doch andererseits sank sie aufgrund der barbarischen Vernichtung der jüdischen Bewohner und als Folge der Massaker unter den Polen ständig. Außerdem verringerte sie sich durch die Verbringung von Arbeitskräften ins Reichsgebiet, von denen sich die wenigsten durch bloße Versprechungen locken ließen, sondern die meisten aufgrund von Not oder gezwungen durch die deutsche Polizei ins Land der Eroberer gelangten.

Frank, der aus dem Bildungsbürgertum in die hohe Politik gekommene Faschist, führte sich in Krakau ein und auf, wie er es den engsten Mitarbeitern und Gehilfen Hitlers abgesehen hatte. Wie sie sahnte er für sich und seine Familie ab, ohne zwischen den eigenen reichlichen Einkünften und der Staatskasse einen Unterschied zu machen. Daß Hitler, der längst selbst Reichtum angehäuft hatte, der Geltungs- und Prunksucht seiner Mitführer keine Schranken setzte, war in den eingeweihten Kreisen, darunter auch Frank, gut bekannt. Ebenso wie der „Führer“ den Protzbau der Neuen Reichskanzlei in Berlin als Ausfluß politischer Berechnungen ausgab und nicht etwa seinem eigenen maßlosen Rollenverständnis zuschrieb, so konnte nun auch sein „Generalgouverneur“ im fremden Land darauf pochen, sich als Herr der Bedeutung des Reiches entsprechend zu etablieren. Seine Diensträume in der Burg erhielten eine exklusive Ausstattung, deren Stücke und auserlesene Kunstwerke zusammen geraubt waren. Frank selbst bezog mit seiner Familie eine Privatresidenz auf einem Schloß der Grafen Potocki in der Ortschaft Kressendorf (Krzyszowice). Die Potocki gehörten zu einem Geschlecht, das über Jahrhunderte zu den einflußreichsten polnischen Adligen zählte, dem Zaren- wie dem Kaiserreich zivile und militärische Diener gestellt hatte und aus dem auch antirussische Rebellen hervorgegangen waren. Es charakterisiert Frank wie alle „Protektoren“ und „Gouverneure“ des faschistischen Imperialismus, daß sie – öffentlich die Volksgemeinschaft predigend – hochfeudale Privatsitze bevorzugten. [207:] Frank tat sich damit aber noch nicht genug, sondern ließ sich zudem einen eigenen „Berghof“ im renommierten Kur- und Urlaubsort Zakopane einrichten. Offenkundig gedachte er auf Lebenszeit auf dem Platz zu bleiben, auf den ihn Hitler gestellt hatte. Auch Frau Frank nutzte die neue Stellung ihres Gatten in einem Maße zu eigener Bereicherung, daß in der Umgebung des Generalgouverneurs Unwillen entstand. Mehr noch: Informationen darüber gelangten ins Führerhauptquartier, so daß sich Frank schließlich zu verantworten hatte. Doch er selbst kam ungeschoren davon, während sich Himmlers und Heydrichs Sicherheitspolizisten an einigen korrupten Mitarbeitern und Untergebenen des Generalgouverneurs schadlos hielten.

Wie er es anderen Herren abgesehen hatte, wünschte Frank nicht nur zu regieren und zu herrschen, sondern auch unausgesetzt zu repräsentieren. Deshalb trat er als Kunstmäzen auf und entfaltete Initiativen, die mit der Vorstellung einhergingen, aus Krakau eine deutsche Stadt zu machen. Frank ließ ein deutsches Staatstheater gründen, ein Sinfonie-Orchester bilden und die Auftritte berühmter und bekannter Künstler organisieren. Veranstaltungen bestritten u. a. der Komponist und Dirigent Hans Pfitzner, mit dem Frank einen Briefwechsel unterhielt und den er gelegentlich mit selten gewordenen Geschenken bedachte, sowie der Schauspieler und Intendant Heinrich George.

Auch deshalb geriet Frank in der direkten Umgebung Hitlers in den Verdacht, mehr seinen persönlichen Ambitionen und Interessen zu leben, als sich persönlich und ausdauernd an der Durchsetzung der Okkupationspolitik zu beteiligen. Angesichts der Funktionstüchtigkeit der verschiedensten Okkupationsbehörden und des Ehrgeizes ihrer Leiter und Mitarbeiter erbrachte diese Situation für die polnischen und jüdischen Bewohner des Gebiets jedoch keinerlei Vorteil. Tatsächlich waren die Anforderungen der verschiedensten Obersten Reichsbehörden an das „Generalgouvernement“ äußerst zahlreich, wobei die einen mitunter den anderen widersprachen. Nun war der „Gouverneur“ zwar Hitler direkt unterstellt, doch half ihm das wenig. Der „Führer“, von Feldzugs- und Kriegsplänen

beansprucht, war weder geneigt noch in der Lage, sich mit den Einzelheiten der Politik in Krakau zu beschäftigen und deren Widersprüche zu entwirren. Obendrein gingen die sich ganz oder teilweise ausschließenden Forderungen nicht selten auch von Hitler selbst aus oder hatten doch dessen Billigung gefunden. Jedenfalls war Franks Herrschaft nichts weniger denn absolut. Sein Einfluß hätte auch bei größerer eigener bürokratischer Energie nicht hingereicht, das Hineinregieren anderer [208:] Stellen und Personen, insbesondere der mächtigeren Göring und Himmler, in das „Nebenland“ zu unterbinden. Dadurch wurden das Chaos der Gouvernementsherrschaft nicht verursacht, aber doch weiter verschärft, und das Elend der Polen noch zusätzlich vergrößert. Zudem spielte sich Frank zwar in vielen Reden als entschlossener Verteidiger der ihm von Hitler übertragenen weitgehenden Rechte auf, war aber dennoch meist geneigt, sich den Forderungen zu unterwerfen oder die Handlungen hinzunehmen, die von einflußreicheren Mitführern Hitlers ausgingen. Sein Prestige interessierte ihn in solchen Fällen mehr als das wirkliche Geschehen.

Trotz seiner Unterwürfigkeit geriet Franks Krakauer Herrscherstuhl zweimal bedenklich ins Wanken. In beiden Fällen war es Hitler, der einen Sturz des Generalgouverneurs verhinderte, wobei schwer zu entscheiden ist, von welchen Motiven sich der „Führer“ leiten ließ. Zum einen dürfte es das erst einmal im Falle Streichers nach langem Zögern aufgegebene Prinzip gewesen sein, die von ihm ernannten Unterführer nur in äußerstem Notfall abzulösen. Zum anderen mußte die Enthebung eines seiner Paladine, den er auf einen so wichtigen Außenposten der Herrschaft gestellt hatte, Aufsehen erregen und Vermutungen über Zwist und Schwäche innerhalb der Führungsspitze hervorrufen. Zum dritten wirkten sicherlich – allerdings in einem schwer zu bemessenden Grade – Bindungen aus der „Kampfzeit“ mit. Der Kriegsalltag unter Militärs, so sehr diese auf den Oberbefehlshaber eingeschworen waren, vermochte Hitler nie jene bis zu hündischer Ergebenheit reichenden Beziehungen zu ersetzen, die sich zwischen ihm und seinen braun- und schwarzuniformenten Mitführern herausgebildet hatte. Frank war einer von ihnen, außerdem Weggefährte nahezu seit den Anfängen.

Am 23. Mai 1942, seinem Geburtstag, war Frank durch Hitler dadurch ausgezeichnet worden, daß er ihn in der Berliner Reichskanzlei zu Tische bat. Dieses Zusammentreffen ereignete sich eher zufällig. Hitler hatte sein ostpreußisches Hauptquartier nur kurzzeitig verlassen, um am Trauer-Staatsakt für den verstorbenen Gauleiter von Oldenburg, Carl Röver, teilzunehmen. Anlässe dieser Art brachten die oberste politische Führerschaft wiederholt zusammen. Hitler beschäftigte zu diesem Zeitpunkt die an der Ostfront geplante Sommeroffensive. Für ihn gab es an Franks Regiment nichts auszusetzen, und der verließ Berlin geehrt.

Was trieb Frank aber dann nur etwa zwei Wochen später, zum ersten von vier Vorträge aufzubrechen, in denen er sich zu grundsätzlichen Fragen des Rechts äußern wollte? Es scheint unwahrscheinlich, daß er Hitler sein [209:] Vorhaben angedeutet oder gar Absicht und Inhalt der geplanten Auftritte mit ihm besprochen haben könnte. Und wenn doch, dann dürfte Hitler das gleichgültig gelassen haben. Eine Aufzeichnung in den Tischgesprächen existiert darüber nicht.⁴⁸ Die Frage nach Franks Motiven ist noch schwieriger zu entscheiden, wenn man bedenkt, daß er mit den „Männern des Großdeutschen Reichstags“ soeben – wie üblich ohne Debatte und persönliche Abstimmung – ein selbst in der Rechtsgeschichte der faschistischen Diktatur beispielloses Gesetz beschlossen hatte. Dieses Gesetz sprach dem „Führer“ ausdrücklich das von ihm zuerst 1934 unermächtigt ausgeübte Recht zu, unabhängig von Gesetzesnormen über die „deutschen Volksgenossen“, seien sie Zivilisten oder Militär-angehörige, zu richten. Der Reichstagsbeschluß vom 26. April 1942 besagte, Hitler dürfe „ohne Rücksicht auf sogenannte wohlerworbene Rechte“ jedermann im Reich die ihm gebührende „Sühne“ auferlegen, d. h. eine beliebige Person dem Henker überliefern.⁴⁹

Frank dozierte zuerst am 6. Juni 1942 in der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität zum Thema „Rechtsidee und Volksgemeinschaft“. Am 1. Juli trat er vor der Akademie der Wissenschaften in Wien mit dem Vortrag „Das Recht und die europäische Erneuerung“ auf. Am 20. Juli lautete das Thema seiner Rede in der Münchener Universität „Das Recht als Grundlage der Volksgemeinschaft“. Tags

⁴⁸ Henry Picker: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, München 1981, S. 333.

⁴⁹ RGBl., Teil I, Nr. 44, vom 27. April 1942, S. 247.

darauf referierte er an der Universität zu Heidelberg wieder zu dem bereits in Wien vorgetragenen Thema. Überall waren seine Zuhörer vor allem Juristen, vermutlich zumeist Hochschullehrer, Staats- und Parteibeamte und auch Studenten. Einige Sätze seiner Reden klangen aufmüpfig. So erklärte er in Wien, daß „polizeistaatliche Ideale“ keine „ausgeprägten nationalsozialistischen Ideale“ seien.⁵⁰ Eine solche Aussage war geeignet, Richter und Staatsanwälte, die sich trotz bereits gefällter Terrorurteile immer wieder Forderungen aus NSDAP-Kreisen ausgesetzt sahen, noch brutalere Urteile zu sprechen, zu ermutigen, sich den Teil der Macht nicht entwinden zu lassen, den sie Kraft geltender Gesetze und durch sie gedeckt beanspruchen konnten. Nun waren unter den Kritikern der staatsreuen Juristen nicht nur Nazis der mittleren und unteren Ebene. Wenn auch nicht in der Öffentlichkeit, so hatten sich Hitler, Goebbels und weitere Regimeführer in der gleichen Weise abfällig geäußert. Das wiederum mochte die Wochenzeitung der SS, „Das Schwarze Korps“, Sprachrohr Himmlers und der entschiedenen Exekutoren ungehemmter Verfolgung jedes nicht systemkonformen Verhaltens, zu rüden Angriffen auf die Justiz vorangetrieben haben. Ausdrücklich wandte sich Frank dagegen, daß „Diener des Rechts“, mit Schmutz beworfen, Rechtsanwälte gar als „Kloakentiere“ bezeichnet worden waren.

[210:] War Frank, als er diese Texte ausarbeitete, nicht bewußt gewesen, worauf er sich einließ? Hatte er die Situation so falsch einschätzen können? Überraschte ihn also die Reaktion aus dem Führerhauptquartier wie der sprichwörtliche „Blitz aus heiterem Himmel“? Frank gelangte, wie seiner Aussage vor dem Nürnberger Gericht zu entnehmen ist, in München zunächst unter „polizeiliche Sicherstellung“, was immer darunter zu verstehen sein mochte.⁵¹ Binnen kurzem wurde er aller seiner Ämter und Befugnisse entbunden, die er im faschistischen Rechtswesen besessen hatte: von seiner Führerschaft im NS-Bund der „Rechtswahrer“, der Leitung des Reichsrechtsamtes der NSDAP und der Präsidentschaft in der Rechtsakademie. Falls Frank mit seinem Auftreten die Anwartschaft auf den Posten des Reichsministers der Justiz anmelden wollte, der nach dem Tode Gürtners im Januar 1941 noch immer von einem der Staatssekretäre wahrgenommen wurde, so hatte er das Gegenteil des Beabsichtigten erreicht. Am 20. August 1942 gab Hitler die Führung des Ministeriums in die Hände von Otto Georg Thierack, der seit dem 1. April 1936 als Präsident des Volksgerichtshofes fungierte. Und wenn Frank beabsichtigte, einzig sein Ansehen in Juristenkreisen zu heben und seine Spitzenstellung in der juristischen Partei- und Standesorganisation zu festigen, so war das ebenso gänzlich fehlgeschlagen. Thierack wurde auch sein Nachfolger als Führer der „Rechtswahrer“ und erhielt zudem das Präsidentenamt in der Akademie für deutsches Recht. Frank aber wurde auferlegt, fortan zu allen Fragen der Rechtspolitik zu schweigen, soweit sie nicht seine Aufgaben als Generalgouverneur betrafen.

Hitlers Entscheidungen mußten den Gemaßregelten schwer demütigen, zumal ihm keine Möglichkeit der Rechtfertigung gegeben wurde. Obendrein warf die Art und Weise der Einsetzung des Gürtner-Nachfolgers zusätzlich düsteres Licht auf Frank. Zunächst ließ Hitler Thierack, der sich als Staatsanwalt 1931 der NSDAP angeschlossen hatte, ins Führerhauptquartier kommen. Dort setzte er ihm bei Tische langatmig auseinander, er wünsche Richter, die eine ständige Korrektur der Gesetzgebung überflüssig machen, nicht nach Deckung durch Paragraphen fragen und ihre Urteile nach „Rahmengesetzen“ fällen würden, die Verhängung der Todesstrafe eingeschlossen.⁵² Thierack nahm aus dem Hauptquartier in der Ukraine einen Erlaß Hitlers mit, der ihm die Vollmacht erteilte, „eine nationalsozialistische Rechtspflege aufzubauen“, und ihm erlaubte, „hierbei vom bestehenden Recht abzuweichen“.⁵³ Diese Formulierung kam einer totalen Kritik an der Arbeit Franks gleich. So wurde die Nachricht auch in Kreisen der deutschen Bevölkerung aufgenommen. Der Sicherheitsdienst berichtete [211:] über das Aufsehen, daß Franks „Entbindung“ erzeugt hätte: Aus der Mitteilung über die Ernennung des Reichsjustizministers „entnimmt man, daß die bisherigen Bemühungen Franks offenbar erfolglos gewesen seien“.⁵⁴

⁵⁰ IMT, Bd. XII, S. 171.

⁵¹ Ebenda, S. 33.

⁵² Hitler, Monologe, S. 347-354 (Aufzeichnung vom 20. August 1942).

⁵³ RGBl., 1942, Teil I, S. 535.

⁵⁴ Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945. Hg. v. Heinz Boberach, Bd. 11, Herrsching 1984, S. 4136.

Frank sah sich auf einem Teilgebiet seiner Kompetenz vollständig ausgeschaltet. Er mußte sich fragen, was dies für seine Stellung in Krakau bedeutete. Gekränkt bot er vier Tage nach Thieracks Ernennung Hitler auf dem Dienstweg über Lammers gehorsamst seine Demission auch als Generalgouverneur an. Er übergab Staatssekretär Bühler, seinem ständigen Vertreter, die Geschäfte. Doch schon am 31. August 1942 wurde er vom Chef der Reichskanzlei benachrichtigt, sein Angebot sei ausgeschlagen worden. Wie Hitler Streicher als Gauleiter in Franken abgesetzt hatte, ihn aber als Herausgeber des „Stürmer“ auf seinem Posten ließ und weiter benutzte, so unterschied er auch diesmal zwischen Versagen und regimetreuen Leistungen Franks. Der Generalgouverneur hatte sich auf seinen Posten nach Krakau zurückzugeben. Noch auf Schloß Kressendorf Hitlers Entscheidung erwartend, formulierte der Gemaßregelte am 28. August für sein Dienstagebuch einen Text, in dem er seine Bindungen an die Nazibewegung beteuerte, seine Verdienste hervorhob und dem „Führer“ Treue gelobte.⁵⁵ Wieder amtierend, fügte Frank dem am 16. September hinzu, er beobachte, daß die Angriffe gegen sein Wirken im Reich fortgesetzt würden.⁵⁶

Auf der Anklagebank in Nürnberg suchte Frank die Episode aus dem Jahr 1942 nach Kräften auszuheulen. Er habe durch seine vier Reden Hitler „auf die Unsterblichkeit der Rechtsidee“ aufmerksam machen wollen.⁵⁷ Wer sollte ihm das glauben? Wer konnte sich vorstellen, daß dieser „alte Kämpfer“ sich auch nur einen Moment einbildete, den „Führer“ durch öffentliche Rede zu einer Korrektur seiner Politik zu bewegen? Gewiß: Frank hatte über die juristische Ausgestaltung des Innenlebens der faschistischen Diktatur einige Vorstellungen, die von denen Hitlers abwichen. Doch deren Verwirklichung hätte das Regime nicht gewandelt, geschweige ihm menschenfreundliche Züge gegeben. Mit rechtsstaatlichen Prinzipien waren sie auch nicht entfernt verwandt.

Zum zweiten Mal wackelte Franks Herrscherstuhl auf dem Wavel im darauffolgenden Jahr, diesmal verursacht durch Meinungsverschiedenheiten über die Politik im Generalgouvernement. Auch dieser Konflikt wurde während des Nürnberger Prozesses von Frank und seinem Verteidiger verzerrt dargestellt und zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung über die Behandlung Polens und der Polen aufgewertet. Das Gericht erhielt unter anderem eine eidesstattliche Erklärung des sich damals in einem Internierungslager befindenden Staatssekretärs z. B. V. Ernst Boepple, der an Franks [212:] und Bühlers Seite tätig gewesen war. Boepple behauptete, Frank habe Polen und Ukrainer nicht anders als die in seinem Machtbereich lebenden Deutschen und also als seine „Landeskinder“ angesehen.⁵⁸

Tatsächlich lagen dem Streit um Verbleib oder Amtsenthebung Franks 1943 taktische Differenzen zugrunde, nicht aber eine Kontroverse über humane oder antihumane Behandlung der „Fremdvölkischen“. Im Herrschaftsalltag der Okkupanten, einem arbeitsteiligen Prozeß, entstanden unvermeidlich Meinungsverschiedenheiten. An den jeweiligen Plätzen der Besatzungsverwaltung waren unterschiedliche Aufgaben zu lösen, die sich nicht so selten als unvereinbar erwiesen. So kam es zu Konfrontationen, und es entbrannten Kämpfe, in denen entschieden wurde, wer sich durchsetzte und den Auftrag der Obrigkeit, am Ende den „Willen des Führers“, am entschiedensten verfocht und damit Stellung und Karriere sicherte. In solchen Auseinandersetzungen machten sich zudem, je mehr sich die Kriegslage verschlechterte um so häufiger, abweichende Ansichten über Möglichkeiten und Zweckmäßigkeiten der Politik geltend. Charakterliche Eigenschaften der beteiligten Personen und ihr Einfluß bestimmten, wie derartige Konflikte ausgetragen wurden. Von dem HSSPF, Obergruppenführer Friedrich-Wilhelm Krüger, der seit dem 7. Mai 1942 auch Staatssekretär für das Sicherheitswesen in der Krakauer „Regierung“ war, wird angenommen, daß er sich Chancen auf die Nachfolge Franks ausrechnete. Doch wurde Krüger und nicht Frank von seinem Posten in Krakau entfernt. Der Reichsführer SS rief ihn im November in seinen persönlichen Stab, um ihn später in der Waffen-SS zu verwenden.

Daß gerade Frank und nicht Seyß-Inquart in den Niederlanden oder Terboven in Norwegen ins Zentrum von Auseinandersetzungen über die Okkupationspolitik geriet, war kein Zufall, da sich auf das

⁵⁵ IMT, Bd. V, S. 82 f.

⁵⁶ Piotrowski, S. 376.

⁵⁷ IMT, Bd. XII, S. 33.

⁵⁸ IMT, Bd. XXXX, S. 127.

Generalgouvernement weitgehende Pläne der „Germanisierung“ richteten. In der faschistische Führung, Frank eingeschlossen, wurde davon geträumt, die Slawen, die vor Jahrhunderten über die Elbe-Saale- und dann über die Oder-Linie ostwärts gedrängt worden waren, nun hinter Weichsel und Bug zu vertreiben. Dieses verbrecherische Vorhaben wurde im Oktober 1939 organisatorisch mit der Gründung des „Reichskommissariats für die Festigung des deutschen Volkstum“ eingeleitet, wobei die Berufung Himmlers zum Leiter der neuen Behörde dessen Funktion und Zielsetzung besonders anschaulich charakterisiert. Unter dem Kommando des Rassefanatikers, der zugleich über die Polizeikräfte gebot, wurde in ausgewählten Gebieten sofort mit der Vertreibung der Polen und Juden und der Ansiedlung von Deutschen begonnen. Als Instrumente dieser Politik entstanden „Umsiedlungs-“ und Einwandererzentralen. Das Generalgouvernement war das Gebiet, in welches die zuerst aus den Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland vertriebenen Bewohner abtransportiert wurden.

Frank trug diese Germanisierungssorgie von ihrem Beginn im Winter 1939/1940 an mit. Niemand war über deren Folgen, über Leiden und Tod der Opfer, früher und besser informiert als er. Freilich wußte er auch, daß die Vertreibungen in seinem Herrschaftsbereich die eigene Situation erschwerten. Die Erwartungen, die an die Arbeit der Okkupationsverwaltung gestellt wurden und die er ehrgeizig zu erfüllen gedachte, ließen sich in den entstehenden chaotischen Zuständen schwer erfüllen. Das galt für die Leistungen der Industrie im Generalgouvernement ebenso wie für die Forderung, landwirtschaftliche Produkte nach Deutschland zu liefern. Zudem erhöhten sich die Anforderungen unausgesetzt und im besonderen Maße, als der Krieg gegen die UdSSR vorbereitet und das Gebiet seit dem Sommer 1941 wichtige Nachschubbasis und Hinterland für die Ostfront wurde.

Frank stimmte zu, als ihm Himmler – der Krieg gegen die UdSSR war schon begonnen und der Blitzfeldzug gescheitert – bei einem Besuch in Krakau am 13. März 1942 eröffnete, daß er sich mit Germanisierungsplänen im Südosten des Generalgouvernements trage, die noch während des Krieges in Angriff genommen werden sollten.⁵⁹ Der Generalgouverneur erklärte bei einem Abendessen, das er für den Reichsführer SS gab, der Plan müsse „im Interesse der Besiedlung des Landes durch das Deutschtum“ verwirklicht werden, die Polen seien „für alle Zukunft zurückzudrängen“.⁶⁰ Die erneute Vertreibung von Landeseinwohnern aus ihren Wohnungen, Häusern, Höfen und Ortschaften mußte unter der gesamten Bevölkerung zusätzliche Unruhe und Opposition stiften und der Untergrund- und Partisanenbewegung weitere Kräfte zuführen. Doch glaubte Himmler, jeglichen Widerstand mit seinen Polizeikräften niederwerfen zu können. Als er, von seinem Krakau-Besuch zurückgekehrt, am 5. April mit Hitler bei Tische saß, entwickelte er ihm seinen Plan vom Zangenangriff gegen die polnische Bevölkerung und fand dessen ausdrückliche Zustimmung. Es herrschte Einigkeit, daß die Polen keine nachsichtige Behandlung verdienten.⁶¹

Nachdem Himmler am 19. Juli 1942 in Lublin gewesen war und dort Befehl für den Beginn der Vertreibungsmaßnahmen gegeben hatte, beschwerte sich Frank jedoch in Anwesenheit des HSSPF Krüger – Himmlers Beauftragten in dessen Eigenschaft als Volkstumskommissar – daß er übergangen worden sei.⁶²

Wie meist, wenn der Generalgouverneur wortreich auf seine Vorrechte pochte, geschah daraufhin nichts. Frank ließ auf einer Besprechung „von [214:] Sonderproblemen des Distrikts Lublin“ zwei Wochen später Staatssekretär Krüger die Einzelheiten eines „Nahplans“ vortragen. Demnach sollten bis Ende 1943 50.000 bis 60.000 Volksdeutsche in den Kreisen Zamość und Lublin-Land angesiedelt und eine noch größere Zahl von Polen vertrieben werden. Frank ordnete an, daß bis Ende September 1942 alle Dienststellen die weiteren Maßnahmen gemeinschaftlich bearbeiten sollten. Dann wolle er den Plan in Kraft setzen. Im November – der Termin ergab sich mit Rücksicht auf die Ernte, die zuerst noch eingetrieben werden sollte – werde die „Germanisierung“ in Angriff genommen

⁵⁹ Piotrowski, S. 102 u. 357.

⁶⁰ Ebenda, S. 358.

⁶¹ Picker, Tischgespräche, S. 198.

⁶² Europa-Polen, S. 229 f.

werden.⁶³ So geschah es auch. Die vertriebenen Polen wurden teils ihrem Schicksal überlassen, teils in Konzentrationslager verschleppt. Andere flohen zu den Partisanen.

Zwischen August, als die Beratung stattgefunden hatte, und November veränderte sich aber die Lage an der Ostfront erneut und diesmal – wie sich erweisen sollte – entscheidend. Im August hatte Frank während einer Großkundgebung der NSDAP in Lemberg, der galizischen Distriktshauptstadt, gesagt: „Wir sind ... vielleicht morgen an der Wolga in derselben Lage wie einmal vor 800 Jahren unsere Vorfahren an der Eibe waren ... Die haben damals ... erklärt: dieses Land wird zuerst vom deutschen Schwert und dann vom deutschen Pflug endgültig deutsch gemacht. Und es ist geglückt.“ Und Heiterkeit und Beifall seiner Zuhörer provozierend, rief er ihnen zu: „Das ist ja das schöne an diesem Krieg, daß, was wir einmal haben, wir nie wieder hergeben.“⁶⁴ Keine Rede konnte also davon sein, daß Frank nur unter dem Druck Himmlers den Vertreibungen im Osten des Generalgouvernements zugestimmt hatte. Er war vielmehr in Erwartung der Siege an der Wolga und im Kaukasus als deren bedenkenloser und zynischer Propagandist hervorgetreten.

Doch im November? Da schloß sich der Ring des sowjetischen Gegenangriffs um die 6. Armee. Die Eroberer- und Endsiegträume des Hochsommers waren ausgeträumt. Frank bemerkte, daß ihm eine Lage drohte, die mit dem Sitz auf einem Pulverfaß vergleichbar war. Diese Wende scheint ihm, rascher als anderen Herren in den okkupierten Gebieten, Überlegungen darüber aufgedrängt zu haben, ob die Politik gegenüber den Landesbewohnern nicht modifiziert werden müsse. Als bald geriet er in den Verdacht, eine „umwälzende Änderung der Politik“ zu beabsichtigen.⁶⁵ Am 12. April 1943 war ein Memorandum fertiggestellt, das Lammers in Auftrag gegeben hatte und zu dessen Urhebern Bormann und vor allem Himmler zu rechnen sind. Es besaß den Charakter einer Anklageschrift gegen Frank, seine Staatssekretäre Bühler und Boepple sowie gegen die Distriktsgouverneure Ludwig Fischer in Warschau und Ernst Zörner in [215:] Lublin, deren Ablösung ausnahmslos gefordert wurde. Die Tätigkeit der Okkupationsverwaltung hätte versagt, den Zusammenschluß des Polentums bewirkt und dahin geführt, daß nun chaotische Zustände drohten.⁶⁶ Lammers und Himmler wollten die Denkschrift und deren Schlußfolgerungen vor Hitler gemeinsam vertreten.⁶⁷

Die erhobenen Vorwürfe besaßen eine Tatsachenbasis. Nur waren am Zustandekommen des Chaos nicht nur die Benannten beteiligt, sondern ebenso der Reichsführer SS, das Oberkommando des Heeres, das Ministerium für Bewaffnung und Munition und der Generalbevollmächtigte für den Arbeits-einsatz. Sie und weiterte Oberste Reichsbehörden hatten mit ihren Entscheidungen die Situation heraufbeschworen, die nun als bedrohlich dargestellt wurde. Als Speer sich Anfang Mai mit Hitler beriet, war er ziemlich sicher, daß dieser Frank seines Postens entheben werde. Der Rüstungsminister erwartete, daß Arthur Greiser, Gauleiter und Reichsstatthalter im aus polnischem Gebiet gebildeten Reichsgau Wartheland, den Posten in Krakau erhalten werde. Auch Goebbels war der Meinung, die [216:] Umbesetzung werde „unter Umständen schon in den nächsten Tagen erfolgen“.⁶⁸ Drei Tage später diktierte der Propagandaminister nach einem Treffen mit Hitler in München befriedigt, daß der „Führer“ sich nun Frank „vornimmt“.⁶⁹ Doch bald darauf mußte er sein Bedauern darüber ausdrücken, daß dessen Ablösung nicht erfolgt sei. Goebbels nörgelte in seinem Tagebuch, man sollte auch die nötigen Konsequenzen ziehen, wenn „man einmal zu der Überzeugung kommt, daß ein Mann seiner Aufgabe in keiner Weise gewachsen ist“.⁷⁰ Man – damit meinte er seinen unfehlbaren „Führer“.

Doch vermochte der Propagandaminister auch eine unausgesprochene Meinungsverschiedenheit mit Hitler niemals lange zu ertragen und mußte sich wieder auf dessen „Linie“ bringen. Unter dem 25.

⁶³ Piotrowski, S. 369 f. (Beratung vom 4. August 1942).

⁶⁴ Ebenda, S. 368 f.

⁶⁵ Europa-Polen, S. 25 f. (Rede am 1. August 1942).

⁶⁶ Ebenda, S. 260 f.

⁶⁷ IMT, Bd. XII, S. 135. Das Material für die Denkschrift hatte der HSSPF Krüger in Krakau zusammengestellt; es war in Lammers Apparat aufbereitet worden.

⁶⁸ Goebbels-Tgb., Teil II, Bd. 8, S. 227.

⁶⁹ Ebenda, S. 259.

⁷⁰ Ebenda, S. 343 (Notiz vom 22. Mai 1943).

Mai findet sich in seinem Tagebuch eine Eintragung über Personen, die auf die wirklichen Probleme aufmerksam macht. Goebbels notierte, daß „plötzlich“ dem Distrikt Galizien „eine Umsiedlung aufgezwungen“ worden sei. „Man kann sich vorstellen, welche Folgen das für das ganze Gebiet hat.“ Frank habe wie der Distriktsgouverneur die verheerenden Wirkungen dieser Maßnahme für die Besatzungspolitik gesehen, aber nicht genügend Autorität besessen, „um sich gegen die Übergriffe der Polizei und der SS erfolgreich zur Wehr zu setzen.“ Und an diese Kritik der Vertreibungsmaßnahmen in Galizien schließt sich eine Klage an, die sich gegen Himmler und auch gegen den vergotteten „Führer“ richtete, ohne daß beider Namen erwähnt werden. Diese Notizen bedeuten gar eine verspätete Verteidigung Franks dar. Goebbels diktierte: „Man könnte sich die Haare ausraufen angesichts eines solchen Berges von politischem Unverständnis. Wir in der Heimat führen einen totalen Krieg mit allen Konsequenzen und stellen alle weltanschaulichen und programmatischen Ziele vor dem großen Ziel des Endsieges zurück; in den besetzten Gebieten wird demgegenüber eine Politik betrieben, als lebten wir im tiefsten Frieden. Man könnte die Verantwortlichen dafür stundenlang ohrfeigen ... Aber man sieht auch an diesem Beispiel wieder, daß es im Reich und in den besetzten Gebieten vollkommen an einer inneren Führung fehlt. Wir kranken an einem Mangel an Klarheit und Konsequenz unserer Politik, der unter Umständen noch einmal zu sehr üblen Folgen führen kann.“⁷¹

Frank besaß folglich Argumente zu seiner Verteidigung gegenüber Hitler. Und dieser, anders als im Juli/August 1942, gab dem Angeklagten Gelegenheit, sie zu äußern, als sie sich am 9. Mai 1943 zu einer zweieinhalbstündigen Beratung trafen. Schließlich verließ Frank das Hauptquartier, wie er gekommen war: als Generalgouverneur.⁷² Seinen Untergegebenen berichtete er am 10. Juni, daß zwischen dem obersten Führer und ihm volles Einvernehmen hergestellt sei. Als Vertrauensbeweis Hitlers präsentierte er zudem seine Bestätigung als Präsident der Internationalen Rechtskammer, eines Zusammenschlusses von Juristen aus Deutschland und verbündeter Staaten. Eitel brüstete sich Frank, er habe „die oberste Führung des europäischen Rechtslebens in Händen“.⁷³ Diese großsprecherische Feststellung bezeugte noch einmal, wie sehr ihn der Verlust seiner Ämter im Reich getroffen hatte. Obendrein wurden das Reichsrechtsamt und die Rechtsämter in den Gauen liquidiert.

Hitler und Frank hatten sich auf den Generalkurs der Politik im Generalgouvernement verständigt: Er richtete sich auf die weitere und rücksichtslose Ausbeutung der menschlichen und materiellen Ressourcen des Landes. Mit der Anwendung brutaler Gewaltmethoden, ergänzt durch unentbehrliche Zugeständnisse, sollte er durchgesetzt werden. Zugeständnisse waren vor allem auf dem Gebiet der Ernährung der polnischen Arbeiter in kriegswichtigen Betrieben notwendig, deren Ausstoß als Folge von Hunger und Entkräftung der Ausgebeuteten unaufhaltsam sank. Es war Goebbels, der nach einem Gespräch mit dem „Führer“ die Gründe zusammenfaßte, die schließlich den Sturz Franks verhindert und Hitler umgestimmt hatten. Am 25. Juni 1943 diktierte er: „Auch ein Nachfolger könnte aus der Situation nichts Besseres machen. Die Verhältnisse im Generalgouvernement sind so unglücklich, daß im Augenblick nur mit starken militärischen Kräften etwas zu erreichen ist. Der Auftrag, der Frank gegeben wurde, kann ja praktisch auch kaum durchgeführt werden. Er soll Lebensmittel herausholen, das Volk nicht zur Einigung kommen lassen, die Juden herausbringen, zu gleicher Zeit aber die Juden aus dem Reich aufnehmen; er soll die Rüstungsproduktion steigern, die Städte nicht aufbauen usw.; kurz und gut, das ist eine Mission, die unerfüllbar scheint.“⁷⁴

Auch die Auseinandersetzung im Frühjahr 1943 diente Frank später in Nürnberg dazu, sich als einen Gegner der Gewaltpolitik auszugeben. Als deren Personifizierung bezeichnete er allein Himmler und

⁷¹ Ebenda, Teil II, Bd. 8, S. 364. Indessen war Goebbels nicht imstande, solche Gedanken selbst konsequent zu Ende zu denken. Schon bei den folgenden schlechten Nachrichten aus dem Generalgouvernement räsonierte er wieder über Frank, dessen Verbleiben im Amt und den „Mangel an Entscheidungskraft in personellen Dingen“, den er bei Hitler nicht nur im Hinblick auf den Generalgouverneur kritisierte. Eben da, S. 422 (Eintragung vom 5. Juni 1943). Schließlich wird Frank in einer weiteren Notiz erneut entlastet, er besäße nicht die Machtmittel, um der Widerstands- und Partisanenbewegung Herr zu werden. Nur eine „Durchkämmung“ des ganzen Gebiets würde „wieder für eine längere Zeit Ruhe“ bringen. Ebenda, S. 560 (Eintragung vom 29. Juni 1943).

⁷² Piotrowski, S. 28.

⁷³ Ebenda.

⁷⁴ Goebbels-Tgb., Teil II, Bd. 8, S. S3S.

dessen Höhere SS- und Polizeiführer, die er angeblich als Gegner angesehen und bekämpft hätte. Diese Darstellung wurde allerdings durch eine geheime Denkschrift widerlegt, die Frank am 19. Juni 1943, einen reichlichen Monat nach ihrem Gespräch, Hitler gesandt hatte. Daß der Absender den „Führer“, kaum daß sie sich verständigt hatten, mit neuen Vorschlägen behelligte, kann ausgeschlossen werden. Daher lassen sich aus dem Memorandum Rückschlüsse dafür gewinnen, was Hitler und Frank im einzelnen vereinbarten. Zugleich läßt sich dem Text entnehmen, wie der Generalgouverneur [218:]neur und sein Stab die Situation im Lande beurteilten und was sie zu deren Meisterung vorschlugen.“⁷⁵

Frank stellte einleitend die „erhebliche Stimmungsverschlechterung“ unter den polnischen Bewohnern fest. Dafür benannte er mehrere Ursachen: 1. die „völlig unzureichende Ernährung“, die – wie an späterer Stelle bekräftigend und erläuternd hinzugefügt wurde – dazu geführt habe, daß der Gesundheitszustand der Menschen sich rapide verschlechtere, ihre Seuchenanfälligkeit wachse und die Tuberkulose sich ausbreite, 2. Enteignungen des polnischen Großgrundbesitzes und der zum Zwecke der „Germanisierung“ ausgesiedelten Bauern, 3. Eingriffe und Enteignungen in Industrie, Handel und Gewerbe, 4. Massenverhaftungen und -erschießungen, 5. die rabiaten und brutalen Methoden der Verbringung von Arbeitskräften in das Reichsgebiet, 6. die „Lahmlegung“ des kulturellen Lebens, 7. die Schließung der Lehranstalten von den Mittel- bis zu den Hochschulen, und ferner die Entfernung der Polen auch aus den unbedeutendsten Verwaltungspositionen, die Verfolgung der Kirche, insbesondere die Enteignung von Klöstern und Wohlfahrtseinrichtungen. Dann warnte er davor, die Möglichkeiten zu überschätzen, die Polen mit der Drohung des Bolschewismus einschüchtern und disziplinieren zu können. Die Propaganda um die in Katyn entdeckten Massengräber der ermordeten polnischen Offiziere erziele bei weitem nicht die beabsichtigte Wirkung. Es werde darauf verwiesen, was den Polen in den Konzentrationslagern geschehe und wie mörderisch mit völlig unschuldigen Menschen, Frauen, Greisen und auch Kindern, in den Gebieten verfahren würde, in denen Partisanen bekämpft werden. Es waren gerade diese Passagen der Denkschrift, die in Nürnberg den sowjetischen Anklagevertreter in die Lage versetzten, Frank der Lüge zu überführen, der behauptet hatte, er habe von den Mordtaten in Auschwitz und Majdanek nichts gewußt.⁷⁶ Frank vermerkte in der Denkschrift auch, daß die antibolschewistische Aufpulverung der Bevölkerung namentlich in Gebieten Galiziens scheitere. Die Einwohner, die sich zwischen September 1939 und Juni 1941 unter sowjetischem Regiment befunden hatten, würden verglichen. Damals konnten sie wenigstens ausreichend essen. Auch politische Maßnahmen, wie etwa die Behandlung der Kirche, hätten sich gegenüber den nun von Deutschen praktizierten vorteilhaft abgehoben. Die Denkschrift bezeugte – für die Richter in Nürnberg besonders aufschlußreich –, daß der Generalgouverneur über die terroristischen Methoden der Okkupationsherrschaft – einschließlich der Erschießung von Kindern – lückenlos informiert war. Und er hatte nichts unternommen, den Verbrechen Einhalt zu gebieten. In anderer Perspektive erscheint wichtig, [219:] daß Frank vor Hitler freimütig und offenbar risikolos die Unterschiede von sowjetischer und faschistischer Politik in Polen gegeneinander abwägen konnte. Am Vorabend der perspektivlosen Offensive im Kursker Bogen und nach den Niederlagen vor Moskau 1941 und in Stalingrad 1942 wurde sich auch der „Führer“ klar, daß die Lage der Eroberer insgesamt kritisch geworden war. Das zwang ihn, Vorschläge zur Kenntnis zu nehmen und mindestens schweigend zu billigen, die eine partielle, aber unverkennbare Korrektur der bisherigen Linie bedeuteten, die letztlich er festgesetzt, befohlen oder zumindest gutgeheißen hatte.

Im zweiten Teil der Denkschrift sprach sich Frank für einen „Akt nüchterner Vernunft“ und einen „neuen Kurses“ in der Polenpolitik aus, den er ausdrücklich auf die Zeit bis zum Endsieg limitiert wissen wollte und als eine durch den Kriegsverlauf diktierte Taktik charakterisierte.⁷⁷ Unter allen Schritten zur „Beruhigung“ der Situation im Generalgouvernement setzte er „eine Erklärung über das künftige Schicksal des polnischen Volkes“ an die erste Stelle. Sie erschien ihm überfällig und könne

⁷⁵ IMT, Bd. XXVI, S. 15-37 und Bd. XVIII, S. 178.

⁷⁶ S. auch Niklas Frank, S. 279, der die Szene sarkastisch wiedergibt.

⁷⁷ IMT, Bd. XXVI, S. 25 und 34.

„kaum länger hinausgeschoben werden“.⁷⁸ Als zweitwichtigste Maßnahme benannte Frank die Verbesserung der Ernährung, die – wie er unverschlüsselt schrieb – eine Reduzierung der Lieferungen in das Reich voraussetze. Eine positive Wirkung versprach er sich weiter von einer veränderten Behandlung der pol-[220:]nischen Arbeitskräfte in Deutschland und einer begrenzten Versorgung ihrer Angehörigen im Generalgouvernement. Die Aussiedlungen müßten während der Dauer des Krieges eingestellt werden. Ebenso sollten entschädigungslose Enteignungen aufhören.

Franks weitere Vorschläge waren reine Kosmetik. In die Verwaltung sollten mit aller Vorsicht mehr Polen aufgenommen werden, was sich durch das Fehlen deutscher Arbeitskräfte ohnehin notwendig machte. Um Terror zu tarnen, schlug der Jurist Frank vor, Gerichtsfarce zu veranstalten. Es käme darauf an, die Polen, um sie zu beherrschen, nicht wie bisher zusammen und in den Widerstand zu treiben, sondern sie gegeneinander auszuspielen. Am Ende benannte die Denkschrift knapp die generelle Ursache des Dilemmas: Es seien bisher die Fern- und Nahziele der deutschen Politik nicht getrennt und aufeinander abgestimmt gewesen. Das müsse jetzt erfolgen. Nicht nur Frank allein war angesichts des Verlaufs des Krieges im Osten auf die Idee gekommen, alles zu vertagen, was „nach dem Endsieg“ geschehen könne. Die Denkschrift übersetzte gleichsam die Devise vom „totalen Krieg“ auf die Verhältnisse des Generalgouvernements. Frank schloß mit der Versicherung seiner Treue zum „Führer“ und zu dessen „epochalem Werk“.⁷⁹

Hitler beantwortete derartige Schriften nicht. Frank konnte sein Schweigen als Zustimmung werten. Doch hatte er seinen Vorschlägen vorausschauend angemerkt, daß ihre Verwirklichung nur allmählich Stimmung und Verhalten der polnischen Bevölkerung wandeln werde. Tatsächlich wuchsen mit den Siegen der Roten Armee die Hoffnungen auf die Vertreibung der Okkupanten, deren taktische Spielräume immer enger und schließlich bedeutungslos wurden. Noch am 2. August 1943 hatte Frank vor 30 Reichsrednern der NSDAP im Königssaal der Burg „reine Terrormaßnahmen“ als einen „Stoß gegen den Sieg“ bezeichnet, weil sie das „Land in Aufruhr“ bringen würden.⁸⁰ Doch es blieb beim Terror, und Frank hatte nur formelle Bedenken, ihn aufs äußerste zu steigern und sich dabei auf jene Polizeikräfte zu stützen, deren Führer er später in Nürnberg seine „Feinde“ nannte. Am 2. Oktober 1943 unterzeichnete Frank die „Verordnung zur Bekämpfung von Angriffen gegen das deutsche Aufbauwerk im Generalgouvernement“. So verlogen ihre Überschrift, so grausam, was auf sie folgte. Paragraph 1 bestimmte: „Nichtdeutsche, die in der Absicht, das deutsche Aufbauwerk im Generalgouvernement zu hindern oder zu stören, gegen Gesetze, Verordnungen oder behördliche Anordnungen und Verfügungen verstoßen, sind mit dem Tode zu bestrafen.“ Zu diesem Zweck wurde der Sicherheitspolizei übertragen, Standgerichte zu bilden. Deren Urteile, hieß [221:] es in Paragraph 6, „sind sofort vollstreckbar.“⁸¹ So wurde denn auch verfahren. Frank bezeichnete in Nürnberg diese „Standgerichts-Verordnung“ als „unmöglich“ und als „eine Verzweiflungsmaßnahme“. In gewisser Hinsicht war das richtig. Sie markiert den verzweifeltsten Versuch, Verweigerung und Widerstand der Polen in einem Meer von Blut zu ersticken und Herrscher zu bleiben.

Frank blieb bis zur Vertreibung der Okkupationsverwaltung in Krakau. Hätte Greiser seinen Platz im Nürnberger Justizpalast eingenommen, wenn die Gruppe erfolgreich gewesen wäre, die 1943 den alten Mitkämpfer stürzen wollte? In diesem Falle wären die Tage des einen ein wenig verlängert, die des anderen ein wenig verkürzt worden. Greiser, von einem polnischen Gericht zum Tode verurteilt, wurde im Morgengrauen des 21. Juli 1946 im Weichbild Poznańs öffentlich gehenkt. Frank erfuhr davon noch, bevor er unter den Galgen zu treten hatte. Zuvor hatte er wie zwei weitere Angeklagte, die sich zum Katholizismus bekannten, noch kommuniziert.

Zeigte Frank tatsächlich Reue? Die stärksten Zweifel daran ließ nicht er selbst, sondern sein Verteidiger Seidl entstehen, dessen Plädoyer den Versuch einer totalen Weißwäsche darstellte. Frank erhob dagegen keinen Einspruch. Einleitend versuchte sein Anwalt den „materiellen Beweiswert“ des

⁷⁸ Ebenda, S. 24.

⁷⁹ Ebenda, S. 37.

⁸⁰ Piotrowski, S. 408.

⁸¹ IMT, Dok. USSR 335. S. auch Niklas Frank, S. 280.

Tagebuchs herabzusetzen, was nicht einmal der Urheber des Dokuments getan hatte. Die Kette der nicht wegzuleugnenden mörderischen Äußerungen Franks gegen Juden und Polen wünschte Seidl dessen „Neigung zu zugespitzten Formulierungen“ zuzuordnen.⁸² Wo der Angeklagte sein volles Einverständnis mit den blutigen Unterdrückungs- und Terrormaßnahmen geäußert habe, wäre das unter dem Druck der Anwesenheit des Höheren SS- und Polizeiführers geschehen.⁸³ Auch Frank selbst wollte glauben machen, er habe er sich nur deshalb so mörderisch ausgedrückt, weil er „vor seinen Feinden (Himmler und dessen Untergebene in Krakau – K. P.) ... bestehen“ mußte und das Heft des Handelns nicht aus der Hand geben wollte.⁸⁴ Staatssekretär Bühler bescheinigte dem Angeklagten wunschgemäß, er habe mit zwei Zungen reden müssen. Er fand für die menschenverachtenden Reden seines einstigen Vorgesetzten übrigens keine andere Bezeichnung als „groteske Äußerungen“.⁸⁵ Frank suchte die permanenten Ausbrüche seiner barbarischen Gesinnung und seines tödlichen Hasses gegen Juden und Polen durch den Hinweis auf „eine wilde und stürmische Zeit mit furchtbaren Leidenschaften“ zu erklären.⁸⁶ Schließlich, nach dem Muster der Verteidigungstaktik, der auch Streicher folgte, behauptete Seidl dreist: Zwischen der Mordhetze gegen die Juden und deren [222:] Ermordung sei ein „ursächlicher Zusammenhang“ durch die Anklage nicht nachgewiesen worden.⁸⁷ Indessen: Bevor die systematische Vernichtung der Juden, die „Endlösung“, ins mörderische Werk gesetzt wurde, hatte Frank seine Untergebenen, die Klein- und Unterkönige vor Ort, angetrieben, die Juden durch Zwangsarbeit zu vernichten. „Je mehr sterben, umso besser“, sagte er in einer Rede, die er am 25. November 1939 in Radom hielt.⁸⁸

Das Schlußplädoyer des Verteidigers gipfelte in der Behauptung, daß Frank, lege man die äußeren Bedingungen seiner Tätigkeit in Polen zugrunde, so etwas wie ein Wohltäter des Landes und seiner Einwohner gewesen sei. Er wäre für eine „pfelegliche Behandlung des polnischen Volkstums“ eingetreten, habe „jede Gewaltpolitik abgelehnt“, die Wirkung von Terroraktionen der Polizei abgeschwächt⁸⁹ und eine „Aufbaupolitik“ geleistet, die zwar in erster Linie Deutschland genützt habe, aber doch auch den Polen und Ukrainern zugutegekommen sei.⁹⁰ Die Juden in Polen blieben da unerwähnt. Doch behauptete Seidl, die Maßnahmen, die sein Mandant gegen sie ergriffen hätte, erfüllten nicht einmal den Tatbestand von Vorbereitungshandlungen, geschweige den der Anstiftung oder Beihilfe zum Mord.⁹¹ In seinem zusammenfassenden Urteil verstieg sich Seidl zu der Lüge, Frank habe als Generalgouverneur „einen fünfjährigen Krieg gegen Gewaltmaßnahmen“ geführt.⁹² Dieses Plädoyer konnte die Wahrheit nicht wegwischen. Doch es hinterließ die Frage, ob ein Rechtsanwalt der Wahrheits- und Anstandspflicht enthoben ist, wenn es um das Leben seines Mandanten geht.

Seidl, zum Zeitpunkt des Prozesses in einer Rechtsanwaltskanzlei in München arbeitend, brachte es später in Bayern weit. Er avancierte zum Innenminister des Freistaats. Nach seinem Tode wurden seine Verbindungen zu rechtsextremen Kreise bekannt. Er war auch für die Freilassung des zu lebenslanger Haft verurteilten Heß eingetreten und hatte nach dessen Tod in Spandau behauptet, sein früherer Mandant wäre dort vom britischen Geheimdienst ermordet worden.⁹³

Franks Verbrechenregister war in Nürnberg im Spezialistenstab der USA und unter der Leitung Kempners von der Juristin Harriet Setterberg, einer Mitarbeiterin in einem Washingtoner Ministerium, zusammengetragen worden. Ihre Arbeit sei „glänzend aufgebaut“ gewesen, erinnerte sich Kempner:

⁸² IMT, Bd. XVIII, S. 157.

⁸³ Ebenda, S. 158.

⁸⁴ IMT, Bd. XII, S. 50.

⁸⁵ Ebenda, S. 97.

⁸⁶ Ebenda, S. 27.

⁸⁷ IMT, Bd. XV III, S. 167.

⁸⁸ Faschismus – Getto – Massenmord, Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkrieges. Mit 231 Abbildungen und Faksimiles, sowie 1 Karte, Frankfurt/M. 1962, S. 46.

⁸⁹ IMT, Bd. XVIII, S. 164/165.

⁹⁰ Ebenda, S. 177.

⁹¹ Ebenda, S. 168.

⁹² Ebenda, S. 178.

⁹³ Heydecke, S. 99 u. 505 f.

„Leider ging es ihr wie manchen Juristen, die mit großen Schwierigkeiten an diesen Fällen gearbeitet hatten, daß sie in der Hauptverhandlung den Fall nicht vortragen konnte“. Die „Obrigkeit“ hatte dafür eine [223:] andere Person bestimmt.⁹⁴ Oberstleutnant William H. Baldwin, der im Gerichtssaal auftrat, dankte seiner Kollegin einleitend.⁹⁵ Die Stimme von Frauen, Überlebenden der faschistischen Barbarei, war in Nürnberg so nur aus dem Zeugenstand vernehmbar. Über das persönliche Verdienst der amerikanischen Juristin hinaus hätte ihr Vortrag tiefen Symbolgehalt besessen. Wenn man an die Millionen von Frauen denkt, die durch die Taten der Angeklagten und als deren Folge ihr Leben verloren. Unter ihnen wieder und wieder Jüdinnen und Polinnen, die – arm oder reich – in dem Lande gelebt hatten, bis es zeitweilig „die erste Kolonie“ des Reiches geworden war, in der Frank herrschte ...

⁹⁴ Kempner, S. 222.

⁹⁵ IMT, Bd. V, S. 80.

[224:]

Werner Fischer

Wilhelm Frick

„An den Galgen mit den Verbrechern ...“¹

Als Wilhelm Frick im Februar 1929 als Vorsitzender der vierzehnköpfigen Fraktion der NSDAP diese Forderung im Reichstag erhob – gemünzt auf die Politiker der Weimarer Republik, „die uns seit zehn Jahren mißregiert haben“ – konnte er sich gewiß nicht vorstellen, daß dieses Schicksal fünfzehn Jahre später ihn treffen würde.

Es waren fast auf den Tag genau vier Jahre vergangen, als Frick erneut auf das Thema Hängen zurückkam. Inzwischen war er Reichsminister in der Regierung seines „Führers“ Adolf Hitler. In einer Kabinettsitzung verlangte er am 7. März 1933, den als Reichstagsbrandstifter festgenommenen Holländer Marinus van der Lubbe sofort öffentlich auf dem Berliner Königsplatz zu hängen. „Zwar sehe das geltende Recht für Brandstiftung nur Zuchthausstrafe vor, jedoch müsse – es möglich sein, mit rückwirkender Kraft für ein derart abscheuliches Verbrechen die Todesstrafe durch Erhängen festzusetzen. Der Satz *nulla poena sine lege* dürfe nicht uneingeschränkt gelten.“² Das paßt wenig zur Legende von Frick als dem „Legalisten im Unrechtsstaat“.

Wilhelm Frick war der älteste der in Nürnberg zum Tode Verurteilten. Am 12. März 1877 als jüngstes von vier Kindern eines evangelischen Bezirksoberslehrers in Alsenz in der bayerischen Pfalz geboren, hatte er in Kaiserslautern eine Volksschule besucht und von 1887 bis 1896 das Gymnasium absolviert. Danach entschloß er sich zu studieren und eine Beamtenstellung im Königreich Bayern anzustreben. Frick suchte den Weg „nach oben“ und nach München. Damit schlug er einen von seinesgleichen oft gegangenen und erprobten Weg ein.

Bayerns Bewohner waren um die Jahrhundertwende zu 60 % katholisch, zu 40 % evangelisch. In der Beamtschaft des Landes existierte ein verhältnismäßiges Übergewicht der Minderheit, die zumeist

¹ Der vollständige Satz lautet: „An den Galgen mit den Verbrechern, die uns seit zehn Jahren mißregiert haben.“ Er wurde in einer Reichstagsdebatte am 29. Februar 1929 zum Haushalt 1929 gesprochen. Reichstagspräsident Paul Löbe rügte Frick für diese Äußerung milde. Verhandlungen des Reichstags, IV. Wahlperiode, Bd. 424, Berlin 1929, S. 1304.

Wilhelm Frick wurde in der Vergangenheit von allen in Nürnberg verurteilten Kriegsverbrechern am wenigsten beachtet. Erst 1992 erschien die umfassende Biographie von Günther Neliba (Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn 1992), eine 1990 an der Universität Frankfurt verteidigte Dissertation. Ihr Autor versuchte, alle vorhandenen Dokumente und Literatur von und über Frick auszuwerten. Dabei zeigte sich, daß persönliche Äußerungen, Briefe oder ähnliche Dokumente kaum vorhanden sind. Fricks Rolle muß nahezu ausschließlich über seine bürokratische Tätigkeit erschlossen werden. Zwischen 1933 und 1938 erschienen mehrere hagiographische Biographien von Mitarbeitern Fricks, so Hans Fabricius: Dr. Frick, der revolutionäre Staatsmann, Berlin-Schöneberg (1933); ders.: Dr. Wilhelm Frick. Ein Lebensbild des Reichsminister des Innern, Berlin 1938; Dr. Wilhelm Frick und sein Ministerium. Aus Anlaß des 60. Geburtstages des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern Dr. Wilhelm Frick am 12. März 1937. Hg. v. Hans Pfundtner, München 1937. In ihnen wird der äußere Lebensablauf nicht immer zuverlässig dargestellt und vorrangig die bürokratische Tätigkeit als NSDAP-Fraktionsvorsitzender und Reichsinnenminister geschildert. Im Unterschied zu anderen Naziführern wurde während der Nazidiktatur kein Sammelband mit Reden und Aufsätzen Fricks herausgegeben. Kurze biographische Darstellungen über Frick mit allerdings nicht fehlerfreien Datenangaben liegen bei Robert Wistrich vor: Wer war wer im Dritten Reich? Ein biographisches Lexikon. Überarbeitet und erweitert von Hermann Weiß, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a. M. 1987, S. 95 f; Gerhard Schulz: Frick, Wilhelm. In: Neue Deutsche Biographie, Bd. V, Berlin 1961, S. 432; Manfred Weißbecker: Frick, Wilhelm, Lexikon. Biographien zur deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945, Hg. v. Kurt Pätzold u. a.

Eine wichtige Quelle, die mit aller Vorsicht wegen der darin sehr subjektiven Wertungen benutzt wurde, aber interne Vorgänge innerhalb der faschistischen Führungsgruppe verdeutlicht, bilden Joseph Goebbels: Die Tagebücher. Sämtliche Fragmente, Bd. 1-10. Hg. v. Elke Fröhlich, München 1987.

* kein Verbrechen, keine Strafe ohne Gesetz

² Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler 1933-1938, Bd. 1, 30. Januar 1933-27. August 1934. Bearbeitet von Karl Minuth, Boppard 1983, (Künftig: Akten der Reichskanzlei) S. 163. Hitlers Bemerkung stammt aus der Kabinettsitzung am 2. März 1933.

nationalliberal orientiert war. Ohne Zweifel hat dieser Umstand auch den Weg Fricks geprägt. Es waren nicht die altbayerischen erzkonservativen Katholiken, die im 19. Jahrhundert und Anfang des 20. Jahrhunderts Bayern beherrsch-[225:]ten, sondern vielfach evangelisch geprägte Pfälzer und Franken. Sie bauten den zentralistischen bayerischen Beamtenstaat aus und paßten ihn nach 1866 in das Deutsche Reich ein. Diese Beamten verfochten eher ein eigenständiges „modernes“ Bayern in einem nach Weltgeltung strebendem Deutschland denn einen „weiß-blauen“ Separatismus.

Frick begann 1896 in München ein Studium der Philologie. Aber schon im nächsten Semester wechselte er zum Jurastudium, das er auch an den Universitäten Göttingen und Berlin betrieb. Im Juli 1900 bestand er in München die theoretische und am 19. November 1901 in Heidelberg die mündliche Prüfung für die Promotion und erhielt den Titel Dr. jur. In den Auseinandersetzungen während der Weimarer Republik wurde Frick vorgeworfen, seinen Dokortitel zu Unrecht zu tragen, da eine schriftliche Dissertation nicht auffindbar sei. Tatsächlich war es aber bis zum Jahre 1904 möglich, ohne gedruckte Dissertationsschrift zu promovieren. Frick soll – folgt man seinem Hof-Biographen, Hans Fabricius – über die bayerischen Postreservatsrechte promoviert haben. Dies aber bestritt die Universität Heidelberg ohne weitere Angaben.³

Schon im Sommer 1900 hatte Frick seine Beamtenlaufbahn als Rechtspraktikant (Referendar) in Kaiserslautern angetreten. 1903 unterzog er sich der Staatsprüfung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst (Assessorexamen). Von 1904 bis 1907 arbeitete er, als Regierungsakzessist bei der Kreisregierung Oberbayern und als Amtsanwalt bei der Polizeidirektion München. 1907 wechselte er wieder in seine pfälzische Heimat und wurde zunächst in Pirmasens Bezirksamtsassessor.

Obwohl 30 Jahre alt, galt Frick als junger Beamter, der sich noch zu bewähren hatte. Dazu gehörte 1912 seine Abordnung zur Dienstleistung in der Kammer des Innern der Regierung in Speyer. Bemerkenswert erscheint seine Teilnahme an „hygienischen Fortbildungskursen“ 1911 und 1912 in München, in deren Verlauf spätere Rassehygieniker Vorträge hielten.

1910 heiratete Wilhelm Frick die Tochter eines Schuhgroßhändlers aus Pirmasens; aus beider Ehe gingen drei Kinder hervor. Seit 1913 unternahm er Anstrengungen, erneut nach München versetzt zu werden. Doch das verhinderte der Ausbruch des Krieges. Aus gesundheitlichen Gründen ausgemustert, leitete Frick seit Kriegsbeginn in Vertretung für den einberufenen Amtmann das Bezirksamt (Landratsamt) Pirmasens. Wunschgemäß wurde er zwar mit Wirkung vom 1. August 1915 nach München und an die dortige Polizeidirektion versetzt. Doch konnte er seinen Dienst, weil er weiterhin das Bezirksamt Pirmasens zu verwalten hatte, dort erst am 1. September 1917 antreten.

[226:] In der Polizeidirektion München, die zugleich zentrale Aufgaben für Bayern ausübte, leitete Frick als Regierungsassessor die Kriegswucherabteilung. Dabei sei er, wie Biograph Fabricius behauptet, mit den Wuchergeschäften der Juden und Kriegsgewinnler in Berührung gekommen, woraus sich sein Antisemitismus herleite. Dafür existieren keine überprüfbaren Angaben. Vielmehr ordnet sich diese Version in das von vielen Antisemiten benutzte Schema ein, demzufolge sie „an sich“ nichts gegen die Juden gehabt hätten, bis sie durch eigene Erfahrung zu anderer Haltung gedrängt worden seien.

Aus Fricks Beamtenzeit vor dem Jahr 1918 sind keine persönlichen Aufzeichnungen, Briefe oder andere Schriften überliefert, die auf seinen politischen oder ideologischen Standort schließen lassen würden. Auch von anderen Personen wurden keine zeitgenössischen Einschätzungen bekannt. So ist eine Teilnahme an Veranstaltungen der Vaterlandspartei das einzige Zeugnis, das auf eine kriegsbejahende annexionistische Position Fricks und auf seine spätere Orientierung hindeutet. Denn die kurzlebige Vaterlandspartei, ein Werkzeug der Alldeutschen, kann als eine der Wurzeln der NSDAP angesehen werden.

München war 1918 ein Brennpunkt der Revolution. Fricks Vorgesetzter, Polizeipräsident Ludwig Beck, erklärte nach der Ausrufung der Republik am 8. November 1918, er verpflichtete sich, den

³ Neliba, S. 23.

Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates Folge zu leisten. Es ist anzunehmen, daß Frick seinen Dienst in der Polizeidirektion München auch weiter versah, als der Gauleiter des freigewerkschaftlichen Verbandes der ungelerten Fabrikarbeiter in Nürnberg, Staimer, deren Leitung übernahm. Doch auch über Fricks Tätigkeit und Haltung während der Auseinandersetzungen um Scheinräterepublik, Räterepublik und Bürgerkrieg ist nichts Verlässliches bekannt geworden. In den hagiographischen Biographien der Nazizeit und den Selbstauskünften Fricks wird vage berichtet, er sei während der Räterepublik „Geisel der Roten“ gewesen.

Am 2. Mai 1919, nach dem Einmarsch der „Weißen Garden“, ist Wilhelm Frick wieder ganz dabei. Er wird Adlatus des zum Polizeipräsidenten ernannten ehemaligen Stadelheimer Gefängnisdirektors, Oberlandesgerichtsrat und Hauptmann a. D. Dr. Ernst Pöhner. Er rückt zudem als Leiter der Abteilung VI (Politische Abteilung) in eine Schlüsselstellung der bayerischen Polizei – ein deutlicher Vertrauensbeweis für seine antirevolutionäre Zuverlässigkeit. Pöhner war zu dieser Zeit einer der wichtigsten Männer der Bayerischen Mittelpartei. Diese sammelte Nationalliberale und nationalkonservative Kräfte, die den bayerischen Separatismus zur Über-[227:]windung der eben geschaffenen Republik für ungeeignet hielten. Sie wollten, ausgehend von der „Ordnungszelle Bayern“, die konservativen antidemokratischen Kräfte in ganz Deutschland organisieren und die Macht im „Reich“ erobern.

1919 kam es im Amtszimmer Pöhners zur ersten, noch belanglosen Begegnung Fricks mit Hitler. Der aufstrebende „Trommler“ der nationalsozialistischen Bewegung wollte das Verbot eines „jüdischen“ Theaterstückes erreichen. Frick habe – charakteristisch für den Verwaltungsjuristen – Hitler die Möglichkeiten gezeigt, mit Hilfe formaler Rechtstitel seine Forderung durchzusetzen. Im Prozeß nach dem Putsch von 1923 gab Frick zu, daß er und Pöhner „die schützende Hand über die Nationalsozialistische Partei und Herrn Hitler“ gehalten hätten. Besonders bei der Plakatzensur und der Genehmigung von Versammlungen wären sie begünstigend tätig gewesen. Er – Frick – sei für die Förderung der „jungen Bewegung“ eingetreten, weil sie in sich den „Keim einer Erneuerung Deutschlands“ getragen habe.⁴

Aber nicht nur Verbote und Genehmigungen im Interesse Hitlers beschäftigten Frick in dieser Zeit. Vor allem bekämpfte er die Bestimmungen des Versailler Vertrags über Deutschlands Entmilitarisierung. Hitler äußerte sich noch 1942 begeistert über Fricks dabei bewiesenen Erfindungsreich-[228:]tum.⁵ Dessen Augenmerk galt weiterhin der ungestörten Entwicklung der „Vaterländischen Kampfverbände“, die zum Bürgerkrieg gegen die Republik rüsteten. Dabei unterstützte er selbst Fememörder, zu deren Opfern auch der SPD-Abgeordnete Kar! Gareis gehörte.

Von 1921 bis 1923 leitete Frick ein regionales Polizeiamt in München. Er war im Gefolge Pöhners als Leiter der Politischen Polizei zurückgetreten, weil auch er die Aufhebung des in Bayern noch immer geltenden Ausnahmezustandes ablehnte. Frick kehrte aber im Februar 1923, kurz nach dem Einmarsch französischer und belgischer Truppen in das Ruhrgebiet, als Leiter des Sicherheitsdienstes (wie die Kriminalpolizei damals genannt wurde) und Oberamtmann in die Polizeidirektion zurück, wo er wiederum als Vertrauensmann Pöhners wirkte. Wie dieser betätigte er sich aktiv im „Kampfbund“, einer der wichtigsten paramilitärischen Organisationen in Bayern. Dessen Initiator war der Hauptmann Ernst Röhm, der zum Reichswehrgruppenkommando München gehörte.

Als sich 1923 die Auseinandersetzungen während des „Ruhrkampfes“ auch in Bayern erneut zuspitzen, kreuzten sich „weiß-blaue“ und „schwarzweiß-rote“ Ambitionen und Aktivitäten gegen die Republik. Als der starke Mann im südlichsten deutschen Land galt Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr. Er versuchte, Pöhner und Frick in Vorbereitungen für einen Umsturz einzubeziehen, der sich auf die Wiederherstellung der Wittelsbacher-Monarchie richtete. Doch Pöhner und Frick verfolgten ein anderes Konzept. Für sie war der Sturz der Reichsregierung vorrangiges Ziel. Er sollte entweder durch einen Marsch auf Berlin erreicht werden, zu dem die Kampfverbände vom Boden der „Ordnungszelle Bayern“ antreten sollten, oder durch eine gleichzeitige Revolte in Berlin und in

⁴ Ebenda, S. 28.

⁵ Henry Picker: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, S. 159 (29. März 1942), Frankfurt a. M. 1989.

München. Pöhner hatte zu diesem Zweck Hitler bereits Verbindungen zu alldeutschen Kreisen in Berlin verschafft.

In der Nacht vom 8. zum 9. November 1923 kam es zur Farce des „Bierkeller-Putsches“. Hitler erklärte sich im Bürgerbräukeller zum Chef der Reichsregierung, Pöhner sollte als Ministerpräsident in Bayern diktatorische Vollmachten erhalten. Frick hielt sich im Polizeipräsidium bereit, diese wichtige Machtzentrale zu übernehmen. Die bayerische Regierung, mit ihr auch Justizminister Pranz Gürtner, später als Reichsjustizminister in der Regierung Hitler Kollege Fricks, wurde verhaftet. Röhm und Heinrich Himmler besetzten das Wehrkreiskommando in München.

Doch schon am Marsch zur Feldherrnhalle konnte Frick nicht mehr teilnehmen. Er befand sich bereits mit dem ebenfalls verhafteten „Ministerpräsidenten“ Pöhner im Gerichtsgefängnis München-Neudeck. Frick hatte [229:] versucht, die Stadtkommandantur im Armeemuseum zu übernehmen und war dort in den frühen Morgenstunden des 9. November von bayerischer Landespolizei verhaftet worden. Im Prozeß vor dem Volksgerichtshof München, der vom 26. Februar bis 1. April 1924 stattfand, wurde Frick mit Hitler, Erich Ludendorff, Pöhner, Röhm und weiteren Putschisten wegen Hochverrat angeklagt.

Frick bestritt vor Gericht, bei der Übernahme des Polizeipräsidiums im Auftrag und Interesse der Putschisten irgendeine strafbare Handlung begangen zu haben. Er hätte sich durch den Generalstaatskommissar Kahr bevollmächtigt gesehen, zu handeln, wie er tat. Seine politischen Motive dagegen bekannte er offen: Er hätte sich in seinem Leben nie auch nur einen Augenblick „von marxistischen, pazifistischen oder demokratischen Gedankengängen beirren lassen“.⁶ Damit wußte er sich in Übereinstimmung mit maßgeblichen politischen und wirtschaftlichen Kräften der Zeit und – was für den Augenblick wichtig war – auch mit den über ihn und seine Mitangeklagten richtenden Juristen. Sein republikfeindliches Credo sollte Fricks weiteren Weg bestimmen.

Die Zeit der Untersuchungshaft und des Prozesses verbrachte der Angeklagte „wegen seiner zermürbten Nerven“ in einem Privatsanatorium. Nach seinem eigenen Urteil erging es ihm dort so gut wie bis dahin noch nie in seinem Leben.⁷ Der Prozeß habe ihn dahin gebracht, eine „europäischen Berühmtheit“ zu werden, schwadronierte er damals. Frick wurde wegen Beihilfe zum Hochverrat zu einem Jahr und drei Monaten Festung und 100 RM Geldstrafe verurteilt. Er konnte den Gerichtssaal aber am 1. April 1924 als freier Mann verlassen. Großzügig wurde ihm für den Strafstrest eine auf vier Jahre bemessene Bewährung auferlegt. Demnach war es nicht seine Wahl in den Reichstag, die ihm weitere Haft ersparte, sondern die bayerische Justiz unter Minister Gürtner.

In dem Disziplinarstrafverfahren, dem er sich nach dem Prozeß zu stellen hatte, setzte sich die Begünstigung des Putschisten fort. Zunächst erkannte die Disziplinarkammer gegen Frick wegen Dienstvergehen auf Entlassung. Doch die zweite Instanz, der Disziplinarhof München konnte in seinem im November 1924 ergangenen Urteil in den Handlungen Fricks keine „hochverräterische Absicht“ erkennen und hob die Dienstentlassung auf. Sogar die vorgesehene Verwendung in Bayreuth konnte Frick abwenden. Es blieb schließlich 1926 die formelle, nie wirksam gewordene Versetzung an das Obergewerksamt München.⁸

Frick war durch Putsch und Prozeß mit der NSDAP und Hitler in enge Verbindung gekommen. Doch mußte das noch keine endgültige Entsch[eidung] über seinen zukünftigen Weg bedeuten. Noch gehörte er nicht der Partei Hitlers an. Auch dessen Bericht aus dem Jahre 1942, es sei Frick gewesen, der ihn Ende 1924 aus dem „Kittchen“ geholt habe und dem er dafür immer dankbar sein müsse, läßt sich nicht belegen.

Frick war bereits vor Ende des Prozesses als Reichstagskandidat auf die Liste der Deutschvölkischen Freiheitspartei im Wahlkreis 24 (Oberbayern-Schwaben) gelangt. Und tatsächlich kam der Putschist

⁶ Neliba, S. 38

⁷ Ebenda, S. 36.

⁸ Vgl. Reinhard Weber: „Ein tüchtiger Beamter von makelloser Vergangenheit“. Das Disziplinarverfahren gegen den Hochverräter Wilhelm Frick 1924. In: VfZ 1994, S. 129 ff.

am 4. Mai 1924 zu einem Mandat. Er galt in der 32köpfigen Reichstagsfraktion der „Nationalsozialistischen Freiheitspartei“ als einer von insgesamt 10 Anhängern Hitlers. Als nach der Auflösung des Reichstags im Dezember 1924 bereits wieder gewählt wurde, war Frick erneut erfolgreich. Doch gehörte er nun einer nur noch vier Hitleranhänger zählenden Gruppe in einer zusammengeschmolzenen vierzehnköpfigen Fraktion an.

Am 27. Februar 1925 gründete Hitler die NSDAP neu, der sich Frick am 1. September 1925 anschloß. Zu den Gründen für seine definitive Entscheidung für Hitler, der noch immer als ein politischer Außenseiter galt, gehörte sicher, daß Fricks eigentlicher politischer Mentor, Pöhner, 1925 gestorben war. Frick mußte sich politisch neu orientieren. Das konnte für ihn nur heißen, sich an jemanden anzulehnen. Da eine Rückkehr zu den in dieser Zeit sich parlamentarisch gebenden Deutschnationalen oder gar zur katholischen Bayerischen Volkspartei für ihn nicht in Frage kam, setzte er nun ganz auf den Mann, der ihm als der entschlossenste Bekämpfer der Republik und des Versailler Vertrages erschien.

Seit 1924 gewann Frick durch seine Zugehörigkeit zum Reichstag viele politische Beziehungen. In dieser Zeit muß er auch in engeren Kontakt zu Gregor Strasser getreten sein, den Hitler mit dem Aufbau der NSDAP in Norddeutschland beauftragt hatte. Frick erschien nun mehrfach in unmittelbarer Nähe Hitlers. Der führte, eben aus der Haft entlassen, Besprechungen mit deutschvölkischen Politikern über ein gemeinsames Auftreten bei der Reichspräsidentenwahl 1925, an denen auch Strasser und Gottfried Feder teilnahmen. Doch kam es zwischen den Konkurrenten zu keiner Einigung. Noch waren der weitere Weg und ihre Taktik in der NSDAP umstritten. Zudem konnte die parlamentarische Tätigkeit in Kreisen, die das System strikt ablehnten, leicht zu einem Verlust von Ansehen und Einfluß führen. Frick trat damals im Reichstag kaum hervor. Dennoch: Er hatte seine zweite Karriere begonnen.

jetzt festigte sich auch seine antisemitische Einstellung. Er lernte, daß und wie sich mit ihr antikapitalistische Demagogie betreiben ließ. Davon zeugen der Antrag der Fraktion der „Nationalsozialistischen Freiheitspartei“ [231:] vom 27. Mai 1924, alle Angehörigen der „jüdischen Rasse“ unter Sonderrecht zu stellen und ebenso ein Gesetzentwurf vom 28. April 1926 über die „Enteignung des Vermögens der Bank- und Börsenfürsten und anderer Volksparasiten“ – gemeint waren „Ostjuden und sonstige Fremdstämmige“.

Fricks Hauptarbeit spielte sich aber nicht im Parlamentsplenum, sondern hinter dessen Kulissen ab. Er nutzte alle Möglichkeiten und Geschäftsordnungstricks dazu, gegen seine Partei gerichtete Verbote und die Festnahme ihrer Agitatoren zu verhindern und erfolgte Einschränkungen für die Tätigkeit rechtsradikaler Kreise aufheben zu lassen. Sein Ansehen war inzwischen so groß geworden, daß er 1927 bei der endgültigen Trennung der NSDAP-Mitglieder von den Deutschvölkischen und wieder nach der Neuwahl zum Reichstag am 20. Mai 1928 (wobei er erstmals als Reichswahlleiter der NSDAP agierte) Vorsitzender der dann zwölköpfigen NSDAP-Fraktion wurde. In ihr waren bereits Protagonisten der kommenden Jahre versammelt: Gregor Strasser, Hermann Göring, General Franz Ritter von Epp, der NSDAP-„Wirtschaftsexperte“ und Mitschöpfer des NSDAP-Programms Feder und drei von damals 28 Gauleitern: Joseph Goebbels (Berlin), Josef Wagner (Westfalen) sowie Werner Willikes (Hannover).

Die Reden Fricks unterschieden sich nicht vom Gesamtrepertoire der faschistischen Demagogie. Sie betrafen den „Landesverrat von 1918“ und die „Verjudung der Justiz“ oder sie handelten von „Raserverrat und Rassereinheit“ und dem „jüdisch-marxistischen Polizeiterror“, der angeblich insbesondere in Preußen herrschen würde. Viele seiner damals erhobenen Forderungen wurden später in Gesetzen und Verordnungen der faschistischen Diktatur verwirklicht. Das gilt für seine am 27. Januar 1928 bei der Beratung eines Entwurfs für ein neues Strafgesetzbuch abgegebene Erklärung: „Das kommende national-sozialistische Deutschland wird den Begriff des Landesverrats zu dem des Volksverrats erweitern und darauf als einzige Strafe den Tod setzen.“ Und: „Wir halten talmudisch erzogene jüdische Richter für ebenso ungeeignet, über Deutsche Recht zu sprechen, wie jüdische Rechtsanwälte für unfähig, deutschem Rechtsbewußtsein gerecht zu werden. Wir verlangen daher die

Ausschaltung der Juden aus der deutschen Rechtspflege.“ Damals schon verlangte Frick auch die Einführung der Sterilisation von Berufs- und Gewohnheitsverbrechern.⁹ Von der Drohung, politische Gegner zu hängen, kam er offensichtlich nicht los. So kündigte er am 13. Juni 1929 an, die Nationalsozialisten würden im kommenden Dritten Reich „auf Grund eines Gesetzes gegen Volksverrat und [232:] Korruption durch einen deutschen Staatsgerichtshof Herrn Ernst Heilmann als ersten in völlig legaler Weise aufhängen lassen“.¹⁰

1929 ging die Zeit der relativen Stabilisierung der Weimarer Republik zu Ende, die von den USA ausgehende Weltwirtschaftskrise griff auch auf Deutschland über. Die Führung der NSDAP und Hitler suchten nach Wegen, an die Staatsmacht zu gelangen. Sie nutzten die Möglichkeiten, welche die Republik bot, zu erreichen, was mit dem Putsch 1923 nicht gelungen war. Als die NSDAP bei den Thüringer Landtagswahlen am 8. Dezember 1929 von 53 Mandaten sechs erhielt, wurde ihre Fraktion das Zünglein an der Waage für die weitere politische Machtverteilung im Lande. Es ergab sich die Möglichkeit, die Sozialdemokratie aus der Regierungskoalition zu verdrängen. Um das zu bewirken, kamen die bürgerlichen Rechtsparteien und die sich betont antibürgerlich gebende NSDAP erstmals überein, in einer Landesregierung zusammenzuwirken.

Mit Frick stellte die NSDAP den ersten ihrer Politiker, der den Posten eines Landesministers bezog. Er wurde am 23. Januar 1930 zum Innen- und Volksbildungsminister gewählt, ohne daß er den Vorsitz der NSDAP-Reichstagsfraktion abgab. Hitler begründete die Wahl Fricks in einem Brief Anfang 1930 so: Er sei „ein durchgekochter Nationalsozialist von ebenso großen Fachkenntnissen wie bedingungsloser nationalsozialistischer Gesinnung“. Er werde eine langsame „Säuberung des Verwaltungs- und Beamtenkörpers“ vollziehen sowie „mit rücksichtsloser Entschlossenheit eine Nationalisierung – auch des Schulwesens“ durchsetzen und Widerstand gegen die „verhängnisvolle Reichspolitik“ leisten.¹¹

Thüringen wurde zum Experimentierfeld der NSDAP. Fricks Politik wies sofort in die von Hitler gewiesene Richtung. Er stellte Mitglieder der NSDAP in den Polizeidienst ein und verweigerte die Durchführung von Verboten, welche die Reichsregierung gegen rechtsextreme Jugendbünde erlassen hatte. Reichsinnenminister Carl Severing (SPD) reagierte mit einer Sperre der Reichszuschüsse für Polizeizwecke, die später wieder aufgehoben wurde. Frick verordnete tägliche Schulgebete mit rassistischem und nationalistischem Inhalt, die schließlich vom Staatsgerichtshof, der von Severings Nachfolger Joseph Wirth (Zentrum) dagegen angerufen wurden, zum Teil für verfassungswidrig erklärt wurden.

Frick wollte seine neue Stellung auch dazu nutzen, Hitler, der immer noch staatenlos war und deshalb nicht für ein Amt kandidieren bzw. ein Mandat ausüben konnte, die deutsche Staatsbürgerschaft zu verschaffen. Schon 1929 hatte er jedoch ohne Erfolg deshalb mit dem bayerischen Innen-[233:]ministerium verhandelt. Jetzt beabsichtigte er, Hitler durch dessen Ernennung zum Gendarmeriekommissar in Hildburghausen zum deutschen Staatsbürger zu machen. Dabei setzte sich Frick bewußt über geltendes Beamtenrecht und auch über die Haltung der Koalitionspartner hinweg. Als die Ernennung in der Öffentlichkeit bekannt und als Provinzposse verspottet wurde, ließ Hitler verlauten, er habe die gegen seinen Willen erfolgte Ernennung nie angenommen.¹²

Frick war es auch, der den Rasseforscher Hans Friedrich Karl Günther auf einen Lehrstuhl für Sozialanthropologie – ursprünglich sollte er „für menschliche Züchtungskunde“ heißen – an die Universität Jena berief. Zu den Aktivitäten des Ministers in der Landeshauptstadt Weimar gehörte eine reaktionäre, die künftige Richtung vorwegnehmende Kultur- und Kunstpolitik. Sich auf die Gewerbeordnung

⁹ Verhandlungen des Reichstages, Bd. 394, Berlin 1929, S. 12460 ff.

¹⁰ Neliba, S. 48. Ernst Heilmann, SPD-Reichstagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD-Fraktion im preußischen Landtag wurde 1933 verhaftet, kam über die KZ Columbia-Haus, Oranienburg, Bärgermoor und Dachau, schließlich nach Buchenwald. Dort wurde er am 3. April 1940 ermordet.

¹¹ Zit. n. Martin Broszat: Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik, München 1984 (dtv 45 16), S. 103 ff.

¹² Manfred Overesch: Die Einbürgerung Hitlers. In: VfZ, 1992 S. 543-566.

berufend, verbot er durch einen Erlaß „Wider die Negerkultur für deutsches Volkstum“ Jazzband- und Schlagzeugmusik, Negertänze, Negergesänge und Negerstücke als angeblich „den guten Sitten zuwiderlaufend“. Zum Leiter der Vereinigten Kunstlehranstalten Weimars und zu seinem Kunstberater berief Frick den Architekten Paul Schultze-Naumburg, der seit 1926 mit Hitler eng verbunden war und die These von der Rassetüchtigkeit in Kunst und Kultur verfocht. Schultze wiederum veranlaßte Frick im Oktober/November 1930 zu einer Anordnung für eine „Säuberungsaktion“ im Schloßmuseum Weimar. Dabei wurden 70 „entartete“ und „kulturbolschewistische Erzeugnisse“ entfernt, die „ostisches oder sonstiges minderrassiges Untermenschentum“ darstellten. Frick verbot Kunstwerke mit pazifistischem Gedankengut, u. a. Film und Buch „Im Westen nichts Neues“.

Seine Hauptattacken richtete er, wie von Hitler gewünscht, aber gegen die Reichsregierung. Dazu gab ihm vor allem die Kampagne gegen den revidierten Plan der Reparationszahlungen Gelegenheit. Sie war ursprünglich von den Deutschnationalen entfacht worden. Während deren Landesminister sich aber ausschwiegen, war Frick der einzige, der im Reichstag in öffentlicher Rede in die Auseinandersetzungen um den Young-Plan eingriff und auch dadurch dokumentierte, daß er seinen Platz in Thüringen in erster Linie als Hebelstellung gegen die politische Spitze des Reiches betrachtete. Dennoch führte die Beteiligung der NSDAP an dieser bürgerlichen Koalition in der NSDAP zu Auseinandersetzungen.

Am 3. Juli 1930 trat eine sich „Revolutionäre Nationalsozialisten“ nennende Gruppe von Funktionären um Otto Strasser und Major Bruno Ernst Buchrucker, einem ehemaligen Putschisten der „Schwarzen Reichswehr“, aus der NSDAP aus. Als Begründung führten sie ausdrücklich die Betei-[234:]ligung der Nazi-Partei an der Regierung in Thüringen an. Knapp zwei Monate später rebellierte die SA in Berlin und dem nordöstlichen Reichsgebiet unter ihrem Führer Walter Stennes. Auch hierbei wurde die Annäherung an bürgerliche Kräfte als ein Grund angegeben. Hitler ließ sich dadurch nicht beirren. Er nutzte im September 1930 den Hochverratsprozeß gegen die Reichswehroffiziere Richard Scheringer, Hanns Ludin und Hans-Friedrich Wendt, der vor dem Leipziger Reichsgericht stattfand, um die „Legalität“ zu beschwören und „revolutionären Umtrieben“ abzusagen.

Die Entwicklung der „Legalitätstaktik“ führte Frick als Führer der Reichstagsfraktion der NSDAP endgültig in den innersten Führungskreis der explosionsartig anwachsenden Bewegung und in die unmittelbare Nähe Hitlers. Er war maßgeblich an der Auswahl der Kandidaten beteiligt, die nach der vorzeitigen Auflösung des Reichstags am 18. Juli 1930 für die NSDAP in den Wahlkampf gingen. Dabei kam es auch zur Konfrontation mit abweichenden Auffassungen von Goebbels, ohne daß dies für Frick negative Folgen zeitigte.¹³ Frick trug wesentlich dazu bei, die Führerstellung Hitlers zu festigen und den Führermythos zu schaffen. Alle Reichstags-Kandidaten mußten vor der Wahl eine Erklärung unterschreiben, mit der sie sich auf Hitlers „Mein Kampf“, das Parteiprogramm und die Schriften Federsund Alfred Rosenbergs festlegten. Danach verpflichtete Frick die 107 NSDAP-Abgeordneten, die am 14. September 1930 gewählt worden waren, in einem Treuegelöbnis auf die Person Hitlers. Fricks herausragende Stellung wurde auch erkennbar, als er am 5. Oktober 1930 mit Göring Hitler begleitete, als dieser zu seinem ersten Gespräch mit Reichskanzlers Heinrich Brüning zusammentraf. Von da an sollte der Fraktionsvorsitzende – neben Göring – den Part des offiziellen Verhandlungsführers spielen. Seit 1930 galt Frick auch als Kandidat für den Posten des Innenministers in einer Reichsregierung für den Fall, daß sich die NSDAP an ihr beteiligte.¹⁴

Durch die enorme Vergrößerung der Fraktion war Frick stärker als bisher unterschiedlichen Einflüssen ausgesetzt. So stieß schon der Gesetzentwurf, den die NSDAP am Tage nach der von den Braunhemden provozierten tumultuarischen Eröffnung des Reichstags einbrachte, auf wütenden Widerstand

¹³ Joseph Goebbels: Die Tagebücher. Sämtliche Fragmente, Bd. 1-10. München 1987. Hg. v. Elke Fröhlich (Künftig: Goebbels-Tgb.), Bd. 1, S. 578. In der Eintragung Goebbels vom 20. Juli 1930 wird erstmals sein Umschwenken vom Bewunderer zum Kritiker Fricks sichtbar. Neliba (S. 62) gibt ohne Quelle an, daß Frick von der Parteileitung an Stelle des bereits ernannten Goebbels zum Fraktionsführer bestimmt worden sei.

¹⁴ Goebbels-Tgb., Bd. 1, S. 606, 614; siehe ebenfalls Albrecht Tyrell: Der Aufstieg der NSDAP zur Macht. In: Die Weimarer Republik 1918-1933. Hg. v. Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen, Bonn 1988, S. 477 f.

Hitlers.¹⁵ „Dr. Frick und Genossen“ hatten einen demagogischen Antrag präsentiert, welcher sich auf die Verstaatlichung der Großbanken, die Begrenzung des Zinssatzes der Banken auf 5 % sowie auf weitere gegen die Interessen der Bankeigner gerichtete Maßnahmen bezog. Selbst das antisemitische Gewand des betrügerischen Vorstoßes hätte nicht verhindern können, daß er in den Kreisen des Kapitals auf schärfste Miß-[235:]billigung getroffen wäre. Frick mußte den Gesetzentwurf zurückziehen, auch wenn sich damit die soziale Demagogie der NSDAP einmal mehr selbst entlarvte.

In jener Phase des Aufschwungs der Nazibewegung quittierte Frick doch eine herbe persönliche Niederlage. Die Koalitionsregierung in Thüringen zerbrach. Frick wurde im April 1931 abgewählt. Doch hatte er, der sich antibürgerlich gebende „nationale Revolutionär“, für einen derartigen Fall vorgesorgt. Er pochte auf seine „wohlerworbenen Rechte“ als Beamter und ließ sich von der bayerischen Regierung wieder als Regierungsrat I. Klasse im Oerversicherungsamt München einstellen. Die damit verbundene Tätigkeit nahm er jedoch niemals auf.

Frick focht im Reichstag keine Redeschlachten. Ohne sich propagandistischen Auftritten völlig zu entziehen, blieb er eher der Mann der Geschäftsordnungsdebatten und der Verhandlungen. Am 10. Februar 1931 gab die NSDAP-Fraktion ihre Nichtbeteiligung an der weiteren Arbeit im Reichstag bekannt, durch die sie bei den verschiedensten Abstimmungen in zunehmende Schwierigkeiten gegenüber ihrer Wählerschaft oder – andernfalls – gegenüber ihren geheimen und öffentlichen Förderern geriet. Doch war der Boykott nicht auf Dauer konzipiert. Frick erklärte Anfang Oktober 1931 auf einer Kundgebung in Wuppertal, nach einer machtvollen Demonstration der „nationalen Opposition“ in Bad Harzburg würden die „Nationalsozialisten“ in den Reichstag zurückkehren, um Brüning nach parlamentarischer Prozedur zu stürzen.

Frick war selbst an den Vorbereitungen für jenen Zusammenschluß beteiligt, der nach dem Ort der Großkundgebung „Harzburger Front“ genannt wurde. Sie bestand aus dem Bündnis zwischen den Deutschnationalen, der Stahlhelm-Organisation und weiteren Rechtskräften mit der NSDAP. Gemeinsam wollten sie ungeachtet unterschiedlicher Zielvorstellungen zum „letzten Sturm auf die Republik“ antreten. Hitler wurde zum gleichen Zeitpunkt erstmals vom Reichspräsidenten empfangen. Doch der Annahme der Forderung, den NSDAP-Führer zum Reichskanzler zu berufen, verweigerte sich Paul von Hindenburg noch. Unter diesen Umständen eine längerfristige Liaison mit den konkurrierenden Rechtskräften einzugehen, die als Verfechter großbürgerlicher und großagrarischer Interessen bekannt waren, konnte für die Hitleefaschisten nur von Nachteil sein. In Bad Harzburg stellte Frick daher vor den Mitgliedern der Reichstagsfraktion in Übereinstimmung mit Hitler die „Harzburger Front“ als reines Zweckbündnis dar und betonte die eigenständigen Ziele. Dazu gehörte insbesondere das Pochen auf eine von Hitler geführte Reichsregierung.¹⁶

[236:] Als die Parteien der „Nationalen Opposition“ am 14. Oktober 1931 wieder in den Reichstag einzogen, antwortete Frick mit einer Grundsatzrede auf die Regierungserklärung Brünings. In ihr lehnte ausgerechnet der Sprecher einer strikt antiparlamentarischen Partei das Weiterregieren mit dem Artikel 48 der Verfassung ab und verlangte die Rückkehr zu den normalen Gepflogenheiten der Gesetzgebung und also die Wiedereinsetzung des Parlaments in seine Rechte. Ansonsten wimmelte es in Fricks Rede von Begriffen wie dem vom „Arbeitertum der Faust und der Stirn“ oder der Notwendigkeit der „Führung der Nation zum Wohl seiner werktätigen Schichten“.¹⁷ Aus dem Munde des Fraktionsvorsitzenden, der wenig Volksverbundenheit vorzutäuschen vermochte, wirkten diese Phrasen eher wie angelernt. Zwei Tage später scheiterte der Mißtrauensantrag gegen die Regierung Brüning.

Bei den Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg im April 1932 erzielte die NSDAP jedoch wiederum große Stimmengewinne. Dadurch verloren die meisten bisherigen

¹⁵ Baldur von Schirach, der in seinen Erinnerungen die Beziehungen von NSDAP und Wirtschaft sonst sorgsam umgeht, scheint jedenfalls davon so beeindruckt, daß er dies zum Anlaß nimmt, Hitlers Verbindungen zur Großfinanz ganz offen zuzugeben, siehe Baldur von Schirach: Ich glaubte an Hitler, Hamburg 1967, S. 86.

¹⁶ Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker: Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens, Berlin 1981, S. 148; Neliba, S. 63.

¹⁷ Stenographische Berichte, Bd. 446, S. 2087 ff.

Regierungskoalitionen, auch die aus SPD und Zentrum in Preußen, ihre parlamentarischen Mehrheiten. Andererseits gelang es auch der NSDAP nur, in einigen kleinen Ländern eine Regierungsmehrheit zu finden. Frick offerierte Anfang Mai 1932 überraschend im „Völkischen Beobachter“ unter der Überschrift „Was nun?“ der Zentrumsparterie im Reich und in Preußen ein Regierungsbündnis mit Hitler als Reichskanzler. Die Verhandlungen zwischen Politikern beider Parteien wurden, bevor sie noch recht angebahnt waren, Ende Mai 1932 hinfällig.¹⁸ Auf die Entlassung des Reichsinnen- und Reichswehrministers Wilhelm Groener folgte kurz darauf die des gesamten Präsidialkabinetts Brüning.

Die neue Regierung unter Franz von Papen löste am 6. Juni 1932 den Reichstag auf, durchaus in Übereinstimmung mit der NSDAP, und hob auch das nur wenige Wochen zuvor erlassene, wirkungslose SA-Verbot auf. Der Staatsstreich des 20. Juli 1932 gegen die preußische Staatsregierung aus sozialdemokratischen und Zentrumspolitikern beseitigte dann ein weiteres Hindernis auf dem Weg zur Überwindung der Republik.

Im August und September 1932 fanden hektisch geführte Verhandlungen statt. In deren Verlauf spielten Frick und der beziehungsreiche Göring, der inzwischen in das Amt des Reichstagspräsidenten gelangt war, die wichtigsten Rollen. Zum zweiten Mann in der NSDAP entwickelte sich aber eindeutig Gregor Strasser. Am 7. August 1932 notierte Goebbels, daß Frick als Staatssekretär in der Reichskanzlei und Gregor Strasser als Reichs- und Preußischer Innenminister vorgesehen seien.¹⁹ jedoch scheiterten die Ge-[237:]spräche Hitlers mit Hindenburg am 13. August, an denen Röhm und Frick teilgenommen hatten, erneut. Papen sollte Reichskanzler bleiben. Hitler wurde lediglich der Vizekanzlerposten angeboten.

Der erneute Fehlgriff nach der Macht erzeugte innerhalb der NSDAP eine kritische Situation, und auch Fricks politische Lage innerhalb der Naziführung wurde zunehmend komplizierter. Gregor Strasser nahm, nachdem die NSDAP bei der erneuten Reichstagswahl am 6. November 1932 zwei Millionen Wählerstimmen verloren hatte, Verhandlungen mit dem eben als Papen-Nachfolger berufenen Reichskanzler General Kurt von Schleicher auf. Erwogen wurde eine Regierungsbeteiligung der NSDAP unterhalb der Schwelle ihrer bisherigen Forderungen, also ohne den Anspruch auf die Reichskanzlerschaft. Hitler wandte sich ebenso wie Göring und Goebbels strikt gegen dieses Projekt. Die Auseinandersetzungen endeten mit dem Rücktritt Strassers von allen seinen Funktionen in der NSDAP.

Die Rolle Fricks ist, wie häufig in entscheidenden Situationen, nicht genau zu klären. Zwar stand er seit 1930 immer stärker unter dem Einfluß Strassers, doch als er sich zwischen diesem und Hitler entscheiden mußte, trat er weder in der Fraktion noch im Führungskreis der NSDAP für Strasser ein. Er begab sich auf die Seite der Hitler folgenden Mehrheit, welcher in dieser Haltung damals und später den Beweis erwiesener Treue erblickte. Goebbels dagegen urteilte abschätzig: „Frick ganz unbedeutend.“²⁰ Doch Frick schwor nach dem Rücktritt Strassers die Reichstagsfraktion am 5. Und 9. Dezember 1932 feierlich auf Hitler ein. Goebbels kam nichtsdestoweniger immer wieder auf die Hinneigung Fricks zu Strasser zurück, so seine ganz subjektiv geprägte Ablehnung und Kritik an dem ungeliebten Mitkämpfer begründend.²¹

Doch erwies sich gerade an der Jahreswende 1932 zu 1933, wie wichtig Fricks Position geworden war. Er hatte schon vermittelt, als Göring mit Hilfe der Zentrumsparterie Reichstagspräsident geworden war. Nun war er an den entscheidenden Gesprächen im Hause Joachim von Ribbentrops beteiligt, wo das Bündnis mit Papen zustandekam. Er hielt auch die Verbindung zu Teilen der hohen Ministerialbürokratie, die sich 1932 immer mehr von den Deutschnationalen zur NSDAP hin orientierte.

¹⁸ Pätzold/Weißbecker, S. 167.

¹⁹ Goebbels-Tgb., Bd. 2, S. 217.

²⁰ Ebenda, S. 287.

²¹ Goebbels-Tgb., Bd. 9, S. 211, Eintragung zum 3. August 1943: „Aber Frick ist ja nie ein Held gewesen. Auch in der Krise vom Dezember 1932 hat er sich denkbar schlecht benommen.“ Bei Neliba, S. 66 ff. findet sich eine relativ detaillierte Schilderung des Ablaufs und der Rolle Fricks, die sich aber auch auf keine internen Äußerungen Fricks stützen kann.

Dagegen spielte Frick keine Rolle bei den Verhandlungen mit den Wirtschaftsführern, wenn er auch – wie am 14. Januar 1931 vor dem „Nationalen Klub“ in Essen – in deren Kreisen als Redner auftrat.

Am 30. Januar 1933 wurde Frick vom Reichspräsidenten zum Reichsinnenminister im Kabinett Hitler berufen. Frick wurde der „richtige Mann auf [238:] dem richtigen Platz“, wie Hitler 1930 vorausgesagt hatte. Er erfüllte in der Phase der Etablierung der faschistischen Diktatur eine der wichtigsten Funktionen. Denn er bestimmte die Taktik der weiteren Machtergreifung maßgeblich mit und trieb sie in seiner Doppelleienschaft als Reichsinnenminister und Fraktionsvorsitzender unter dem – freilich durchsichtigen – Mantel der Legalität voran.

Nachdem der Plan, den Reichstag auf ein volles Jahr zu vertagen, gescheitert war, wurde Frick von Hitler zum Verhandlungsführer mit den Zentrumspolitikern bestimmt. Erreicht werden sollte die Verabschiedung eines Ermächtigungsgesetzes, das die Regierung zum alleinigen Gesetzgeber erhob und sie von jedweder parlamentarischen Kontrolle befreite. Durch Überredung und mit Druck gelang es, die Abgeordneten der Zentrumspartei wie die wenigen Reichstagsmitglieder der auf Reste zusammengesetzten anderen bürgerlichen Parteien zur Zustimmung zu bewegen. Frick half auch, die von Hitler geplanten Neuwahlen durchzusetzen und Alfred Hugenburgs anfänglichen Widerwillen zu überwinden.

Das wichtigste Feld, das Fricks Initiative erforderte, war jedoch die Indienstnahme der Ministerialbürokratie und der gesamten Beamenschaft für das Regime. Dazu gehörte auch die Auswechslung führender Beamter im Reichsinnenministerium. Frick bestimmte den rechtskonservativen Hans Pfundtner, einen führenden Mann im Berliner „Nationalen Klub von 1919“, als seinen Stellvertreter und Staatssekretär.²² Auch die Berufung Hans-Heinrich Lammers zum Staatssekretär in der Reichskanzlei wird auf Vorschläge zurückgeführt, die Frick Hitler unterbreitete. Pfundtner wie Lammers waren 1932 von der DNVP zur NSDAP übergewechselt.

Noch existierte die Hitlerregierung kein Vierteljahr, da legte Frick das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vor. Es wurde am 4. April auf Grundlage der vom Reichstag am 23. März der Regierung erteilten Ermächtigung verkündet. Jeder Beamte, der antinazistischer Gesinnung auch nur verdächtig war, wurde außer Dienst gestellt. Zugleich fixierte das Gesetz zum ersten Mal eine antijüdische Norm, die für die künftige Gesetzgebung wegweisend wurde. Das Einschwören des Berufsbeamtentums auf die Diktatur mußte nicht vorrangig durch massenhaftes Auswechseln erfolgen.²³ Da viele Beamte in der Weimarer Republik an ihrer antidemokratischen Haltung, die aus dem Kaiserreich herrührte, festgehalten hatten, vollzog sich ihr Übergang auf die neue Position relativ konfliktlos. 1941 zurückblickend, erklärte Frick feierlich: „Ich habe, mein Führer, meine Pflicht als Ihr Beamtenminister seit 1933 stets darin erblickt, Ihnen für die großen staatspolitischen Aufgaben ein hochqualifiziertes [239:] Berufsbeamtentum bereitzustellen und in ihm die alte preußische Pflichtauffassung und nationalsozialistische Charakterhaltung ebenso zu entwickeln, wie dies bei der deutschen Wehrmacht der Fall ist.“²⁴

Der Aufbau eines „nationalsozialistischen Führerstaates“ wurde von Frick sowohl auf dem Wege der Gesetzgebung als auch durch die Weiterentwicklung und Propagierung des „Führermythos“ verfolgt. Maßgeblich von Frick gestaltet waren das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien (14. Juli 1933), zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat (1. Dezember 1933), über den Neuaufbau des Reiches

²² Biographische Angaben in: Dieter Rebenisch, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspraxis 1939-1945. Stuttgart 1989 (Künftig: Rebenisch), S. 102 ff. Angaben zur Rolle Pfundtners und des „Nationalen Klubs“, vor dem Hitler durch Vermittlung Pöhners bereits 1922 in Berlin erstmals sprechen konnte, bei Gerhard Schulz, Der Nationale Klub von 1919 zu Berlin. in: VfZ, 1961, S. 207 ff.

²³ Nach Pfundtner (Dr. Wilhelm Frick und sein Ministerium, a. a. O., S. 51) wurden bis Anfang 1937 ohne Polizeibeamte u. Kommunalverwaltung etwa 18 % der Beamten des höheren Dienstes und zwischen 3 % und 5 % des unteren und mittleren Dienstes auf Grund des Berufsbeamtengesetzes entlassen. Martin Broszat (Der Staat Hitlers, Grundlagen seiner inneren Entwicklung, München 1969, S. 306) kommt zu dem Ergebnis: Von 1,5 Mio Beamten wurden 1-2 % der Beamten aus politischen oder rassischen Gründen in den Ruhestand versetzt oder ohne Pension entlassen, ohne vorzeitige Pensionierung und in ein niedrigeres Amt Versetzte.

²⁴ Broszat, Staat Hitlers, S. 324.

(30. Januar 1934) und über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches (1. August 1934). Das letzte erklärte Hitler nach dem Ableben Hindenburgs zum „Führer und Reichskanzler“ und vereinigte die Ämter des Staatsoberhauptes und des Regierungschefs in einer Hand.

Frick setzte die Grußformel „Heil Hitler“ im Dienstgebrauch durch und forderte sie von den Beamten auch im privaten Umgang. In einem 1937 ergangenen Gesetz dekretierte er ein besonderes Treueverhältnis aller Beamten zum „Führer“, ähnlich jenem, das 1934 in der Wehrmacht durchgesetzt worden war. Davon ließ sich auch Frick selbst bis auf die Anklagebank in Nürnberg bestimmen. Er weigerte sich, zur Person Hitlers Stellung zu nehmen und den Mann zu verurteilen, an dessen Seite er verbrecherisch gewirkt hatte.

Frick ist in geschichtswissenschaftlichen Untersuchungen als „Bürokrat“ und „Legalist des Unrechtsstaats“ charakterisiert worden. Damit wird eine auf ihn selbst zurückgehende Sichtweise fortgeschrieben. Denn schon während des Nürnberger Prozesses taten er und seine Verteidigung alles, um den Anschein zu erwecken, er habe im „Dritten Reich“, wenn auch vergeblich, für die Legalität und gegen den Terror gekämpft. Doch fehlen dafür Zeugnisse. Er war es, der am 10. März 1933 öffentlich ankündigte, die verhafteten kommunistischen Reichstagsabgeordneten kämen in Konzentrationslager – zur „Umerziehung“.²⁵ Er war bereit, Aufbau und Unterhaltung dieser Lager in den Ländern unabhängig von ihrem Status aus der Reichskasse zu finanzieren.

Gab es über Details der Herrschaftsausübung Auseinandersetzungen und trat Frick – im Unterschied zu Hitler, Göring und Himmler – für scheinlegale Verfahren ein, dann geschah das nicht wegen politischer oder moralischer Bedenken. Der Innenminister war vielmehr bestrebt, in erster Linie seinen Machtanteil zu erhalten und zu stärken und sich andere Kräfte innerhalb der Hierarchie des Regimes unterzuordnen. Auch als Frick im Sommer 1933 in Übereinstimmung mit Hitler die „Revolution für been-[240:]det“ erklärte, ging es ihm nicht um die Abschaffung der terroristischen Praxis. Er wollte wie andere Führungskräfte den reibungslosen Übergang zu einer Politik, die nicht durch unkontrollierte soziale Eruptionen gefährdet werden sollte. Frick formulierte die offen terroristischen Verordnungen „Zum Schutz des Deutschen Volkes“ (4. Februar 1933), die „Verordnung gegen Verrat am deutschen Volk“ (27. Februar 1933) und die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“, die sogenannte Reichstagsbrandverordnung (28. Februar 1933), die zur Grundlage des permanenten Ausnahmezustands wurde. Ohne formelles Verbot, wie von Hitler bevorzugt, schuf Frick so die Voraussetzungen für die Verfolgung der KPD, ein Hauptziel der Nazidiktatur. Tausende Funktionäre und Mitglieder kamen mit Fricks Hilfe in die Konzentrationslager. Mit den zuerst und am schärfsten bekämpften Kommunisten gingen Sozialdemokraten, Mitglieder der SAP und der KPD-O, christliche Nazigegner und jüdische Menschen den gleichen Leidensweg.

Mit Göring bewerkstelligte Frick die Ungültigkeitserklärung der am 5. März 1933 gewonnenen kommunistischen Reichstagsmandate. Erst sie brachte die Zweidrittelmehrheit zustande, die zur Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes notwendig war, des Kernstücks einer „Verfassung“ des NS-Führerstaates.²⁶ Dem folgte die Organisierung der Selbstaflösung der bürgerlichen Parteien, einschließlich der Deutschnationalen. Mit Zustimmung Hitlers gestand Frick den Abgeordneten der DNVP mit ihrem Führer, dem im Juli 1933 aus der Regierung entfernten „Wirtschaftsdiktator“ Hugenberg, den Status von Hospitanten in der NSDAP-Reichstagsfraktion zu. Auf ähnliche Wünsche aus der Zentrums- und der Bayerischen Volkspartei erklärte er hingegen lediglich, daß er sich für die Entlassung ihrer nahezu 2000 im Juni/Juli in Konzentrationslager eingewiesenen Funktionäre einsetzen wolle und sie ansonsten stillzuhalten hätten. Auf der „Einheitsliste des Führers“ für das Plebiszit vom November 1933 erscheinen dennoch einige besonders angepaßte Zentrumsabgeordnete als Hospitanten in der NSDAP-Fraktion. Dieser Reichstag, dessen letzte Sitzung am 26. April 1942 stattfand, diente

²⁵ Karl Dietrich Bracher: Stufen der Machtergreifung. In: Bracher, Karl Dietrich/Sauer, Wolfgang/Schulz, Gerhard: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland. TB-Ausgabe Frankfurt a. M. 1973 (3 Bde.), Bd. 1, S. 204; Akten der Reichskanzlei, Bd. 1, S. 213.

²⁶ Akten der Reichskanzlei, Bd. 1, S. 212 ff. (Ministerbesprechung vom 15. März 1933); S. 239 f. (Ministerbesprechung vom 20. März 1933).

einzig als Kulisse für Erklärungen Hitlers. Frick blieb während aller Jahre „Fraktionsvorsitzender“ und wurde in dieser Eigenschaft 1934 auch zum „Reichsleiter der NSDAP“ erhoben. Die weiter ausgeschütteten Abgeordneten-Diäten dienten der zusätzlichen Korruption.

Ohne die Weimarer Verfassung formell aufzuheben, wurde unter Fricks maßgeblicher Mitwirkung binnen kurzem eine neue Staatsform geschaffen. Sie war in der deutschen Geschichte beispiellos und unterschied sich [241:] durch äußerste Konzentration aller Macht an der Staatsspitze auch von der des faschistischen Italien. Als Beginn einer „Reichsreform“ betrieb Frick die Gleichschaltung der Länder und die Beschneidung ihrer Kompetenzen ein. Nach dem 5. März 1933 organisierte er mit Hilfe terroristischer Demonstrationen in den noch nicht von der Nazi-Partei beherrschten Ländern (u. a. in Hamburg, Bremen, Sachsen, Hessen, Baden, Württemberg und Bayern) und in Kommunen die Liquidierung der amtierenden Länderregierungen und die Übernahme der Verwaltungen durch Nazi-Funktionäre. Dem folgten die formelle „Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ und die Beseitigung des föderalen Prinzips durch das am 31. Januar 1934 erlassene Gesetz über den Neuaufbau des Reiches.

Die Weiterführung der „Reichsreform“ bis zur Auflösung der Länderstruktur und der Bildung von „Reichsgauen“, wie sie Frick propagierte, wurde indessen zum Zankapfel. Denn damit war nicht zuletzt der Zutritt zu den „Futterkrippen“ berührt. Frick gelang es nicht, eine vollständig auf sein Ressort ausgerichtete Verwaltungsorganisation zu schaffen. Die divergierenden Kräfte der Reichsstatthalter, Gauleiter, Ministerialbürokraten und anderer Führer auf mittlerer Ebene erwiesen sich als stärker. Hitler untersagte bereits 1933 und 1934 die öffentliche Erörterung der territorialen Neugliederung und wiederholte diese Weisung während des Krieges mehrfach. Auch ein anderer Versuch Fricks, seine Macht zu stärken, schlug fehl. Schon 1933 wollte er eine „Verreichlichung der Polizei“ (Übertragung der Polizeihohheit von den Ländern auf das Reich) durch deren direkte Unterstellung unter sein Ministerium erreichen. Dabei scheiterte er vor allem an der Ablehnung Görings, der sich als Preußischer Ministerpräsident dafür der Unterstützung Hitlers versichern konnte. Erst mit dem schon erwähnten „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“ erhielt Frick formell die Aufsicht über die Reichsstatthalter und die Innenminister der Länder. Doch selbst als er mit Wirkung vom 1. Mai 1934 und „im Vorgriff auf die Reichsreform“ in Personalunion Preußischer Innenminister wurde und auch nachdem im vereinten Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern eine Polizeiabteilung unter dem SS-Obergruppenführer und General der Polizei Kurt Dalwege gebildet worden war, erreichte Frick nicht die Oberhoheit über die gesamte Polizeimacht. Göring hatte wenige Tage vorher, am 20. April 1934, auch die Geheime Staatspolizei (Gestapo) in Preußen dem „Politischen Polizeikommandeur der Länder“, Himmler, unterstellt.

In der ersten Hälfte 1934 verwoben und kreuzten sich an der Spitze des Regimes sehr verschiedenartige Kräfte und Interessen, die abweichende [242:] Vorstellungen über die weiteren Wege und nächsten Ziele vertraten. Das galt für die deutsche Gesellschaft im ganzen wie auch für die „nationalsozialistische“ Bewegung und deren Führungsgruppen. Am weitesten gingen Vorstellungen über die künftige Rolle der SA und ihrer ehrgeizigen Führer um Röhm auseinander. Diese vermochten sich auf Teile der bewaffneten Anhängerschaft zu stützen, die – unzufrieden mit den Ergebnissen der „ersten“ – nach der „zweiten Revolution“ verlangten. Aus den daraus erwachsenen Auseinandersetzungen ging das Ereignis hervor, das die Propaganda der Machthaber irreführend als „Röhmputsch“ ezeichnete.

Fricks Verhältnis zum Stabschef der SA, Ernst Röhm, und den Sturmabteilungen war nach der Machtübertragung ambivalent geblieben. Er hatte die terroristische Kraft der SA zur Machtbefestigung in Kommunen und Ländern genutzt. Soweit die dabei auf Verwaltungsposten gelangten SA-Kommissare sich den Gesamtinteressen der Diktatur oder den speziellen Fricks unterordneten, fand er sich mit ihrer Einsetzung ab, auch wenn sie – wie vielfach – nicht von ihm ausgegangen war. Daß die Potenzen der SA für die rasche Militarisierung eingesetzt wurden, fand ebenfalls Fricks Unterstützung. Sein Ministerium stellte Mitte 1933 die Gelder für die Ausbildung von 250.000 SA-Männern bereit, die innerhalb eines Jahres für deren Formierung als Reichswehrreserve verwendet werden sollten.²⁷

²⁷ IMT, Bd. XXIX, S. 1 ff. (Dokument 1850-PS).

Revoluzzerhaftes Auftreten der SA wollte Frick aber verhindert wissen. Auf der Konferenz der Reichsstatthalter am 22. März 1934 erklärt er, Konflikte zwischen Staat und Partei dürften niemals in der Öffentlichkeit ausgetragen werden. 1933 und Anfang 1934 unterstützte er Hitler bei dessen Überlegungen, ein SA-Ministerium zu schaffen und befaßte sich mit Röhm's Forderung nach einer gesonderten SA- und SS-Dienststrafgewalt. Das bedeutete die Orientierung auf einen Kompromiß. Doch gelang es Frick nicht, in den Auseinandersetzungen um die weitere Ausgestaltung des Regimes eine eigene Linie durchzusetzen. Reichsstatthalter und Gauleiter wollten – wie erwähnt – ihre Positionen festigen. Vor allem aber: Göring, Goebbels und Himmler zeigten sich im Kampf um den Einfluß in der Führung und auf Hitler als Konkurrenten Fricks. Von ihnen wurde er verdächtigt, mit Gregor Strasser weiter in Verbindung zu stehen. Daher kam es, daß Frick im späten Frühjahr 1934 aus der Vorbereitung des Schlages gegen die SA-Führergruppe vor allem von Göring und Himmler ausgeschaltet wurde.

Wie bei fast allen vergleichbaren Ereignissen existieren keine überlieferten persönlichen Dokumente Fricks, die seine Haltung und Rolle zweifelsfrei belegen würden. Auskunft geben nur die dramatischen Schilderungen von [243:] Hans-Bernd Gisevius, des Kronzeugen Fricks während des Nürnberger Prozesses. Er berichtete auch über die Mordorgie des „Röhmputsches“. Frick wurde demnach am 30. Juni 1934 ebenso wie andere Führungskräfte im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern von den Ereignissen überrascht. Er nahm aber die ihm von Göring übermittelte vorgebliche Führerweisung hin, er habe sich aus den Auseinandersetzungen herauszuhalten.²⁸ Wiederum erscheint diese Haltung für Frick charakteristisch. Er wußte, daß von Röhm und der SA kein Putsch vorbereitet worden war und sich der SA-Stabschef auch nicht mit dem ehemaligen Reichskanzler von Schleicher und Gregor Strasser verschworen hatte. Aber er billigte mit dem sich zunächst sträubenden Reichsjustizminister Gürtner am 3. Juli 1934 das von Hitler geforderte „Gesetz über Maßnahmen der Staatsnotwehr“. Mit ihm wurde das Blutbad nachträglich legalisiert und Hitler zum „Obersten Gerichtsherrn über Leben und Tod“ erklärt.²⁹ Aber Fricks Willfährigkeit zahlte sich nur bedingt aus. Hitler stützte sich bei der Durchführung des Terrors auch weiter vorrangig auf Göring und Himmler.

Frick blieb indessen für den Um- und Ausbau der Verwaltung zum „Führerstaat“ und für Zwecke der Kriegsvorbereitung verantwortlich. 1935 vollzog sich unter seiner Verantwortung nach der „Heimkehr der Saar“ die rasche Eingliederung des Gebiets in das Verwaltungs- und Normengefüge des Regimes. Nach diesem Erfolg mußte er im Juli 1936 eine Niederlage hinnehmen, als er erneut versuchte, eine Reichspolizei unter Einbeziehung der Gestapo zu schaffen. Doch nicht seine, sondern Himmlers Machtfülle wuchs. Seit 1934 mit der SS aus der Unterstellung unter die SA herausgelöst, wurde er am 17. Juni 1936 zum „Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern“ ernannt. Frick sagte in seiner Himmler einführenden Rede, daß damit „ein gutes Stück Reichsreform“ verwirklicht werde, betonte dann aber seine Befugnisse: „Wir haben jetzt einen verantwortlichen Leiter der gesamten deutschen Polizei im Rahmen des Reichsinnenministerium, das an sich für die innenpolitische Gestaltung Deutschlands dem Führer verantwortlich ist.“³⁰

Frick wünschte nach Außen wie nach Innen daran festzuhalten, er sei der oberste Befehlshaber der gesamten Polizei. Das ließ er auch 1937 durch Pfundtner anläßlich seines 60. Geburtstages verkünden. Noch 1941 korrigierte er in einem Entwurf seiner „Nur zum Dienstgebrauch für die Ordnungspolizei!“ bestimmten Biographie, daß unter seiner Leitung Himmler als Chef der Deutschen Polizei eingesetzt worden sei.³¹ Er beanspruchte Ernennung und Abberufung der Polizeipräsidenten und -direktoren und beschäftigte einen Polizei-Adjutanten. Bis 1938 verfügte er noch über den [244:] Polizeihauhalt. Doch verdeckte all dies die tatsächlich eingetretene Entwicklung.

²⁸ Hans Bernd Gisevius: Bis zum bitteren Ende. Erster Band, Hamburg 1947, S. 196 ff.

²⁹ Akten der Reichskanzlei, S. 1354 ff.; RGBl. 1934, Teil I, S. 529.

³⁰ Neliba, S. 260; vgl. die Aufzeichnungen des Gerichtspsychologen Gustave M. Gilbert: Nürnberger Tagebuch, Fischer Taschenbuch 1885, Frankfurt a. M. 1962, S. 283 ff., besonders S. 286: „Ich hätte Himmler selber das Genick brechen können ... Aber Hitler stützte ihn immer.“

³¹ Neliba, S. 328 f.

1933 hatte sich Frick nicht gegen die Übergabe von Befugnissen seines Ministeriums an das neugeschaffene Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda gesträubt. Goebbels honorierte das nicht. Hatte er noch in den „Kampfjahren“ 1928 bis 1931 Frick als „treuen ami“ geschätzt, ihn als „tapferen deutschen Mann“ gelobt, war er dann dazu übergegangen, gegen seinen Ministerkollegen zu intrigieren. Viele Eintragungen in Goebbels' Tagebüchern enthalten Angriffe auf Frick, meist im Gewand der Wiedergabe kritischer Äußerungen Hitlers über den Bürokraten Frick. Bereits 1936 – sieben Jahre vor dem Ereignis – erhoffte er die Ablösung Fricks.³²

Von 1933 bis 1935 war Frick als Reichsinnenminister auch für Kirchenfragen verantwortlich. Das Verhältnis zur katholischen Kirche war mit dem Reichskonkordat von 1933 weitgehend geregelt. Dagegen hatte Hitler mit der Einsetzung des ostpreußischen Wehrkreispfarrers Ludwig Müller als Reichsbischof zusätzlichen Zündstoff für Auseinandersetzungen in der evangelischen Kirche geschaffen. Frick billigte durchaus Hitlers Kurs, die evangelischen Kirchen, gestützt auf deren profaschistische Kräfte, zum Bestandteil und Anhängsel der Nazibewegung zu machen. Doch war ihm auch bewußt, daß Kirchenpolitik Kompromisse erforderte. Daher vermochte er sich für die militantextremen „Deutschen Christen“ nicht übermäßig zu erwärmen. Ihm genügte die treue Orientierung der evangelischen Kirchen auf das Regime. Doch war Frick außerstande, eine Zusammenführung der widerstreitenden Kräfte der evangelischen Kirchen zu erreichen. So erhob er keine Einwände, als 1935, obwohl auch dies seinem Credo von der „Einheit der Verwaltung“ zuwiderlief, ein eigenes Kirchenministerium geschaffen wurde.

Ungleich zäher hielt Frick an der Kompetenz seines Ministeriums für die sogenannten Rasse- und erbbiologischen Fragen fest. Im April 1934 setzte er eigens einen Referenten für Rasserecht ein. Auch dadurch sollten Vorrang und Führung seines Ressorts bei der antisemitischen Ausrichtung der Innenpolitik gesichert werden, worum sich auch weitere Führer und Institutionen – u. a. Julius Streicher und mehrere Dienststellen der NSDAP – bewarben. Zu den ersten antisemitischen Gesetzen gehörte das unter dem Vorwand der Überfüllung der deutschen Schulen und Hochschulen erlassene, das die Zahl der jüdischen Schüler und Studenten begrenzte. Ihm folgte – ebenfalls noch 1933 – ein Gesetz über das Schlachten von Tieren, das auf die Diskriminierung der jüdischen Religion durch das Verbot des Schächtens zielte.

[245:] Frick begann auch frühzeitig, seine eng mit der Rassenideologie verknüpften eugenischen Vorstellungen durchzusetzen. „Ausmerze“ und „Auslese“ waren Schlagworte, mit denen er bereits im Reichstag der Weimarer Republik aufgetreten war. Nun besaß er die Möglichkeit, aus Vorsätzen Gesetze und praktische Politik werden zu lassen. Im Kabinett vertrat er die Idee eines Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Er setzte durch, daß es trotz der Einwände des Justizministers und von Papens, der sich auf möglichen katholischen Widerstand bezog, am 14. Juli beschlossen wurde. Frick gestand lediglich zu, daß die Verkündung des Gesetzes wegen denkbarer negativer Wirkungen auf das Reichskonkordat mit dem Vatikan kurzfristig aufgeschoben wurde. Von da an konnten Erbkrankte und „Verbrecher“ zwangsweise sterilisiert werden. Von diesem Gesetz führte über viele seiner Durchführungsbestimmungen der direkte Weg zur „Euthanasie“, der Tötung von kranken Menschen. Sie wurde nach Kriegsbeginn infolge eines „Führerbefehls“ begonnen. Frick besaß von ihm nicht nur Kenntnis, er unterstützte ihn auch.

Im November 1933 wurde der Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung zum „Reichsausschuß für Volksgesundheitsdienst“ umgestaltet. Dieser sollte Fricks Vorstellungen zufolge das „Gefühl für Rasseinheit“ entwickeln, den „nordischen Gedanken“ pflegen sowie die „erbgesunde kinderreiche Familie“ propagieren. Fricks biologistische Sicht drückte sich auch im „Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung“ vom 24.11.1933 aus. Unter der Leitung des früheren Amtsarztes von Wandsbek und NS-Spezialisten Gütt wurde Anfang 1934 im Reichsinnenministerium eine Medizinalabteilung geschaffen, die bis dahin

³² Goebbels-Tgb., Bd. 2, S. 493 (13. Juli 1935), S. 592 (28. März 1936), S. 617 (29. Mai 1936), S. 619 (31. Mai 1936).

nur in den Ländern existiert hatte. Sie befaßte sich speziell mit erb- und rassebiologischen Fragen und als ihre nachgeordneten Einrichtungen wurden Erbgesundheitsämter eingerichtet.

Unter Fricks Verantwortung entstand auch das „Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft“ (14. Juli 1933). Doch beschränkte er sich in diesem Falle wie auch bei weiteren Gelegenheiten nicht auf die Formulierung der generellen Linie. Er setzte sich persönlich dafür ein, den Physiker und Nobelpreisträger Albert Einstein – gegen den Einspruch des Auswärtigen Amtes – auf die erste Ausbürgerungsliste zu setzen.

Frick war Exekutor und Propagandist der antihumanen, speziell antisemitischen Rassepolitik. Gegen deren Verurteilungen im Ausland argumentierte er, sie würde einen „Akt der Notwehr und nicht des Hasses“ darstellen. Das jüdische Volk habe, da dem deutschen Volk nicht blutsverwandt, [246:] keinen Anspruch auf dessen Führung.³³ Daß es nicht darum, sondern um die Isolierung und Vertreibung der Juden ging, zeigte auch das im Mai 1935 erlassene Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1913. Es bestimmte, daß nur „Reichsangehörige deutschen Blutes“ das „Reichsvolk“ bilden könnten. Während der Beratungen des Entwurfs und mit den folgenden Verwaltungsbestimmungen wurden juristische Geleise gelegt, die zu den „Nürnberger Gesetzen“ führten.

Deren Verkündung kam keineswegs überraschend und der von Fricks Untergebenen, dem Rassereferenten Bernhard Loesener und dem Referenten für Staatsangehörigkeitsfragen Hans Globke, behauptete Widerstand des Reichsinnenministeriums gegen die Weisung Hitlers, den Text der „Nürnberger Gesetze“ auszuarbeiten, gehört in das Reich der Legenden. Bereits im Juli und August 1935 hielten das Reichsjustizministerium, der Stab des Stellvertreter des Führers und das Reichsinnenministerium gemeinsame Beratungen ab, die auf die Verhinderung von „Rassemischehen“ zielten. Gleichzeitig verkündete Frick in einem Geheimerlaß im Auftrag Hitlers ein Verbot von „Einzelaktionen“ gegen Juden durch Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen. Die Lösung der Judenfrage werde auf legalem Weg erfolgen.³⁴

Unter Fricks Leitung war sein Ministerium mithin lange vor der endgültigen Formulierung der am 15. September vom Reichstag beschlossenen Gesetze, dem „Reichsbürger-“ und dem „Blutschutzgesetz“, an deren Vorbereitung beteiligt gewesen. Mehr noch gilt das für deren Verwirklichung. Während Hitler aber im Interesse beliebiger weiterer Schritte der Judenverfolgung allgemeingehaltene Weisungen wünschte, mußte Frick fest umrissene Bestimmungen erlassen, wenn deren einheitliche Durchführung durch die Staatsbürokratie gewährleistet sein sollte. Hitler hatte aus dem Entwurf für die Nürnberger Gesetze jede Definition der Juden gestrichen, doch sah sich Frick zu Kommentar und Interpretation genötigt. Das wurde ihm von Naziführern, unter denen wiederum Goebbels nicht fehlte, als negativ vorgehalten.³⁵ Zur Schlüsselfrage für den Erfolg der Judenvertreibung wurde jedoch deren Stellung im wirtschaftlichen Leben. Eines der wenigen von Frick selbst erarbeiteten Dokumente, ein Exposé vom 14. Juni 1938, befaßte sich gerade damit. Frick hatte auf diesem Felde mit Göring, dem „Beauftragten für den Vierjahresplan“, eng zusammenarbeitet. Letzterer, enger Vertrauter Hitlers, gewann 1938 den führenden Einfluß auf die „Lösung der Judenfrage“.

Wenn der Reichsinnenminister auch seltener im Vordergrund der Machtszenerie agierte als Göring, Goebbels, Himmler und die Wehrmachtsbe-[247:]fehlshaber, so war er doch keineswegs der aus dem Hintergrund operierende Staatsmann. Mit den anderen Regimeführern teilte er, obwohl er selbst nie Soldat gewesen war, die Vorliebe für militärisches Gepränge. Zeigen ihn Bilder zur Zeit des Hitlerputsch-Prozesses 1924 noch mit altertümlichem Stehkragen, von dem sich einzig sein vieljähriger Ministerkollege Hjalmar Schacht nicht trennte, so tauschte Frick noch vor 1933 den bürgerlichen Anzug mit dem Nazi-Braunhemd, in dem er auch im Reichstag erschien. 1934 zeigte er sich dann im Reichsleitertuch, das mit anderen neuentworfenen Uniformen die Parteiführer im Volksmund zu „Goldfasanen“ mutieren ließ. 1937 führte er eine Beamtenuniform ein, welche die quasi-militärische Rolle der Verwaltung auch äußerlich deutlich machen sollte.

³³ Neliba, S. 167, 223.

³⁴ Neliba, S. 200 f.

³⁵ Goebbels-Tgb., Bd. 2, S. 515, S. 517; Neliba, S. 220.

Im persönlichen Lebensstil wich Frick dagegen kaum vom bürgerlichen Mittelmaß ab. Verglichen mit den Anwesen anderer Naziführer – von jenen Görings und Goebbels' zu schweigen – wirkte sein Haus am Starnberger See bescheiden. Anders als viele von ihnen entwickelte er auch kaum Eigenheiten oder Vorlieben, die Machthaber und Machtbesessene seit Zeiten des Feudalismus kennzeichnen. Weder frönte er der Jagdleidenschaft noch verlegte er sich auf das Sammeln von Kunstwerken. Doch auch er ließ keine Gelegenheit aus, sich öffentlich in Szene zu setzen. 1936 gaben ihm die Olympischen Spiele die Möglichkeit, sich als „Sportminister“ an Hitlers Seite zu präsentieren. Bei den Reichsparteitagen in Nürnberg mußte er hingegen anderen „Führern“ Vorrang und Vortritt lassen. Nur ein einziges Mal durfte er als Parteitagsredner auf einer Sondertagung der Beamten das Wort ergreifen. Auslandsreisen blieben für ihn rar. Sie führten ihn im Vorkrieg einzig nach Schweden und Ungarn, 1939 reiste er in die Slowakei. Später gelangte er nur in eroberte Gebiete, die in das Reich eingegliedert wurden.

Im März 1936, als Frick seinen 60. Geburtstag feierte, schien er auf dem Höhepunkt seiner Macht zu sein. Er erhielt in 24 deutschen Städten die Ehrenbürgerschaft, darunter – ihm von Gauleiter Goebbels mit süßsaurer Miene zugestanden – in Berlin. Doch sorgte der Reichspropagandaminister absichtsvoll dafür, daß Name und Rolle seines ungeliebten Mitführers nicht zu oft in den Medien erschien.³⁶ 1934 heiratete Frick ein zweites Mal, nachdem die Scheidung von seiner ersten Frau, die als nazistische Frauenführerin im „Traditionsgau“ München agierte, vollzogen war. Die neue Lebensgefährtin des Ministers war die vormalige Ehefrau des Architekten Paul Schultze-Naumburg. Aus dieser Ehe gingen zwei Kinder hervor.

Frick war seit Antritt seines Ministeramtes indirekt und alsbald auch direkt in die Vorbereitungen des Krieges einbezogen. Zu den Aufgaben seines [248:] Ministeriums gehörten seit 1935 die Wehregänzung und Wehrüberwachung. Ebenfalls 1935 wurden die Landespolizeien, die nach 1933 als kaserierte Verbände zunächst für die innere Machtsicherung aufgebaut worden waren, in die Wehrmacht überführt. Anfänglich machten sie 25 % von deren Gesamtstärke aus. Von dieser Regelung ausgenommen blieben vorerst die Polizeiverbände im entmilitarisierten Rheinland. Ihnen fiel bis 1936 die militärische Vorfeldsicherung gegen Frankreich zu. An den militärischen Aktionen gegen Österreich und die Tschechoslowakei war Frick unbeteiligt. Doch nach deren Vollzug fiel ihm die Aufgabe zu, die neugewonnenen Gebiete in die Reichsverwaltung einzugliedern und ihre Funktionstüchtigkeit für die Kriegsvorbereitung herstellen zu helfen. Wieder brachte dies Frick und sein Ministerium in Konflikt mit anderen Nazifunktionären. Das galt insbesondere für den Gauleiter Joseph Bürckel. Der wurde nach seiner Bewährung als Reichskommissar für das Saargebiet im März 1938 in gleicher Funktion nach Wien entsandt. Erneut – begünstigt durch Kompetenzüberschneidungen und unklare Regelungen von Befugnissen – entstanden zwischen ihm und Frick Auseinandersetzungen. Sie waren von jenem Typ, bei dem sich Mitführer und Paladine Hitlers gegenseitig durch die Erfüllung des „Führerwillens“ zu übertreffen und dabei eigenes Ansehen und eigene Machtfülle zu erweitern trachteten. Daher geht jede Interpretation fehl, welche diese und spätere Auseinandersetzungen als prinzipielle Konflikte ausdeutet, die zwischen Staat, repräsentiert durch den „Legalisten“ Frick, und Partei, repräsentiert durch die „revolutionären“ Reichsstatthalter und Gauleiter der NSDAP ausgetragen worden wären. Daß Frick den strikten Vorrang der Zentralgewalt verfocht und verwaltungsförmiges Handeln verlangte, erforderte seine Funktion wie sein Verständnis von Machtorganisation. In der Sache und im Ziel gingen die Kontrahenten meist völlig konform. Das galt für die Ausdehnung der judenfeindlichen Gesetze ebenso wie für die Anwendung des Terrors gegen politische Gegner und Emigranten in Österreich, im Sudetenland und im „Protektorat Böhmen und Mähren“. Frick arbeitete dabei mit Himmler und den Territorialmachthabern Hand in Hand. Ein Photo aus jener Zeit macht das sinnfällig. Es zeigt ihn mit Hitler, den Staatssekretären Lammers und Wilhelm Stuckart sowie Martin Bormann auf dem Prager Hradschin, beschäftigt mit der Niederschrift des Textes, demzufolge aus dem Westgebiet der zerschlagenen Tschechoslowakei das „Protektorat Böhmen und Mähren“ gemacht wurde.

³⁶ Goebbels-Tgb., Bd. 2, S. 756, Bd. 3, S. 36, 77; Neliba, S. 282.

Das Urteil von Nürnberg sprach Frick sechs Jahre später vom Vorwurf der Verschwörung gegen den Frieden und der Führung eines Angriffskrieges [249:] frei. Zur Begründung wurde ausgeführt, Frick habe an keiner der Besprechungen Hitlers teilgenommen, in deren Verlauf die Überfälle auf Polen und weitere Staaten vorbereitet und beschlossen worden waren.³⁷ Doch Frick hatte seinen Part während der Eroberungszüge durchaus gespielt. In keiner Phase des Krieges gab der Reichsinnenminister in irgendeiner Form zu erkennen, daß er auch nur gegen einen der Friedensbrüche Bedenken trug. Er hatte sich lediglich bei Hitler beklagt, daß er nicht genügend Machtmittel erhalte, um die von ihm in vollem Umfang gebilligte Kriegspolitik wirkungsvoller zu unterstützen. Auch fand er seine und die Rolle seiner Beamten im Kriegsdienst nicht genügend gewürdigt, ja mitunter herabgesetzt.³⁸

Frick war 1938, als die Anpassung der Staatsstrukturen an den geplanten Krieg sich noch in einem frühen Stadium befand, zunächst mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung (GBV) beauftragt worden. Gemeinsam mit dem Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft und dem Chef des OKW sollte er in einem Dreimännerkollegium Aufgaben der Vorbereitung auf den Krieg koordinieren. Am 30. August 1939 berief Hitler einen „Ministerrat für die Reichsverteidigung“. Unter dem Vorsitz Görings gehörten ihm der „Stellvertreter des Führers“ Rudolf Heß, der Generalbevollmächtigte für die Wirtschaft, Reichswirtschaftsminister Walter Funk, die Chefs des OKW und der Reichskanzlei Wilhelm Keitel und Lammers an. Auch Frick wurde Mitglied des Rates und zudem am 8. September von Hitler endgültig zum Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung ernannt. In dieser Eigenschaft waren ihm mit dem eigenen das Justiz-, das Erziehungs- und das Kirchenministerium sowie die Reichsstelle für Raumordnung unterstellt. Ausgenommen blieben von dieser Zuordnung das Außen- und das Propagandaministerium. Ohne Fricks Zutun und auf Vorschlag Görings wies Hitler an, daß Himmler als Stellvertreter des GBV wirken sollte. Praktisch erhielt diese Beauftragung jedoch kaum Bedeutung. Die treibende Kraft an der Seite Fricks blieb Staatssekretär Wilhelm Stuckart. Ihn bestimmte Frick zu seinem Stabsleiter. Stuckart verstand es, sich nicht nur bei seinem direkten Vorgesetzten, sondern auch bei Hitler als Spezialist für die zur Verwertung der militärischen Eroberungen notwendigen bürokratischen Maßnahmen unentbehrlich machen.³⁹

Am 1. September 1939 wurden in allen Wehrkreisen die Gauleiter zu Reichsverteidigungskommissare (RVK) ernannt. Im Unterschied zum Ersten Weltkrieg, als die stellvertretenden Wehrkreisbefehlshaber die vollziehende Gewalt ausübten, bildeten diese Kommissare das Bindeglied zwischen Zivilverwaltung und Wehrmachtsstellen. Frick beanspruchte die Dienstaufsicht über die RVK, wollte damit die aufgefaserte innere Verwaltung wieder fest in eine Hand – die seinige – bekommen und sich somit die Gauleiter in ihrer Doppelfunktion unterordnen. Nicht anders als im Vorkrieg erhoben sich dagegen Widerstände. Frick gelang es nicht, seinen Anspruch auf diktatorische Vollmachten, den er in einer Rede an der Universität Heidelberg 1940 auch öffentlich geltend machte⁴⁰, durchzusetzen. Im Kriegsverlauf wurden immer neue Konstruktionen notwendig, um Ziele und Mittel in Übereinstimmung zu bringen.

Dennoch bedeuteten Streitigkeiten um Machtanteile und Befugnisse keineswegs immer eine Minderung der Funktionstüchtigkeit der Apparate und einen Einflußverlust Fricks. Im Oktober/November 1939 war er an Beratungen mit Hitler beteiligt, in welchen über die Zukunft der eroberten polnischen

³⁷ IMT, Bd. 1, S. 337 f.

³⁸ Broszat, Staat Hitlers, S. 324.

³⁹ Stuckart hatte sich früh, aus beruflicher Rücksicht zunächst nicht formell, der NSDAP angeschlossen und war 1933 sofort in der Ministerialbürokratie auf einen verantwortlichen Posten gerückt. 1934 führten Auseinandersetzungen mit dem Reichsminister für Wissenschaft, Bernhard Rust, als dessen Staatssekretär Stuckart fungierte, zu seiner Entlassung. Dies war seiner Karriere aber eher förderlich. Schon im Frühjahr 1935 wurde er auf Vorschlag von Fricks Staatssekretär Ludwig Grauert mit dem Titel „Ministerialdirektor Staatssekretär“ in das Reichsinnenministerium berufen. Dort übernahm er die Leitung der Abteilung Verfassung und Gesetzgebung. Nur ein weiteres Jahr darauf verlieh ihm Himmler, der so Personen auf einflußreichen Posten an sich band und der Disziplin der SS unterwarf, den Ehrenrang eines Standartenführers. Stuckart galt bereits vor dem Krieg im Ministerium als Exponent des Reichsführers SS. Weitere Angaben zur Biographie bei Rebutisch, S. 105 f.

⁴⁰ IMT, Bd. XXXI, S. 15 ff.

Gebiete entschieden wurde. Er übernahm die Mitverantwortung für deren Annexion. Nach dem Muster des Sudetengaus entstanden die Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland. Andere Teile Polens wurden den Provinzen Ostpreußen und Schlesien angegliedert bzw. unter der Bezeichnung „Generalgouvernement“ zum ersten „deutsches Kolonialgebiet“ zusammengefaßt. Frick war auch am 17. Oktober 1939 bei der Beratung in der Reichskanzlei anwesend, an der mit dem Generalgouverneur Hans Frank, Keitel, Heß, Himmler, Lammers und Stuckart teilnahmen. Hitler verkündete für die eroberten Gebieten den Grundsatz eines „harten Volkstumskampfes“, der „keine gesetzlichen Bindungen“ gestatte.⁴¹

So sehr Frick Himmler im Reichsgebiet als Konkurrenten der Machtausübung ansehen mochte, als Polen besiegt und der Reichsführer SS zudem „Reichskommissar zur Festigung des deutschen Volkstums“, d. h. für die „Germanisierung“ des eroberten Landes geworden war, kam es zwischen beiden zu einer nahezu reibungslosen Zusammenarbeit.⁴²

Vom 30. Oktober bis 6. November 1939 führte Frick eine Dienstreise nach Osten, um die NSDAP-Gauleiter Albert Forster in Danzig und Arthur Greiser in Posen als Reichsstatthalter einzusetzen. Zurückgekehrt, so berichtete Goebbels, sei Frick in seinem Bericht an Hitler „für etwas sanftere Methoden in der Judenfrage“ in Polen eingetreten. Jedoch hätten er, der Reichspropagandaleiter, und auch Robert Ley dagegen protestiert.⁴³ Untersucht man den Vorgang genauer, zeigt sich, daß es erneut nicht um abweichende Ziele, sondern um die zweckmäßigsten Methoden ging. Und wieder spielte auch das Gerangel um Über- und Unterordnung und damit um persönliche und institutionelle Machtanteile eine Rolle. Frick wollte sich die [251:] neuen Reichsstatthalter unterstellen, während diese sich möglichst große Spielräume für eigenes Vorgehen zu erkämpfen wünschten und nach einem direkten Entscheidungsweg zu Hitler trachteten.⁴⁴

Ähnliche Fragen bestimmten auch den Inhalt von Auseinandersetzungen, die bis in den Mai 1941 andauerten. Sie betrafen Auswahl, Stellung und Rolle der den neuen Gauleitern und Reichsstatthaltern untergeordneten Landräte bzw. NSDAP-Kreisleiter. Frick war es sicher egal, ob ein Landrat vor dem hauptamtlicher Parteifunktionär war oder ob ein aus der Beamtenschaft herkommender Faschist nun das Amt eines Kreisleiters erhielt. Klar bekannte er sich gegenüber Hitler zu dem Prinzip, den „alten Kämpfern“ beim Einsatz im Osten den Vorzug zu geben. Doch der Innenminister wandte sich gegen die bei der einsetzenden Postenjagd aus den Reihen der NSDAP-Führerschaft immer wieder hörbare Abqualifizierung der Beamtenschaft. Das Berufsbeamtentum sei mit Partei und Wehrmacht gerade im Krieg das Rückgrat des „totalitären Führerstaates“.⁴⁵ Mit den folgenden Eroberungen setzten sich indessen die Konflikte fort. Im Westen entstanden sie mit den Gauleitern Grohe und Bürckel, als diese zu Chefs der Zivilverwaltung von Elsaß und Lothringen ernannt worden waren.⁴⁶

Die „Festigung des deutschen Volkstums“ bildete auch für Frick ein zentrales politisches Anliegen, für das er sich persönlich einsetzte. Als er 1941 Gauleiter Friedrich Rainer in Kärnten als Reichsstatthalter einführte, erklärte er, daß alle Aufgaben zurückzutreten hätten „hinter der letzten Endes entscheidenden Frage der völkischen Eingliederung des Landes südlich der Karawanken“. Es gehe um die „Schaffung eines Walls von deutschen Menschen“.⁴⁷ Dazu müsse die slowenische Sprache selbst

⁴¹ IMT, Bd. XXVI, S. 382 ff.

⁴² Neliba, S. 321 f.

⁴³ Goebbels-Tgb., Bd. 3, S. 630.

⁴⁴ Dabei war Frick, um zum Ziele zu gelangen und sich gegenüber den widerstrebenden Reichsstatthaltern Greiser und Forster durchzusetzen, sogar bereit gewesen, sich des Reichsführers SS zu bedienen. Ebenda, Bd. 4, S. 124: „Forster klagt über Bürokratie bei Frick und darüber, daß sich Himmler in alle seine Sachen einmischt.“

⁴⁵ Rebutisch, S. 115. Schreiben Fricks an Hitler vom 26. Mai 1941: Von 365 preußischen Landräten waren 202 oder 55,3 % Mitglied der NSDAP vor 1933, S. 157 f.; Neliba, S. 311, 325.

⁴⁶ Hans Umbreit: Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft. in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Hg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 5, Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs, Erster Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939-1941, Stuttgart 1988, S. 64 f., 158; Rebutisch, S. 210 f., 213.

⁴⁷ Dokumente zur deutschen Politik. Hg. v. Paul Meier-Benneckenstein, Bd. 9, Berlin 1944, S. 626 ff.; Neliba, S. 333.

in den Familien unterdrückt werden. Vor allem aber suchte Frick mit versierten Verwaltungsfachleuten zu helfen, den Herrschaftsapparat in den eroberten Ländern aufzubauen. Alfred Rosenberg bedankte sich im Juli 1941 ausdrücklich für die Unterstützung, die er durch die Entsendung von Beamten in die besetzten sowjetischen Gebiete erhalten hatte. Darauf antwortete Frick mit Hinweisen für die Ausgestaltung der Verwaltung und fand zugleich Grund, sich zu beschweren, daß die ausgewählten Beamten nicht adäquat eingesetzt würden. Sein Ziel sei, das „Aufbauwerk im Osten nach besten Kräften“ voranzubringen.

Wie das geschah, konnte Frick von seinem langjährigen persönlichen Referenten, Ministerialrat Metzner, erfahren, dem die Funktion eines stellvertretenden Generalkommissars in der Ukraine übertragen worden war. Sie kam dem Minister auch dadurch zugute, daß Metzner Ostarbeiterinnen [252:] für Fricks eigenen Haushalt beschaffte.⁴⁸ Obwohl keine Verpflichtung den Minister in die eroberten sowjetischen Gebiete führte, wußte Frick doch – und dies schon vor ihrem Aufbruch – mit welchen Aufgaben die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD nach Osten befohlen wurden. Das geht u. a. aus einer Rede hervor, die Frick in der Verwaltungsakademie Berlin im Mai 1941 hielt. In funktionierender Arbeitsteilung mit Himmler trieb Frick die Eindeutschung von Volksdeutschen und anderer als eindeutschungswürdig geltender Personen voran, indem er ihnen die Reichsbürgerschaft verlieh oder sie zu vorläufigen Staatsbürgern deklarieren ließ. Die Kehrseite dieser Stärkung des „germanischen Rassekerns“ war die Ausgrenzung vor allem von etwa 6 Millionen Polen, die seit der Zerschlagung des Staates im Reichsgebiet leben mußten und demagogisch zu „Schutzangehörigen des Deutschen Reiches“ erklärt wurden. In längerfristigen Plänen und in Abhängigkeit von der sich verändernden Interessenlage der deutschen Machthaber war ihre Abschiebung nach Osten vorgesehen. Vergessen waren die Tage, da Frick die Polen, die in Deutschland lebten, dem „artverwandten Blut“ hatte zurechnen lassen.⁴⁹

Goebbels übertrieb sicher, als er seinem Tagebuch 1943 mit ablesbarem Neid anvertraute: „Seldte sieht blendend aus, offenbar bekommt ihm das Faulenzen. Dasselbe kann von Frick gesagt werden. Diese beiden Herren nehmen vom Krieg nur wenig Notiz und befinden sich dementsprechend auch in bester Gesundheitsform.“⁵⁰ Frick erledigte die Aufgaben seines Ressorts, und das bedeutete, daß er sich an der Verübung von Verbrechen beteiligte. Er sorgte für die bürokratische Durchorganisation aller Maßnahmen, die mit der Deportation der Juden in Ghettos und Vernichtungslager entstanden. In Fricks Ministerium wurden die Gesetze ausgearbeitet und mit den Unterschriften des Ministers und seiner Ministerkollegen in Kraft gesetzt, welche die Juden im Reichsgebiet immer härter bedrängten und ihnen ihre Tage zur Qual machten. Dazu gehörten die Ausgangsbeschränkungen, die Verpflichtung zur Ablieferung von Rundfunkempfängern, das Verbot, Telefone zu besitzen, die Zusammenpferchung in „Judenhäusern“ und im September 1941 der Zwang zur öffentlichen Kennzeichnung mit dem gelben Stern. Die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz bestimmte im November 1941 – die ersten Deportationszüge „nach dem Osten“ hatten das Reichsgebiet gerade verlassen –, daß „mit der Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts in das Ausland“ Juden die deutsche Staatsbürgerschaft automatisch verloren ging. Damit hatten Frick und seine Beamten ein „einwandfreies Verwaltungsverfahren“ gefunden, mit dem den Opfern die Staatsangehörigkeit entzogen [253:] und ihr Vermögen geraubt werden konnte. Davon waren auch Zehntausende emigrierter Juden betroffen, die in den eroberten Gebieten vor ihrer Weiterflucht von der Wehrmacht überrollt und erneut in die Gewalt der Antisemiten geraten waren.

Frick war nicht nur als Gesetzgeber mit der „Endlösung der Judenfrage“ befaßt. In seinem Tagebuch schildert Joachim Klepper, daß ihn Frick im Oktober 1941 empfing. Der protestantische Schriftsteller wollte eine Ausnahmegenehmigung erbitten, damit seine jüdische Stieftochter ins rettende Schweden gelangen konnte. Frick gab sich als Verehrer von Kleppers Werk und dessen Roman „Der Vater“ aus. Er erklärte, die Deportationen würden aufgrund eines Wunsches des „Führers“ angesichts der

⁴⁸ Neliba, S. 330 ff.

⁴⁹ Neliba, S. 220.

⁵⁰ Goebbels-Tgb., Bd. 8, S. 524.

Wohnungsknappheit und der Schwierigkeiten vorgenommen, diese zu beheben. Irgendein Schritt gegen die geltenden Gesetze sei ihm daher nicht möglich. Für die nach Auffassung Fricks derzeit von der Deportation nicht bedrohte Stieftochter Kleppers stellte der persönliche Referent des Ministers eine Art „Schutzbrief“ aus. Als im Dezember 1942 die langerwartete Einreiseerlaubnis aus Schweden eintraf, sprach Klepper erneut bei Frick vor. Der beauftragte daraufhin wieder seinen Referenten, sich an den Sicherheitsdienst zu wenden. Ansonsten sei er außerstande, da die Entscheidungsbefugnisse an das Reichssicherheitshauptamt übergegangen waren, etwas zu tun. Da Bestrebungen im Gange wären, die auf die Zwangsscheidung sogenannter Mischehen zielten, könne er auch Klepper und dessen Frau nicht schützen. Käme eine gegen die allgemeine Linie gerichtete Initiative seinerseits zu Ohren Hitlers, würde es einen „Mordskrach“ geben. Klepper gelangte dann zwar noch bis vor Adolf Eichmann, den Leiter des Referats im Reichssicherheitshauptamt, das den Judenmord organisierte. Am 11. Dezember 1942 nahm er sich mit seiner Familie das Leben.

Noch während des Nürnberger Prozesses suchte Frick seine Tatenlosigkeit zu erklären, freilich ohne das Ende der Familie Klepper zu erwähnen. Er hielt für vortragenswert, daß er für die jüdische „Stütze“ der gehbehinderten verwitweten Frau des Generalobersten Hans von Seeckt eine Ausnahmegenehmigung erteilt und sie von der Pflicht zum Tragen des „Gelben Sterns“ freigestellt habe. Dies sei bei Hitler auf harsche Kritik gestoßen. Frick hatte mithin nicht nur die rechtlichen Voraussetzungen für die Deportationen geschaffen. Er kannte nicht nur das wahre Ziel der Deportationen. Er war auch bereit gewesen, das Morden zu tarnen und zu bestreiten. Noch in Nürnberg wollte er dem Gerichtspsychiater auseinandersetzen, die Deportationen hätten nicht im Massenmord an den Juden münden müssen.

[254:] Auf seine Rolle bei der Vernichtung der Kranken und Behinderten ging Frick im Prozeß mit keinem Wort ein. Tatsächlich war er von Anfang an nicht nur informiert, sondern an diesen Tötungen auch als Schreibtischtäter beteiligt gewesen. Ihr Beginn fiel mit der 1939 erfolgten Ernennung des Reichsgesundheitsführers Dr. Conti zum Leiter der Gesundheitsabteilung und Staatssekretär im Reichsministerium zusammen.⁵¹ Fricks Ministerium hatte für das nach der Weisung Hitlers vom 1. September 1939 verübte Verbrechen bürokratische Voraussetzungen dadurch geschaffen, daß es die als unheilbar geltenden Kranken erfassen ließ. Als 1940 aus Kreisen der Kirchen Proteste gegen die Mordaktion erfolgten, stellte sich Frick zumeist taub. Konnte er einer Stellungnahme gegenüber kirchlichen Vertretern nicht ausweichen, begründete er das Vorgehen als notwendige Kriegsmaßnahme.

Auch im Falle des Mordes an Kranken und Behinderten hätte Frick ein durch Gesetz gedecktes Verfahren wohl bevorzugt. Zu einer juristischen „Legalisierung“, an der im Reichsministerium des Innern gearbeitet worden war, kam es aus mehreren Gründen nicht. Indessen wurde im Ministerium ein Reichsbeauftragter für Heil- und Pflegeanstalten bestellt und für deren Räumung für Lazarettzwecke verantwortlich gemacht. Fricks Schweigen in Nürnberg dürfte auch aus der Erkenntnis erfolgt sein, daß jeder Versuch aussichtslos war, sich von der verbrecherischen Tötung von Hilfsbedürftigen zu distanzieren. Obendrein hatte er gemeinsam mit Conti die Euthanasie-Anstalt Hartheim bei Linz besichtigt, kannte mithin durch Augenschein, was geschah.⁵²

Trotz allen persönlichen Engagements sank Fricks Ansehen bei Hitler im Kriegsverlauf. Frick seinerseits vermißte anerkennende, öffentlich gesprochene Worte des „Führers“ über seine Tätigkeit. Er fand sich übergangen, als nach dem Sieg über Frankreich mit einer großen Anzahl von Naziführern auch Verdienste einiger seiner Untergebenen hervorgehoben wurden. Des öfteren verweigerte Hitler ihm den direkten Vortrag. Andererseits war Frick stets anwesend, wenn sich Hitler in Berlin aufhielt. Fricks spätere Aussage, er habe Hitler 1937 das letzte mal gesprochen, ist nachweistlich falsch.

⁵¹ Ernst Klee: „Euthanasie“ im NS-Staat. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“, Frankfurt a. M. 1993, S. 15 ff.; ders.: Die Ermordung der Unproduktiven. Euthanasie im Dritten Reich und ihre Aufarbeitung in Nachkriegsdeutschland. In: Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine perspektivische Rückschau. Hg. v. Hans-Erich Volkmann, München/Zürich 1995, S. 343-367.

⁵² Neliba, S. 231 ff.

Jedoch: Bereits in der ersten Krise im Krieg im Winter 1941/42 wurde Frick dafür mitverantwortlich gemacht, daß die auf Sieg gerichteten Anstrengungen nicht ausreichten. Die Reichsverwaltung sei unbeweglich, übermäßig zentralisiert und überbesetzt. Solcherlei Vorwürfe begleiteten ihn bis zu seiner Ablösung. Zudem gelang es Lammers im Führerhauptquartier, Fricks persönlichen Zugang zu Hitler einzuschränken. Der Chef der Reichskanzlei [255:] formulierte auch die von Hitler geforderte und ihm vom Reichstag im April 1942 erteilte Vollmacht, die ihn nun offiziell in den Rang eines Obersten Gerichtsherrn erhob, der sich über das kodifizierte Recht hinwegsetzen konnte. Auf den Einfluß von Lammers ging ferner zurück, daß Hitler im Frühjahr 1942 Vorschläge Fricks und Stuckarts ablehnte, die Kompetenzen des Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung auszuweiten.⁵³

Den 65. Geburtstag, den der Reichsinnenminister im März 1942 beging, versüßte Hitler dem Jubilar allerdings beträchtlich. Frick erhielt eine Dotation von 250.000 Reichsmark, diese Summe erhöhte sich durch eine Zuwendung aus der Kasse des Reichswirtschaftsministers Walter Funk noch um weitere 100.000 Reichsmark.⁵⁴ Im Herbst 1942 konnte sich Frick bei Hitler dadurch bemerkbar machen, daß er auf die Notwendigkeit der Neuwahl des Reichstags, die bis März 1943 fällig wurde, und auf die anstehende Verlängerung des Ermächtigungsgesetzes hinwies, die bis zum 10. Mai 1943 erfolgen müßte. Dies erfordere eine Reichstagssitzung, die am besten am 10. Jahrestag der „Machtergreifung“ plazierte wäre. Hitler zeigte sich einverstanden. Doch die Niederlage bei Stalingrad zerschlug alle [256:] Pläne. Von Fricks Ideen zur Ausgestaltung des Tages blieb lediglich ein Artikel, den er unter dem Titel „Partei und Staat im nationalsozialistischen Volksreich“ veröffentlichte.

Zu eben dieser Zeit machte sich Goebbels durch die Kampagne „Totaler Krieg“ an der Spitze des Regimes immer einflußreicher. Im März 1943 nutzte er eine Gelegenheit, um auch Frick zu diskreditieren. Der Berliner Delikatessenhändler Erik Nöthling hatte Ministern und Generalen bewirtschaftete Waren in großen Mengen verkauft. Unter den Empfängern der Raritäten befand sich auch Fricks Ehefrau. Wie die im Auftrag Hitlers und unter der Verantwortung des Reichsjustizministers Otto Georg Thierack erfolgenden Ermittlungen ergaben, gehörte sie zu den am meisten bedachten Personen, die, wenn es sich um gewöhnliche Volksgenossen gehandelt haben würde, als „Volks- und Kriegsschädling“ bezeichnet und vor Gericht gestellt worden wären. Es fanden sich in den Lieferlisten für die Fricks u. a. Posten über 125 kg Geflügel, 50 kg Reh, 100 kg Bonbons, 100 kg Obst, je 12 kg Pralinen und Tee sowie Zucker, Wurst, Fett, Öl, Butter und Corned beef. Frick selbst verweigerte Thierack Angaben zur Sache und erklärte, mit Hitler gesprochen zu haben. Der hätte sich auf den Standpunkt gestellt, „daß jede Frau in dieser Zeit nähme, was ihr angeboten werde, das solle man nicht gleich verfolgen“.⁵⁵

Im Winter 1942/43 und endgültig im Sommer 1943 wurde unverkennbar, daß der Griff des imperialistischen Deutschland nach der Weltmacht gescheitert war. „Verteidigung der Festung Europa“ bis zum „Endsieg“ lautete nun eine der ins Zentrum der Propaganda gerückten Losungen. Seit der Verkündung des „totalen Krieges“ war Frick jedoch von der Planung der weiteren Maßnahmen weitgehend ausgeschaltet. Er und sein „leitender Staatssekretär“ Pfundtner wurden immer mehr zu Adressaten von Kritik. Wenn man den Aufzeichnungen Goebbels trauen kann, zögerte Hitler mit der Ablösung Fricks seit Frühjahr 1943 vor allem deshalb, weil „gleich ein Streit um sein Amt“ ausbrechen würde. Im Tagebuch des Propagandaministers wurden Himmler und Stuckart, auch der von ihm besonders geschätzte Reichskommissar in Norwegen, Josef Terboven, sowie Arthur Greiser als Nachfolgekandidaten genannt, die in den Überlegungen Hitlers figurierten.⁵⁶ Daß das Ende von Fricks Tätigkeit als Minister von ihm selbst seit längerem angestrebt worden sei, wie u. a. Lammers nach 1945 behauptete, ist durch nichts erwiesen.⁵⁷

⁵³ Rebentisch, S. 162, Goebbels-Tgb., Bd. 3, S. 297, Neliba, S. 334 f., 340, Henry Picker, S. 159.

⁵⁴ Neliba, S. 338.

⁵⁵ Goebbels-Tgb., Bd. 7, S. 605, Bd. 8, S. 246, Neliba, S. 350 f.

⁵⁶ Goebbels-Tgb., Bd. 8, S. 524 ff.

⁵⁷ Hans Mommsen: Beamtenturn im Dritten Reich, Stuttgart 1966, S. 200 ff.; Neliba, S. 354 f.

Gewiß war es eine Summe von Faktoren, die zusammenkam, als Hitler sich zur Ablösung des Ministers entschloß, der seit dem Tage seines eigenen Regierungsantritts amtierte. Zu ihnen gehörte das Bestreben, im Innern [257:] alle Kräfte zu bündeln, wofür Frick nicht mehr der geeignete Mann war. Eine auslösende Rolle für den definitiven Entschluß könnte ein Bericht gespielt haben, den Goebbels Hitler vorlegte. Aus ihm ging hervor, daß Frick während einer Beratung von Ministern Anfang August 1943 – der „Führer“ mied wegen der Kriegslage seit längerem jeden öffentlichen Auftritt – eine Ansprache Hitlers an das deutsche Volk gefordert hatte. Sie sollte die schlechte Stimmung im Volke beheben. Goebbels bezichtigte Frick auch in diesem Zusammenhang erneut des Defätismus.⁵⁸

Hitler hielt es, wie bereits erprobt, für machtpolitisch klüger, ihres Postens enthobene Führungskräfte weiter praktisch an sich und in das Herrschaftssystem einzubinden. Auch Frick wollte er nicht ins Abseits stellen, er sah für ihn eine andere Verwendung vor. Sie ergab sich, da der geschäftsführende Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, SS-Obergruppenführer und Chef des Hauptamtes Ordnungspolizei, Kurt Daluege, aus gesundheitlichen Gründen um die Ablösung von seinem Prager Posten gebeten hatte. Zum 20. August 1943 wurde Frick in das Hauptquartier Hitlers bestellt. Bevor der dort seltene Gast Hitler sah, ließ dieser ihn von Lammers vorbereitend bearbeiten. Frick solle nicht nur seine Ablösung von seinem Posten als Reichsinnenminister hinnehmen, sondern auch den des Reichsprotektors annehmen. Goebbels, der sich am gleichen Tage im Hauptquartier aufhielt, berichtete über das weitere genüßlich. Frick habe sich zunächst geweigert, auf den Hradschin zu gehen. Doch sei ihm von Hitler „seine Situation klargemacht“, d. h. der alte Mitkämpfer unter gehörigen Druck gesetzt worden.⁵⁹

Frick bestand darauf, daß der Wechsel mit allen Ehren erfolge. Das wurde ihm zugestanden. Er behielt seinen Titel als Reichsminister und das entsprechende Gehalt. Es blieb ihm der Rang des Reichsleiters, und er gewann dazu den hochklingenden Titel des Reichsprotektors. Nun war er Chef einer personell vergleichsweise bescheiden ausgestatteten Dienststelle. Sie bestand aus dem Büroleiter, Ministerialdirektor Ernst Vollert, der vordem Abteilungsleiter im Reichsinnenministerium gewesen war, und etwa einem Dutzend Beamten und Angestellten. Wichtiger war, daß zeitgleich mit der Ernennung Fricks eine Veränderung in Funktion und Befugnissen des bisherigen Staatssekretärs beim Reichsprotektor erfolgte. SS-Gruppenführer Karl Hermann Frank, der den Posten schon an der Seite von Konstantin Freiherr von Neurath, Reinhard Heydrich und Daluege bekleidet hatte und selbst gern Reichsprotektor geworden wäre, wurde mit dem Titel Staatsminister ausgestattet und für die praktische Durchsetzung der Okkupationsherrschaft in Böhmen und Mähren verantwortlich gemacht. [258:] Ende 1943 kommentierte Goebbels ein von Lammers gefertigtes Schreiben mit den Worten, Frick sei „damit endgültig zur Dekorationsfigur geworden“.⁶⁰

Die Zusammenarbeit von Reichsprotektor und Staatsminister wurde allein aufgrund ihrer jeweiligen Rollen nicht besonders eng. Frick hielt sich zudem häufig nicht im Protektorat auf. Er lebte auf seinem Besitz im kriegsfernen bayerischen Kempfenhausen. Doch gänzlich wollte er sich nicht zum bloßen Aushängeschild der Besatzungsherrschaft machen lassen. So bestand er auf der Wahrnehmung des ihm zustehenden Begnadigungsrechts und verweigerte dessen Übertragung an Frank. Je weniger Macht Frick besaß und ausübte, um so wichtiger wurden ihm die Insignien der Macht. Das zeigte sich in Auseinandersetzungen um den repräsentativen Wohn- und Dienstsitz auf Schloß Doberschütz bei Prag, die er mit Daluege und Himmler zu führen hatte. Beide wollten das Besitztum für die SS behalten. Doch Frick verteidigte seinen Anspruch hartnäckig. Erst nachdem ihm das Schloß übergeben worden war, ließ er sich durch Lammers am 14. Oktober 1943 in Prag in sein Amt einführen.

Eine Gelegenheit, in sein er neuen Eigenschaft öffentlich hervorzutreten, ergab sich für Frick im April 1944, als die Feierlichkeiten zum 5. Jahrestag der Errichtung des Protektorats auf der Prager Burg mit einem Konzert Wilhelm Furtwänglers begangen wurden. Schon im März 1944 hatte sich Frick durch die Errichtung einer nach ihm benannten „Stiftung für bedürftige Protektoratsangehörige“

⁵⁸ Goebbels-Tgb., Bd. 9, S. 211, 265 f.

⁵⁹ Ebenda, S. 324.

⁶⁰ Ebenda, Bd. 10, S. 546.

schmücken und dadurch den – freilich wenig aussichtsreichen – Versuch stützen wollen, das Wesen der deutschen Herrschaft zu verbrämen. Die Stiftung, die Geldzahlungen an Tschechen leistete, die „im Dienst des Reiches“ zu Schaden gekommen waren, setzte die von Heydrich betriebene Politik von Zuckerbrot und Peitsche fort und führte sie unter den Bedingungen des „totalen Krieges“ weiter.

Von Frick liegen – anders als von seinen Vorgängern – keine Äußerungen zur Eindeutschungs- oder Ausrottungspolitik gegenüber den Tschechen vor. Doch kann angenommen werden, daß er auch darin voll und ganz mit der taktischen Linie von Staatsminister Frank übereinstimmte. Der mied jede grundsätzliche Diskussion über das weitere Schicksal der tschechischen Einwohner des Landes. Das war angesichts der sich abzeichnenden Niederlage um so mehr geboten, als das Funktionieren der Kriegswirtschaft im Protektorat in den Zeiten der Rückzüge und des Luftbombardements noch an Bedeutung gewann.

Frick wurde durch Frank über alle wesentlichen Vorgänge im Protektorat unterrichtet. Doch weder im okkupierten Gebiet selbst noch im Angesicht [259:] des In- oder Auslandes spielte der Reichsprotektor in der Endphase des Krieges noch eine beachtete Rolle. Seine Bedeutungslosigkeit im Hinblick auf das Reichsganze dokumentierte sich auch dadurch, daß sein Name weder in den vorbereitenden Papieren noch in den Befehlen der Widerständler am 20. Juli 1944 vorkam. Am Tage des Putsches befand sich Frick wieder einmal in Kempfenhausen. So erfuhr er erst verspätet davon, daß der Wehrmachtbefehlshaber in Prag die Weisungen Stauffenbergs ausgeführt und versucht hatte, die vollziehende Gewalt zu übernehmen. Doch Frank konnte seinen Platz ohne größere Schwierigkeiten behaupten. Fricks Büroleiter Vollert allerdings wurde am 22. Juli nach Bekanntwerden einer von Ludwig Beck aufgestellten Personenliste verhaftet. Es erwies sich, daß Vollert nach Gesprächen, die er mit Friedrich Werner Graf von der Schulenburg gehabt hatte, ohne sein Wissen von den Verschwörern als politischer Beauftragter im Reichsgau Wartheland vorgesehen worden war.⁶¹ Frick setzte sich sofort persönlich bei Ernst Kaltenbrunner, dem Chef des RSHA, für die Freilassung Vollerts ein. Der wurde nach 14tägiger Haft auch entlassen.

Frick dürfte gewußt haben, daß er seit 1943 von den Alliierten als einer der Hauptkriegsverbrecher benannt war. Im Unterschied zu Himmler besaß er jedoch gegen Kriegsende weder Möglichkeit noch Willen, irgendwelche politischen Manöver zu seinen Gunsten einzuleiten. Vielmehr brachen in dieser Zeit auch seine letzten persönlichen Beziehungen zu Hitler und dessen Mitführern ab. Er begann, sich nur noch um sein persönliches Wohlergehen zu kümmern. Im April 1945 begab er sich noch einmal nach Prag. Dahin führte ihn die Abwicklung von Geldtransaktionen, die sein Ankläger in Nürnberg, Robert M. W. Kempner schlicht als Unterschlagungen kennzeichnete. Mit Hilfe eines familiären Vertrauten bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank richtete Frick Tarnkonten über die Summe von insgesamt 850.000 Reichsmark ein.

Er verließ Prag am 27. April 1945 und begab sich zurück nach Kempfenhausen. An diesem Tage versuchte die „Freiheitsaktion Bayern“ unter Hauptmann Gerngroß von München her, das Wehrkreis-kommando in Kempfenhausen und dessen Funk- und Fernsprechzentrale zu besetzen. Es dürfte sich dabei um Anlagen gehandelt haben, die Frick bei Kriegsbeginn für seine Zwecke hatte ausbauen lassen. Doch scheint sich in diesem Moment niemand für Frick interessiert zu haben. Weder wurde er wie Reichsstatthalter Ritter von Epp aufgefordert, lokale Kapitulationsverhandlungen einzuleiten, noch versuchte der fanatische Münchener Gauleiter Paul Giesler, ihn in die Fortsetzung des aussichtslosen Kampfes einzubeziehen.

[260:] Am Morgen des 1. Mai 1945 marschierten Truppen der US-Armee in München ein, am späten Abend wurde von Süden her das von der SS geräumte Starnberg besetzt. Tags darauf stellte sich Frick den Amerikanern. Berichte darüber vermerken, er sei „aufgelesen“ (picked up) worden.⁶² Der weitere Weg des Gefangenen, der in das Nürnberger Gefängnis führte, kann zwischen Mai und Oktober 1945 nicht exakt rekonstruiert werden. Wahrscheinlich wurde er zunächst nach Luxemburg und von da in

⁶¹ Neliba, S. 359.

⁶² Wolfgang Zorn: Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986, S. 531; J.-J. Heydecker/J. Leeb: Der Nürnberger Prozeß, Überarbeitete und aktualisierte Ausgabe, Köln 1985, S. 12.

das Lager Oberursel verbracht. Aus dem Zeitraum vor Eröffnung des Prozesses wurde bisher nur ein einziges Frick betreffendes Dokument bekannt. Es enthält die Niederschrift einer Interrogation, die am 20. Juli 1945 an einem nicht bezeichneten Ort stattfand. Frick wurde über seine Beziehungen zu Hitler und Himmler befragt.

Im Nürnberger Gerichtsgefängnis erhielt der Gefangene die Anklageschrift ausgehändigt. Die direkt auf ihn Bezug nehmenden Teile der Schrift waren maßgeblich von dem als Hilfsankläger fungierenden Juristen Kempner formuliert worden. Der aus Deutschland vertriebene Jude und Nazigegner bezugte, daß er bei der Verteilung der Arbeitsaufgaben sich um diesen Part beworben hatte. Kempner war bis 1933 Beamter in der Polizeiabteilung des preußischen Innenministeriums gewesen und hatte damals auch Material für ein Verbot der NSDAP gesammelt. Schon in den USA, wohin er emigrierte, war er weiter mit der Sammlung von Fakten und Dokumenten über Nazideutschland befaßt worden. Sie sollten einer künftigen Anklage gegen die Führer des Regimes und darunter gegen Frick dienen, der Kempner ausgebürgert hatte.

In der aktuellen wie in der späteren Berichterstattung über den Prozeß blieb das Bild von Frick blaß. Der erste amerikanische Gerichtspsychologe Douglas M. Kelley schrieb: „Es ist bezeichnend, daß meine Notizen über den Mann dürftig sind, denn er hinterließ keinen besonderen Eindruck; es war so ein mittelmäßiger, freundlich aussehender Herr in einer Sportjacke, mit sehr kurz geschnittenen grauem Haar- wie bei uns die Veteranen.“⁶³ Beim Intelligenztest lag Frick mit dem wesentlich jüngeren Funk gleichauf und im Mittelfeld aller Angeklagten. Allerdings wird er von Prozeßbeobachtern als ein Mann geschildert, der sich von den Vorgängen im Gerichtssaal nicht sonderlich berührt zeigte. Wie seine Mitangeklagten hatte er sich nach der Verlesung der Anklageschrift⁶⁴ für „nicht schuldig“ erklärt. Im Dezember 1945 wurde Fricks Rolle in Vorträgen der US-Ankläger William F. Walsh und Robert G. Storey im Zusammenhang mit der Judenverfolgung und in seiner Funktion als Generalbevollmächtigter für die Reichsverwaltung dargestellt. Doch konnten selbst die Enthüllungen über die grausam-^[261:]men Verbrechen Frick nicht mobilisieren. Während andere Angeklagte nach dem Zeugnis Gustave M. Gilberts nach der Aussage Otto Ohlendorfs über die Massenmorde der SS-Einsatzgruppen in der Sowjetunion in Streit gerieten, äußerte Frick während des Mittagessens, „wie schön es jetzt wäre, wenn man bei diesem schönen Wetter skifahren gehen könnte“⁶⁵.

^[262:] Am 16. Januar 1946 hielt Kempner den speziellen Anklagevortrag gegen Frick.⁶⁶ Am 4. März beantragte dessen Verteidiger Otto Pannenbecker als Zeugen für seinen Angeklagten Lammers, Stuckart, Daluge, dazu den ersten Chef der Gestapo in Berlin, Rudolf Diels, sowie Bernd Gisevius, einen ehemaligen Mitarbeiter des Reichs- und Preußischen Innenministeriums, und einen gewissen Gillhuber vor Gericht zu laden, der den persönlichen Schutz des Reichsinnenministers geleitet hatte. Am 8. April beteiligte sich Pannenbecker am Kreuzverhör von Lammers, der als Zeuge für Keitel vorgeführt worden war. Der Minister, der selbst auf die Anklagebank gehört hätte, entlastete Frick auch in eigenem Interesse.

Seinen Beweisvortrag eröffnete Fricks Anwalt mit der Erklärung, er werde seinen Mandanten nicht in den Zeugenstand rufen. Frick blieb der einzige Angeklagte, der nicht als Zeuge in eigener Sache auftrat.⁶⁷ Mehrere Angeklagte, so wird von Gilbert überliefert, hätten ob Fricks Haltung Enttäuschung geäußert. Ob Kempners Ansicht, daß sich Frick durch sein Schweigen sehr geschadet habe, zutreffend ist, mag und kann dahingestellt bleiben. Doch könnte der Hilfsankläger die Gründe für diese Haltung richtig gesehen haben: „Er (Frick – W. F.) schwieg jedoch aus Angst, daß seine Geldmanipulationen zutage träten und man ihn deshalb als einen ganz schmierigen Wicht betrachten würde, weil er von

⁶³ Douglas M. Kelley: 22 Männer um Hitler. Erinnerungen des amerikanischen Armeearztes und Psychiaters am Nürnberger Gefängnis, Olten Bern (1948), S. 197.

⁶⁴ IMT, Bd. 1, S. 77 f.

⁶⁵ Gilbert, S. 104.

⁶⁶ IMT, Bd. V, S. 398-414.

⁶⁷ Gilbert berichtete, daß Frick ihm schon Ostern, als er sich Notizen für seine Verteidigung machte, erklärt habe, er „glaubte nicht, daß er viel zu sagen hätte, außer, daß er den Führer seit 1937 nicht einmal mehr gesehen habe und daß er diese Grausamkeiten niemals gebilligt habe“. (Gilbert, S. 276).

der Böhmisches Staatsbank in den letzten Tagen vor dem Einmarsch an Freunde und Verwandte große Kontenüberweisungen gemacht hatte.“⁶⁸

Meinungsverschiedenheiten erzeugte unter den Angeklagten der Antrag, Gisevius zu laden, den einzigen Zeugen, den Frick selbst wünschte. Streicher und Rosenberg sollen versucht haben, Frick zu bewegen, auf dessen Erscheinen zu verzichten. Nachdem Gisevius am 24. April 1946 doch vernommen worden war, meinte Baldur von Schirach, dessen Aussagen über den 30. Juni 1934 hätten zwar Frick nichts genutzt, Göring hingegen erheblich geschadet. Nach Gilberts Beobachtung, habe Frick Göring heimzahlen wollen, daß er Himmler zu immer mehr Macht verholfen habe.⁶⁹

Im Schlußvortrag am 11. Juli 1946 stellte Pannenbecker seinen Mandanten als reinen Fachmann für die innere Verwaltung hin, der für militärische und außenpolitische Fragen keine Kompetenz besessen habe. Frick hätte nie an Konferenzen über die Kriegsplanung teilgenommen. Auch sei er niemals Mitglied der SA oder SS gewesen. Seine Ämter als Reichsleiter und Vorsitzender der Reichstagsfraktion der NSDAP hätten keine Bedeutung besessen. Zwar habe Frick sich gewiß politisch dafür eingesetzt, Hitler an die Macht zu bringen und vorübergehend einen maßgeblichen Einfluß auf die Innenpolitik ausgeübt. Doch später hätte er erkannt, daß die Politik [263:] einen Weg ging, den er nicht mehr billigen konnte. Deshalb habe er seinen ganzen Einfluß geltend gemacht, um eine Änderung herbeizuführen. Fricks Tragik liege in der Verstrickung in ein System, dessen erste Schritte er begeistert mitmache, dessen weitere Entwicklung er sich jedoch anders vorgestellt habe. Er wäre wie viele durch Hitler getäuscht und mitgerissen worden.⁷⁰ Diese Argumentation wies der US-Hauptankläger Robert H. Jackson in seinem Plädoyer am 26. Juli scharf zurück.⁷¹ Frick selbst erklärte in einem kurzem Schlußwort am 31. August 1946, er habe ein reines Gewissen, denn sein Leben sei Dienst an Volk und Vaterland gewesen. Kein patriotischer Amerikaner oder Angehöriger eines anderen Landes hätte an seiner Stelle anders gehandelt. Deshalb würde er so wenig eine Strafe verdienen wie die Beamten und Staatsangestellten, derer er in Treue gedenke.⁷²

Die Höhe des gegen Frick zu fällenden Urteils lösten im Kollegium der Richter kaum Diskussionen aus. Alle traten für die Todesstrafe ein, wenn auch nicht mit durchweg übereinstimmender Begründung. Am 26. September kam der Gerichtshof in seiner endgültigen Beratung zu dem am 1. Oktober 1946 verkündeten Urteilsspruch. Mit der Ausnahme des Punktes 1 (Gemeinsamer Plan oder Verschwörung) wurde Frick aller anderen Punkte der Anklage für schuldig befunden.⁷³ Gilbert berichtet, daß Frick nach der Verkündung dieses Urteils gefühllos die Achseln gezuckt habe und erklärte, er hätte nichts anderes als Hängen erwartet.⁷⁴ Reue, Einsicht, auch nur Nachdenklichkeit über seine Vergangenheit zeigte Frick auch in diesem Moment nicht. Er starb mit den anderen zur Todesstrafe Verurteilten am 16. Oktober 1946. Ihm geschah, was er Unschuldigen angedroht, zgedacht und zugefügt hatte. – „An den Galgen mit den Verbrechern ...“

⁶⁸ Robert M. Kempner: Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen. in Zusammenarbeit mit Jörg Friedrich, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1983, S. 275.

⁶⁹ Gilbert, S. 283-286.

⁷⁰ IMT, Bd. XVII I, S. 182-211.

⁷¹ IMT, Bd. XIX, S. 474.

⁷² IMT, Bd. XX II, S. 438.

⁷³ Bradley F. Smith: Der Jahrhundertprozeß, Frankfurt a. M 1983, S. 219 f.; IMT, Bd. 1, S. 337-340.

⁷⁴ Gilbert, S. 428.

[264:]

Kurt Pätzold

JULIUS STREICHER

„... he was a good person“¹

Am 21. Juli 1937 ereignete sich in einem Saal des Justizgebäudes in Nürnberg, das später weltbekannt werden sollte, ein Vorfall, der ein diplomatisches Nachspiel hatte. Auf der Reise aus seinem Heimatland nach Frankreich, wo er einen wissenschaftlichen Kongreß besuchen wollte, machte der polnische Professor Stefan Glaser in der alten deutschen Kaiserstadt Quartier, die seit kurzem den Beinamen „Stadt der Reichsparteitage“ führte. Ob er mit seinem Aufenthalt von vornherein die Absicht jene Gerichtsverhandlung zu besuchen, die für ihn so unangenehm verlaufen sollte, oder ob er eher zufällig in sie hineingeriet, ist aufgrund der Aktenüberlieferung unentscheidbar. Jedenfalls entschloß sich Glaser, ein Rechtswissenschaftler, an einem Prozeß gegen zwei katholische Kaplane, die eines Sittlichkeitsverbrechens angeklagt wurden, als Zuhörer teilzunehmen. Derartige Prozesse stellten zu jener Zeit eine übliche Methode des faschistischen Regimes in Deutschland dar, mit der Geistliche der katholischen Kirche diffamiert und namentlich ihres Einflusses auf junge Menschen beraubt werden sollten.

Nachdem er seinen Wunsch im Justizgebäude ordnungsgemäß vorgetragen hatte, wurde der polnische Besucher in den Saal geleitet, in dem die Verhandlung schon im Gange war. Was er nicht geahnt haben mochte und möglicherweise nicht sofort gewahr wurde, war die Tatsache, daß dort der Gauleiter der NSDAP, Julius Streicher, und dessen Stellvertreter mitsamt Gefolge demonstrativ Platz genommen hatten. Wollten sich die Regionalgrößen an dem Schauspiel bloß delektieren? Sollte ihr Auftritt die verhandelnden Juristen zusätzlich unter Druck zu setzen? Verband ihre Anwesenheit das eine mit dem anderen?² Streicher war durch die Verhandlung nicht so gefesselt, daß er den Hinzukommenden nicht bemerkt hätte. Er erkundigte sich nach dessen Herkunft und ließ Glaser daraufhin in einen Nebenraum bringen. Kurze Zeit darauf erschien Streicher dort mit seinem Hofstaat und fiel über den Mann, den er als einen „Juden“ ausgemacht haben wollte, mit wüsten und ordinären Beschimpfungen über Polen und Juden her. Juristen, die den Gauleiter begleiteten, waren Zeugen der Szene. [265:] Glaser, der Nürnberg sofort verlassen hatte, nutzte nach seinem Eintreffen in Frankreich die erste Gelegenheit, sein Erlebnis der Botschaft Polens in Berlin mitzuteilen. Diese wandte sich mit einer Note an das deutsche Auswärtige Amt, welches daraufhin angesichts des damals noch existierenden Interesses an guten Beziehungen zum östlichen Nachbarstaat nicht umhinkam, auf dem Routineweg Erkundigungen einzuziehen. Der „Stellvertreter des Führers“, Rudolf Heß, Vorgesetzter des Gauleiters, wurde mit der Angelegenheit ebenso befaßt wie der Reichsminister der Justiz, Franz

¹ So übersetzte der Dolmetscher die Charakteristik, die Streichers Ehefrau von Julius Streicher während ihrer Vernehmung in Nürnberg gab. Zur Tätigkeit der Dolmetscher bei den Vernehmungen und während des Prozesses s. den Bericht von Peter Uiberall in: Neues Deutschland (Berlin), Ausgabe v. 18./19. November 1995.

Franz Pöggeler: Der Lehrer Julius Streicher. Zur Personalgeschichte des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1991. Mit der Rolle Streichers in der NSDAP und als Ideologe und Propagandist des Antisemitismus befaßten sich vor allem amerikanische und britische Autoren: Robin Lenman: Julius Streicher and the Origins of the NSDAP in Nuremberg 1918-1923, in: Anthony Nicholls/Erich Matthias (Hrsg.) German Democracy and the Triumph of Hitler, London 1971, S. 128-159; Klaus Kippahn: Julius Streicher und der 9. November 1923. In: Ztschr. für Bayerische Landesgeschichte, Jg. 39 (1976), S. 277-288; Carol J. Ehlers: Nuremberg. Julius Streicher and the Bourgeois Transition to Nazism 1918-1924 (Dissertation der Universität of Colorado 1965), ebenda 1980; Dennis E. Showalter: The Policy of Bureaucracy in the Weimar Republic. The Case of Julius Streicher. In: German Studies Review, Jg. 6 (1983), S. 101-118; ders.: Jews, Nazis and the Law. The Case of Julius Streicher. In: Simon Wiesenthal Center Annual, Jg. 6 (1989), S. 143-163; Randall I. Bytwerk: Julius Streicher, New York 1975; ders.: Julius Streicher and the Impact of „Der Stürmer“. in: Wiener Library Bulletin, 29 (1976/1977), Nr. 39-40, S. 41-46; William P. Varga: The Number One Nazi Jew-Baiter. A Political Biography of Julius Streicher, New York 1981; Jay W. Baird: Das politische Testament Julius Streichers. In: VfZ, 26 (1978), S. 660-693; ders.: Julius Streicher, Der Berufsantisemit. In: Die braune Elite, Bd. 2, Darmstadt 1993.

² Die Anwesenheit hoher Funktionäre der NSDAP in Gerichtssälen war zu dieser Zeit nicht ungewöhnlich. Von dem NSDAP-Gauleiter in Hamburg, Karl Kaufmann, ist ein ähnlicher Auftritt überliefert. S. Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte des deutschen Faschismus. Hg. v. Brigitte Berlekamp/Werner Röhr, Münster 1995, S. 183.

Gürtner. Letzterer seinerseits forderte Auskunft von den ihm unterstellten Nürnberger Juristen und erhielt von ihnen eine den Vorfall schönende Darstellung. Die Beschwerde der polnischen Vertretung verlief am Ende im Sande³ und blieb, obwohl Glied einer Kette von Skandalen um Streicher, auch für diesen folgenlos. Die dem „Frankenführer“ Untergebenen fürchteten ihn, und an der Regimespitze war zu gut bekannt, daß Streicher, einer der ganz wenigen Duzfreunde des „Führers“, bei diesem ein besonderes Ansehen genoß. Anders als mancher Gleichgestellte konnte Streicher darauf rechnen, daß Hitler im Notfall schützend die Hand über ihn hielt.

Das hatte er schon bei Auseinandersetzungen gespürt, die er alsbald nach der Machtübergabe mit dem deutschnationalen Reichsarbeitsminister Franz Seldte anzettelte. Als dieser eine ihm untergeordnete Stelle aus Nürnberg nach Würzburg und damit außerhalb von Streichers Gau verlegen wollte, boykottierte der Gauleiter das Vorhaben und drohte mit der Besetzung der Diensträume. Dieses Vorgehen war ein eklatanter Verstoß gegen die von Hitler selbst wiederholt gegebene Weisung, selbstherrliche revoluzzerhafte Methoden aufzugeben und sich nach der „Machtergreifung“ der Staatsdisziplin zu unterwerfen. Dennoch ergriff der Reichskanzler in dem eskalierenden Streit zwischen dem Reichsminister und seinem Gauleiter schließlich die Partei Streichers und veranlaßte Seldte, klein beizugeben.⁴ Hitler fand offenbar Gefallen an dem draufgängerischen Rabaukentum des „Frankenführers“. Doch war es das nicht allein. Konrad Heiden sah in seiner Biographie Hitlers im Jahre 1936 das Geheimnis der Stellung Streichers darin, daß er von allen Parteiführern der einzige gewesen sei, der „Mein Kampf“ ganz ernst genommen habe. Weiter stellte er fest, daß der Nürnberger Gauleiter mehrfach Rollen übernommen habe, die Hitler als Regierungschef und seit 1934 als Staatsoberhaupt aus taktischen Gründen nicht mehr auszufüllen imstande war.⁵ Das erwies sich insbesondere bei der ersten drohend-gewalttätigen Aktion gegen die deutschen Juden, dem sogenannten „Judenboykott“ vom 1. April 1933. Weder [266:] Hitler selbst konnte dessen Führung übernehmen, noch der eben zum Propagandaminister berufene Reichspropagandaleiter der NSDAP, Josef Goebbels, um sich nicht vor dem Ausland zu belasten. So war die von Hitler während eines Aufenthalts in Berchtesgaden getroffene Wahl für die Anführerschaft auf ein eigens geschaffenes „Zentralkomitee“ gefallen, dem Streicher vorstand. Dieser rechnete sich den Auftrag zur Ehre an, obwohl er außer der Verabschiedung aufhetzend-verlogener Erklärungen und der Abzeichnung organisatorischer Weisungen nichts zu tun hatte. Praktisch waren es die Ernst Röhm und Heinrich Himmler unterstellten Einheiten der SA und SS, welche die Aktion gegen jüdische Geschäftsinhaber, Rechtsanwälte, Steuerberater, Ärzte und andere Einrichtungen durchführten.

Streicher erhielt in den ersten Jahren der faschistischen Diktatur wiederholt Zeichen und Beweise des besonderen Ansehens, das er bei Hitler genoß. Das geschah während der in Nürnberg stattfindenden Reichsparteitage und auch, als der „Frankenführer“ seinen fünfzigsten Geburtstag feierte. Der „Führer“ kam am 13. Februar 1935 eigens herbeigereist, um den alten Kampfgefährten zu ehren, „der keine Sekunde wanke und in jeder Lage unbeirrbar hinter ihm stehe“.⁶ Und Streicher mußte es ebenso als eine Auszeichnung empfinden, daß er wenige Monate später, am 15. August, in einer lange und in großer Aufmachung angekündigten Rede im Berliner Sportpalast – seit 1933 war dies sein erster Auftritt in der Reichshauptstadt – zu Tausenden von Anhängern sprechen durfte. In der Halle prangten Losungen wie „Frauen und Mädchen, die Juden sind euer Unglück“ und „Ohne die Lösung der Judenfrage keine Erlösung“. Der „Antisemit Nr. 1“ erklärte, die schwerste Arbeit in der „Judenfrage“ würde erst jetzt beginnen.⁷

Auch außerhalb von Reichsparteitagen verstand es Streicher an seinem Gausitz, sich Hitler immer wieder gefällig zu erweisen. Als in Nürnberg im September 1937 eine Brücke eingeweiht wurde,

³ BAK, R 43 II, Bd. 14820, Bl. 105 ff.

⁴ Hitler empfing am 22. September 1933 in dieser Sache eigens Minister Seldte. BAK 43 II, Nr. 1162 b, Bl. 25.

⁵ Konrad Heiden: Adolf Hitler. Das Leben eines Diktators, Zürich 1936, S. 407.

⁶ IMT, Bd. V, S. 135 und Bd. XXXVIII, S. 115.

⁷ Zur Einordnung dieses Auftritts in die Vorgeschichte der Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 vergl. Kurt Pätzold: Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus (1933-1935), Berlin 1975, S. 235.

erhielt sie in antisemitischer Absicht den Namen „Wilhelm-Gustloff-Brücke“. Die Namensgebung erfolgte nach dem Landesleiter der NSDAP in der Schweiz, der von einem verzweifelten jungen Juden ein Jahr zuvor erschossen worden war. Streicher hielt die Rede bei der Einweihung des Bauwerks.⁸ Er erklärte die Tötung Gustloffs zu einem Fall von „Ritualmord“ und behauptete, der Weg des jüdischen Volkes durch die Jahrhunderte sei durch Mord und Massenmord gekennzeichnet.⁹

Auf seine besonderen Beziehungen zu Hitler hat Streicher dann jedoch zu lange und zu sicher gesetzt. Anfang 1940 war seine Stellung unhaltbar geworden. Großmannssucht und Eigenmächtigkeiten, welche die Regeln [267:] der Hierarchie und des Zusammenwirkens im Nazistaat verletzten, sowie Teilnahme, Billigung und Duldung von Raubzügen am jüdischen Eigentum auf eigene und lokale Rechnung brachten es dahin, daß unter Führung Hermann Görings Streichers Sturz betrieben und schließlich ein Verfahren gegen ihn vor dem höchsten Parteigericht eingeleitet wurde. Der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen gebracht hatte, war eine abfällige Äußerung Streichers über Görings Zeugungsvermögen gewesen. Der ehemalige Reichsmarschall rühmte sich noch im Nürnberger Gefängnis gesprächsweise seines Verdienstes, den fränkischen Gauleiter ausgeschaltet zu haben. Besonders schwierig sei es gewesen, Hitler davon zu überzeugen, die Amtsenthebung vorzunehmen.¹⁰ Doch mußte auch der „Führer“ schließlich einsehen, daß der weitere Verbleib seines alten Gefolgsmanns auf dem hohen Posten in der „Stadt der Reichsparteitage“ für das Ansehen der Nazipartei wie des Staates nur Nachteile zeitigte.

Die Episode, die zu Streichers Sturz führte, wirft ein grelles Licht sowohl auf diesen Angehörigen der angeblich auserlesenen Rasse als auch auf das ganze Regime und dessen Funktionsweise. Die Zusammensetzung der Sonderkommission, die im Februar 1939 zu mehrtägigen Untersuchungen nach Nürnberg entsandt wurde und die Praktiken der „Arisierung“ in der „Stadt der Reichsparteitage“ zu überprüfen hatte, wies auf ein abgestimmtes Vorgehen Himmlers und Görings hin. Vorsitzender der dreiköpfigen Gruppe war Obersturmbannführer Josef Meisinger aus dem Hauptamt Sicherheitspolizei, der zu jenen skrupellosen nazistischen Geheimpolizisten gehörte, die an der Seite von Himmler und Heydrich ihre Karriere 1933 in München begonnen und dann in der Gestapo-Zentrale in Berlin fortgesetzt hatten. Schließlich brachte er im Kriege bis zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei im Distrikt Warschau.

Meisinger war zuvor bereits an dem Schurkenstück beteiligt gewesen, mit dem der Oberbefehlshaber des Heeres, Werner Freiherr von Fritsch, von seinem Platz vertrieben wurde. Streicher bedeutete für ihn vergleichsweise einen leichteren Fall. Meisinger und den beiden Sachverständigen vom Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministerium, die Göring angefordert und abgeordnet hatte, bereitete der Nachweis keine Mühe, daß sich der Gauleiter schamlos durch den zu einer lächerlichen Summe vollzogenen Kauf von Aktien einer „arisierten“ Firma, deren Eigentümer im Konzentrationslager um sein Leben bangen mußte, bereichert hatte.¹¹ Der Auftrag der Kommission bezog sich im Kern darauf, festzustellen, wer der Reichskasse, die infolge der rasant steigenden Rüstungsausgaben permanent überfordert war, welche Gelder entzogen hatte. Doch Meisinger beließ es dabei [268:] nicht. Sein Bericht schloß Informationen über Herrschaftsstil und Lebenswandel Streichers ein. Die Rede war nicht nur von Verschleierungsversuchen, zu denen der verlangte und erfolgte Selbstmord eines Komplizen und Gehilfen gehörte. Berichtet wurde auch von des Gauleiters großzügig ausgehaltenen Konkubinen samt deren Anhang, seinen wiederholten ekelhaften Auftritten als Sexualprotz sowie seiner gewalttätigen Willkür.¹²

⁸ IMT, Bd. V, S. 113.

⁹ So nach dem Bericht der „Fränkischen Tageszeitung“, 5. September 1937. Zitiert in: IMT, Bd. XXXVIII, S. 112 f.

¹⁰ Nürnberger Tagebuch von G. M. Gilbert, Ph. D. Ehemaliger Gerichts-Psychologe beim Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher. (zuerst: 1947), Frankfurt a. M. 1962, (künftig: Gilbert-Tagebuch), S. 119 f.

¹¹ Streicher hatte auf diese Weise ein Aktienpaket für 5600 RM erworben, das tatsächlich einen Wert von 112.500 RM darstellte. IMT, Bd. XXV III, S. 141.

¹² IMT, Bd. XXV III, S. 146 u. 148.

Ob Hitler sich je in den dickleibigen Kommissionsbericht¹³ vertieft hat oder sich lediglich die wesentlichen Untersuchungsergebnisse vortragen ließ, ist unbekannt. Übergehen konnte er sie nicht. Am Ende ihrer Arbeit hatten die Beauftragten zudem geschrieben, daß sich die Schlußfolgerungen „nicht allein gegen die in nachgeordneter Stellung befindlichen Persönlichkeiten richten“ dürften.¹⁴ Dennoch geschah zunächst über Monate hinweg nichts, und dies kann nicht allein Hitlers Inanspruchnahme durch die militärischen und diplomatischen Maßnahmen der Kriegsvorbereitung geschuldet gewesen sein. Dann aber hatte der „Führer“ Streicher im Herbst 1939 ein Redeverbot auferlegen müssen, nachdem sich dieser öffentlich abfällig über die Leistungen der kommandierenden Militärs während des Ersten Weltkriegs geäußert hatte. Anfang 1940 trat schließlich eine Kommission von sechs Gauleitern zusammen, die sich als Parteigericht konstituierte und sich mit den gegen Streicher gerichteten Vorwürfen befaßte. Erst daraufhin entthob Hitler den treuen Paladin seines Amtes als Gauleiter, beließ ihm aber diesen zweithöchsten Parteirang. Das war ein Zeichen ausgesprochener Nachsicht, das dem Gestürzten ein Jahr später geradezu als Großmut erscheinen mußte. Da nämlich jagte der „Führer“ wegen eines vergleichsweise läppischen Vergehens den Gauleiter von Westfalen-Süd gnadenlos vom Thron.

Streicher war glimpflich davongekommen. Er erblickte in seinem Sturz auch nicht Hitlers Werk, sondern einzig das seiner Feinde. Mit einem der beiden, Göring, mußte er schließlich die erste Reihe der beiden Anklagebänke in Nürnberg beziehen. Damals wäre ihm sogar die Verhaftung angedroht worden, klagte er übertreibend noch vor Gericht.¹⁵ In Wahrheit hatte Meisinger, um rascher zum Ziel seines Auftrags zu kommen, einzig einen Handlanger des „Frankenführers“ kurzzeitig hinter Schloß und Riegel gesetzt und ihn dadurch geständig gemacht.

Der Entschluß, Streicher seines Postens zu entheben, dürfte Hitler doppelt schwer gefallen sein. Zum einen verletzte dies den bislang streng durchgehaltenen Grundsatz, die Autorität des Führerprinzips nicht durch Auswechslungen innerhalb der Führerschaft zu schwächen, auch nicht durch [269:] solche auf regionaler Ebene.¹⁶ Zum anderen schätzte er seinen Paladin in Nürnberg als den fanatischsten Judenhasser in der NSDAP-Führerschaft. Daher wurde der Gauleiter, alles Aufsehen vermeidend, abgelöst. Hitler ernannte keinen Nachfolger, sondern ließ den bisherigen Stellvertreter die Geschäfte führen. Er entfernte Streicher nicht einmal aus dem Gau. Der entmachtete „Frankenführer“ durfte vielmehr auf sein Bauerngut Pleikershof bei Kadolzburg ziehen, das nur 30 Kilometer von Nürnberg entfernt war, und behielt zudem Chauffeur und Sekretärin. Jedweder Einmischung in die Politik im Gaugebiet hatte sich der „alte Kämpfer“ künftig aber zu enthalten. Streicher befolgte diesen Befehl strikt. Vom Pleikershof, auf dem ein Verwalter den Arbeitseinsatz von französischen Kriegsgefangenen und Fremdarbeiterinnen organisierte¹⁷, kehrte er in den folgenden mehr als vier Jahren nicht ein einziges Mal an seinen Amtssitz zurück, in dem er sich wie ein absoluter Monarch aufgeführt hatte.

¹³ Er wurde in vollem Wortlaut zu einem offiziellen Dokument des Nürnberger Gerichtshofes. IMT, Bd. XXV III, S. 55 ff.

¹⁴ IMT, Bd. XXVIII, S. 23.

¹⁵ IMT, Bd. XII, S. 358.

¹⁶ Eine Ausnahme bildete Gauleiter Josef Wagner, der eine Zeit lang zu den einflußreichsten Politikern (er leitete in Personalunion die Gaue Westfalen-Süd und Schlesien, war Oberpräsident der Provinz Schlesien und seit 1938 Reichskommissar für die Preisbildung) in dieser Gruppe gehört hatte. Die Auseinandersetzung, die im Zusammenhang mit der Forderung nach einer katholischen Trauung seiner Tochter mit einem SS-Offizier aus Hitlers Leibstandarte entstand, führte 1941 zu seinem vollständigen Sturz und 1942 zum Ausschluß aus der NSDAP. S. Peter Hüttenberger: Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969 (= Schriftenreihe der VfZ, 19), S. 208 f. Demgegenüber wurde der Gauleiter der märkischen Ostmark und Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Wilhelm Kube, der vor dem Kriege seiner Posten entthoben worden war, von Hitler 1941 als Untergebener Rosenbergs zum Generalkommissar in Weißruthenien (Weißrußland) ernannt. In Minsk endete seine zweite Karriere vorzeitig durch ein Bombenattentat der Widerstandskämpfer. Wagners Spur hingegen verliert sich in Gestapo-Haft, in die er nach dem 20. Juli 1944 genommen wurde.

¹⁷ Nach den Angaben von Streichers Ehefrau arbeiteten auf dem Hof 8 Franzosen, eine Polin und eine Slowenin. Zu ihnen hätte ein herzliches Verhältnis bestanden. Es sei, als Streicher mit ihr vor den herannahenden Truppen der Alliierten den Ort verließen, zu einem „tränenreichen“ Abschied gekommen. IMT, Bd. XII, S. 425.

Er hätte, sagte er bei seinen Vernehmungen durch amerikanische Offiziere, auch niemanden sehen wollen.¹⁸

In der Führungsgruppe des Regimes war der gestürzte Gauleiter bald vergessen. Dieses Los hätte ihn, dessen Ansehen bei den meisten nie hoch im Kurs gestanden hatte, wohl auch getroffen, wenn der Krieg nicht aller Aufmerksamkeit immer mehr und schließlich total in Anspruch genommen haben würde. Einzig Hitler entsann sich ab und an des vergleichsweise ruhig und bequem lebenden Weggenossen. An einem der langen Winterabende im „Führerhauptquartier“ in Ostpreußen kam er in der Tischrunde auf Streicher zu sprechen. Die Art und Weise, in der er das tat, machte deutlich, daß er mit seinem Entschluß, den „Frankenführer“ aus Nürnberg zu verweisen, innerlich völlig auf Kriegsfuß stand. Der Stenograph notierte sich: „Eines steht außer Zweifel: Einen vollgültigen Ersatz für Streicher haben wir nicht!“ Es gäbe keine „so vollblütige Gestalt wie ihn“. An diesen Mann dürfe man nicht den Maßstab eines Verwaltungsbeamten anlegen. Die anderen Gauleiter seien zu ihm, Hitler, gekommen, um sich für einen „Gnadenakt“ für Streicher einzusetzen. Zwar solle Streicher nicht zurückkommen, aber „ich muß ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen“. Gegenüber dem Nürnberger Gauleiter habe er „ein schlechtes Gewissen“, denn die Gründe, die zur Entlassung geführt haben, seien „kleinlich“ gewesen. Andeutungsweise nur redete er von der Rolle von Frauen bei der „Tragödie“ und sagte schließlich, die Zeit nach dem „Endsieg“ im Blick: „Es ist unmöglich, daß ich einen Parteitag in Nürnberg abhalte, und der Mann steht beiseite, der Nürnberg der Partei erobert hat.“¹⁹

[270;] Für Hitler bedurfte es in seinem fernen Hauptquartier keines besonderen Anlasses, sich Streichers zu erinnern. Denn er hatte ihn auf dem Posten belassen, der ihn über Deutschlands Grenzen hinaus mehr bekannt gemacht und seinem Namen einen berüchtigten Beiklang gegeben hatte, als seine Rolle als regionaler Naziführer. Streicher gab nach wie vor die Wochenzeitung „Der Stürmer“ heraus, das unsägliche Hetzblatt der braunen Antisemiten. Es gehörte zu Hitlers Lektüre. In den Spalten des Blattes fand er wiederholt, ausgemalt, bebildert, in Karikaturen dargestellt, was er selbst in seinem Buch „Mein Kampf“ diffamierend und aufhetzerisch niedergeschrieben hatte. Kein Thema fehlte da, auch nicht die längst auf ihre Fälscher zurückgeführten „Protokolle der Weisen von Zion“. Hitler kam auf den „Stürmer“ und dessen Herausgeber mehrfach lobend zu sprechen, als die ersten Deportationszüge mit jüdischen Opfern aus dem Reich „nach dem Osten“ fuhren. Ausdrücklich bekannte er sich zu dem Blatt, das einen [271:] infamen, mit Vorliebe pornographischen Journalismus praktizierte. In Wort und Karikatur wurden die jüdischen Männer und Jünglinge im „Stürmer“ als skrupellose Verführer, Schänder und Vergewaltiger „arischer“ Frauen und Mädchen hingestellt. So trug die Zeitung dazu bei, nazistische Denunzianten zu aktivieren und sie, schon vor dem Erlaß der „Nürnberger Gesetze“, auf die Spur „rassenschänderischer“ Beziehungen zu setzen. Auf diese Weise spornte sie dann die Gerichte an, Juden zu verfolgen und zu verurteilen. Derart hetzte sie den braunen Pöbel auch gegen Nichtjuden, die sich den Forderungen und Weisungen der Antisemiten nicht beugten. Hitler hatte das alles gefallen. So behauptete er bei Tische das eine Mal, Streicher habe die Juden „nicht verzerrt“²⁰, ein anderes Mal gar, er habe sie „zeichnerisch idealisiert“.²¹ Er nannte die Zeitung Streichers rundheraus auch „blutrünstig“.²² Doch stimmte er ausdrücklich einem Urteil Dietrich Eckarts, seines Mentors aus frühen Jahren, zu, der ihm einmal gesagt habe: „wenn man den Nationalsozialismus will, muß man Streicher gutheißen“.²³ „Stürmer“-lesend mag Hitler gelegentlich der Gedanke gekommen sein, einen Beauftragten nach dem „Verbannten“ sehen zu lassen. Doch beschränkten sich die Visiten über alle Jahre auf zwei. Und erst 1944 erschienen kurz hintereinander am 7. Mai Robert Ley und am 4. Juni Josef Goebbels, um sich nach Streichers Befinden und auch

¹⁸ Diese und die weiteren Angaben über die Jahre 1940 bis 1945 entstammen den Vernehmungsprotokollen Streichers, der vor Beginn des Prozesses zwischen dem 1. September und dem 6. November 1945 den ermittelnden Offizieren mehrfach vorgeführt wurde. Bundesarchiv Koblenz, Allg. Prozesse 2FC, Nr. 6163P, Rolle 11.

¹⁹ Adolf Hitler: Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims. Hg. v. Werner Jochmann, München 1982, S. 158 ff. (Aufzeichnung vom 28./29. Dezember 1941).

²⁰ Ebenda, S. 293 (Aufzeichnungen vom 22. Februar 1942. An dem Tage war Himmler im Hauptquartier zu Gast).

²¹ Ebenda, S. 158 (Aufzeichnung vom 28./29. Dezember 1941).

²² Ebenda, S. 292 (Aufzeichnung vom 22. Februar 1942).

²³ Ebenda, S. 158 (Aufzeichnung vom 28./29. Dezember 1941).

nach seinen Wünschen zu erkundigen.²⁴ Während einer Vernehmung als Gefangener erklärte Streicher am 6. November 1945, diese Besuche seien Ausdruck dafür gewesen, daß Hitler ihn „als Menschen“ gemocht habe.²⁵ Irgendwelche Anliegen hätte er ins Führerhauptquartier jedoch nicht übermitteln lassen. Durch den Propagandaminister habe er Hitler, den er zum letzten Mal im Dezember 1938 bei einem gemeinsamen Besuch der Haftstätte Landsberg am Lech gesehen hatte, ein weiteres Mal seine unwandelbare Treue bekundet. Und dem Gerichtspsychologen erzählte er in Nürnberg, er habe Hitler bestellen lassen, er wolle „neben“ ihm sterben, „im Falle, daß eine Katastrophe über das Vaterland hereinbrechen sollte“.²⁶ Jedenfalls brauchten Himmler und Kaltenbrunner nach dem zwei Monate später erfolgten Attentat auf Hitler nicht zu prüfen, ob Streicher mit den Tätern in irgendeiner Verbindung gestanden hatte.

Seine einstigen Mitführer, die mit der Ausnahme von Hans Fritzsche, eines leitenden Mitarbeiters des Propagandaministeriums, im Regime sämtlich auf höherer Rangstufe standen als er selbst, sah Streicher erst wieder, als ihr gemeinsamer Weg auf die Anklagebank und in jenen Gerichtssaal führte, der einzig ihm aus früheren Zeiten schon bekannt war. Nun wurde die Haltung der meisten zu ihm noch distanzierter. Sie äußerte sich in offenen [272:] Zeichen der Verachtung, die sich noch verstärkten, als Streichers Verteidigungsstrategie erkennbar wurde. Jodl blickte mit dem Dünkel der hochgeschulten Militärkaste auf den „Volksschullehrer“ herab, den er zu einer Gruppe zählte, die in Bayern nur der verlängerte Arm der Dorfgeistlichen [273:] gewesen wäre. Dönitz äußerte seinen Ekel. Schacht nannte ihn einen „Wurm“. Frank sprach von einem „widerlichen“ und „minderwertigen“ Kerl.²⁷ Diese Haltung entsprang, mit der Ausnahme Franks, der seinen Anteil am Judenmord nicht leugnen konnte, in allen Fällen auch der Absicht, die eigene Person von Judenverfolgung und -ausrottung so weit wie möglich abzuheben und sich nicht nur als unbeteiligt, sondern auch als vollkommen unwissend auszugeben. Jedenfalls erlebte Streicher, daß ihn die Mitangeklagten „schnitten“ und als einen Aussätzigen behandelten. Als er nach seinem Auftritt im Zeugenstand zur Anklagebank zurückkehrte, kehrten sie ihm den Rücken zu.²⁸

Der Mann, der als „Antisemit Nr. 1“ in die Doppelreihe der Angeklagten geraten war, legte seinen Versuch, der Verurteilung zu entkommen, zweigleisig an. Zum einen operierte er mit der Tatsache, daß er seit dem Februar 1940 nicht einmal mehr regional über Entscheidungsbefugnisse verfügt hatte. Zum anderen erzählte er dem Gericht die Legende von seinem Antisemitismus, der im „Dritten Reich“ so etwas wie ein Unikat gewesen sein sollte. Seine Absetzung vom Posten des Gauleiters diene dem Angeklagten dazu zu beteuern, daß er mit der Deportation und der Vernichtung der Juden nicht das geringste zu tun gehabt hätte. Er habe von der „Endlösung der Judenfrage“ in den Vernichtungslagern nichts gewußt und wäre, hätte man ihn befragt, deren Gegner gewesen. Mehr noch: Streicher war dreist genug, die Tatsache, daß seine Meinung beim Schritt von der Vertreibung zur Vernichtung der Juden nicht eingeholt worden war, als Beweis dafür anzubieten, daß die für den Judenmord Verantwortlichen seine ablehnende Haltung im voraus gekannt haben würden.

Auch damit nicht genug. Streicher lehnte selbst für die frühen Stufen der Judenverfolgung jede Mitverantwortung ab. Von der Verabschiedung der Nürnberger Gesetze am 15. September 1935, woran er als Mitglied des Reichstags teilgenommen hatte, sei er überrascht worden.²⁹ Diesen Schritt habe er noch gutgeheißen, mit ihm aber die „Judenfrage“ im Inland als gelöst angesehen. Das sollte nun freilich nicht heißen, daß der „Stürmer“-Herausgeber die Juden weiter in Deutschland wohnen und leben lassen wollte. Jedoch, so seine Darstellung, wären alle weiteren Schritte gegen die Juden Sache künftiger internationaler Vereinbarung gewesen. Zu diesem Zweck habe er die Antisemiten über Staatsgrenzen hinweg in einer „Internationale“ organisieren wollen.

²⁴ So nach den Angaben von Adele Streicher. IMT, Bd. XII, S. 423.

²⁵ Wenn nicht anders ausgewiesen, stammen Zitate aus den Vernehmungen Streichers vor Prozeßbeginn aus: BAK, Allg. Prozesse, 2 F FC 6172, Rolle 21.

²⁶ Gilbert-Tagebuch, S. 16.

²⁷ Gilbert-Tagebuch, S. 293, 295, 297.

²⁸ So Beobachtungen des Gerichts-Psychologen. Gilbert-Tagebuch, S. 14, 120, 296.

²⁹ IMT, Bd. XII, S. 343.

Auf gleichem Niveau befanden sich Streichers Erklärungen zu ihn belastenden einzelnen Tatsachen: Den am 10. August 1938 erfolgten Abriß der sich im Nürnberger Zentrum befindenden Hauptsynagoge habe er nur des-[274:]halb vornehmen lassen, weil das Gebäude das Stadtbild störte. Aus dem gleichen Grunde sei in nahen München auch eine evangelische Kirche niedergerissen worden. Den Pogrom vom 9./10. November 1938 hätte er vom „deutschen“ Standpunkt aus zwar als berechtigt, von seinem antisemitischen aus aber als falsch angesehen, deshalb abgelehnt und an seiner Durchführung nicht teilgenommen. Als Goebbels im Münchener Bierkeller die aufhetzende Rede hielt, auf die hin die SA-Führer die Anweisungen zur Auslösung der Gewaltakte gaben, hätte er sich bereits auf der Heimreise befunden. Er sei auch nicht mit in Aktion getreten, als ihn der Nürnberger SA-Führer nächstens in seiner Wohnung aufgesucht und von dem Vorgehen unterrichtet hätte. Mit den folgenden Verhaftungen von Juden und deren Transport in das Konzentrationslager habe er ebenfalls nichts zu tun gehabt. Dies sei Sache der Politischen Polizei gewesen, die ihre Befehle nicht von ihm, sondern von Himmler erhielt. Daher wisse er auch nicht, wieviel Juden damals aus Nürnberg verschleppt wurden. Und überhaupt könne er sich an Einzelheiten nicht erinnern. Von den Greueln des Regimes, begangen an politischen Gegnern, an Juden und weiteren Menschengruppen, wollte Streicher während all der Jahre der Naziherrschaft nichts gehört, sondern erst nach seiner Gefangennahme im Lager Mondorf in Luxemburg erfahren haben.

Als die Rede auf die Maßnahmen der „wilden Arisierungen“ kam, die er und seine Komplizen ungeübt und zum durchsichtigen Zweck eigener Bereicherung betrieben hatten³⁰, so daß sie selbst von der obersten Führung kritisiert worden waren, bemerkte Streicher, er habe sie wieder rückgängig machen lassen. Er sei „innerlich nicht für die Arisierung“ gewesen.³¹ Mit den 1941 einsetzenden Deportationen der „Juden“ nach dem Osten habe er gar nichts zu tun gehabt.³² Und so weiter ad infinitum, hätte ihn der Gerichtsvorsitzende nicht in seinem Redefluß gelegentlich gestoppt.

Streicher stellte sich als ein um das öffentliche Wohl bemühter Landesvater der Franken hin, suchte jedoch gleichzeitig die Tatsache auszubeuten, daß ihm im Unterschied zu den meisten anderen Gauleitern direkte staatliche Macht nicht gegeben worden war. Im südlichsten Land des Reiches hatte Hitler nur einen Stellvertreter vor Ort benannt und zu seinem Reichsstatthalter gemacht. Die Wahl war auf Franz Ritter von Epp gefallen, und dessen Residenz befand sich in München. Diese Konstellation änderte freilich nichts an dem Gewicht, den Streichers Befehle in den Grenzen des Gaus Franken auch für die meisten Dienststellen des Staates besaß.

So verriet Streichers Hinweis auf das fehlende Amt mehr über den Versuch, die Spuren zu verwischen, und den Wunsch, vor den Vernehmenden und [275:] dann vor dem Gericht die eigene Stellung und Machtfülle zu verkleinern, als über tatsächliche Geschehnisse. Wie andere Angeklagte auch, verzichtete er dafür nicht auf die nebensächlichste und im Kontext der Beschuldigungen lächerlichste Anmerkung. Er sei, vermerkte er in seinem Fragebogen, nie Mitglied der SA gewesen. Doch konnte er nicht verschweigen, daß ihm 1934 der höchste zu vergebende SA-„Ehrenrang“, der eines Obergruppenführers, verliehen worden war.

Indessen: das Schwergewicht der gegen Julius Streicher erhobenen Anklage lag auf der Tatsache, daß dieser Mann einer der einflußreichsten intellektuellen Urheber eines Massenmordens ohne geschichtliches Beispiel gewesen war. Nicht einzelne seiner Taten und Verhaltensweisen wurden ihm vorgehalten, sondern sein Schlüsselbeitrag zur Aufhetzung von Millionen von nichtjüdischen Deutschen. Ohne dessen Wirkung konnte nicht erklärt werden, was den Juden Europas im Zeichen des Hakenkreuzes geschehen war. Streicher verstand das selbstredend. Es war eher ein Kuriosum unter den Maßnahmen der Prozeßvorbereitung gewesen, daß auf einen sowjetischen Antrag hin, dem sich die Vertreter der anderen Mächte anschlossen, der Gefangene einer Ärztekommision vorgestellt wurde, die ihn auf seinen Geisteszustand zu untersuchen hatte. Das Resultat war rasch ermittelt. Streicher

³⁰ Ebenda, S. 369 f.

³¹ Ebenda, S. 386.

³² Ebenda, S. 381.

war geistig gesund und imstande, nicht nur den Verhandlungen zu folgen, sondern sich auch zu seiner eigenen Biographie zu äußern.³³

Tatsächlich erwies sich Streicher vor Gericht durchaus als fähig, im Rahmen seiner nicht sehr großen Möglichkeiten, sich auf jenem zweiten Gleis seiner Verteidigungsstrategie zu bewegen. Er habe nicht, wie die Anklage behauptet, gegen die Juden gehetzt und Haß gegen sie geschürt, sondern Aufklärung betrieben, auf wissenschaftlicher Basis und zugleich in der volkstümlichsten Weise. Der einstige Volksschullehrer, dem das Kaiserreich die damals für diesen Beruf als ausreichend betrachtete dürftige Ausbildung gegeben hatte, suchte sich bei jeder Gelegenheit als Forschergeist hinzustellen, der den Zusammenhängen der Welt auf den Grund habe kommen wollen. So gab er an, die Reisen, die ihn 1936 und 1938 nach Italien führten und während der er auch von Mussolini empfangen worden war, zum Zwecke des Studiums unternommen zu haben.³⁴ Selbst außerhalb des Prozesses ließ Streicher keine Gelegenheit aus, sich als der Fachmann in Sachen Juden und Judentum hinzustellen. Besucher aus dem Kreis des Gefängnis- und Gerichtspersonals, die seine Zelle betraten, überfiel er mit seinen „Erkenntnissen“. So behauptete er, der einzige auf der Welt zu sein, der „die jüdische Gefahr als ein historisches Problem er-[276:]kannt“ habe. Der Gerichtspsychologe, der das hörte, vermochte diese Tiraden nicht länger als fünfzehn Minuten auszuhalten.³⁵

Von seinen Auftritten als Redner in den ersten Jahren nach dem Krieg an stellte sich Streicher als ein „Wahrheitsfanatiker“³⁶ dar. Ein solcher wäre er geblieben bis hin zu seinen letzten Äußerungen im Wochenblatt „Der Stürmer“, das im totalen Krieg alle Maßnahmen der Ersparnis von Arbeitskräften und Rohstoffen überstanden hatte. Aufklärender Schriftsteller sei seine hauptsächliche und eigentliche Tätigkeit gewesen.³⁷ Zu ihr bekenne er sich, freilich in anderem Sinne als sie von seinen Anklägern dargestellt würde.

Von einem wollte der fränkische Gauleiter, der glaubte, den Schlüssel zum Verständnis aller Weltgeschichte zu besitzen, nichts gehänt haben: daß in Deutschland aufgerüstet wurde, um einen Eroberungskrieg zu beginnen. Er habe zwar eigene Vorstellungen über den „Lebensraum“ gehabt, aber diese nie mit dem Gedanken an Krieg verbunden, versicherte er während seines ersten Verhörs nach seiner Gefangennahme.³⁸

Dieser Sicht auf sein Wirken gab Streicher vor Gericht obendrein eine bis zur Peinlichkeit irrationale Färbung. Er stellte sich als ein Berufener dar, den geheimnisvoll-unerkennbare Kräfte auf seinen Platz gestellt und in seine Rolle gedrängt hätten. „Schicksal“, „schicksalhaft“ – mit diesen und verwandten Worten suchte er den Juristen ein geradezu glorioses Bild seines Weges zu geben. Er präsentierte sich vor ihnen in langatmigen, vom Gericht und auch von seinem Verteidiger mehrfach unterbrochenen Reden als Denker und Seher. Wieder und wieder setzte er an, um unter Berufung auf Judenfeinde und Antisemiten verschiedenster Zeiten und unterschiedlichster Herkunft, deren Sprüche er sich angelesen und in seiner Zeitung verbreitet hatte, sein Welt- und Geschichtsbild zu Gehör zu bringen. So ist nahezu unentscheidbar, was mehr Verwunderung erzeugen kann, die dreiste Borniertheit des Angeklagten oder der nahezu stoische Langmut des Gerichts.

Die Richter und Staatsanwälte forschten nach dem Wirken Streichers, während sie der frühe Werdegang dieses Volksaufhetzers nur marginal interessierte. Streicher hatte, obgleich er natürlich Hitlers Selbstdarstellung über seinen Weg zum Antisemiten kannte, sich keine vergleichbar ausgeschmückte Geschichte zurechtgelegt. Ohne Details berichtete er über die ersten dreieinhalb Jahrzehnte seines Lebens.³⁹ Erst spätere Erhebungen von Historikern vermochten davon ein – keineswegs scharfes – Bild zu geben.

³³ IMT, Rd. I, S. 167, 169 f.

³⁴ Fragebogen, den Streicher am 19. Oktober 1945 auszufüllen hatte.

³⁵ Gilbert-Tagebuch, S. 15.

³⁶ IMT, Bd. XII, S. 337.

³⁷ In den Fragebogen (S. Anm. 35) trug er als Tätigkeit „Gauleiter/Schriftsteller“ ein.

³⁸ BAK, 2FC Allgemeine Prozesse, Nr. 6163P, Rolle 11, Vernehmung vom 1. September 1945.

³⁹ Streichers eigene Angaben über seinen Lebenslauf während des Nürnberger Prozesses s. IMT, Bd. XII, S. 334.

Julius Streicher war am 12. Februar 1885 als das 9. und letzte Kind eines Volksschullehrers in Fleinhausen bei Augsburg, im schwäbischen Teil Bay-[277:]erns, geboren worden.⁴⁰ Die soziale Rolle des Vaters wurde nicht nur für dessen jüngstes Kind prägend. Drei Söhne und eine Tochter der Familie ergriffen später den Lehrerberuf und zwei weitere Töchter verheirateten sich mit Schulmeistern. Die Volksschule besuchte Streicher in Asch bei Kaufbeuren so erfolgreich, daß er 1898 in die Lehrerbildungsanstalt in Lauingen in Schwaben eintreten konnte. 1903 bestand der Achtzehnjährige das Abschlußexamen und erhielt ein Zeugnis, das keinerlei besonders hervorstechende Leistungen aufwies. In Mathematik wurde ihm „nahezu ungenügend“ attestiert.⁴¹ Doch hatte er damit die Befähigung erworben, Kinder an einer Volksschule zu unterrichten. Anfänglich arbeitete er als „Springer“ in mehreren kleinen Ortschaften seiner engeren Heimat, in der er erkrankte Lehrer zu vertreten hatte. Dann folgten Versetzungen nach Akams, Wiggenbach und Lauingen, sämtlich an Schulen in seiner Allgäuer Heimat.

1907 rückte er zur kaiserlichen Armee ein. Dort leistete er den verkürzten Wehrdienst der sogenannten Einjährig-Freiwilligen ab, von dem Hitler später schrieb, er sei vielleicht ein Fehler gewesen, weil er das Prinzip der Gleichheit durchbrach.⁴² Danach kehrte Streicher wieder nach Schwaben zurück und wurde „Schulverweser“ in Mindelheim. Doch bewarb er sich bald und mit Erfolg um eine Lehrerstelle an einer Simultanschule in Nürnberg, so daß er 1909 in eine der größten deutschen Städte übersiedeln konnte, die damals etwa 300.000 Einwohner zählte. Dort kam er mit dem proletarischen Teil der fränkischen Bevölkerung in Kontakt und gewann Eindrücke, die er später, als er sich auf das Feld der Politik begab, für sozialdemagogische Zwecke verwertete. Von der Massenabfertigung der Kinder, welche die obligatorischen Schulen besuchte, zeugt ganz nebenbei ein Visitationsbericht aus dem Jahre 1914. Er vermerkt, daß Streicher in einer Klasse mit 53 Schülern unterrichtete und das in einem Raum, der „niedrig, teilweise schlecht beleuchtet, unmittelbar an geräuschvollen Straßen gelegen“ war.⁴³

Über seinen geistigen Werdegang während dieser Zeit und der Jahre des Weltkriegs schwieg sich der sonst so redselige Streicher vor Gericht aus. Offenbar gab es darüber nichts Bemerkenswertes zu sagen. Streicher war in den ersten Jahren seiner Lehrtätigkeit in Konflikte mit eifrig über die Schule wachenden katholischen Geistlichen geraten. Doch ist nicht klar, ob diese aus Meinungsverschiedenheiten entsprangen, die sich auf den Inhalt der Schularbeit richteten, oder – was wahrscheinlicher zu sein scheint – dem charakterlichen Verhalten des jungen Lehrers geschuldet waren, der sich in Geschäfte, die als er als die seinen ansah, nicht hinein reden ließ. Streicher war, wie vor allem durch sein späteres Verhalten deut-[279:]lich zeigte, von herrsch- und streitsüchtiger Natur. Doch hatte sich das auch schon während seines Militärdienstes erwiesen, wo er mit einem Offizier wegen einer Nichtigkeit so aneinandergeraten war, daß er bestraft und mit dem Urteil bedacht wurde, für die Funktion eines Vorgesetzten von Soldaten ungeeignet zu sein.

Wert legte Streicher vor dem internationalen Tribunal aber darauf, seine Tätigkeit für eine „demokratische Partei“ zu erwähnen, obwohl eine Organisation dieses Namens vor dem Weltkrieg nicht existierte. Zu ihr sei er gestoßen, nachdem er sich in Nürnberg mit der sozialen Lage der Arbeitenden bekanntgemacht habe. Diese Bemerkung diene ihm wohl einzig dazu, den Bericht über eine Episode anzuknüpfen: Für diese Demokraten sei er als Agitator unterwegs gewesen und zwar in einem Auto, dessen Eigentümer ein Jude war. Das sollte – ähnlich einer Erzählung in Hitlers „Mein Kampf“ – den Eindruck erwecken, daß er gegen Juden als einzelne Personen keine Vorbehalte besessen habe. Nur eben habe er deren Rolle als Gemeinschaft, als „Rasse“ erkannt ...

Wie Hitler zog Streicher 1914 in einem bayerischen Regiment in den Weltkrieg, in dessen Verlauf er an den Fronten in Frankreich, Rumänien, Italien und gegen Kriegsende wieder in Frankreich eingesetzt wurde. Während sein späterer „Führer“ es in allen Jahren seines Soldatendaseins nur bis zum

⁴⁰ Nur einer seiner Brüder erreichte im Naziregime einen herausragenden Posten. Er war Schulrat in München.

⁴¹ Das Zeugnis s. Franz Pöggeler, S. 26 f.

⁴² Adolf Hitler: Mein Kampf, München 1942, S. 307.

⁴³ Franz Pöggeler, S. 43 f.

Gefreiten brachte, wurde der „gediente“ Lehrer Streicher mit diesem Rang bereits mobilisiert. Da im Kriege andere Kriterien als in Friedenszeiten galten, stieg er 1917 zum Reserve-Leutnant in einer Maschinengewehr-Abteilung auf. Ordengeschmückt, wie sein späterer „Führer“ mit den Eisernen Kreuzen beider Klassen dekoriert, mußte er nach Kriegsende zurück ins Zivilleben, das er sich fälschlich als Leben in einem größeren und mächtigeren Deutschland vorgestellt hatte. Nun wurde das Land von Revolution und Gegenrevolution erschüttert.

Als die Deutsche Demokratische Partei mit der Sozialdemokratie und der Zentrumspartei die erste Weimarer Regierungskoalition bildete, tat sich Streicher in anderen Regionen der Parteipolitik um. Noch während seines ersten Verhörs in Nürnberg am 1. September 1945 konnte er nicht darauf verzichten, die Anfänge seiner damals begonnenen Karriere auszuschmücken. Durch „rote Plakate“ aufmerksam geworden, habe er sich in revolutionäre Versammlungen begeben und dort festgestellt, daß die auftretenden Redner wieder und wieder Juden gewesen seien. Sogleich wäre er einem solchen Agitator entgegengetreten und habe, an die Arbeiter gewandt, erklärt, sie sollten sich nicht von diesen Angehörigen einer fremden Rasse führen lassen. Ihm sei von allen applaudiert worden. Doch sein [280:] Auftritt in der nächsten Versammlung, einer der Kommunisten, habe damit geendet, daß er von diesen verprügelt worden wäre. Nun habe er begonnen, eigene Veranstaltungen unter massenhaftem Zulauf abzuhalten und die Zuhörer über die jüdische Gefahr aufzuklären. Zum Judenfeind – diese Beteuerung erschien dem gefangenen Streicher besonders wichtig – sei er nicht durch Haß, sondern allein durch seine von ihm nicht näher erläuterte „Bestimmung“ geworden.⁴⁴

Streicher hatte in den Versammlungen der äußersten Rechten offenbar rasch gelernt. Inwieweit er auf den Inhalt jener Haß- und Rachepredigten, die er dort anhörte, vorbereitet und eingestellt war, ist schwer entscheidbar. Seiner eigenen Aussage zufolge war er bereits vor dem Krieg in Nürnberg gelegentlich vor der „Macht der Juden“ gewarnt und ihm geraten worden, sich vor ihr zu hüten. Als sicher kann gelten, daß er im katholischen Bayern während seiner Schulzeit mit den religiös motivierten Anklagen gegen die Juden bekanntgeworden war. Ferner ist sicher: die Texte von den an allem und jedem schuldigen Juden entsprachen und genügten seiner anspruchsarmen Denkweise.

Bald wurde er gewahr, daß derart aufputschende Reden nach dem Ersten Weltkrieg in Nürnberg allemal ihr Publikum fanden. Die Juden für Kriegsniederlage und Revolution verantwortlich zu machen, ihnen den Versailler Vertrag anzulasten, war die einfachste und bequemste Weise, die damalige Nachkriegswelt zu „begreifen“ und gegen sie zu protestieren. In sie wollte sich auch der demobilisierte Leutnant Streicher nicht schicken. Doch gedachte er nicht, in der bunten und sich formierenden republikfeindlichen Masse einfach mitzuschwimmen. Er trat in die Reihe derer, die zu Gewalt gegen die „Volksverräter“ anstachelten, die unter den Bezeichnungen „Rote“, „Bolschewiken“ und „Juden“ subsumiert wurden. Die Ähnlichkeit von Streichers Haltung und Entwicklung mit der des damals noch nicht demobilisierten Gefreiten Hitler, dessen Karriere im benachbarten München begann, ist augenfällig. Während sich Streicher aber aus eigenem Entschluß und aus gesicherter sozialer Position in das politische Getümmel des ersten Nachkriegsjahres stürzte, tat sein späterer „Führer“ dies auf Geheiß seiner militärischen Vorgesetzten und in dem Bewußtsein, daß er, der Gefreite und Berufslose, nicht dauernd in der Reichswehr würde bleiben können, seine Zukunft also aufs höchste ungewiß war. Wie Hitler schmückte auch Streicher die Berichte über seine Anfänge dramatisch aus und umkränzte sie früh mit Lorbeer. Jede Woche hätte er eine große Versammlung abgehalten und außerdem Diskussionen im kleinen Kreis geführt, rühmte er sich noch während eines Verhörs als Gefangener. Eitel [281:] wie er war, hatte er zur Herausstellung seiner Verdienste um den Aufstieg der NSDAP auch seine „Reden aus der Kampfzeit“ sammeln und drucken lassen.⁴⁵ Manche davon dienten 1945 der Anklagevertretung.

Für den Lehrer mochte der Schritt auf die Rednertribüne obendrein kürzer gewesen sein als für den „Architekturmaler“, der nicht wieder nach Postkarten-Vorlagen gezeichnete Bilder herstellen und

⁴⁴ BAK, Allgemeine Prozesse 2FC Nr. 6163P, Rolle 11, Verhör vom 1. September 1945.

⁴⁵ Julius Streicher: Kampf dem Weltfeind. Reden aus der Kampfzeit. Gesammelt und bearbeitet von Heinz Preiß, Nürnberg 1938.

verkaufen wollte. Wie Hitler in München war es auch Streicher in Nürnberg nicht schwer gefallen, politische Organisationen auszumachen, die seinem Geschmack entsprachen. Das schloß ein, daß sie einem Neueintretenden sofort Gelegenheit boten, sich in ihnen hervorzutun und Einfluß zu gewinnen. Streichers Sympathien galten zwei erst kürzlich entstandenen Zusammenschlüssen. Der eine war der Deutsch-völkische Schutz- und Trutzbund, eine Neuschöpfung, hinter der Führer des Alldeutschen Verbandes standen. Hitler schrieb diesem Bund in „Mein Kampf“ ausdrücklich das Verdienst zu, die „Judenfrage als solche wieder aufgerollt zu haben“.⁴⁶ Aus ihm, der sich vor allem an bürgerliche und mehr noch an kleinbürgerliche Kreise wandte, gingen eine ganze Anzahl später bekanntgewordener führender Mitglieder der NSDAP hervor. Der andere war die Deutschsozialistische Partei⁴⁷, in deren am 24. November 1919 gegründete Nürnberger Ortsgruppe Streicher Anfang 1920 eintrat und in der er bald einen maßgeblichen Platz einnahm. Diese kleine Organisation gehörte zu den miteinander konkurrierenden frühfaschistischen Gründungen, von denen die meisten untergingen oder von der erfolgreicheren Konkurrenz aufgesogen wurden, bevor sie noch ein scharfes Profil gewinnen konnten.

Die Partei, die sich Streicher ausgewählt hatte, war judenfeindlich und setzte, um in Arbeiterkreise eindringen zu können, zugleich auf eine ausgeprägte soziale Demagogie. Von der in München um Aufmerksamkeit, Mitglieder und Sympathisanten ringenden NSDAP – übrigens auch von Organisationen der eigenen Partei in anderen Orten – hob sich die Nürnberger Ortsgruppe dadurch ab, daß sie sich noch revoluzzerhafter gebärdete. Viele ihrer nicht so zahlreichen Mitglieder waren alsbald auf Streicher als ihren Anführer fixiert. Der seinerseits wurde nicht nur stadt-, sondern immer mehr auch polizeibekannt. Dazu mochte beitragen, daß Streicher sich als Journalist und Herausgeber von Parteiblättchen betätigte, die zuerst – seit dem 4. Juni 1920 – unter dem Namen „Deutscher Sozialist“ und seit dem 1. Oktober 1921 als „Deutscher Volkswille“ erschienen. Vom Stil der Agitation Streichers unter Arbeitern zeugt ein Artikel, den er 1920 publizierte. Demnach richte sich der natürliche Drang der Massenbewegung der Arbeiterschaft nicht auf die Revolution, sondern auf die Ruhe. [282:] Hinter „den vergangenen und noch werdenden Geschehen“, womit die Klassenkämpfe umschrieben waren, stehe „Judas“. Dieser allein habe ein Interesse, die „Blutsgemeinen“, die später dann „Arier“ genannt wurden, gegeneinander zu hetzen. Den bürgerlichen Volksgenossen, die den Proletariern durch Blutsgemeinschaft verbunden seien, sich aber durch „große Unterlassungen“ schuldig gemacht hätten, rät er, daß sie die Sünden der Väter, die am Proletariat begangen worden wären, bekennen sollten: „Gebt dem Arbeiter, was dem Arbeiter gebührt, und er wird wieder unser sein.“⁴⁸ In diesem frühen Artikel findet sich bereits in einhämmender Dichte jenes Vokabular, das dann die Sprache des „Stürmer“ wurde: „Rasse- und Wesensfremde, durch Jahrhunderte zur Hab- und Geldgier herausgezüchtet“, „lachende Rassefremde“, „jüdisch-kapitalistisches Ausbeutertum“, „Fremdling“ usw. usf. Nicht anders als Hitler traf Streicher die Unterscheidung zwischen den „volksgemeinschaftlichen“ Kapitalisten, die lediglich einen Fehler gemacht hätten und sich korrigieren könnten, und den „jüdischen“, die durch Blut und Geschichte ausbeuterisch wären. Mit dieser Ideologie und solchen „Arbeiterführern“ konnte sich die Elite der deutschen Nachkriegsgesellschaft wenn schon nicht anfreunden, so doch arrangieren. Streicher erfuhr das bald. Seine antisemitische Hetze und seine durch und durch antirepublikanische Haltung bildeten kein Hindernis für seine Beförderung zum Hauptschullehrer, die am 1. Juli 1922 erfolgte.

Unmittelbar richteten sich Streichers politische Angriffe gegen die einflußreiche sozialdemokratische Partei, die in der Stadt den Oberbürgermeister⁴⁹ stellte. Dessen Politik attackierte er in Reden und Artikeln permanent und rüde. Ein Risiko ging Streicher damit nicht ein. Er wurde bald gewahr, daß

⁴⁶ Adolf Hitler: Mein Kampf, S. 628.

⁴⁷ Darüber Näheres bei Manfred Weißbecker: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bde. Hg. v. Dieter Fricke u. a., Bd. 2, Leipzig 1984, S. 547 ff.

⁴⁸ Julius Streicher: Gerechtigkeit den Betrogenen. In: Der deutsche Sozialist, 9. Juli 1920, zitiert bei Franz Pöggeler, S. 67.

⁴⁹ Zu dessen Tätigkeit und den politischen und juristischen Auseinandersetzungen mit Streicher s. Hermann Hanschel: Oberbürgermeister Hermann Luppe. Nürnberger Kommunalpolitik in der Weimarer Republik, Nürnberg 1977.

in der Stadt wie im Lande Bayern genügend einflußreiche Personen existierten, die verdeckt für ihn Partei nahmen. Sowohl die Staatspolizei wie die Staatsanwaltschaft in Nürnberg fanden nach Mitteilung vom Mai 1923 keine Gründe, den „Stürmer“ zu verbieten.⁵⁰

Allerdings decken die Berichte der Polizei über Streichers Versammlungen in jenen ersten Jahren durchaus nicht dessen eigene heroisierende Darstellungen. Auch der Name der Nürnberger Parteitruppe wäre wie der vieler anderer ähnlicher Zusammenschlüsse längst der Vergessenheit anheimgegeben, hätte Streicher sie und ihre Mitgliedschaft nicht nach kurzer Zeit Hitler zugeführt – ein Geschenk, das der „Führer“ nie vergaß und vielfach honorierte. Noch im Gerichtssaal rühmte sich der Angeklagte, der NSDAP, die bis dahin Anhängerschaft nur in München und in Südbayern besessen habe, die „Brücke“ nach dem Norden gebaut zu haben. Streicher war auf diesen Teil seiner Biographie besonders stolz.

[283:] Seine erste Begegnung mit Hitler schmückte er zu einem geschichtlichen Ereignis aus. Noch immer kam sie ihm erhaben und schicksalhaft vor: Er sei zu einer Versammlung nach München gefahren, auf der Hitler sprach. Da hätten „höhere Schwingungen“ mitgewirkt und eine „innere Stimme“ ihm gesagt, er müsse auf diesen Mann zugehen.⁵¹ Ihm habe er gehorcht und sich zum Gefolgsmann des „Führers“ gemacht. Während dieser Seelenergüsse mochten sich Richter, Staats- und Rechtsanwälte sowie mancher Mitangeklagte und Zuhörer Ähnliches gefragt haben wie die Antragsteller, die Streichers gerichtsmedizinische Untersuchung veranlaßten. Doch sprach der Angeklagte keineswegs wirt. Er legte Wert darauf, die Richter von seinem Weg als dem eines Aufrechten und Unschuldigen zu überzeugen. Noch im Schlußwort erklärte er, er sehe dem Urteil „mit gutem Gewissen“ entgegen.

Streichers politischer Hauptkampfplatz, nachdem er seine Ortsgruppe am 8. Oktober 1922 in die NSDAP geführt hatte, blieb die Stadt Nürnberg. Hier profilierte er sich durch seine gemeinen Reden gegen die Juden. Von deren sozialdemagogischem Stil vermittelt eine der überlieferten Ansprachen eine Vorstellung, die er im „Kolosseum“ am 22. November 1922 hielt. Streicher setzte auf die Mobilisierung der Gefühle Neid und Haß, in dem er die Arbeiter, in „dürftiger Kleidung“ sich aus einem „Suppentopf“ ernährend, und die „feisten“ und „dicken“ Juden, die in „kostbaren Pelzmänteln“ daherkämen, gegenüberstellte.⁵²

Pfründen waren von der kleinen Organisation Hitlers nicht zu vergeben. Doch vertrug sich derartige Judenhetze im Bayern der jungen Weimarer Republik damit, daß Streicher seinen Unterhalt weiter in seinem Beruf als Volksschullehrer verdienen konnte. Denn inzwischen hatte er eine Familie zu ernähren. 1913 hatte er die Bäckerstochter Kunigunde Roth geheiratet und beider Söhne waren 1915 bzw. 1918 geboren worden, während ihr Vater sich „im Felde“ befand. Den Lehrerberuf übte Streicher auch noch aus, als er am 9. November 1923 am Putsch gegen die Münchener Regierung in der Landeshauptstadt teilnahm. Der später vielgefeierten „Marsch zur Feldherrnhalle“ sollte nach italienischem Vorbild den „Marsch nach Berlin“ eröffnen.

Streicher war am Nachmittag des 8. November von Nürnberg, auf einen telefonischen Ruf hin und ohne sich um seine beruflichen Pflichten weiter zu kümmern, nach München gereist und hatte sich im Bürgerbräukeller eingefunden, wo Hitler das Signal für den Putsch gab.⁵³ Am folgenden Morgen organisierte Streicher, der als ein befähigter Redner der NSDAP galt, eine Gruppe von Demagogen, die sich mit dem Auftrag an mehrere Orte [284:] der Stadt begaben, die Einwohnerschaft auf die Beine und hinter die Putschisten zu bringen.

Streicher selbst sprach unter anderem auf dem Marien-, dem Bahnhofs- und dem Odeonsplatz sowie vor dem Gewerkschaftshaus. Dann kam er in der Mittagsstunde zum Demonstrationmarsch zurecht.

⁵⁰ Schreiben des Staatspolizeiamtes Nürnberg-Fürth an den Oberbürgermeister Dr. Luppe vom 24. Mai 1923. Im Faksimile im unpaginierten Anhang bei Franz Pöggeler, a. a. O.

⁵¹ IMT, Bd. XII, S. 335.

⁵² Zit. in: IMT, Bd. XXXVIII, S. 119 f.

⁵³ Das folgende nach Klaus Kipphahn, Julius Streicher und der 9. November 1923. In: Zeitschr. für bayrische Landesgeschichte, (1976) Bd. 39. H. 1, S. 278 ff.

In Nürnberg berichtete er voller Stolz, er wäre dem Zug vorangeschritten. Doch war er unverletzt geblieben, als den Aufrührern aus den Gewehren der Regierungstreuen Schüsse entgegenschlugen. Streichers Rolle während dieser letzten Aktion der Umstürzler wurde später wie die gesamte Episode zusätzlich verklärt. Im Urteil Hitlers, Görings und anderer Putschisten, die an der Spitze des Zuges marschierten, hatte sich Streicher besonders mutig und todverachtend verhalten. Hitler bewertete das hoch. Als – erstmalig 1933 aus Anlaß des 10. Jahrestages – der „Marsch zur Feldherrnhalle“ zu einem [285:] alljährlichen Ritual der Machthaber ausgestaltet wurde, durfte Streicher den gesamten Zug noch vor dem „Führer“ allein anführen.

Am Nachmittag des 9. November, als die Putschisten der Verhaftung zu entkommen trachteten, war Streicher mit einem Eisenbahnzug nach Nürnberg zurückgereist. Dort wurde er bei seiner Ankunft auf dem Bahnhof bereits von Polizisten erwartet und auf der Hauptwache im Alten Rathaus gefangengesetzt. Die Zelle, in der er nur zwei Tage verbringen mußte⁵⁴, ließ er 1935 zu einer Gedenkstätte herrichten. Schon am 11. November 1923 befand sich der Putschist wieder auf freiem Fuß. Dreist beantragte er, um sich von den Strapazen der voraufgegangenen Tage zu erholen, ihn für acht Wochen von seiner Tätigkeit als Hauptlehrer zu beurlauben. Seine Vorgesetzten gewährten ihm tatsächlich zwei Wochen. Doch markiert diese Beurlaubung das Ende von Streichers Arbeit als Lehrer.⁵⁵ Am 12. Januar 1924 wurde er auf ein Verlangen des Generalstaatskommissars Gustav Ritter von Kahr, den Hitler zehn Jahre später während der „Röhm-Affäre“ in einem Akt später Rache ermorden ließ, erneut inhaftiert. Zwei Monate verbrachte Streicher danach in Gesellschaft Hitlers und weiterer am Putsch beteiligter „Nationalsozialisten“ auf der Festung Landsberg. Doch wurde er – was die Justiz des süddeutschen Landes mehr charakterisiert als Streichers Rolle – nicht in die Gruppe derer aufgenommen, gegen die ein bayerisches [286:] „Volksgericht“ Anklage erhob, sondern erneut auf freien Fuß gesetzt. Die gemeinsam mit Hitler, Heß und weiteren Komplizen auf der Festung verlebten Wochen verstärkten die Bande der Führungsgruppe noch. Streicher verließ Landsberg mit dem Vorsatz, Hitler die Treue zu halten und die Arbeit für die verbotene Partei fortzusetzen. Tatsächlich gründete er, kaum auf freien Fuß gesetzt, in Nürnberg eine der Ersatzorganisationen für die verbotene Partei, deren Charakter allein schon an ihrem kaum getarnten Namen erkennbar war. Sie nannte sich wie der NSDAP-Vorgänger Deutsche Arbeiterpartei. Während Hitler sich noch in Haft befand, wurde von Streicher gemeinsam mit Esser am 12. August 1924 die Eintragung einer anderen Tarnorganisation in das Münchner Vereinsregister bewerkstelligt, der Großdeutschen Volksgemeinschaft.

Mit dem Ende seiner Tätigkeit im staatlichen Schuldienst⁵⁶, waren für Streicher keinerlei soziale Probleme verbunden. Zum einen gingen ihm keineswegs sogleich seine Bezüge als Beamter verloren, sie wurden lediglich um ein Drittel reduziert. Zum anderen gelangte er bei den am 6. April 1924 stattfindenden Wahlen auf der Liste eines „Völkischen Blocks“ als Abgeordneter in den Bayerischen Landtag und im gleichen Jahr auch in den Nürnberger Stadtrat. Das trug ihm mit den Diäten, einer Aufwandsentschädigung und weiteren Vorteilen vor allem die parlamentarische Immunität ein. Auch in verschiedenen Landtagsdebatten trat Streicher als hemmungsloser Antisemit hervor, so in einer Rede am 20. November, in der er die Vertreibung der Juden aus Deutschland als eine „nationale Tat“ bezeichnete.⁵⁷

Als am 27. Februar 1925 der inzwischen vorzeitig aus Landsberg freigekommene Hitler die NSDAP wiedergründete, schloß sich ihr Streicher sofort an. Mit weiteren fünf Landtagsabgeordneten bildete er eine eigene Gruppe, die sich Hitler unterstellte. Letzterer ernannte den getreuen Gefolgsmann nun

⁵⁴ Nach anderer Darstellung erfolgte seine Verhaftung im Eisenbahnzug auf der Fahrt von München nach Nürnberg und sein Aufenthalt in der Gefängniszelle dauerte nur einen Tag.

⁵⁵ Streichers Tätigkeit als Lehrer endete zwar nach seiner Teilnahme am Putsch im November 1923, doch erfolgte seine definitive Entlassung erst nach prozessualen Auseinandersetzungen im Jahre 1928. Ihm wurde auf Lebenszeit ein Ruhegehalt in der Höhe zugesprochen, die ihm auch zustanden haben würde, wäre er 1923 in den Ruhestand getreten und nicht entlassen worden. Außerdem verblieben die Ansprüche der Hinterbliebenen. S. die in ihrer Begründung politisch skandalöse Entscheidung des Disziplinarhofes für nichtrichterliche Beamte in München vom 23. Mai 1928 bei: Franz Pöggeler, a. a. O.

⁵⁶ IMT, Bd. XII, S. 336.

⁵⁷ IMT, Bd. XXXVIII, S. 121.

zum organisatorischen Leiter der Partei für alle fränkischen Regierungsbezirken Bayerns. 1930 wurde Streicher im gleichen, nun Mittelfranken (seit 1936 Franken) genannten Gebiet zum Gauleiter ernannt. Über diesen Bereich hinausgehende Aufträge erhielt er nur kurzzeitig.⁵⁸ 1932 kam auch er auf der Welle der Wahlerfolge der NSDAP zu einem Reichstagsmandat.

Als nach dem 30. Januar 1933 eine Vielzahl von zentralen und regionalen Staatsämtern von Mitführern Hitlers besetzt wurden, erfuhr er keine Rangerhöhung. Das war ungewöhnlich. Denn wenn auch nur der Berliner Gauleiter Goebbels, der zugleich Reichspropagandaleiter der NSDAP war, einen Reichsministerposten erhielt, so gelangte doch die Mehrheit der [287:] Gauleiter zu den einträglichen Staatsposten eines Reichsstatthalters oder – in den preußischen Provinzen – eines Oberpräsidenten. Andere wurden Ministerpräsidenten oder Minister in Ländern oder wenigstens wie Streichers Nachbar in Mainfranken bayerischer Regierungspräsident. Indessen deutet nichts darauf hin, daß dies den Gauleiter in Nürnberg angefochten hätte.

Streicher blieb – wie erwähnt – anderthalb Jahrzehnte auf seinem Posten in der wegen ihrer Geschichte und ihrer Kulturdenkmäler weithin berühmten alten Kaiserstadt. Dort praktizierte er jene Reklamemethode, die von den deutschen Faschisten vielerorts in die politischen Kämpfe der Zeit eingeführt wurde. ja, Streicher kann geradezu als einer ihrer Pioniere gelten. Jeder öffentliche Skandal war ihm recht, keine Provokation ihm gemein genug. jedwede Anklage vor Gericht galt wegen der Aufmerksamkeit, die sie erregen konnte, und wegen der Nachsicht der reaktionären, republikfeindlichen Richterschaft als Geschenk. Jeder bei einer Schlägerei verletzte Gefolgsmann lieferte Stoff für die Heroisierung des „Kampfes“ und avancierte deshalb zum Märtyrer. Die Devise lautete: Lärm machen, Krach schlagen und sich immer wieder darstellen als die radikalste, auf den Umsturz der Gesellschaft und ein neues, großes, starkes Deutschland gerichtete Kraft. Diese Vorgehensweise führte dazu, daß der „Frankenführer“ im Weimarer Staat auch in persona mehrfach in Gerichtsprozesse verwickelt wurde und Gefängnisstrafen – insgesamt etwa 8 Monate – abzusitzen hatte, was ihn zusätzlich bekannt und in manchen Kreisen populär machte. Das geschah, als er den Oberbürgermeister bezichtigte, 1923 Hochverrat begangen zu haben, weil er angeblich hinter dem Rücken der Landesregierung Truppen nach Bayern beordern wollte. Bevor es darüber zu einer Verhandlung kam, war Streicher jedoch selbst wegen seiner Rolle als Putschist in Haft geraten.⁵⁹

Die deutschen Faschisten reduzierten in ihren verlogenen Werbefeldzügen die Ursachen der nationalen Lage und des sozialen Massenelends, das sich infolge der Weltwirtschaftskrise 1929 rasch ausbreitete, auf die jüdisch-marxistische Mißwirtschaft. Landauf und landab verkündeten sie den Gepeinigten und Ratlosen: „Der Jud’ ist schuld“. Streicher erwies sich dabei als einer der skrupellosesten Hetzer. 1930 wurde er in die Liste der NSDAP-Reichsredner aufgenommen, was bedeutete, daß er für die Zwecke der Parteiagitation als bestgeeignet eingestuft worden war.

Noch 1945/1946 blieb Streicher bei seiner von antijüdischen Klischees geprägten Sicht in Vergangenheit und Gegenwart. Das Gericht härte sich geduldig an, daß in Deutschland 1918 die politische Macht von „Juden [288:] und Judengenossen“ errichtet worden sei.⁶⁰ Gegen sie habe er, der „rassenpolitische Schriftsteller“, den Kampf aufgenommen. Zu diesem Zweck habe er im April 1923 die Zeitung „Der Stürmer“ gegründet, die mit der Unterzeile „Wochenblatt zum Kampf um die Wahrheit“ erschien. Seit 1935 war der Nürnberger Gauleiter auch Eigentümer des gleichnamigen Verlags, den er – seinen Angaben zufolge – der Witwe des bisherigen Inhabers für 40.000 Reichsmark abgekauft hatte.⁶¹ Der „Stürmer“-Verlag gab eine Anzahl von Büchern heraus, die in der Geschichte der antisemitischen Literatur in Deutschland den absoluten Tiefpunkt bezeichnen. Sie wandten sich an Erwachsene ebenso wie an Schüler, denen „der Streicher“ in Reim und Bild als der Aufklärer der Kinder

⁵⁸ So apostrophiert ihn Ernst Hanfstaengl in einem Jahre später geschriebenen Brief aus London: „Sie als ehemaliger Auslandspresseschef der NSDAP.“ BAK 43 II/Nr. 889 b, Bl. 25.

⁵⁹ Mit den Vorgängen mußte sich auch die Reichsregierung beschäftigen. Dem Staatssekretär a. D. der Reichskanzlei Dr. Hamm wurde ausdrücklich die Genehmigung erteilt, in dem Prozeß auszusagen, der am 23. Dezember 1923 beginnen sollte. BAK, R 43 II. Nr. 1228, BI 297.

⁶⁰ IMT, Bd. XII, S. 334.

⁶¹ IMT, Bd. XVIII, S. 224.

dargestellt wurde. Schon 1934 erschien das Buch „Juden stellen sich vor“. 1936 folgte der Text-Bild-Band „Trau keinem Fuchs auf grüner Heid’ und keinem Jud bei seinem Eid“. Die Bände „Hofjuden“ und „Der Giftpilz“ wurden 1938 herausgegeben. 1942 publizierte der Verlag das Machwerk „Die Juden im Sprichwort der Völker“. Im Jahr des Erlasses der Nürnberger Gesetze vervielfältigte sich der Absatz der Wochenzeitung, was unter anderem Weisungen geschuldet war, die Dienststellen der NSDAP-Gliederungen verpflichteten, den „Stürmer“ zu abonnieren. Wies das Impressum der Wochenzeitung im Januar 1935 die Auflage noch mit 113.000 aus, wurde sie im Oktober des Jahres mit 486.000 angegeben.⁶² In diesem Jahr hatte Streicher, kurz bevor der faschistische Reichstag die jüdenfeindlichen Gesetze beschloß, eine Sonder-Nummer herausgegeben, in deren Aufmachung die Rechtfertigung jedweder Verfolgungen gegeben wurde. Die ungeheuerliche Anklage lautete: „Menschenmörder von Anfang an“. Robert Ley ließ die Büros der Deutschen Arbeitsfront (DAF), der größten Massenorganisation im Umfeld der NSDAP, am 23. August 1935 ausdrücklich anweisen, für die Verbreitung dieser Ausgabe zu sorgen.⁶³

Streichers Gewinne aus dem Zeitungsgeschäft waren beträchtlich. Doch sie reichten bei weitem nicht aus, seinen immer anspruchsvoller werdenden Lebensstil mit allen seinen Extravaganzen zu finanzieren. Er hatte sich inzwischen ein luxuriöses Anwesen am Bodensee gekauft und war Eigentümer eines „Bauernhofes“ unfern von Nürnberg in der Nähe von Fürth. Allein für dessen Ankauf hatte er 205.000 Reichsmark aufgewendet, während der noch nicht beendete Ausbau schon bis Anfang 1939 1,3 Millionen verschlungen hatte.⁶⁴ Davon war indessen nur eine Million bezahlt. Streicher hatte sich – trotz des Verkaufs seines Grundstückes am Bodensee – jedenfalls hochverschuldet. So war der „antisemitische Aufklärer“ direkt daran interessiert gewesen, sich im Prozeß der Arisierung zu bereichern.

[289:] Linie und Inhalt seiner Wochenzeitung bestimmte Streicher auch während seiner Jahre auf dem Pleikershof, weiterhin veröffentlichte er im „Stürmer“ auch eigene Beiträge. Regelmäßig kam sein Schriftleiter Ernst Hiemer aus Nürnberg herbei, um Vorhaben und Artikel zu besprechen, und regelmäßig bezog Streicher aus dieser schmutzigen Tätigkeit monatliche Einkünfte von 1000 Reichsmark. So bildeten die Texte der Zeitung und die Rolle, die diese im Prozeß der Verfolgung, Vertreibung und schließlich der Ermordung der Juden gespielt hatte, den Hauptgegenstand und das wichtigste Beweismaterial der Anklage. Sie standen im Zentrum aller Anstrengungen der Staatsanwaltschaft, Streicher der massenhaften Anstiftung zum Töten der Juden, von Männern und Frauen, Greisen und Kindern, Gesunden und Kranken, Frommen und Ungläubigen, zu überführen. Es machte keine Mühe, in den Jahrgängen des „Stürmer“ die immer wieder erhobene Forderung nachzuweisen, die Juden ausnahmslos zu vernichten und auszurotten. Dem Gericht wurden umfängliche Dokumentenbände eingereicht, die im Originaltext und in Übersetzungen Artikel aus der Feder Streichers, Hiemers und ihrer Mitarbeiter enthielten.

Streicher erklärte, er übernehme die Verantwortung nicht nur für das, was er selber geschrieben habe, sondern auch für alles, was aus anderer Feder in der Zeitung veröffentlicht worden sei. Als er Gelegenheit erhielt, dazu zu sprechen, suchte er die Richter zu überzeugen, daß nicht gemeint war, was geschrieben stand. „Vernichten“ und „ausrotten“ hätten nicht bedeutet, daß den Juden das Leben, sondern einzig ihre Macht genommen werden sollte. Zu diesem Zweck wollte er sie ausnahmslos in einen eigenen Staat zwingen, in dem sie – für die Welt ungefährlich – nach ihrer Fassung leben sollten.⁶⁵ Als das Gebiet, das den Juden zugewiesen werden sollte, hätte ihm Madagaskar gegolten. Diesen Vorschlag wollte er 1940 auch in der „Stürmer“-Zeitschrift publizieren. Doch sei ihm die Veröffentlichung eines entsprechenden Artikels untersagt worden, weil Vichy-Frankreich nicht beunruhigt werden sollte.⁶⁶ Dieser Judenstaat, so habe ihm vorgeschwebt, hätte wie jeder andere Staat auch

⁶² IMT, Bd. XXXXI, S. 559.

⁶³ Ebenda.

⁶⁴ IMT, Bd. XXVIII, S. 148.

⁶⁵ IMT, Bd. XII, S. 344.

⁶⁶ Ebenda, S. 362. Zu den wirklichen Absichten, welche sich mit der deutsch-faschistischen Version des Plans verbanden s. Kurt Pätzold: Von der Vertreibung zum Genocid. In: Faschismus-Forschung. Positionen, Probleme, Polemik. Hg. v. Dietrich Eichholtz/Kurt Gossweiler, Berlin 1980, S. 201 ff.

Verbindungen mit dem Ausland unterhalten können. Das wäre sein Bild von einer internationalen Lösung der „Judenfrage“ gewesen. Streicher gab sich als ein Mann aus, der gleichsam den Zionisten eine Möglichkeit schaffen wollte, ihre Ideale zu verwirklichen. Und er stellte es eher als nebensächlich hin, daß ihn – eingestandenermaßen – gänzlich andere Beweggründe als Theodor Herzl und seine Anhänger leiteten. Auch die Nürnberger Rassegesetze hätten nichts anderes zum Inhalt gehabt, als die Durchsetzung jenes Verhaltens, das [290:] auch strenggläubige Juden im Einklang mit ihren religiösen Gesetzen von sich und anderen verlangen würden.

Streichers Argumentation war ebenso verlogen wie grotesk. Doch bereitete es der Staatsanwaltschaft, die durch den britischen Ankläger Oberstleutnant Griffith-Jones vertreten wurde, einige Mühe, den Angeklagten seiner wahren Rolle zu überführen. Es kam darauf an, diesen „Zeugen in eigener Sache“ in seiner Unglaubwürdigkeit bloßzustellen. So reagierte der Ankläger auf Streichers Behauptung, die Nürnberger Hauptsynagoge sei einzig aus städtebaulichen Gründen abgerissen worden, mit der Bemerkung, ob die Rede vor einer Massenansammlung, mit der er als Gauleiter die Untat eingeleitet hatte, sich anderthalb Stunden lang mit Fragen des Städtebaus befaßt habe.

Relativ einfach war es noch, den Nachweis zu erbringen, daß die Interpretation, welche der Angeklagte seiner Tätigkeit als Herausgeber und Autor des „Stürmer“ gab, dem Inhalt der Artikel kraß widersprach. Endlos waren in den Jahrgängen, Ausgaben und Spalten des „Stürmer“ Verunglimpfungen, Beschimpfungen, Unflätigkeiten, Verteuflungen aneinandergereiht worden, die auch nur zu zitieren, Übelkeit hervorruft. Streicher, Hiemer und die Redakteure der Zeitung hatten sich aus dem unerschöpflichen Vorrat an Böswilligkeit, Feindschaft, Todesverwünschungen und Morddrohungen bedient, der über Jahrhunderte von Antijudaisten und seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von Antisemiten angehäuft worden waren. Sie hatten die Juden wieder und wieder mit den Parasiten des Tierreichs und mit allem sonstigen Getier verglichen, das bei Menschen Ekel hervorruft und von ihnen wahllos bekämpft und vernichtet wird, wo immer sie es antreffen.

Wurde Streicher mit solchen Passagen konfrontiert, verlegte er sich auf Ausflüchte. Seine und anderer Texte seien nur im Zusammenhang zu verstehen und zu deuten. Es müßten alle Jahrgänge des Blattes herangezogen und bewertet werden. Es handle sich um „Wortspiele“. Manches wäre auch im Eifer des Kampfes geschrieben worden.⁶⁷ Die unsäglichsten Verdammungs- und Vernichtungsforderungen seien situationsbedingt entstanden. Sie stellten eine provozierte Antwort auf die Ankündigung eines (übrigens politisch einflußlosen) Amerikaners dar, das deutsche Volk nach dem Sieg der Alliierten zu sterilisieren usw.⁶⁸ Es genügte im Grunde, Streicher diese Art von Ausflüchten daherreden zu lassen. Denn seine Antworten klagten ihn mehr an, als daß sie ihn hätten verteidigen können. So konnte Griffith-Jones mehrfach darauf verzichten, eine präzise Antwort Streichers einzufordern, und sich damit begnügen, ihn den Richtern schlicht vorzuführen. [291:] Zudem war da die Tatsache, daß der „unschuldige Aufklärer“ bei Kriegsende seinen Wohnsitz verlassen hatte, nachdem er über Tage im Freien vor seinem Hause Dokumente verbrannte oder verbrennen ließ. Weiter und noch stärker belastete ihn, daß er nach einer Flucht über mehrere Stationen, auf denen er von den Parteistellen stets weiter gewiesen worden war, schließlich in Tirol mit einer falschen Identität untergetaucht war. Der kahlköpfige und stets glatt rasierte „Frankenführer“ ließ sich einen Bart wachsen und gab sich als Kunstmaler aus. Es war ein Zufall, daß ihn in dieser Abgeschiedenheit Major Henry Blitt von der 101. amerikanischen Luftlande-Division zeitig aufgestöbert und an dessen Reaktion bemerkt hatte, daß er nicht einen Doppelgänger, sondern eine der gesuchten Führerfiguren des zerschlagenen Regimes vor sich hatte.⁶⁹ Der Verhaftete wurde zu den anderen führenden Personen des geschlagenen Regimes nach Mondorf in Luxemburg gebracht. Von da gelangte er zur Vorbereitung des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher in die Stadt, in der er sein unheilvolles Wesen getrieben hatte. Im September und Oktober 1945 wurde er insgesamt siebenmal Howard A. Brundage vorgeführt, der mit der Vorbereitung der Anklage gegen ihn befaßt war.

⁶⁷ IMT, Bd. XII, S. 408 f.

⁶⁸ Ebenda, S. 398.

⁶⁹ Die Schilderung der Gefangennahme s. bei Heydecker, S. 51.

Streichers Verhalten vor und unmittelbar nach dem 8. Mai 1945 sprach gegen seine schon während dieser Verhöre unausgesetzt wiederholten Unschuldsbeteuerungen. Es deutet jedenfalls auf sein klares Bewußtsein hin, daß er Anklage und Bestrafung vorhersah und flüchtete. Doch seine Flucht und der gescheiterte Versuch, sich zu tarnen, konnten selbstredend nicht den Beweis für den Kernpunkt der Auseinandersetzung vor Gericht hergeben: die Aufhetzung zur Tötung der Juden im Wissen um den Beginn und das fortdauernde Stattfinden des Massenmordens. In diesem Punkte leugnete Streicher hartnäckig. Er habe von den Tötungen der Juden erst in der Gefangenschaft erfahren. Noch dort reichten ihm aber Dokumente und Bilder von den Massakern, die im Gerichtssaal gezeigt wurden, als Beweise für die begangenen Untaten nicht aus. Erst die entsprechende Aussage aus dem politischen Testament Hitlers, überzeugte ihn davon, daß die Juden tatsächlich systematisch umgebracht worden waren. Streicher erklärte diesen Entschluß des „Führers“ als rätselhaft und den Massenmord als „unbegreiflich“.⁷⁰ Zugleich suchte er ihm aber eine entschuldigende Deutung zu geben. Es habe sich wohl um die Entscheidung „eines verzweifelnden großen Mannes der Weltgeschichte“ gehandelt, der wußte, „daß er nicht siegen werde“.⁷¹ Dieses Erklärungsmuster fand später in der Geschichtspublizistik der Bundesrepublik weite Verbreitung, ohne das sein Urheber genannt wurde. Niemand hat dafür mehr gewirkt als Sebastian [292:] Haffner, der – trotz Zugriffsmöglichkeit auf die Ergebnisse einer inzwischen hochspezialisierten Forschung und diese ignorierend – Hitlers Schritt zur Weisung für den Massenmord aus dem Bewußtsein der militärischen Niederlage erklärte, das dieser angeblich schon wenige Tage nach dem Scheitern des Angriffs auf Moskau im Dezember 1941 besaß.

Streicher blieb dabei, daß er in der Abgeschiedenheit des Pleikershofes von niemandem erfahren habe, was den deportierten Juden geschah. Die Ankläger und deren Helfer standen vor der Frage, wie diese Verteidigungslinie zu nehmen sei. Zur Waffe wurde ihnen die erwiesene Tatsache, daß der Herausgeber des „Stürmer“ über alle Jahre und auch während des Krieges ein Leser des in der Schweiz erscheinenden „Israelitischen Wochenblattes“ gewesen war. In dessen Spalten wurden permanent Nachrichten publiziert, die Angaben über die Vernichtung der Juden enthielten, waren Mordorte und Zahlen der Opfer benannt. Hiemer hatte zu den Besprechungen mit seinem Herausgeber die eingehenden Exemplare auf den Bauernhof mitgebracht. Streicher entgegnete, daß er sie aber nicht regelmäßig bekommen und nicht vollständig gelesen hätte, und wollte – natürlich – gerade jene Ausgaben nicht zur Kenntnis genommen haben, welche die konkretesten Fakten enthielten. Vor allem aber: Selbst wenn er, was er für „1943 oder später“ nicht ausschließen wollte, von Massentötungen auf diesem Wege informiert worden wäre, hätte er daran und gerade dieser Quelle nicht geglaubt. Erst Hitlers Testament ...

Diese Schutzbehauptung war nicht in Gänze zu widerlegen, aber sie konnte erschüttert werden. Die Anklage wies nach, daß und wie Streicher auf derartige Meldungen in seinem Blatt reagiert hatte. Darin war ihr Wahrheitsgehalt nicht bestritten und nicht als Verleumdung und Antideutschen-Propaganda qualifiziert worden. Vielmehr hatten Streicher und Hiemer, soweit das in den Grenzen der Nazi-propaganda erwünscht und ihnen erlaubt war, immer wieder gerechtfertigt, was den Juden geschah, indem sie deren Verhalten zur Ursache ihres angeblich gerechten „Schicksals“ erklärten.

Am Ende der Vernehmung konnte im Gerichtshof und unter den Zuhörern des Prozesses niemand mehr erkennen, daß Julius Streicher einzig jener ahnungslose „aufklärerische“ antisemitische Schriftsteller war, als der er sich ausgab. Vielfach bewiesen waren nicht nur der Fanatismus, mit dem er zu Werke gegangen war, sondern auch die teuflische Freude, die ihm wieder und wieder dieser ungleiche Kampf bereitet hatte. Als er 1935 auf einer Massenkundgebung im Berliner Sportpalast, es war sein erster Auftritt nach dem 30. Januar 1933 in der Reichshauptstadt, gegen die Juden [293:] hetzte, ließ er zur Belustigung der Nazi-Ansammlung vor Beginn seiner Rede eine Glocke läuten, damit die Juden wüßte, was ihnen die Stunde geschlagen hatte.⁷² Nun, nachdem sechs Millionen Unschuldige umgebracht worden waren, schlug die Stunde ihm, dem Schuldigen.

⁷⁰ IMT, Bd. XII, S. 349 und 402.

⁷¹ Ebenda, S. 412.

⁷² Zu den Zusammenhängen von Streichers Auftritt in Berlin s. Kurt Pätzold, Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung, a. a. O., S. 235.

Der Rechtsanwalt, der Streicher verteidigen sollte, war sich bewußt, daß ihm aufgrund unabweisbarer Tatsachen und Sachverhalte für seine Aufgabe wenig Spielraum blieb. Vergeblich hatte er vor Prozeßbeginn versucht, seinen Mandanten dahin zu bringen, sein Verhalten vor Gericht nicht derart unglaubwürdig anzulegen. Doch Streicher schien zu wissen, daß ihm – wenn überhaupt – nur die dreiste Legende vom „Wahrheitsfanatiker“ helfen konnte, der jenseits der Geschehnisse als „Aufklärer“ gewirkt hätte. Nahm sie ihm das Gericht ab, konnte er auf mildernde Umstände rechnen. Bei allen eigenen Zweifeln und Spannungen zwischen dem Anwalt und seinem Klienten offerierte Dr. Hanns Marx dem Gerichtshof Zeugen, die Streicher als einen grundanständigen, ja grundgütigen Menschen hinstellten. Er habe Anteil nicht nur am Wohl und Wehe der Nächsten genommen. So erhielten auch der Chauffeur und die zweite Ehefrau des „Frankenführers“ – die Mutter seiner beiden Söhne war 1943 verstorben – im Zeugenstand ihre Auftritte. Weder jener noch diese konnten Beweisbares zur Erschütterung der Anklage beisteuern. Obendrein erwies sich Adele Streicher in hohem Grade als unglaubwürdig. Sie erzählte dem Gericht, wie erschüttert sie 1938, als sie in Magdeburg lebte, über den antijüdischen Pogrom gewesen sei. Doch legte weder am Richtertisch noch unter den Anklägern jemand Wert darauf, sie zu fragen, wie sich dieses Befinden mit der Tatsache vereinbarte, daß sie ein Jahr später in der Redaktion des antijüdischen Hetzblattes zu arbeiten begann.

Adele Streicher hatte ihren späteren zweiten Ehemann erst kennengelernt, als seine Position in Nürnberg schon wankte. Von ihrer Arbeit in der „Stürmer“-Redaktion war sie ein Jahr später als Sekretärin und Haushälterin zu Streicher gewechselt und mit ihm in die angenehme „Verbannung“ gegangen. Dort hatte sie ihm nicht nur die Post erledigt. Streicher heiratete sie am 30. März 1945.

Wenige Wochen später rückten von Westen und Osten die Truppen der Alliierten heran. Streicher begab sich mit seiner Frau nach Nürnberg, um – wie er vor Gericht sagte – am Kampf teilzunehmen.⁷³ So hätten sie beide sterben wollen. Tatsächlich machten sie sich aber – wie erwähnt – auf die Flucht in Richtung Südwesten. Sie passierten München, Passau, Berchtesgaden, Kitzbühel und überstanden das Kriegsende in Weidring/Tirol unbe-[294:]schadet. Dann aber war nach ihrem Mann auch Frau Streicher inhaftiert und der amerikanischen Vernehmungsbehörde zugeführt worden.

Als Quelle erwies sich Adele Streicher als vollkommen uninteressant.⁷⁴ Von ihrer Natur zeugte, daß sie nach dem Pleikershof zurückwollte. Sie vermochte sich offenbar nicht einmal vorzustellen, daß ihr Mann das Eigentum würde hergeben müssen, das er mit den aus der Judenhetze herausgeschlagenen Geldern erworben hatte. Das stenografische Protokoll, welches nach der Übersetzung des Dolmetschers angefertigt wurde, verzeichnet auf die Frage nach dem Charakter ihres Mannes die Antwort: „He was a good person“. So stellte sich Streicher im Gerichtssaal auch selbst dar. Er verwies darauf, daß ihm Himmler in einem – freilich nicht zu präsentierenden – Brief vorgeworfen habe, die Kriegsgefangenen auf dem Pleikershof zu human zu behandeln.⁷⁵

Davon ließen sich die Richter nicht überzeugen. Doch sie härten sich von Streicher ohne Entgegnung auch die rührseligste Geschichte an, die er bei dem mit seinem Rechtsanwalt vereinbarten Frage-Antwort-Spiel im – wie das amerikanische Gerichtsverfahren es bestimmt – Zeugenstand erzählte. Viermal habe er als Gauleiter, der in seinem eigenen Gau kein Konzentrationslager gewollt habe und auch niemals jemanden in ein derartiges Lager einweisen ließ, das KZ Dachau besucht. Das sei geschehen, um Kommunisten und Sozialdemokraten, die sich dort als politische Gefangene befanden, in die Freiheit zu holen. Diese habe er dann in einem Nürnberger Hotel jeweils kurz vor Weihnachten glücklich mit ihren Familien wieder zusammengeführt. Was er verschwiegen war, daß ihm die Geheime Staatspolizei, die über Einlieferung und Entlassungen aus der „Schutzhaft“ entschied, nur jene Häftlinge nominierte, die als ungefährlich galten und entlassen werden sollten. Und worauf er die Rede selbstredend nicht brachte, waren die Verbrechen der Nürnberger SA, die beispielsweise 1933 einen gefangenen Kommunisten aus der Polizeihaft „zur Vernehmung“ herausgeholt und ihn dort, um die

⁷³ IMT, Bd. XII, S. 426.

⁷⁴ Ihre Vernehmung erfolgte am 10. Oktober 1945 in Nürnberg.

⁷⁵ IMT, Bd. XII, S. 360.

eigene Untat zu vertuschen, sterbend wieder abgeliefert hatten.⁷⁶ Diese brutalen Schläger waren Leute nach Streichers Geschmack. Vor Gericht kam zur Sprache, daß er eines Tages selbst in einer Zelle des Nürnberger Gefängnisses erschienen war und an Ort und Stelle einen wehrlosen Gefangenen traktiert hatte.⁷⁷ Und in München ließ er sich während eines Besuchs in einem Hotel eigens ein Zimmer zuweisen, um darin gemeinsam mit seinem Sohn und seinem Chauffeur einen Mann zu verprügeln, der ihn angeblich provoziert hatte. Streicher nannte dies „Entgleisungen“, die er bedauere. Nicht zufällig kam während der Zeugenvernehmung in Nürnberg die Sprache darauf, [295:] daß Streicher auch den Beinamen „der blutige Zar von Franken“ erhalten hatte.⁷⁸

Die vom Gerichtshof beauftragten Mediziner hatten Streicher als geistig gesund bezeichnet. Doch war ihnen nicht entgangen, daß der Mann von seinen antisemitischen Vorstellungen in einem Grad beherrscht wurde, der als „fixe Idee“ zu qualifizieren war. Gegen Ende des Prozesses, nach dem Schlußplädoyer der Anklage, vollzog diese in Streichers Kopfe eine merkwürdige Metamorphose. Im Kreise mehrerer Angeklagter, was manche von ihnen aufs höchste amüsierte, entwickelte Streicher nun plötzlich ein völlig neues Bild von den Juden, die in seinen Augen ihre Hochwertigkeit durch die Kämpfe gegen die Araber in Palästina erwiesen hätten. Mehr noch: Er hielt sich für besonders befähigt, die Juden dabei zu unterstützen und bot sich nun zu diesem Zweck als „Experte“ an. Er könne eine „jüdische Abteilung“ leiten.⁷⁹ – Eine groteske Idee.

Als Streicher sein Urteil erfuhr und auf dessen Vollstreckung zu warten hatte, ließ er seinem Haß gegen die Richter, die ihm als „Juden“ galten, freien Lauf. Dem Gefängnisfriseur erklärte er, seine letzten Worte würden lauten: „Euch hängen die Bolschewiken.“⁸⁰ Er blieb aber bei dem Ruf „Heil Hitler“, denn er hielt den Massenmord an den Juden zwar für einen Fehler seines Führers, nicht jedoch für ein Verbrechen. Bei einer seiner Vernehmungen vor dem Prozeß hatte er dem amerikanischen Offizier erklärt, Hitler sei eine der meist gebildeten Personen gewesen, die er je kennengelernt habe, ein sehr ehrenwerter Mann.⁸¹ An diesem Bild hatte sich während der Monate der Gerichtsverhandlungen für Streicher offenkundig nichts geändert. Schachts Bild vom „Wurm“ Streicher traf in dem Sinne zu, daß er sich wand, solange ihm das nur möglich war. Als es damit endgültig vorbei war, auf dem Wege zum Galgen, brach er zusammen.⁸² Auf die Nachricht von dessen Hinrichtung schrieb der Priester der Gemeinde Fleinhausen in das Geburts- und Taufregister hinter Streichers Namen: „Quam admirabilia judicia tua Domine“.⁸³

Auch sein Rechtsanwalt hatte Streicher nicht vom Gang zum Galgen bewahren können. Dr. Marx war ein Mann, der bei der Befragung von Madame Marie-Claude Vaillant-Couturier, ein Französin, die Auschwitz überlebt hatte und vom Gerichtshof als Zeugin geladen worden war, die Unverschämtheit besaß, zu fragen, warum sie so gut aussehe.⁸⁴ Im Plädoyer kam der Anwalt dennoch nicht umhin, sich von Streichers Tätigkeit als „aufklärender Schriftsteller“ zu distanzieren. Jedoch behauptete er, dieser sei „der unbedeutende Herausgeber einer herzlich unbedeutenden Wochenschrift“ gewesen.⁸⁵ Deren Einfluß in Deutschland wollte Marx auf [296:] Null setzen, doch habe sich Streicher durch die

⁷⁶ Siehe das Schreiben von Franz Xaver Ritter von Epp an den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg vom 27. Juni 1934. In: Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935. Hg. v. Wolfgang Ruge/Wolfgang Schumann, Bearbeitet von Kurt Pätzold unter Mitarbeit von Kristina Shabaviz, Berlin 1977, S. 84 f.

⁷⁷ IMT, Bd. XII, S. 368.

⁷⁸ Ebenda, S. 452.

⁷⁹ Gilbert-Tagebuch, S. 415 f.

⁸⁰ Heydecker, S. 487.

⁸¹ In der Vernehmung am 11. Oktober 1945, in deren Niederschrift Streichers Aussage über Hitler zitiert wird („one of the most educated persons that ever got acquainted with, mosthonorable man“). BAK, Allg. Prozesse 2 FC 6163P, Rolle 11.

⁸² Heydecker, S. 494.

⁸³ Nach der dortigen Eintragung hatte das Episkopat während aller Jahre weder an Streichers antisemitischen Reden noch an den Texten des „Stürmer“ Anstoß genommen. Erst Streicher selbst hatte 1936 seinen Austritt aus der Kirche erklärt.

⁸⁴ Dr. Marx wörtlich: „Ja, wie ist es zu erklären, daß Sie selbst so gut all dies überstanden haben, daß Sie in gutem Gesundheitszustand zurückgekommen sind?“

⁸⁵ IMT, Bd. XVIII, S. 235.

Herausgabe des „Stürmer“ die „Feindschaft der Weltöffentlichkeit zugezogen“.⁸⁶ Das Plädoyer bestritt ferner jedwede Wirkung des „Stürmer“ auf das Verhalten der Deutschen, insbesondere auch der deutschen Jugend, und leugnete den ursächlichen Zusammenhang zwischen den Handlungen der Judenmörder und der Hetze Streichers. Der Anwalt machte den Versuch, den Judenmord einzig vier Personen anzulasten: Hitler und Barmann, Himmler und Eichmann. Von diesen waren zwei, der „Führer“ und der „Reichsführer SS“, erwiesenermaßen nicht mehr unter den Lebenden. Eichmann galt als tot. Bormanns Verbleib war ungewiß, weshalb er in Abwesenheit angeklagt wurde. Die Mörder vor Ort, in den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und in den Vernichtungslagern und -stätten, so die frei erfundene Darstellung des Streicher-Anwalts, hätten nur Befehle ausgeführt und sie ausführen müssen, da „Nichtbefolgung den Tod für sie“ bedeutet haben würde.⁸⁷

Vier Judenmörder in Deutschland? Das Gericht hat dies nicht für die Wirklichkeit genommen. Die Legende erwies sich dennoch als langlebig.

⁸⁶ Ebenda, S. 241.

⁸⁷ Ebenda, S. 239.

[297:]

Manfred Weißbecker

Fritz Sauckel

„Wir werden die letzten Schlacken unserer Humanitätsduselei ablegen ...“¹

Nur wenigen der regionalen NSDAP-Führer gelang es so wie Fritz Sauckel, in die erste Reihe seiner Partei vorzustoßen und auf der Reichsebene ein bedeutungsvolles, ministerähnliches Amt einzunehmen. Zwar hatte er bereits seit Mitte der zwanziger Jahre im „grünen Herzen“ Deutschlands eine braune Karriere zu machen verstanden, doch trotz eifrigen Bemühens und besessenen Ehrgeizes war er lange Zeit nicht über seinen thüringischen Gauleiter- und Reichsstatthalterposten hinausgelangt. Erst als der Zweite Weltkrieg vom Zaun gebrochen worden war und sich die Zeit der raschen militärischen Siege dem voraussehbaren Ende zuneigte, geriet er in die oberste Reihe der Naziführung: Hitler ernannte ihn am 21. März 1942 zum „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ (GBA). In seiner Zuständigkeit lag einer der krisenanfälligsten und ausschlaggebenden Bereiche der deutschen Kriegswirtschaft. In den drei Jahren seiner Tätigkeit als faschistischer „Menschenkommissar“ organisierte Sauckel die Verschleppung von nahezu sechs Millionen Zwangsarbeitern aus allen besetzten Gebieten Europas nach Deutschland. Seine Suche nach einem Ausweg aus der Sackgasse der ökonomischen, militärischen und politischen Schwierigkeiten des nationalsozialistischen Regimes erfolgte in einer solchen menschenverachtenden und -vernichtenden Art, die in Nürnberg – den Maßstäben des Internationalen Militärtribunals entsprechend und unter einmütiger Zustimmung aller Richter der Alliierten – mit dem Todesurteil bestraft wurde.

Vor seinen Richtern stehend, beteuerte Sauckel immer und immer wieder, unschuldig zu sein und nur seiner Aufgabe für Deutschland entsprochen zu haben. Mit Konzentrationslagern, Sträflingsarbeit, Todesurteilen und Erschießungen habe er nie in seinem Leben zu tun gehabt. „Meine Hände weiß ich rein von Blutschuld und fremden Gut.“² Nicht einmal von „Ausbeutung“ der ausländischen Arbeiter wollte er reden. Gelegentlich verglich er sein Amt mit einer Marine-Agentur, die zwar Seeleute vermittele, aber für irgendwelche Grausamkeit an Bord eines Schiffes nicht verantwortlich gemacht werden könne. Verbrechen an Menschen seien ihm in seinem [298:] Zuständigkeitsbereich nicht bekannt geworden. Er verstehe sich selbst als einen guten, tief religiösen Christen sowie als einfachen Seemann

¹ Zit. n. Telford Taylor: Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht, München 1995, S. 498. Das vollständige Zitat siehe Anmerkung 7.

Die geschichtswissenschaftliche Literatur über Thüringen, über die deutsche Wirtschaft während des Zweiten Weltkrieges und den Nürnberger Prozeß enthält zahlreiche Angaben zu Sauckels Tätigkeit als Gauleiter und Reichsstatthalter sowie als Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz. Insbesondere die umfangreichen, wenn auch leider unvollständigen Bestände Reichsstatthalter und NSDAP-Gauleitung im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar (künftig: ThHStAW) enthalten aufschlußreiche Materialien. Bislang liegt keine zusammenfassende Biographie vor; auf dieses Defizit machen neuerdings Gunther Mai und Jürgen John in ihrem Forschungsbericht zur Geschichte Thüringens von 1918 bis 1952 aufmerksam. In: Nationalsozialismus in Thüringen. Hg. v. Detlev Heiden/Gunther Mai, Weimar u. a. 1995 (künftig: NS in Thüringen), S. 573. Einen kleinen, vielfach jedoch ungenauen Überblick bietet Peter W. Becker in dem von Ronald Smelser und Rainer Zitelmann herausgegebenen Band: Die braune Elite. 22 biographische Skizzen, Darmstadt 1989, S. 236-245. 1983 entstand an der Friedrich-Schiller-Universität eine Diplomarbeit von Beate Breitlauch: Fritz Sauckel. Eine biographische Skizze. Von Bernhard Post stammt ein informativer, auf gewisse Parallelen in den Biographien von Hitler und Sauckel verweisender Beitrag: Vorgezogene Machtübernahme 1932: Die nationalsozialistische Regierung Sauckel, der in der zweiten Auflage von NS in Thüringen erscheinen wird. Dem von Sauckel am 17. 10. 1945 vorgelegten, 20 Seiten umfassenden handschriftlichen Lebenslauf (künftig: Lebenslauf) können eher Schutzbehauptungen als zutreffende Angaben entnommen werden. Siehe: Für Herrn Mayor Kelley. Über meinen Lebenslauf und meine Familie. In: Institut für Zeitgeschichte München, Bestand Fa 190. Freundlicherweise ermöglichte Herr Dr. Post vom Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar dem Vf. einen Einblick in dieses Dokument. Sauckels Tätigkeit als GBA behandeln ausführlich Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. II: 1941-1943, Berlin 1985, S. 179-287, und Walter Naasner: Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942-1945. Die Wirtschaftsorganisation der SS, das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition/Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Boppard am Rhein 1994.

² Lebenslauf, S. 14 und 20.

und Arbeiter. Er wollte dies in seinem Innersten auch stets geblieben sein. Am eigenen Leibe habe er erfahren, was es bedeute, unter einfachsten Verhältnissen zu leben. Ganz im Sinne seiner durchsichtigen, teilweise auch hilflos anmutenden Verteidigungsstrategie behauptete er sogar, niemals ein Buch gelesen zu haben.³ Andererseits stellte er gern und voller Stolz heraus, daß Deutschland ohne seine Leistung – so erklärte er am 29. Mai 1946 in Nürnberg – „keinen Tag“ hätte existieren können.⁴

Tatsächlich trug gerade Sauckels erfolgreicher „Krieg der Arbeit“ jahrelang dazu bei, den unausbleiblichen Zusammenbruch der deutschen Kriegswirtschaft hinauszuschieben. Rührig und pragmatisch nahm er seine Aufgaben in der Schlüsselposition des GBA wahr. Unbedenklich ließ er in den besetzten Gebieten regelrechte Menschenjagden und Zwangsdeportationen durchführen; selbst aus den eigenen Reihen wurde kritisch vermerkt: „Man fängt jetzt Menschen, wie die Schinder früher Hunde fingen.“⁵ In zahlreichen Reden und Schriften rechtfertigte er alles, was seinem Amt dienlich schien. Für Anklage und Urteil des Nürnberger Gerichtshofes spielte nicht zuletzt die Rede vom 6. Januar 1943 – kurz vor dem Ende der Schlacht um Stalingrad – eine große Rolle. In ihr hatte er vor 800 Mitarbeitern des GBA-Apparates apodiktisch erklärt: „Wo die Freiwilligkeit versagt (nach den Erfahrungen versagt sie überall), tritt die Dienstverpflichtung an ihre Stelle ... Wir werden die letzten Schlacken unserer Humanitätsduselei ablegen. Jede Kanone, die wir mehr beschaffen, bringt uns eine Minute dem Sieg näher! Es ist bitter, Menschen von ihrer Heimat, von ihren Kindern loszureißen. Aber wir haben den Krieg nicht gewollt! Das deutsche Kind, das an der Front seinen Vater verliert, die deutsche Frau, die ihren gefallenen Mann beklagt, ist weit schlimmer betroffen. Schwören wir hier jeder falschen Gefühlsregung ab ...“⁶

Bewiesen solche Worte etwa seine Schuldlosigkeit, vielleicht sogar die von manchem seiner Untergebenen gerühmte „Gradlinigkeit seines Charakters“ und die „Kraft innerster Volksverbundenheit“?⁷ Sprach jemand so, der stets ein „einfacher Mann aus dem Volke“ geblieben sein wollte?⁸ Oder war er von Anfang an – wie Albert Speer später über ihn urteilte – lediglich geistig und ethisch überfordert? Einem der amerikanischen Anwälte galt er als ein „unattraktiver proletarischer Leutnant“⁹, und manche Verteidiger zeigten sich peinlich davon berührt, wie das Auftreten des Angeklagten den Eindruck eines gewöhnlichen und ungebildeten Menschen hinterließ.¹⁰ Angesichts solcher Urteile haben Zeitgenossen und Historiker immer [299:] wieder gefragt, weshalb gerade er unter allen Reichsleitern, Gauleitern und sonstigen „Politischen Hoheitsträgern“ der NSDAP ausgewählt worden war, den „Reichseinsatz“ ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland zu organisieren und die Erfüllung eines – so urteilte das Internationale Militärtribunal – grausamen und rücksichtslosen Sklavenarbeitsprogramms zu ermöglichen. Zweifellos gehörte Sauckel zu den besonders hemdsärmelig-robust auftretenden Mitgliedern der NSDAP. In vielfacher Hinsicht verkörperte er den Typ eines regsam-draufgängerischen und bedingungslos gehorsamen, von ausgeprägten Herrschaftsinteressen geleiteten und alle Grenzen des Humanismus mißachtenden Führungskaders seiner Partei. Zugleich hatte er sich aber als ein fähiger Organisator und geschickter Taktiker erwiesen, der sich mit Erfolg bemühte, nützliche Fäden zu entscheidenden Machträgern zu spinnen und seinen eigenen regionalen Wirkungskreis erheblich auszubauen. Als „alter Kämpfer der NSDAP“ beteiligte er sich bedenkenlos

³ Siehe Gustave M. Gilbert: Nürnberg Tagebuch, Frankfurt am Main 1995, S. 11 und 79. Das Urteil Speers über Sauckel und die Aussage über dessen Leseunlust führt Becker, S. 237, ohne Beleg an. Offensichtlich gilt die Selbsteinschätzung Sauckels nur für die schöngeistige Literatur. Aus Akten seines Reichsstatthalterbüros geht hervor, daß er für die Übersendung maritimer und rassistischer Literatur durchaus belesen zu danken vermochte. ThHStAW, Reichsstatthalter, Bd. 5 und Bd. 173.

⁴ IMT, Bd. XV, S. 66.

⁵ Dok. PS-018, IMT, Bd. XXV, S. 74.

⁶ Zit. n. Telford Taylor, S. 498.

⁷ Fritz Fink: Geleitwort zu Fritz Sauckels Kampfreden. Dokumente aus der Zeit der Wende und des Aufbaus, Weimar 1934, S. 9.

⁸ Becker, S. 237.

⁹ Airey Neave: On Trial in Nuremberg (1978) Zit. n. Gitta Sereny: Das Ringen mit der Wahrheit. Albert Speer und das deutsche Trauma, München 1995, S. 12.

¹⁰ Bradley F. Smith: Der Jahrhundert-Prozeß. Die Motive der Richter von Nürnberg – Anatomie einer Urteilsfindung, Frankfurt a. M. 1977, S. 229 f.

und ohne jegliches Unrechtsbewußtsein am organisierten Staatsterrorismus. In der Verherrlichung Hitlers ging er bis an die Grenze der Selbsterniedrigung.¹¹

Sauckels Lebensweg begann am 27. Oktober 1894. Er kam im unterfränkischen Haßfurt als einziger Sohn eines frommen und streng national denkenden Postbeamten zur Welt; kein Lied von Aufstieg und Karriere war ihm an der Wiege gesungen worden. Den Jungen trieb es zur Seefahrt. Offensichtlich hatte er – bewußt oder unbewußt, das steht dahin – die großen Hoffnungen des Kaisers von jener herrlichen Zukunft in sich aufgenommen, die angeblich für das deutsche Vaterland auf dem Wasser liegen sollte. Noch nicht fünfzehnjährig und ohne das seit 1904 besuchte Gymnasium abzuschließen, verließ er im Februar 1909 Schweinfurt, wohin seine Eltern umgezogen waren, und heuerte in Hamburg auf der norwegischen Dreimastbark „Daphne“ an. Er lernte zahlreiche Häfen der Welt und weitere Segelschiffe kennen, gelegentlich diente er auch auf einem deutschen Kohlendampfer. „Seppl“ – so nannten ihn seine Kameraden zur See, ein Spitzname, an den später nur ein einziges Mal erinnert worden ist.¹² 1945 hielt er vor allem für berichtenswert, während seiner Schul- und Seefahrtzeit dem Christlichen Verein junger Männer angehört zu haben.¹³ Gleich zu Beginn des Ersten Weltkrieges geriet Sauckel als Matrose der nach Australien steuernden, im Ärmelkanal jedoch aufgebrachtten „Frieda Mahn“ in französische Zivilinternierung. Im Lager auf der langen Insel westlich von Brest begann er sich für Politik zu interessieren, doch wurde darüber wenig bekannt, was ihn dazu bewegte und schließlich mehr und [300:] mehr dazu anspornte, auf diesem Felde sein Heil zu suchen. Möglichen weise kompensierte er später die erzwungene militärische Untätigkeit und die ausbleibende Anerkennung für „Helden“-Taten mit seinen rastlosen und immer maßloser werdenden politischen Aktivitäten. Ganz offensichtlich verinnerlichte er – sein eigenes Schicksal für das Ganze nehmend – die allgemeine, von den Politikern fast aller Parteien aufgeheizte Stimmung gegen den von den meisten Deutschen als drückend und ungerecht empfundenen Frieden von Versailles. Sauckels nationalistische und auf Vergeltung für die deutsche Kriegsniederlage bedachte Grundorientierung ebnete ihm den Weg zum deutschvölkischen Rassismus, dem er Zeit seines Leben anhing und den er schließlich auch mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln verfocht.

Die ersten drei Jahrzehnte seines Lebens verschwimmen sowohl in der eigenen Darstellung und erst recht in der Literatur über ihn. Alle überlieferten Daten lassen sich nur mit Vorsicht verwenden; maßlos beschönigten und verfälschten die späteren „Partei“-Erzählungen – ähnlich wie bei seinem Idol und „Führer“ Adolf Hitler – die historische Wahrheit. Es gehört vor allem wohl in den Bereich der Legenden, wenn behauptet worden ist, er habe seine schwere Arbeit auf den Handelsschiffen mit dem „brennenden Wunsch im Herzen“ verbunden, eines Tages „im Ehrenkleid eines Offiziers der stolzen deutschen Marine zurückzukehren.“¹⁴ An anderer Stelle pries man alles als energisches Bemühen um eine Kapitäns-Ausbildung. Er selbst sprach gern von der „Freiheitsliebe“, die ihn zur See fahren ließ, und selten vergaß er hinzuzufügen, daß er sich bereits als Fünfzehnjähriger gegen den Marxismus zur Wehr gesetzt¹⁵ und überall festgestellt habe, „wie verbunden die Welt mit deutschem Schaffen und deutscher Arbeit ist“.¹⁶ Die Begeisterung für alles Maritime hielt ihn auch später gefangen: 1934 verbrachte er einen kurzen Sommerurlaub auf dem Segelschulschiff „Gorch Fock“, 1939 versteckte er sich – als Hitler sein Gesuch ablehnte, nun in der Wehrmacht dienen zu dürfen – als blinder Passagier auf dem von Kapitän Salmann befehligten U-Boot, das daraufhin schleunigst von Admiral Karl Dönitz zurückbeordert werden sollte.¹⁷

¹¹ Naasner, S. 35.

¹² Hans Brockert: Fluchtversuch mit Fritz Sauckel. Erinnerung an die Kriegsgefangenschaft. In: Thüringer Gauzeitung, 30.9.1937. Sonderausgabe „Zehn Jahre Gauleiter. Zum Gedenken der Ernennung Fritz Sauckels.

¹³ Lebenslauf, S. 3.

¹⁴ Die Wilhelm-Gustloff-Stiftung. Ein Tatsachen- und Rechenschaftsbericht über Sozialismus der Gesinnung und der Tat in einem Nationalsozialistischen Musterbetrieb des Gaues Thüringen. Hrsg. v. Fritz Sauckel, Weimar 1938, S. 5.

¹⁵ Die Pflicht. Führer- und Amtsblatt des Gaues Thüringen der NSDAP, H. 3/1936, S. 42.

¹⁶ So in einem Brief an Paul Rohrbach, in dem er auch von dem wünschenswerten Erfolg sprach, „daß wir Deutsche, die wir befruchtend auf das Vorwärtkommen der Völker der Erde wirken, auch wieder das Recht erhalten, außerhalb des deutschen Reichsgebietes uns anzusiedeln und zu ernähren.“ ThHStAW, Reichsstatthalter, 173, Bl. 173.

¹⁷ Becker, S. 237.

Erst ein Jahr nach dem Ende des Weltkrieges, im November 1919, kehrte Sauckel aus dem französischen Internierungslager nach Unterfranken zurück. Seine Tätigkeit als Hilfsarbeiter in der Kugellagerfabrik Fischer in Schweinfurt umschrieb er später als Ergebnis seines Entschlusses, „Arbeiter zu werden“ und der Absicht, „mehrere Jahre praktisch den Beruf eines Metallarbeiters“ zu erlernen. Noch in der Erinnerung des in Nürnberg Inhaftierten dominierten Stil und Pathos Hitlers: „Nun lernte ich aber [301:] auch auf das Gründlichste die sozialen Probleme kennen sowie jene politischen Fragen, die das deutsche Volk damals, und insbesondere den deutschen Arbeiter, 50 stürmisch bewegten.“¹⁸ Wie auch immer motiviert, Sauckel traf 1919/20 eine politische Lebensentscheidung: Er trat dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund bei, der damals die größte rechtsradikalantisemitische Organisation darstellte und sich nicht nur für ihn als wichtiger Ausgangspunkt der späteren Karriere erwies.¹⁹ Eine Korrektur seines Schrittes ins Lager der extremen Rechten kam für ihn niemals mehr in Frage. Im Gegenteil, sein nationalistisch und rassistisch begrenztes Denken, eine gewisse Starrköpfigkeit und möglicherweise auch unzureichende intellektuelle Fähigkeiten führten ihn auf der einmal eingeschlagenen Bahn voran. Ebenso ergab sich daraus seine nahezu blinde und bedenkenlose Bereitschaft, sich einer Autorität unterzuordnen und Befehlen zu folgen.

Im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund avancierte er bald zum Leiter der Schweinfurter Ortsgruppe, die außerordentlich wirksam gewesen sein soll. Dann verschlug es ihn nach Thüringen. Seit Sommer 1922 besuchte er die Ingenieurschule in Ilmenau, die er jedoch bereits ein Jahr darauf verließ. Erneut schloß er eine Ausbildung nicht ab, was ihn jedoch nicht daran hinderte, gelegentlich „Techniker“ als seinen Beruf anzugeben. Wahrscheinlich war er niemals als solcher tätig. Ebensov wenig läßt sich erhellen, wovon er damals eigentlich seinen Lebensunterhalt bestritt. Der mag kärglich gewesen sein; erst 1924 heiratete der Dreißigjährige Elisabeth Wetzels, seine drei Jahre jüngere „Lisa“, die er bereits vor dem Krieg verehrt hatte und ihm danach in Schweinfurt wieder begegnet war. Im gleichen Jahr wurde das erste seiner zehn Kinder geboren. Der Ehe des Protestanten Sauckel stand auch nicht im Wege, daß seine Frau katholisch und zudem die Tochter eines „überzeugten“ sozialdemokratischen Arbeiters war. Offensichtlich entsprach sie insbesondere als stiller und „vollkommen innerlich veranlagter Mensch“²⁰ seinen patriarchalischen Vorstellungen.

Nach dem gescheiterten Hitler-Putsch versuchte Sauckel, in Ilmenau einen „Bund Teja“ ins Leben zu rufen. Es gelte, wie einst dem „letzten treuen König der edlen Goten“, auch den eigenen Führern – gemeint waren Hitler und Ludendorff – die Treue zu halten. Er forderte, „unwahre und ehrgeizige Kreaturen“ zu meiden und „pfäffische Ränke“ zu verachten.²¹ Mehr Glück hatte er mit der ebenfalls in Ilmenau geschaffenen SA-Ersatzorganisation „Deutscher Wanderverein“. Mit ihm stieß er rasch zu jenen alldeutschrassistischen und völkisch-faschistischen Kräften, die in Thü-[302:]ringen über starke Traditionen und Bastionen verfügten. Hier hatte sich ein regelrechtes Netzwerk von Deutschtümelei, völkischer Radikalität christlich-germanischer Religiosität und vehementem Antisemitismus herausgebildet, das eng mit dem Wirken des 1905 mit einem Professorentitel geehrten Literaten Adolf Bartels verknüpft war.²² Aus dessen Dunstkreis kam auch Artur Dinter. Und vor allem dieser – ein gebürtiger Elsässer, langjähriges Mitglied des Alldeutschen Verbandes, seit 1920 in der Nähe von Gräfenroda wohnend und seiner verschrobener deutsch-christlichen Religiosität in einer Unzahl von Traktaten Ausdruck verleihend – sollte für Sauckels weiteren Weg in die Politik vielfache Bedeutung erlangen: als fördernder Mentor und Vorgesetzter, aber auch als erbitterter Rivale und Gegner.

Sauckel war früh nationalsozialistischen Organisationen beigetreten und noch in Unterfranken Mitglied der SA geworden. Ihrem rauhbeinigen und gewalttätigen Treiben fühlte er sich eng verbunden,

¹⁸ Lebenslauf, S. 4. Der folgende Satz lautete: „Ich selbst hatte an meiner streng religiösen evangelischen Erziehung meines Elternhauses und meiner Lehrer festgehalten.“

¹⁹ Uwe Lohalm: Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919-1923, Hamburg 1970, S. 327.

²⁰ Lebenslauf, S. 5.

²¹ ThHStAW, NSDAP-Gauleitung, Bd. 1, Bl. 27 f.

²² Justus H. Ulbricht: Die Kulturrevolution von rechts. Das völkische Netzwerk 1900-1930. In: NS in Thüringen, S. 29 ff.

was spätere Konflikte keineswegs ausschloß.²³ Der NSDAP gehörte er seit dem 1. Januar 1923 als Mitglied Nr. 17357 an. Außerdem soll er 1923 als sogenannter Bauernschaftsführer der Organisation Roßbach hervorgetreten sein und über gute Beziehungen zu einem Waffenlager des Jägerregiments Oberfranken verfügt haben, wie Erfurter Beamte für ein zu Beginn der dreißiger Jahre angestrebtes, jedoch bald niedergeschlagenes Ermittlungsverfahren erkundet haben wollten. 1924 gab er erstmalig eine Zeitung heraus, die in Ilmenau unter dem hochtrabenden Titel „Deutscher Aar“ erschien. Dieses Blatt, das nach Inhalt und Aufmachung einem mit lokalen Nachrichten erweiterten „Völkischen Beobachter“ glich, geriet bereits Ende des Jahres in beträchtliche finanzielle Schwierigkeiten. Auch die Verwendung der Ersparnisse seiner Frau konnte das Blatt nicht retten.²⁴ Es fusionierte 1925 mit dem in Weimar von Hans Severus Ziegler, einem Mitarbeiter Bartels‘, herausgegebenen Blatt „Der Völkische“, woraus die Zeitung „Der Nationalsozialist“ hervorging.

In der kleinen nationalsozialistischen NSDAP-Organisation Thüringens stand Sauckel zunächst an der Seite des eigenwilligen Dinter, den er häufig als „unseren Führer“ pries.²⁵ Er unterstützte auch dessen Tätigkeit als Vorsitzender der Fraktion des Völkisch-Sozialen Blocks im Thüringischen Landtag. Diesem Block war es bereits gelungen, die Ergebnisse der Landtagswahlen vom 10. Februar 1924 für sich zu nutzen und gemeinsam mit den im Thüringer Ordnungsbund vereinten bürgerlichen Parteien die sozialdemokratische Regierung zu Fall zu bringen. Wohl als Dank für solche Unterstützung hatte die neue Regierung im Lande Anfang März 1924 das [303:] Verbot der NSDAP und ähnlicher Gruppen aufgehoben. Hitler hoffte wohl nicht ohne Grund, daß Thüringen, „wie die Dinge liegen, die nationalsozialistische Hochburg Deutschlands“ werden könne.²⁶ Wie in kaum einem anderen Teil Deutschlands bekamen rechtsextreme Kräfte damit Freiheiten und Wirkungsmöglichkeiten zugestanden, die sie tatkräftig zu nutzen wußten. Thüringen geriet neben Bayern zu einer der wichtigsten Regionen für den Nationalsozialismus, d. h. 1924 für die Nationalsozialistische Freiheitspartei – einem von Erich von Ludendorff, Gregor Strasser und dem Deutschvölkischen Albrecht von Graefe getragenen Versuch, die verbotene NSDAP zu ersetzen – und dann vor allem für die im Februar 1925 wiedergegründete NSDAP.

Nach der vorzeitigen Haftentlassung Hitlers und der Neugründung der Partei erhielt Dinter Anfang März 1925 die ihn auszeichnende Mitgliedsnummer 5, sein Schützling die Nummer 1395. Als Hitler – gemeinsam mit Julius Streicher und Ernst Röhm – am 22. März 1925 erstmalig nach Weimar kam und das Ziel verfolgte, die auseinanderstrebenden Gruppen miteinander zu „versöhnen“, übertrug er Dinter die Leitung des Gaues und ernannte Ziegler zum stellvertretenden Gauleiter. Hitler war sich jedoch keineswegs sicher, richtig gehandelt zu haben – bereits am 4. Mai 1925 ließ er in Thüringen mitteilen, daß seine Entscheidung noch „keine endgültige“ sei und er nach einer Persönlichkeit suche, „die mehr für die große Sache geleistet hat und ein größeres Vertrauen genießt ...“²⁷ Obwohl Sauckel nur den Posten eines Gaugeschäftsführers der NSDAP erhielt, hatte er damit wohl endgültig seinen Platz in der Politik gefunden, an dem er unwidersprochen und nicht ohne eine gewisse Aussicht auf Erfolg seine nationalistisch-rassistischen Ideen artikulieren konnte. Die ihm gebotenen Chancen nutzte er von nun an äußerst konsequent, auch wenn seinem „Aufstieg“ noch die zahllosen Querelen

²³ Davon zeugt eine vertrauliche Erklärung des SA-Stabschefs Röhm vom 23.4.1934, in der es heißt: „Mit sofortiger Wirkung wird beurlaubt: der zur Ehrendienstleistung der Standarte 24 (Gruppe Thüringen) gestellte Gruppenführer Fritz Sauckel unter gleichzeitiger Einleitung eines Ehrenverfahrens.“ Aus dem Tätigkeitsbericht Sauckels als Reichsstatthalter vom April 1934 geht hervor, daß er „revolutionäre“ Erscheinungen unter der SA mißbilligte und zu beseitigen trachtete. Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK), R 43 11/1376. Zum erwähnten Ehrenverfahren konnte Weiteres nicht ermittelt werden. Nach der Ermordung Röhm trat Sauckel am 9.9.1934 der SS bei, in der er sofort den Dienstgrad eines Gruppenführers erhielt. Als die SA-Akten neu angelegt wurden, erschien in der Spalte „Dienstlaufbahn in der SA“ lediglich die Notiz: „Einzelne Daten dürften hier nicht interessieren.“ Siehe die SA-Akte Fritz Sauckel im Bundesarchiv Berlin-Zehlendorf (ehemaliges Berlin Document Center, künftig zit. als BABZ).
ThHStAW, NSDAP-Gauleitung, Bd. 1/1, Bl. 105.

²⁴ ThHStAW, NSDAP-Gauleitung, Bd. 1/1, Bl. 105.
²⁵ Deutscher Aar. Thüringerwald-Beobachter. Kampfblatt für deutsches Volkstum und soziale Gerechtigkeit, Nr. 3 vom 29.3.1924.

²⁶ ThHStAW, NSDAP-Gauleitung, Bd. 1, Bl. 13.

²⁷ Brief der Münchener Geschäftsstelle der NSDAP an Rudolf Wartemann jr. (Langensalza) vom 4.5.1925. In: BABZ, Akte Artur Dinter.

entgegenwirkten, die zwischen verschiedenen thüringischen Ortsgruppen sowie zwischen SA-Trupps und der Parteiorganisation ausgetragen wurden.

Alle parteiinternen Auseinandersetzungen rankten sich mehr oder weniger um die Person Dinters, obwohl sie grundsätzlich den Kurs der Nationalsozialisten nach dem Scheitern ihres Putsches gegen die Weimarer Republik betrafen. In ihnen vertrat dieser immer stärker völkisch-antiklerikale, Pseudoreligiöse Positionen. Hitler warf er vor, zu einseitig katholische Interessen zu betonen, obwohl die Partei zu 65% aus Protestanten und nur zu 25% aus Katholiken bestehe. Im Katholizismus sah er den gefährlichsten Feind, den es dringlicher zu bekämpfen gelte als die Juden. Später hieß es bei ihm sogar: „Viel schlimmer aber als jeglicher Marxismus und jeg-[304:]licher Bolschewismus ist der Jesuitismus!“²⁸ Die NSDAP betrachtete er vor allem als ein Mittel, seine Pläne zur Schaffung einer „Deutschen Volkskirche“ durchzusetzen. Diese sollte nach seiner Vorstellung nicht nur eine reine, von allen „jüdischen und judenchristlichen Fälschungen“ befreite arisch-heldische Heilandslehre vertreten, sondern auch „Katholiken und Protestanten zu einer wahren, aus den Tiefen der Deutschen Volksseele heraufwachsenden unzerstörbaren Volksgemeinschaft zusammenschließen“.²⁹

Im Streit um die Verankerung eines religiösen Bekenntnisses im nationalsozialistischen Programm unterlag Dinter. Er entfernte sich zunehmend von der NSDAP, zumal es seinen politischen Ehrgeiz bereits arg getroffen hatte, daß ihm von Alfred Rosenberg 1924 das erwartete Reichstagsmandat hintertrieben und Franz Stöhr als thüringischer Kandidat durchgesetzt worden war. Ferner fand er wohl für seine Bemühungen, auch als theoretischer Kopf der NSDAP anerkannt zu werden, keinen hinreichenden Spielraum.³⁰ Welche Gründe es auch immer gab: Sauckel, dessen Artikel sich 1924 im „Deutschen Aar“ noch keineswegs von Dinters Ergüssen unterschieden hatten³¹, sah sich jedenfalls 1925/26 mehr und mehr vor die Entscheidung gestellt, in wessen Gefolge er künftig stehen wollte. Indessen war voraussehbar, daß sich Sauckel für Hitler entscheiden würde. In den Reihen der Nationalsozialistischen Freiheitspartei hatte er sich nicht heimisch gefühlt; über deren Weimarer Parteitag vom Sommer 1924 war in seiner Zeitung kaum berichtet worden und später, als die Nazis ihre Traditionen priesen, schien sie ihm nur abfälliger Erwähnungen wert. Er hatte sich demgegenüber frühzeitig auf Forderungen nach rascher Entlassung Hitlers aus der Landsberger Festungshaft und auf dessen politischen Kurs festgelegt.

Ungeachtet aller Auseinandersetzungen in der thüringischen NSDAP³² nutzte die Partei die ihr in der Landeshauptstadt gebotenen Möglichkeiten zur Durchführung ihres zweiten Parteitages, der am 3. und 4. Juli 1926 stattfand und erheblich zur Stabilisierung der faschistischen Bewegung beitrug. Die Organisation vor Ort muß weitgehend in den Händen Sauckels gelegen haben, ohne daß er besonders in Erscheinung getreten wäre. Nach den eröffnenden Sondertagungen, bei denen außer Dinter und

²⁸ Artur Dinter: Nationale Erhebung und religiöse Erneuerung, Patschkau 1933, S. 3. Zur Begründung dieser These führte er aus: „Ich weise es weit von mir, die Kommunisten, Freidenker und Gottlosen durchweg als ‚Untermenschen‘ zu bezeichnen! Versteht man darunter Menschen, die noch tief im niederen Triebleben stecken, daß ihnen jegliche sittliche Hemmung fehlt, so gibt es Untermenschen auch in den völkischen Reihen leider noch genug! Ein Jesuit aber ist und bleibt, auch wenn er sich zehnmahl zur schwarz-weiß-roten Fahne und zur Hakenkreuzflagge bekennt und noch so laut ‚Heil‘ schreit, der geschworene Erz- und Todfeind unseres heiligen Deutschen Volkes und Vaterlandes!“ Ebenda.

²⁹ Artur Dinter: Der Kulturkampf gegen Hitler, Patschkau 1932, S. 15; siehe auch Eva-Maria Zehrer: Artur Dinters Beitrag zur Diskussion über die Funktion der Religion in einem nationalsozialistischen Staat 1928. In: ... und über Barmen hinaus. Studien zur Kirchlichen Zeitgeschichte. Festschrift für Carsten Nicolaisen zum 4. April 1994. Hg. v. Joachim Mehlhausen, Göttingen 1995, S. 112 ff.; Claudia Witte: Artur Dinter – Die Karriere eines professionellen Antisemiten. In: Historische Rassismusforschung. Ideologen – Täter – Opfer. Hg. v. Barbara Danckwortt/Thorsten Querg/Claudia Schönigh. Mit einer Einleitung von Wolfgang Wippermann, Hamburg 1995, S. 112 ff.

³⁰ Joachim Petzold: Die Demagogie des Hitlerfaschismus. Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur, Berlin 1982, S. 223.

³¹ Im „Deutschen Aar“ vom 22.3.1924 hatte er „gewaltige dunkle Kräfte“ angeklagt, wozu „die drei großen internationalen Gebilde des Ultramontanismus, der Weltfreimaurerei und der Marxisten“ gehören würden. Hinter der Zentrumsparlei stünden die Jesuiten, und allen warf er vor, als „deutschentseelte Kreaturen“ über Ludendorff herzufallen.

³² Siehe Donald R. Tracey: Der Aufstieg der NSDAP bis 1930. In: NS in Thüringen, S. 49 ff.

Ziegler auch der Gaugeschäftsführer eine kleine Ansprache halten durfte, fanden am 4. Juli im Deutschen Nationaltheater Weimar ein Generalappell der SA und SS und sogenannte Fahnenweihen statt. Dinter leitete als Kongreß-Vorsitzender die Tagung, bei der Gottfried Feder über „Staat, Geld- und Finanzwesen“, Goebbels über „Propaganda“ und Hitler zum Thema „Politik, Idee [305:] und Organisation referierten. Über die zahlreichen Anträge aus den Orts-gruppen durfte nicht debattiert werden. Am Nachmittag marschierten etwa 5000 Mitglieder und Anhänger der NSDAP aus allen Teilen Deutschlands – allein aus Bayern waren 500 mit einem Sonderzug angereist – durch die Straßen der Klassiker-Stadt. Vor dem Theater grüßte Hitler erstmals mit der erhobenen rechten Hand, dem importierten „römischen“ Gruß. Im Vorfeld des Parteitages, am 10. Juni, hatte die Landtagsfraktion der NSDAP sieben Gesetzentwürfe eingebracht, die den Ausschluß von Juden aus öffentlichen Ämtern, ihre Nichtzulassung als Ärzte, Notare, Vieh- und Getreidehändler, Studenten und Schüler sowie die „Ausweisung von Ostjuden aus dem Freistaat Thüringen und die Beschlagnahme ihres Vermögens“ zum Gegenstand hatten. Als Jude sollte jeder gelten, der „in der großväterlichen Geschlechterfolge (Generation) noch Blutsverwandte hatte, die sich zum mosaischen Glauben bekannten, egal ob sie heute getauft sind oder nicht“.³³

Es ist nicht eindeutig zu erkennen, wie Sauckel schließlich über Dinter triumphieren konnte. Dessen endgültiger Ausschluß aus der NSDAP erfolgte jedenfalls am 11. Oktober 1928, kurz nachdem Sauckel und Willy Marschler eine offizielle Stellungnahme zur Regierungskrise in Thüringen abgegeben hatten, ohne Dinter zu informieren. Dieser vermutete „Manöver“ der beiden gegen sich. Wie gegen andere auch erhob er an ihre Adresse den Vorwurf, Parteigelder zur Abtragung persönlicher Schulden benutzt zu haben, was Walter Ortlepp (Vorsitzender des Gau-Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses der NSDAP und späterer Sauckel-Intimus) sofort bestritt.³⁴ Dinters Urteil, daß die Mehrzahl der Gauleiter unfähig sei, „ein sachliches Urteil in den Fragen der geistigen und sittlichen Vertiefung unserer Bewegung abzugeben“, muß sich in hohem Maße auf Sauckel bezogen haben.³⁵ Als Dinter zudem noch den Führungsstil in der NSDAP zu kritisieren begann und die Einsetzung eines Partei-Senats nach dem Beispiel der italienischen Faschisten forderte, wollte Hitler handeln und den Konflikt lösen: Im September 1927 entfernte er ihn vom Amt des Gauleiters, im Februar des folgenden Jahres aus der thüringischen Parteiorganisation und im Oktober 1928 schließlich ganz aus der Partei. Dabei war Sauckel dem Chef der NSDAP offensichtlich so eifrig behilflich gewesen, daß er am 28. September 1927 selbst an die Spitze der thüringischen NSDAP-Gauleitung treten durfte. Als NSDAP-Gaugeschäftsführer stand für einige Zeit Martin Bormann an seiner Seite – eine zukunfts-trächtige Verbindung ...

Sauckel ging daran, die neu errungene Stellung zielstrebig und systematisch auszubauen. Unter den thüringischen Nazis fand er zunehmend An-[306:]klang, da er sich den widerstreitenden Gruppen als Vermittlungs- und Integrationsfigur darzustellen vermochte. Er verstand es bald, eine Hausmacht ihm ergebener Nationalsozialisten um sich zu scharen.³⁶ Vor allem profitierte er von der Entschärfung des

³³ Denkschrift über die Tätigkeit der Fraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Thüringer Landtage 1924/1927. Hrsg. von Willy Marschler, Weimar o. J.

³⁴ Stellungnahme vom 22.10.1928. In: BABZ, Akte Artur Dinter. Als 1936 noch einmal Material auftauchte, in dem Sauckel „Unregelmäßigkeiten zum Nachteil der Partei“ vorgeworfen wurden, veranlaßte Sauckel eine Hausdurchsuchung bei Walter Kühn, einem Bekannten Dinters, in Gössnitz. Sie fand am 16.10.1936 statt und dauerte von 15.30 bis 20.45 Uhr. Im Bericht der Kriminalsekretäre, die die Durchsuchung vornahmen, hieß es: „Die Diensthandlungen in Gössnitz sind anweisungsgemäß so durchgeführt worden, daß Kühn persönlich keinerlei Ahnung davon hat, daß der Gauleiter von den dienstlichen Maßnahmen vorher unterrichtet war.“ ThHStAW, Reichstatthalter, Bd. 198, Bl. 7. Daß Sauckel Schulden hatte, deren Restbetrag 1936 vom Verlag „Der Nationalsozialist“ bzw. von der „Thüringischen Gauzeitung“ bezahlt wurde, geht hervor aus einer Darstellung von Frau Sauckel vom 28.4.1938. ThHStAW, NSDAP-Gauleitung, Bd. 1/1, Bl. 106.

³⁵ Brief Dinters an Hitler vom 29.8.1928. In: Das Geistchristentum, H. 9-10/1928, S. 364 ff. Später urteilte Dinter, Sauckel sei mit seinem „idiotischen Schädel“ nicht in der Lage, die thüringische Regierung zu führen. Siehe ThHStAW, Reichstatthalter, Bd. 198, Bl. 11.

³⁶ Dazu gehörten u. a. Otto Eberhardt, Paul Hennicke, ein späterer SS-Obergruppenführer, Willy Marschler, Paul Papenbroock, Karl Siekmeier, Walther Sommer (der als Ministerialrat im Thüringischen Innenministerium unter Frick und Sauckel Gesetzentwürfe ausarbeitete und 1934 in den Stab des Stellvertreters des Führers berufen wurde,

Konfliktes zwischen SA und politischer Organisation der NSDAP. Der thüringische SA-Gauleiter Arno Donnerhack wurde durch Gustav Zunkel ersetzt.³⁷ Immer wieder bewies Sauckel in organisatorischen Dingen großes Geschick. Ihm kam auch zugute, umgänglicher als Dinter zu sein. Ihm geriet zum Vorteil, anstehende Probleme pragmatisch und entscheidungsfreudig zu lösen. Und er wußte nun Hitler voll und ganz in seinem Rücken. Wie dieser in der ganzen Partei setzte er sich zunehmend in der thüringischen NSDAP durch. Beider Erfolge ließen ein spezifisches Beziehungsgeflecht zwischen ihnen entstehen. Selbstverständlich wagte Sauckel kein kritisches Wort an die Adresse des Parteichefs, im Gegenteil: Manche seiner Briefe an den „hochzuverehrenden Herrn Hitler“ lesen sich wie kriecherische und unterwürfige Episteln. Bis in kleinste Detail begann der Gauleiter den „Führer“ zu kopieren und jenen Führungsstil zu übernehmen, den dieser mehr und mehr praktizierte.³⁸

Unter Sauckels Leitung ging es mit der NSDAP Ende der zwanziger Jahre in Thüringen rascher aufwärts als in anderen Teilen Deutschlands. Mitte 1925 hatte sie lediglich über ca. 600, Ende 1927 über ca. 720 Mitglieder in 82 Ortsgruppen verfügt.³⁹ Eine Verdoppelung ergab sich 1928, als die konkurrierenden deutschvölkischen Verbände zerfielen. Die beginnende Weltwirtschaftskrise, die in Thüringen sofort die ohnehin vorhandenen und direkt auf die Kriegsniederlage zurückgehenden strukturellen Schwierigkeiten des exportierenden Gewerbes vertieften, führte zu besonders tiefen sozialen Auswirkungen. Die NSDAP konnte bei den Landtagswahlen vom 8. Dezember 1929 über 90.000 Stimmen (11,3%) gewinnen. Statt der bisherigen zwei verfügte sie nunmehr über sechs Mandate; eines davon hatte Sauckel errungen. Den 23 bürgerlichen Abgeordneten standen 18 Sozialdemokraten und sechs Kommunisten gegenüber. Die bürgerlichen Abgeordneten, insbesondere die des Thüringer Landbundes und der Deutschen Volkspartei entschieden sich für eine Koalition mit der NSDAP, obwohl diese erpresserisch und mit unangemessen hohen Forderungen auftrat.

Der neuen Landesregierung gehörten erstmalig zwei Nazis an: Wilhelm Frick als Verantwortlicher für die Ressorts Innenpolitik und Volksbildung sowie Willy Marschler als Staatsrat. Frick hatte bis dahin zwar wenig mit Thüringen zu tun, entsprach aber am ehesten den Vorstellungen Hitlers an einen Minister aus den Reihen seiner Partei. Mit ihm signalisierte er [307:] zugleich die große Bedeutung, die er der ersten nationalsozialistischen Regierungsbeteiligung in einem der deutschen Länder beimaß, so daß von einem „Modell der Machtergreifung“ und einem regionalen Experimentierfeld gesprochen worden ist. Als thüringischer Innen- und Volksbildungsminister kam für Hitler „nicht irgendein kleiner Parlamentarier oder ein ergebener Regierungsbeamter“ in Frage, sondern „nur ein durchgekochter Nationalsozialist von ebenso großer Fachkenntnis wie bedingungsloser nationalsozialistischer Gesinnung“. In seiner Darstellung der Koalitionsverhandlungen, die er einem Förderer in Übersee zukommen ließ⁴⁰, spielten die thüringischen Nazis eine völlig untergeordnete Rolle. Er hielt es lediglich für erwähnenswert, daß er mit Hilfe einer Industriellenversammlung, zu der alles gekommen war, „was in der mitteldeutschen Wirtschaft überhaupt eine Rolle spielt“, erfolgreich Druck auf die anderen Parteien ausgeübt habe. Von der einladenden Fraktion des Landtages nahm er kaum Notiz. Der Gauleiter stand immer noch im Schatten eines anderen ...⁴¹

wo er bis 1941 die für staatsrechtliche Fragen zuständige Abteilung leitete), Fritz Wächtler. Ausführliche biographische Angaben zu den Personen in Sauckels Umfeld finden sich im „Thüringen Handbuch“, das 1996 vom ThHStAW herausgegeben werden soll.

³⁷ Siehe Peter Hüttenberger: Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969, S. 66.

³⁸ In einem Rundschreiben vom 6.3.1931 erläuterte Sauckel die Organisation und Durchführung von Versammlungen. Unter anderem verbot er den Versammlungsleitern zu sagen, er erteile dem Redner das Wort, es müsse heißen: „Und nun hat unser hochverehrter Parteigenosse ... das Wort.“ Zit nach: Die Pflicht, H. 6-7/1935, S. 104.

³⁹ Siehe Donald D. Tracy: Der Aufstieg der NSDAP bis 1930. In: NS in Thüringen, S. 61 f.

⁴⁰ Siehe Fritz Dickmann: Die Regierungsbildung in Thüringen als Modell der Machtergreifung. Ein Brief Hitlers aus dem Jahre 1930. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, H. 4/1966, S. 454 ff.

⁴¹ Der Biograph Fricks nimmt von Sauckel für die Jahre 1930/31 keine Notiz. Siehe Günter Neliba: Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn u. a. 1992. Das gilt auch für den Beitrag Nelibas in NS in Thüringen, S. 75 ff.

Den harten Konfrontationskurs Fricks und die „erste Vorstellung des kommenden neuen Reiches“⁴² trug Sauckel jedoch voll und ganz mit. Gleich, ob es sich um die Säuberung der Polizei von demokratischen Kräften, die Einführung nationalistischer Schulgebete, den Erlass „Wider die Negerkultur für deutsches Volkstum“, Zensurmaßnahmen gegen das Buch und den Film „Im Westen nichts Neues“ des Pazifisten Erich Maria Remarque, die Entfernung „dekadenter“ Gemälde aus Weimarer Museen oder um die Errichtung eines Lehrstuhls für Sozialanthropologie für Rasseforscher Hans F. K. Günther an der Jenaer Universität handelte – Sauckel unterstützte alles und stellte für Frick eine „unverzichtbare politische Stütze“ dar.⁴³ Es waren schließlich seine beleidigenden Ausfälle gegen die Koalitionspartner, die – von „trottelhaften Greisen, Verrätern und Betrügern“ und „bodenloser Unverschämtheit“ hatte er getönt⁴⁴ – der DVP den Anlaß boten, am 1. April 1931 Frick zu stürzen. Nicht erwiesen ist, ob Sauckel auch um Fricks Versuch wußte, Hitler im Sommer 1930 zum Gendarmeriewachtmeister von Hildburghausen zu ernennen und dadurch den Staatenlosen zu einem deutschen Staatsbürger zu machen.⁴⁵ Als dieser Vorgang im Februar 1932 bekannt wurde und ein von Hermann Brill (SPD) geleiteter parlamentarischer Untersuchungsausschuß zu tagen begann, sorgte er allerdings dafür, daß die von ihm geleitete Fraktion der NSDAP demonstrativ den Debatten des Landtages fernblieb.

Sauckel suchte sich auch auf kulturpolitischem Gebiet zu profilieren und in der Thüringer Kulturlandschaft den Antiliberalismus und Rassismus der [308:] nationalsozialistischen Ideologie durchzusetzen; bei den Vernehmungen in Nürnberg wollte er statt dessen glauben machen, ihm wäre „die Förderung des Weimarer Kulturkreises und seiner künstlerischen sowie kulturellen unvergleichlichen Tradition eine heilige Verpflichtung“ gewesen.⁴⁶ Wie weit er sich von allen humanistischen Anliegen der Kunst entfernt hatte, zeigt eine seiner Landtagsreden vom November 1930: „Wir wollen keine asiatische, bolschewistische Kultur, die, wie das heute in Sowjetrußland geschieht, alle Werte im negativen Sinne beeinflußt, bis alles vernichtet ist, bis ein Volk schöpferisch und kulturell unfruchtbar geworden ist.“⁴⁷ Ausgerechnet am Todestag Goethes führte die NSDAP 1931 im Weimarer Nationaltheater eine Veranstaltung zum Thema „Justizmord von heute“ durch. Eine weitere Kostprobe seines Kulturverständnisses gab Sauckel im folgenden Jahr. Am 29. Januar 1932 publizierte die sozialdemokratische Regionalpresse ein Rundschreiben Sauckels, aus dem die Stellung der deutschen Faschisten zum „Goethe-Jahr“ hervorging. Der geplante Besuch Thomas Manns, Gerhart Hauptmanns und Walter von Molos aus Anlaß des 100. Todestages des Dichturfürsten sei eine Verhöhnung der nationalsozialistischen und nationalen Einwohnerschaft Weimars. In einer Pressekonferenz kündigte Sauckel an, es werde darauf mit der Inszenierung einer hyperpatriotischen Gegenöffentlichkeit reagiert, jedoch nicht mit abgegriffenen Parteiparolen oder Krawallen wie 1924 und 1926. Überhaupt gab man sich betont vaterlandsverbunden und diszipliniert, ging es den Nazis doch um die Gewinnung weiterer Wählerscharen aus den deutschvölkischen und rechtskonservativen Kreisen, aber ebenso aus der künstlerischen, technischen und wissenschaftlichen Intelligenz.⁴⁸ Ziegler, inzwischen zum Gauführer des nationalsozialistischen Kampfbundes für Deutsche Kultur avanciert, kündigte

⁴² Zur Frage, ob die Nazis Thüringen als ein Experimentierfeld und ihre Aktionen als eine Generalprobe für ihren entscheidenden Kampf um die Macht im Deutschen Reich betrachteten, siehe Neliba, Wilhelm Frick. Der Legalist; ders., Wilhelm Frick und Thüringen als Experimentierfeld für die nationalsozialistische Machtergreifung. In: NS in Thüringen, S. 75 ff.

⁴³ Post, Vorgezogene Machtübernahme 1932.

⁴⁴ Der Nationalsozialist, 3.3.193 1; siehe auch Udo Decker: Faschismus und Volksschule in Thüringen (1930 bis 1939). Regionalgeschichtliche Studie zur Einflußnahme auf die Schulpraxis. Phil. Diss Jena 1988, S. 41.

⁴⁵ Manfred Overesch: Die Einbürgerung Hitlers 1930. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, H. 3/1992, S. 543 ff. Der Verfasser betrachtet Brill als den hauptsächlichen Gegenspieler Sauckels. Siehe Manfred Overesch: Hermann Brill. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992.

⁴⁶ Lebenslauf, S. 13.

⁴⁷ Der Kampf um Thüringen. Ein Bericht über die Tätigkeit des ersten nationalsozialistischen Staatsministers und der thüringischen nationalsozialistischen Landtagsfraktion. Hg. v. der Gauleitung Thüringen der NSDAP, Weimar o. J., S. 43.

⁴⁸ Siehe Rüdiger Stutz: Der Jena-Weimar-Plan 1932. Hintergründe und Anliegen. In: Zwischen Konvention und Avantgarde. Doppelstadt Jena-Weimar. Hg. v. Jürgen John/Volker Wahl, Weimar u. a. 1995, S. 365 f. Siehe auch Hildegard Brenner: Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus, Reinbek bei Hamburg 1963, S. 22-35.

eine eigene Veranstaltung an, in der an den „deutschbewußten Goethe, den volksbewußten Weisen von Weimar“ erinnert werden sollte; gleichzeitig charakterisierte er Hitler als den souveränsten staats- und kulturpolitischen Kopf seiner Zeit.⁴⁹

Sauckels kulturell-geistige Schwachbrüstigkeit und die ihm von Ziegler attestierte Unfähigkeit, in Belangen der bildenden und darstellenden Kunst differenziert urteilen zu können⁵⁰, ließen ihn für das politische Geschäft der NSDAP, aber wohl auch für viele ihrer Wähler als besonders geeignet erscheinen. Bei den Landtagswahlen vom 31. Juli 1932 wurde ihm jedenfalls ein großer persönlicher Erfolg zuteil. Die Partei errang 43,9% der Stimmen und lag damit weit über dem Durchschnitt ihres Ergebnisses im Reich. Der thüringische Gauleiter stand seit dem 26. August 1932 einer Koalitionsregierung vor, in der neben sechs Mitglie-[310:]dern der NSDAP auch ein Vertreter des Thüringer Landbundes saß. Offen wurde jedoch davon gesprochen, es handele sich um die erste „rein“ nationalsozialistische Regierung Deutschlands. Sie verletzte brutal alle Regeln des Parlamentarismus, begann mit dem völligen Abbau der Weimarer Demokratie und kündigte „die Brechung jeglichen Widerstandes“ an, da immer noch „ein Teil der Bevölkerung die Schicksalsstunde des thüringischen Volkes in parteipolitischer Verrantheit“ nicht erkennen wolle.⁵¹

Auf die Bildung und Zusammensetzung der neuen Landesregierung hatte die Münchener Parteiführung keinen Einfluß mehr ausgeübt; Sauckels Stellung in der NSDAP-Hierarchie schien jetzt unangefochten zu sein. Seine Regierungstätigkeit⁵² war für die gesamte Partei von ungeheurer Bedeutung, konnte sie doch nun vollends den Sprung an die Macht wagen. Zugleich half ihr die thüringische Regierungsbildung, von ihrer Schlappe abzulenken, die sie am 13. August durch Reichspräsident Hindenburg bei den Verhandlungen zur Bildung einer neuen Reichsregierung erlitten hatte. Trotz ihres enormen Einbruchs bei den Reichstagswahlen und den thüringischen Kommunalwahlen im November/Dezember 1932 konnten NSDAP und Regierung in Thüringen weiter wirken wie bisher. Allerdings machte sich in den eigenen Reihen Unmut breit und wurde gefordert, die Partei müsse Inhalte und Strukturen ihrer propagandistischen Aktivitäten verändern. Stärker als bisher sollten die sozialen Probleme der Arbeiterschaft und der Erwerbslosen behandelt, anstelle der Großveranstaltungen eine „Propaganda durch Kleinarbeit“ betrieben werden.⁵³ Im Vorfeld des 30. Januar 1933 knüpfte Sauckel auch erfolgreich Beziehungen zur Reichswehr; bereits am 18. Januar 1933 fand in Weimar auf dem Marktplatz anlässlich der Reichsgründungsfeier der erste gemeinsame Aufmarsch von SA, SS und Reichswehr statt. Sauckels optimistische Erwartung, die Reichswehrrführung werde die NSDAP unterstützen, war noch ein Jahr zuvor von Goebbels mit großer Skepsis zur Kenntnis genommen worden.⁵⁴

Als das faschistische Herrschaftssystem überall in Deutschland errichtet worden war, belohnte Hitler den Gauleiter am 5. Mai 1933 mit der Ernennung zum Reichsstatthalter und im November 1933 mit einem Reichstagsmandat. Wie der Reichskanzler stürzte sich auch Sauckel voll und ganz auf sein neues staatliches Amt. Als Ziel galt ihm nun die Gestaltung Thüringens zu einem „Schutz- und Trutzgau des Führers“.

Widerstand und oppositionelle Regungen durfte es nicht geben, sie wurden brutal im Keim erstickt. Versammlungs- und Kundgebungsverbote ergingen meist früher als im Reich, was Sauckel als Beweis für die „Vorbild-[311:]lichkeit der thüringischen Gesetzgebung“ preisen ließ.⁵⁵ Von 1933 bis 1936 wurden allein am Oberlandesgericht in Jena und am Sondergericht Weimar 4314 Verfahren

⁴⁹ Das Volk. Organ der Sozialdemokratischen Partei für das Land Thüringen, 27. Jg. (1932), Nr. 33 vom 9. und Nr. 50 vom 29.2.1932.

⁵⁰ Hans Severus Ziegler: Adolf Hitler aus eigenem Erleben dargestellt, Preußisch Ohlendorf 4/1977, S. 199.

⁵¹ Martin Schulze: Nationalsozialistische Regierungstätigkeit in Thüringen 1932/33, Weimar 1933, S. 6.

⁵² Sauckel berichtete in seinem Lebenslauf (S. 12), daß er ein erfolgreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm in Gang gebracht habe. Dieses sei „durch ein Darlehen von zwei Millionen Mark“ finanziert worden, das „auf meine Vorstellung der Direktor der ‚Dresdener Bank‘, Herr Karl Götz – kein Parteigenosse. Ihn hatte ich 1914 in französischer Gefangenschaft kennengelernt. Bester Finanzfachmann – dem Lande Thüringen gewährte.“

⁵³ ThHStAW, NSDAP-Gauleitung, Bd. 1, Bl. 239 ff. Siehe auch Post, Vorgezogene Machtübernahme 1932.

⁵⁴ Die Tagebücher, Bd. 2, S. 24 (20.2.1931).

⁵⁵ Der Nationalsozialist, 30.5.1933. Siehe auch Martin Schulze: Nationalsozialistische Regierungstätigkeit in Thüringen 1932 bis 1935, Weimar 1936.

durchgeführt, von denen vier Fünftel sogenannte staatsfeindliche Äußerungen betrafen. Sauckels Wirken verband sich Mitte der dreißiger Jahre untrennbar mit der Schaffung des berüchtigten Konzentrationslagers Buchenwald auf dem Ettersberg bei Weimar. Ein solches Lager, das zunächst für die Aufnahme von 3000, bald jedoch von 8000 Häftlingen vorgesehen war und in dem es am Ende 56.000 Tote geben sollte, hielt auch er für unumgänglich. Mit der Führung des Reiches völlig übereinstimmend erwartete er, daß Thüringen im Falle eines Krieges besonders von „staatsfeindlichen“ Elementen heimgesucht werden würde. Himmler entsprach auch der Bitte des Reichsstatthalters um die Verlegung einer größeren SS-Einheit nach Weimar.⁵⁶

Besonderes Augenmerk widmete Sauckel auch der Realisierung seiner rassistischen Ziele. Bereits am 15. Juli 1933 entstand das „Landesamt für Rassewesen“, zu dessen Leiter er einen alten Bekannten aus dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund berief: Karl Astel. Dieses Amt erfaßte binnen kurzer Zeit in 466 600 Akten eines „erbbiologischen Archivs“ fast jeden dritten Einwohner Thüringens. Es führte bis 1935 mehr als 170 Kurse mit 10.948 Teilnehmern in den „Thüringischen Staatsschulen für Führertum und Politik“ in Egendorf und Bad Berka durch. Eine von ihm organisierte und in zahlreichen Städten Thüringens gezeigte Ausstellung stellte das „thüringische Rassewesen“ sowie die „Mittel und Wege zur rassehygienischen Aufartung“ dar.⁵⁷ Astel nahm 1934 Platz auf dem Lehrstuhl für „Menschliche Züchtungslehre und Vererbungslehre“ an der Jenaer Universität, die er zu einer SS-Universität machen wollte und deren Rektor er 1939 wurde. In Deutschland galt die Jenaer Hochschule neben Gießen rasch als das Zentrum nationalsozialistischer Rassenhygiene und Medizin.⁵⁸ Sauckel äußerte sich 1938 auch selbst zu diesem Thema: Alles müsse „ausgemerzt“ werden, was „heute noch als Summe unsagbaren Leides in Krüppelheimen oder Irrenhäusern und als Ausgeburt menschlicher Zügellosigkeit der Vergangenheit ein jämmerliches Leben fristet ...“⁵⁹

Im Interesse der Befestigung und des Ausbaus seiner regionalen Machtpositionen wagte Sauckel sogar ab und zu, wider den Stachel zu löcken. In seinem Bericht über die Behörde und die Funktion des Reichsstatthalters vom 14. April 1934 sowie in der Denkschrift „Die Verlagerung von Zuständigkeiten von den bisherigen Ländern nach der Berliner Ministerialbürokratie“ vom 27. Januar 1936⁶⁰ artikuliert er den Vorwurf, daß an die Stelle des früheren Länderpartikularismus der Ressortpartikularismus [312:] getreten sei, eine Aussage, die als nahezu geflügeltes Wort die Runde machte.⁶¹ Sauckel forderte die Unterstellung sämtlicher Landes- und Reichsbehörden im Reichsgau unter den Reichsstatthalter, weil dieser allein „eine straffe und einheitliche Reichsführung“ in den Gauen gewährleiste. Außerdem definierte er den Reichsgau Thüringen als eine Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Recht der Selbstverwaltung und mit eigenem Vermögen. Die Aufsicht des Reichsinnenministeriums sollte sich auf eine Rechtskontrolle beschränken, ansonsten dürften die Reichsstatthalter nur dem Reichskanzler unterstellt sein.⁶² Am 22. November 1937 richtete er eine weitere Denkschrift an Reichsinnenminister Frick. Unter dem Titel „Sofortprogramm zur Wiederherstellung der Einheit der Verwaltung“ forderte er eine gesetzliche Regelung, die den Fachministerien des Reiches die Kompetenz zur Bildung von Verwaltungsbezirken für Behörden, Körperschaften oder Verbänden

⁵⁶ Zur Entstehung und Geschichte des Lagers siehe: Konzentrationslager Buchenwald. Post Weimar/Buchenwald. Katalog zu der Ausstellung der Deutschen Demokratischen Republik im Martin-Gropius-Bau Berlin (West), April-Juni 1990. Hrsg. v. der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald. Nach 1989/90 hat sich die Forschung auf andere Fragen konzentriert. Siehe z. B. Der 'gesäuberte' Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente. Hrsg. v. Lutz Niethammer unter Mitarbeit von Karin Hartewig, Harry Stein und Leonie Wannemacher. Eingel. von Lutz Niethammer und Karin Hartewig, Berlin 1994. Von den 25 Beiträgen des Bandes NS in Thüringen thematisiert nicht ein einziger die Geschichte des KZ Buchenwald.

⁵⁷ Martin Schulze: Nationalsozialistische Regierungstätigkeit in Thüringen 1932-1935, Weimar 1935, S. 6 f.

⁵⁸ Brigitte Jensen: Karl Astel — „Ein Kämpfer für die deutsche Volksgesundheit“. In: Dankwort u. a., S. 174 und 176.

⁵⁹ Bekenntnis zum Kinderreichtum der Tüchtigen. Rede des Gauleiters und Reichsstatthalters Fritz Sauckel am 26. Juni 1938 in Weimar. Hrsg. v. Gauorganisationsamt der NSDAP Gau Thüringen, Weimar o. J., S. 17 f.

⁶⁰ BAK, R 43 11/ 1382 und 494.

⁶¹ Dieter Rebutisch: Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939-1945, Stuttgart 1989, S. 38.

⁶² Rebutisch, S. 237.

ihres Geschäftsbereiches zu entziehen hätte. Alle regionalen Verwaltungszentren einschließlich der Wehrkreisämter der Wehrmacht, sollten die Stellung oberster Reichsbehörden erhalten. Besonders ärgerte ihn, daß der Regierungsbezirk Erfurt zwar parteimäßig zu Thüringen gehörte, die staatlichen Kompetenzen aber nach wie vor beim Oberpräsidenten der Provinz Sachsen lagen, was ebenso wie andere territoriale Probleme⁶³ erst 1944 in seinem Sinne bereinigt werden konnte.

Aus den Spezifika der Machtorganisation im faschistischen Deutschland, aber auch aus Sauckels eigenem Machtstreben resultierten auch die zunehmenden Bekundungen seiner „Treue“ zu Hitler, die er, wann immer sich dazu eine Gelegenheit bot, als sein unerschütterliches Lebensziel und -ideal ausgab. Bei allen erdenklichen Gelegenheiten stellte er sich demonstrativ auf die Seite seines „Führers“. Es verging kaum eine Versammlung, keine Demonstration thüringischer Nazis, auf denen er nicht das Hohelied des Kultes um Hitler angestimmt hätte. Solches Tun unterschied ihn allerdings kaum von den anderen Gauleitern und Funktionären der zweiten Ebene, dennoch klang vieles aus seinem Munde unverblümt, direkter, ja auch entlarvender. Beispielsweise meinte er in einer als programmatisch gekennzeichneten Rede am 15. Juli 1933 sagen zu müssen – Hitler hatte gerade das „Ende der nationalsozialistischen Revolution“ verkündet –, daß es mit dem Hinweis auf „die große Persönlichkeit unseres Führers“ möglich sei, von den „Widerwärtigkeiten des Alltags“ abzulenken.⁶⁴ Manches klang auch wie eine Selbstbeschwörung, vor allem wenn er die Ewigkeit der 1933 vollzogenen Veränderungen pries ...

Als Sauckel 1934 seine „Kampfreden“ veröffentlichen ließ, wurde den thüringischen Ortsgruppen der NSDAP empfohlen, am Ende ihrer Veran-[313:]staltungen jeweils eine dieser zumeist kurzen, von hohlen Phrasen und Appellen nur 50 wimmelnden und kaum einen eigenen Gedanken enthaltenden Reden zu verlesen – dies gewährleiste „den denkbar besten und wirkungsvollsten Abschluß des Abends!“⁶⁵ Offensichtlich gefiel er sich auch darin, am Glanz des Führerkultes in der NSDAP zu partizipieren. Ohne [314:] erkennbaren Widerspruch nahm er die Huldigungen seiner Umgebung dankbar an. Mit Sorgfalt und zunehmender Eitelkeit beobachtete er, welche Bilder von ihm veröffentlicht wurden. Als ihm ein völkischer Autor sein Buch über „Führer und Volk“ übermittelte, bedankte er sich zwar sehr höflich, hielt aber nicht mit seiner Bestürzung über ein Bild zurück, das ihm nicht gefiel, weshalb er es als nicht verwendbare „Gelegenheitsaufnahme“ betrachtet wissen wollte. Die nächste Gelegenheit nutzte er, um ein anderes, ihm offensichtlich eher entsprechendes Konterfei zu präsentieren.⁶⁶

Wie Hitler liebte auch Sauckel die großen Heerschauen, die Selbstdarstellungen des Regimes, wozu er jeden Anlaß wie die Gauparteitage, Leistungsschauen, erste Spatenstiche zu Neubauten u. ä. m. nutzte. Mehrere dieser Veranstaltungen ragen heraus: die Feiern zum ersten Jahrestag seiner Regierungstätigkeit im August 1933 (bei denen er Ehrenbürger der Stadt Weimar wurde), die Zehnjahresfeier des Parteitages vom Juli 1926, die Veranstaltungen zum 10. Jahrestag seiner Ernennung zum Gauleiter im September 1937 und die pompöse Einweihung des umgebauten Hotels „Elephant“ im November 1938, das durch die häufigen Besuche Hitlers in den Rang einer Kultstätte des Nationalsozialismus erhoben wurde. Nicht nur zu diesen Anlässen wurden Anhänger aus allen Teilen Thüringens aufgeboten, versehen mit exakten Anweisungen, wieviel und mit welcher Ausstattung sie aufzumarschieren hätten; 1936 ordnete beispielsweise der stellvertretende Gauleiter Karl Siekmeier an, daß 43.580 Teilnehmer „einen unauslöschlichen Eindruck von der Wucht und der Geschlossenheit der Bewegung vermitteln“ sollten. Von „historischen Feiertagen“ war da die Rede, ebenso davon, daß mit ihnen der Gau Thüringen „im

⁶³ An einem Beispiel ausführlich belegt von Hans-Stefan Brather: Der „Frosch-Mäuse-Krieg“ um die Exklave Ostheim vor der Rhön (1939-1945). Rivalisierende Gaufürsten im Gestrüpp ihrer Zuständigkeitsüberlagerungen. In: Thüringische Forschungen. Festschrift für Hans Eberhardt zum 85. Geburtstag am 25. September 1993. Hrsg. v. Michael Gockel/Volker Wahl, Weimar u. a. 1993, S. 533 ff.

⁶⁴ Fritz Sauckels Kampfreden, S. 88; siehe auch die von Sauckel herausgegebene Schrift: Kampf und Sieg in Thüringen, Weimar 1934.

⁶⁵ Die Pflicht, H. 4/1935, S. 74.

⁶⁶ ThHStAW, Reichsstatthalter, Bd. 173, Bl 178. Das mißliebige Bild ist enthalten in Carl Siegmars Baron von Galéra: Führer und Volk. Die Geschichte der Deutschen und ihrer Reiche, Stuttgart 1933, nach S. 496, das andere in Martin Schulze: Nationalsozialistische Regierungstätigkeit in Thüringen 1933/34, Weimar 1934, vor S. 9.

Interesse der Weltöffentlichkeit“ stehe.⁶⁷ In einer dazu von Sauckel herausgegebenen, reich gebilderten Publikation trieb der Kult um Hitler seltsame Blüten. In ein Bild der auf dem Weimarer Marktplatz wartenden Menge wurden Sprechblasen eingefügt: „Lieber Führer, bitte, bitte, lenk auf den Balkon die Schritte!“ oder „Lieber Führer, komm heraus aus dem Elefantenhaus!“⁶⁸

Im Juli 1936 wurde in Weimar mit dem Bau eines sogenannten Gauforums begonnen, das als eine Art Pilotprojekt für analoge, später zu schaffende Anlagen in allen NSDAP-Gauhauptstädten gedacht war.⁶⁹ Alle Vorstellungen zielten auf eine architektonische Demonstration und Befestigung der neuen Machtverhältnisse. Ursprünglich hatte Sauckel einen Entwurf favorisiert, der eine Art neuzeitlich-fürstlicher Residenz vorsah, noch dazu unter Verwendung von Teilen des Goetheparks. Der Plan mißfiel dem [316:] „Führer“, was zu einer Wettbewerbsausschreibung führte, die schließlich der Hitler eng verbundene Architekt Hermann Giesler gewann. Sein Modell wurde 1937 auf der Pariser Weltausstellung mit einem Grand prix ausgezeichnet und nahm nach der Grundsteinlegung rasch Gestalt an. Eine überdimensionierte, die historische Stadtstruktur sprengende Anlage sollte den Amtssitz des Gauleiters, des Reichsstatthalters und nationalsozialistischer Organisationen sowie ein Aufmarschfeld und eine Versammlungshalle für 15.000 Menschen umfassen. Von Goebbels ertete Sauckel größtes Lob – nach einer Besichtigung der Parteibauten notierte dieser in sein Tagebuch: „Ich bin ganz begeistert. Sauckel ist ein Prachtkerl.“⁷⁰ Am Gauforum ließ Sauckel, der selbst den Vorsitz eines Zweckverbandes zum Bau des Gauforums innehatte, selbst noch in den letzten Jahren des Krieges weiterbauen, ähnlich wie Hitler an seinem „Berghof“ in der Nähe von Berchtesgaden oder andere Naziführer bei ihren jeweiligen Bauprojekten. Dazu nutzte er seine Kontakte zu Speer, den er bedrängte, obgleich sich dies in keiner Weise mit seinen eigentlichen Aufgaben als GBA vereinbaren ließ.⁷¹

[317:] Durch den Architekten des Gauforums ließ der Gauleiter für sich und seine große Familie in Weimar eine palaisartige Villa bauen, die er 1937 – das neunte Kind war gerade geboren⁷² – bezog. Persönliche Interessen und Politisches verschmolzen mehr und mehr. Für führende Nazis setzte er mit Himmlers Hilfe eine Begräbnisstätte außerhalb des Weimarer Friedhofes durch und ließ am Nordhang von Belvedere als ersten seinen im Januar 1938 verstorbenen Vater beerdigen, ein Jahr darauf seinen Gauwirtschaftsberater Otto Eberhardt, der bei einem Autounfall ums Leben gekommen war. Ihm ergebene Mitarbeiter unterstützte er mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln. Hartnäckig verfolgte er seine Absichten, auch wenn er dadurch – wie im Falle des auf einen Offiziersrang erpichten Oberfeldwebels Otto Geigengack⁷³ – in Auseinandersetzungen mit der Wehrmacht hineingezogen wurde. In mehreren Fällen drückte er eine vorzeitige Beförderung von Beamten durch, obwohl sich Frick als Reichsinnenminister sperrte. Seinen Schwager, der als Landrat von Nordhausen in Schwierigkeiten gekommen war, entzog er einer Verhaftung.⁷⁴ Mitunter machte er auch generöse Geldgeschenke; als sein engster Mitarbeiter Erich Buchmann starb, ließ er der Witwe 75.000 RM überweisen.⁷⁵ Die ihm anlässlich seines 50. Geburtstages von Hitler zugesprochene Dotation von 250.000 RM überwies er auf ein Sperrkonto.

Sauckels Stellung innerhalb des nationalsozialistischen Machtgefüges war unerschütterlich, wenn auch nicht unangefochten. Offensichtlich stießen vor allem seine kulturpolitischen Bemühungen mitunter in den Reihen der NSDAP auf wenig Gegenliebe. Möglicherweise beabsichtigte er aus diesem

⁶⁷ Die Pflicht, H. 6/1936, S. 91. Dazu liegt dem Verfasser auch ein Erinnerungsbericht von Horst Brühmann aus Eisenach vor.

⁶⁸ Der Führer in Weimar. Hrsg. v. Fritz Sauckel, Weimar 1938, S. 26 f.

⁶⁹ Siehe Karina Loos: Das „Gauforum“ in Weimar. Vom bewußtlosen Umgang mit nationalsozialistischer Geschichte. In: NS in Thüringen, S. 333 ff.

⁷⁰ Die Tagebücher, Bd. 3, S. 321 (1.11.1937). Das Lob veranlaßte Goebbels dennoch nicht, den Namen Sauckels richtig zu schreiben.

⁷¹ Albert Speer: Erinnerungen. Frankfurt/M, Berlin, Wien 1969, S. 230.

⁷² Die Vielzahl der Kinder trug seiner Frau das sogenannte Mutterkreuz und ihm das Amt eines Vorsitzenden des Ehrenführerringes des Reichsbundes der Kinderreichen ein. Der älteste Sohn fiel 1944.

⁷³ ThHStAW, Reichsstatthalter, Bd. 98 (unpag.).

⁷⁴ Die Pflicht, H. 1/1934, S. 5 f.

⁷⁵ ThHStAW, Reichsstatthalter, Bd. 16-17, Bl. 194.

Grunde, den Chefdramaturgen und Schauspielregisseur des Weimarer Nationaltheaters Ziegler nach Dresden „wegzuloben“, was jedoch mißlang, als Hitler intervenierte und diesen 1935 zum Generalintendanten des Deutschen Nationaltheaters in Weimar ernennen ließ. Ziegler holte zudem Goebbels in die Gauhauptstadt, um Sauckel zu kritisieren und „Remedur (zu) schaffen“. Auf dem Weimarer Tonkünstlerfestival von 1936 war nur atonale Musik aufgeführt worden und ihn bewegte, daß dies der Reichsstatthalter nicht verhindert habe. Goebbels führte eine lange Aussprache mit Sauckel und notierte dazu: „... was soll man in der Kunst machen? Die was können, sind meistens noch im alten Fahrwasser. Und unsere Jugend ist noch zu unausgereift. Man kann keine Künstler fabrizieren. Aber dieses ewige Warten in der Dürre ist auch furchtbar. Aber ich werde nun wieder darangehen, das Schlechte auszujäten.“⁷⁶ Ein paar Monate später hat er erneut Grund zur Klage: „Johst’s ‚Einsamer‘ abgesetzt. Sauckel hat da wieder Quatsch gemacht. Aber Johst braucht keine Angst um mein Vertrauen [318:] zu haben.“⁷⁷ Wie sehr sich Sauckel – trotz unzähliger kultureller und kulturpolitischer Aktivitäten, bei denen er als Gauleiter offiziell in Erscheinung zu treten hatte⁷⁸ – seiner Unbedarftheit in Sachen Kultur bewußt war, zeigt z. B. auch seine Reise nach Berlin, um dort Goebbels die Pläne für den Neubau des Elephanten vorzulegen und von seinen „Sorgen“ zu erzählen.⁷⁹ Als Vorsitzender der Wartburg-Stiftung unterstützte er deren jährliche Dichtertreffen in Eisenach, die er 1938 in ein „Großdeutsches Dichter treffen“ wandelte und nach Weimar zu holen suchte.

Möglicherweise trieb Sauckel die mitunter auftauchende Kritik, er sei unzureichend in seiner Funktion als Gauleiter der NSDAP tätig, auch dazu, sich auf anderen Gebieten zu engagieren und rückzuversichern. Von geringem Belang erwiesen sich die Versuche, außenpolitisch tätig zu sein; vor allem im Jahre 1936 unternahm er Vortragsreisen nach England, Griechenland, Japan, Jugoslawien, Norwegen und Schweden. Gute Beziehungen zur Wehrmacht und ebenso zur SS aufzubauen und zu pflegen, schien ihm allerdings wichtiger zu sein. Von weitreichender Bedeutung sollten jedoch vor allem seine Bemühungen werden, sich und seiner Stellung eine eigene ökonomische Basis zu verschaffen.⁸⁰ Dazu setzte er, noch bevor sie im Reich nach dem Pogrom vom 9. November 1938 offiziell betrieben wurde, eine schamlose „Arisierung“ jüdischen Eigentums in Gang, die er mit dem Aufbau eines neuen Rüstungskonzerns verband. Finessenreich nutzte er eine Forderung des Verbandes der Suhler Gewehrfabrikanten e. V. vom 17. Juni 1933, die Reichsregierung möge Heeresaufträge nicht nur an die in jüdischem Besitz befindliche Firma Simson Suhl, sondern auch an andere thüringische Waffenfabriken geben. Prompt ließ Sauckel durch die Staatsanwaltschaft Meiningen ein Verfahren gegen die Familie Simson wegen angeblicher „schwerer Übervorteilungen des Reiches“ einleiten. Auf rechtlichem Wege erreichte er nichts; der groß angekündigte Prozeß endete 1936 in einer Sackgasse und mußte mangels ausreichender Beweise ergebnislos abgeschlossen werden.

Inzwischen hatte sich Sauckel jedoch der Unterstützung durch Reichskriegsminister Werner von Blomberg sowie durch Hitlers Wirtschaftsberater Wilhelm Keppler zu versichern verstanden.⁸¹ Das Heereswaffenamt zwang die emigrierte Familie Simson, eine Schuld von 9,75 Millionen RM anzuerkennen und auf ihr mit 8 Millionen RM völlig unterbewertetes Werk zu verzichten. Nach einer Vielzahl wirtschaftsjuristischer Winkelzüge wurde dieses am 28. November 1935 an die Berlin-Suhler Waffen- und Fahrzeugwerke Simson & Co übereignet, die bereits im Februar 1934 mit Hilfe des Heereswaffenamtes sowie der Preußischen und der Thürin-[319:]gischen Staatsregierung als Kommanditgesellschaft gegründet worden war und in der Sauckel als Eigentümer galt. Nunmehr überführte er die Berlin-

⁷⁶ Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. v. Elke Frölich, Teil I, Bd. 2, S. 627 (16.6.1936).

⁷⁷ Die Tagebücher, Bd. 2, S. 707 (25.10.1936).

⁷⁸ Siehe Willy Schilling: Die Entwicklung des faschistischen Herrschaftssystems in Thüringen 1933-1939. Phil. Diss., Jena 1990, S. 145 ff.

⁷⁹ Die Tagebücher, Bd. 3, S. 189 und 320 (29.6.1937 und 31.10.1937).

⁸⁰ Siehe Jürgen John: Wirtschaftsentwicklung und politische Umbrüche in Thüringen zwischen den beiden Weltkriegen. In: Sachsen und Mitteldeutschland. Politische, wirtschaftliche und soziale Wandlungen im 20. Jahrhundert. Hrsg. v. Werner Bramke/Ulrich Heß, Weimar u. a. 1995, S. 113 f.

⁸¹ Erich Buchmann: Von der jüdischen Firma Simson zur Nationalsozialistischen Industriestiftung Gustloff-Werke, Erfurt 1944, S. 14 f.

Suhler Waffen- und Fahrzeugwerke als einen Stiftungsbetrieb in die eigens dafür geschaffene Stiftung, die den Namen des 1936 in der Schweiz ermordeten Nationalsozialisten Wilhelm Gustloff erhielt. An Reichsinnenminister Frick, dem er die Beförderung einiger beteiligter Beamten vorschlug, berichtete er am 30. November 1935 voller Stolz: „Damit sind die Juden aus diesem wichtigen Rüstungsunternehmen endgültig und restlos ausgeschieden; dieses befindet sich in meiner Hand und wird von dem Herrn Reichskriegsminister und mir dem Führer und Reichskanzler als gemeinnützige Stiftung zur Verfügung gestellt.“⁸²

Hitler ernannte Sauckel am 10. September 1936 offiziell zum Stiftungsführer: Bereits ein knappes Jahr darauf wurde das Werk als „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ ausgezeichnet. Innerhalb von drei Jahren verdreifachte sich die Zahl der in den Stiftungsbetrieben Suhl, Schmiedefeld, Weimar, Meuselwitz, Hirtenberg (Osterreich) u. a. Beschäftigten. Der Umsatz an Militärwaffen stieg um das Fünffache. Die umfangreichen und ständig wachsenden Anforderungen an die Rüstungsindustrie sowie die geographische Lage Thüringens nutzte Sauckel geschickt als Chance, die eigenen regionalen Machtpositionen Schritt für Schritt zu erweitern. Dabei erwies er sich zunehmend als fähig, wie ein cleverer Manager an einer bedeutsamen Schaltstelle von Politik, Wirtschaft und Verwaltungsapparat zu agieren. Konsequent bemühte er sich um gute Beziehungen zur Wehrmachtführung, zur SS und zum Stab des Stellvertreters des Führers, der späteren Parteikanzlei.⁸³ Manche der auf der Reichsebene getroffenen Entscheidungen fielen ihm allerdings unverdienterweise in den Schoß, galten sie doch weniger ihm als den Besonderheiten der thüringischen Region.

Wie auch immer: Sauckel konnte äußerst zufrieden sein. Ausgerechnet an seinem 42. Geburtstag verkündete er 1936 in Suhl ein Stiftungsprogramm, das er als beispielgebend für den „deutschen Sozialismus“ bezeichnete. Nebenbei versprach er auch, hier künftig in jedem Jahr den 27. Oktober verbringen zu wollen. Es scherte ihn – so faktisch zu einem Großunternehmer neuen Zuschnitts avanciert – übrigens wenig, daß er später vom Inhaber der kleinen Firma Walther in Zella-Mehlis bei Himmler der Sabotage an der Rüstungsproduktion bezichtigt wurde.⁸⁴ Mit Himmler hatte er im Zusammenhang mit dem Aufbau einer Rüstungsfabrik im Konzentrationslager Buchenwald einen Strauß ausgefochten, weil er Konkurrenz für seine Weimarer Gustloff-Werke befürchtete; doch die Entscheidung war [320:] auf die Nachkriegszeit vertagt worden.⁸⁵ Außerdem gelang es Sauckel 1944, die Industriestiftung „Gustloff-Werke“ noch um die Flugzeugwerk~ Oschersleben zu vergrößern und eine Betriebsgruppe REIMAHG (Kürzel für: Reichsmarschall Hermann Göring) zu schaffen, durch die in hektisch ausgebauten unterirdischen Anlagen bei Kahla eine Serienproduktion des strahlgetriebenen Jagdflugzeuges Me 262 angestrebt wurde.⁸⁶

Mit der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges bot das nationalsozialistische Regime auch Sauckel – wie fast allen Gauleitern der Partei – neue Chancen. Sein Ämter-Katalog erweiterte sich am 1. September 1939 um die Funktion eines „Reichsverteidigungskommissars“ im Wehrkreis IX (Kassel), zu dem außer dem Land Thüringen und dem preußischen Regierungsbezirk Erfurt auch Teile der Provinz Hessen-Nassau, der Provinz Sachsen, ein Landkreis des Regierungsbezirkes Hildesheim sowie einige Kreise des Landes Bayern zählten. Damit war er auch über Thüringen hinaus für die Organisation aller

⁸² ThHStAW, Reichsstatthalter, Bd. 16-17, Bl. 59.

⁸³ In Nürnberg versuchte er dies zu vertuschen, als er erklärte, mit Berliner Ministern und Reichsleitern der Partei „sehr wenig Kontakt“ und Meinungsverschiedenheiten über Verwaltungs- und Organisationsfragen „besonders zu Bormann, Himmler und Goebbels“ gehabt zu haben. Lebenslauf, S. 17.

⁸⁴ BABZ, SL 58, Bl. 337.

⁸⁵ Himmler schrieb am 17.7.1942 an Sauckel: „Ich habe mit Freude davon Kenntnis genommen, daß das Werk in Buchenwald am 13.7.1942 angelaufen ist. Es ist selbstverständlich, daß dieses Werk im Frieden in gar keinem Fall etwa ein Konkurrenzunternehmen zu den Gustloff-Werken darstellt. Ich denke nicht daran, mich im Frieden auf diesem Gebiet zu betätigen, da es völlig abseits von meinen Aufgaben und Interessen liegt. Ich bin überzeugt, daß die Zusammenarbeit zwischen den Gustloff-Werken und dem Werk in Weimar-Buchenwald so freundschaftlich vor sich geht, wie es zum Wohl des Ganzen notwendig ist. Außerdem bürgt unser gegenseitiges Verhältnis für eine völlig reibungslose Zusammenarbeit.“ ThHStAW, NSDAP-Gauleitung, Bd. 25, Bl. 97.

⁸⁶ Siehe Klaus W. Müller/Willy Schilling: Deckname Lachs. Die Geschichte der unterirdischen Fertigung der Me 262 im Walpersberg bei Kahla 1944/45, Zella-Mehlis/Meiningen 2/1995; Horst Lange: REIMAHG – Unternehmen des Todes, Jena 1984.

Beziehungen zwischen dem militärischen Wehrkreisbefehlshaber und den zivilen Einrichtungen zuständig. Sauckel berief einen Verteidigungsausschuß mit 33 Mitgliedern ein. Unter ihnen befanden sich mit Erich Buchmann, Walter Ortlepp, Walter Schieber u. a.⁸⁷ einige von ihm abhängige und in oft beschworener Nibelungentreue dienende thüringische Nationalsozialisten. Er verstand es auch in dieser Hinsicht, seine regionale Hausmachtposition zu erweitern und zu befestigen.

In der Sieges euphorie der ersten Kriegsjahre unterstützte Sauckel voll und ganz die antikirchlichen Bestrebungen der Parteikanzlei und Martin Bormanns, mit dem er generell in enger Beziehung stand. Als er im Juli 1941 einen streng vertraulichen Brief an die Hoheitsträger des Gaues Thüringen verfaßte, um mit allen Mitteln für den „Kampf gegen den Bolschewismus“ zu mobilisieren, spielten diese eine erhebliche Rolle. Er forderte die Hoheitsträger der Partei auf, aus der Kirche auszutreten; man dürfe über den Juden und ihren Handlangern nicht „die verantwortlichen Hohepriester der christlichen Weltkirchen ... vergessen“. Wie die Fürsten hätten auch die Priester „Deutschland immer wieder an seine Feinde verraten ..., unter dem Deckmantel christlicher Moral das deutsche Volk beleidigt, es in seiner Menschenwürde immer wieder in Predigten und im Beichtstuhl herabgesetzt und dadurch innerlich gedemütigt und schließlich zermürbt.“ Ein Funktionär der NSDAP dürfe „keine andere Bindung besitzen als die zu seinem Führer und zu seiner Partei. Er und seine Familie müssen dem deutschen Volk und seinem Führer ohne jede Einschränkung dienen, das deutsche Volk über alles lieben und dem Führer bis ins Letzte [321:] vertrauen. Der Hoheitsträger der Partei Adolf Hitlers muß sich als Angehöriger des Trutzgaues Thüringen im Herzen Deutschlands von allen kirchlichen, konfessionellen Bindungen um seiner Aufgabe am deutschen Volke willen frei machen. Er wird dann, wenn er in der Partei treu und gehorsam seinem Führer und Volke dient, wenn er anständig und vorbildlich seine sonstigen Berufspflichten erfüllt, wenn er in und außer Dienst ein guter Kamerad und vorbildlicher Volksgenosse ist, den ewigen Gesetzen der göttlichen Allmacht, der die Welt, unser Land, unser Volk und somit wir selbst unser Dasein verdanken, am besten gerecht werden.“⁸⁸ Offensichtlich besaß Sauckel noch Realitätssinn genug – er ließ diese Passagen schließlich aus der zur Veröffentlichung bestimmten Fassung streichen.

Wie in diesem vertraulichen Schreiben steigerte sich Sauckel auch öffentlich in die Rolle eines Predigers der Vergöttlichung Hitlers. So tönte er in einer Rede am 14. Dezember 1941 in Weimar: „Wir aber danken dem Führer, daß er gerade jetzt im harten russischen Winter dem deutschen Heere unnötige schwerste Blutopfer erspart, denn jetzt ist mit uns die Zeit, nach den Siegen der vergangenen Monate können wir abwarten, und das deutsche Volk wartet lieber ein Jahr länger auf den Frieden, denn es weiß, daß durch dieses Warten unzähligen deutschen Soldaten das Leben erhalten wird. Wenn die Zeit gekommen ist, dann wird der Führer wieder den Befehl zum unaufhaltsamen Vormarsch geben ...“ Als wichtigste Aufgabe sah er es an, „unser Volk nun unlöslich mit Adolf Hitler (zu) verbinden“. Dabei wußte Sauckel durchaus auch zu drohen. Die maßlosen Ziele offen benennend, die mit dem Krieg gegen Rußland verfolgt wurden, erklärte er: „Wer an diesem unerhörten Geschehen, an dieser einmaligen Offenbarung der Vorsehung auch nur achtlos oder teilnahmslos vorübergeht, ist nicht nur ein indifferenter und undankbarer deutscher Mensch, sondern er offenbart dann schon eine schuftige Gesinnung. Denn letzten Endes lebt auch er nur sein indifferentes, leichtsinniges, arrogantes und überhebliches Leben auf Grund des unsagbar schweren Lebenskampfes Adolf Hitlers und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Er schändet damit das Lebenswerk des größten Deutschen, nämlich das Werk des nationalsozialistischen heiligen germanischen Großreiches Deutscher Nation.“⁸⁹ Mitunter verraten seine intern gehaltenen Reden doch auch den Blick eines Realisten. Während einer Dienstbesprechung mit den thüringischen Kreisleitern der NSDAP, Landräten und Oberbürgermeistern ließ er sich am 16. August 1943 über Stimmung unter der Bevölkerung aus. Zum Teil sei leider schon eine regelrechte Wut eingetreten, die sich „gegen das eigene Regime anstatt gegen den Gegner“ richte.⁹⁰

⁸⁷ Schilling, Die Entwicklung, S. 154 ff.

⁸⁸ ThHStAW, Reichsstathalter, Bd. 188, Bl. 54 ff.

⁸⁹ ThHStAW, Reichsstathalter, Bd. 188, Bl. 119 und 121.

⁹⁰ ThHStAW, Reichsstathalter, Bd. 475, Bl. 42.

[322:] Auf Vorschlag Alfred Rosenbergs – nach dem Überfall auf die UdSSR vom 22. Juni 1941 zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete avanciert – sollte Sauckel den Posten des Reichskommissars in der Ukraine übernehmen.⁹¹ Hitler bevorzugte jedoch den ostpreußischen Gauleiter Erich Koch. Erst ein paar Monate später entschied er sich für den thüringischen Gauleiter, als es um die Schaffung einer neuen Institution ging, mit deren Hilfe eines der entscheidenden Krisenprobleme der deutschen Kriegswirtschaft gelöst werden sollte. Nach dem Scheitern der „Blitzkriegs“-Strategie und den großen personellen Verlusten der Wehrmacht sah sich das Regime ganz akut vor die eigentlich unlösbare Frage gestellt, wie der außerordentlich verschärften Arbeitskräftesituation weiterhin beizukommen wäre: Es galt eine doppelte Zielstellung zu realisieren, d. h. sowohl mit neuen Soldaten die von argen personellen Verlusten betroffene Wehr-[323:]macht aufzufüllen, was vor allem die Rüstungsindustrie belasten mußte, als auch neue Arbeitskräfte für die Rüstung zu gewinnen, damit den deutschen Truppen ausreichend Kriegsgüter zur Verfügung gestellt werden konnte.⁹²

Bereits Ende 1941 hatten hektische Sondierungsversuche, Verhandlungen und Gespräche zwischen den verschiedensten Partei- und Regierungsinstitutionen eingesetzt, die an der Klärung dieses „Schlüsselproblems von Kriegführung und Kriegswirtschaft“⁹³ beteiligt waren. Schließlich ernannte Hitler am 21. März 1942 Sauckel zum „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“. Weshalb fiel die Wahl ausgerechnet auf ihn? Albert Speer hatte ursprünglich den niederschlesischen Gauleiter Karl Hanke favorisiert, doch beschied ihn Hitler, dieser sei zu jung und werde sich schwer den notwendigen Respekt erringen können. Hitler und Bormann verständigten sich auf Sauckel (der ebenfalls von Speer ins Spiel gebracht worden war). Auf jeden Fall durfte sich Sauckel als einen Mann Speers betrachten, auch wenn ihn dieser – nach 1945 – als fanatisch, großsprecherisch, choleric usw. einschätzte.⁹⁴ Er übernahm den Tätigkeitsbereich der aufgelösten Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz beim Beauftragten für den Vierjahresplan, aber auch Zuständigkeiten des Reichsarbeitsministeriums. Ihm wurde das Recht zugestanden, in seinem Bereich eine eigenverantwortliche Personalpolitik zu betreiben, wobei er sofort die Gauleiter zu seinen Beauftragten ernannte. Mit ihrer Hilfe sollte die Tätigkeit der staatlichen Institutionen effektiviert und zugleich unter die Kontrolle der NSDAP gebracht werden. Sein umfangreiches Arbeitsprogramm ließ er 1942 – als neuer Vertrauter Hitlers und von diesem sehr gelobt⁹⁵ – an dessen Geburtstag veröffentlichen; ein weiteres „Manifest“ folgte am 20. April 1943, das zudem theatralisch mit der Ortsangabe „Im Flugzeug über den besetzten sowjetrussischen Gebieten“ versehen war.⁹⁶

Ein geheimer Führerbefehl stärkte am 30. September 1942 seine Stellung noch weiter. Jetzt durfte Sauckel nach eigenem Ermessen handeln, um einen „geordneten Arbeitseinsatz für die deutsche Kriegswirtschaft unter allen Umständen“ zu gewährleisten. Insbesondere konnte er nun sogar bei den Dienststellen der Militär- und Zivilverwaltungen Beauftragte ernennen, was wiederum seiner Hausmachtspolitik dienlich sein konnte. In seiner Eigenschaft als GBA gebot er in Deutschland über 42 Landesarbeitsämter, wobei sich deren Zahl gegenüber 1939 mehr als verdreifacht und der Struktur der Gaue angepaßt hatte. Außerhalb der Reichsgrenzen waren rund 4000 Personen in der Arbeitseinsatzverwaltung tätig, davon 1300 im Osten, 1016 in Frankreich und 429 in Belgien und den Niederlanden. [324:] Allein in der Ukraine hatten die deutschen Faschisten 110 örtliche Arbeitsämter

⁹¹ Alfred Rosenberg: Letzte Aufzeichnungen. Ideale und Idole der NS-Revolution, Göttingen 1955, S. 167.

⁹² Dietrich Eichholtz: Die Vorgeschichte des „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ (mit Dokumenten). In: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 9, Berlin 1973, S. 339 ff.; siehe auch Ulrich Herbert: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des Ausländer-Einsatzes in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin/Bonn 1985.

⁹³ Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. II, S. 75. f

⁹⁴ Speer, S. 233 und passim.

⁹⁵ Hitler äußerte im Mai 1942: „Was in einem Menschen endgültig stecken könne, zeige ja das Beispiel eines so tüchtigen Gauleiters wie das ... Sauckels, den er sogar wegen seiner außerordentlichen Befähigung verkannt habe.“ Henry Picker: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier. Vollständig überarbeitete und erweiterte Neuausgabe mit bisher unbekanntem Selbstzeugnissen Adolf Hitlers, Abbildungen, Augenzeugenberichten und Erläuterungen des Autors: Hitler, wie er wirklich war. Stuttgart-Degerloch, 3./1976, S. 277.

⁹⁶ Fritz Sauckel: Das Programm des Arbeitseinsatzes (o. O., 1942); Manifest des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz an alle Dienststellen des Arbeitseinsatzes und der Reichstreuhandverwaltung im Großdeutschen Reich, in den befreundeten Staaten und in allen von deutschen Truppen besetzten Gebieten Europas (o. O., 1943).

gebildet. In der Zeit vom 1. April bis zum 1. Dezember 1942 „beschaffte“ Sauckel 2.749.652 ausländische Arbeitskräfte, vor allem aus den besetzten Gebieten der UdSSR.⁹⁷ Die deutsche Kriegswirtschaft erhielt 1942 dadurch gegenüber dem Vorjahr doppelt so viel neue Arbeitskräfte. In Thüringen, wo Sauckel bis Ende 1942 rund 150.000 Zwangsarbeiter einsetzen ließ und fast 400 Lager eingerichtet wurden, war damit jeder fünfte unter den Beschäftigten bzw. sogar jeder vierte unter den männlichen Beschäftigten ein Ausländer.⁹⁸

Das von Hitler ursprünglich gestellte Ziel übertraf Sauckel nach kurzer Zeit um etwa eine Million. Dennoch verlangte er bereits am 3. Oktober 1942 von Rosenberg, als Reichsminister für die besetzten Ostgebiete den Einsatz von weiteren zwei Millionen Arbeitskräften zu sichern. Mit Stolz und gewachsenem Selbstbewußtsein verkündete er bei seinen häufigen Inspektionsreisen und anderweitigen Auftritten, wie sehr er der schwierigen Aufgabe doch gerecht geworden sei. Die Schwierigkeiten überhöhte er zu eigenem Nutz und Frommen: Er selbst habe bei der Übernahme des Amtes die bangsten Wochen seines Lebens durchlebt, schließlich sei es um seinen Namen und seine „politische Existenz“ gegangen. Die deutsche Wirtschaft habe buchstäblich gegen ihn gewettet.⁹⁹ Von der Berliner Bürokratie sei er mit der Frage begrüßt worden, was er denn hier „mit seinen Würstchen aus Thüringen“ wolle.¹⁰⁰ Nicht ungeschickt informierte er, als es um höhere Forderungen Hitlers ging, er habe zuvor einen neuen Einsatzplan aufgestellt und dem Führer vorgelegt – der Plan sehe noch einmal die Beschaffung von einer Million Menschen vor, „falls es die Pläne des Führers notwendig machen ...“¹⁰¹

Seine „Zukunftsvisionen“ richtete Sauckel vornehmlich auf die rigorose Ausplünderung aller russischen Ressourcen. In einer Rede vor Arbeitern des Reichsbahnausbesserungswerks in Meiningen erklärte er unumwunden, den Gedanken an eine „Befreiung“ Rußlands vom Bolschewismus von sich weisend: „Dieses Land wird in Zukunft der Ernährung Europas dienen. Und der Führer erreicht damit, daß es dann einigermäßen Wurst ist, was am englischen Kanal los ist. Dann brauchen nicht mehr Getreideschiffe von Argentinien und Australien, von Nordamerika und Kanada bangenden Herzens abzufahren, sondern dann werden auf viergleisigen Strecken und auf Reichsautobahnen, die jetzt schon geplant werden¹⁰², die Getreidezüge vom Dnjepr nach Europa hereinkommen und Deutsche werden da drüben in der Ukraine die modernsten Bewässerungssysteme anlegen, das haben ja die Russen auch nie gekannt, damit die berühmten und [325:] berüchtigten russischen Mißernten bei uns nicht mehr auftreten können. Denn das Land selbst ist ja ohnegleichen fruchtbar.“¹⁰³ Diesen Gedanken wiederholte er am 3. Oktober 1942: „Sie können nun begreifen, daß wir nie und niemals dort wieder herausdürfen, denn dort ist für alle Zukunft die Möglichkeit gegeben, daß ein germanisches Großreich

⁹⁷ Rolf-Dieter Müller: Die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft. In: Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945. Hg. v. Ulrich Herbert, Essen 1991, S. 234 ff.

⁹⁸ Bericht von Gauschulungsleiter Kurt Schößler, den Sauckel zum Gaubeauftragten für den Arbeitseinsatz ernannt hatte, vom Februar 1943. In: ThHStAW, Reichsstatthalter, Bd. 491, Bl. 204 ff. Schößler berichtete auch darüber, daß eine Anordnung Sauckels, die Zwangsarbeiter getrennt nach Volkszugehörigkeit unterzubringen, nicht realisiert worden sei, weil „bei sofortiger Durchführung Produktionsausfall befürchtet“ werden müsse. Dem deutschen Personal in den Betrieben und Lagern bescheinigte er, sich „in geradezu schamloser Weise“ an den Ostarbeitern bereichert zu haben. Lebensmittel hätte man für sich selbst verbraucht oder an Verwandte gegeben oder „z. T. für unverschämt hohe Preise wieder an die Ostarbeiter verkauft.“ Siehe ferner Klaus Höpcke/Steffen Kachel: Eine bisher kaum erforschte Topografie des Schreckens: Zwangsarbeiterlager in Thüringen 1941-1945. In: „Nie wieder!“ Der Buchenwald-Schwur 1945 und heute (Jena 1995), S. 27 ff.

⁹⁹ Rede vom 12.8.1942 in Kiew. In: BABZ, SS 1126, Bl. 9.

¹⁰⁰ Von den 15 Mitarbeitern des GBA-Arbeitsstabes stammten 12 aus Thüringen. Sie residierten im „Thüringen-Haus“ in Berlin, das am 23.9.1933 eingeweiht worden war. Siehe dazu Post, Vorgezogene Machtübernahme 1932.

¹⁰¹ Rede vom 4.8.1942 in Berlin. In: BABZ, Personalakte Fritz Sauckel, Bl. 3 f.

¹⁰² Für die in Aussicht genommene Breitspurbahn waren auch „Ostarbeiterwagen“ geplant. Sie sollten jeweils 480 Personen in 62 Abteilen aufnehmen. Als Schlafplatz für zwei Ostarbeiter war eine 70 cm breite Sitzbank vorgesehen. Mit diesen Wagen sollte der jahreszeitlich bedingte Einsatz größerer Arbeitermassen bewältigt werden, „z. B. im Sommer Beschäftigung in landwirtschaftlichen Gebieten wie der Ukraine und im Winter in Industriegebieten wie Ruhrrevier ...“ Anton Joachimsthaler: Die Breitspurbahn. Das Projekt zur Erschließung des groß-europäischen Raumes 1942-1945, München und Berlin 3/1985, S. 250.

¹⁰³ ThHStAW, Reichsstatthalter, Bd. 188, Bl. 149 f.

entsteht, in dem auch die wirtschaftliche Grundlage für das Leben von 250 bis 300 Millionen deutscher Menschen in 100 bis 150 Jahren geschaffen sein wird. Das muß das Ziel sein, und das ist es auch.“¹⁰⁴

Sauckel bezog in seine Vorstellungen auch den Einsatz von Frauen ein. 1942 kündigte er an, aus den Ostgebieten 400.000 bis 500.000 ausgesuchte, gesunde und kräftige Mädchen in das Reich hineinzunehmen, um den deutschen Hausfrauen und kinderreichen Müttern eine fühlbare Entlastung zuteil werden zu lassen und ihre Gesundheit nicht weiter zu gefährden. Hinsichtlich des Einsatzes deutscher Mädchen und Frauen taktierte er. Ausführlich und sich nach allen Seiten absichernd, nahm er auf drei von zwanzig Seiten seiner Erklärung vom 20. April 1942 dazu Stellung: „Wenn ich auch selbst anfänglich und mit mir wohl der größte Teil der führenden Männer der Partei und der Frauenschaft aus bestimmten Gründen glaubte, eine Dienstverpflichtung der Frauen durchführen zu müssen, so sollten sich hier doch alle verantwortlichen Männer und Frauen aus Partei, Staat und Wirtschaft mit der größten Ehrfurcht, aber auch in tiefster Dankbarkeit der Einsicht unseres Führers Adolf Hitler beugen, dessen größte Sorge der Gesundheit der deutschen Frauen und Mädchen und damit der jetzigen und zukünftigen Mütter unseres Volkes gilt.“ Gleichzeitig empfahl er den Einsatz von Frauen dort, wo es nicht „gegen die Grundsätze des Führers verstößt“.¹⁰⁵

Selbst als die personellen Anforderungen der Rüstungsindustrie in immer größere Höhen geschraubt wurden - für 1944 war ganz und gar von weiteren vier Millionen die Rede – versprach Sauckel immer noch das Blaue vom Himmel. In allen Debatten, die um die Höhe der Anforderungen geführt wurden, sicherte er – ohne mit der Wimper zu zucken – zu, jede von ihm verlangte Zahl an Arbeitskräften, auch an Fachleuten, zur Verfügung stellen zu können. Allerdings verband er dies mit der fordernden und sich gegen Speer richtenden Einschränkung, er müsse zu diesem Zweck in den besetzten Gebieten und vor allem in Frankreich völlig freie Hand bekommen.¹⁰⁶ Mitunter wegen der Diskrepanz zwischen Versprechungen und Leistungen zur Rede gestellt, wagte er es, cholerisch die Richtigkeit der Forderungen aus der Wirtschaft in Frage zu stellen. In solchen Zusammenhängen vertrat er auch die Auffassung, es genüge, einige [326:] Betriebsführer zu erschießen, dann würden die anderen schon mit besseren Leistungen reagieren.¹⁰⁷ Am 26. April 1944 schlug er Hitler den Erlaß eines neuen „Führerbefehls“ vor. Darin wollte er für den zu erwartenden Fall einer anglo-amerikanischen Invasion im besetzten Frankreich „unter allen Umständen ... leistungsfähige Arbeitskräfte dem Zugriff des Feindes“ entziehen. Ein eigener Mobilmachungsplan sah vor, die „freiwerdenden Belegschaften rücksichtslos nach Deutschland abzutransportieren“.¹⁰⁸

Sauckel wußte sehr genau, wie hoch die Todesrate in den Arbeitslagern war, doch darüber redete er kaum. Um seine spezifische Aufgabe innerhalb des faschistischen Herrschaftssystems erfüllen zu können, mußte er die biologisch und psychisch bedingten Schranken des profitablen Ausbeutungsprozesses benennen und zu wahren versuchen. Häufig forderte er, ohne jedoch auch nur ein einziges Mal den Rahmen der nationalsozialistischen Ideologie zu sprengen oder gar die Anwendung schlimmster Terrormaßnahmen in Frage stellen zu wollen¹⁰⁹, eine „anständige“ Behandlung der Zwangsarbeiter. Seine Begründung lautete: „Kriegsgefangene und fremdländische Arbeiter müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, daß sie bei denkbar sparsamstem Einsatz die größtmögliche Leistung hervorbringen ... Ich bitte, dabei zu bedenken, daß auch eine Maschine nur das zu leisten vermag, was ich ihr an Treibstoff, Schmieröl und Pflege zur Verfügung stelle. Wieviel Voraussetzungen mehr aber muß ich beim Menschen, auch wenn er primitiver Art und Rasse ist, gegenüber einer Maschine berücksichtigen.“¹¹⁰ Besonders aufschlußreich ist in dieser Hinsicht eine Rede,

¹⁰⁴ Ebenda, Bl. 274.

¹⁰⁵ Manifest, S. 10 ff. und 14.

¹⁰⁶ Speer, S. 333 f. Die Angabe Naasners (S. 83), Sauckel habe es Anfang 1944 bei der Vorausberechnung des Gesamtbedarfs an Arbeitskräften erstmals abgelehnt, sich für die Verwirklichung seines Programms „gegenüber Hitler zu verbürgen“, läßt sich nicht belegen.

¹⁰⁷ Speer, S. 227.

¹⁰⁸ Ebenda, S. 562 und 576.

¹⁰⁹ Herbert, Fremdarbeiter, S. 131; Naasner, S. 110 ff.

¹¹⁰ Sauckel, Das Programm, S. 17 f.

die er am 5. Februar 1943 vor den Reichs- und Gauleitern der NSDAP hielt: „Ich bitte aber ... ganz besonders um Ihr Verständnis dafür, daß ich als Beauftragter zweier Männer wie Adolf Hitler und Hermann Göring (sic!) mich nun mit meiner ganzen Persönlichkeit dafür einsetze, daß gerade, weil wir im härtesten und erbarmungslosen Entscheidungskampf der Weltgeschichte stehen und unsere Soldaten unter der Führung Adolf Hitlers unsterblichen Ruhm und Ehre an ihre Fahnen heften, der deutsche Arbeitseinsatz bei aller Härte der Zeit und trotz der unerhörten Einschränkungen, die sich unser eigenes geliebtes Volk auferlegen muß, sich grundsätzlich von all den schamlosen und unsagbar brutalen und nichtswürdigen Methoden jener plutokratisch-jüdischen, kapitalistischen Weltbestie unterscheidet, mit denen gerade unsere Gegner sich ihren verfluchten Reichtum, den sie heute zu unserer Vernichtung anwenden, erpreßt haben.“ Die Leitung des Arbeitseinsatzes sei „weder von Sentimentalität noch von Romantik“ geprägt. Nur die „kalte Vernunft“ gebiete eine pflegliche Behandlung der ausländischen Arbeiter: „Unterernährte, [327:] dahinsiechende, unwillige, verzweifelte und haßerfüllte Sklaven ermöglichen niemals eine höchste Ausnutzung ihrer unter normalen Bedingungen erzielbaren Leistungen.“¹¹¹

Aus zahlreichen Gründen konnte Sauckel seine vollmundigen Versprechungen nur teilweise, am Ende überhaupt nicht mehr einlösen. Wachsende Schwierigkeiten bereitete ihm nicht allein der Kriegsverlauf. Auch die ständigen Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Führungsgrößen des deutschen Faschismus machten ihm zu schaffen: Militärs verwiesen auf andere, häufig tatsächlich gegenteilige „Führerbefehle“, Speer entzog Arbeiter französischer Betriebe, die seinem Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion unterstanden, den Sauckelschen „Werbern“, Himmler verweigerte den Arbeitseinsatz von polnischen Juden¹¹² und sogenannter Volksdeutscher aus dem Süden Rußlands, die er im Warthegau ansiedeln wollte, und er setzte sich gegen Sauckel durch, der die Werbung „ausländischer Arbeiter germanischen Blutes“ zum Eintritt in die Waffen-SS nur mißtrauisch beobachten, jedoch kaum beeinflussen konnte.¹¹³

Im August 1944 befanden sich in Deutschland 7,8 Millionen registrierte Fremdarbeiter aus 20 Ländern, darunter 1,9 Millionen Kriegsgefangene, 2,8 Millionen Bürger der UdSSR, 1,7 Millionen Polen und 1,3 Millionen Franzosen. Mit Hilfe seines GBA-Apparates, der Wehrmacht und der SS hatte Sauckel bis zu diesem Zeitpunkt etwa fünf Millionen Menschen aus fast 20 europäischen Ländern mobilisiert. Er erfüllte seinen Auftrag mit einer unübersehbaren Effizienz, wengleich auch mit größter Brutalität und Menschenverachtung. Obwohl es ihm nicht um das Prinzip „Vernichtung durch Arbeit“ gehen konnte, er ließ sich stets von den unmenschlichen, aus Nationalismus und Rassismus erwachsenden Auffassungen leiten, die in ihrem Wesen bereits unverantwortlich waren und mit dem schrankenlosen Versuch ihrer Realisierung zu immer größeren Verbrechen führten. Der von Sauckel unternommene Versuch einer „Ökonomisierung der Ausländerbehandlung“¹¹⁴ und die drastische Unterdrückung jeder sozialen oder gar politischen Regung unter den Zwangsarbeitern verstießen keineswegs gegen Grundsätze der nationalsozialistischen Ideologie, sie stellten lediglich die zwei Seiten einer Medaille dar. So groß seine „Erfolge“ zu sein schienen – die Politik der zwangsweisen Deportation ausländischer Arbeitskräfte nach Deutschland und deren erbarmungslose Ausbeutung mußte letztlich scheitern. Sie konnte, trotz der Tatsache, daß die deutsche Rüstungsindustrie ihr einen enormen Wachstumsschub verdankte, die Niederlage im Zweiten Weltkrieg nicht abwenden. Das faschi- [328:]stische Zwangsarbeitersystem schob das Ende lediglich hinaus und vergrößerte dadurch die unermeßlichen Leiden und die – nicht exakt zu bestimmende Zahl – der Opfer. Dadurch erhöhte sich

¹¹¹ ThHStAW, Reichsstatthalter, Bd. 491, Bl. 209 und 211.

¹¹² Am 12.9.1942 bat Sauckel telefonisch Bormann um eine Führerentscheidung und formulierte in einer Aktennotiz: „Ich erklärte, daß ich selbstverständlich derselben Überzeugung sei wie der Reichsführer-SS, die für diesen die Evakuierung der Juden aus Polen notwendig macht. Ich müßte jedoch darauf aufmerksam machen, daß hierdurch etwa 500 000 Arbeitskräfte, darunter allein 300 000 Facharbeiter für die Rüstung, in Polen ersetzt werden müßten, und daß dann weitere polnische Arbeitertransporte nach Deutschland in Frage gestellt seien. Ich bäte deshalb um die Zurückstellung dieser Evakuierung um mindestens ein Vierteljahr.“ ThHStAW, Reichs-statthalter, Bd. 492, Bl. 194.

¹¹³ BABZ, SS 1767, 1770, 2270 und 4467.

¹¹⁴ Naasner, S. 111.

auch Sauckels – in Nürnberg nicht verhandeltes – Schuldkonto gegenüber den Deutschen, in deren Namen zu handeln er vorgab.

Hitler reagierte auf seine Weise, als der „Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz“ immer weniger in der Lage war, seine Forderungen zu erfüllen. Wie Speer berichtet, habe er es bei einem Telefonat Anfang 1944 als einen großen Fehler bezeichnet, Sauckel einzusetzen: „... seiner Stellung als Gauleiter entsprechen nur unwiderrufliche Entscheidungen, und da muß er nun dauernd verhandeln und Kompromisse schließen. Niemals gebe ich einen Gauleiter für solche Aufgabe her.“¹¹⁵ Als schließlich der „Führer“ im April 1945 sein letztes Testament diktierte und alle Regierungsposten neu besetzte, gehörte der bis dahin so oft bevorzugte thüringische Gauleiter nicht mehr zu seinen Kandidaten. Mit Theodor Hupfauer war ein Vertrauter Speers als neuer Arbeitsminister vorgesehen. Nur in der Parteikanzlei wurde für ihn noch die Nachfolgeschaft Robert Leys an der Spitze der Deutschen Arbeitsfront erwogen.

Das Kriegsende erlebte Sauckel nicht in Thüringen. Bevor er sich, wahrscheinlich am 10. oder 11. April 1945, in den Gau Salzburg absetzte, sorgte er noch mit einem Anruf bei Bormann dafür, daß „aus Sicherheits- und Ernährungsgründen“ rund 30.000 Häftlinge aus dem Konzentrationslager Buchenwald abtransportiert wurden.¹¹⁶ Als die amerikanischen Truppen vor Weimar standen, ließ er der Öffentlichkeit mitteilen, daß er den „Führer“ um die Entsendung einer bewährten Panzerdivision gebeten habe, die von der Saale her einen erfolgreichen Gegenstoß führen werde. Flammende Aufrufe ergingen an den „Volkssturm“, bis zur letzten Patrone heldenhaft zu kämpfen. In Weimar ließ er ein neues Standgericht tätig werden. Alle thüringischen Städte sollten bis zum Äußersten verteidigt und auf keinen Fall übergeben werden. Auch die mehrmaligen Bitten des Weimarer Oberbürgermeisters, die Stadt ähnlich wie Rom und Florenz zu einer „offenen Stadt“ erklären zu lassen, stießen auf seine strikte Ablehnung.¹¹⁷ Er befahl sogar, die Särge Goethes und Schillers zu vernichten, die Ende 1944 in einen Jenaer Luftschutzbunker gebracht worden waren.¹¹⁸

Mit seiner Frau traf sich Sauckel am 8. oder 9. Mai in Berchtesgaden. Gemeinsam suchten sie hier das katholische Pfarramt auf. In seinem „Lebenslauf“ – seinen Austritt aus der evangelischen Kirche und den seiner Frau aus der katholischen Kirche von 1936 schlicht vergessend – gab er als Motiv für diesen ungewöhnlichen Schritt an: „Meine Frau und ich [329:] waren von diesem Augenblick in der Erkenntnis und dem Willen einig, allein die christliche Weltanschauung als Grundlage unseres Schicksales anzunehmen.“¹¹⁹ Anschließend stellte er sich selbst den amerikanischen Behörden. Über Gefängnisse und Lager in Salzburg, Augsburg, Wiesbaden und Oberursel geriet er schließlich auf die Nürnberger Anklagebank. Hier befand er sich erneut in der „zweiten Reihe“, was keineswegs allein für den Sitzplatz galt, den er einzunehmen hatte. Weder im Kreise der Angeklagten noch im Prozeßverlauf spielte er eine hervorstechende Rolle. Der amerikanische Hauptankläger Robert H. Jackson sah in Sauckel dennoch den „größten und grausamsten Sklavenhalter seit den ägyptischen Pharaonen“. Von den Schreckensbildern der Zwangsarbeit und der „Vernichtung durch Arbeit“ wollte der Angeklagte indessen nichts wissen; als während der Beweisaufnahme am 28. November 1945 ein Film über die Greuel in den deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern gezeigt wurde, geriet er in Schweiß. Sein Auftreten erweckte mitunter den Eindruck, als triebe ihn eine Mischung von kriecherischer Höflichkeit und Beflissenheit, wenn er irgendetwas zu erklären versuchte, und sturem Trotz, wenn seine Schuld offenkundig war.¹²⁰

[330:] Sauckels Sicht auf das Geschehene blieb auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges begrenzt: Den „Führer“ und den Nationalsozialismus hielt er nach wie vor für einmalig und lobenswert.

¹¹⁵ Speer, S. 344.

¹¹⁶ Dies berichtete Otto Koch, der letzte nationalsozialistische Oberbürgermeister Weimars, in einem Brief vom 19.10.1945. Stadtarchiv Weimar, Nr. 1292, Bl. 7.

¹¹⁷ Niederschrift Otto Kochs betr. die Vorgänge am 12. April 1945. In: Stadtarchiv Weimar, Nr. 1292, Bl. 20.

¹¹⁸ Siehe Volker Wahl: Die Rettung der Dichtersärge, Weimar 1991.

¹¹⁹ Lebenslauf, S. 19.

¹²⁰ Douglas M. Kelley: 22 Männer um Hitler. Erinnerungen des amerikanischen Armeearztes und Psychiaters am Nürnberger Gefängnis, Olten-Bern o. J. (vorher New York 1947), S. 208.

Schuldig an den Dingen, die er erst in der Gefangenschaft erfahren habe und die für ihn ein „unfaßliches Rätsel“ darstellen würden, sollten nach seiner Auffassung allein Bormann, Himmler und Goebbels gewesen sein. Sie seien die „Verderber“ und hätten eine „Isolierung des Führers verschuldet“. Auch ihm selbst hätten sie „schon immer das Leben sauer gemacht“. Weiter schrieb er: „Bormann brachte die Partei in eine falsche Aufgabenstellung und damit in einen unseligen Gegensatz zur Verwaltung. Goebbels beleidigte dauernd Beamtenschaft und ähnliche Institutionen, so daß in der Verwaltung des Reiches eine erhebliche Unsicherheit bei den notwendigen Entscheidungen Platz gegriffen hatte. In den letzten zwei Jahren besonders haben diese drei Männer die Isolierung des Führers verschuldet. Wir alle haben darunter innerlich gelitten. Jedoch der Glaube an die Mission des Führers war so groß, daß diese Erscheinungen in Kauf genommen wurden.“¹²¹

Als schwersten Fehler bezeichnete Sauckel allerdings die „Entfremdung“ des Nationalsozialismus vom Christentum. Von Bormann falsch beeinflusst habe die Partei so die wichtigste Verbindung „zur Seele des Volkes“ verloren. Seinen „Lebenslauf“ beschloß er ebenfalls mit diesem Gedanken: „Es ist heute meine Überzeugung, daß die nationalsozialistische Bewegung von ihrer Sendung abgewichen ist und sich zu sehr dem Haß verschrieben hatte. Sie verlor ihre Bindung zur göttlichen Liebe. Diese allein aber vermag auf die Dauer schöpferische und segensreiche Werke und Werte zu schaffen. Haß dagegen ist die Kraft der Vernichtung und Zerstörung menschlichen Glücks und hoher Kulturen. Diese Erkenntnis ist das Ergebnis der Erfahrungen und der Schicksale meines Lebens. Nach der Liebe kommt als nächste notwendige Tugend die Pflicht. Beide müssen erleuchtet sein durch die Erkenntnis göttlicher Offenbarung.“¹²²

Sogar in seinem Schlußwort vor dem Nürnberger Gerichtshof wiederholte Sauckel, nie antireligiös oder gar gottlos, „sondern gerade das Gegenteil“ gewesen zu sein. Noch einmal wurde er pathetisch: „Gott schütze mein über alles geliebte Volk, der Herrgott segne wieder die Arbeit deutscher Arbeiter, denen mein ganzes Leben und Streben gegolten hat, und er schenke der Welt den Frieden.“¹²³

Auf die Verkündung des Todesurteils reagierte er sprachlos; er glaubte zunächst an einen Übersetzungsfehler, dann weinte er und erklärte, daß er den Tod durch den Strang nicht verdient habe.¹²⁴ Auf dem Weg zum Galgen beteuerte noch ein letztes Mal seine Unschuld. Mit den Worten „Gott helfe [331:] Deutschland und mache es wieder groß! Gott möge meine Familie schützen!“ trat er von der Bühne der Geschichte ab.¹²⁵

¹²¹ Lebenslauf, S. 17 f.

¹²² Lebenslauf, S. 20.

¹²³ IMT, Bd. XXII, S. 451 und 454.

¹²⁴ Sereny (S. 43) berichtet von einem Gespräch mit Sir Hartley Shawcross, dem britischen Anklagevertreter in Nürnberg, in dem dieser es als „grundverkehrt“ empfunden habe, daß Sauckel zum Tode verurteilt wurde, während Speer mit dem Leben davonkam“, obwohl er der Untergebene Speers gewesen sei und nach dessen Anordnungen gearbeitet habe. Daraus haben Kritiker des Prozesses und einige Historiker (z. B. Becker, S. 244) zu Unrecht geschlußfolgert, das Urteil gegen Sauckel sei „in gewisser Weise als fragwürdig anzusehen“.

¹²⁵ Zit. n. Taylor, S. 693 und 704.

[332:]

Kurt Pätzold

ALFRED JODL

„... weil ich nichts zu verbergen hatte“¹

Die letzte Dienststellung des Generalobersten Alfred Jodl war die des geschäftsführenden Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht, jener Einrichtung, die Hitler geschaffen und sich unterstellt hatte, als er 1938 Reichskriegsminister von Blomberg seines Amtes enthob und das Kriegsministerium auflöste. Während aller Jahre bis in den Mai 1945 hatte den Posten des OKW-Chefs Wilhelm Keitel bekleidet. Diesen verhafteten die Alliierten jedoch schon einige Tage bevor sie die gesamte „Regierung“ Dönitz gefangensetzten. Jodl war daraufhin vom Großadmiral zum Nachfolger seines bisherigen direkten Vorgesetzten bestimmt worden. Er war der Chef eines Oberkommandos geworden, das keine Befehle mehr zu erteilen vermochte. Die Wehrmacht befand sich im Stadium der Liquidierung. Die Mehrheit ihrer Angehörigen lebte bereits in Kriegsgefangenenlagern. Eine Minderheit mußte damit rechnen, dahin noch gebracht zu werden. Nicht wenige Soldaten suchten in Zivilkleidern der Gefangennahme zu entgehen, ihre Heimaterde zu erreichen oder unterzutauchen, wo sie unbekannt waren.

Jodl hatte die Posse seiner Ernennung zum geschäftsführenden OKW-Chef mitgespielt- bis am 23. Mai 1945 auch er in Flensburg seine persönlichen Sachen zu packen hatte und als Gefangener abtransportiert wurde. Seine erste Unterkunft, obwohl nicht komfortabel, war ungleich angenehmer als beispielsweise das amerikanische Lager im Nahetal bei Kreuznach, wo zur gleichen Zeit die gefangenen deutschen Soldaten auf freiem Feld kampieren mußten, dahinsiechten und massenhaft starben. Dort erhebt sich heute ein Christenkreuz, an dessen Fuße hinter Koniferen die Inschrift „Feld des Jammers“ entziffert werden kann. Daß Tausende dorthin gelangt waren, dazu hatte der erste unter den Generalstäblern Hitlers maßgeblich beigetragen.

Mit der Verhaftung der Mitglieder der „Regierung“ Dönitz war entschieden, daß die Hoffnungen der deutschen militärischen und zivilen Führer auf ihren politischen Wertzuwachs, die sie aus der Entfaltung von Meinungsverschiedenheiten und Gegensätzen zwischen den Alliierten schöpf-[333:]ten, unerfüllt bleiben würden. Diese Erwartungen waren keine Phantastereien, aber sie erwiesen sich als verfrüht. Jodl hatte sie im besonderen Maße gehegt. Er rechnete mit einem Krieg zwischen den Westmächten und der UdSSR. Seine letzte militärische Ausarbeitung, eine „strategische Studie“, angefertigt im Gefängnis in Nürnberg, beschäftigte sich mit eben dieser Frage. Sie schloß mit dem Ausblick

¹ Zitat aus der Vernehmung Jodls durch seinen Verteidiger, der hervorstreichen wollte, daß sein Mandant Akten, die Aufschluß über seine Tätigkeit gaben, nicht vernichtet hatte, obwohl ihm dafür Zeit geblieben wäre. IMT, Bd. XV, S. 379.

Unter den führenden deutschen Militärs hat Alfred Jodl vergleichsweise wenig biographische Aufmerksamkeit gefunden. Erst 1991 erschien: Bodo Scheurig: Alfred Jodl. Gehorsam und Verhängnis. Biographie, Frankfurt a. M. Der Untertitel weist darauf hin, daß der Autor den Generaloberst nicht zu den Überzeugungstätern des Regimes zählt. Jodls Rolle wurde in zahlreichen Darstellungen zur Geschichte des Generalstabs und der Wehrmachtführung geschildert und beurteilt. Dazu haben sich auch seine früheren Untergebenen in Memoiren geäußert (vor allem ist zu erwähnen die Darstellung des Stellvertretenden Chefs des Wehrmachtführungsstabes und Leiters seiner wichtigsten Abteilung (L), Walter Warlimont: Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939-1945, Frankfurt a. M. 1962, künftig: Warlimont, Hauptquartier). Jodls zweite Ehefrau, Luise geb. von Benda, veröffentlichte aus apologetischer Sicht: Jenseits des Endes. Leben und Sterben des Generaloberst Alfred Jodl, München 1976 (spätere Auflage mit dem Untertitel: Der Weg des Generaloberst Jodl, München 1987). Darin finden sich an anderem Ort nicht zugängliche Texte aus Dokumenten und Briefen ihres Mannes. Als wichtigste gedruckte Quelle zur Tätigkeit Jodls während des Krieges steht nächst den Aussagen des Angeklagten während des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses und den sich auf seine Tätigkeit beziehenden Dokumenten (IMT, Bde. I-XXXXII) zur Verfügung: Das dienstliche Tagebuch des Chefs des Wehrmachtführungsstabes im OKW, Generalmajor Jodl für die Zeit vom 13. Oktober 1939 bis 30. Januar 1940. Hg. v. Walter Hubatsch. In: Die Welt der Geschichte, Jg. 12 (1952), S. 274 ff. und Jg. 13 (1953), S. 58 ff. und Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab) 1940-1945. Geführt von Helmut Greiner und Percy Ernst Schramm. Im Auftrag des Arbeitskreises für Wehrforschung hg. v. P. E. Schramm in Zusammenarbeit mit A. Hillgruber, W. Hubatsch und H.-A. Jacobsen, München 1982 (künftig: KTB-OKW). Ferner ist auf Aufzeichnungen und Notizen Jodls zu verweisen, die er während seiner Gefangenschaft anfertigte.

auf den Moment, da das letzte Schiff der Briten und Amerikaner die Küste des europäischen Kontinents verlassen und die Sowjetunion ganz Europa beherrschen würde. Obwohl Jodl sich von einem solchen Krieg distanzierte, legte der Inhalt seiner Nieder-[334:]schrift doch den Gedankengang an das – wie er es sah – Verdienst der Wehrmacht und mithin auch sein eigenes nahe, daß die Rote Armee nicht weiter als bis zur Eibe vorzudringen vermochte. Daher glaubte er, den Militärs der Westmächte Ratschläge für ihr Verhalten im nächsten Krieg auf europäischen Boden geben zu können.²

Im Gerichtssaal zu Nürnberg wurde die Rangfolge zwischen dem Chef des OKW und dem Chef des Führungsstabes wiederhergestellt. Jodls letzte Dienststellung wurde ignoriert. In der ersten Bankreihe der Angeklagten hatte Wilhelm Keitel Platz zu nehmen, Jodl wurde ein Sitz in der zweiten zugewiesen. Das erlangte für ihn ganz praktische Bedeutung. Er wurde als einer der letzten Angeklagten verhört und erhielt so – inzwischen war es Anfang Juni 1946 – mehr als ein volles Jahr Zeit, über den Krieg, dessen Vorgeschichte und seine eigene Rolle in den Jahren von 1933 bis 1945 nachzudenken. Er konnte aufgrund der Verhöre, denen er gefolgt war – alle mitangeklagten Militärs (Reichsmarschall Göring, Generalfeldmarschall Keitel, die Großadmirale Dönitz und Raeder) hatten sie bereits hinter sich – seine eigene Haltung vor Gericht abwägen. Vor allem bekam er Zeit und Gelegenheit, sich ein Bild von dem Regime zu machen, für dessen Endsieg er sich solange eingesetzt hatte.

Jedoch: Alles, was im Prozeßverlauf bis dahin gerichtsnotorisch gemacht worden war und auch alles, was er aus dem Lesen von Zeitungen und Dokumenten erfahren konnte, schien an Jodl abgelaufen zu sein wie das Wasser am Wachs. Er hatte sich entschlossen, dem Gericht in der Rolle des unbescholtenen deutschen Generalstäblers entgegenzutreten, der sich nach einem verlorenen Krieg nichts vorzuwerfen und einzig die Ehre der deutschen Soldaten und Offiziere gegen ungerechtfertigte Anklagen zu verteidigen habe.³ Die Befolgung dieses Konzepts setzte ein schwer zu überschätzendes Maß an Ignoranz gegenüber Tatsachen voraus, einen totalen Mangel an Bereitschaft, sich selbst neu zu befragen. Er war nicht bereit auch nur zuzugeben, daß Deutschland Angriffskriege geführt hatte und rechnete sich zu den deutschen „Patrioten“.⁴ Selbstredend war auch Jodl darauf bedacht, die eigene Haut zu retten. Doch mochte das seine Haltung weniger bestimmen als die mancher seiner Mitangeklagten. Er rechnete nicht damit, daß er am Galgen enden könne.

Jodl, der ein Leben in Uniform hinter sich hatte, präsentierte sich Richtern und Staatsanwälten als unpolitischer Berufssoldat. Er, so war den Darlegungen über seinen Werdegang zu entnehmen, habe sich zwar über die politischen Entscheidungen, die in Deutschland 1914, 1918 und 1933 gefallen waren, seine Gedanken gemacht, aber nicht einen Pulsschlag lang [335:] erwogen, sich in sie einzumischen. Durch kein Ereignis waren ihm je persönliche Konsequenzen in den Sinn gekommen. Nur ein einziges Mal habe er versucht, einen anderen Platz in der Armee zu erhalten, als er ihm durch Beförderungen und Befehle zugewiesen worden wäre. Er wollte, so sein Bericht, im Spätsommer 1942 der deutschen „Gebirgsarmee“ in Finnland zugeteilt werden, die mit den finnischen Truppen gegen die Rote Armee kämpfte.⁵ Warum er sich gerade diese Armee, die von einem der frühesten Parteigänger Hitlers, dem General Eduard Dietl kommandiert wurde, ausgesucht habe, wurde er nicht gefragt. Ein schriftliches Dokument, das den Vorgang glaubhaft machen würde, existiert indessen nicht.

Jodl war an seinem Platz an der Seite Hitlers geblieben. Schließlich wurde er zur absoluten Ausnahme unter dessen engen militärischen Beratern. Franz Halder, Chef des Heeresgeneralstabs, erhielt 1942 seine Entlassung und wurde nie wieder auf einen militärischen Posten zurückgerufen. Auf ihn folgten bis zum Kriegsende noch mehrere Generäle. Auch Kurt Zeitzler und Heinz Guderian hatten ihre Plätze wieder zu räumen. Daß einzig Jodl blieb, sprach für die Wertschätzung, die Hitler ihm entgegenbrachte. Sie besaß ihre Wurzel gewiß in den Kenntnissen des Spezialisten. Doch ebenso gründete sie sich auf Jodls dem „Führer“ geltende Bewunderung, die dieser spürte und genoß. Sie war

² Scheurig, S. 402 ff. Dort auch längere Zitate aus dem Text der Studie.

³ So ist sein Auftreten vor Gericht auch von Wilhelm Keitel gesehen und in einem Brief vom 9. Juni 1946 an Jodls Frau Luise belobt worden. Generalfeldmarschall Keitel. Verbrecher oder Offizier? Erinnerungen, Briefe, Dokumente des Chefs OKW. Hg. v. Walter Görlietz, Göttingen 1961, S. 383.

⁴ IMT, Bd. XV, S. 334.

⁵ Ebenda, S. 331.

unerschütterlich und erlosch auch nicht, als der Generalstäbler ein Angeklagter geworden war. Da noch sah er in Hitler einen „Helden in der Geschichte“ und weigerte sich, ihn zu verurteilen.⁶ Doch war Jodls Verhältnis zu seinem „Führer und Obersten Befehlshaber“ keineswegs in erster Linie von irrationalen Faktoren bestimmt worden. Das Bild vom militärischen Fachmann, der „vielleicht sogar ein anständiger Mensch“ war, „jedoch der Faszination eines verruchten ‚Führers‘ erlag“⁷, erklärt nichts und entspricht vor allem nicht der Wirklichkeit. Die Denkweise beider, vor allem ihr Grundverhältnis zum Krieg als Mittel der Politik, war nicht nur verwandt, sondern geradezu verwechselbar. Ebenso wichtig war, daß sich beide rasch – das erste Mal im Jahre 1938 – auf eine risikobereite, bis über die Grenze des Abenteuererturns reichende Planung von Feldzügen verständigten. Niemals traf Hitler in der Zeit der Kriegsvorbereitung und dann während der Blitzfeldzüge bei Jodl auf Vorbehalte, beobachtete er Zaudern oder erkannte er Zweifel. Besonders in den Monaten vor dem Feldzug gegen Frankreich, als sich bei Generälen – in Stimmungen, nicht in Protesten – Erinnerung an den auf den Schlachtfeldern des Nachbarlandes 1918 verlorenen Krieg geltend machte und manche die Offensive für völlig verfehlt hielten, erwies sich der Chef des Wehrmachtführungsamtes als Draufgänger an Hitlers Seite. „Wir gewinnen diesen [336:] Krieg und wenn er 100x einer Generalstabsdoktrin widerspricht“, schrieb Jodl am 15. Oktober 1939 in sein Tagebuch, „weil wir die bessere Truppe, die bessere Ausrüstung, die besseren Nerven, und eine geschlossene zielbewußte Führung haben.“⁸ Da war eben erst der leichte Sieg über das schwache Polen errungen und Hitler noch keineswegs der Lorbeer des „Größten Feldherrn aller Zeiten“ gewunden. Wer ihm gläubig und dienend so folgte, dafür besaß Hitler Gespür, dem ließ er den gleichen Bonus zukommen, den er auch seinen Getreuen aus der „Kampfzeit“ im Weimarer Staat gewährte. Ihnen gegenüber hielt er sich an den Grundsatz „Einen beß'ren find'st Du nicht ...“

Jodls Weg an die Seite Hitlers war lang. Der mit seinem „Führer“ nahezu Gleichaltrige stammte aus einer bayerischen Familie. Nicht wenige seiner Vorfahren und Verwandten waren Berufssoldaten gewesen. Der Vater hatte in der Armee des süddeutschen Staates eine Batterie der Feldartillerie kommandiert und es bis zum Oberst gebracht. Eine Photographie zeigt ihn mit Zwicker und Pickelhaube und läßt einen Mann erkennen, der in die Personage von Heinrich Manns Roman „Der Untertan“ gepaßt haben würde. In anderer Verkleidung war Vater Jodl ebenso als Gymnasialprofessor oder Staatsanwalt in einem beliebigen Winkel des Deutschen Kaiserreiches denkbar. Ganz kann er in Devotion vor seinen Oberen jedoch nicht aufgegangen sein. Seine späte Heirat mit einer aus Franken gebürtigen Bauertochter galt als unstandesgemäß.

Alfred, der älteste 1890 geborene Sohn der Familie – wie auch sein Bruder Ferdinand, dessen militärische Karriere im Mai 1945 als General der Gebirgstruppen in Nordnorwegen endete⁹ –, gelangte auf des Vaters Berufsweg. Nach dem Besuch von Zivilschulen in Landau und München wurde der Dreizehnjährige zur weiteren Ausbildung der Anstalt des Bayerischen Kadettenkorps übergeben. Dort wechselten militärischer Drill und eine zum Abitur führende Unterweisung in den üblichen Fächern einander ab. Jodl bestand die Abschlußprüfung 1910. Erst jetzt hatte er selbst sich zu entscheiden. Es habe ihm, teilte er dem Gerichtshof in Nürnberg mit, im Blut gelegen, Berufssoldat zu werden.¹⁰ Einen anderen Lebensplan hatte er nicht erwogen. Erst unter dem Zwang des verlorenen Krieges will er 1918, doch folgenlos, an den Beginn eines medizinischen Studiums gedacht haben.

1910 – zwanzigjährig – war Jodl Fahnenjunker in einem Feld-Artillerie-Regiment und 1912 ein „Herr Leutnant“ in einer Augsburger Garnison geworden. Ein weiteres Jahr später heiratete er eine fünf

⁶ KTB-OKW, Bd. IV/2, S. 1721.

⁷ Alan P. Wilt: Alfred Jodl – Hitlers Besprechungsoffizier. in: Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen. Hg. v. Ronald Smelser/Enrico Syring, Berlin 1995, S. 248. Dieses Bild greift auch auf Jodls Selbstbild zurück. in einem aus dem Gefängnis an seine Frau gerichteten Brief fragte er, ob er Hitler wirklich gekannt habe und sein – Jodls – Idealismus nicht von diesem mißbraucht worden sei. KTBOKW, Bd. 4/1, S. 1721.

⁸ Zit. n. dem Teilabdruck: Das dienstliche Tagebuch des Chefs des Wehrmachtführungsstabes im OKW, Generalmajor Jodl, 13. Oktober 1939-30. Januar 1940. In: Die Welt als Geschichte, XII (1952), Heft 4, S. 276.

⁹ Er hatte dort seit Dezember 1944 eine Armee-Abteilung bei Narvik befehligt.

¹⁰ IMT, Bd. XV, S. 313.

Jahre ältere [337:] Offizierstochter, die Gräfin Irma von Bullion. Die Wahl, anders als die seines Vaters, verstieß nicht gegen irgendeine der borniert-dünkelhaften Normen der kaisertreuen Militärkaste. Im Weltkrieg 1914 bis 1918 wurde Jodl als Truppenoffizier verwendet. Er befehligte Artilleristen in Frankreich, dann an der Front gegen das Zarenreich und nach dessen Zusammenbruch unter den Schlägen der Revolution schließlich wieder im Westen. Zum Zeitpunkt der Kapitulation war er Oberleutnant. Trotz Verwundung, hatte er die Schlachten heil überstanden.

Als die geschlagene deutsche Armee auf den Stand reduziert wurde, den der Versailler Vertrag vorschrieb, mußte Jodl nicht aus dem Militärdienst scheiden. Am 1. Oktober 1919 war aus dem kaiserlichen ein Reichswehroffizier geworden. Die Militärführer waren ebenso unfähig wie unwillig, die „Lehren des Weltkriegs“ anders denn unter engen fachlichen Gesichtspunkten der Feldzüge und Schlachten zu ziehen. Zu den Ideen des Nationalismus, Chauvinismus und Expansionismus gewannen sie keinerlei Distanz. Statt dessen wurde mit der „Dolchstoßlegende“ als dem zentralen Bild, das die Ursachen der Niederlage verfälschte und hinweglog, „der alte Feindbegriff intensiver gefaßt und die Vorstellung vom deutschen Machtstaat weiterentwickelt“.¹¹ Jodl setzte seine militärische Karriere in einer Söldnerarmee fort, in der es nicht darum ging, „die Nation auf Zusammenhalt in einem sog. Verteidigungskrieg vorzubereiten, sondern um die Herstellung unbedingter Gefolgschaft bei offensiven und expansiven Unternehmungen zur Gewinnung der Groß-, ja Weltmachtposition“.¹²

Während der Jahre der Republik wechselten Jodls Einsatzorte und Aufgabenbereiche mehrfach. Er kommandierte Truppen, u. a. in der Gebirgsartillerie, und – das wurde für seinen weiteren Weg ausschlaggebend – erhielt eine mehrjährige Ausbildung im Generalstabsdienst. Danach begann er im Stab einer in München stationierten Division zu arbeiten und selbst Offiziere in Kriegsgeschichte und Taktik zu unterrichten. Er wurde Hauptmann und Major und besaß, selbst wenn die Bestimmungen des Versailler Vertrages auf weitere Jahre die deutsche Armee begrenzten, eine Chance, in ihr zu verbleiben. Mitte 1932 hatte er nach Berlin umzuziehen, da er in das Reichswehrministerium kommandiert worden war. Dort arbeitete er als Gruppenleiter in der Operationsabteilung, im Zentrum der Armeeführung. Er beschäftigte sich mit Plänen, die zunächst noch keineswegs hochfliegend sein konnten. Mit dem auf 100.000-Mann limitierten Heer ließ sich das Reich nicht verteidigen. Doch es wurde auch von niemandem bedroht. Der Wende im persönlichen Leben Jodls folgte 1933 die in der deutschen Geschichte, und diese verlieh jener erst Dauerhaftigkeit, Richtung und [338:] Inhalt. Hitler wurde Reichskanzler und erklärte am fünften Tage seiner Kanzlerschaft den Militärführern seine Absicht, eines Tages Eroberungszüge – am besten in Osteuropa – zu unternehmen. Darauf setzten die anfänglich noch getarnten Vorbereitungen für den Übergang zum Massenheer ein, mit deren Beginn sich für die Berufsoffiziere neue Aufstiegsmöglichkeiten abzeichneten. Rasch kam Jodl um die „Majorsecke“. Am 1. Oktober 1933 war er Oberstleutnant i. G., wenn auch der Zusatz aus taktischen Rücksichten noch nicht deklariert wurde. Keine Frage, daß Jodl mit dem steigenden eigenen Ansehen, der Förderung und den sich abzeichnenden Perspektiven des Militärs im neuen Reich hochzufrieden war.

Irgendeine kritische Wertung des Krieges, der später der Erste Weltkrieg genannt wurde, hatte Jodl seit dessen Ende nicht vorgenommen. Selbst die rein militärischen Ursachen der Niederlage schien er sich nicht nüchtern vor Augen gehalten zu haben. Darauf weist eine spätere, aus dem Jahre 1938 stammende Eintragung in seinem Tagebuch hin, derzufolge er dem „Ungehorsam“ in der Armee und da wieder dem der Generäle Schuld an den Ereignissen des Jahres 1918 zuschreibt.¹³ Jodl, nicht anders als Hitler, überschätzte die subjektiven Faktoren weit und, wieder gleich dem Oberbefehlshaber, schrieb dem Willen der Handelnden eine ungleich größere Bedeutung zu, als er selbst unter günstigsten Bedingungen für den Gang der Geschichte gewinnen kann. Doch machte er mit diesem Verhalten keine Ausnahme.

¹¹ Manfred Messerschmidt: Vordenker und Denker der Vernichtung. in: Mitteilung Nr. 2 der Initiative zur Gründung eines „Zentralmuseums gegen Verbrechen wider die Menschlichkeit. Arbeits-, Gedenk- und Forschungsstätte für Frieden und Humanität. Holocaust-Museum“ in der Bundesrepublik Deutschland. Hg. v. Institut für kulturelle Friedens- und Konfliktforschung, April 1996, S. 4.

¹² Ebenda.

¹³ IMT, Bd. XXVI II, S. 379 (Eintragung vom 13. September 1938).

Jodl hatte als Soldat in einem Staat gedient, den er nicht mochte, wenn er ihn auch nicht aktiv bekämpfte. Noch in Nürnberg verriet er das Mißbehagen, das ihm die durch Krieg und Revolution veränderten politischen Zustände in Deutschland bereiteten. Als ihn sein Verteidiger 1946 in dem üblichen abgesprochenen Frage-Antwort-Spiel im „Zeugenstand“ nach seiner Haltung zum Antisemitismus befragte, beteuerte Jodl, nie Antisemit gewesen zu sein. Doch setzte er dem die Behauptung hinzu, daß „das Judentum“ nach 1918 in einer „unerhört provozierenden Weise“ aufgetreten sei. Da schwang noch der Haß der Offizierskamarilla nach, der sich gegen die sozialistischen, demokratischen und pazifistischen Kritiker gerichtet hatte, die unter den Bedingungen der Republik den imperialistischen Krieg verurteilten, die deutschen Eroberungsgelüste bloßstellten und der Verherrlichung und Verklärung des millionenweisen Soldatentodes entgegengetreten waren. Die von Kriegsgegnern ausgesprochenen Wahrheiten galten Jodl auch 1946 noch als „Provokation“ und obendrein als solche des „Judentums“. Seine Distanzierung vom Antisemitismus wurde auch dadurch nicht glaubwürdiger, daß er erklärte, er sei gegen jede [339:] Verallgemeinerung gewesen, hätte unter den Juden differenziert und persönliche Beziehungen zu jüdischen Deutschen unterhalten, „die noch ein Vaterland kannten“ und „deren menschlicher Wert unbestritten war“.¹⁴ Dünkelhaft und unfähig, sich selbst zu kontrollieren, dürfte Jodl kaum bemerkt haben, wie stark sein Rückblick in die Weimarer Republik seine Gebundenheit an die Klischees von den Juden als „vaterlandslosen Gesellen“ und Menschen minderen Werts verriet.

Teilweise in Ordnung war für den Reichswehroffizier die deutsche Welt erst wieder, als 1925 durch Wählerentscheidung der von ihm verehrte, „geliebte Feldmarschall“ Paul von Hindenburg und Beneckendorf das Amt des Reichspräsidenten übernahm. Darin habe er eine „Wiederbesinnung“ des Volkes erblickt.¹⁵ Daß der Herzensmonarchist Hitler zum Reichskanzler ernannt hatte, beschädigte Jodls Bild über seinen ersten Kriegsherrn auch rückblickend nicht. Denn als Hindenburg 1933 die Ernennungsurkunde für den „böhmischen“ Gefreiten unterzeichnete, hatte sich die Auffassung des Majors über den Nachfolger des Generals Kurt von Schleicher schon zu wandeln begonnen.

1923, erinnerte sich Jodl im „Zeugenstand“, habe er dem Führer der NSDAP, der in München geputscht hatte, skeptisch und ablehnend gegenübergestanden.¹⁶ Eine gewisse Beruhigung erfaßte ihn erst, als Hitler 1930 vor dem Reichsgericht in Leipzig erklärt habe, daß er die Zersetzung der Reichswehr ablehne. Ein Unbehagen wäre ihm dennoch geblieben, als der Mann in die Wilhelmstraße einzog. Es habe sich aus der Möglichkeit „revolutionärer Entartungen“ ergeben. Doch hätte er in Personen wie von Hindenburg, von Papen, von Neurath, von Schwerin-Krosigk, den Herren von Adel, eine gewisse Sicherheit gegen diese Gefahr erblickt.¹⁷ Zwei dieser Garanten saßen nun mit ihm im Gerichtssaal auf der Anklagebank.

Die Revolutionsfurcht, wie immer sie sich Jodl dargestellt haben mochte, schwand rasch. Wie die gesamte Reichswehrführung, so war auch er über die Beseitigung des SA-Führers Röhm befriedigt, dessen Ambitionen die Militärs beunruhigt hatten.¹⁸ Noch einmal habe ihn „große Sorge“ befallen. Das sei geschehen, als nach Hindenburgs Tod Hitler dessen Nachfolger und damit auch Oberster Befehlshaber der Reichswehr wurde.¹⁹ Spätere Sorgen, etwa über die innenpolitische Ausgestaltung des Regimes, hatten Jodl nicht so beschäftigt, daß er sie vor Gericht der Rede für wert gehalten hätte. Von der Existenz zweier Konzentrationslager – Sachsenhausen und Dachau – habe er gewußt. Berichte über deren Funktion und Zustand, die ihm zugekommen seien, hätten ihm keinen Grund zur Kritik gegeben. Den Namen Buchenwald habe er überhaupt erst in der Gefan-[340:]genschaft gehört.²⁰ Gleiches gelte für die Existenz von Vernichtungslagern. Jodl gebrauchte ein später oft zitiertes Bild, dessen apologetische Funktion kaum hinterfragt wird, wenn der Zustand der Führerhauptquartiere beschrieben wurde. Er nannte die Befehlszentrale eine Mischung von Kloster und Konzentrationslager.

¹⁴ IMT, Bd. XV, S. 315.

¹⁵ Ebenda, S. 314 u. 323.

¹⁶ Ebenda, S. 314.

¹⁷ Ebenda, S. 316 f.

¹⁸ Ebenda, S. 336.

¹⁹ Ebenda, S. 323.

²⁰ Ebenda, S. 366.

Damit wollte er vor allem ausdrücken, daß er von der Außenwelt vollständig abgeschottet und dadurch, nahm man die militärische Lagekenntnis aus, einer der schlecht informiertesten Männer gewesen sei.²¹

Noch bevor die Verteidigung Jodls und er selbst im Gericht diese Schutzbehauptung entwickelten, hatte Telford Taylor, der die Anklage gegen den deutschen Generalstab vortrug, diese Taktik schon charakterisiert. Die Generale würden den Eindruck erwecken wollen, daß sie „lediglich Militärtechniker waren“, daß sie „bis zum Losschlagen der Truppen weltabgeschieden wie in einem Turm von Elfenbein lebten und nicht sehen wollten, in welche Richtung ihre Arbeit führte“, ja, daß sie die von Politikern und vor allem von Hitler erlassenen Befehle „wie militärische Automaten ausführten, ohne eine Ahnung zu haben, ob die Kriege, die sie begannen, Angriffskriege waren oder nicht“.²² Demgegenüber bewiesen Taylor und andere Ankläger, welche Eintracht und Übereinstimmung im Grundsätzlichen zwischen den politischen und militärischen Führern geherrscht hatte, als sie die Eroberungskriege planten und führten.

Diese Übereinstimmung galt in besonderem Maße für Jodl, den einzigen unter den führenden Generalstäblern, den Hitler vom Beginn des Krieges bis in dessen letzte Tage an seiner Seite duldete. Dennoch beruhte Jodls Verteidigung ganz wesentlich darauf, ihn als einen Kontrahenten des „Führers und Obersten Befehlshabers“ zu zeigen. Keine, auch nicht die durchsichtigste Gelegenheit wurde ausgelassen, um die Legende von diesem Dualismus glaubhaft zu machen. Als Göring als erster der Angeklagten in den Zeugenstand gerufen wurde und auch die Verteidiger ihn im Interesse ihrer Mandanten befragen konnten, nahm Rechtsanwalt Exner augenblicklich Bezug auf den einzigen, 1942 entstandenen Konflikt, der zwischen dem Obersten Befehlshaber und seinem Berater in all den Jahren entstanden war.²³ Tatsächlich hatte sich der Gruppenchef im Reichswehrministerium frühzeitig gegenüber seinen Untergebenen als ein Vorgesetzter zu erkennen gegeben, der die Unterlassung jeglicher Kritik an den Machthabern und namentlich am „Führer“ verlangte. Diese Haltung wurde für seinen Aufstieg und seine Verwendung ebenso wichtig wie seine Beurteilung als ein befähigter Fachmann, verlässlicher und durch Aufträge hochbelastbarer Arbeiter.

[341:] Ausdruck dessen war, daß Jodl am 1. April 1935, zwei Wochen zuvor erfolgte die Deklaration der allgemeinen Wehrpflicht, zunächst in seiner Dienststellung weiter emporstieg. Er kam von der Operationsabteilung des Heeres in das Wehrmachtsamt und wurde dort Chef der Abteilung Landesverteidigung und damit einer der maßgeblichen Generalstäbler.²⁴ An diesem Platze fand er sich der Spitze des Reichskriegsministeriums – so die neue Bezeichnung des bisherigen Reichswehrministeriums – noch nähergerückt. Er war für die verschiedensten Aufgaben der Wehrmachtführung und -schulung zuständig. An der Vorbereitung von Manövern wirkte er ebenso mit wie an der Herstellung der Gesetzentwürfe, welche die praktischen Maßnahmen zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht betrafen. Ihm unterstanden die Wehrmachtsakademie und das Sekretariat des Reichsverteidigungsausschusses. Er wurde zu dessen Mitglied berufen und vertrat in diesem Gremium auch General Walter von Reichenau. Es befaßte sich vorzugsweise mit der Mobilmachung im gesamten nichtmilitärischen Bereich. Es entstanden die Mob.-Bücher, in denen bis ins kleinste jeder Schritt vom Friedens- in den Kriegszustand festgelegt wurde. Die Versetzung in die neue gehobene und einflußreichere Dienststellung zog noch 1935 Jodls Beförderung zum Oberst nach sich.

Eine der ersten Aufgaben des neuen Chefs der Abteilung Landesverteidigung – die Bezeichnung und deren tatsächliche Rolle waren nichts weniger als kongruent – bestand in der Vorbereitung der Remilitarisierung des Rheinlandes, jener rechts und links des Stromes gelegenen deutschen Gebiete vor den Grenzen Frankreichs und Belgiens. Dann folgten die strategische Erörterung und militärische Bearbeitung der „Fälle“ Österreich und Tschechoslowakei. Über das Risiko, das auf diesem Wege

²¹ Ebenda, S. 325.

²² IMT, Bd. IV, S. 456.

²³ IMT, Bd. IX, S. 434 u. XV, S. 330 f.

²⁴ IMT, Bd. XV, S. 491. Jodl erwähnt, daß er erst wenige Tage vor der Besetzung des Rheinlands von dem Plan des Vertragsbruchs erfahren habe.

eingegangen werden sollte, entstanden Meinungsverschiedenheiten. Der Kriegsminister, Generalfeldmarschall Werner von Blomberg, wurde in deren Zusammenhang ebenso gestürzt wie der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Werner Freiherr von Fritsch. Der Chef des Heeresgeneralstabs, Ludwig Beck, suchte und nahm seinen Abschied, nachdem seine Einwände gegen einen Krieg gegen die Tschechoslowakei zurückgewiesen worden waren.

Jodl wußte um diese Auseinandersetzungen und auch um die miesen Methoden, mit denen seine Vorgesetzten ausgeschaltet wurden. Denn er wurde durch Keitel im Januar 1938 tagtäglich von den Rangkühen und Intrigen unterrichtet, die sich in der Reichskanzlei und deren Umfeld abspielten und in denen sich mit sachlichen Meinungsverschiedenheiten auch persönlicher Ehrgeiz und Machtwille geltend machte. Doch Jodls Natur und Stellung erlaubten es ihm, sich außerhalb aller Kontroversen zu [342:] halten. Nicht nur, daß er seine Arbeit weiter verrichtete. Er tat das auch ohne jede Anfechtung, denn die Bedenken seiner gestürzten Vorgesetzten gegen die Forderungen und Pläne des „Führers“ teilte er nicht. Schon aus jener frühen Zeit sind mehrfach Äußerungen von ihm überliefert, die nicht nur Zustimmung zur Politik Hitlers zu erkennen geben, sondern auch blanke Bewunderung ausdrücken.

Auf den Sturz von Blomberg und Fritsch folgte die Etablierung einer neuen, auf Hitler zugeschnittenen militärischen Führungsstruktur. Der „Führer“ übernahm zu seinen Ämtern als Staatsoberhaupt, Reichskanzler und Führer der NSDAP auch praktisch den Obersten Befehl über die Führung aller Streitkräfte. Das Reichskriegsministerium wurde liquidiert. Seine Aufgaben erhielt das neugebildete Oberkommando der Wehrmacht (OKW), das einen weiteren, den militärischen Arbeitsstab Hitlers bildete. An dessen Spitze wurde General Wilhelm Keitel gestellt. Jodl war als Folge dieser Neugliederung näher an den „Führer“ gestellt, ohne daß er diesem zunächst persönlich bekannt wurde oder mit ihm in direkten Arbeitskontakt trat. Doch war das, blieb er auf seinem Platz und begab sich nicht in den Truppendienst, nur eine Frage der Zeit. Denn mit den personellen Veränderungen war ihm im März 1938 zusätzlich auch die Leitung des Wehrmachtführungsamtes (später, 8. August 1940, umbenannt in Wehrmachtführungsstab) im OKW übertragen worden. Zwischen dem Obersten Befehlshaber und Jodl stand einzig noch der Chef des OKW.

Doch mit so einfachen Strichen, wie sich diese kurze Verbindungs-, Unterordnungs- und Befehlslinie skizzieren ließ, existierte sie in der Praxis nicht. Die Befugnisse dieses Oberkommandos und damit die Jodls waren nicht unumstritten. Die Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtsteile und deren Generalstäbe besaßen traditionelles oder – was die Luftwaffe und deren Chef Göring anging – neugewonnenes Eigengewicht. Sie beanspruchten, es zur Geltung zu bringen, und wehrten sich dagegen, von einem alle Teilstreitkräfte dirigierenden Wehrmachtsgeneralstab bevormundet zu werden. Das galt namentlich für die ehrgeizigen Generalstäbler des Heeres. Vor allem: Einzig der Apparat des Reck-Nachfolgers Franz Halder war nach Erfahrung, Größe und Zusammensetzung imstande, Feldzüge zu planen, vorzubereiten und zu befehligen.

Wie sich die Wehrmacht insgesamt im Stadium ihres Aufbaus befand, so waren die Kompetenzen der militärischen Führungsgruppen noch keineswegs definitiv gegeneinander abgegrenzt. Jodl, der eine Vorstellung von der Notwendigkeit des reibungslosen Zusammenwirkens der Streitkräfte im kommenden Kriege besaß, suchte beständig darauf hinzuwirken, die [343:] Stellung des Wehrmachtführungsamtes gegenüber den Generalstäben von Heer und Luftwaffe zu stärken. Das bedeutete – nolens volens –, daß er auf die Konzentration von immer mehr faktischer Macht in den Händen Hitlers hinwirkte. Irgendwelche Gefahren sah er daraus nicht erwachsen. Wie sollten sie sich ihm auch abbilden, wenn an der Spitze von Staat und Wehrmacht nach seinem Urteil der größte Deutsche seit dem „Eisernen Kanzler“ der Reichsgründung regierte und befahl? Schon während der Vorkriegskrise im September 1938 war er der Ansicht, daß Nachrichten, die ein eigenes Urteil über die Chancen von Krieg und Frieden ermöglichten, auf den engsten Kreis begrenzt und dem Offizierskorps streng rationiert zugeteilt oder auch ganz vorenthalten werden sollten. Auf diese Weise wünschte er zu verhindern, daß Zweifel und mit ihnen Unruhe entstünden.²⁵

²⁵ IMT, Bd. XXV III, S. 376.

Er selbst war indessen, wie sich aus seinem Tagebuch ersehen läßt, auch und gerade über die geheimgehaltenen politisch-diplomatischen Vorgänge, einschließlich des erpresserisch-abenteuerlichen Vorgehens Hitlers bei den Eroberungen im Frieden während des Jahres 1938, durch den ständig exakt unterrichteten Keitel wohlinformiert. Er vermochte sich an seinem Arbeitsplatz somit frühzeitiger als die meisten ranggleichen Offiziere ein Urteil darüber zu bilden, welche Prinzipien der Politik an der Staatsspitze galten und das Denken des Obersten Befehlshabers beherrschten. Dennoch hat Jodl später seine Tätigkeit nicht anders sehen und vor allem seinen Richtern darstellen wollen als diejenige jedes beliebigen Generalstabsoffiziers in einer beliebigen modernen Armee. Das war nur in dem formalisierten Sinne richtig, daß er wie sie Pläne und Weisungen für die verschiedensten Kriegsfälle und militärischen Operationen ausgearbeitet hatte. Doch zum einen war seine Tätigkeit seit 1936 nicht mehr nur Arbeit an „Fällen“, an deren Eintreten niemand glauben konnte, bedeutete sie nicht länger nur folgenloses Planen, dessen papierner Niederschlag aus den wohlbewachten Panzerschränken des Kriegsministeriums eines Tages ungebraucht in diejenigen der Militärarchive gelangen würden. Und zum anderen schloß dieses Planen absehbar die Verletzung von Verträgen und Völkerrecht ein.

Der Bruch internationaler Verträge, zu deren Einhaltung sich das Deutsche Reich verpflichtet hatte, begann 1935 mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und setzte sich 1936 mit der Rheinlandbesetzung fort. Dann folgten 1938/1939 die Liquidierung Österreichs und der Tschechoslowakei, die Hitler der ersten und einleitenden Expansionsetappe zugeordnet hatte, als er am 5. November 1937 den Weg in den „großen“ Krieg vor-[344:]zeichnete. Jodl war an dieser Besprechung nicht beteiligt. Doch er und seine Mitarbeiter wurden von deren Ergebnis sofort unterrichtet und arbeiteten die vorhandenen Pläne um oder ergänzten sie. Dabei erwies sich, daß Jodl von Anbeginn zu den Waghalsigen unter des „Führers“ Gefolgsleuten gehörte. Das ließ sich verlässlich aus seinem Tagebuch herauslesen, das 1945 ein wichtiges Beweismittel zur Begründung der gegen ihn erhobenen Anklage wurde.

Am 10. August 1938, als die deutsche Politik die „Sudetenkrise“ schürte und den Überfall auf die Tschechoslowakei vorbereitete, zählte Jodl zu den Militärs, die zu Hitler auf den „Berghof“ nach Berchtesgaden gerufen wurden. Im Verlauf der Besprechung trug General Gustav von Wietersheim Bedenken wegen eines möglichen Zweifrontenkriegs gegen die Tschechoslowakei und deren Verbündeten Frankreich vor. Von den anderen Anwesenden nicht unterstützt, handelte er sich eine harsche Abfuhr ein.²⁶ Jodls Eintrag läßt keine Zweifel über seine eigene Haltung. Er stellte sich inmitten der von den Machhabern entfachten Vorkriegskrise auf den Standpunkt, daß „diese Nervenprobe“ bestanden werden müsse²⁷ und beklagte die „kleinmütige Auffassung“, die „leider im Generalstab des Heeres sehr weit verbreitet“ sei. Da fehle die „Kraft des Gemüts“. Er nannte dieses Verhalten „Miesmacherei“, sah aus ihm für die „Stimmung der Truppe“ Gefahren erwachsen, hoffte aber, daß sie nicht wirklich einträten. Vor allem vertraute er darauf, daß Hitler Volk und Truppe im entscheidenden Moment würde mitreißen können. Die provokatorische, kriegdrohende Rede, die Hitler am 12. September während der Veranstaltungen des Reichsparteitags der NSDAP in Nürnberg hielt, nannte er „eine grandiose Abrechnung mit der Tschechoslowakei“.²⁸ Er, im Gegensatz zu dem von ihm kritisierten Heeresgenerälen, glaubte – wie er in sein Tagebuch schrieb – an das „Genie des Führers“. Die Generäle, die Einwände erhoben, zieh er der Überheblichkeit, sie würden in Hitler „zum Teil sicher noch den Gefreiten des Weltkriegs sehen“. Er aber betrachtete Hitler bereits als „den größten Staatsmann seit Bismarck“.²⁹

Diese Kennzeichnung Hitlers taucht in Jodls Aufzeichnungen wieder und wieder auf. Als die beiden Großmächte Westeuropas schließlich, vor der Kriegsdrohung – wie sich erweisen sollte, nur für kurze Zeit – zurückweichend, der Zerstückelung der Tschechoslowakei zustimmten, notierte er: „Das Genie des Führers und seine Entschlossenheit, auch einen Weltkrieg nicht zu scheuen, haben ... den Sieg davongetragen.“ Und daran schloß er seine Hoffnung, „daß die Ungläubigen, Schwachen

²⁶ Ebenda, S. 374.

²⁷ Ebenda, S. 376.

²⁸ Ebenda, S. 377.

²⁹ IMT, Bd. IV, S. 466 f. u. Eintragung im Tagebuch vom 13. September 1938, Bd. XXVIII, S. 379.

und Zweifelnden bekehrt sind und bekehrt bleiben.“³⁰ Der Eintrag verrät, wie er sich selbst dem [345:] Obersten Befehlshaber zuordnete: Er zählte sich zu den Gläubigen und Starken, den von keinerlei Zweifel auch nur Berührten. Jodl war ein Mann aus jenem Holz, aus dem sich Hitler seine Berater und Mitarbeiter wünschte und über die er seit den beiden außenpolitischen Coups des Jahres 1938 reichlich verfügte.

Zunächst, das war auf der Karriereleiter eines Generalstäblers nicht unüblich, erhielt Jodl ein Truppenkommando übertragen. Er wurde Kommandeur der Artillerie der in Wien stationierten 44. Division, deren Offizierskorps hauptsächlich aus ehemaligen Angehörigen des Österreichischen Bundesheeres bestand. Jodl verlegte, obwohl ihm im Falle eines Kriegsbeginns binnen 12 Monaten die Rückbeorderung in das OKW angekündigt war, seinen privaten Wohnsitz in die Donaustadt. Das wollte er später in Nürnberg als Beweis dafür gewertet wissen, daß ihm der Gedanke an einen nahen Krieg ganz fern gelegen habe. Während der kampflosen Beseitigung der Rest-Tschechoslowakei verrichtete Jodl u. a. Dienst im Stab der Division. Deren neuer Standort wurde das besetzte Brünn (Brno). Hier erfuhr er seine Beförderung zum Generalmajor. Man schrieb den 20. April 1939. „Führers Geburtstag“ wurde in Berlin mit der größten Militärparade [346:] begangen, die es bis dahin gegeben hatte. Ihre Aussage faßte die Propaganda in die Worte: Der Aufbau der Wehrmacht ist vollendet.

Am 23. August 1939 erhielt Jodl den Befehl, auf seinen alten Platz im OKW zurückzukehren. In Berlin eingetroffen, wurde er augenblicklich von dem geplanten Überfall auf Polen und den erteilten Operationsbefehlen unterrichtet. Noch galt der 26. August als Tag der Eröffnung des Angriffs. Keine Frage, daß sich in diesem Rückruf die Wertschätzung von Jodls operativen Fähigkeiten ausdrückte und ebenso sein Verhältnis zu seinem unmittelbaren Vorgesetzten Keitel. Und keine Frage, daß Jodl von dem Gang der Ereignisse nichts weniger als überrascht sein konnte. An den Plänen für einen Feldzug gegen Polen war schon seit April 1938, also noch während seiner vormaligen Zugehörigkeit zum OKW, gearbeitet worden.³¹

Nach dem nur um Tage aufgeschobenen Einfall in den Nachbarstaat gehörte Jodl am 3. September 1939 zu jenem kleinen Beraterstab, der Hitler in dessen Eisenbahnzug „an die Front“ begleitete. Das zum Führerhauptquartier erklärte Gefährt verließ die Reichshauptstadt in Richtung Osten. Zuvor war der Oberste Befehlshaber durch Ribbentrop von den Kriegserklärungen Großbritanniens und Frankreichs unterrichtet worden. Jetzt ging es darum, mit dem schwachen Gegner im Osten noch rascher „fertig zu werden“. Jodl hatte aufgrund der in Berlin einzuholenden Meldungen von der Front Hitler die Lagevorträge zu halten und die Befehle auf den Weg zu den Heerführern zu bringen. Noch befand sich das System der Führung des Krieges in ganz und gar unfertigem Zustand. Jedoch vervollkommnete es sich in den Wochen nach dem Polenfeldzug, aus dem Jodl am 20. September zurückkehrte. Von da an bezog er ein Arbeitszimmer in unmittelbarer Nähe Hitlers in der Alten Reichskanzlei in der Wilhelmstraße. Nun war er für den „Führer“ in jedem Augenblick erreichbar.³² Und wie dieser zweifelte er nicht daran, daß es nur einen Ausgang des Krieges geben könnte: den deutschen Sieg. Am 28. Oktober 1939 schrieb er in einem Brief an den Polizeipräsidenten von Brünn, den er kürzlich während seines Dienstes in Mähren kennengelernt hatte: „Diesmal werden wir die besseren Nerven und die größere Geschlossenheit zeigen.“³³

Jodl, so ließ der Verteidiger in Nürnberg seinen Mandanten im „Zeugenstand“ aufsagen, wäre an jenem 3. September 1939 durch Keitel, dem „Führer“ vorgestellt worden. Das sollte von den Richtern so verstanden werden: Erst als der Krieg schon geführt wurde, sei der Angeklagte dem Obersten Befehlshaber überhaupt nähergetreten. Vordem hätten sie sich nicht gekannt. Allein daraus aber sei schon ersichtlich, der Generalstäbler könne an irgendwelchen vor Gericht zur Be- und Verurteilung ste-[347:]henden Entscheidungen nicht beteiligt gewesen sein. Solcherlei Versuch, zwischen Jodl und

³⁰ IMT, Bd. IV, S. 468.

³¹ Siehe die Erklärung des damaligen Oberbefehlshabers des Heeres, Werner von Brauchitsch, vom 7. November 1945. IMT, Bd. IV, S. 449.

³² KTB-OKW, Bd. I, S. 185 E. Dazu einen Kommentar bei: Warlimont, Im Hauptquartier, S. 60 ff.

³³ IMT, Bd. XV, S. 507.

der Entwicklung auf den Krieg hin eine möglichst große gedankliche Distanz zu legen, gehörte indessen in die Kategorie „Mätzchen“ ...

Wie der Gerichtshof anhand der eigenen Aufzeichnungen Jodls nachprüfen konnte, zählte er zu den wenigen Offizieren, die sich von den ersten erpresserischen außenpolitischen Aktionen des Regimes an ein verlässliches Bild von der Richtung der Politik, den Methoden der Führung und deren Ansprüchen an die Militärs machen konnten. Mehr noch: er wirkte bei den Schritten, die aus dem aufrüstenden Deutschen das kriegsbereite Großdeutsche Reich machten, aktiv mit, und das erzeugte ihm, wie seine Tagebuch-Eintragungen beweisen, keinerlei Skrupel, sondern erkennbare Befriedigung. Spätestens seit 1937 war Jodl, obwohl direkt noch nicht an den Beratungen in der engsten Führungsspitze beteiligt, nicht nur über die getroffenen Entscheidungen, sondern – was weiteren Aufschluß gab – auch über Motive und geplante Folgeschritte exakt informiert.

So zeigte er sich sofort über den Verlauf des Treffens zwischen Hitler und Schuschnigg am 12. Februar 1938 in Berchtesgaden genau unterrichtet, das den seit langem geplanten Zugriff auf den südlichen Nachbarstaat diplomatisch einleitete. Er wurde daran beteiligt, den Druck auf den Bundeskanzler und die österreichische Regierung durch die „Vorspiegelung militärischer Maßnahmen“ zu verstärken. Gemeinsam mit Keitel und dem Chef des militärischen Nachrichtendienstes Wilhelm Canaris schlug er Hitler vor, wie die „Täuschungsaktion“ anzulegen sei, und das Vorgehen wurde genehmigt.³⁴ Jodl war mithin bereits an der Liquidierung Österreichs, die sich nur in ihrem äußeren Erscheinungsbild als „Blumenfeldzug“ vollzog, aktiv beteiligt und zwar durch die – wenn auch nur vorgespülte – Kriegsdrohung. Was sollte da noch die Ausflucht vor den Nürnberger Richtern, er sei durch Verwandtschaft, Bekanntschaft und seine Mitgliedschaft im deutsch-österreichischen Alpenverein – Jodl erholte sich auf Bergtouren – dem Land verbunden gewesen und habe an eine Lösung „von innen her“ geglaubt?³⁵

Wenige Monate später war Jodl -wie erwähnt- mit der Vorbereitung des in den deutschen Militärkreisen wegen seines schwer abschätzbaren Risikos umstrittenen Überfalls auf die Tschechoslowakei befaßt und wiederum nicht nur mit deren operativer Planung. Er war davon unterrichtet, daß dem Einfall eine politische Provokation, die Organisierung eines „Zwischenfalls“, vorausgehen sollte, der die Begründung für den Angriff abgab. Die Militärführer wünschten, daß dessen Inszenierung – unter Umständen [348:] durch die eigene „Abwehr“ – so angelegt würde, daß für den militärischen Erfolg beste Ausgangsbedingungen entstünden.³⁶

Das war erst der Anfang eines Weges, auf dem Jodl nach Recht und Unrecht nicht fragte. Aus dem engen Umgang mit Hitler wußte er, daß dieser vor Feldzügen, wenn nötig, über Tage nach „Begründungen“ suchte. Sie sollten die große Lüge vom „uns aufgezwungenen Krieg“ durch weitere Erfindungen stützen, die Unvermeidlichkeit sich ausdehnender deutscher Kriegshandlungen begründen und die angeblich stets defensiven eigenen Absichten glaubhaft darstellen. Das galt für den Einfall in Dänemark und Norwegen. Vor allem aber traf es auf das halsbrecherisch endende Unternehmen „Barbarossa“, den Krieg gegen die UdSSR zu.

Jodl gehörte zu den ersten Militärs, die von dem Plan unterrichtet waren, der sich auf den Bruch der kein Jahr zuvor mit der Sowjetunion geschlossenen Abkommen richtete. Seit dem Juli 1940, der Feldzug im Westen war eben beendet, erteilte Jodl an die ihm untergebenen Generalstäbler entsprechende Weisungen, wobei zunächst noch an die Kriegseröffnung im Herbst 1940 gedacht war.³⁷ Er unterzeichnete auch die „Geheime Kommandosache“, in deren Text vom 6. September 1940 die Maßnahmen zusammengefaßt waren, mit denen der Friedensbruch getarnt wurde.³⁸ Und angesichts dieser seiner Mitwirkung war es schwer zu begreifen, daß er sich selbst in diesem Punkte noch im Gefängnis

³⁴ IMT, Bd. II, S. 448 f.

³⁵ IMT, Bd. XV, S. 390.

³⁶ IMT, Bd. VII, S. 239.

³⁷ Ebenda, S. 249 f. u. 292 f.

³⁸ IMT, Bd. XXVII, S. 72 f.

der Wahrheit verweigerte und die Legende von einem bevorstehenden Angriff und der Zwangsläufigkeit des deutsch-sowjetischen Krieges pflegte.³⁹

Gewiß beanspruchten die militärisch-operativen Planungen und deren Verwirklichung während des Krieges den größten Teil seines langen Arbeitstages in den jeweiligen Führerhauptquartieren. Dort verfügte und kommandierte er einen Mitarbeiterstab von etwa 25 Offizieren, für die weitere 50 Hilfskräfte bereitstanden. Einmal am Tage, hatte Jodl Hitler „Lagevortrag“ zu halten und mitunter waren ein oder zwei weitere mündliche Berichte im Verlauf des Abends gefordert. Auf diese Weise vollzog sich Jodls Tätigkeit in ständigem Kontakt mit Hitler und an einer Verbindungs- und Schaltstelle, die ihm einen vollständigen Blick auf die Motive und Ziele der Kriegspolitik ermöglichten. Er erfuhr aus erster Hand, daß das kodifizierte Völker- und Kriegsrecht im Koordinatensystem dieser Politik keinen Platz besaß. Frühzeitig war er mit der Tarnung von Rechtsverletzungen befaßt, an denen er aktiv mitwirkte. Das betraf schon diejenigen vor dem Beginn des Krieges. So besprach er am 11. September 1938 vor dem geplanten Überfall auf die Tschechoslowakei mit dem Staatssekretär im Reichspropagandaministerium Karl Hanke „bevorstehende [349:] gemeinsame Aufgaben“. Anschließend notierte er sich, daß beide „die gemeinsamen Vorbereitungen für die Widerlegung eigener und die Ausnützung feindlicher Verletzungen des Völkerrechts erkannt“ hätten.⁴⁰ Das ungeschriebene Recht der in den nahen und fernen Nachbarländern Deutschlands lebenden Menschen auf ein Leben in Frieden galt Jodl nichts. Es lag fern von allen Bezirken seines eigenen Denkens. So war es am Beginn dieses Weges 1938 gewesen, und so blieb es während aller Kriegsjahre.

War 1939 und 1940 infolge der kurzen Feldzüge Jodls Aufenthalt außerhalb der Dienst- und Kommandostellen in Berlin eine Seltenheit, so veränderte sich sein Leben radikal mit dem Beginn des Einfalls in die Sowjetunion. Nun lebte er mit Hitler sowie den anderen Generalen und Offizieren über Monate in den Führerhauptquartieren im ostpreußischen Rastenburg, dann – 1942 – in der Nähe von Winniza in der Ukraine, darauf, als der Rückzug dessen Aufgabe erzwang, wieder in Rastenburg. Offenbar ohne an das Leben der Soldaten und Offiziere in den vordersten Frontlinien zu denken, schrieb er im Gefängnis, er habe an der Seite Hitlers „ein so dornen- und entsagungsreiches Dasein geführt“.⁴¹ Wenn Hitler sich nach Berchtesgaden begab, bedeutete das auch für seinen ersten Generalstäbler einen Ortswechsel in angenehmere Lebensverhältnisse.

Der für ihn später denkwürdigste Aufenthalt im Hinterland wurde seine Reise zu den Veranstaltungen aus Anlaß des Jahrestags des „Marsches zur Feldherrnhalle“ im Jahre 1943. Hitler erschien nach langem Schweigen, das auf die Niederlage von Stalingrad gefolgt war, selbst in der „Hauptstadt der Bewegung“, um dort eine aufmunternde Rede zu halten. Das war um so notwendiger, als jeder aus den Wehrmachtsberichten entnehmen konnte, daß die Sowjetarmee nicht nur im Winter Offensiven erfolgreich zu führen verstand und sich die Rückzüge im Osten fortsetzten. Zudem waren die anglo-amerikanischen Truppen auf dem italienischen Festland erfolgreich und die „Achse Berlin-Rom“ war zerbrochen.

Jodl hielt in München am 7. November vor den dort schon versammelten Reichs- und Gauleitern eine Rede, auf die sich die Anklage in Nürnberg wieder und wieder bezog. Er hatte darin nämlich nicht nur die militärische Lage erläutert und, was niemanden verwundern konnte, Optimismus zu verbreiten gesucht. Dazu hatte er sich auch einer Textstelle aus einem Fontane-Roman bedient und zitiert: „Große Zeit ist immer nur, wenn’s beinah’ schief geht, wenn man jeden Augenblick fürchten muß: jetzt ist alles vorbei. Da zeigt sich’s. Courage ist gut, aber Ausdauer ist besser. Ausdauer ist die Hauptsache.“ Überraschend war, wie hymnisch und lang jene [350:] Passagen seiner Ansprache waren, die eine einzige Eloge auf Hitler darstellten: „Meine tiefste Zuversicht gründet sich aber darauf, daß an der Spitze Deutschlands ein Mann steht, der nach seiner ganzen Entwicklung, seinem Wollen und Streben vom Schicksal nur dazu ausersehen sein kann, unser Volk in eine hellere Zukunft zu führen.“ Und so ging es fort. Jodl bekannte, daß „unser Glaube an den Führer ein grenzenloser ist“. Er kündigte an, daß „wir selbst die Trümmer unserer Heimat bis zur letzten Patrone verteidigen würden“.

³⁹ KTB-OKW, Bd. 4, 1, S. 1720.

⁴⁰ IMT, Bd. XXVIII, S. 377.

⁴¹ Brief Jodls an seine Frau Luise (geschrieben nach dem März 1946), zit. in: KTB-OKW, Bd. 4/2, S. 1722.

Und er schloß prophetisch, „daß wir siegen werden, weil wir siegen müssen, denn sonst hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren“.⁴²

Am 20. Juli 1944 befand sich Jodl während der Lagebesprechung in jener Baracke des Führerhauptquartiers „Wolfsschanze“, in die Claus Graf von Stauffenberg die Bombe brachte, die vor allem Hitler, mit ihm unvermeidlich auch weitere Teilnehmer der Beratung töten sollte. Während einige der Anwesenden starben und andere schwerverletzt wurden, erlitt Jodl [351:] lediglich Schürfwunden am Kopf, die keine besondere Behandlung erforderten und ihn nicht zur Unterbrechung seiner Arbeit zwangen. Der Anschlag galt ihm als Verbrechen. Hätte es dessen bedurft, sein Aus- und Durchhaltenwille an Hitlers Seite wäre durch das Ereignis noch bestärkt worden. Diese Haltung drückte er in Ansprachen vor seinen Mitarbeitern im Hauptquartier aus. Sie bestimmte ihn in den folgenden nahezu zehn Monaten des Krieges.

Bald darauf sprach die Vision des heroischen Untergangs aus seinen Befehlen. In dem am 16. September 1944 erteilten, hieß es: „Irgendwelche Operationen großen Maßstabes kommen für uns nicht mehr in Betracht. Alles, was wir noch tun können, ist, unsere Stellungen zu halten und zu sterben ... Jeder Bunker, jeder Unterstand, jede Stadt und jedes Dorf müssen zu einer Festung werden, gegen die der Feind sich den Kopf einrennt oder in der die deutsche Besatzung im Kampfe Mann gegen Mann untergeht.“⁴³ So weit waren selbst die siegbesessenen deutschen Generäle des Ersten Weltkriegs nicht gegangen. Als sie auf französischem Boden keinerlei Aussicht auf militärischen Erfolg mehr sahen, gaben sie zu, daß sie ans Ende ihres Lateins gekommen waren. Im August 1918 forderten sie die Politiker auf, einen Ausweg aus dem Krieg zu suchen. Dieser „August“ war vergleichsweise erreicht, als die Landung der Alliierten in Frankreich geglückt und der Versuch gescheitert war, die gegnerischen Truppen auf der Halbinsel Cotentin ein- und abzuschneiden. Doch nichts dergleichen geschah.

Im Osten wie im Westen standen die Truppen der Anti-Hitler-Koalition auf Reichsgebiet als unter Jodls Verantwortung die letzte deutsche Offensive geplant und vorbereitet wurde. Dabei offenbarte sich, daß auch er mehr und mehr die Fähigkeit verloren hatte, mit Tatsachen zu rechnen oder sie auch nur vollständig wahrzunehmen. Jodl hielt einen Vorstoß durch die Ardennen nach Belgien und bis Antwerpen für möglich. Er verteidigte und heroisierte die militärisch und folglich auch politisch perspektivlose Operation, gegen die auch Truppenführer ihre Bedenken erhoben hatten, noch nach Kriegsende als „Akt der Verzweiflung“ und verglich sie schief mit dem „Ausbruch aus einer vom Hunger bedrohten Festung“.⁴⁴

Nach dem Scheitern der Ardennen-Offensive war Jodl im Gefolge Hitlers im Januar 1945 nach Berlin zurückgekehrt. Unter der bereits in Trümmern liegenden Reichskanzlei verkrochen sich der Oberste Befehlshaber und sein Stab in deren bombensicheren Bunker. Das letzte der Führerhauptquartiere war bezogen. Jodl erfüllte weiter Hitlers Aufträge bedingungslos. Einer befaßte sich mit Konsequenzen, die sich ergeben könnten, wenn die [352:] Verträge über Regeln der Kriegführung, zu deren Einhaltung sich Deutschland verpflichtet hatte, aufgekündigt würden. Hitler trug sich mit der Absicht, diese Bindungen ganz und offen zu lösen, damit den Weg zu weiterer Brutalisierung der Kriegshandlungen freizumachen und zugleich Maßnahmen der Gegner zu provozieren. Diese wiederum sollten Offiziere und Soldaten der Wehrmacht zu noch verbissenerer, dann keiner einschränkenden Regel mehr unterliegender Verhaltensweise im Kampf und gegenüber gefangenen Kriegsgegnern anstacheln.

⁴² IMT, Bd. XXXVII, S. 632 ff. Jodl hatte schon vor seiner Vernehmung den Eindruck, daß diese Rede seinen Rechtsanwältinnen „besonderes Kopfzerbrechen“ bereite. In einer für deren Verwendung angefertigten Notiz bezeichnete er jene Textstellen, die politische Bekenntnisse darstellten, als „Garnierung“. Sie vorzutragen, sei notwendig gewesen als „Voraussetzung für den Sieg, für den mitzuarbeiten mir heilige Pflicht war.“ Siehe seine Aufzeichnung vom 25. Februar 1946. In: KTB-KW, Bd. IV/2, S. 1712 f., Anm. 1. Er selbst versuchte, gerade die politischen Passagen, auf die sich das Gericht zur Charakterisierung von Jodls Grundhaltung bezog, als das Werk von Mitarbeitern auszugeben. Er hätte deren Texte in seiner Rede nicht vorgetragen.

⁴³ Zit. in: Bodo Scheurig, S. 292.

⁴⁴ So am 21. April 1946 während der Haft in einem die Kritik zurückweisenden Kommentar zu einer Niederschrift von Percy Ernst Schramm, der als Major d. R. das Kriegstagebuch des Wehrmachtführungsstabes geführt hatte und seine Nachkriegsaufzeichnung über dessen Rechtsanwalt zu Jodl gelangen ließ. KTB-OKW, Bd. IV/2, S. 1710, Anm. 3.

Jodl kam in der mehrseitigen Denkschrift zu dem Ergebnis, daß die Nachteile dieses Schrittes deren darin breit ausgewiesene Vorteile überwiegen würden. Doch setzte der Generalstabschef auseinander, daß es auch unter Verzicht auf solche nur die Schuldfrage aufwerfende Lossagung möglich sei, nach eigenem Gutdünken zu handeln. Er wies darauf hin, daß man unter Berufung auf gegnerische Verletzungen gültiger Rechtsnormen sich selbst bedenkenlos über das Kriegsrecht hinwegzusetzen vermöge. Hätte ein Gegner beispielsweise ein Lazarettsschiff versenkt, könne man das gleiche tun und stünde unangreifbar da, wenn man danach nur sein Bedauern darüber ausspräche. Terror ließe sich auch ohne einen demonstrativen Schritt mit Gegenterror beantworten, schrieb und riet Jodl.⁴⁵

Der Vorgang war ungeeignet, Jodl als einen strikten Verfechter der Kriegführung im Einklang mit international vereinbarten Grundsätzen darzustellen. Dennoch suchte einer seiner Verteidiger bei der ersten sich im Prozeßverlauf bietenden Chance auf seinen Mandanten gerade dieses Licht zu werfen.⁴⁶ Doch war im Februar 1945 selbst Göring in diesem Punkte mit Hitler nicht einer Meinung gewesen. Er fürchtete, daß ein derartiger Schritt in der Bevölkerung Unruhe stiften würde. Denn es müßten mit ihm die Ungewißheiten über das Schicksal der eigenen Angehörigen zunehmen, die in Kriegsgefangenschaft geraten waren oder dorthin gelangen konnten.

Am 16. April begannen sowjetische Truppen an der Oderfront die Berliner Operation. Keine Woche später war die Entscheidung unabwendbar geworden, wie sich die Führungsgruppe in der Reichshauptstadt weiter verhalten sollte. Hitler entschloß sich, in der „Festung“ zu bleiben und beorderte für den bereits absehbaren Fall der Einschließung der Stadt und des Zusammentreffens der alliierten Truppen in der Mitte Deutschlands je eine Führungsgruppe in den „Nord-“ und in den „Südraum“. Mit der in Richtung Norden gewiesenen, an deren Spitze Großadmiral Dönitz, später Mitangeklagter Jodls in Nürnberg, gestellt wurde, gelangten Keitel und Jodl in Etappen – Krampnitz bei Potsdam, Neuroofen bei Fürstenberg, Dobbin [353:] in Mecklenburg – schließlich nach Schleswig-Holstein, das letzte Quartier des OKW. Der Auftrag, den inzwischen geschlossenen Ring um Berlin aufzusprengen, war nicht mehr zu erfüllen gewesen. Am Willen dazu hatte es am wenigsten bei Jodl gefehlt, der – nach der Zusammenlegung der Reste des Wehrmachtsführungstabes und des Generalstabs des Heeres – nun in alle Richtungen und allen verbliebenen Verbänden befehlen konnte. Doch immer mehr Befehle gingen ins Leere. Die eingehenden Meldungen berichteten vom Scheitern der kraftlos werdenden Gegenangriffe, von Rückzügen, zerschlagenen oder auch „verschwundenen“ Einheiten, deren Standorte neu ermittelt werden mußten. Doch selbst auf den Etappen seiner Flucht trieb Jodl wie bisher die deutschen Verbände in weitere Kämpfe. Vor allem gegen die Rote Armee sollte Widerstand geleistet werden. Denn das letzte Ziel bestand darin, die Masse der eigenen Truppen westwärts entkommen zu lassen, damit sie Gefangene der Amerikaner und Briten wurden. Diese Taktik kostete wiederum Tausenden deutscher Soldaten Leben oder Gesundheit.

Wollten sich Dönitz, seit dem Selbstmord Hitlers dessen Nachfolger, Keitel und Jodl im nördlichsten Zipfel des Deutschen Reiches nicht von den vordringenden britischen Truppen überrollen und gefangen nehmen lassen, mußten sie unverzüglich ihre militärischen Befehle durch eine politische Aktion ergänzen. Dies konnte nur heißen: Angebot der Kapitulation und damit – endlich – Beendigung der Kriegshandlungen. Ganz im Geiste des „Führers“, dessen „Heldentod“ Jodl im Wehrmachtsbericht wider anderes Wissen bekanntgegeben hatte, setzte die Gruppe um Dönitz noch Anfang Mai darauf, die Alliierten gegeneinander zu manövrieren. Sie glaubte, eine etappenweise Teilkapitulation gegenüber den anglo-amerikanischen Truppen erreichen zu können. Jodl erwies sich in den Debatten, die darüber intern geführt wurden, als derjenige, der sich am wenigsten mit den Realitäten abfinden mochte und glaubte, noch in Wehrmachtshand befindliche Gebiete zum „Trumpf“ in Verhandlungen machen zu können.⁴⁷

⁴⁵ IMT, Bd. XXXV, S. 181 ff.

⁴⁶ Sie bot sich, als er Göring im Zeugenstand befragen durfte. IMT, Bd. IX, S. 434 ff.; dazu die Dokumente Bd. XXXV, S. 18 ff.

⁴⁷ Dazu und generell zur Rolle von Jodl in der „Regierung“ Dönitz siehe Marlies Steinert: Die 23 Tage der Regierung Dönitz. Die Agonie des Dritten Reiches, München 1978 (Taschenbuch-Ausgabe), S. 93 ff. u. 184.

Mit dem Ziel einen möglichst späten Termin für das Waffenstrecken auszuhandeln, reiste Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg in das britische Hauptquartier zu Feldmarschall Bernard Law Montgomery, wo die Teilkapitulation für den „Nordwestraum“ akzeptiert wurde. Danach begab er sich zu General Dwight D. Eisenhower, dem Oberbefehlshaber aller anglo-amerikanischen Streitkräfte, ins französische Reims. Von dort konnte er sogleich nach seiner Ankunft nur melden, daß die Generalkapitulation verlangt wurde. Das Ansinnen, den deutschen Truppen zu gestatten, sich nach einem Waffenstillstand weiter zu bewegen, d. h. sich westwärts [354:] „abzusetzen“, wurde zurückgewiesen. Daraufhin flog Jodl am 6. Mai mit neuen Instruktionen und Ermächtigungen nach Frankreich. Auch er mußte sich davon überzeugen, daß dem Ultimatum der gleichzeitigen, vollständigen und bedingungslosen Kapitulation an allen Fronten nicht auszuweichen war, wollte man nicht binnen weniger Tage die eigene Gefangennahme riskieren. Dies aber hätte das Schwinden aller Hoffnungen bedeutet, über den Waffenstillstand hinaus als deutsche „Regierung“ eine Rolle spielen zu können. In der dritten Stunde des 7. Mai hatte der Generaloberst seinen Namenszug unter die Urkunde zu setzen, welche die Niederlage der Wehrmacht, den Bankrott seiner Feldherren und das Fiasko des Regimes bezeugte. Sie trug zudem die Unterschriften des amerikanischen Generals und Stabschefs von Eisenhower, Walter B. Smith, des sowjetischen Generals Iwan Susloparow und wurde von dem französischen General Sevez bezeugt.

Jodl kehrte nach Flensburg zurück. Die Sieger hatten mit ihm nichts zu besprechen. Es gehörte in den Bereich der Groteske, daß er sich, dort angekommen, vom Staatsoberhaupt und Obersten Befehlshaber der Wehrmacht nun – da die Waffen gestreckt werden mußten und sich Soldaten, Generale und Offiziere in die Gefangenschaft zu begeben hatten – mit einem der höchsten, von Hitler gestifteten Halsbandorden, dem Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes, auszeichnen ließ. Mit ihm zeigen ihn jene Photographien, die ein Berichterstatter der Sieger machte, als der Generaloberst nur zwei Wochen später verhaftet wurde und gemeinsam mit Dönitz und Speer auf seinen Abtransport aus der besetzten Regierungsenklave wartete.

Von Jodls letzter Ehrung erfuhr die Mehrheit der Deutschen, Zivilisten oder Soldaten, bereits nicht mehr. Es hätte sie die Nachricht auch so wenig interessiert, wie Figur und Rolle Jodls sie während aller Kriegsjahre beschäftigt hatten. Mit anderen Generalstäblern gehörte er nicht zu den Helden der Wehrmachtsberichte. In den Reportagen von Kriegsberichterstattern war er nicht aufgetaucht. Und selbst in den viele Bände füllenden Berichten des Sicherheitsdienstes, in denen über Stimmungen und Erörterungen in der Bevölkerung informiert wurde, findet sich sein Name nur zweimal. Das eine Mal im Zusammenhang mit „Gerüchten“ über die Entlassung führender Militärs. Dabei wurde er im Oktober 1942 gemeinsam mit den Feldmarschällen von Bock und von List und mit Halder erwähnt, die tatsächlich alle drei bereits ihrer Posten enthoben worden waren. Die zweite Benennung lobte hingegen die Wirkung seiner im November 1943 gehaltenen Rede, die – wie die gleichzeitigen von Göring [355:] und Dietl – als Mittel gegen den Verfall der Kriegsstimmung in der Bevölkerung gewertet wurde.⁴⁸

In Kreisen der Generalität war Jodls Aufstieg selbstredend wahrgenommen worden. Als er nach dem Frankreichfeldzug 1940 – unter Auslassung des Generalleutnants – sogleich den Rang des Generals der Artillerie erreicht hatte, stand seine Beförderung allerdings in langer Reihe. Die Blicke der Öffentlichkeit richteten sich auf die kürzere der Feldmarschälle. Hitler beförderte den ihm unentbehrlich gewordenen Berater erst am 1. Februar 1944 – nun nicht mehr aus Anlaß von aktuellen Siegen, sondern zum 11. Jahrestages der Errichtung des seinem Untergang entgegengehenden Regimes – zum Generaloberst. Damit hatte Jodl das Ende seiner Karriereleiter erreicht. Auf ihr emporzugelangen, war übrigens einträglich.⁴⁹ Jedoch erging es Hitlers Generalen ähnlich wie den mit noblen Geschenken bedachten Marschällen Napoleons. Die einen wie die anderen erhielten keine Zeit, sich in ihren

⁴⁸ Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, Bd. 11 u. 15. Hg. v. Heinz Boberach, Herrsching 1984, S. 4384 u. 6036.

⁴⁹ Das hat Olaf Groehler gezeigt, nach dessen Angaben die monatlichen Bezüge der Generalobersten und -feldmarschälle 1940 3000 RM (wovon 1000 RM steuerfrei waren) betragen. Die Feldmarschälle erhielten 1942 eine „Aufbesserung“ auf 4000 RM. Das war etwa das 16-23fache des Monatseinkommens eines qualifizierten Arbeiters. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, XIX (1971), Heft 5, S. 656.

Schlössern oder auf ihren Landsitzen aufzuhalten und sich den Genüssen hinzugeben, für die sie ausgestattet wurden.

Jedoch gehörte Jodl auch nicht zu den führenden Militärs, die von ihrem Oberbefehlshaber, der selbst und berechnend solche Dekoration vermied, mit militärischen Orden oder Geschenken überhäuft wurden. Nach dem [356:] Polenfeldzug bekam er die Zeichen für den Wiedererwerb der beiden Eisernen Kreuze angeheftet, die ihm bereits im Ersten Weltkrieg verliehen worden waren. Dabei blieb es – bis der „Führer“ Jodl am 30. Januar 1944 das „Goldene Parteiabzeichen“ der NSDAP überreichte. Das freilich bedeutete eine besondere Heraushebung und bewies, daß die Beziehungen des Obersten Befehlshabers zu seinem ersten militärischen Berater wieder ganz und gar ungetrübt waren. Jodl stellte daraufhin den mit dieser Ehrung keineswegs obligatorisch verbundenen Antrag, ein ordentliches Mitglied der NSDAP zu werden. Dem wurde stattgegeben. Er figurierte in der fortlaufenden Zählung als der 9.640.812. Parteigenosse Hitlers. Wenn diese Mitgliedschaft auch nur symbolische Bedeutung besaß, da Wehrmachtsangehörige nicht als Parteimitglieder zu agieren hatten, so verdeutlicht sie doch, wie sehr sich der erste militärische Berater des Oberbefehlshabers zugleich als Gefolgsmann des Parteiführers verstand.

Während der Tage zwischen seiner Rückkehr nach Flensburg und seiner Gefangennahme war Jodl anfänglich noch vielbeschäftigt. Zuerst ließ er die Befehle ergehen, welche die deutschen Truppen davon unterrichteten, daß sie jeden Kampf einzustellen und die Waffen niederzulegen hatten. Dann kümmerte er sich um den Text des letzten Wehrmachtsberichts, der das Datum des 9. Mai 1945 trägt. Verglichen mit den immer knapper formulierten aus den Vortagen, entstand ein wortreiches Dokument. Gefeierte wurde der Widerstand eingeschlossener Wehrmachtstruppen in Kurland, an der Weichselmündung und auf der Frischen Nehrung in Ostpreußen. Bekanntgegeben wurde die zwei Tage zuvor erfolgte Kapitulation der Besatzung der „Festung“ Breslau. Gedacht wurde der Einheiten in den Atlantikstützpunkten, auf Ägäischen Inseln und in Norwegen. Namentlich gerühmt wurden deutsche Generale als Führer ihrer Truppen. Nicht einen Anflug aufkommender Nachdenklichkeit ließ dieser Bericht erkennen.

Freilich: Die Neuauflage der Legenden, die am Ende des Ersten Weltkrieg verbreitet worden waren – „im Felde unbesiegt, aber vom Dolch in den Rücken getroffen“ – verbot sich angesichts der für jedermann wahrnehmbaren Tatsachen. Doch gewirkt wurde sogleich, genau wie nach 1918, an der Verherrlichung und Verklärung des Kriegsgeschehens. Unvergänglicher Schlachtenruhm, die Wahrung der „Waffenehre des deutschen Soldaten“, das „fast sechsjährige heldenhafte Ringen“, einmalige und „unvergeßliche Leistungen“ – mit diesem Vokabular kennzeichnete das OKW den Krieg. Und das Fazit: An seinem Ende könne jeder deutsche Soldat aufrecht und stolz die Waffe aus der Hand legen.⁵⁰ Der Bericht bildet das erste Zeugnis apologetischer deutscher Militärgeschichtsschreibung nach der [357:] Kapitulation. Er zeigte an, wie Jodl diesen Zweiten Weltkrieg bewertet wissen wollte.

Doch dann hatten sich Sinnen und Trachten des Generalobersten ganz auf die Klärung und Ausnutzung der Chancen des Augenblicks zu richten. Diese machte und malte er sich größer als er jemals die schrumpfenden auf den Schlachtfeldern gesehen hatte. Mit Dönitz, dem Grafen Lutz Schwerin von Krosigk und weiteren Mitgliedern der „Regierung“ wollte er nicht wahrhaben, daß aller Rollen ausgespielt und ihre Tage gezählt waren. Vielmehr glaubte er noch eine Woche vor der Verhaftung erkennen zu können, die „Regierung“ erfahre eine – wenn auch noch bedingte – Anerkennung durch die Alliierten.⁵¹ Sie würden „zur Zeit keine Emigrantenregierung“ anstreben. Jodl vermochte sich selbst auszudenken, daß Dönitz, wenn erst Vertrauen gewonnen sei, eines Tages von Eisenhower als Verhandlungspartner über „Zukunftsfragen“ empfangen werden würde.⁵²

⁵⁰ OKW-Berichte, Bd. 3, S. 568 f.

⁵¹ Diese und die folgenden Äußerungen entstammen den Notizen des Majors i. G. Joachim Schultz(-Naumann), der seit dem 3. Mai 1945 in Jodls Stab auch das KTB führte. Gesondert hielt er die Ausführungen des Generalstabschefs vor seinen Mitarbeitern fest. Sie wurden aufgenommen in: KTB-OKW, Bd. IV/2, S. 1501 (künftig: Schultz-Notizen).

⁵² Ebenda, S. 1502.

Von solchen und weiteren Hirngespinnsten geben Aufzeichnungen Nachricht, die sich ein mit der Weiterführung des Kriegstagebuches beauftragter Major von Jodls Ausführungen vor seinen Mitarbeitern machte. Auf diese Weise ist auch dessen Satz aus einer Besprechung am 13. Mai überliefert: „Ich fühle mich berufen, auch die größte Aufgabe zu meistern.“⁵³ So gesprochen am Tage, an dem er seine Untergebenen von Keitels Verhaftung und davon unterrichtete, daß er – wie eingangs erwähnt – mit der allerdings notwendigen Einwilligung Eisenhowers die Geschäfte des OKW-Chefs übernommen hatte, worin immer die noch bestehen mochten.

In seiner neuen Eigenschaft hielt Jodl wie Hitler in Kriegstagen täglich „Lagebesprechungen“ ab, deren Inhalt allerdings nun grundlegend verändert war: „Das Schwergewicht unseres Handelns muß auf dem politischen Sektor liegen.“ Ja, politisch zu denken, müsse geradezu „allen Offizieren eingehämmert werden“.⁵⁴ Die kommenden Möglichkeiten, dozierte er am 13. Mai, würden auf dem „Gegensatz zwischen Ost und West“ basieren.⁵⁵ Noch aber schien es ihm nicht angemessen zu sein, sich einseitig festzulegen, denn es könne auch „beim Russen eine politische Chance“ gegeben sein.⁵⁶

Tags darauf, je weniger zu entscheiden war, um so redseliger wurde Jodl, prophezeite er: „Es wird der Moment kommen, wo wir Russen gegen Anglo-Amerikaner ausspielen werden.“⁵⁷ Weitere drei Tage später hörten die Generalstäbler ihn sagen: „Es besteht kein Zweifel, daß von einem Ende des Krieges nicht die Rede sein kann, bevor sich die drei großen Mächte einig geworden sind.“⁵⁸ Und im Anschluß daran, begann Jodl über einen militärischen Konflikt zwischen den Siegern zu spekulieren. Die Parole [358:] aber bleibe: „Abwarten und ansehen, wie die Dinge sich entwickeln.“⁵⁹ Vorerst, ergänzte er, müsse man „auf zwei Schultern tragen“.⁶⁰ Es sei falsch, für die eine oder andere Seite Partei zu nehmen. Erst müsse sich noch herausstellen, welcher „Preis“ – er sprach von einer „Gegengabe“ – von wem dafür zu erhalten sei.⁶¹ Erst wenn sich die Sachlage klarer überblicken ließe, solle man „auf die Seite treten, die bestimmt siegt und das deutsche Volk erhält“. Vorleistungen gegenüber den Westmächten war Jodl indessen nicht abgeneigt. Er überlegte, ihnen die eigenen Informationen über die Kampfstärke der Truppen der Roten Armee „unauffällig“ nahezubringen.⁶² Jodl schien in diesen Tagen weder an Gefangenschaft noch danach an eine Rückkehr ins Privatleben zu denken, ganz zu schweigen von der Vorstellung, er könne vor einen Gerichtshof gestellt werden. Er hielt Deutschland nach wie vor für einen Faktor von Gewicht, der sich zur Geltung bringen ließe. Nur müsse man gegenüber den Alliierten, und das hieß im direktesten Sinne: gegenüber den Briten und den Offizieren der Aufsichtskommission, die sich in der Nachbarschaft der „Regierung“ Dönitz etabliert hatten, geschickt vorgehen. Unnötige Konflikte sollten vermieden, jedoch andererseits auch Verweigerungen angedroht werden, wenn es zu „ehrenrührigen Dingen“ seitens der Sieger käme.⁶³

Jodls Äußerungen zwischen dem 12. und dem 20. Mai widerspiegeln, daß und wie er begann, seine Rolle an der Seite Hitlers zu rechtfertigen, und dabei den Versuch unternahm, in seiner Umgebung aufkommende Debatten über den Krieg und seine Notwendigkeiten, über Recht und Unrecht zu beeinflussen. Er lieferte für alle grundsätzlichen Entschlüsse der Kriegszeit eine totale Apologie und in diesem Zusammenhang eine nahezu komplette Verteidigung Hitlers. Ausdrücklich nahm er den Obersten Befehlshaber gegen den Vorwurf in Schutz, ein Verbrecher gewesen zu sein. Nichts sei unter dessen Befehl aus „Machtlust“ geschehen. Hitler, den er noch immer als „moralisch und sittlich

⁵³ Ebenda, S. 1500.

⁵⁴ Ebenda, S. 1500 u. 1506, Eintragungen für den 13. und 19. Mai 1945.

⁵⁵ Ebenda, S. 1501, Eintragung vom 14. Mai 1945.

⁵⁶ Ebenda, S. 1501, Eintragung vom 14. Mai 1945.

⁵⁷ Ebenda, S. 1501, Eintragung vom 15. Mai 1945.

⁵⁸ Ebenda, S. 1505, Eintragung vom 18. Mai 1945.

⁵⁹ Ebenda, S. 1505, Eintragung vom 18. Mai 1945.

⁶⁰ Ebenda, S. 1506, Eintragung vom 18. Mai 1945.

⁶¹ Ebenda, S. 1505 f., Eintragung vom 18. u. 19. Mai 1945.

⁶² Ebenda, S. 1504, Eintragung vom 19. Mai 1945.

⁶³ Ebenda, S. 1500, Eintragung vom 13. Mai 1945.

hochstehend“ charakterisierte, bezeichnete er als einen Mann, der „dem deutschen Volk die Stelle zu erkämpfen“ beabsichtigte, „die ihm zusteht“. Einem solchen Führer habe man gehorchen müssen.⁶⁴

Daraus leitete sich ihm auch im Mai 1945 noch das schärfste Verdammungsurteil gegen die Verschwörer des 20. Juli 1944 ab, die „mit mexikanischen (ein Ausdruck, der etwas von seiner generell rassistischen Denkweise verrät – d. Verf.) Gangstermethoden diesen Gehorsam zu brechen“ versucht hätten.⁶⁵ Nach wie vor hielt er jeden, „der nicht gehorsam gewesen ist“, für einen Verräter und verlangte von seinen Mitarbeitern, daß sie den gleichen Standpunkt einnahmen.⁶⁶ Obendrein sah er nun eine [359:] neue Möglichkeit, die unbedingte Befolgung aller Befehle durchzusetzen. Wer sie übertreten würde, drohte er, „wird sofort einem englischen Gefangenenlager übergeben“.⁶⁷

Offenkundig begannen die Generalstäbler alsbald auch den Verlauf des Krieges nach dem Prinzip durchzugehen, wie sie ihn hätten gewinnen können. Als der Entschluß, der die Wende des Krieges zu eigenen Ungunsten einleitete, erschien ihnen, – diese Erkenntnis bedurfte besonderen Scharfsinns nicht –, der Überfall auf die Sowjetunion. Zwangsläufig fragten sie sich nach dessen Unvermeidlichkeit. Doch auch ihn rechtfertigte Jodl. Er konzedierte, daß Deutschland den Krieg gewonnen haben würde, wenn er nicht auch „gegen Rußland“ geführt worden wäre. jedoch sei der Kampf gegen die UdSSR nicht in räuberischer Absicht begonnen worden, auch nicht, „weil wir den Raum haben wollten“, sondern weil die Versuche Hitlers, mit dem Nachbarn im Osten Frieden zu halten, gescheitert und von diesem Kriegsdrohungen ausgegangen wären.⁶⁸

Jodls Erklärung, ihm und Hitler sei an der Jahreswende 1941 zu 1942 klar gewesen, daß der „Kulminationspunkt“ erreicht und von da an kein Sieg mehr möglich gewesen sei⁶⁹, mußte namentlich jüngere Generalstäbler, die erst im Verlaufe des Krieges auf Posten gelangt waren, die ihnen einen Überblick ermöglichten, verblüffen und die Frage aufwerfen, warum dann bis in den Mai 1945 der Krieg fortgesetzt worden sei. Auch dafür lieferte Jodl eine Begründung. Dieser Krieg hätte sich nicht wie der Erste Weltkrieg beenden lassen. Es habe keine Alternative zum tatsächlich eingeschlagenen Weg gegeben. Nur ganz allgemein war Jodl bereit, „falsche militärische und politische Entscheidungen“ Hitlers als Möglichkeit einzuräumen. Seine Bemerkungen drückten keinerlei Kritik aus, sondern reduzierten sich auf das „Geständnis“, daß sich zu irren eben menschlich sei.

Seine Aussage, ihm sei an der Jahreswende 1941 zu 1942 bewußt geworden, daß der „Endsieg“ unerreicher wäre, korrigierte Jodl später. Als er während seiner Nürnberger Gefangenschaft der Ehefrau eines seiner Verteidiger den Text „Einfluß Hitlers auf die Kriegführung“ diktieren konnte, nannte er erst die Schlacht bei Stalingrad, den Rückzug Rammels und die Landung der US-Streitkräfte in Nordafrika als den Zeitpunkt grundlegend neuer Einsicht. Da, im Spätherbst 1942, hätte er erkannt, „daß der Kriegsgott sich nun auch von Deutschland (von Italien hatte er es in diesem Verständnis schon zuvor getan, wenn er dessen Partei jemals genommen hatte – d. Verf.) abgewandt und in das andere Lager begeben habe“.⁷⁰ Diese zeitliche Zurückverlegung ermöglichte ihm allenfalls und mühevoll eine Rechtfertigung der Angriffsbefehle für das Jahr 1942. Welche Frage sich [360:] Jodl immer stellen mochte, seine Antworten lagen fernab von aller Selbstkritik. Auch auf den zu erwartenden Vorwurf begangener Vertragsbrüche präparierte er sich auf diese Weise und schon vor seiner

⁶⁴ Ebenda, S. 1506 f., Eintragung vom 19. Mai 1945.

⁶⁵ Ebenda, S. 1501, Eintragung vom 13. Mai 1945.

⁶⁶ Ebenda, S. 1503, Eintragung vom 15. Mai 1945.

⁶⁷ Ebenda, S. 1500, Eintragung vom 13. Mai 1945.

⁶⁸ Ebenda, S. 1503, Eintragung vom 15. Mai 1945. Das erscheint als eine glatte Lüge, denn Jodl war im OKW schon vor dem Überfall auf die UdSSR für die zentrale Bearbeitung der Fragen des osteuropäischen Raumes zuständig gemacht und Rosenberg in dessen Eigenschaft als designierter Reichsminister für die besetzten Ostgebiete als Ansprechpartner avisiert worden. Auch auf diesem Felde hatte ihn Warlimont zu vertreten. Brief Wilhelm Keitels an Alfred Rosenberg vom 25. April 1941. Zit. in: Okkupation-Raub-Vernichtung. Dokumente zur Besatzungspolitik der faschistischen Wehrmacht auf sowjetischem Territorium 1941-1944. Hg. v. Norbert Müller, Berlin 1980, S. 42.

⁶⁹ Ebenda, S. 1503, Eintragung vom 15. Mai 1945.

⁷⁰ KTB-OKW, Bd. IV/1, S. 56.

Gefangennahme. Mit klarer Tendenz fragte er, welches „Gesetz“ stehe moralisch höher, „im Kriege alles einzusetzen für den Sieg oder die Einhaltung der Verträge?“⁷¹

Hitler in persona hätte sich vor den Generalstäblern nicht anders in Szene gesetzt, wie es sein erster militärischer Berater tat. Der beschwor vor seinen Untergebenen und absichtsvoll auch vor den Siegern nicht nur das Gespenst des Kommunismus und – welche verräterische Umkehrung der Naziideologie – das Aufsaugen des deutschen Volkstums durch das Slawentum nach vorheriger „Ausmerzungen der Intelligenzschicht“.⁷² Dem ihm als geschlossen erscheinenden Kreis der geschlagenen Militärs malte er auch die Gefahr des Judentums aus, daß „darauf wartet, uns zu schikanieren und zu demütigen“. Daher solle versucht werden, in Gestalt kooperationswilliger Vertreter der Sieger „einen Puffer zwischen uns und den jüdischen Gegner einzuschieben“.⁷³

Nein, der Chef des Wehrmachtführungstabes war so wenig wie viele andere Paladine einer unerklärlichen „Faszination“ Hitlers erlegen. Jodl hatte sich über die Jahre zu einem Typ entwickelt, der nur die Kennzeichnung als Nazigeneral zuläßt. Das ergibt sich nicht wegen seines bedenkenlosen Abenteueriums, das keinerlei Verantwortungsbewußtsein auch nur gegenüber Millionen Soldaten der eigenen Streitkräfte erkennen ließ. In diesem Punkte setzte er bruchlos eine Traditionslinie preußisch-deutscher Militärgeschichte fort. Diese Charakteristik findet ihre Rechtfertigung aber durch Jodls geistigen und moralischen Allgemeinzustand und durch seine von rassistischen Prinzipien geprägte Denkweise. Aus dieser Verfassung vermochte ihn nicht einmal die Niederlage zu reißen. Über den Tag der Kapitulation hinaus erhielt sich ihm der Anspruch, demzufolge den Deutschen Sonderrechte gegenüber anderen Völkern zustünden. Ihre Rolle „inmitten Europas ist noch nicht ausgespielt“⁷⁴, vermeinte er. Aus einer „Tagesmeldung der Informationsabteilung der Reichsregierung“ fünf Tage nach der Kapitulation schloß er, daß Deutschland „schon jetzt, mitten im Stadium seiner totalen Niederlage, bereits wieder ein europäischer Faktor geworden ist“.⁷⁵ Zwar werde, was uns in der Zukunft erwartet, „niederdrückender sein denn je“⁷⁶, doch wären die Deutschen wegen ihres „Volkstums und als Volk der Mitte ein Faktor, mit dem man rechnen muß“.⁷⁷ Und zusammenfassend konstatierte er militärisch knapp: „Ohne uns können die Probleme nicht gelöst werden.“⁷⁸ Darin läßt sich eine vage Antizipation der Entwicklung zum „Kalten Krieg“ hin erblicken. Jodl erlebte sie nicht [361:] mehr. Doch der 1942 entlassene Chef des Heeres-Generalstabs, Franz Halder, profitierte mit seinen Rußland-Erfahrungen davon sehr.⁷⁹

Mit dem 20. Mai enden die Aufzeichnungen über die Vortrags- und Lehrtätigkeit Jodls im Flensburger „Hauptquartier“. Drei Tage später wurde er gemeinsam mit Mitgliedern der „Regierung“ Dönitz in ein besonders hergerichtetes Gefangenenlager im Süden des Großherzogtums Luxemburg gebracht. Auf den Aufenthalt in Mondorf, wo der Generalstabschef mit Göring, Keitel und weiteren vor ihm dort eingelieferten Bekannten zusammentraf und die Alliierten mit der Vernehmung der einstigen Staats- und Militärprominenz begannen⁸⁰, folgte der erneute und für Jodl endgültige Ortswechsel. Er kam in den Zellentrakt des Nürnberger Justizpalastes. Noch in Freiheit hatte Jodl wiederholt den taktischen Ratschlag erteilt, man solle sich gegenüber den Siegern auf Rechtsgrundsätze berufen und sie „beim Wort nehmen“. Schließlich hätten sie ihren Kampf auch zum Krieg „um des Rechtes willen“ deklariert, so daß man nun eine Behandlung „nach dem Recht“ fordern solle. Jodl nannte das, die Alliierten mit ihren eigenen Waffen schlagen. Er gab die Devise aus: „Das Völkerrecht ist unsere Bibel“.⁸¹

⁷¹ Ebenda, S. 1504, Eintragung vom 19. Mai 1945.

⁷² Ebenda, S. 1505, Eintragung vom 15. Mai 1945.

⁷³ Ebenda, S. 1504, Eintragung vom 17. Mai 1945.

⁷⁴ Ebenda, S. 1500, Eintragung vom 14. Mai 1945.

⁷⁵ Ebenda, S. 1501, Eintragung vom 15. Mai 1945.

⁷⁶ Ebenda, S. 1504, Eintragung vom 17. Mai 1945.

⁷⁷ Ebenda, S. 1506, Eintragung vom 19. Mai 1945.

⁷⁸ Ebenda, S. 1500, Eintragung vom 13. Mai 1945.

⁷⁹ Gerd R. Ueberschär: Generaloberst Franz Halder, Generalstabschef, Gegner und Gefangener Hitlers, Göttingen 1991, S. 92 ff. (= Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 137/138).

⁸⁰ Jodl wurde u. a. am 26. und 31. Juli 1945 im Zusammenhang mit der Ardennen-Offensive befragt.

⁸¹ Schultz-Notizen, S. 1502, Eintragung vom 15. Mai 1945.

Von mancher Sorge war er dennoch schon in der Enklave im Norden beschlichen worden. Er zweifelte nicht, daß Keitels vorzeitige Verhaftung auf den Befehl zurückging, die wieder gefangengenommenen britischen Flieger zu töten, die aus einem Gefangenenlager nahe der schlesischen Stadt Sagan hatten entkommen können. Er wußte um weitere Rechtsbrüche, die nun angeklagt werden würden. Dennoch meinte er, sie seien stets nur Antwort auf diejenigen der Feindseite gewesen. Wie sollte man aber argumentieren, wenn die Rede auf die Konzentrationslager kam? Jodl setzte da seine Hoffnung auf die Wirkung jenes ersten taktischen Schrittes, einer Erklärung von Dönitz, mit der dieser „von den Auswüchsen der KZ-Behandlung“ abgerückt war. Zudem hatte Jodl seinen Untergebenen geraten, wie sie sich verhalten sollten, falls „wir Deutschen verdammt werden wegen eines Niemöller und einiger getöteter Pfarrer“. Schlicht empfahl er ihnen als Ablenkungsmanöver den Verweis auf die Rolle des Reichssicherheitshauptamtes sowie auf die Verfolgungen von Geistlichen in der UdSSR. Das lief einzig auf den ablenkenden Vorwurf hinaus: Ihr anderen auch, also sind wir quitt. Als generelle Verteidigungslinie galt Jodl jedoch die generelle Ablehnung jeder Mitverantwortung für die Verbrechen des Regimes. „Wir haben Operationen angelegt und ausgeführt.“⁸² Zudem, so machte er sich und den Angehörigen seiner Kaste Mut, werde „aus vielen Akten sehr viel Entlastendes für die Wehrmacht zu finden sein“.⁸³

[362:] Im Mai 1945 waren das gleichsam akademische Erörterungen gewesen. Im August hatte sich Jodl in diesen Akten zu suchen, was seiner Verteidigung nützen könne.⁸⁴ Dafür standen ihm -anders als den „Verrätern“ vom 20. Juli 1944- zwei Professoren der Rechtswissenschaft zur Seite. Der eine war der seiner Familie befreundete Franz Exner, der ohne Unterbrechung seit 1932 an der Universität München lehrte, der andere Hermann Jahrreiß, der 1937 auf eine Professur nach Köln berufen worden war. Moralisch gestützt wurde er von seiner zweiten Ehefrau, die er – nach dem Tode seiner ersten, 1944 verstorbenen – im März, nur wenige Wochen vor der Flucht aus der Reichshauptstadt, in Berlin heiratete. Luise von Benda kannte er seit langem. Sie war einmal Sekretärin bei Ludwig Beck gewesen. Nachdem die Rote Armee vom Ufer der Oder den Sturm auf Berlin eröffnet hatte, ließ Jodl seine Frau rechtzeitig aus dem Inferno des noch von ihm mitbefehligen „Endkampfes“ via Prag und nach Süddeutschland in Sicherheit bringen. Damit kontrastiert kennzeichnend ein von Jodl in diesen Tagen als geheime Kommandosache den Oberbefehlshabern und Befehlshabern des Heeres zugeleiteter Befehl, der fanatischen Widerstand forderte und die Devise ausgab: „Irgendwelche Rücksichten auf die Bevölkerung können hierbei zur Zeit keine Rolle spielen.“⁸⁵ Luise flog gemeinsam mit der Ehefrau Keitels und mit General August Winter, ihres Mannes letztem Stellvertreter und Nachfolger Warlimonts, der an den Folgen der Verletzungen durch Stauffenbergs Bombe litt, in Richtung „Alpenfestung“. Dort überstand sie das Kriegsende unversehrt.⁸⁶

⁸² Ebenda, S. 1503, Eintragung vom 15. Mai 1945.

⁸³ Ebenda, S. 1501, Eintragung vom 14. Mai 1945.

⁸⁴ Jodl fertigte beginnend in der Zeit seines Aufenthalts in Mondorf und dann vor allem in Nürnberg Niederschriften an, die sich mit seiner und des OKW Rolle befaßten. Noch im Lager in Luxemburg entstand „Die Schuldfrage des OKW und seiner Offiziere“. Es folgten u. a. „Mein ‚Schuldbekentnis‘“ (2. August 1945), „Eine kurze historische, ethische und psychologische Betrachtung über die Schuld Deutschlands an und in diesem Krieg“ (4. September 1945), eine „Studie über OKW und Generalstab“ mit einer Ergänzung 10. und 16. Dezember 1945). Ebenfalls 1945 entstanden eine Darstellung „Mein Leben“ mit einem Nachtrag „Streiflichter aus dem Führerhauptquartier“ sowie „Die rechtlichen, moralischen und psychologischen Voraussetzungen meines Gehorsams bis zum letzten Tag des Krieges“. Es folgten „Mein Verhältnis zu Hitler“ (18. Januar 1946), „Der Einfluß Hitlers auf die Kriegführung“, „Hitler, eine militärische Führerpersönlichkeit?“, „Der 20. Juli im Führerhauptquartier“, „Beabsichtigte Aussage über Hitler“ (sämtlich 1946) sowie Niederschriften „An meine Zeugen“ (3. April 1946) und „An meine Freunde und Kameraden“ (10. Oktober 1946). Im August 1946 schrieb Jodl einen Text unter der Überschrift „Ein Krieg zwischen den Westmächten und der Sowjetunion. Eine strategische Studie“ nieder, der 19 Seiten umfaßt.

⁸⁵ Zit. in: Scheurig, S. 313.

⁸⁶ Jahrzehnte nach Jodls Tod hat sich seine Witwe, die fünfzehn Jahre jünger als er war, als Biographin ihres Mannes zu Wort gemeldet: Luise Jodl: *Jenseits des Endes. Der Weg des Generaloberst Jodl*, München 1987, in einem an den Autor dieses Beitrags gerichteten Schreiben macht Frau Jodl (8. Juli 1996) auf die spätere Äußerung Telford Taylors aufmerksam, wonach die Todesstrafe gegen ihren Mann nicht absolut zwingend gewesen sei. („I case could have been made that he should not have been hanged.“) Im gleichen Zusammenhang verwies Taylor darauf, daß Hitlers Stabschef durch aus ein Unrechtsbewußtsein besessen habe.

In Nürnberg war Jodls äußere Erscheinung verändert. Noch kurz vor seiner Verhaftung hatte er machtlos gedroht, es würden „unabsehbare Folgen eintreten“, falls die Alliierten „unsere Ehre“ angreifen sollten und zum Beispiel das Tragen der Kriegsauszeichnungen verböten.⁸⁷ Nun war er, aller Insignien seines Ranges und sämtlicher Kriegsauszeichnungen bar, mit seiner gestutzt wirkenden Uniform bekleidet. In ihr zeigt ihn ein Foto in seiner Zelle, und in ihr präsentierte er sich, nicht anders als Keitel und Göring, vor Gericht, offenbar um auch derart herauszukehren, er sei nichts denn eine Militärperson gewesen, ein General, der Befehle empfangt und weiterleitet – so etwas wie ein eidgebundener Postbote besonderer Art. Das gerade er das nicht war, hatte er in der Zeit, aber nicht während des Prozesses eingestanden. Ohne Einwände zu erheben, las er in seiner Gefängniszelle einen Text, der aus der Feder Percy Ernst Schramms stammte und sich mit der Rolle Hitlers und seiner engsten Ratgeber befaßte. Darin hieß es u. a.: Jodl „hatte nicht nur die Möglichkeit, seine eigenen Gedanken und seine Bedenken zur Sprache [363:] zu bringen, und machte von ihr auch ständig Gebrauch, sondern Hitler benötigte einen solchen Widerpart ...“⁸⁸

Jodl sah sich in Nürnberg mit einer langen und, da viele Dokumente erst nach dem Prozeß aufgefunden wurden, dennoch unvollständigen Liste von beweiskräftigen Dokumenten konfrontiert, aus denen zweifelsfrei hervorging, daß er sich vor allem, aber nicht nur, auf den Schlachtfeldern in Osteuropa für eine brutale, Menschenleben – die der Soldaten nicht anders als die von Zivilisten – verachtende Kriegführung eingesetzt hatte. Das geschah in vollständiger Kenntnis der internationalen kriegsrechtlichen Verträge. Nachgewiesen wurde, daß und wie Jodl und die ihm unterstellten Abteilungen seines Stabes versucht hatten, den Widerspruch zwischen diesen Verträgen und den von ihnen ausgearbeiteten Befehlen und Weisungen so zu kaschieren, daß sie für die eigene Truppe Rechtfertigungsgründe hergaben und gegebenenfalls auch öffentlich bemäntelt werden konnten.

[364:] Im Sommer 1941 unterzeichnete Jodl einen Befehl, der den Heerführern untersagte, die Bevölkerung von Leningrad und Moskau, die Einnahme beider Städte galt als bevorstehend, in die eigenen Linien überlaufen zu lassen. Wer das versuche, sei durch Feuer zurückzuweisen, denn es bestehe kein Interesse daran, die Bevölkerung dieser Städte im eigenen Okkupationsgebiet zu ernähren. Statt dessen sollte den Zivilisten die Möglichkeit gelassen werden, ostwärts zu fliehen. Davon versprach sich die Führung zunehmende Probleme hinter der sowjetischen Front und schließlich das Eintreten eines Chaos auf Seiten des Gegners.⁸⁹

Im Zentrum der Anklage standen vor allem zwei Befehle mit mörderischen Folgen. Der eine war der vor dem Einfall in die Sowjetunion am 6. Juni 1941 erteilte sogenannte Kommissarbefehl, der den politischen Offizieren der Roten Armee das Leben in Gefangenschaft verweigerte und bestimmte, sie augenblicklich zu „erledigen“.⁹⁰ Der andere war der am 18. Oktober 1942 gegebene sogenannte Kommandobefehl, der mit einem Begleitschreiben Jodls bekanntgemacht und dessen Wortlaut und Gültigkeit nach der Landung der Alliierten in Frankreich am 25. Juni 1944 ausdrücklich bestätigt worden war. Wie die politischen Offiziere der sowjetischen Armee sollten auch die Angehörigen von militärischen Gruppen, die im deutschbesetzten Gebiet West- und Nordeuropas „Kommando-Unternehmen“ durchführten, d. h. vor allem militärische Anlagen und industrielle Werke zerstörten, nicht als reguläre Kriegsteilnehmer behandelt werden. Auch sie waren nach Gefangennahme kurzerhand „niederzumachen“ oder Einheiten des Sicherheitsdienstes zur Ermordung zu übergeben.⁹¹

⁸⁷ Schultz-Notizen, S. 1500, Eintragung vom 15. Mai 1945.

⁸⁸ KTB-OKW, Bd. 4, 2, S. 1706.

⁸⁹ IMT, Bd. XXXIV, S. 425 ff. u. Bd. XV, S. 363. Jodl suchte diesen Befehl mit den in Kiew gesammelten Erfahrungen zu rechtfertigen, wo nach dem Eindringen der deutschen Truppen vorbereitete Sprengladungen gezündet worden waren.

⁹⁰ IMT, Bd. XV, S. 339 ff. Der Text des Befehls lag dem Nürnberger Gericht noch nicht vor (siehe Jörg Friedrich: Gesetz des Krieges, München 1993, S. 400). Sein Wortlaut u. a. in: Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945). Hg. v. einem Kollegium unter Leitung von Wolfgang Schumann/Ludwig Nestler. Die faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion (1941-1944). Dokumentenauswahl und Einleitung von Norbert Müller. Unter Mitarbeit von Uwe Löbel und Ulrich Freye, Berlin 1991, S. 145 f.

⁹¹ Zur Entstehung und den Auswirkungen des Kommandobefehls siehe Jörg Friedrich, S. 296.

Die Geschichte der Ausarbeitung und Erteilung sowie vor allem der Wirkung beider Befehle ist inzwischen minutiös erforscht. Dabei hat sich kein Moment der Entlastung für den Chef des Wehrmachtsführungsstabes auffinden lassen. Jodl, der im Verlauf seiner Ausbildung zum Generalstabsoffizier selbstredend die Bestimmungen des Kriegsrechts studiert hatte und dem in seinem Stab eine Rechtsabteilung für Beratung und Zuarbeit zur Verfügung stand, war zu einem immer bedenkenloseren Gehilfen des Obersten Befehlshabers geworden. Er vermochte nicht einmal glaubhaft zu machen, daß er ernsthaft versucht hätte, aus dessen Dunstkreis zu entkommen. Während aller Jahre ihrer Zusammenarbeit war es ein einziges Mal zu einem Konflikt zwischen beiden gekommen. Das geschah im Spätsommer des Jahres 1942, als sich das Scheitern der Offensive in Richtung Stalingrad-Kaukasus zunächst im äußersten Süden der Front abzeichnete. Da hatte Jodl, zu einem Frontbesuch bei Generalfeldmarschall List ausgesandt, statt in die Kritik Hitlers an dessen Führung der Heeresgruppe ein-[365:]zustimmen, dessen Entscheidungen gebilligt. Für kurze Zeit erwog Hitler damals, den Stabschef zu ersetzen.⁹² Doch deutet nichts darauf hin, daß dieser den Moment der „Ungnade“ ernsthaft dazu hätte ausnutzen wollen, dem Führerhauptquartier zu entkommen.

Jodl hatte die Befehle und Weisungen für den gnadenlosen Kampf gegen die sowjetischen Partisanen und alle unterzeichnet, die ihnen Unterstützung zuteil werden ließen. „Besser erhängen“, statt sie erschießen zu lassen, lautete die verbindliche Richtschnur für das Verfahren mit gefangenen Gegnern, gleichgültig ob Männer oder Frauen, die als Angehörige von „Banden“ bezeichnet wurden.⁹³ Barbarisch waren auch die Weisungen, die dazu führen sollten, den Partisanen jedwede Hilfsquellen zu rauben: die Wegnahme des Viehs, die „Evakuierung“ der Bevölkerung ganzer Dörfer, das Niederbrennen von Ortschaften nach vorheriger Ausraubung, die Verschleppung von „Bandenhelfern“ zur Zwangsarbeit und in Konzentrationslager nach Deutschland. Je schlechter die Situation der eigenen Truppen an der Ostfront geworden war, um so mehr hatte Jodls Sorge einzig der Frage gegolten, wie dieser Terror so durchgeführt werden könnte, daß als dessen Folge die Partisanen nicht noch mehr Zulauf und Unterstützung er hielten.⁹⁴ Jodl trug bis zum Ende des Krieges die Praxis der „verbrannten Erde“ mit. Am 28. Oktober 1944 befahl er der 20. Gebirgsarmee, die sich aus dem äußersten Norden Norwegens zurückzog, der sowjetischen Armee nur menschenentleerte Dörfer, Asche und Ruinen zu hinterlassen. Mit dem Begriff der „Durchhaltegeneräle“ verbindet sich meist die Vorstellung von Frontbefehlshabern, erscheinen Namen wie der Ferdinand Schörners oder die von Festungskommandanten an der Atlantikküste und im Hinterland der sich schon weit westwärts befindenden sowjetischen Armeen. Doch auf Jodl, den General im Büro und an den Schreib- und Kartentischen, den Chef des lange Zeit schlachtenfernen Stabes, trifft diese Kennzeichnung ebenso, und was die Reichweite der von ihm vorbereiteten und mitbeeinflussten Entscheidungen angeht, in noch stärkerem Maße zu. In der – schon erwähnten – Ansprache, die er nach dem Attentat vom 20. Juli vor ihm untergebenen Offizieren seines Stabes hielt, erklärte er, daß sie alle, „wenn uns das Glück nicht hold sein sollte“, sich als „die Letzten mit der Waffe um den Führer zu scharen“ hätten.⁹⁵ Als die amerikanischen Truppen den Rhein schon forciert hatten, befahl er unter Berufung auf den „Führer“ am 29. März 1945 „den Kampf gegen den in Bewegung geratenen Feind auf das fanatischste zu aktivieren.“⁹⁶ Derart, nach Art der Spartaner unter Leonidas, gedachte Generaloberst Jodl in die Geschichte einzugehen. Doch entschloß er sich dann doch anders ...

[366:] Die Sprache ist Mittler und Verräter zugleich. Das gilt auch für Jodl. In seinen Äußerungen über einzelne geschichtliche Vorgänge wie über den Gang der Geschichte im allgemeinen geriet ihm in Nürnberg wiederholt ein Wortpaar in Sinn und Sätze, das vom Spielen und den Spielern. In dieser Art hatte er schon vordem über den Krieg geredet. Auch am 13. Januar 1945, als er vor den wenigen Waffenattachés der Deutschland noch verbliebenen bedeutungslosen Verbündeten über die Kriegslage

⁹² Dies bestätigte Göring im Zeugenstand auf Befragen von Verteidiger Exner, IMT, Bd. IX, S. 433.

⁹³ „Kampfanweisung für die Bandenbekämpfung im Osten“ vom 11. November 1942. Zit. in: Okkupation, Raub, Vernichtung. 176 ff.

⁹⁴ Die weiteren Weisungen vom 14. März 1943 und vom 6. Mai 1944 mit Jodls Unterschrift, Ebenda, S. 145 f. und 171 f.

⁹⁵ Scheurig, Jodl, S. 284.

⁹⁶ Zit.: Ebenda, S. 313

referierte. Damals erklärte er zu den Kämpfen in Oberitalien: „Wir spielen dort sehr billig, verbrauchen unsere Kräfte nicht ..., was wir auch in Zukunft tun werden.“⁹⁷ Als er dann im Zeugenstand sein Befinden vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in das Rheinland schilderte, nannte er sein Gefühl das eines „Spieler(s), der sein gesamtes Vermögen im Roulette auf Rot oder Schwarz setzt“.⁹⁸ Und in anderem Zusammenhang meinte er, „im Spielsaal der Weltgeschichte“ werde „immer mit falschen Karten“ hantiert.⁹⁹

Diese Sicht auf die Geschichte, in der Soldaten nur Figuren in der Hand von Feldherrn waren, stellte Jodl in eine Traditionslinie äußerster Menschenverachtung und machte ihn bis in die Stunde, da er das Schafott zu besteigen hatte, jeden Wortes der Trauer über die Millionen unfähig, die auch als Folge seiner Entscheidungen umgekommen waren. Besorgt war und blieb er einzig um seine „Ehre“ als Offizier. Doch wie reduziert war dieser Ehrbegriff und wie sehr selbst in seiner Ruinengestalt noch brüchig und durchlöchert. Mit dem Blick auf das Verhalten der deutschen Wehrmacht im Krieg gegen die Sowjetunion hatte Thomas Mann schon im Februar 1942 in einer Rundfunksendung die „Deutschen Hörer“ gefragt: „Wohin ist es mit der deutschen Soldatenehre gekommen?“¹⁰⁰

Jodl legte sich diese Frage auch vier Jahre später noch nicht vor. Sein Ehrbegriff vertrug sich mit einer Haltung, die das Maß eigener Verantwortung zu minimieren trachtete und Schuld rundweg abstritt. Kein Wunder, daß diejenigen, die nach Jodl auf Anklagebänke gelangten, auch was sie allein oder mitzuverantworten hatten, bequem auf ihren toten Vorgesetzten zu wälzen suchten.¹⁰¹ Darin drückte sich übrigens zugleich aus, daß der ranghöchste ständige militärische Berater Hitlers nach seinem Wesen ein armer Einzelgänger gewesen war, nur fähig der Erteilung von Befehlen und Aufträgen sowie eingeschränkter Beziehungen selbst zu seinen engeren täglichen Mitarbeitern.¹⁰² Wie hätte er wärmere, menschliche Bande zu jenen entwickeln können, die ihm nichts anderes waren als Figuren in einem „Spielsaal“?

⁹⁷ Zit.: Ebenda, S. 308.

⁹⁸ IMT, Bd. XV, S. 386.

⁹⁹ Ebenda, S. 389.

¹⁰⁰ Thomas Mann: Zeit und Werk. Tagebücher. Reden und Schriften zum Zeitgeschehen, Berlin 1965, S. 648.

¹⁰¹ Das erste gilt vor allem für den Chef des Generalstabs des Heeres, Franz Halder, der sich weigerte, als Zeuge zugunsten Jodls auszusagen und im Prozeß aufzutreten. Das zweite trifft vor allem auf den Stellvertreter Jodls, Walter Warlimont, zu, der im sog. OKW-Prozeß (Fall XII) in Nürnberg 1947/1948 angeklagt und von dem amerikanischen Militärgerichtshof zu lebenslanger Haft verurteilt wurde (siehe Fall XII. Das Urteil gegen das Oberkommando der Wehrmacht, Berlin 1961 sowie Peter Alfons Steiniger: Der OKW-Prozeß in völkerrechtlicher Sicht, Zeitschrift für Militärgeschichte (Berlin), 1968, Heft 2, S. 183 ff. Zur Anklage und Verteidigung Warlimonts: Jörg Friedrich, S. 951 ff. Dabei hatte eine eidesstattliche Erklärung Jodls über die Rolle seines Stellvertreters im Wehrmachtführungsstab zusätzlich belastend gewirkt. Warlimont, Im Hauptquartier, S. 551 f.

¹⁰² Warlimont, der freilich nicht als ein objektiver Zeuge gelten kann, schrieb, daß Jodl Beratungen abgeneigt gewesen sei und seine Mitarbeiter nicht anders als sich selbst als ausführendes Organ angesehen habe. Ebenda, S. 190.

[367:]

Kurt Pätzold

ARTHUR SEYSS-INQUART

„... wie immer der Weg führt“¹

Drei Minuten fehlten noch bis zur dritten Stunde des 16. Oktober 1946, als die hinzugezogenen Ärzte meldeten, daß auch der letzte der Gehenkten tot sei. Schmähsch ließ das Leben des einstigen Bundesministers und Bundeskanzlers Österreichs, Reichsministers in der Regierung Hitler, Stellvertretenden Generalgouverneurs in einem Teil des okkupierten Polen, Reichskommissars in den besetzten Niederlanden und SS-Gruppenführers Arthur Seyß-Inquart. Sein Strick, hatte er vor dem Ausspruch der Todesstrafe durch das Internationale Militärgericht gesagt, werde aus niederländischem Hanf gewirkt sein. Später wurde bekannt, daß drei der vier entscheidenden Richter dafür votiert hatten, die Verbrechen dieses Paladins von Hitler mit dem Tode zu bestrafen. Der überstimmte französische Jurist wollte ihn lebenslänglich inhaftiert wissen.

Der Weg, auf dem Seyß-Inquart bis zu jenem Gerüst mit dem Galgen in der Turnhalle des Justizgebäudes zu Nürnberg gelangte, war ihm zum wenigsten vorherbestimmt. Zehn Jahre zuvor arbeitete er als Inhaber einer Rechtsanwaltskanzlei in Wien. Sie befand sich an einer der ersten Adressen der Stadt, „Am Hofe 5“. Seine Mandanten gehörten den begüterten und reichen Kreisen des Landes an. Die Einkünfte, die ihm diese Kanzlei eintrug, waren gesichert – lebenslänglich. Doch hatte der Jurist in der Mitte der dreißiger Jahre seine Tätigkeit mehr und mehr auf das Feld der Politik verlegt. Sie besaß hoch- und landesverräterischen Charakter, denn sie zielte auf die Liquidierung des Staates, dessen Bürger er war, und auf dessen „Anschluß“ an das benachbarte Deutsche Reich, über dem drohend das faschistische Hakenkreuz flatterte. Seyß stellte sich, als er ein Angeklagter geworden war, wie die meisten seiner Mitangeklagten als Gesinnungstäter dar. Als Deutscher habe er sich gefühlt, und Großdeutschland sei sein Ziel gewesen. Darauf habe er hingearbeitet, dem habe er gedient.

Was er verschwie, war seine imperialistische Gesinnung. Die hatte er, als Österreich noch ein selbständiger Staat war, auch schon bestritten. Der „Reichsgedanke“, schrieb er damals, sei keine Sache eines imperialistischen Ausdehnungsdranges. Er würde nicht verfochten, um zu erobern, sondern [368:] um zu ordnen und dem Frieden zu dienen.² Nach Tische las und hörte man es von ihm anders.

Die Verwandlung Österreichs in die „Ostmark“ galt ihm keineswegs als Abschluß, sondern als ein Auftakt. In einem Artikel, den er aus Anlaß von Hitlers 50. Geburtstag 1939 verfaßte und dem er die Überschrift gab „Was die Ostmark dem Führer dankt“, bezeichnete er den Platz der Liquidierung Österreichs. Mit ihr sei ein „System der raumfremden Grenzen in Mitteleuropa an einer entscheidenden Stelle durchbrochen worden“.³ Tatsäch-[369:]lich begünstigte die Expansion des Reiches nach Süden und Südosten zunächst vor allem den Angriff auf die Tschechoslowakei, der bald folgte. Seyß feierte dieses Ereignis und gab ihm eine fadenscheinige Rechtfertigung. Das tschechische Volk habe sich in den „deutschen Siedlungsraum“ hineingedrängt, sagte er in einem Vortrag im Wirtschaftsrat der Deutschen Akademie in Berlin, als mit dem Münchener Abkommen der erste Schlag gegen das Nachbarland

¹ Die Worte entstammen der Begrüßungsrede, die Seyß am 15. März 1938 hielt, als Hitler vor Hunderttausenden auf dem Heldenplatz in Wien die „Heimkehr“ seiner Heimat verkündete. Der Satz lautet vollständig: „Mein Führer, wie immer der Weg führt, wir folgen nach.“

Nur wenige Forscher haben sich mit der Biographie Seyß-Inquarts befaßt: Hendicus J. Neumann: Arthur Seyß-Inquart, Graz 1970 (vordem niederländisch: H. J. Newman: Arthur Seyß-Inquart, Het leven van een Duits onderkoning in Nederland, Utrecht 1967) und Wolfgang Rosar: Deutsche Gemeinschaft. Seyß-Inquart und der Anschluß, Wien 1971; dem Buch liegt die Dissertation des Autors „Arthur Seyß-Inquart in der Österreichischen Anschlußbewegung“ zugrunde.

² (Undatierter) Artikel für die Zeitschrift „Alpenländische Korrespondenz“ unter der Überschrift „Weg und Ziel“. BAK, N 11 80, Nr. 58.

³ Der Artikel wird nach dem Manuskript zitiert, das nach dem 15. März 1939 entstand. BAK, N 1180, Nr. 28 (wo Blattzahlen fehlen, handelt es sich jeweils um unpaginierte Bestände).

geführt werden konnte. Da wirkte Seyß noch als Interpret von Eroberungen ohne Krieg.⁴ Ein Jahr später, als Polen „an die Reihe“ gekommen war, wurde er Exekutor des Expansionsprogramms.

Dabei kann dieser Mann nicht als eines der vielen Opfer von nationalchauvinistischen Irrlehren eingestuft werden. Er wußte von Kindesbeinen an aus eigener Lebenserfahrung um die Wirklichkeit. Seyß wuchs inmitten der tschechischen Bevölkerung als Angehöriger der deutschen Minderheit auf. Er wurde am 22. Juli 1892 während eines Sommerurlaubs im Landhaus der Familie in Stannern in der Nähe der Stadt geboren, welche die Deutschen Iglau, die Tschechen Jihlava nannten.⁵ Gemeinsam mit vier älteren Geschwistern, einem Bruder und drei Schwestern, wuchs er in gutbürgerlichen Verhältnissen auf. Sein Vater war Lehrer und wurde später Direktor des deutschen Gymnasiums in Olmütz/Olomouc. Nach dem Besuch der Volksschule trat sein Sohn als Schüler in dieses Gymnasium ein. Die Abiturprüfung legte er jedoch in Baden bei Wien ab, wohin die Familie nach dem Ausscheiden des Vaters aus dem Dienst übersiedelt war. Danach begann er in der Hauptstadt der Monarchie ein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften. Zwei Staatsprüfungen hatte er bereits absolviert, als der Weltkrieg ausbrach. Noch 1914 zog der angehende Jurist mit dem 1. Tiroler Kaiserregiment freiwillig in den Krieg. Nachdem er eine Verwundung auskuriert hatte, kam er zur Hochgebirgskompanie des 3. Tiroler Kaiserregiments. Fronteinsätze und Dienst im Hinterland lösten einander ab. An der wechselnden Verwendung von Seyß war auch dessen Schwiegervater, der im Kriegsministerium arbeitete, nicht unbeteiligt. Die Verbindung mit der Tochter des beziehungsreichen Generalauditors – die Trauung des Leutnants mit Gertrud Maschka fand im Dezember 1916 statt – sollte sich auch im unmittelbaren Nachkrieg für die Karriere von Seyß als vorteilhaft und fördernd erweisen. Noch im Krieg konnte Seyß 1917 zum Doktor der Rechte promovieren. Nach seiner Demobilisierung und kurzzeitiger Gerichtspraxis trat er in ein Rechtsanwaltsbüro ein und konnte 1923 in Wien die renommierte Kanzlei seines Chefs übernehmen.⁶

Lebhaft erinnerte sich Seyß noch nach Jahrzehnten der freundlichen Beziehungen, welche die einheimische tschechische Bevölkerung mit den [370:] Deutschen unterhalten hatte. In einem Brief schrieb er 1938: „Wenn ich als 16jähriger Bub meine Radtouren machte und in ein tschechisches Dorf gekommen bin, so konnte ich in jedes Bauernhaus eintreten, wurde in die beste Stube (ge)führt und mit Milch und Brot bewirtet, ohne daß ich mehr als die notdürftigsten tschechischen Worte verstand oder sprach.“⁷ Als er das mitteilte, waren seine Gedanken jedoch darauf gerichtet, die Bevölkerung der Tschechoslowakei einzig nach dem Gesichtspunkt zu bewerten und zu unterscheiden, welche ihrer Gruppen sich von den Deutschen leichter beherrschen lassen und welche eher zum Widerstand neigen würde. Offenbar hatte schon der Gymnasiast die Aufnahme, die ihm die Tschechen in Mähren zuteil werden ließen, als eine Selbstverständlichkeit hingenommen. Mehr noch: als eine ihm zustehende Behandlung. Nach seinem Verständnis gehörte er der überlegenen und herrschaftsberechtigten deutschen Volksgruppe an. Darüber, wie andere Völker leben wollten, hatte er sich offenbar schon als Knabe keine Gedanken gemacht. Und daran änderte sich sein Leben lang nichts.

In den Auseinandersetzungen um die Zukunft Österreichs ergriff Seyß, ohne sich selbst in eine vordere Reihe der kämpfenden Gruppierungen zu stellen, Partei gegen die „Bolschewisten“ und „Juden“ und gesellte sich zu jenen, die mit Parolen wie „Ordnung“ die Stabilisierung der Herrschaft der österreichischen Oberschichten zu erreichen suchten. Zugleich – in Deutschland hatte die Gegenrevolution gesiegt – schloß sich Seyß den „Großdeutschen“ an. Sie wollten den Gewichtsverlust, den Österreich durch den Zerfall der morschen Monarchie erlitten hatte, dadurch kompensieren, daß sie für die Vereinigung mit dem Deutschen Reich eintraten. Auf diesem Wege sollte das Absinken Österreichs in die Reihe der europäischen Kleinstaaten verhindert werden. An Idee, Plan und Ziel „Großdeutschland“ hielt Seyß unbeirrt fest. Ja, er wurde erst eigentlich zu einem ihrer rühmlichsten Verfechter, als sich im Übergang zu den dreißiger Jahren im „Reich“ ein Rechtsruck vollzog und die

⁴ Der Vortrag wurde am 12. Oktober 1938 gehalten. BAK, N 1180, Nr. 59.

⁵ Dies und die folgenden Lebensdaten: BAK, N 1180, Nr. 8.

⁶ Zu den biographischen Angaben siehe auch Seyß' Vernehmung in Nürnberg, IMT, Bd. XV, S. 664 ff.

⁷ Briefentwurf, undatiert, BAK, N 1180, Nr. 42.

von Hitler geführte Partei zur stärksten und aussichtsreichen Kraft im bürgerlichen Parteienspektrums wurde.⁸

Vor dem Nürnberger Gerichtshof suchte Seyß dann seine frühe Orientierung und Bindung an die NSDAP und deren Zentrale in Deutschland abzuleugnen. Er verwies darauf, daß er formell am 13. Mai 1938 Mitglied der NSDAP geworden sei. Seine Mitgliedsnummer habe über der sieben Millionengrenze gelegen.⁹ In Wahrheit gehörte er seit dem Jahre 1931 zu den „stillen“ Mitgliedern der NSDAP. Zu diesem Zeitpunkt konnte die Partei in Österreich noch legal agieren. Doch mochte der Rechtsanwalt [371:] kein Interesse haben, durch sein öffentliches Bekenntnis zu einer durch Ziel und Methoden umstrittenen Partei Klienten zu verprellen. Jedenfalls ließ er den Parteibeitrag durch seine Ehefrau in der Ortsgruppe von Dornbach entrichten. Nach seinem eigenen Urteil hatte er für die NSDAP bis in das Jahr 1934 aber „noch keine besondere politische Aktivität entwickelt“. Dann gelangte er binnen zwei Jahren in der österreichischen Parteiorganisation, die nach dem Putschversuch gegen das Dollfuß-Regime 1934 verboten worden war, rasch auf einen ihrer ersten Plätze und gehörte zu ihren einflußreichsten Politikern. Sein Aufstieg vollzog sich indessen nicht nach dem allgemeinen Muster: Seyß kletterte nicht auf der Karriereleiter nach oben, deren Sprossen Ämter oder Posten innerhalb der NSDAP und deren Gliederungen bildeten. Noch als er Hitler auf dem Heldenplatz enthusiastisch begrüßte, kannte ihn die Mehrheit der eigenen Parteimitgliedschaft nicht.

Seyß' Weg nach oben besaß zwei hauptsächliche Voraussetzungen. Zum einen verfügte die NSDAP zwischen Burgenland und Vorarlberg nur über eine geringe Zahl intelligenter Führer, hingegen über eine Masse von Haudraufs und Schlagetots, die auch nach dem Debakel des Putsches weiter auf Gewalt setzten. Zum anderen gebot Seyß im Staate über viele für die NSDAP wichtige Verbindungen zu Organisationen und Personen der offenen wie der verkappten großdeutschen Rechten, die mit der NSDAP das Generalziel teilten und Österreich in das „Reich“ führen wollten.

Seyß bewegte sich von seinen ersten Kontakten zu Führern der österreichischen NSDAP an in den Kreisen, die nach Schleichwegen für einen „Anschluß“ suchten. Sie waren bestrebt, auf die Politik des österreichischen Staates auch dadurch stärkeren Einfluß zu gewinnen, daß sie in ihm Ämter und Posten erlangten. Auf diese Weise hofften sie ihrem ersten Teilziel entsprechend, die Wiener Politik zuerst in die Kiellinie der deutschen lenken zu können. Diesen Bestrebungen kam entgegen, daß das Regime von einer permanenten ökonomischen Krise geschüttelt wurde. Sie wiederum galt als Beweis dafür, daß Österreich als selbständiger Staat nicht lebensfähig sei. Putschgedanken oder gar Pläne, den 1934 gescheiterten gewaltsamen Sturz der Regierung noch einmal zu versuchen, paßten nicht in dieses Konzept.

Wie Seyß in der NSDAP diejenigen ausmachte, die einen ihm als aussichtsreich erscheinenden Weg suchten, so erkannten seine Partner in dem gewandten, beziehungsreichen Mann eine wertvolle Kraft. Zudem war er durch die gescheiterte Politik der Partei nicht belastet, was seinen Handlungsspielraum vergrößerte. 1935 und 1936 wurde Seyß fest in die Perso-[372:]nengruppe integriert, die gegen noch immer einflußreiche Widersacher in der illegalen Parteispitze das Ruder der österreichischen NSDAP strikt auf „Legalitätskurs“ legten. Sie wurden aus Berlin und München gestützt, beraten und instruiert. Später stiegen sie samt und sonders im „Großdeutschen Reich“ hoch auf.

Mit dieser Gruppe, deren Angehörige an Gefolgschaftsjahren meist ältere Parteigänger Hitlers waren, – er nannte sich mitunter auch „seinen Kreis“¹⁰ –, begann Seyß beständig, verlässlich und eng zusammenzuarbeiten. Besonders vertraut wurde er mit Dr. Friedrich Rainer, der von Hitler, Zeichen des schließlichen Sieges der „Legalisten“, kurz vor dem „Anschluß“ an die Spitze der gesamten NSDAP-

⁸ Allein aus Platzgründen kann Seyß' Rolle in der Deutschen Gemeinschaft, im Deutschen Klub und im Österreichisch-Deutschen Volksbund sowie als Mitglied im „Heimatschutz“ hier nicht dargestellt werden. Ein quellengefülltes Bild davon gibt Wolfgang Rosar, S. 29 ff.

⁹ IMT, Bd. XV, S. 664 ff.

¹⁰ So auch in Nürnberg, IMT, Bd. XV, S. 673. Außer den oben erwähnten nannte er dort noch Dr. Hugo Jury, der später einer der NSDAP-Gauleiter in der „Ostmark“ (Gau Niederdonau) wurde, und Franz Langthoth, der an der Spitze des „Hilfswerks Langthoth“ stand.

Organisation in Österreich gestellt wurde. In der „Ostmark“ fungierte Rainer als NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter in Salzburg. Ihm hatte Seyß, der in Briefen auch gegenüber Mitführern zu bekenntnishaften Versicherungen neigte, schon Ende 1937 beteuert, für ihn werde außer seiner eigenen Erkenntnis „nur noch Ihre Entscheidung maßgeblich sein“.¹¹ Seyß und Rainer sahen sich zum letzten Mal im Nürnberger Gerichtssaal, der eine als Angeklagter, der andere als aus der Gefangenschaft zugeführter Zeuge.

In jener Frühzeit seiner Tätigkeit für die Partei war Seyß auch mit Ernst Kaltenbrunner bekannt geworden, der die illegalen SS-Formationen führte, nach dem März 1938 den Posten des Höheren SS- und Polizeiführers in der „Ostmark“ erklomm und 1943 Nachfolger Heydrichs als Chef des Reichssicherheitshauptamtes wurde.¹² Das führte auch ihn 1945 vor das Tribunal und einige Minuten vor Seyß unter den Galgen. Zum „Kreis“ gehörte der von Himmler hochgeschätzte Odilo Globocnik, wenn er auch kaum dessen taktischen Entscheidungen mitbeeinflusste, sondern eher für sie gewonnen werden mußte. Nach dem März 1938 blieb er zunächst Gauleiter der NSDAP in Wien. Dann verwandte ihn Himmler als SS- und Polizeiführer im besetzten „Distrikt Lublin“ und übertrug ihm eine Schlüsselstellung im Programm des Judenmords: Globocnik unterstanden die Vernichtungsstätten der sogenannten „Aktion Reinhard“ im Osten des Generalgouvernements.

Das politische Konzept, dem Seyß und seine Parteifreunde in den Jahren 1936 bis 1938 folgten, sah die Schaffung „Großdeutschlands“ durch den „Anschluß“ im Ergebnis eines längeren Prozesses vor. Dessen zeitlicher Rahmen war noch nicht bestimmt und auch schwer absehbar, wobei eine allzu starke Forcierung der eigenen Aktivitäten der Erreichung des Ziels eher abträglich erschien. Die eingeschlagene Taktik, das Eindringen in legale Organisationen, vor allem in die regierungstreue Vaterländische [373:] Front, die sich bislang gegen NSDAP-Mitglieder sperrte, brauchte ebenso Zeit wie die Schaffung und Aktivierung der eigenen Tarn-Organisationen und die Herstellung stabiler Verbindungen zu Führern und Mitgliedern vieler kleinerer legaler Organisationen, die dem eigenen Ziel nahestanden oder ihm dienstbar gemacht werden konnten. Seyß und seine Komplizen verstärkten ihren Einfluß auf die Presse. Nicht zuletzt suchten sie die Bedingungen der Illegalität zu lockern oder zu umgehen. Es gelang ihnen, einen von der Regierung geduldeten und legalisierten Zusammenhalt der verbotenen „nationalsozialistischen“ Gruppen zu schaffen. Dem diente ein „Hilfswerk“ zugunsten von Parteimitgliedern, die nach dem Putsch 1934 inhaftiert worden waren oder ins Reich fliehen konnten. Sie und deren Familienmitglieder wurden mit den eingetriebenen Geldern unterstützt, was den Zusammenhalt förderte und neue Bindungen schuf. Natürlich waren die NSDAP-Führer bestrebt, die Inhaftierten freizubekommen und Neubestrafungen wegen illegaler Tätigkeit zu verhindern. In alldem zeigte sich, daß sie sich die Lehren zunutze machten, die auch Voraussetzung für Hitlers und der NSDAP Aufstieg und Sieg im Reich gewesen waren. Sie befolgten strikt Hitlers Vorbild, hatte doch auch der „Führer“ nach dem gescheiterten Gewaltakt von 1923 der Putschtaktik konsequent abgeschworen und gegen Widerstände den „Legalitätskurs“ durchgesetzt.

Auf ihm gelangen auch in Österreich Erfolge. Ermöglicht waren sie durch die Schwächlichkeit der Regierung des Bundeskanzlers Kurt von Schuschnigg, des Nachfolgers des ermordeten Engelbert Dollfuß. Das Wiener Kabinett war und blieb über ein erfolgreiches Gegenkonzept ratlos. Mehr noch: Es gab die Möglichkeiten zu einer Politik, die sich auf die Erhaltung als eigenständiger Staat richtete, stückweise preis. 1936 schloß es mit der Regierung Hitler eine Vereinbarung, derzufolge Österreich einen zweiten deutschen Staat mit besonderen Treuepflichten gegenüber dem größeren Reich darstelle. Selbstmörderisch war aber vor allem der Versuch, die österreichischen Nazis durch Annäherung und Zugeständnisse zu bändigen. Dazu gehörte, daß landesbekannte NSDAP-Führer als Mitglieder in die Staatstreue Vaterländische Front aufgenommen wurden. Seyß, obwohl seine Rolle als eines Führers der NSDAP längst nicht mehr verborgen geblieben war, erhielt 1937 die Berufung auf den Posten eines Staatsrats.¹³ Diese Stellung war an sich nicht sehr einflußreich, doch erhob deren

¹¹ Brief von Seyß an Rainer vom 10. Oktober 1937. BAK, N 1180 Bd. 56.

¹² Seyß gab die Jahre 1935 oder 1936 als den Zeitpunkt an, da er Ernst Kaltenbrunner kennenlernte. IMT, Bd. XVI, S. 89.

¹³ Seyß über das Zustandekommen seiner Ernennung in: IMT, Bd. XVI, S. 97.

Inhaber, kaum daß er sie eingenommen hatte, Forderungen nach immer mehr Kompetenzen. Offiziell galt seine Ernennung als Zeichen und Beweis für eine Aussöhnung zwischen „Nationalsozialisten“ und Regierungs-[374:]treuen. Seyß nutzte sein Staatsamt geschickt und ausdauernd zur Ausforschung der Regierungspolitik und zur Unterwanderung der Vaterländischen Front sowie zur Vergrößerung der Handlungsspielräume für die NSDAP.

Vor allem aber bedeutete Seyß' Erhebung zum Staatsrat, daß er mit stillschweigender und der Öffentlichkeit nicht eingestandener Billigung von Bundespräsident wie Bundeskanzler die Verbindung zwischen Reichs- und Bundesregierung unterhielt. Das geschah, auch im Interesse von deren Geheimhaltung, unter Umgehung der außenpolitischen Apparate. Keine Frage, daß Seyß, als er die Drähte zwischen Wien und Berlin zog, nicht die österreichischen, sondern die deutschen Interessen verfocht. Er präsentierte in Wien die Kritiken, Forderungen, Verlangen und Ultimaten Berlins. Intern wurden die ungewöhnliche Stellung und Tätigkeit von Seyß mit dem Argument gerechtfertigt, die österreichischen Nazis täten oder unterließen nichts, wenn es ihnen nicht von Berlin bzw. München befohlen würde. Wollte man sie beeinflussen, müsse man folglich zuerst mit Hitler und der deutschen NSDAP-Führung in Kontakt treten. Es war zumindest naiver Selbstbetrug zu glauben, die österreichische Regierung könne auf diese Weise die Politik der Nazis im eigenen Lande mäßigend beeinflussen oder gar lenken.

Seyß hatte bis 1937 Verbindungen mit nahezu allen einflußreichen Politikern im Reichsgebiet hergestellt. Bei seinen Aufenthalten in Deutschland traf er Hermann Göring und Heinrich Himmler, Rudolf Heß und Außenminister Konstantin von Neurath, Wirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht und Kriegsminister Werner von Blomberg.¹⁴ Sein ständiger Partner aber wurde ein Mann, der in der Öffentlichkeit viel weniger bekannt war als diese: Wilhelm Keppler. Er zählte zu den langjährigen Kampfgefährten Hitlers und hatte im entscheidenden Jahr 1932 während der gemeinsam mit führenden Bankiers und Industriellen bewerkstelligten Intrige, die den „Führer“ in die Wilhelmstraße brachte, eine denkwürdige Rolle gespielt. Auch späterhin erhielt er vorzugsweise diffizile Aufträge. Franz von Papen erinnerte sich in Nürnberg an Keppler als den Mann, der sich damals „immer in der Begleitung von Hitler befand“.¹⁵ Hitler hatte ihn, der in Berlin auch eine „Zentralstelle für die wirtschaftspolitischen Organisationen der NSDAP“ leitete, zu seinem Sonderbeauftragten für die Vorbereitung des „Anschlusses“ gemacht. Vom „Führer“ und von Göring bekam Keppler seine jeweiligen Instruktionen. Wiederholt reiste Seyß nach Berlin und München oder Keppler kam nach Wien. Beide gewannen bei der Ebnung des „evolutionären Weges“¹⁶ auch eine vertraute persönliche Be-[375:]ziehung zueinander. Bis in die taktischen Einzelheiten wurde das Vorgehen zwischen ihnen besprochen und abgestimmt. So verständigten sich beide nach Seyß' Ernennung zum Staatsrat, daß eine offizielle „Beglaubigung“ von dessen Rolle durch Hitler unerwünscht wäre. Seyß schrieb, er wolle sich in Wien „eine entsprechende Stellung“ auf andere Weise zu verschaffen suchen.¹⁷ In einem Brief aus jener Zeit charakterisierte er sein doppelbödiges Vorgehen durch ein entlarvendes Bild: „Im übrigen müssen wir doch noch die Taktik einhalten, ... daß man wie die Katze um den heißen Brei geht.“¹⁸ Wie lange dieser Zwang existieren würde, wußte Seyß nicht genau. jedoch rechnete er nach einem weiteren Treffen mit Keppler mit nicht näher bezeichneten Veränderungen im Frühjahr 1938.¹⁹

In Gesprächen, bei Sitzungen, durch Schreiben und in Bittschriften drängte Seyß unausgesetzt auf die vollständige Anpassung der österreichischen Politik an die der Reichsregierung. Nicht nur seine Wirtschaft sollte Österreich ganz auf das aufrüstende Deutschland orientieren. Seyß verlangte den Abbau jedes staatlichen Sonderbewußtseins und die Fixierung auf die Bundesgenossenschaft im

¹⁴ Siehe Brief von Seyß an Schuschnigg vom 3. Juli 1937, in dem er ihn von Begegnungen in Berlin unterrichtet. BAK, N 1180, Bd. 56 und ebenso vom 21. Juni 1937 über sein Treffen mit Schacht, ebenda.

¹⁵ IMT, Bd. XVI, S. 382.

¹⁶ Brief von Seyß an Josef Leopold vom 13. Oktober 1937. BAK, N 1180 Bd. 56.

¹⁷ Brief von Seyß an Keppler vom 4. Oktober 1937. BAK, N 1180, Bd. 50.

¹⁸ Brief von Seyß an Dr. Albert Reiter, Salzburg, vom 6. Oktober 1937. BAK, N 1180, Bd. 56.

¹⁹ Brief von Seyß an Jury vom 11. November 1937. Die Andeutung spielte auch im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß eine Rolle, als versucht wurde, die Vorgeschichte der Märzereignisse 1938 zu rekonstruieren. IMT, Dok. 3396-PS.

Kriegsfall. Außenpolitisch bezeichnete er die „Organisierung des Donaupraumes zur deutschen Mitte Europas“ als Aufgabe der Wiener Regierung.²⁰ Noch aber erweckte er den Eindruck, als wolle er die selbständige staatliche Existenz des Landes nicht in Frage stellen. Im Februar 1938 erhielten die Dinge eine dramatische Wendung. Hitler, der am 5. November 1937 in einer geheimen Sitzung mit dem Kriegsminister, den Oberbefehlshabern von Heer und Luftwaffe sowie dem Außenminister den Vorsatz, Österreich und die Tschechoslowakei bald zu liquidieren, offen erörtert hatte, verstärkte den Druck auf die Regierung Schuschnigg. Er lud den Bundeskanzler am 12. Februar nach Berchtesgaden und stellte ihm in einer bis dahin in der deutschen Diplomatie beispiellosen Inszenierung ultimative Forderungen. Dem Coup kam zugute, daß der „Führer“ vordem unter Seyß' maßgeblicher Mitwirkung von der Haltung des Wiener Kabinetts insgeheim unterrichtet worden war. Hitler forderte die Legalisierung der NSDAP und verlangte von seinem Gast unumwunden, daß Seyß in das Bundeskabinett aufgenommen werden solle. Zugleich müsse er den Posten des Sicherheitsministers erhalten und damit die Befehlsgewalt über die österreichische Polizei. Schuschnigg, wieder in Wien, beugte sich. Die großdeutschen Faschisten konnten mit Hakenkreuzfahnen und in ihren Uniformen offen hervortreten. Und der Rechtsanwalt, der einer eben noch verbotenen Partei angehörte, wurde Bundesminister. Österreich war in das Stadium seiner Agonie eingetreten. Unklar blieb nur noch, wie lange es dauern werde.

[376:] Die Frage entschied sich, als Bundeskanzler Schuschnigg die Österreicher zu einer Abstimmung über die Zukunft des Landes aufrief. Hitler mußte fürchten, daß ein Votum für dessen Souveränität zustandekäme, welches ihn und seine Pläne weltweit ins Unrecht setzen würde. Mit der Drohung des militärischen Einmarsches wurde nun Schuschniggs Rücktritt und die Führung des Kabinetts durch Seyß gefordert. Darauf demissionierte die Wiener Regierung, und Hitlers Mann nutzte den Moment der Verwirrung, der Ratlosigkeit und des Machtvakuumms und erklärte sich selbst zum Kanzler. Der kalte Putsch glückte. Widerstand der Staatsmacht erhob sich nicht. Weder die Führung des Heeres noch der Polizei oder Kreise der Staats-[377:]verwaltung waren bereit, ein Signal des Kampfes für die Selbständigkeit Österreichs zu geben, geschweige sich an dessen Spitze zu stellen. Denn die Aktion gipfelte in dem von Göring telefonisch geforderten „Hilferuf“ aus Wien, das deutsche Militär möge einmarschieren und den Frieden in Österreich sichern. Seyß erledigte die Bestellung prompt. Praktisch-militärisch war dies nicht von besonderer Bedeutung, aber politisch-diplomatisch wurde damit eine – wenn auch nur fadenscheinige – Tarnung des Gewaltakts erreicht. Im Gefolge von Wehrmachtseinheiten zog Hitler zunächst in Linz, dann in Wien ein. Seyß war ihm gemeinsam mit dem gleichsam als „Vorauskommando“ nach Wien gekommenen Himmler bis in die oberösterreichische Metropole entgegengefliegen. Dort begrüßte er Hitler mit dem Ruf „Heil, mein Führer“.

Das war Seyß' erste persönliche Begegnung mit Hitler, der ihn aus taktischen Rücksichten bis dahin nicht zu sich gerufen hatte. Und sie bezeichnete nach der Parteinahme von Seyß für die NSDAP den zweiten markanten Wendepunkt in seiner Biographie. Die Linzer Episode verdeutlichte öffentlich und dürfte auch ihm selbst klargemacht haben, daß nun ein voll ständiger Wandel eintrat. Bis dahin war er einer der Treibenden der Ereignisse gewesen, nun würde er einer der Getriebenen sein. Bis zum Einmarsch der deutschen Truppen und dem Eintreffen Hitlers lagen Entscheidungen noch bei ihm. Nun faßten andere und vor allem „der Führer“ die Entschlüsse, während er die Rolle des Ratgebers und des Ausführenden übernahm. In Linz hatte Hitler ihn in öffentlicher Rede am 12. März noch „Herr Bundeskanzler“ angeredet, auf dem Wiener Heldenplatz drei Tage später dankte er dem „neuem Reichsstatthalter“.²¹

Diese Wende war Seyß' eigenes Werk. Doch von ihr wurde er nicht einen Moment irritiert, da er sich nicht nur „Großdeutschland“, sondern auch diesen „Führer“ gewünscht hatte. Er bewunderte ihn als einen ganz Großen sowohl der deutschen als auch der Weltgeschichte. Noch in seinem Schlußwort vor dem Nürnberger Gerichtshof erinnerte er sich, daß er mit dem Blick auf Hitler „Hosianna“ gerufen

²⁰ Brief von Seyß an Guido Zernatto, Staatssekretär für die Angelegenheiten der Vaterländischen Front, vom 27. Oktober 1937. BAK, N 1180, Bd. 55.

²¹ Siehe den Text der beiden Ansprachen in: „Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation. Hg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1988, S. 329 f. u. 338 ff.

habe. Auch im Wissen um das, „Was dann kam“, könne er nicht „Kreuziget ihn“ rufen.²² Seyß hatte sich seinem „Führer“ total untergeordnet und war unfähig, über ihn und die Politik an der Spitze des Reiches ein nüchternes Urteil zu gewinnen.

„Bundeskanzler“ Seyß tat in den entscheidenden Märztagen, was von ihm verlangt wurde. Unter den Totengräbern Österreichs wurde er zum Hauptakteur. Diese Rolle hätte ihn freilich nicht an den Galgen zu Nürnberg gebracht. Denn was sich in den folgenden Stunden und Tagen und besonders bei Hitlers Einzug in Wien abspielte, konnte die Propagandathese voll-[378:]ständig stützen, es sei Volkes Wille nach einem „Einig Vaterland“ erfüllt worden. Unter dem Eindruck der hysterischen Kundgebungen, die ihm bereitet wurden, beschleunigte Hitler die Schritte zur Liquidierung des besetzten Landes gegenüber seinen ursprünglichen Vorstellungen. 'Die mit dem Blick auf das allerdings ohnehin untätige Ausland erwünschte Legitimation dafür sollte eine Volksabstimmung liefern. Sie fand im Zeichen des Hakenkreuzes und unter grundlegend veränderten Zuständen am 10. April 1938 im gesamten – nun „Großdeutschland“ genannten Reichsgebiet statt.

[379:] Ihr Ausgang war von vornherein unzweifelhaft. Dennoch wurde eine riesenhafte Werbekampagne für die „Heimkehr Österreichs“ und den Führer des Großdeutschen Reiches inszeniert. Sie erfaßte Ostpreußen ebenso wie Tirol. Hitler trat dabei in alter Manier als der eifrigste unter allen Reklamerednern des Regimes hervor. Auch Seyß hatte seine Auftritte. Unter anderem sprach er in einer Massenversammlung im Berliner Sportpalast, wobei er wider besseres Wissen die Lage in Österreich vor dem 12. März als bedrohlich darstellte. Er erzählte die Legende vom bevorstehenden kommunistischen Putsch sowie vom drohenden Bürgerkrieg und behauptete, der Frieden sei gerettet worden. Dreist bestritt Seyß auch die terroristischen Maßnahmen der Machthaber. Wer in „Schutzhaft“ genommen worden sei, – das hieß: in das Konzentrationslager Dachau verschleppt worden war –, wäre vor dem Volkszorn gerettet worden und könne froh sein. Nur Übeltäter seien bestraft, sonst niemandem ein Haar gekrümmt worden.²³ Mit vergleichbarer Unverfrorenheit äußerte er sich auch noch in Nürnberg, als er die Lager, in denen zur Zeit des Schuschnigg Regimes „nationalsozialistische“ Putschisten gefangengesetzt worden waren, mit den von den Alliierten im besetzten Deutschland eingerichteten Lagern für Faschisten verglich.²⁴

Knapp zwei Wochen nach der Abstimmung erklärte Hitler in einem Erlaß den saarländischen Gauleiter Bürckel in Personalunion zum Reichskommissar für das neugewonnene Gebiet und erteilte ihm den Auftrag, dessen rascheste Angleichung an das Altreich durchzusetzen. Seyß erhielt einen Vorgesetzten und war auf den zweiten Platz gewiesen. Die von ihm geführte Landesregierung sollte als der exekutive Arm der Reichsregierung noch ein Jahr weiterexistieren. Hitler kam noch Jahre später gesprächsweise auf die Gründe zurück, die ihn zu seiner Entscheidung bewogen hatten. Es sei wichtig, den richtigen Mann an den richtigen Fleck zu stellen, meditierte er im Führerhauptquartier 1942. „Den brutalen dorthin, wo nur ein solcher fertig werden könne, und dorthin, wo auch eine rücksichtsvollere Hand es schaffe, einen Mann dieser Art.“²⁵

Hitler versicherte Seyß, als er ihm die neue Rolle als Reichsstatthalter zuwies, er werde seine Dienste nach Jahresfrist durch die Ernennung zum Reichsminister belohnen, „damit Sie weiter für Österreich im Großdeutschen Reich wirken können“.²⁶ Das war nicht nur billiger Trost. Sofern Hitler überhaupt Dankbarkeit empfinden konnte, war und blieb er denen dankbar, die ihm zum ersten großen außenpolitischen Coup seiner Regierungszeit verholfen. Das galt im besonderen für Mussolini, der seine früheren Ambitionen auf ein italienisch-österreichisches Bündnis unter seiner [380:] Führung in richtiger Erkenntnis des Kräfteverhältnisses hatte fallen lassen. Und es traf für Seyß gleichermaßen zu, denn dieser hatte sich im Prozeß der Vorbereitung und im Vollzug des „Anschlusses“ großartig bewährt. Für die nun zu lösenden Aufgaben der totalen Gleichschaltung des Territoriums und namentlich der raschesten Eingliederung des Arbeitskräfte- und Wirtschaftspotentials der „Ostmark“ in die auf immer

²² IMT, Bd. XXII, S. 460.

²³ BAK, N 1180 Nr. 21.

²⁴ IMT, Bd. XV, S. 693.

²⁵ Henry Picker: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, o. O. 1981, S. 319.

²⁶ Brief Hitlers an Seyß vom 23. April 1938. BAK, N 1180, Nr. 3.

höhere Touren gebrachte Aufrüstung erschien Hitler indessen ein Mann besser geeignet, der auf diesem Gebiet Erfahrungen besaß. Das traf für den saarländischen Gauleiter Bürckel zu. Auch mußten die vielfältigen Verbindungen von Seyß zu konservativen und insbesondere katholischen Kreisen nun als weniger vorteilhaft gelten. Sie konnten mannigfache, unerwünschte Rücksichten hervorbringen. Zudem war Seyß – so sah er sich selbst 1939 – nur im Falle letzter Entscheidungen, aber nicht im Alltag der politischen Arbeit eine „aktiv kämpferische Natur“. Zu seinen Haupteigenschaften zählte er eine „an Schüchternheit grenzende Zurückhaltung“.²⁷ Sie konnte an der Spitze des Gebiets, das in raschem Tempo mit dem Reich und dessen Zielen gleichgeschaltet werden sollte, nur abträglich sein.

Es war keine Frage des unterschiedlichen Charakters der beiden Männer, daß sich zwischen Seyß und Bürckel nach anfänglicher Zusammenarbeit ein gespanntes Verhältnis entwickelte, womit sich in der führenden Gruppe des Regimes auch Hitler, Göring und Himmler zu beschäftigen hatten. Doch erhielten alle drei mit den Nachrichten von den Unstimmigkeiten ausdrückliche Beweise für Seyß' persönliche Gefolgschaftstreue. Vertraulich setzte er Göring, dessen herausragende Rolle ihm auch während der entscheidenden Stunden der Liquidierung Österreichs deutlich geworden war, sein Verhältnis zur Partei und deren Führungskräften auseinander. Der Grund, daß er nach dem März 1938 nicht direkt in das politische Leben der Partei in Österreich eingetreten wäre, bestünde in den Zweifeln, die von Altparteigenossen noch immer in seine Zuverlässigkeit gesetzt würden. Er versicherte dem Generalfeldmarschall, daß er sich nach Hitler, Göring und Himmler ausrichte.²⁸ Diese „Ausrichtung“ behielt er übrigens selbst dann noch bei, als ihm in Nürnberg anhand einer Überfülle von Dokumenten nachgewiesen worden war, welche Rolle der „Führer“ und der zweite Mann im Regime gespielt hatten. Sprach er als Angeklagter von Göring, so benannte er ihn nach wie vor als „Herr Reichsmarschall“.²⁹ Und über Hitler sagte er im Schlußwort, alle Beweise von dessen politischem Verbrechen turtum ignorierend: „Für mich bleibt er der Mann, der Großdeutschland als eine Tatsache in die deutsche Geschichte gestellt hat.“³⁰ Da war, in neuer Gestalt, der österreichische [381:] Staat wiederhergestellt worden, in dem er seine politische Karriere begonnen hatte.

Der sachliche Gehalt der Auseinandersetzungen zwischen Seyß und Bürckel betraf den Umgang mit Österreich und den anschlusswilligen Österreichern, den sich Seyß weniger rabiāt wünschte. Doch charakterisiert es ihn, den spät in die Hierarchie des Nazi-Staates Eingetretenen, daß er die schärfsten Vorwürfe gegen Bürckel erst erhob, als Hitler sein Versprechen wahr- und ihn zum Reichsminister gemacht hatte. Dann erst, am 28. Juni 1939, schrieb er Bürckel in einem Brief, den er selbst als ermüdend lang bezeichnete, dieser verstünde die Wiener nicht, habe Reichsdeutsche ohne Not ins Land geholt, hätte zu niemandem Vertrauen gefaßt und es von niemandem gefunden. Das brachte ihm Bürckels Vorwurf ein, der Reichsstatthalter wolle einen anderen, einen katholischen Nationalsozialismus, operiere mit einer Clique, repräsentiere und rede.³¹ Diese Bezeichnung war haltlos. Seyß war zwar katholisch, jedoch nicht frömmelnd erzogen worden. Zwar hatte er sich formal von der Kirche nicht gelöst, stand aber in der Auseinandersetzung um die Zukunft Österreichs eindeutig gegen die Austrofaschisten, die ein selbständiges Österreich wünschten, sich am italienischen Vorbild orientierten und ihre Herrschaft unter anderem auf den Bund mit der katholischen Kirchenobrigkeit gründen wollten. Seine Beziehungen zum Katholizismus hat Seyß erst erneuert, als er ein Gefangener war.

Im Ziel, anders als in der Taktik, lagen Seyß und Bürckel indessen nicht auseinander. Beide wetteiferten nach ihrem jeweiligen Verständnis darum, den „Führerwillen“ zu verwirklichen. Hitler konnte daher bei seiner Entscheidung für die zeitweilige Doppexistenz von Reichskommissar und Reichstatthalter mit ihren Apparaten bleiben. Denn die Landesregierung von vornherein als Kulisse gedacht, deren Existenz die Respektierung der Interessen der „Ostmärker“ vortäuschen sollte – erwies sich als nützlich. Diese „Regierung“ in Wien, die nichts zu regieren hatte, war geradezu unentbehrlich,

²⁷ Brief an Göring vom 14. Juli 1939. BAK, N 1180, Bd. 3.

²⁸ Brief vom 14. Juli 1939. BAK N 1180, Bd. 3.

²⁹ IMT, Bd. XV, S. 670.

³⁰ IMT, Bd. XXII, S 460.

³¹ Brief Seyß' an Bürckel vom 28. Juni 1939 und dessen Antwort vom 8. August 1939. BAK, N 1180, Nr. 3. Abschließend stellte Bürckel fest, beider Wege hätten sich getrennt.

damit sich „Anschlußfreudigkeit“ nicht in „Reichsmüdigkeit“ verwandelte.³² Zudem trug Seyß auch die terroristischen Maßnahmen mit, die allen Widerstand gegen den „Anschluß“ bestrafen und niederhalten sollte.

Seyß legte im Verlauf der Streitigkeiten mit Bürckel offenherzig dar, daß auch er die Österreicher nach rassistischem Prinzip umzukrempeln gedachte. Er schrieb: „Wir müssen Maßnahmen treffen auf lange Sicht, die die furchtbare Vermischung hier zurückdrängen und neues gutes Blut zuführen“. Dies müsse betrieben werden auch auf die Gefahr hin, daß [382:] unter den Eigenschaften seiner Landsleute das Liebenswürdige und 'Musische' etwas verblaßt.

Die der Öffentlichkeit verborgenen Auseinandersetzungen zwischen dem Reichskommissar und dem Reichsstatthalter hatten weder für den einen noch für den anderen irgendeine nachteilige Wirkung. Seyß, der in ihnen unterlag, überholte später Bürckel an Einfluß und Stellung deutlich. Davon zeugt auch, daß er auf die Anklagebank des wichtigsten der Nürnberger Prozesse gelangte.

Nach seinen Erfahrungen im ersten Jahr nach dem „Anschluß“ hätte Seyß persönlichen Grund gehabt, seinen weiteren Weg nicht mit der Führungsgruppe der Nazimachthaber zu verbinden. Später erinnerte er daran, daß er Hitler sofort nach dem 12. März 1938 seinen Wunsch vorgetragen habe, in seinen Beruf als Rechtsanwalt zurückzukehren. Sehr nachdrücklich kann er dieses Ansinnen allerdings nicht geäußert haben. Es steht auch in deutlichem Kontrast zu seinen Versicherungen, wie sehr er das „Glückgefühl“ empfinde, „ein Werkzeug des Führers sein zu dürfen und in dessen „Lichtbereich“ zu stehen.“³³ Zudem hatte er an seiner Anwaltskanzlei schon über Jahre nicht Genüge gehabt. Offenbar gefielen ihm nun der mit seiner Stellung verbundene Glanz, der Kontakt mit den Größen des Reiches, die Auftritte in erlauchten Kreisen der faschistischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Lästig und mitunter beleidigend waren die Auseinandersetzungen mit Bürckel ihm doch gewesen. Goebbels notierte nach einem Wienbesuch im Juni 1938, Seyß beklage sich über die Methoden Bürckels und fügte hinzu: „Wohl auch mit Recht“.³⁴ Dabei empfand der Propagandaminister keine besonderen Sympathien für seinen künftigen Ministerkollegen und notierte, als sich zwischen den Reichsstellen Auseinandersetzungen über die Finanzierung der Wiener Theater ergaben, rundweg: „Seyß ist ein Hampelmann“. Er beschuldigte ihn auch, Geldmittel, über die er aus der geraubten österreichischen Staatskasse verfügte, für Nichtigkeiten ausgegeben zu haben.³⁵ Doch waren es nicht so sehr Einzelheiten im Verhalten des neuen Mitglieds der Führungsschicht, die Goebbels' Urteil hervorriefen. Er meinte, wie er später seinem Tagebuch anvertraute: „Er ist kein echter Nazi.“³⁶ Und das besagte aus der Feder des Altnazis: Er greife nicht hart genug ein und durch, weil ihm die adelnden Erfahrungen der glorifizierten „Kampfzeit“ fehlten. Hitler dachte über dieses Defizit anders. Und dies wurde für Seyß' weitere Verwendung ausschlaggebend.

Bis zum Ende seiner Reichsstatthalterschaft befaßte sich Seyß mit den unterschiedlichsten Angelegenheiten und machte sich im Altreich be-[383:]kannt. Er bekam und nutzte die Gelegenheit, sich in den vorderen Reihen der Staatsprominenz zu zeigen. So durfte er in Hitlers Anwesenheit am 22. August 1938 die Rede beim Stapellauf des Kriegsschiffes „Prinz Eugen“ halten, an dem auch Ungarns Staatsoberhaupt Horthy teilnahm. Seyß sprach vor „Reichstagswahlen“ in Troppau im eben besetzten Sudetengebiet. Er ließ sich auf der Schlußkundgebung der „Ersten großdeutschen Rechtswahrertagung“ in Leipzig über „Preußentum“ und „Ostmärkertum“ aus.³⁷ In Stuttgart, das als „Stadt der Auslandsdeutschen“ firmierte, schönte er Motive und Taten vergangener Expansionen: „Wir sind immer nur als Kulturträger

³² So erinnerte sich Seyß an die Weisungen Hitlers, die er im April 1938 gegeben hatte. Brief an Bürckel vom 28. Juni 1939. BAK, N 1180, Nr. 3.

³³ So in dem Begleitbrief an Himmler, in dem er dem Reichsführer SS am 19. August 1939 auch die Dokumente seiner Auseinandersetzungen mit Bürckel übersandte. Dazu war er im übrigen in seiner Eigenschaft als SS-Gruppenführer und durch die so bewirkte Unterstellung verpflichtet. BAK, N 1180, Nr. 3.

³⁴ Goebbels-Tgb., Eintragung im Tagebuch vom 12. Juni 1938.

³⁵ Ebenda, Eintragung vom 26. Juli 1938.

³⁶ Ebenda, Eintragung vom 26. Februar 1941.

³⁷ BAK, N 1180, Nr. 62.

und -bringer hinausgezogen. Kein Volk der Welt hat solchen Einsatz geleistet wie wir.“³⁸ Mehrfach trat er vor Angehörigen der österreichischen Intelligenz auf, deren Mehrheit sich dem Reich rasch dienstbar machte. So führte er den Historiker Heinrich Ritter von Srbik als Präsidenten der Wiener Akademie der Wissenschaften in sein Amt ein.³⁹ Seyß, der bis zum Februar 1938 im Hintergrund gewirkt hatte und nicht als Agitator hervorgetreten war, bewies in seinen Reden, daß er das Vokabular des Faschismus vollständig beherrschte.

Außerdem fand er hinlänglich Zeit, sich bei den Oberen und Einflußreichen in „Großdeutschland“ eindrucksvoll bemerkbar und Liebling zu machen. Seinem Freund, dem Gauleiter Rainer, schlug er vor, die Verdienste Kepplers um den „Anschluß“ auf Staatskosten dadurch zu würdigen, daß ihm im Salzburger Land die Nutzung eines Fischwassers überlassen und ein Jagdhaus geschenkt würde.⁴⁰ Besonders aber war Seyß besorgt, dem „Führer“ gefällig zu sein. Am 30. September 1938 schickte er an den im Stabe Hitlers tätigen Albert Barmann, den Bruder des Reichsleiters, einen Brief mit der Versicherung, „zu jedem Einsatz restlos entschlossen“ zu sein, und bat, Hitler die Offerte zu unterbreiten, sich für die Ausgestaltung des Münchener „Führerbaus“ doch aus der berühmten in Wien befindlichen Wandteppich-Sammlung zu bedienen, die aus 700 bis 900 erstklassigen Stücken bestehe. Einzelne Exemplare, die er dafür als besonders geeignet ansah, beschrieb Seyß. Er habe sie inzwischen so anordnen lassen, daß eine Besichtigung durch den „Führer“ jederzeit erfolgen könne.⁴¹ Der eben zur faschistischen Führungsschicht gestoßene Jurist trug keine Bedenken, mit dem Staatseigentum nach eigenem Gutdünken und wie mit einem Privatbesitzum zu verfahren. Seine Anpassung erfolgte in jeder Richtung rasch.

Seyß hatte seine amtliche Tätigkeit als Reichsstatthalter gerade beendet, da schrieb er an Hitler, er wünsche sich dessen „öftere Anwesenheit“ in Wien. Er schlug ihm vor, einen schon geplanten, aber wegen des Schlages zur [384:] Vernichtung der „Resttschechei“ verschobenen Besuch bald nachzuholen und bei dieser Gelegenheit über die „Verwendung der aus jüdischem Besitz eingezogenen Kunstwerke“ zu entscheiden.⁴² Kurz darauf sandte er Hitler „Unterlagen über die beschlagnahmten Judensammlungen“.⁴³ Es handelte sich um die außerordentlichen Sammlungen von Rothschild, Guttmann und anderen. In ähnlicher Weise wurde Seyß wenige Jahre später im Haag tätig. Er wies Hitler erneut, gemeinsam mit dem von ihm herbeigerufenen und auf Kunstraub spezialisierten Kajetan Mühlmann – beide kannten sich aus der „illegalen Zeit“ in Österreich – auf Kunstwerke hin, die entweder ins Ausland geflohenen Niederländern oder „feindlichen Ausländern“ gehörten.⁴⁴

Eine wesentliche Rolle hatten Seyß und die Reichsstatthalterei in Wien 1938 und 1939 als Agentenzentrale bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei gespielt. Die Mitglieder der Landesregierung und deren Apparat waren mit vielen Zuständen und Personen im Nachbarstaat und insbesondere in dessen slowakischem Landesteil besser vertraut als die Herren in Berlin. Diese Tatsache wurzelte zu einem guten Teil in der Zeit der Habsburger Monarchie und entsprang Verbindungen, die sich zwischen deren Nachfolgestaaten seit 1918 ausgebildet hatten. Von Interesse waren nun vor allem die Kontakte zu den separatistischen Kreisen in Bratislava und in der Karpatho-Ukraine (später auch zu jenen im jugoslawischen Kroatien).

Kaum waren die Grenzgebiete der Tschechoslowakei besetzt, da erhielt Seyß von Außenminister Ribbentrop den Auftrag, besonders nach der Slowakei und nach „Karpatorußland“ zu wirken.⁴⁵ Im Nürnberger Gerichtssaal gab Seyß an, er habe nach dem September 1938 slowakische Politiker kennengelernt und Hitler mit Informationen über die dortige Situation versorgt, die dieser verlangt hätte. Zwei

³⁸ BAK, N 1180, Nr. 21.

³⁹ BAK, N 1180, Nr. 62.

⁴⁰ Brief vom 14. Juli 1938. BAK, N 1180, Nr. 28.

⁴¹ Brief vom 30. September. BAK, N 1180, Nr. 3.

⁴² Brief vom 4. Mai 1939 an den in Berchtesgaden weilenden Hitler. BAK, N 1180, Nr. 61.

⁴³ Brief vom 15. Juni 1939. BAK, 1180, Nr. 61.

⁴⁴ Schreiben Seyß an Lammers vom 15. September 1942. Zit. In: Europa unterm Hakenkreuz. Niederlande, S. 186.

⁴⁵ Brief von Seyß an den Staatssekretär im Reichsministerium der Finanzen, Fritz Reinhard, vom 5. November 1938. BAK, N 1180, Nr. 23.

seiner Untergebenen seien damit betraut worden, solche „Informationserhebungen“ zu betreiben.⁴⁶ Besonders engagierte sich dabei nachrichtendienstlich Seyß' engster persönlicher Mitarbeiter Dr. Franz Hammerschmidt, über den Fäden von den slowakischen Klerikalfaschisten und den Führern der deutschen Volksgruppe nach Berlin führten. Als dem tschechoslowakischen Staat im März 1939 der Todesstoß versetzt wurde und zu diesem Zweck die Politiker in Bratislava zu herausfordernden Schritten gegen die Regierung in Prag vorangestoßen wurden, war Seyß auch direkt beteiligt. Gemeinsam mit Bürckel und dem wieder mit Sonderauftrag tätigen Keppler reiste er in die Slowakei zu Besprechungen mit den Separatistenführern.⁴⁷ Schließlich wirkte er an deren „Transport“ via Wien zu Hitler mit, wo ihnen – nach ähnlicher [385:] Methode wie im Falle Schuschnigg im Februar 1938 – ultimative Forderungen gestellt wurden. Während der Österreicheische Bundeskanzler aber einen Staat preisgeben sollte, wurde von den Slowaken verlangt, einen eigenen zu gründen.

Die Frage, welche Rolle der Reichsminister ohne Geschäftsbereich nach dem Mai 1939 gespielt haben würde, wenn die Phase zwischen der Liquidierung der „ostmärkischen“ Landesregierung auf Zeit und dem Kriegsbeginn länger gedauert hätte als ganze vier Monate, ist schwer zu entscheiden. Wäre er in der Bedeutungslosigkeit verschwunden, weil dann im Regime kein Bedarf an einem Politiker seines Typs, keine Nachfrage nach exponierten Führern existierte?

Zunächst blieb Seyß, wo er war. Er behielt seine Diensträume am Ballhausplatz, seinen persönlichen Referenten, den Adjutanten und ein Begleitkommando sowie einiges weitere Dienstpersonal.⁴⁸ Als bald wurde dem Minister auch eine Dependance im Zentrum Berlins eingerichtet. Doch angesichts der Bedeutungslosigkeit der Reichsregierung als Gruppe, die Hitler zu keinerlei Sitzungen mehr zusammenrief, war eine häufigere oder gar ständige Anwesenheit des jüngsten Ministers ohne Ministerium in der Reichshauptstadt nicht erforderlich. Er fand Zeit, sich allerlei Beschäftigung zu verschaffen, z. B. auch als „Führer“ des Deutschen Alpenvereins. Das befriedigte seine vieljährige Leidenschaft für das Bergsteigen, wobei er im Jahre 1928 übrigens einen folgenschweren Unfall erlitten hatte. Nun reiste er nach Innsbruck, um das Projekt des „Hauses der Bergsteiger“ zu begutachten. In den Berliner Messehallen eröffnete er am 26. Mai 1939 die Ausstellung „Berge, Menschen, Wirtschaft der Ostmark“, deren Titel die Interessen der Liquidatoren Österreichs gleichsam auf den Kopf stellte. Dann wieder folgte er einer Einladung des Gauleiters Alfred Meyer nach Bad Oeyenhausen und sprach vor NSDAP- und Wirtschaftsführern Westfalens.

In die Entscheidungen, die an der Regimespitze im Sommer 1939 mit dem Blick auf den Krieg getroffen wurden, war der Reichsminister Seyß nicht einbezogen worden. Das führte dazu, daß er – obwohl in mehreren Rollen an der Herbeiführung der Kriegsausgangslage beteiligt – im Urteil von Nürnberg nicht der Teilnahme an der „Verschwörung“ gegen den Frieden beschuldigt wurde. Während der Verhandlungen hatte er sich gar als ein Gegner des Krieges dargestellt. Er gab an, Hitler nach dem Überfall auf Polen einen Brief geschrieben zu haben, in dem er nach dem leicht errungenen Sieg im Osten den Abbruch des Kampfes an der kurzen Frontlinie im Westen vorgeschlagen habe. Der Text wurde nicht gefunden. Seyß hatte [386:] wohl nur die Befürchtungen geteilt, die auch viele führende Militärs beherrschten, es würde der Feldzug im Westen, auf den Hitler und seine bedenkenlosesten Berater drängten, nicht anders verlaufen als im Jahre 1914. Wie andere Ansichten innerhalb der Führungsgruppe auch, die von jenen Hitlers und seiner Gefolgsleute abwichen, blieb Seyß' Äußerung folgenlos. Er war schon wenige Tage nach Kriegsbeginn mit einer neuen Aufgabe betraut und der im Süden Polens vorstoßenden Heeresgruppe der Wehrmacht als Chef der Zivilverwaltung in den von ihr eroberten Gebieten zugeteilt worden. Indessen blieb dieser Auftrag infolge des raschen Vormarsches und der Zerschlagung des polnischen Staates binnen weniger Wochen ohne praktische Bedeutung. Als aus jenen Teilen Polens, die nicht direkt zum Reichsgebiet erklärt wurden, das Generalgouvernement mit einer deutschen Okkupationsverwaltung gebildet wurde, übernahm Seyß aufgrund eines Erlasses von Hitler den neugeschaffenen Posten des Stellvertretenden Generalgouverneurs. Vordem war offenbar

⁴⁶ IMT, Bd. XV, S. 692 f.

⁴⁷ IMT, Bd. XV, S. 693.

⁴⁸ Davon machte er Hitler in dem erwähnten Brief vom 4. Mai 1939 Mitteilung.

die Absicht erörtert worden, Seyß die Führung des „fremdsprachigen Gaus“, so bezeichnete Heydrich die nicht direkt zum Reichsgebiet geschlagenen polnischen Territorien, zu übertragen.⁴⁹

Seyß' Dienstsitz wurde – nachdem die Besatzungsbehörde kurze Zeit in Poznań und dann in Łódź sich zu formieren begann – die alte polnische Stadt Krakau. Sie war in der Absicht gewählt worden, Warschau zu einer Provinzstadt herabzustufen und dessen Rolle als Hauptstadt vergessen zu machen. Sein Vorgesetzter war Hans Frank, der dem „Führer“ direkt unterstellte Generalgouverneur. Hitler hatte diesen alten Gefolgsmann wegen seiner Verdienste, ohne ihm einen eigenen Geschäftsbereich zu übertragen, schon 1934 zum Reichsminister berufen. So wurden im ersten während des Krieges eroberten Gebiet sogleich zwei Minister führend tätig. Hitlers Instruktionen für deren Politik lauteten in Stichworten: „keine Musterprovinz“, „geringe Lebensmöglichkeiten“, „niederer Lebensstandard“, „harter Volkstumskampf“, Ausnutzung des Gebiets zur „Reinigung“ des Reiches von „Juden und Polacken“, Möglichkeit schaffen für einen militärischen „Aufmarsch“.⁵⁰ Seyß war etwa acht Monate an der Durchsetzung dieser Politik beteiligt. Dann führte ihn Hitlers nächster Auftrag nach Westeuropa.

In Nürnberg wollte Seyß seine kurzzeitige Tätigkeit im Generalgouvernement als eine für dessen polnische Bewohner folgenlose Episode erscheinen lassen. Er verwies darauf, daß er Frank – während dessen Abwesenheit – nur zehn Tage vertreten habe. In Wirklichkeit war er ein Mitglied der „Regierung“ des Generalgouvernements, wie Frank die nach dem Vorbild [387:] des Reiches strukturierte Okkupationsverwaltung später nennen ließ. Während der regelmäßigen und sorgfältig protokollierten Sitzungen dieses „Kabinetts“ thronte er an der Seite des Mannes, der später der „Henker Polens“ genannt werden sollte. Seyß trug die Mitverantwortung für alle Maßnahmen, die schon während seiner Amtszeit zur Niederhaltung der Bevölkerung und Ausplünderung des Landes ergriffen worden waren. Und das hieß: Unter seiner Teilnahme fand die Aussiedlung von Polen und Juden aus den neuen Reichsgauen in das Generalgouvernement statt, wo die Vertriebenen in die elendesten Zustände gestürzt wurden. Und das sollten sie auch. Seyß ließ nach einem Besuch, den er dem Distrikt Lublin bis an dessen Ostgrenze am 17. November 1939 gemacht hatte, aufzeichnen: „Dieses Gebiet mit seinem stark sumpfigen Charakter könnte nach den Erwägungen des Distriktgouverneurs Schmidt als Judenreservat dienen, welche Maßnahme womöglich eine starke Dezimierung der Juden herbeiführen könnte.“⁵¹ Frank erinnerte sich der Situation des Winters 1939/1940 mit seinen Abteilungsleitern später so: „Sie entsinnen sich dieser Schreckensmonate, in denen Tag um Tag Güterzüge ins Generalgouvernement hineinrollten, vollbeladen mit Menschen, manche Waggons waren bis obenhin mit Leichen gefüllt.“⁵² Seyß wollte sich in Nürnberg offenbar an Tatsachen nicht erinnern, die doch nicht nur seinen Untergebenen bekannt gewesen waren.

Zunächst wurde das besetzte Gebiet als „Beuteland“⁵³ behandelt und dessen Rohstoffe rücksichtslos in das Reich abtransportiert. Danach begann die Ausbeutung der verbliebenen Ressourcen für die Aufrüstung und die Einführung der Zwangsarbeit für die polnische Bevölkerung. Und es war Seyß, der verlangte, daß den durch Krieg und Raub arbeitslos gewordenen Polen jedwede Fürsorgeunterstützung entzogen wurde, um sie den „Anwerbern“ zur Arbeit im Reich gefügig zu machen. Dennoch konnten die „Sollzahlen“ bei weitem nicht erreicht werden. Daher wurde unter Teilnahme des Stellvertreters von Frank am 21. April der drakonische Einsatz der Polizeikräfte zum Menschenfang auf Straßen und Plätzen festgelegt, um vor allem die im Reichsgebiet fehlenden deutschen Bauern und Landarbeiter zu ersetzen.⁵⁴ Nach dem Urteil Franks war die Ernährungslage der polnischen und

⁴⁹ Europa unterm Hakenkreuz – Polen, S. 119.

⁵⁰ Die Stichworte finden sich in einer Niederschrift, die für den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Wilhelm Keitel, wahrscheinlich von Oberst Walter Warlimont, Chef der Abteilung Landesverteidigung im Wehrmachtführungsstab des OKW, angefertigt wurde. Europa unterm Hakenkreuz: Polen, S. 133 f.

⁵¹ Bericht über die Dienstreise vom 22. November 1939. MT, Bd. XXX, S. 95.

⁵² Piotrowski, S. 97.

⁵³ Europa unterm Hakenkreuz – Polen, S. 152.

⁵⁴ Piotrowski, S. 279 u. 323.

namentlich der jüdischen Einwohner des Generalgouvernements wenige Monate nach dem Beginn der deutschen Besatzungsherrschaft in weiten Gebieten katastrophal.⁵⁵

Eine der letzten Sitzungen, an denen Seyß auf der Krakauer Burg teilnahm, fand am 16. Mai 1940 statt und bildete den Auftakt für die „außerordentliche Befriedungsaktion (AB)“. In kleinstem Kreis besprach der General-[388:]gouverneur mit seinem Stellvertreter, dem Staatssekretär, dem Vertreter der Wehrmacht und den SS-Führern die Ingangsetzung jener Massaker, die gleichsam im Schatten des Westfeldzugs den polnischen Widerstand ein für allemal dadurch brechen sollten, daß dessen wirkliche oder potentielle Köpfe ermordet wurden. Die Versammelten erörterten das Generalziel und „die wesentlichen Einzelheiten der Aktionen“.⁵⁶ Wäre Seyß nicht im Hauptkriegsverbrecherprozeß angeklagt worden, so hätte entsprechend den internationalen Vereinbarungen der polnische Staat seine Auslieferung zur Aburteilung verlangen können. So geschah es im Falle des Staatssekretär Josef Bühler, des Mannes, der auf den Krakauer Rangstufen hinter Seyß auf dem dritten Platz stand. Er wurde nach dem Urteil des obersten Gerichtshofes in Polen 1948 hingerichtet.

Der Feldzug im Westen war noch im Gange, Sondermeldungen über die Siege der Wehrmacht in Frankreich jagten sich, da wurde Seyß von Krakau ins Führerhauptquartier bestellt. Hitler ernannte ihn zum „Reichskommissar“ der eben überrannten und besetzten Niederlande. In dieser Funktion sei er ihm, dem Führer, wie Frank in Krakau direkt unterstellt. Das war gegenüber dem Platz im Generalgouvernement fraglos eine Rangerhöhung. Warum war die Wahl des „Führers“ gerade auf Seyß gefallen, und dies zu einem Zeitpunkt, da als Gouverneure und Kommissare ältere Gefolgsleute, insbesondere aus der Gruppe der NSDAP-Gauleiter noch reichlich zur Auswahl standen? Dafür waren nicht die kurzzeitigen Erfahrungen ausschlaggebend, die Seyß in Polen an Franks Seite gemacht hatte.

Hitler sprach sich über die Motive, die ihn zur Wahl eines „Wieners“ – denen rechnete er Seyß zu – geführt hatten, wiederholt aus. Diese nämlich „könnten in ihrer konzilianter Art gewisse Dinge besser machen als jeder sonst. Als Diplomaten beispielsweise seien sie besonders wertvoll.“⁵⁷ Im Osten würden derartige Eigenschaften nicht benötigt, denn „da ist ein Bulle mehr angebracht“.⁵⁸ Bei anderer Gelegenheit äußerte sich Hitler über seinen Reichskommissar so: „In Seyß habe ich jemanden gefunden, der ebenso gefällig und freundlich wie im Prinzipiellen unbarmherzig ist.“ Für Belgien suche er einen Mann gleichen Typs. Das werde nur ein Österreicher mit eben jenen Eigenschaften sein, die sein Regent im Haag besitze.⁵⁹ Der „Führer“ schätzte insbesondere auch die Art seines Ministers, „geschichtlich zu denken“. Bei einem Treffen hatte er mit ihm nach der Eroberung Belgiens über dessen Zukunft gesprochen, wobei ihm Seyß ohne langes Nachdenken, die Geschichte der K. u. K.-Monarchie heranziehend, gesagt habe: „Aber es war doch vor 150 Jahren noch unsere Provinz“.⁶⁰

[389:] Uneingeschränkt willkommen war dem – nach Josef Terboven in Norwegen – zweiten Reichskommissar der Wechsel aus dem Osten in den Westen Europas nicht. In einem Glückwunschbrief, den Seyß zu Neujahr 1940 an Himmler gerichtet hatte, war Zufriedenheit mit seiner Verwendung im Osten ausgedrückt. Er wäre, einem – nicht näher beschriebenen – Jugenderlebnis gemäß, am besten dort verwendet, „wo es sich um den unmittelbaren Volkstumskampf und die Durchsetzung von Rasse und Blut handelt“.⁶¹ Bei seiner Verabschiedung auf der Burg in Krakau erklärte er dann ganz ähnlich, seinem ganzen Wesen und seiner Herkunft nach sei er ein Mensch der „Mission“, was im Klartext der „Germanisierung“ und „Kolonisierung“ bedeutete. Nun habe er an seinem neuen Platz in den Niederlanden eine „Funktion“ auszuüben.⁶²

⁵⁵ Europa unterm Hakenkreuz – Polen, S. 166.

⁵⁶ Piotrowski, S. 326 ff.

⁵⁷ So gesprächsweise am 20. Mai 1942. Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, S. 319, (Eintragung vom 20. Mai 1942).

⁵⁸ Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims. Hg. v. Werner Jochmann, München 1982, S. 304 (Eintragung vom 27. Januar 1942).

⁵⁹ Ebenda S. 303 f.

⁶⁰ Hitler, Tischgespräche, S. 319.

⁶¹ Brief vom 30. Dezember 1939. BAK 1180, Nr. 3.

⁶² Joe J. Heydecker/Johannes Leeb: Der Nürnberger Prozeß, Köln 1995, S. 389.

Diese Gegenüberstellung traf seinen Auftrag nicht. In Wirklichkeit übernahm er keineswegs nur die Funktion, ein eben noch neutrales Land und ein friedfertiges Volk für die Kriegsdauer zum „Funktionieren“ für die deutschen Eroberer zu bringen. Er sollte die Niederländer zu einer germanischen Haltung „missionieren“, und das hieß: zur dauernden Anerkennung und Annahme der deutschen Vormachtrolle. Hitler hatte nicht die Absicht, die Niederlande als selbständigen Staat wiederherzustellen. Er gedachte deren Bewohnern in Abhängigkeit von ihrem Verhalten im „Großgermanischen Reich“ einen noch näher zu bestimmenden Platz zuzuweisen. Das konnte aus taktischen Gründen offen nicht einbekannt werden. Göring, der in seiner Eigenschaft als Chef der Behörde für den Vierjahresplan seinen Beauftragten zu Seyß entsandte, drückte das Vorgehen so aus: „Bezüglich Holland soll eine vorsichtige Politik betrieben werden. Es ist beabsichtigt, Holland selbständig zu lassen, es jedoch eng an das Reich anzuschließen.“ Dazu müsse der „deutsche Einfluß auf wirtschaftlichem Gebiet mit allen Mitteln verstärkt werden“.⁶³ Von Göring erhielt Seyß am 2. August 1940 auch detaillierte Weisungen, wie den deutschen Kapitalisten der Weg in die eroberten Gebiete geebnet werden solle, damit ihnen „noch während des Krieges Eingang in die interessanten Objekte der Wirtschaft“ ermöglicht werde.⁶⁴ Es müsse eine Verflechtung des niederländischen Kapitals mit dem deutschen und eine Bindung der Elite des besetzten Landes an Deutschland erreicht werden. Bei allen die Niederlande betreffenden Konzepten und Entschlüssen spielte anfänglich der Gedanke eine Rolle, daß das Kriegsziel der Eroberer nicht nur das kleine Land selbst war, sondern die Öffnung eines Weges zur Aneignung von dessen Kolonien. Reichswirtschaftsminister Walther Funk sprach das auf einer Zusammenkunft über die Behandlung des Gebiets unumwunden aus: „Was nützt [390:] uns die Einverleibung von den paar Gemüsegärten und Käseläden, wenn uns darüber der Einfluß auf das holländische Weltreich entgeht?“⁶⁵

Seyß begriff rasch, worin seine Aufgabe auf lange Sicht bestand. Hitler setzte ihm bei ihren Zusammentreffen auseinander, daß die Niederlande nur formal unabhängig bleiben sollten. Der „Führer“ vermied jede Zusicherung, daß die Selbständigkeit der besetzten Länder nach dem Kriege wieder hergestellt werden würde. Diese Haltung nahm er übrigens auch gegenüber Belgien ein, während Luxemburg hingegen kurzer Hand dem Reich einverleibt wurde.⁶⁶ Am Ende, so hatte der Reichskommissar erkannt, müsse die „große endgültige Vereinigung“ stehen, die -anders als 1938 im Falle der „Ostmark“ – in einem Schritt freilich nicht zu haben sein würde.⁶⁷ Und nach einer Unterredung, die er mit Hitler am 26. September 1941 hatte, als der Krieg gegen die UdSSR noch nach dem deutschen Plan zu verlaufen schien, sprach Seyß vor seinen Mitarbeitern von der Aufgabe, „ein nationalsozialistisches Niederland zu schaffen“.⁶⁸

Indessen unterschied sich die Situation in dem westeuropäischen Land gänzlich von jener im einstigen Österreich. Dort hatte Seyß die Rolle des „trojanischen Pferdes“, eine ähnliche sollte er nun wieder spielen, angesichts und schließlich in einer schwachen Regierung und in einem Lande übernehmen können, dessen Bevölkerung tief gespalten war und der es weithin an Nationalbewußtsein fehlte. In den Niederlanden traf er zwar auf einen im ganzen intakten Regierungs- und Verwaltungsapparat, aber die Bewohner wünschten die deutschen Eindringlinge außer Landes und waren stolz genug, sich ihnen nicht zu unterwerfen. Das Staatsoberhaupt, Königin Wilhelmina, und weitere führende Persönlichkeiten der Politik hatten nach Großbritannien fliehen können. Dort bildete sie eine Exilregierung, die ihre Landsleute im Widerstand gegen die Okkupanten bestärkte. Die Orientierung der Niederländer

⁶³ Die Besprechung über das Vorgehen in den eben eroberten Territorien fand am 19. Juni 1940 statt. Europa unterm Hakenkreuz – Niederlande, S. 101 f.

⁶⁴ Schreiben Görings an Seyß, Alexander von Falkenhausen und Josef Terboven vom 2. August 1940. Europa unterm Hakenkreuz – Niederlande, S. 104.

⁶⁵ Niederschrift über eine Beratung Walther Funks am 23. Oktober 1940, an der auch Seyß teilnahm. Europa unterm Hakenkreuz – Niederlande, S. 122.

⁶⁶ Hitler wich einer entsprechenden Erklärung aus, um die ihn der König der Belgier, Leopold III., unter Berufung auf eine angeblich den Niederlanden gegebene Zusicherung ersucht hatte. Es müsse sich „dabei wohl um ein Mißverständnis handeln, denn soviel er wisse, sei den Holländern keine derartige Erklärung gegeben worden“. Aufzeichnung des Gesprächs, das am 21. November 1940 stattfand. Europa unterm Hakenkreuz – Niederlande, S. 127.

⁶⁷ Ebenda.

⁶⁸ Aufzeichnung des Vertreters des Auswärtigen Amtes beim Reichskommissar der Niederlande, Otto Bene, über einen von Seyß am 1. Oktober 1941 gegebenen Bericht über die Beratung mit Hitler. Ebenda, S. 163.

auf die durch den Äther zu ihnen gelangenden Nachrichten aus London war so stark, daß Seyß mit Hitler schon 1941 die Einziehung aller Rundfunkgeräte erörtern wollte. Hitler wollte die Frage zunächst nicht entscheiden und überließ es Seyß, dafür den ihm geeigneten Zeitpunkt zu bestimmen.

In den Niederlanden existierten zudem intakte Organisationen der Arbeiterklasse, Parteien und Gewerkschaften, die bei weitem einen größeren Einfluß besaßen als die wenigen Faschisten um den „Führer“ Anton Adriaan Mussert. Letztere hatten unter der Bezeichnung „Nationale Sammlungsbeziehung“ zeitweilig bei Wahlen knapp neun Prozent der Wählerstimmen erreicht. Ihr Anteil war aber sogar in den Jahren der „Friedenserfolge“ der deutschen Faschisten rasch wieder zurückgegangen. [391:] Hitler schätzte diesen Typ von Verbündeten durchaus nüchtern ein und sprach von „Leuten, die lieber Ministerpräsidenten sind von unseren Gnaden als pensionierte Majore und dergleichen“.⁶⁹ Zugleich war er sich darüber klar, daß er Mussert nicht auf den Platz eines Regierungschefs der Niederlande setzen konnte. Nichtsdestoweniger wurde Hitler auch in diesem Punkte von Wunschdenken beherrscht. Während unter dem Eindruck [392:] der deutschen Niederlage vor Moskau die Widerstandsaktionen im Reichskommissariat zunahmen, vermeinte er Seyß das Verdienst zuschreiben zu können, daß die Bewegung Musserts „jetzt immer mehr Zulauf“ bekommt und „einen Krieg gegen die Wilhelmina von selber führt, so daß wir gar nicht einzugreifen brauchen“.⁷⁰

Es ist nicht auszumachen, ob Seyß im Moment der Übernahme des neuen Amtes dessen Schwierigkeitsgrad unterschätzte oder ob er sich in seinem ersten Aufruf an die Bevölkerung des eroberten Landes nur aus taktischen Gründen optimistisch gab. Sein Text datierte vom 25. Mai 1940 und war noch im Führerhauptquartier formuliert worden. Darin wurde an die Lüge angeknüpft, die Niederlande seien zum Schutz des Deutschen Reiches vor einem über deren Territorium geführten Angriff Großbritanniens und Frankreichs besetzt worden, und durch die Behauptung erweitert, sie stünden nun unter Reichsschutz. Ohne jede Begründung wurde eine „Großmut des Führers“ gegenüber den Niederländern behauptet. In deren Lebensverhältnisse würde nicht mehr eingegriffen werden als unter den „obwaltenden Verhältnissen“ des Krieges nötig sei. Das niederländische Recht und die Rechtsprechung sollten nicht eingeschränkt werden. Als Voraussetzung dafür galt, daß die Menschen im besetzten Land das „gemeinsame Schicksal“ annahmen und gegenüber der Besatzungsmacht stillhielten.

Ganz im Sinne der abstrus-grotesken Rassenideologie wandte sich der deutsche Machthaber an das „blutsnahe niederländische Volk“. Derlei verlockende Anreden variierten in den kommenden Jahren unausgesetzt. Es wurde von „Schicksalsgemeinschaft“, dann wieder von „germanischer Partnerschaft“, seit 1941 und immer stärker von dem einträchtigen Abwehrkampf gegen den Bolschewismus gesprochen und geschrieben, der angeblich den Niederländern drohe.⁷¹ Den Weisungen Hitlers entsprechend, wurde ihnen ein Platz im „Großgermanischen Reich“ in Aussicht gestellt und mit dieser Umschreibung versucht, die tatsächlich beabsichtigte Eingliederung und Unterordnung zu tarnen.

Seyß' Einzug im Haag war von einigen Tatsachen begünstigt, zuvorderst durch die militärischen Erfolge der Wehrmacht, die Frankreichs Kapitulation und die Flucht der britischen Truppen über den Kanal erzwang. Da sich die Kriegslage für Deutschland nicht komplizierte und weite Gebiete Europas ausgeplündert werden konnten, ließ sich den Niederländern – verglichen mit den Polen – eine gewisse Schonung auferlegen. Zudem schien das Ende des Krieges als Folge der Kapitulation Großbritanniens während einiger Wochen des Spätsommers 1940 denkbar. Die deutsche politische [393:] und militärische Führung ging kein Risiko ein, als sie die Masse der in Kriegsgefangenschaft geratenen Niederländer schon im Juni 1940 nach Hause schickte.

Der Reichskommissar zog mit einem Stab von in Österreich erprobten Faschisten in das kleine Land ein. Auch dessen Zusammensetzung bezeugte, daß Hitler und seine Berater einen langfristigen Anschluß vorbereiteten. Mit Seyß kamen als seine unmittelbaren Untergebenen vier „Generalkommissare“ nach dem Haag. Den kriegswirtschaftlich wichtigen Bereich Finanzen und Wirtschaft erhielt Hans Fischböck, der 1938 in der letzten Phase der Existenz Österreichs Bundesminister für Handel

⁶⁹ Hitler, Monologe, S. 303.

⁷⁰ Ebenda, S. 304.

⁷¹ Ursachen und Folgen (künftig UuF), Bd. XV, S. 417 f.

und Verkehr gewesen war.⁷² Friedrich Wimmer, der ebenso kurzzeitig in Wien als Staatssekretär im Bundeskanzleramt wirkte, bekam den Bereich Verwaltung und Justiz. An die Spitze des Repressivapparats trat Hanns Albin Rauter, ein langjähriger aktiver SS-Führer, der ebenfalls aus Österreich stammte.⁷³ Auch die anderen beiden Generalkommissare und Seyß selbst besaßen hohe Ehrenränge der SS. Mit der Aufgabe „zur besonderen Verwendung“ wurde Fritz Schmidt nach Den Haag gerufen, dessen letzte Wirkungsstätte sich im Distrikt Lublin an der Seite des einstigen Wiener Gauleiters Odilo Globocnik, also innerhalb des alten Tätigkeitsbereichs von Seyß, befunden hatte.⁷⁴

Der Posten des Militärbefehlshabers in den Niederlanden wurde dem General der Flieger Friedrich Christiansen übertragen, der im Reich eine der Gliederung der NSDAP, das Nationalsozialistische Fliegerkorps (NSFK), kommandierte. Er sollte für Seyß und Rauter der wichtigste Partner bei der Niederhaltung des Widerstands der Niederländer werden. Zur Spitze des Apparats des Reichskommissars gehörten schließlich elf Beauftragte für die niederländischen Provinzen und weitere für die Großstädte Amsterdam und Rotterdam. Doch war dies nur ein Teil der Besatzungsbürokratie, die sich in den Niederlanden etablierte. Die verschiedensten Obersten Reichsbehörden und weitere Dienststellen entsandten ihre Beamten zum Reichskommissar: das Auswärtige Amt, der Beauftragte des Reiches für die Kohle, die von Alfred Rosenberg geleitete Stelle zur Überwachung des Schrifttums, der Reichskommissar für die Seeschifffahrt und andere mehr.

Seyß, der als Reichsminister ein Jahr zuvor in Berlin in der Allee Unter den Linden ein kleines Büro besessen hatte, trat im Haag in seinem Dienstgebäude Plein 23 an die Spitze eines Machtapparates, der zunächst unausgesetzt expandierte und sich zudem die einheimischen Behörden zur Durchsetzung der Reichsinteressen unterordnete. Als 1943 im Spätsommer die von General Unruh geleitete Kommission, die den Beinamen „Helden-[394:]klau“ erhielt, auch im Haag prüfte, ob sich namentlich unter den männlichen Bediensteten nicht weitere für die Wehrmacht mobilisieren ließen, trafen sie beim Reichskommissar eine Gesamtbelegschaft von 1 664 Mitarbeitern an. Unter ihnen befanden sich 1012 Männer, von denen 703 Reichsdeutsche und 309 Niederländer waren.⁷⁵ Keine Frage, daß das neue hohe Amt und der mit ihm gewonnene Einfluß Seyß befriedigte. Sein Platz in Krakau als Stellvertreter eines ihm im Rang gleichen Reichsministers mußte ihm demgegenüber jetzt als eine Zurücksetzung erscheinen.

Seyß erkannte, daß mit den niederländischen Faschisten um Mussert keine Massenbasis im besetzten Lande zu gewinnen war. Die Enttäuschung ihrer engsten Gesinnungsgenossen in Kauf nehmend, suchten die neuen Machthaber daher, gestützt auf eine Gruppe von Kollaborateuren, eine „Niederländische Union“ ins Leben zu rufen. Der Versuch scheiterte so gründlich, daß die Organisation selbst wieder verboten wurde. Es blieben den Eindringlingen schließlich doch als dienstwillige Partner nur die Führer und Mitglieder der Mussert-Bewegung. Ein Teil von ihnen rekrutierte sich militärisch in der SS und nahm unter dem Kommando Himmlers am „Kreuzzug gegen den Bolschewismus“ teil.

Das Fiasko der offiziell nie aufgegebenen Politik der „Schicksalsgemeinschaft“ kündigte sich schon an, als der Feldzug im Westen noch im Gange war. Deutlich drückten sich öffentlich Sympathien für das Haus Oranien und die Regierung im Exil aus. Darauf wurde der Oberbefehlshaber der Land- und Seestreitkräfte der Niederlande, Henri Gerard Winkelman, gefangengesetzt und nach Deutschland verschleppt. Weltweites Aufsehen erregte, daß in einem Moment, da die Macht der Eroberer unangetastet und unbezwingbar schien, sich niederländische Arbeiter ihr widersetzten. Durch die antijüdischen Maßnahmen der Besatzungsmacht ermutigt und dem Beispiel folgend, daß die SA in Deutschland 1938 gegeben hatte, drangen Angehörige der Nationalsozialistischen Sammlung (NSB) im Februar 1941 in das Amsterdamer Judenviertel ein, um dessen Bewohner zu terrorisieren. Sie stießen auf handfesten Widerstand. Als daraufhin die Besatzungsmacht Juden verhaftete und nach

⁷² 72 Fischböck gelang es, 1945 über Italien nach Argentinien zu fliehen. Als er Anklage und Bestrafung nicht mehr fürchtete, begab er sich in die Bundesrepublik.

⁷³ Rauter wurde 1948 von einem niederländischen Gericht angeklagt und zum Tode verurteilt. Die Vollstreckung der Strafe erfolgte im März 1949.

⁷⁴ Schmidt endete 1943 durch Selbstmord.

⁷⁵ BAK, R 83 Niederlande Nr. 58, Bericht der Unruh-Kommission vom 13. September 1943, Stand der Mitarbeiter-schaft des Reichskommissars vom 10. August 1943.

Deutschland in Konzentrationslager deportierte, brach in Amsterdam ein Streik aus. Er legte das öffentliche Leben lahm und griff auch auf andere Teile des Landes über. Nur durch den Einsatz bewaffneter Gewalt und durch die Androhung drakonischer Strafen konnten Seyß und der Militärbefehlshaber wieder Herren der Lage werden.

Seyß ließ die niederländischen Parteien mit Ausnahme der faschistischen verbieten und unternahm den Versuch, der Bevölkerung ein System von [395:] Organisationen nach deutschem Vorbild überzustülpen. Eine „Arbeitsfront“ und ein „Reichsnährstand“ wurden ins Leben gerufen und für mehrere Berufsgruppen, deren Kontrolle durchgesetzt werden sollte, „Kammern“ gebildet. Auch diese Maßnahmen vermochten die Basis der Besatzer nicht zu verbreitern.⁷⁶ Sie erlebten ihr totales Debakel, als sich die Kriegslage durch die Niederlagen an der Ostfront zuspitzte. Nun griffen die Eroberer immer schärfer in das Leben der Landeseinwohner ein, die schließlich ihres Existenzminimums beraubt wurden.

Da waren die Träume des Sommers 1940 ausgeträumt. Im September 1941, als die Eroberung Moskaus und der Sieg der Wehrmacht im Osten nur eine Frage von Wochen zu sein schien, hatte Hitler Seyß in Begleitung von Generalkommissar Schmidt zur Berichterstattung empfangen, die sich auch Hans Heinrich Lammers und Martin Bormann anhörten. Hochgestimmt wie er war, zeigte sich der „Führer“ mit der Entwicklung zufrieden. Er glaubte damals, Seyß das Placet für eine flexible, auf die Gewinnung von Einfluß unter der Bevölkerung gerichtete Linie geben zu können.⁷⁷ Und noch im Mai 1942, Hitler beriet sich mit dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, stimmte er der Absicht zu, auch „Holländer“ als „Kolonisten“ nach dem Osten zu lassen. Von Seyß war dafür ein Vorschlag schon ausgearbeitet worden. Es sollte ihnen dort Land zur Bebauung übergeben werden. Doch schien Hitler von der „germanischen“ Umerziehung der Niederländer vollends doch nicht überzeugt. Er meinte, ein Tausend von ihnen ließen sich im Kolonialgebiet wohl „verdauen“, sie sollten „nur keine großen Kolonien“ bilden.⁷⁸ Die Skepsis besaß ihren Hintergrund: Am 18. Mai 1942 erließ Seyß als Antwort auf den anwachsenden Widerstand im Lande eine Verordnung, die ganzen Städten Kollektivstrafen ankündigte.

Mit der sich anbahnenden Niederlage bei Stalingrad änderte sich die Situation dann grundlegend. Als die 6. Armee des Generalobersten Friedrich Paulus nur noch ein Haufe frierender, hungernder und sterbender Krieger war, ließ der Wehrmachtbefehlshaber 17 Niederländer durch ein Kriegsgericht zum Tode verurteilen und niederschießen, weil sie „Hetzschriften“ verbreitet hatten. Am 5. Februar unternahmen Widerstandskämpfer einen tödlichen Anschlag auf den Kommandeur der niederländischen SS-Legion, Hendrick A. Seyffardt, der früher Chef des Generalstabs gewesen war. Ende April wurde verfügt, daß die ehemaligen Soldaten der niederländischen Armee sich erneut in deutsche Kriegsgefangenschaft zu begeben hätten. Die Maßnahme beabsichtigte zum einen, das Widerstandspotential zu schwächen, zum anderen für Deutschland billige und [396:] unter Kriegsrecht stehende Arbeitskräfte zu gewinnen. Darauf antworteten die Arbeiter in mehreren Städten des Landes mit Streiks, die brutal bekämpft wurden. Am 1. Mai 1943 verhängte Seyß das Polizeistandrecht. Die Unruhen wurden im Blute der Aufrechten ertränkt. Am 6. Mai 1943 hatte Seyß zudem für alle Männer vom 18. bis zum 35. Lebensjahr die Meldepflicht eingeführt, ein erster Schritt auf dem Wege zur restlosen Erfassung der Niederländer für den Einsatz als Zwangsarbeiter, sei es in ihrem Lande, sei es, und dies immer massenhafter, als Deportierte in Rüstungsbetrieben im Reich.

Am 19. Mai 1943, da war auch das Ende des vielglorifizierten deutschen Afrika-Korps und seines italienischen Verbündeten nur noch eine Frage von Tagen, sprach er einer Versammlung von niederländischen Faschisten Mut zu. Die mochten sich angesichts der Kriegsentwicklung über ihre Zukunft schon eigene Gedanken machen. Seyß, dem später der amerikanische Gerichtspsychiater unter allen Angeklagten des Hauptkriegsverbecher-Prozesses nach Hjalmar Schacht den höchsten „Intelligenzquotienten (IQ)“ zusprach⁷⁹, verlegte sich auf eine spitzfindige Argumentation. Er pries seinen Hörern

⁷⁶ Wie Seyß in Nürnberg eingestand. IMT, Bd. XV, S. 701.

⁷⁷ UuF, Bd. XVIII, S. 328.

⁷⁸ UuF, Bd. XVIII, S. 560.

⁷⁹ Gilbert, Tagebuch, S. 36. Speer kommentierte die Einordnung Seyß', der nach dem mit einem Altersbonus versehenen Hjalmar Schacht bei der Beurteilung von Gedächtnis, Reaktionsfähigkeit und Phantasiebildung auf den

das militärische Genie des „Führers“. Hitler habe sechs Monate gewonnen, dozierte er über dessen „Kriegskunst“. Er hätte die westlichen Gegner listig auf den afrikanischen Kriegsschauplatz gelockt und, während dort gekämpft wurde, „Europa“ unangreifbar gemacht. Das war auf die Befürchtung der Kollaborateure berechnet, eine Invasion an ihren Seegrenzen könnte die deutschen Machthaber vertreiben und sie dem Zorn des Volkes ausliefern. Der Reichskommissar wollte die „Germanen aus einer Blutsfamilie“ zusammenhalten.⁸⁰ Doch die Mussertfaschisten gerieten unaufhaltsam in die Isolation. Und es war geradezu lächerlich, daß Seyß sie in einem Erlaß als die „Träger des politischen Willens des niederländischen Volkes“ bezeichnet hatte.⁸¹

Obwohl die im Führerhauptquartier eingehenden Meldungen besagten, daß auch in den Niederlanden die Lage der Besatzungstruppen und -organe immer schwieriger und gefährlicher wurde, blieb Hitler mit seinem Reichskommissar zufrieden. Dessen permanenter Kritiker, wie später aus seinen Tagebüchern zu entnehmen war, hieß Goebbels. Er klagte schon im Sommer 1940, Seyß „greift nicht scharf genug durch“. Nach dem Januarstreik 1941 notierte er: „Seyß geht zu zögernd dagegen an.“ Er, Goebbels, hätte auch zu Geldstrafen gegriffen, zweifele aber, daß sein Ministerkollege in Den Haag dazu „das Temperament“ habe. Wiederholt verglich er das Vorgehen des hart durchgreifenden Terboven im besetzten Norwegen mit jenem von Seyß, der „vor lauter Bedenken zu keinem Schluß kommt“.⁸² [397:] Und wie Hitler deutete der Propagandaminister das Verhalten des Regenten in den Niederlanden als Ausfluß seiner Herkunft, jedoch negativ: „Er ist doch halt ein Ostmärker.“⁸³

Das Endresultat des Regiments des Reichskommissars bezeichneten im Winter 1944/1945 verschiedene vor Ort tätige deutsche Dienststellen als eine Katastrophe. Die Bewohner namentlich in den großen Städten litten unter dem vollständigen Zusammenbruch ihrer Versorgung mit Heizmaterial und der Reduzierung ihrer Ernährung auf eine Stufe weit unter dem Existenzminimum. Manche Besatzer fürchteten das Ausbrechen von Hungerrevolten.⁸⁴ In dieser Situation wandte sich Seyß am 7. Januar 1945 mit einer Erklärung an die Niederländer, die auch als Broschüre verbreitet wurde und nicht weniger als 24 Druckseiten umfaßte.⁸⁵ Sie täuschte einen Dialog vor und schloß mit der Frage „Was nun?“ Beabsichtigt war der Eindruck, es könnten Eindringlinge und Unterdrückte darauf eine gemeinsame Antwort finden. Die Schuld an der verzweiferten Lage der Menschen suchte der Reichskommissar auf die militärischen Gegner Deutschlands, die Widerstandskräfte (insbesondere auf einen Streik der Eisenbahner) und auf die Blockade zu wälzen. Seyß heuchelte Anteilnahme am schweren Leben der Landesbewohner. Zugleich rechtfertigte er die von ihm und anderen ergriffenen Maßnahmen der erneuten Deportation von Arbeitskräften, die u. a. auf Lastkähnen unter lebenswidrigen Bedingungen erfolgt war, und verteidigte den Raub von Produktionsmitteln. Seyß prophezeite den Aufstieg der Niederlande nach dem Kriege, der zu „einem glücklichen Ende“ gebracht werden müsse, und verhiß, die Gegner würden „mit immer neuen deutschen Wundern“ geschlagen werden. Er suchte denen, die seine Worte noch zur Kenntnis nahmen, und das dürften die verschwindende Minderheit der Kollaborateure und – aus anderen Gründen – die Widerstandskämpfer gewesen sein, einzureden, daß es für die Niederlande keine Alternative zum Weg an der Seite Deutschlands gäbe. Auch ihnen drohe sonst wie ganz Europa die Überwältigung „durch den Bolschewismus“.

Dies setzte Seyß, sich noch einmal als Antisemit von Hitlerschem Typus bekennd, mit der „Rückkehr des Judentums“ gleich. Auch Eisenhower habe nur sie zu bieten. In Moskau, phantasierte er weiter, sei ein Jude schon ausgewählt worden, um nach Deutschland geschickt zu werden. Nach allem, was den Menschen im Reichskommissariat während der viereinhalb Jahre deutscher Besatzung geschehen

zweiten Platz gelangt war, mit der Bemerkung, sie sei von niemandem „vermutet“ worden. Albert Speer, Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1975, S. 512.

⁸⁰ UuF, Bd. XVIII, S. 347 u. 351.

⁸¹ Er datierte vom 30. Januar 1943. UuF, Bd. XVIII, S. 336.

⁸² Goebbels Tgb., Eintragungen vom 27. Juli 1940, 26. und 27. Februar 1941, vom 8. und 29. März 1941.

⁸³ Ebenda, Eintragung vom 27. Februar 1941.

⁸⁴ Bericht des Kommandanten des rückwärtigen Armeegebietes der 25. Armee vom Dezember 1944. Europa unter Hakenkreuz – Niederlande, S. 263 f.

⁸⁵ BAK, N 1180, Bd. 62.

war, wollte Seyß glauben machen, Freiheit sei nur an der Seite des „Nationalsozialismus“ zu erlangen. Derweil standen die Truppen der Alliierten vor den deutschen Grenzen. Sie berei-[398:]teten sich, nachdem die Ardennen-Offensive der Wehrmacht zum Scheitern gebracht worden war, auf den entscheidenden letzten militärischen Schlag gegen die Hauptmacht des schon zerfallenen faschistischen Bündnisses vor.

Die menschliche wie die materielle Bilanz der Jahre der Okkupation hatten aus den vergleichsweise wohlhabenden Niederlanden ein Land in Trauer, Elend und Not gemacht. Das entsetzlichste hatten die Juden des Landes erlebt und durchlitten. Nur eine Minderheit überlebte. Etwa 107.000 von ihnen war außer Landes deportiert worden. Von wenigen abgesehen wurden sie ermordet – in Auschwitz, in den Lagern der „Aktion Reinhard“ im Osten Polens, in Theresienstadt, in Neuengamme, Bergen-Belsen und an weiteren Vernichtungsstätten. Seyß hatte sich der Verfolgung der Juden schon bald nach seinem Eintreffen persönlich angenommen. Er kopierte mit seinen Verordnungen – der Registrierung der Juden, der Anmeldung ihres Eigentums an Fabriken, Werken und Geschäften, der Einführung des „Judensterns“ und weiteren – die Vorgehensweise im „Altreich“ und später in Österreich unter entscheidend veränderten Umständen. Denn nicht einen Moment blieb den Verfolgten die Chance zur Flucht aus dem Zugriffsbereich der deutschen Faschisten. So schufen der Reichskommissar und dessen Helfer und Dienststellen alle Voraussetzungen für den Plan, auch die Niederlande „judenfrei“ zu machen. Von dessen Existenz wußte er, noch bevor die unter dem Kommando von Himmler und Heydrich sich vollziehende „Endlösung der Judenfrage“ ins bestialische Werk gesetzt wurde. Hitler hatte ihm schon im September 1941 seine Befriedigung über die ersten von Seyß ergriffenen antijüdischen Maßnahmen ausgedrückt und angekündigt, daß die Juden außer Landes geschafft würden, welche vor dem 10. Mai in den Niederlanden Zuflucht hatten finden können.

Schwerste Opfer hatten Mitglieder der kleinen Kommunistischen Partei des Landes und weiterer Arbeiter-Organisationen im Kampf gegen die Eindringlinge gebracht – kurzerhand niedergeschossen von Wehrmachts- und Polizei-Peletons, den Henkern überliefert durch deutsche Gerichte, in Konzentrationslagern im Reich ermordet. Seyß brachte es angesichts dieser Tatsachen vor Gericht fertig, darauf zu verweisen, daß von deutschen Gerichten in den Niederlanden bis Mitte 1944 noch nicht 800 Todesurteile gefällt worden waren, „also weniger als ein Bombenangriff auf die Stadt Nijmegen gekostet hat“.⁸⁶ Die Zahl der zur Zwangsarbeit ins Reich Verschleppten überstieg schließlich eine halbe Million.⁸⁷ Nicht alle kehrten zurück. Manche waren durch Überarbeitung und infolge von Krankheiten gestorben, andere bei Kriegshandlungen ums Leben gekommen, dritte [399:] auch wegen geringfügiger Vergehen in Konzentrationslager gebracht worden und dort zugrunde gegangen. Viele trugen dauernde Schäden davon. Materiell war das Land ausgeraubt und ausgeplündert. Seine finanziellen Mittel, insbesondere seine Devisenvorräte, waren in die deutschen Kriegskassen geflossen und „verpulvert“. Auch daran hatte Seyß besonderen Anteil. Stolz schrieb er dem Reichsminister der Finanzen am 9. Februar 1942, welche zusätzlichen Zahlungen die Niederlande „als Beitrag zur Kriegführung gegen den Bolschewismus“ aufbringen würden.⁸⁸ Zahlen über das Transportwesen mögen – pars pro toto – ein Bild von den wirtschaftlichen Folgen geben: Vom Lokomotivbestand existierten im Lande noch 16 Prozent, der der Güterwagen war auf zwei Prozent reduziert, von den ursprünglich vorhandenen 48.000 Lastkraftwagen verblieben etwa 20.000, die Mittel der Binnenschifffahrt waren mehr als halbiert – nicht zu reden von aller Zustand.⁸⁹

In Nürnberg suchte Seyß die Berechtigung jedweder gegen ihn erhobener Vorwürfe wegen des Einsatzes von Arbeitskräften für deutsche Kriegszwecke und der Deportation der Juden zu den Vernichtungsstätten zu bestreiten. Nicht die Germanisierung des Landes habe er verfolgt, sondern seine Verwaltung in Kriegszeiten. Seine Maßnahmen wären dem angemessen gewesen. Mehr noch:

⁸⁶ IMT, Bd. XV, S. 706.

⁸⁷ Das Nürnberger Gericht stellte zum Tatbestand fest: „Nur ein ganz geringer Bruchteil davon waren tatsächlich Freiwillige.“ IMT, Bd. I, S. 307. Von diesen hatte die als Kriegs- und Okkupationsfolge entstandene Arbeitslosigkeit viele nach Deutschland getrieben.

⁸⁸ Europa unterm Hakenkreuz – Niederlande, S. 176.

⁸⁹ Zit. in Europa unterm Hakenkreuz – Niederlande. Einleitung, S. 52.

Er hätte das Los der Einheimischen zu erleichtern gesucht und ihm anbefohlene Maßnahmen abgemildert. Daran war einzig richtig, daß der Reichskommissar zeitweilig aus taktischem Kalkül allzu rigoroses Vorgehen zu vermeiden gesucht hatte, weil es die Herrschaftssituation im Lande zusätzlich erschweren mußte. Nie bildete die Triebkraft derartigen Verhaltens der Einsatz für das Wohl und Wehe der Einheimischen. Einer der Generalsekretäre, die mit den Besatzern zusammengearbeitet hatten, sagte vor dem Gerichtshof als Zeuge, Seyß sei seit dem Herbst 1944 „weit mehr offen für die niederländischen Interessen als vorher“ gewesen.⁹⁰ Da war der Traum vom „nationalsozialistischen Niederland“ nicht einmal mehr eine Erinnerung, und dem Reichskommissar konnte auch nicht verborgen geblieben sein, daß und wofür er sich nach der Niederlage würde zu verantworten haben.

Als ihm diese Stunden schlugen, floh er in die Behauptung, für die Verbrechen, die er nicht abzuleugnen vermochte, seien andere verantwortlich gewesen: der Höhere SS-Polizeiführer, der seine Weisungen zu einem mörderischen Vorgehen nicht von ihm, sondern von Himmler erhalten habe, der Wehrmachtsbefehlshaber, der ihm nicht unterstand, und weitere Personen und Dienststellen. Diese Verteidigungslinie suchten auch von Seyß' Anwalt benannte und vom Gericht herbeigerufene Zeugen zu stüt-[400:]zen. Zu ihnen gehörten engste frühere Mitarbeiter des Angeklagten, wie der Generalkommissar Wimmer.

Im Augenblick, da der Zwang zur Kapitulation der Wehrmacht unabweisbar geworden war, hatte Seyß getan, was einige andere Naziführer und Militärs in Frontnähe auch unternahmen. Er suchte Kontakt mit den Kommandierenden der Alliierten, um auf dem Wege von Verhandlungen die eigene Person aufzuwerten. Ungefährlich war das nicht, solange Hitler lebte und fanatische Wehrmachtgenerale und SS-Führer seinen Befehlen folgten. Doch erst als in Berlin der Kampf um das Gelände der Reichskanzlei schon entbrannt war und Hitler sich aus der Verantwortung stahl, traf sich Seyß mit dem Stellvertreter Eisenhowers, Smith. Sie besprachen die Versorgung der hungernden niederländischen Bevölkerung über die noch existierenden Frontlinien hinweg.⁹¹

Indessen gedachte Seyß auch in diesem Moment noch nicht, sich von der seit dem 1. Mai amtierenden Politiker- und Militärclique abzusetzen, die sich in Norddeutschland um den Hitler-Nachfolger Dönitz etabliert hatte und versuchte, von den Alliierten als Reichsregierung anerkannt zu werden. Seyß folgte einem Ruf des „Reichspräsidenten“ und Großadmirals, zumal ihn Hitler in seinem politischen Testament als Reichsaußenminister bestimmt hatte, und begab sich per Schiff, die Landverbindung war schon unterbrochen und der Luftweg gefährdet, zu einer Besprechung an den Sitz der neuen Regierung nach Flensburg. Am Ort wurden seine Dienste nicht benötigt. Seyß erhielt von Dönitz den Auftrag, eine Teilkapitulation zu suchen. Solange es jedoch zu keinem Waffenstillstand gekommen wäre, solle weitergekämpft werden.⁹²

Seyß war der weiteren Mitwirkung an der Taktik der Dönitz-Regierung, im Westen den Kampf einzustellen, ihn im Osten gegen die Rote Armee aber fortzusetzen, rasch enthoben. Auf dem Rückweg wurde das Schnellboot, das er benutzte, von einem kanadischen Kriegsschiff aufgebracht. Im Internierungslager traf er wieder mit jenen zusammen, die wie er an herausragendem Platz das Projekt des weltbeherrschenden Großgermanischen Reiches betrieben hatten und damit gescheitert waren. Von da ging es in den Gefängnistrakt in Nürnberg. Seyß fertigte dort Schriftsätze über seine Tätigkeit als Reichskommissar an. Wie er einem der Vernehmenden sagte, erreichte seine Tagesproduktion 12 bis 14 Seiten.⁹³ Zu einer kritischen Sicht auf seine Person hatte er sich noch nicht durchgerungen, als er auf die Anklagebank geführt wurde ...

⁹⁰ Hirschfeld war ein Zeuge der Verteidigung. IMT, Bd. XVI, S. 247.

⁹¹ IMT, Bd. 256 f. Das Treffen hatte seine Vorgeschichte in Kontakten, die einer der Provinzkommissare von Seyß in dessen Auftrag hergestellt hatte. Speer berichtet, der Reichskommissar habe ihm bereits bei einem Treffen Anfang April 1945 in Oldenburg zugegeben, daß „er sich zur gegnerischen Seite einen Weg eröffnet habe“. Speer, Erinnerungen, S. 462.

⁹² Speer erinnert sich des Abschieds so: Seyß habe es abgelehnt, am „Regierungssitz“ zu bleiben, erklärt, Holland sei sein Sitz, und gesagt: „Gleich nach meiner Rückkehr werde ich verhaftet.“ Erinnerungen, S. 498.

⁹³ BAK, All. Prozesse 2 F, FC 6172, Rolle 20.

Fotos

Hermann Göring

Seite 7:



Nach der Urteilsverkündung tragen Nürnberger Taxifahrer zur Information ihrer Fahrgäste die verhängten Strafen in vorbereitete Listen ein

Seite 13:



Blick in den Gerichtssaal im Nürnberger Justizpalast



Am Präsidiumshochsitz des faschistischen Reichstags

Seite 29:



Seite 38:

Bei der Abnahme einer Truppenparade (mit Raeder und von Brauchitsch)



Auf Beutezug in Österreich



Mit Keitels Anwalt Nelte im Kreise von Angeklagten



Anwalt Stahmer mit seinem Klienten

Joachim von Ribbentrop

Seite 56:



Mit Schirach, Sauckel und Keitel auf der Anklagebank (20. Februar 1946)



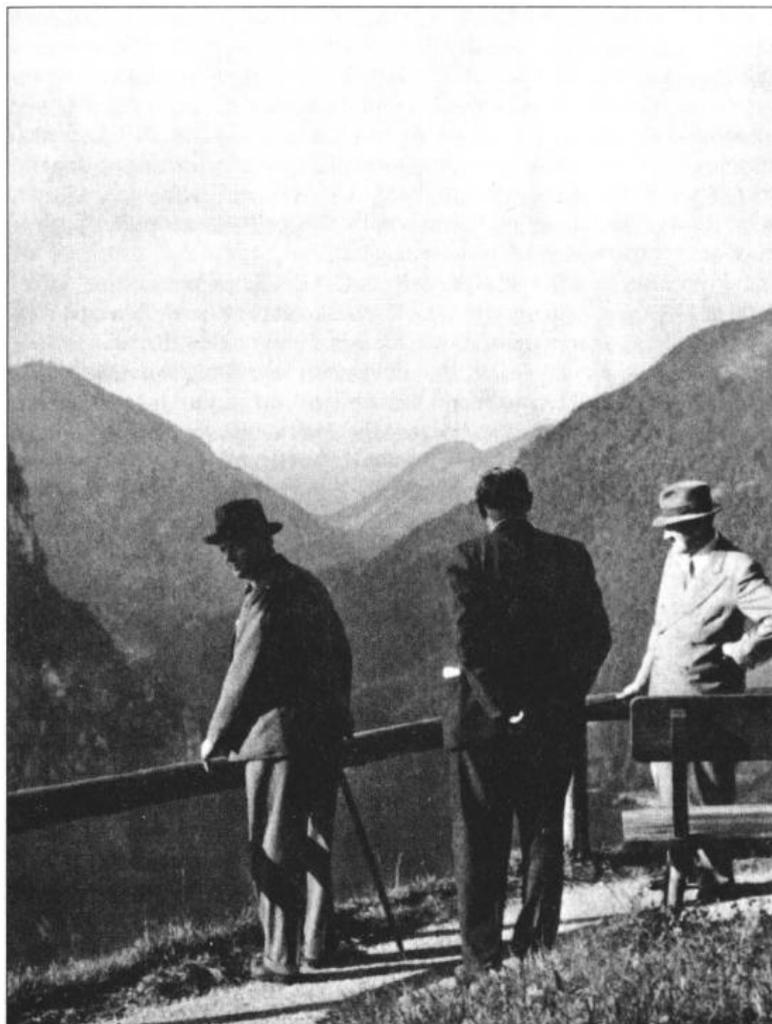
*Im Sperrkreis I des „Führerhauptquartiers“:
Spaziergang im Gleichschritt (im Vordergrund: Bormann)*

Seite 76:



*Mit dem „Führer“ auf Staatsbesuch in Florenz
(im Vordergrund: Mussolini, vierter von rechts: Himmler)*

Seite 81:



Ungewohnt zivil: Am Obersalzberg bei Berchtesgaden



In der Zelle

Seite 89:

Wilhelm Keitel



Mit Ribbentrop, Schirach und Göring im Gerichtssaal

Seite 102:



Beim Vortrag

Seite 110:

werden der Oberste Befehlshaber der Alliierten Expeditionen Streitkräfte und das Oberkommando der roten Armee alle diejenigen Straf- und anderen Massnahmen ergreifen, die sie als zweckmaessig erachten.

6. Diese Erklarung ist in englischer, russischer und deutscher Sprache abgefasst. Allein massgebend sind die englische und die russische Fassung.

Unterzeichnet zu *Berlin* am *8* Mai 1945

Kurt
Siedlung

Fuer das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht.

Göring, Hitler, Keitel, Dönitz und Himmler

Seite 114:



Unterzeichnung der Kapitulation am 8. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst



Gebrochen? Einsichtig? - Keitel im Kreise von Mitangeklagten

Ernst Kaltenbrunner

Seite 119:



Als Chef der Sicherheitspolizei und des SO, 1943

Seite 103:



Mit Himmler und Lagerkommandant Ziereis in Mauthausen, etwa 1942

Seite 139:



Als Zuschauer im Saal des Volksgerichtshofes, 1944

Seite 144:



Nach dem Krankenhausaufenthalt

Alfred Rosenberg

Seite 151:



In Weimar 1938

Seite 164:



Bei einer HJ-Schulung zum Thema "Rassentypen"



Aus Rosenbergs Vorbereitungen zum Überfall auf die UdSSR



Am 45. Geburtstag, mit Hitler und Tochter Irene



Mit weiteren Angeklagten beim Essen

Hans Frank

Seite 189:



Bewacht zurück in den Gerichtssaal

Seite 204:

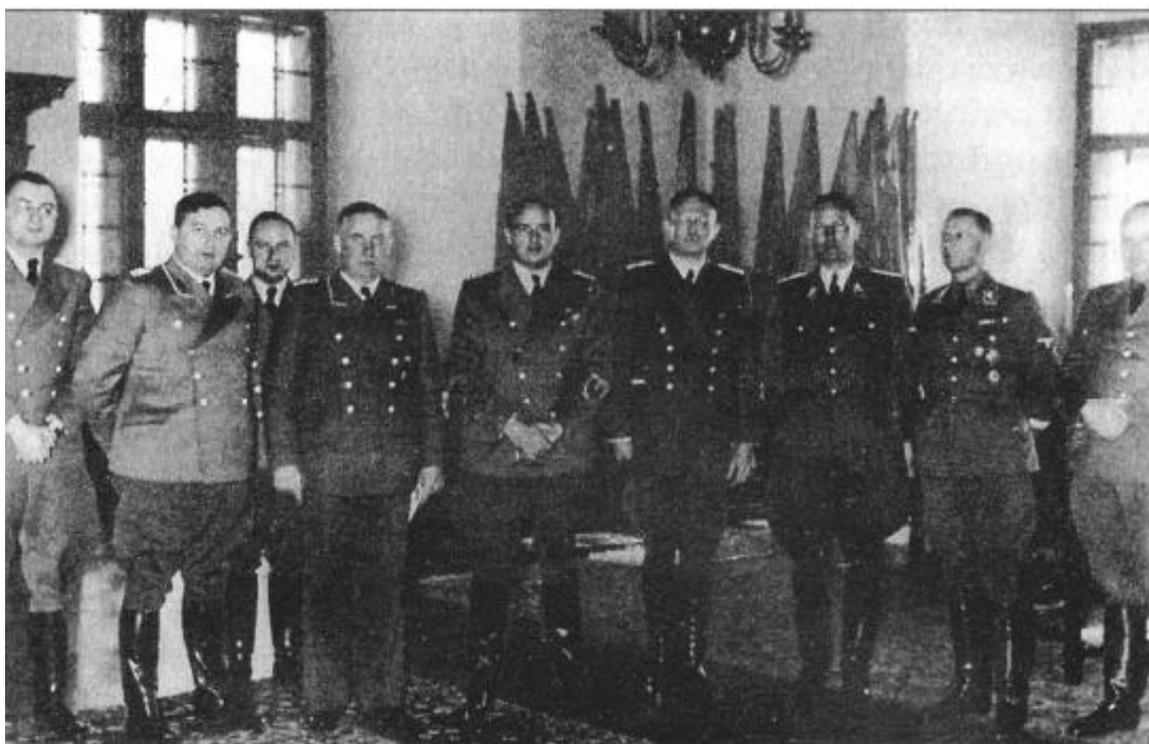


Seite 215:



Mit jenen, die er später seine Feinde nannte: Himmler (stehend), Heydrich (links), Best (rechts)

Seite 219:



Herrenmenschen auf der Burg in Krakau

Wilhelm Frick

Seite 227:

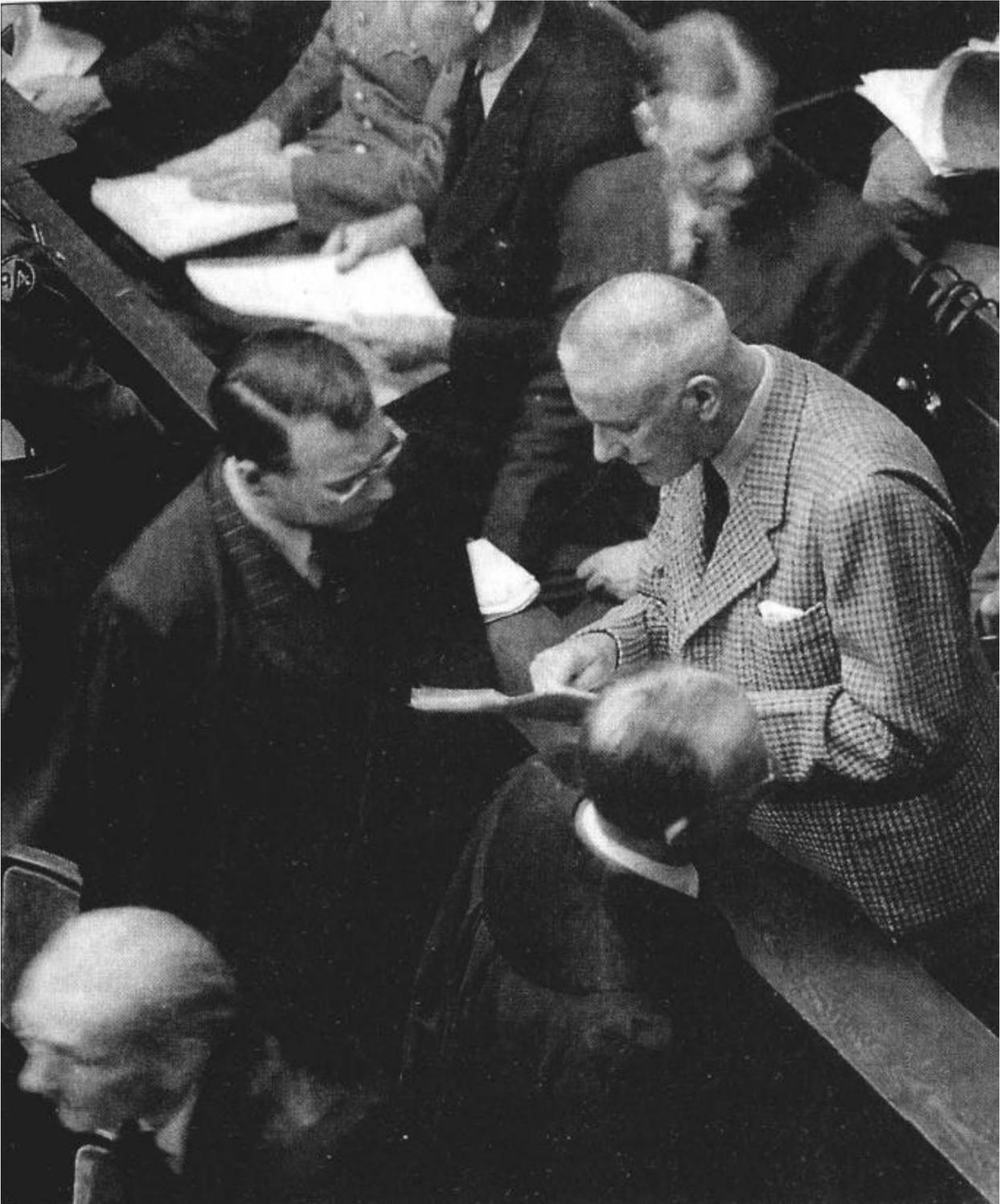


Im Kreise der Putschisten von 1923

Seite 255:



Himmler überbringt Glückwünsche zum 65. Geburtstag

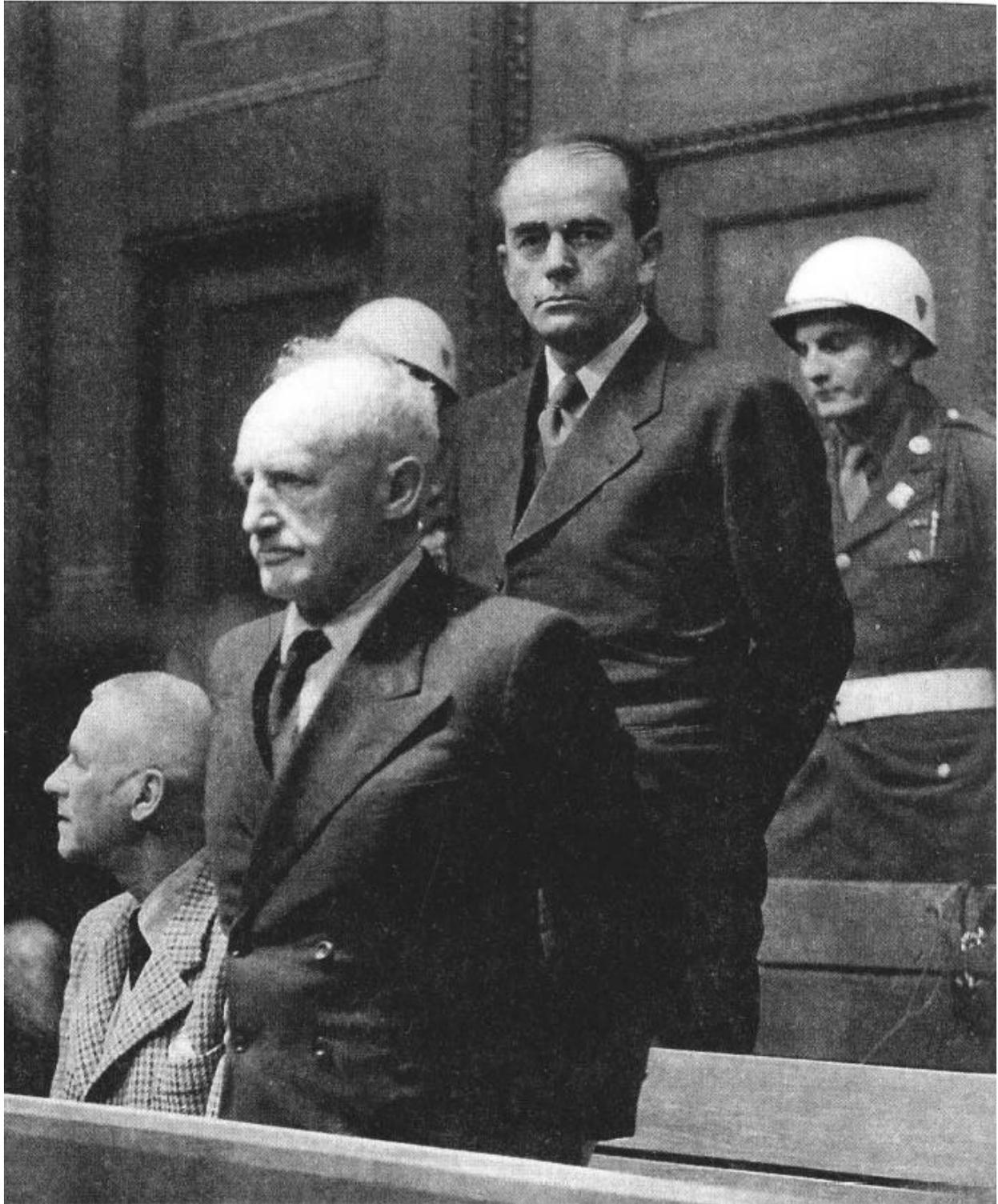


Im Gespräch mit seinem Verteidiger Otto Pannenbecker

Julius Streicher

Seite 270:





Bevor der Gerichtshof erscheint (im Hintergrund: Speer)

Seite 278:



Am Beginn der Karriere

Seite 284:



Putschist in Aktion: Agitationsrede vor dem Münchener Rathaus

Seite 285:



Als Führer der Gedenkprozession zur Feldherrnhalle

Fritz Sauckel

Seite 309:



Der Reichsstatthalter



So wollte Sauckel nicht gesehen werden ...



... eher so

Seite 316:



Hitler und Sauckel begutachten das erste Modell des „Gauforums“ in Weimar

Seite 322:



Ein Händedruck. 1936 in Weimar



Mit anderen Angeklagten während einer Verhandlungspause

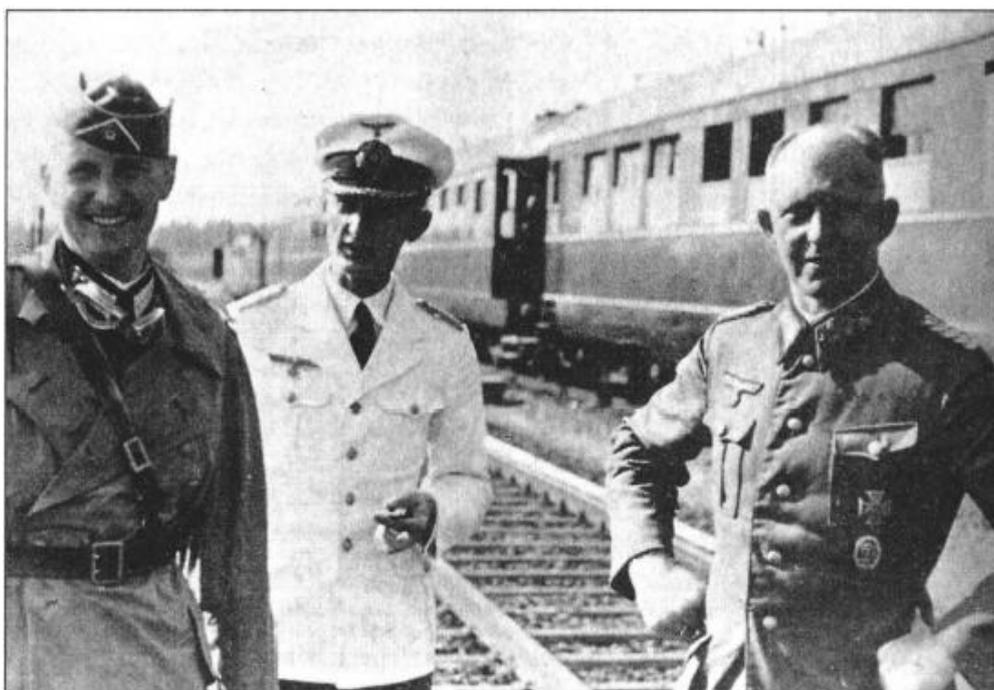
Alfred Jodl

Seite 333:



Mit Speer und Dönitz vor dem Abtransport in die Gefangenschaft

Seite 345:



In Siegerlaune vor dem bewegbaren Hauptquartier

Seite 350:



20. Juli 1944: Mit Schrecken und Schürfwunden davongekommen

Seite 355:



An der Seite des Oberbefehlshabers (links: Keitel)



Mit Keitel während einer Verhandlungspause

Arthur Seyß-Inquart

Seite 368:



Endstation: Nürnberg

Seite 376:



März 1938: Begrüßung in Wien (rechts: Himmler und Heydrich)

Seite 378:



Im Berliner Sportpalast: Propaganda für Großdeutschland

Seite 391:



Mit Mussert bei Rudolf Heß

Abkürzungen

ADAP	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
BA	Bundesarchiv
BAK	Bundesarchiv Koblenz
BABZ	Bundesarchiv Berlin-Zehlendorf
Bd., Bde	Band, Bände
Bl.	Blatt
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
d. R.	der Reserve
GBA	Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz
GBV	Generalbevollmächtigter für die Verwaltung
Gestapo	Geheime Staatspolizei
HA	Hauptamt
Hg.	Herausgegeben
HSSPF	Höherer SS- und Polizeiführer
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
i.G.	im Generalstab
IMT	Internationales Militärtribunal
i. V.	in Vertretung
Jg.	Jahrgang
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPD-O	Kommunistische Partei Deutschlands Opposition
KTB	Kriegstagebuch
KTB-OKW	Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht
KZ	Konzentrationslager
Mio.	Million
Mob.	Mobilisierung
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
o. D.	ohne Datum
OKH	Oberkommando des Heeres
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
Orpo	Ordnungspolizei
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RM	Reichsmark
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RVK	Reichsverteidigungskommissar
SA	Sturm-Abteilung
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SD	Sicherheitsdienst
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutz-Staffel
SSPF	SS- und Polizeiführer
US	United States
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UuF	Ursachen und Folgen
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
WVHA	Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt der SS

[451:]

Aus dem Urteil des Internationalen Militärtribunals, Nürnberg, 1. Oktober 1946

HERMANN GÖRING

[...] *Verbrechen gegen den Frieden*: Von dem Augenblick im Jahre 1922 an, da er der Partei beitrug und die Befehlsgewalt über die Straßenkampforganisation – die SA – übernahm, war Göring der Ratgeber, der tatkräftige Handlanger Hitlers und einer der allerersten Führer der Nazi-Bewegung. Als Hitlers politischer Stellvertreter trug er weitgehend dazu bei, die Nationalsozialisten im Jahre 1933 an die Macht zu bringen; er war damit betraut, diese Macht zu befestigen und die deutsche militärische Stärke zu erweitern. Er baute die Gestapo auf und schuf die ersten Konzentrationslager, um sie im Jahre 1934 an Himmler abzugeben, führte im selben Jahre die Röhmsäuberungs-Aktion durch und leitete die schmutzigen Vorgänge ein, die zu der Entfernung von Blombergs und von Fritschs aus dem Heere führten. 1936 wurde er Beauftragter für den Vierjahresplan und war theoretisch und praktisch der wirtschaftliche Diktator des Reiches. Kurz nach dem Münchner Abkommen gab er bekannt, er werde eine Erweiterung der Luftwaffe auf das Fünffache in die Wege leiten, auch die Aufrüstung beschleunigen, wobei besonderes Gewicht auf Angriffswaffen gelegt werde.

Göring war einer der fünf bedeutenden Führer, die an der Hoßbach-Konferenz am 5. November 1937 teilnahmen und er wohnte den anderen bedeutsamen Konferenzen bei, die in diesem Urteil bereits erörtert wurden. Beim Anschlusse Österreichs war er sogar die Hauptfigur, der Rädelsführer. Vor dem Gerichtshof erklärte er: „Ich muß die Verantwortung zu 100 % auf mich nehmen ... Ich überwand sogar Einwände des Führers und brachte alles zu seinem endgültigen Abschluß.“ Bei der Inbesitznahme des Sudetenlandes spielte er einmal eine Rolle als Chef der Luftwaffe, indem er eine Luftoffensive plante, die sich als unnötig erwies, und zum andern eine Rolle als Politiker, indem er die Tschechen mit falschen Freundschaftsversprechungen einlullte. In der Nacht vor dem Einfall in die Tschechoslowakei und der Einverleibung Böhmens und Mährens drohte er bei einer Konferenz zwischen Hitler und dem Präsidenten Hacha, Prag zu bombardieren, falls Hacha nicht nachgebe. Diese Drohung gab er in seiner Zeugenaussage zu.

Göring wohnte der Sitzung in der Reichskanzlei vom 23. Mai 1939 bei, als Hitler seinen militärischen Führern sagte: „Es entfällt also die Frage, Polen zu schonen ...“ und war anwesend, als am 22. August 1939 auf dem Obersalzberg die entsprechenden Weisungen erteilt wurden. Die Beweisführung hat weiter ergeben, daß er an den darauf folgenden diplomatischen Manövern tätigen Anteil nahm. Mit Hitlers Kenntnis benützte er den schwedischen Geschäftsmann Dahlerus als Mittelsmann zu den Engländern; wie Dahlerus vor diesem Gerichtshof darstellte, versuchte er damit, die britische Regierung daran zu hindern, ihre Garantie gegenüber den Polen zu erfüllen.

Er befahl die Luftwaffe beim Angriff auf Polen und während aller Angriffskriege die darauf folgten.

Selbst wenn er sich, wie er behauptete, Hitlers Plänen gegen Norwegen und die Sowjetunion widersetzt hat, ist es doch klar, daß er dies nur aus strategischen Gründen tat; [452:] sobald Hitler einmal die Entscheidung getroffen hatte, folgte er ihm aber ohne Zögern. Aus seiner Zeugenaussage geht deutlich hervor, daß diese Meinungsverschiedenheiten niemals weltanschaulicher oder rechtlicher Natur waren. Er war „wütend“ über den Einfall in Norwegen, aber nur, weil er nicht früh genug verständigt worden war, um die Offensive der Luftwaffe vorzubereiten. Er gab zu, daß er den Angriff billigte, und zwar mit den Worten: „Meine Einstellung war vollkommen bejahend“. Er nahm tätigen Anteil an der Vorbereitung und Durchführung der Feldzüge gegen Jugoslawien und Griechenland und sagte aus, daß der Plan „Marita“, der Angriff auf Griechenland, von langer Hand vorbereitet gewesen war. Er betrachtete die Sowjetunion als „die gefährlichste Bedrohung Deutschlands“, erklärte aber, daß keine unmittelbare militärische Notwendigkeit für den Angriff bestanden hätte. In der Tat richtete sich sein Einwand hinsichtlich des Angriffskrieges gegen die USSR nur gegen den Zeitpunkt; aus strategischen Gründen wünschte er ihn bis zur Niederringung Englands hinauszuschieben. Er sagte hierzu aus: „Meine Anschauung wurde lediglich von politischen und militärischen Gründen bestimmt.“

Nach seinen eigenen Eingeständnissen vor diesem Gerichtshof kann im Hinblick auf seine Stellungen, die er bekleidete, auf die Besprechungen, bei denen er beteiligt war und auf seine öffentlichen Äußerungen kein Zweifel bestehen, daß Göring die treibende Kraft für die Angriffskriege war und in diesem Punkte nur Hitler nachstand. Er schmiedete die Pläne und war der Haupttreiber der militärischen und diplomatischen Kriegsvorbereitungen Deutschlands.

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Im Laufe des Verfahrens hat Göring zahlreiche Eingeständnisse seiner Mitverantwortlichkeit für die Verwendung von Sklavenarbeitern gemacht: „Wir verwendeten diese Arbeitskräfte aus Sicherheitsgründen, damit sie nicht in ihrer Heimat tätig sein konnten und nicht gegen uns arbeiten. Andererseits dienten sie dazu, uns im Wirtschaftskriege zu helfen.“ Und dann wieder: „Arbeiter wurden gezwungen, ins Reich zu kommen; das ist etwas, das ich nicht ableugne“. Der Mann, der diese Worte sprach, war Beauftragter für den Vierjahresplan und mit der Anwerbung und Zuteilung von Arbeitskräften betraut. Als Oberbefehlshaber der Luftwaffe verlangte er von Himmler zusätzlich Arbeitssklaven für seine unterirdischen Flugzeugfabriken: „Daß ich Konzentrationslagerhäftlinge für die Bewaffnung der Luftwaffe verlangte, ist zutreffend und ist als ganz selbstverständlich anzusehen.“

Als Beauftragter für den Vierjahresplan unterzeichnete Göring eine Weisung über die Behandlung polnischer Arbeiter in Deutschland und ergänzte sie durch Ausführungsbestimmungen – einschließlich der „Sonderbehandlung“ – an den SD. Er gab Richtlinien heraus, sowjetische und französische Kriegsgefangene in der Rüstungsindustrie zu verwenden; er sprach davon, daß Polen und Holländer ergriffen, wenn nötig zu Kriegsgefangenen gemacht und zur Arbeit verwendet werden sollten. Er gab zu, daß russische Kriegsgefangene zur Bedienung von Luftabwehrgeschützen eingestellt wurden.

In seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan war Göring bei der Ausplünderung erobelter Gebiete zuständig und tätig. Lange vor dem Kriege gegen die Sowjetunion stellte er Pläne zur Ausplünderung des Sowjetgebietes auf. Zwei Monate vor dem Einfall in die Sowjetunion wurde Göring von Hitler die Gesamtleitung der Wirtschaftsverwaltung dieses Gebietes übertragen. [...]

Göring verfolgte die Juden, insbesondere nach den Unruhen im November 1938, und dies tat er nicht nur in Deutschland, wo er – wie an anderer Stelle erwähnt – den Juden eine Buße von einer Milliarde Mark auferlegte, sondern auch in den eroberten Ländern. Seine eigenen Äußerungen von damals und seine Zeugenaussagen zeigen, daß sein Inter-[453:]esse in erster Linie wirtschaftlich war: wie man sich des Eigentums der Juden bemächtigen und sie aus dem wirtschaftlichen Leben Europas hinausdrängen sollte. Als diese Länder infolge der Anstürme der deutschen Heere fielen, dehnte er die jüdenfeindlichen Gesetze des Reiches auch auf sie aus; das Reichsgesetzblatt von 1939, 1940 und 1941 enthält mehrere antijüdische Verordnungen, die Göring unterzeichnete. Obwohl die Ausrottung der Juden eigentlich Himmler oblag, so war Göring weit davon entfernt, teilnahmslos oder untätig zu sein, trotz seiner Beteuerungen auf dem Zeugenstand. Mit der Verordnung vom 31. Juli 1941 wies er Himmler und Heydrich an, „eine endgültige Lösung der jüdenfrage innerhalb der deutschen Einflußsphäre in Europa“ zustande zu bringen.

Es kann kein mildernder Umstand angeführt werden, denn Göring war oft ja fast immer die treibende Kraft und nur seinem Führer stand er nach. Er war die leitende Persönlichkeit bei den Angriffskriegen, sowohl als politischer, als auch als militärischer Führer; er war Leiter des Sklavenarbeiter- und der Urheber des Unterdrückungsprogramms gegen die Juden und gegen andere Rassen im In- und Auslande. Alle diese Verbrechen wurden von ihm offen zugegeben. In einigen bestimmten Fällen bestehen vielleicht bei den Aussagen Widersprüche; aber im großen und ganzen sind seine eigenen Eingeständnisse mehr als ausreichend, um seine Schuld nachzuweisen. Diese Schuld ist einmalig in ihrer Ungeheuerlichkeit. Für diesen Mann läßt sich in dem gesamten Prozeßstoff keine Entschuldigung finden.

Schlußfolgerung: Der Gerichtshof spricht den Angeklagten Göring nach allen 4 Punkten der Anklageschrift schuldig.

[454:]

JOACHIM VON RIBBENTROP

[...] *Verbrechen gegen den Frieden*: Bei der am 5. November 1937 abgehaltenen Hoßbach-Besprechung war Ribbentrop nicht zugegen, jedoch schickte er am 2. Januar 1938, während er noch Botschafter in England war, eine Denkschrift an Hitler, in der er seiner Meinung Ausdruck gab, eine Änderung des Status quo im deutschen Sinne könne nur mit Gewalt durchgeführt werden; er schlug Maßnahmen vor, um England und Frankreich von einer Einmischung in einen europäischen Krieg abzuhalten, der ausgefochten werden müßte, wenn eine solche Änderung herbeigeführt werde. Als Ribbentrop Außenminister wurde, erklärte ihm Hitler, Deutschland habe noch vier Probleme zu lösen; Österreich, das Sudetenland, Memel und Danzig, und erwähnte die Möglichkeit, sie durch „irgendeine endgültige Auseinandersetzung“ oder „militärische Erledigung“ zu lösen.

Am 12. Februar 1938 wohnte Ribbentrop der Besprechung zwischen Hitler und Schuschnigg bei, bei der Hitler durch Androhung einer Invasion Schuschnigg dazu zwang, eine Reihe von Zugeständnissen zu machen, die der Stärkung der Nazis in Österreich dienen sollten, ebenso die Ernennung Seyß-Inquarts zum Minister für Sicherheit und innere Angelegenheiten einschließlich der Kontrolle der Polizei. Ribbentrop befand sich in London, als die eigentliche Besetzung Österreichs durchgeführt wurde; auf Grund der ihm von Göring erteilten Auskünfte unterrichtete er die britische Regierung dahin, Deutschland habe Österreich kein Ultimatum gestellt, sondern in Österreich nur eingegriffen, um einen Bürgerkrieg zu verhüten. Am 13. März 1938 unterzeichnete Ribbentrop das Gesetz über die Einverleibung Österreichs in das Deutsche Reich.

Ribbentrop nahm an den Angriffsplänen gegen die Tschechoslowakei teil. Vom März 1938 an stand er in enger Fühlung mit der Sudetendeutschen Partei und gab ihr Anweisungen; diese hatten die Wirkung, das sudetendeutsche Problem als Lebensfrage, zum Vorwand für den von Deutschland gegen die Tschechoslowakei geplanten Angriff zu machen. Im August 1938 nahm er an einer Besprechung teil, die bezweckte, die Unterstützung Ungarns im Falle eines Krieges gegen die Tschechoslowakei zu erlangen. Nach dem Münchner Abkommen fuhr er fort, diplomatischen Druck mit dem Ziel auszuüben, den übrigen Teil der Tschechoslowakei zu besetzen. Er beteiligte sich an der Beeinflussung der Slowaken, ihre Unabhängigkeit zu erklären. Er war bei der Besprechung vom 14. und 15. März zugegen, bei der Hitler durch Androhung einer Invasion den Präsidenten Hacha dazu nötigte, der deutschen Besetzung der Tschechoslowakei zuzustimmen. Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen unterzeichnete Ribbentrop das Gesetz, durch das ein Protektorat für Böhmen und Mähren errichtet wurde.

Ribbentrop spielte eine besonders bedeutungsvolle Rolle bei den diplomatischen Vorgängen, die zum Angriff auf Polen führten. Er nahm an einer Besprechung vom 12. August 1939 teil, die dem Zweck diente, die Unterstützung Italiens für den Fall zu erlangen, der Angriff würde zu einem allgemeinen europäischen Krieg führen. Ribbentrop besprach die deutschen, sich auf Danzig und den polnischen Korridor beziehenden Forderungen in der Zeit vom 25. bis zum 30. August 1939 mit dem britischen Botschafter; er wußte damals, daß die deutschen Pläne für den Angriff auf Polen lediglich vorübergehend deshalb verschoben worden waren, um den Versuch zu machen, die Engländer zur Aufgabe ihrer den Polen gegebenen Garantie zu bewegen. Die Art und Weise, in der er diese Besprechungen durchführte, läßt klar erkennen, daß er dabei nicht etwa in gutem Glauben den Versuch machen wollte, eine Beilegung der zwischen Polen und Deutschland bestehenden Schwierigkeiten, zu erreichen.

Ribbentrop wurde im voraus von den Angriffen auf Norwegen und Dänemark und dem Angriff auf Holland und Belgien unterrichtet und bereitete die amtlichen Noten des [455:] Auswärtigen Amtes vor, die den Versuch darstellten, diese Angriffshandlungen zu rechtfertigen.

Ribbentrop wohnte der Konferenz vom 20. Januar 1941 bei, bei der Hitler und Mussolini den vorgeschlagenen Angriff auf Griechenland besprachen, sowie der Konferenz im Januar 1941, bei der Hitler von Antonescu die Erlaubnis zum Durchmarsch deutscher Truppen durch Rumänien zu diesem

Angriff erhielt. Als Jugoslawien sich am 25. März 1941 dem Dreimächtepakt der Achse anschloß, versicherte Ribbentrop, daß Deutschland die Souveränität und territoriale Unverletzlichkeit Jugoslawiens achten werde. Am 27. März 1941 wohnte er der nach dem jugoslawischen Staatsstreich abgehaltenen Besprechung bei, in der die Pläne zu der von Hitler bekanntgegebenen Absicht entworfen wurden, Jugoslawien zu vernichten.

Im Mai 1941 wohnte Ribbentrop einer Konferenz zwischen Hitler und Antonescu bei, die sich mit der Teilnahme Rumäniens am Angriff auf die USSR beschäftigte. Mit Rosenberg hat er sich außerdem über die Vorplanung für die politische Ausbeutung der Sowjetgebiete beraten und im Juli 1941, nach Ausbruch des Krieges, redete er Japan dringend zu, die Sowjetunion anzugreifen.

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Ribbentrop nahm an einer Besprechung vom 6. Juni 1944 teil, bei der man übereinkam, ein Programm zu entwerfen, auf Grund dessen alliierte Flieger, die im Tiefflug angriffen, gelyncht werden sollten. Im Dezember 1944 wurde Ribbentrop von den Plänen zur Ermordung eines in Kriegsgefangenschaft befindlichen französischen Generals in Kenntnis gesetzt, und er wies seine Mitarbeiter an, die Einzelheiten in der Weise auszuarbeiten, daß die Entdeckung des Planes durch die Schutzmacht verhindert werde. Ribbentrop ist auch wegen seiner sich auf die besetzten Länder und die Vasallenstaaten der Achse beziehenden Tätigkeit für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich. Die obersten deutschen Beamten in Dänemark und Vichy-Frankreich waren Vertreter des Auswärtigen Amtes und Ribbentrop ist daher für die allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Methoden verantwortlich, die bei der Besetzung dieser Länder verwirklicht wurden. Er redete den Italienern dringend zu, in Jugoslawien und Griechenland eine rücksichtslose Besetzungspolitik einzuschlagen.

Er spielte bei Hitlers „Endlösung“ der Judenfrage eine wichtige Rolle. Im September 1942 befahl er den bei verschiedenen Vasallenstaaten der Achse akkreditierten diplomatischen Vertretern, die Deportation der Juden nach dem Osten zu beschleunigen. Im Juni 1942 verlangte der deutsche Botschafter in Vichy von Laval die Auslieferung von 50.000 Juden zur Deportation nach dem Osten. Am 25. Februar 1943 beschwerte sich Ribbentrop bei Mussolini über die Langsamkeit der Italiener bei der Deportation von Juden aus der italienischen Besatzungszone Frankreichs. Am 17. April 1943 nahm er an einer Besprechung zwischen Hitler und Horthy über die Deportation von Juden aus Ungarn teil; er teilte Horthy mit, daß „die Juden entweder vernichtet oder in Konzentrationslager gebracht werden müssen“. Im Verlauf dieser Besprechung hatte Hitler die Juden mit „Tuberkelbazillen“ verglichen und erklärt, sie seien zu erschießen, wenn sie nicht arbeiteten. [...]

Schlußfolgerung: Der Gerichtshof entscheidet daher, daß Ribbentrop nach allen 4 Anklagepunkten schuldig ist.

[456:]

WILHELM KEITEL

[...] *Verbrechen gegen den Frieden*: Keitel und zwei andere Generale nahmen an der Besprechung mit Schuschnigg im Februar 1938 teil. Er gab zu, daß ihre Anwesenheit eine „militärische Demonstration“ darstellte; da er aber erst gerade eine Woche vorher zum Chef des OKW ernannt worden war, hatte er nicht gewußt, warum er zur Unterredung zugezogen worden sei. Hitler und Keitel fuhren daraufhin fort, einen Druck auf Österreich auszuüben, und zwar durch falsche Gerüchte, Rundfunksendungen und Truppenübungen. Keitel sorgte für die militärischen und anderen Maßnahmen; Jodl vermerkte hierzu in seinem Tagebuch: „Die Wirkung ist schnell und stark.“ Als Schuschnigg zur Volksabstimmung aufrief, erstattete Keitel in jener Nacht Hitler und seinen Generalen Bericht, und Hitler gab den von Keitel abgezeichneten Befehl für den „Fall Otto“ heraus.

Am 21. April 1938 erwogen Hitler und Keitel die Ausnutzung eines etwaigen „Zwischenfalles“, wie z. B. die Ermordung des deutschen Gesandten in Prag, zur Einleitung des Angriffs auf die Tschechoslowakei. Keitel unterzeichnete viele Anordnungen und Denkschriften über den „Fall Grün“, einschließlich der Anordnung vom 30. Mai, die Hitlers Erklärung enthielt: „Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei in naher Zukunft durch eine militärische Aktion zu zerschlagen.“ – Nach München zeichnete Keitel Hitlers Befehl zum Angriff auf die Tschechoslowakei und gab zwei Ergänzungen dazu.

Die zweite Ergänzung besagte, daß der Angriff nach außen als „eine reine Befreiungsaktion und nicht als eine kriegerische Unternehmung erscheinen solle“. [...]

Keitel war am 23. Mai 1939 dabei, als Hitler seinen Entschluß, „Polen bei der ersten geeigneten Gelegenheit anzugreifen“, bekanntgab. Damals hatte er bereits die Weisung an die Wehrmacht unterzeichnet, die Aufmarschtabelle für den „Fall Weiß“ dem OKW bis zum 1. Mai zu unterbreiten.

Am 12. Dezember 1939 besprach er mit Hitler, Jodl und Raeder die Invasion Norwegens und Dänemarks. Durch Befehl vom 27. Januar 1940 wurden die Pläne über Norwegen unter Keitels „unmittelbare und persönliche Leitung“ gestellt. Hitler hatte am 23. Mai 1939 erklärt, die Neutralität Belgiens und der Niederlande nicht zu achten; Keitel unterzeichnete die Befehle für die entsprechenden Angriffe am 15. Oktober, 20. und 28. November 1939. Befehle, die den Angriff 17mal, bis zum Frühjahr 1940, verschoben, waren alle von Keitel oder von Jodl unterzeichnet.

Die greifbare Planung für einen Angriff auf Griechenland und Jugoslawien war im November 1940 begonnen worden. Am 18. März 1941 war Keitel anwesend, als Hitler zu Raeder sagte, die vollständige Besetzung Griechenlands sei Vorbedingung für eine militärische Endlösung, und ebenso hörte er am 27. März, wie Hitler die Vernichtung Jugoslawiens „mit unbarmherziger Härte“ befahl.

Keitel hat ausgesagt, daß er sich der Invasion der Sowjetunion aus militärischen Gründen, und auch weil dies eine Verletzung des Nichtangriffspaktes darstellte, widersetzt hätte. Trotzdem signierte er den von Hitler am 18. Dezember 1940 unterzeichneten „Fall Barbarossa“ und wohnte der Besprechung im OKW mit Hitler am 3. Februar 1941 bei. Keitels Ergänzungen vom 13. März regelten das Verhältnis zwischen den militärischen und den politischen Funktionären. Am 6. Juni 1941 gab er seine Aufmarschtabelle für die Invasion heraus und war bei der Besprechung vom 14. Juni, bei der die Generale ihre endgültigen Berichte vor dem Angriff erstatteten, anwesend. Er ernannte Jodl und Warlimont zu Vertretern des OKW bei Rosenberg für alle die Ostgebiete betreffenden Angelegenheiten. Am 16. Juni befahl er allen Einheiten des Heeres, die von Göring in der sogenannten „Grünen Mappe“ herausgegebenen wirtschaftlichen Richtlinien für die Ausbeutung von russischen Gebieten, Nahrungsmitteln und Rohprodukten durchzuführen.

[457:] *Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit*: Am 4. August 1942 erließ Keitel einen Befehl, daß Fallschirmspringer dem SO überantwortet werden sollten. Am 18. Oktober erließ Hitler den in mehreren Fällen ausgeführten Kommandobefehl. Nach der alliierten Landung in der Normandie bestätigte Keitel diesen Befehl und dehnte ihn späterhin auf die mit den Partisanen

kämpfenden alliierten Verbände aus. Er gibt zu, nicht an die Rechtmäßigkeit des Befehles geglaubt zu haben, behauptet jedoch, er hätte Hitler von der Herausgabe nicht zurückhalten können.

Als das OKW am 8. September 1941 seine unbarmherzigen Richtlinien für sowjetische Kriegsgefangene erließ, schrieb Canaris an Keitel, daß auf Grund des Völkerrechts der SD nichts damit zu tun haben dürfe. Auf dieser Denkschrift findet sich – in Keitels Handschrift mit dem Datum des 23. September und von ihm signiert – folgende Anmerkung: „Die Bedenken entspringen den soldatischen Auffassungen von ritterlichem Krieg. Hier handelt es sich um die Vernichtung einer Weltanschauung. Deshalb billige ich die Maßnahme und decke sie.“ Keitel hat ausgesagt, daß er in Wirklichkeit Canaris' Auffassung teilte, mit Hitler jedoch erfolglos gestritten habe. Der Chef des OKW befahl den Militärbehörden, mit dem Einsatzstab Rosenberg zwecks Plünderung von Kulturgütern in den besetzten Gebieten zusammenzuarbeiten. [...]

Am 12. Mai 1941, fünf Wochen vor der Invasion der Sowjetunion, drängte das OKW bei Hitler darauf, einen Befehl an das OKH zu geben, wonach politische Kommissare durch das Heer zu erledigen seien. Keitel gab zu, diesen Befehl an die Befehlshaber im Felde weitergeleitet zu haben. Am 13. Mai unterzeichnete Keitel einen Befehl, daß Zivilpersonen, welche Vergehen gegenüber der Truppe verdächtig seien, ohne Gerichtsverfahren erschossen werden sollten, und eine Strafverfolgung deutscher Soldaten wegen gegen Zivilisten begangener Vergehen unnötig sei. Am 27. Juli wurden alle Exemplare dieser Anordnung auf Befehl vernichtet, ohne daß die Anordnung ihre Gültigkeit verlor. Vier Tage zuvor hatte er einen Befehl unterzeichnet, eine gesetzliche Bestrafung sei unzulänglich und die Truppe habe Terrorismusmethoden anzuwenden.

Am 7. Dezember 1941 bestimmte – wie bereits in diesem Urteil besprochen – der sogenannte „Nacht- und Nebel-Erlass“, der Keitels Unterschrift trug, daß in besetzten Gebieten gegen Zivilpersonen, die des Verbrechens des Widerstands gegen die Besatzungsmacht beschuldigt waren, nur dann verhandelt werden sollte, falls ein Todesurteil zu erwarten sei; im anderen Falle sollten sie der Gestapo zur Verschickung nach Deutschland ausgeliefert werden.

Keitel hat angeordnet, russische Kriegsgefangene in der deutschen Kriegsindustrie einzusetzen. Am 8. September 1942 befahl er, daß französische, niederländische und belgische Staatsbürger beim Bau des Atlantikwalls zu arbeiten hätten. Als Hitler am 4. Januar 1944 Sauckel befahl, aus den besetzten Gebieten 4 Millionen neue Arbeitskräfte herauszupressen, war Keitel anwesend.

Angesichts dieser Urkunden leugnet Keitel seine Beziehungen zu diesen Handlungen nicht. Seine Verteidigung stützt sich vielmehr auf die Tatsache, er sei Soldat, und auf den Grundsatz des „Befehls von oben“, welcher aber auf Grund von Artikel 8 des Statuts nicht als Entschuldigung zugelassen ist.

Mildernde Umstände liegen nicht vor. Befehle von oben, auch wenn einer Militärperson erteilt, können nicht als mildernder Umstand betrachtet werden, wenn derart empörende und weitverbreitete Verbrechen bewußt, rücksichtslos und ohne militärische Notwendigkeit oder Rechtfertigung begangen worden sind.

Schlußfolgerung: Der Gerichtshof findet Keitel nach allen 4 Anklagepunkten schuldig.

[458:]

ERNST KALTENBRUNNER

[...] *Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit*: Als Kaltenbrunner am 30. Januar 1934 Chef der Sicherheitspolizei, des SD und des RSHA wurde, übernahm er die Leitung einer Organisation, die die Hauptämter der Gestapo, des SD und der Kriminalpolizei umfaßten. Als Chef des RSHA hatte Kaltenbrunner die Befugnis, Schutzhaft in Konzentrationslager anzuordnen. Befehle dieser Art wurden normalerweise mit seiner Unterschrift ausgegeben. Kaltenbrunner kannte die Zustände in den Konzentrationslagern. Er hat zweifellos Mauthausen besucht, und Zeugen haben ausgesagt, daß er der Tötung von Gefangenen durch die verschiedensten Hinrichtungsmethoden, wie Erhängen, Genickschuß und Vergasen, als Teil einer Vorführung, beigewohnt habe. Kaltenbrunner selbst befahl die Hinrichtung von Gefangenen in diesen Lagern und sein Büro war gewohnt, Hinrichtungsbefehle an die Lager weiterzugeben, die aus Himmlers Büro stammten. Am Ende des Krieges war Kaltenbrunner bei den Vorkehrungen für die Evakuierung von Konzentrationslager-Insassen, sowie der Vernichtung einer großen Anzahl von ihnen, beteiligt, in der Absicht, zu verhindern, daß sie von den alliierten Armeen befreit würden.

Während des Zeitraumes, da Kaltenbrunner Chef des RSHA war, befolgte dieses ein weitverbreitetes Programm der Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Zu diesen Verbrechen gehörte die Mißhandlung und Ermordung von Kriegsgefangenen. Unter der Kontrolle der Gestapo arbeitende Einsatzkommandos führten die Untersuchung von Sowjet-Kriegsgefangenen durch. Juden, Kommissare und andere, von denen angenommen wurde, daß sie auf Grund ihrer Weltanschauung dem Nazi-System feindlich gegenüberstanden, wurden dem RSHA gemeldet, das ihre Überführung in ein Konzentrationslager und ihre Ermordung veranlaßte. Ein Befehl des RSHA, der während Kaltenbrunners Regime erlassen wurde, setzte den „Kugel-Erlaß“ in Kraft, auf Grund dessen gewisse Kriegsgefangene, die geflohen und wieder ergriffen worden waren, nach Mauthausen gebracht und erschossen wurden.

Während Kaltenbrunner Chef des RSHA war, wurde von der Gestapo der Befehl zur Tötung von Kommandotrups auf Fallschirmtruppen ausgedehnt. Ein von Kaltenbrunner unterzeichneter Befehl wies die Polizei an, sich bei Angriffen auf abgesprungene alliierte Flieger nicht einzumischen. Im Dezember 1944 nahm Kaltenbrunner an der Ermordung eines kriegsgefangenen französischen Generals teil. [...]

Das RSHA spielte eine führende Rolle bei der „Endlösung“ des jüdischen Problems durch Ausrottung der Juden. Eine Sonderabteilung wurde unter Amt IV des RSHA zur Überwachung dieses Programms geschaffen. Unter ihrer Leitung wurden ungefähr 6 Millionen Juden ermordet, von denen 2 Millionen von Einsatzgruppen und anderen Einheiten der Sicherheitspolizei getötet wurden. Kaltenbrunner war von der Tätigkeit dieser Einsatzgruppen in Kenntnis gesetzt worden, als er Höherer SS- und Polizeiführer war, und diese Einsatzgruppen setzten ihre Tätigkeit fort, nachdem er Chef des RSHA geworden war.

Die Ermordung von ungefähr 4 Millionen Juden in Konzentrationslagern wurde bereits erwähnt. Auch dieser Teil des Programms unterstand der Aufsicht des RSHA, während Kaltenbrunner Chef dieser Organisation war; vom RSHA ausgesandte Sondergruppen durchreisten die besetzten Gebiete sowie die verschiedenen Vasallenstaaten der Achse, um die Deportation der Juden nach diesen Ausrottungsinstituten einzurichten. Kaltenbrunner wußte um diese Tätigkeit Bescheid. Ein von ihm am 30. Juni 1944 verfaßter Brief beschrieb die Verfrachtung von 12.000 Juden nach Wien zu diesem Zweck, und ordnete an, daß alle diejenigen, die nicht arbeiten könnten, zur „Sonderaktion“ bereitzustellen [459:] seien – was Mord bedeutete. Kaltenbrunner leugnete seine Unterschrift auf diesem Brief, was er auch mit Bezug auf eine große Anzahl von Befehlen getan hat, auf die sein Name gestempelt oder mit Schreibmaschine geschrieben, in wenigen Fällen auch handschriftlich gesetzt war. Es ist nicht glaubhaft, daß seine Unterschrift in Angelegenheiten von so großer Wichtigkeit ohne seine Ermächtigung so oft erscheinen konnte.

Kaltenbrunner hat behauptet, daß sein Amtsantritt als Chef der Sicherheitspolizei, des SD und des RSHA auf Grund einer Vereinbarung mit Himmler geschah, die vorsah, daß er seine Tätigkeit auf Angelegenheiten des ausländischen Nachrichtendienstes beschränken solle, während er die Gesamtverantwortung für die Tätigkeit des RSHA nicht zu übernehmen hatte. Er behauptet, daß das verbrecherische Programm vor seinem Amtsantritt bereits eingesetzt hatte; daß er selten wußte, was voring, und daß er sein möglichstes tat, es aufzuhalten, wenn er in Kenntnis gesetzt wurde. Es ist richtig, daß er für Angelegenheiten des ausländischen Nachrichtendienstes besonderes Interesse zeigte. Er hat jedoch die Kontrolle über die Tätigkeit des RSHA ausgeübt; er wußte Bescheid über die von diesem begangenen Verbrechen und hat an vielen aktiv teilgenommen.

Schlußfolgerung: Der Gerichtshof entscheidet, daß Kaltenbrunner nach Anklagepunkt 1 nicht schuldig ist. Er ist schuldig nach Anklagepunkt 3 und 4.

[460:]

ALFRED ROSENBERG

[...] *Verbrechen gegen den Frieden*: Als Leiter des APA leitete er eine Organisation, deren Agenten in allen Teilen der Welt Intrigen betrieben. In seinen eigenen Berichten behauptet er z. B., daß der Beitritt Rumäniens zur Achse im wesentlichen auf die Tätigkeit des APA zurückzuführen sei. Als Leiter des APA spielte er eine wesentliche Rolle bei der Vorbereitung und Planung des Angriffs auf Norwegen.

Zusammen mit Raeder war Rosenberg einer der Urheber des Planes für den Angriff auf Norwegen. Rosenberg begann sich bereits im Juni 1939, als er mit Quisling verhandelte, für Norwegen zu interessieren. Quisling hatte auf die Bedeutung der norwegischen Küste im Falle eines Konflikts zwischen Deutschland und Großbritannien hingewiesen und die Befürchtung ausgesprochen, daß Großbritannien sich möglicherweise die Hilfe Norwegens verschaffen könnte. Als Ergebnis dieser Besprechung wurde es Quisling durch Rosenberg ermöglicht, mit den Nationalsozialisten eng zusammenzuarbeiten und die politische Unterstützung der Nazis zu erhalten. [...] Rosenberg trägt einen großen Teil der Verantwortung für die Planung und Ausführung der Besatzungspolitik in den besetzten Ostgebieten. Er wurde bereits am 2. April 1941 von Hitler über den bevorstehenden Angriff auf Rußland unterrichtet und erklärte sich bereit, in der Eigenschaft eines „Politischen Beraters“ seine Dienste zur Verfügung zu stellen. Am 20. April 1941 wurde er zum Leiter der Zentralstelle für Probleme im Zusammenhang mit dem osteuropäischen Raum bestellt. Im Verlaufe seiner Vorbereitung zu den Besatzungsplänen hatte er zahlreiche Besprechungen mit Keitel, Raeder, Göring, Funk, Ribbentrop und anderen hohen Reichsfunktionären. Im April und Mai 1941 arbeitete er mehrere Entwürfe für die Richtlinien zur Errichtung einer Verwaltung in den besetzten Ostgebieten aus. Am 20. Juni 1941, zwei Tage vor dem Angriff auf die USSR, hielt er vor seinen Mitarbeitern über Besatzungsprobleme und -methoden eine Rede. Er war bei der Hitler-Konferenz vom 16. Juli 1941 zugegen, auf der die bei der Verwaltung und Besatzung anzuwendende Politik erörtert wurde. Am 17. Juli 1941 ernannte Hitler Rosenberg zum Minister für die besetzten Ostgebiete und übertrug ihm offiziell die Verantwortung für die Zivilverwaltung.

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Humanität: Rosenberg ist für ein System organisierter Plünderung öffentlichen und privaten Eigentums in allen überfallenen Ländern Europas verantwortlich. Auf Grund der Befehle Hitlers, zur Errichtung der „Hohen Schule“, vom Januar 1940, organisierte und leitete er den Einsatzstab Rosenberg, der zahlreiche Museen und Bibliotheken plünderte, Kunstschätze und Sammlungen beschlagnahmte und Privathäuser ausraubte. Seine eigenen Berichte geben ein Bild von dem Umfang der Beschlagnahme. Bei der „Aktion“ (Möbel), die im Dezember 1941 auf Rosenbergs Vorschlag eingeleitet wurde, wurden 69.619 jüdische Wohnungen im Westen, 38.000 allein in Paris, geplündert. Man benötigte 26.984 Eisenbahnwagen, um die beschlagnahmten Möbel nach Deutschland zu schaffen. Bis zum 14. Juli 1944 hatte der Einsatzstab im Westen mehr als 21.903 Kunstgegenstände, darunter berühmte Gemälde und Museumsstücke, weggeschafft.

Durch seine Ernennung zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete am 17. Juli 1941 bekam Rosenberg die Oberherrschaft über diese Gebiete. Er hat bei der Formulierung der Germanisierungs-, Ausbeutungs- und Sklavenarbeitspolitik mitgeholfen, sowie der auf Ausrottung der Juden wie der Gegner der Nazi-Herrschaft gerichteten Pläne. Er schuf die Verwaltung, die sie durchführte. Er nahm an der Besprechung vom 16. Juli 1941 teil, bei der Hitler erklärte, daß sie der Aufgabe gegenüberstünden, „den riesigen Kuchen unseren Bedürfnissen entsprechend aufzuteilen, um in der Lage zu sein, erstens, ihn zu [461:] beherrschen, zweitens, ihn zu verwalten und drittens, ihn auszubeuten“. Bei dieser Besprechung deutete er Hitler an, daß ein rücksichtsloses Vorgehen in Aussicht genommen sei. Am nächsten Tage erklärte Rosenberg, daß er das Amt annehme.

Rosenberg wußte über die brutale Behandlung und den Terror, denen die Völker des Ostens ausgesetzt waren, Bescheid. Er gab Anweisung, daß die Haager Regeln für die Landkriegsführung in den besetzten Ostgebieten nicht anwendbar seien. Er wußte Bescheid über die Entblößung der Ostgebiete von Rohmaterialien und Nahrungsmitteln, die nach Deutschland gesandt wurden, und beteiligte sich

aktiv daran. Er erklärte, daß die Ernährung des deutschen Volkes auf dem ersten Platz auf seiner Liste der an den Osten zu stellenden Anforderungen stehe, und daß das Sowjetvolk darunter leiden werde. Seine Anweisungen sahen die Absonderung der Juden, und zwar als Endziel im Ghetto, vor. Seine Untergebenen begingen Massenmorde an Juden, und seine Zivilverwaltung im Osten war der Ansicht, daß es notwendig sei, den Osten von Juden zu reinigen. Im Dezember 1941 machte er Hitler den Vorschlag, bei einem Fall von Erschießungen von hundert Geiseln ausschließlich Juden dafür zu nehmen. Rosenberg wußte Bescheid über die Verschickung von Arbeitern aus dem Osten, über die Methoden der „Rekrutierung“ und die Schrecken der Beförderung, sowie über die Behandlung, die die Ostarbeiter im Reich erfuhren. Er gab den Beamten seiner Zivilverwaltung die Zahlen der Arbeiter an, die ins Reich geschickt werden mußten und die, einerlei auf welche Weise, zu beschaffen wären. Der Befehl vom 14. Juni 1944 für die Heu-Aktion, die Erfassung von 40.000 bis 50.000 jugendlichen im Alter von 10 bis 14 Jahren zum Abtransport ins Reich, trägt seine Genehmigungsunterschrift. Gelegentlich wandte sich Rosenberg gegen die von seinen Untergebenen begangenen Ausschreitungen und Grausamkeiten, besonders im Falle Koch, aber diese Ausschreitungen nahmen ihren Fortgang, und er blieb bis zum Ende im Amte.

Schlußfolgerung: Der Gerichtshof hat Rosenberg nach allen vier Anklagepunkten für schuldig befunden.

[462:]

HANS FRANK

[...] *Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit*: Frank wurde zum Chef der Zivilverwaltung für die besetzten polnischen Gebiete ernannt und erhielt am 12. Oktober 1939 den Posten eines Generalgouverneurs der besetzten polnischen Gebiete. Am 3. Oktober 1939 umschrieb er folgendermaßen die Politik, die er zu verfolgen beabsichtigte: „Polen wird als Kolonie behandelt werden; die Polen sollen die Sklaven des Großdeutschen Weltreiches werden.“ Das Beweismaterial hat ergeben, daß diese Besatzungspolitik auf die vollständige Zerstörung Polens als nationale Einheit und einer rücksichtslosen Ausbeutung seiner menschlichen und wirtschaftlichen Hilfsquellen für den deutschen Kriegseinsatz gerichtet war. jeder Widerstand wurde mit äußerster Härte niedergeschlagen. Ein Terror-Regime wurde eingeführt, das von Polizei-Schnellgerichten unterstützt war, welche Maßnahmen, wie öffentliche Erschießungen von Gruppen von 20 bis 200 Polen und weitgehende Geislerschießungen, anordneten. Das Konzentrationslagersystem wurde im Generalgouvernement durch die Errichtung der berüchtigten Lager von Treblinka und Maydanek eingeführt. Frank gab einen Hinweis auf das Ausmaß seines Terror-Regimes schon am 6. Februar 1940, als er einem Zeitungsberichterstatter mit Bezug auf von Neuraths Anschlag, der die Hinrichtung tschechischer Studenten bekanntgab, zynisch erklärte: „Wenn ich befehlen würde, daß jedesmal wegen sieben erschossenen Polen Anschläge angebracht werden, dann gäbe es in ganz Polen nicht genug Wälder, um das Papier für diese Anschläge herzustellen.“

Am 30. Mai 1940 erklärte Frank auf einer Polizeikonferenz, daß er sich die Offensive im Westen, die die Aufmerksamkeit der Welt von Polen ablenken würde, zu Nutzen machen werde, um Tausende von Polen zu vernichten, die möglicherweise der deutschen Herrschaft über Polen Widerstand entgegensetzen könnten, einschließlich der führenden Vertreter der polnischen intellektuellen Kreise.

Diesen Anweisungen folgend, wurde die brutale A. B.-Aktion begonnen, in deren Verlauf die Sicherheitspolizei und der SD die Vernichtungen durchführten, die nur teilweise den Beschränkungen eines gerichtlichen Verfahrens unterworfen waren. Am 2. Oktober 1943 gab Frank einen Erlaß heraus, demzufolge jeder Nicht-Deutsche, der deutsche Aufbauarbeiten im Generalgouvernement sabotierte, Schnellgerichten der Sicherheitspolizei und des SD zuzuführen und zum Tode zu verurteilen war.

Die an das Generalgouvernement gestellten wirtschaftlichen Anforderungen überstiegen bei weitem den Bedarf der Besatzungsarmee und standen in gar keinem Verhältnis zu den Hilfsquellen des Landes. Die aus Polen fortgeführten Nahrungsmittel wurden in einem so großen Umfange nach Deutschland geschickt, daß die Rationen der Bevölkerung in den besetzten Gebieten auf ein Hungerniveau herabgedrückt wurden, und Seuchen weiteste Verbreitung fanden. Zwar wurden einige Schritte unternommen, um die Ernährung der landwirtschaftlichen Arbeiter, die zur Einbringung der Ernte benötigt wurden, sicherzustellen, die Bedürfnisse der übrigen Bevölkerung jedoch fanden keine Beachtung. Es ist zweifellos richtig, daß, wie der Verteidiger ausführte, eine gewisse Not im Generalgouvernement als Ergebnis der Kriegsverwüstungen und des sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Chaos unvermeidlich war. Aber die Not wurde durch gewollte wirtschaftliche Ausbeutungspolitik erhöht.

Frank führte die Deportation von Sklavenarbeitern nach Deutschland schon in den ersten Anfängen seiner Verwaltungstätigkeit ein. Am 25. Januar 1940 gab er seine Absicht bekannt, 1 Million Arbeiter nach Deutschland zu deportieren, und am 10. Mai 1940 schlug er das Mittel der Polizei-Razzia zur Aufbringung dieses Kontingentes vor. Am [463:] 18. August 1942 berichtete er, daß er bereits 800.000 Arbeiter für das Reich geliefert habe, und erwarte, in der Lage zu sein, vor Jahresende 140.000 weitere zu liefern.

Zu Beginn seiner Aussage erklärte Frank, daß er eine „schreckliche Schuld“ wegen der in den besetzten Gebieten verübten Grausamkeiten empfinde. Trotzdem war seine Verteidigung zum großen Teil dem Versuch gewidmet, den Nachweis zu erbringen, daß er tatsächlich nicht verantwortlich gewesen sei, daß er nur die notwendigen Befriedungsmaßnahmen angeordnet habe, daß die Ausschreitungen

der Tätigkeit der nicht unter seiner Kontrolle stehenden Polizei zuzuschreiben sei, und daß er nichts von den Vorgängen in den Konzentrationslagern gewußt habe. Es ist ebenfalls behauptet worden, daß die Hungersnot den Nachwirkungen des Krieges und der im Zeichen des Vierjahresplanes verfolgten Politik zuzuschreiben sei, daß das Zwangsarbeitsprogramm unter der Leitung Sauckels gestanden habe, und daß die Ausrottung der Juden durch die Polizei und die SS auf direkten Befehl Himmlers vorgenommen worden sei.

Es ist zweifellos zutreffend, daß der größte Teil des verbrecherischen Programms, das Frank zum Vorwurf gemacht wird, von der Polizei durchgeführt wurde, daß Frank Kompetenzstreitigkeiten mit Himmler bezüglich der Kontrolle der Polizei hatte, und daß Hitler viele dieser Streitigkeiten zugunsten Himmlers entschied. Es mag auch wahr sein, daß einige der im Generalgouvernement begangenen Verbrechen ohne Franks Kenntnis, und gelegentlich sogar gegen seinen Willen, begangen worden sind. Es mag ebenso zutreffend sein, daß einige der verbrecherischen Unternehmungen, die im Generalgouvernement ausgeführt wurden, nicht von Frank ausgingen, sondern auf aus Deutschland stammende Befehle zurückzuführen waren. Aber es ist ebenso wahr, daß Frank ein williger und wisender Mitwirkender sowohl bei der Anwendung von Terror in Polen war, wie bei der wirtschaftlichen Ausbeutung Polens auf eine Art und Weise, die zum Hungertod einer großen Anzahl Menschen führte; ferner bei der Deportation von mehr als einer Million Polen als Sklavenarbeiter nach Deutschland, und in Ausführung eines Programms, das den Mord von mindestens drei Millionen Juden zur Folge hatte.

Schlußfolgerung: Der Gerichtshof erkennt, daß Frank nach Punkt 1 der Anklageschrift nicht schuldig, dagegen nach Punkt 3 und 4 schuldig ist.

[464:]

WILHELM FRICK

[...] *Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit*: Immer ein wilder Antisemit, entwarf, unterzeichnete und wendete Frick zahlreiche Gesetze an, die den Zweck hatten, die Juden aus Deutschlands Leben und Wirtschaft auszuschalten. Seine Tätigkeit schuf die Basis für die Nürnberger Gesetze und er war bei ihrer Durchführung tätig. Er war verantwortlich für das Verbot, auf Grund dessen Juden zahlreiche Berufe nicht ausüben durften, und für die Einziehung ihres Besitzes. Er unterschrieb 1943 nach der Massenausrottung von Juden im Osten einen endgültigen Erlaß, der sie „außerhalb des Gesetzes“ stellte und übergab sie der Gestapo. Diese Gesetze ebneten den Weg zur „Endlösung“ und wurden von Frick auf die einverleibten Gebiete und gewisse besetzte Gebiete ausgedehnt. Während er Reichsprotektor von Böhmen und Mähren war, wurden Tausende von Juden aus dem Ghetto in Theresienstadt in der Tschechoslowakei nach Auschwitz überführt, wo sie getötet wurden. Er gab einen Erlaß heraus, der ein besonderes Strafgesetz für Juden und Polen im Generalgouvernement enthielt.

Die Polizei gehörte offiziell zur Zuständigkeit des Reichsinnenministers, doch übte Frick tatsächlich nur geringe Kontrolle über Himmler und Polizeiangelegenheiten aus. Er unterschrieb jedoch sowohl das Gesetz, durch das Himmler zum Leiter der deutschen Polizei ernannt wurde, als auch die Verordnungen, die der Gestapo die Zuständigkeit über die Konzentrationslager übertrugen, und welche die Ausführung der Befehle zur Inschutzhaftnahme regelten. Aus der großen Zahl der an ihn gerichteten Beschwerden und aus den Aussagen der Zeugen schließt der Gerichtshof, daß Frick von den in diesen Lagern begangenen Grausamkeiten wußte. In Kenntnis der Methoden Himmlers unterschrieb Frick Verordnungen, die Himmler ermächtigten, in gewissen eingegliederten Gebieten die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen. Worauf diese „Sicherheitsmaßnahmen“ hinausliefen, ist bereits behandelt worden.

Als oberste Reichsbehörde in Böhmen und Mähren trägt Frick allgemein die Verantwortung für die Unterdrückungsmaßnahmen in diesem Gebiet seit 23. August 1943, wie z. B. die Terrorisierung der Einwohner, Sklavenarbeit und Deportation der Juden nach Konzentrationslagern zum Zwecke der Ausrottung. Es ist richtig, daß die Pflichten Fricks als Reichsprotektor wesentlich mehr beschränkt waren, als die seines Vorgängers, und daß er keine gesetzgebende und persönlich nur beschränkte vollziehende Gewalt im Protektorat hatte. Nichtsdestoweniger war sich Frick der damals angewandten Nazi-Besatzungsmethoden in Europa, insbesondere gegenüber den Juden, völlig bewußt, und durch die Annahme des Amtes des Reichsprotektors übernahm er für die Durchführung dieser Methoden in Böhmen und Mähren die Verantwortung.

Fragen der deutschen Staatsangehörigkeit unterstanden ihm sowohl in den besetzten Gebieten wie auch im Reich, solange er Innenminister war. Nachdem er ein Rassenregister für Personen deutscher Abstammung geschaffen hatte, verlieh er die deutsche Staatsbürgerschaft an gewisse Gruppen von Bürgern fremder Länder. Er trägt die Verantwortung für die Germanisierung in Österreich, dem Sudetenland, Memel, Danzig, den Ostgebieten (Westpreußen und Posen), Eupen-Malmedy und Moresnet. Den Bürgern dieser Gebiete zwang er deutsches Recht, deutsche Gerichte, deutsche Erziehung, deutsche Polizei und Militärdienstpflicht auf.

Während des Krieges unterstanden Frick Privatkliniken, Krankenhäuser und Irrenhäuser, in welchen der Gnadentod zur Anwendung kam, der an einer anderen Stelle dieses Urteils behandelt ist. Es war ihm bekannt, daß geistig Defekte, Kranke und altersschwache Personen, als „nutzlose Esser“, systematisch umgebracht wurden. Beschwerden über diese Morde erreichten ihn, jedoch tat er nichts, um dem Einhalt zu gebieten. In einem [465:] Bericht der tschechoslowakischen Kommissionen für Kriegsverbrechen wird geschätzt, daß 275.000 geistes- und altersschwache Personen, für deren Wohl er verantwortlich war, den Morden zum Opfer fielen.

Schlußfolgerung: Der Gerichtshof erkennt, daß Frick nicht schuldig ist nach Punkt 1. Er ist schuldig jedoch nach Punkt 2, 3 und 4.

[466:]

JULIUS STREICHER

[...] *Verbrechen gegen die Menschlichkeit*: Auf Grund der 25 Jahre des Redens, Schreibens und Predigens des Judenhasses war Streicher als „Judenhetzer Nummer Eins“ weithin bekannt. In seinen Woche um Woche, Monat um Monat erscheinenden Reden und Artikeln verseuchte er die Gedankengänge der Deutschen mit dem Giftstoff des Antisemitismus, und hetzte das deutsche Volk zur aktiven Verfolgung auf. Jede Ausgabe des Stürmers, der 1935 eine Auflage von 600.000 erreichte, war mit solchen oft pornographischen und widerlichen Artikeln angefüllt.

Streicher war der Leiter des Judenboykotts vom 1. April 1933. Er befürwortete die Nürnberger Gesetze des Jahres 1935. Er war für die Zerstörung der Synagoge in Nürnberg am 10. August 1938 verantwortlich, und am 10. November setzte er sich öffentlich für den Judenpogrom, der zu diesem Zeitpunkt stattfand, ein.

Jedoch nicht nur in Deutschland allein vertrat dieser Angeklagte seine Lehren. Schon 1938 begann er, die Ausrottung der jüdischen Rasse zu fordern. 23 verschiedene Artikel aus Ausgaben des „Stürmers“ aus den Jahren 1938 bis 1941, die die Ausrottung „mit Stumpf und Stiel“ predigen, sind als Beweismittel vorgelegt worden. Ein Leitartikel im September 1938 war typisch für seine Lehren, in denen der Jude als Bazillus und Pest bezeichnet wird und nicht als menschliches Wesen, sondern als „ein Schmarotzer, ein Feind, ein Übeltäter, ein Krankheitsverbreiter, der im Interesse der Menschheit vernichtet werden muß“. Andere Artikel heben hervor, daß erst nach Vernichtung des Weltjudentums das jüdische Problem als gelöst zu betrachten sei und sagten voraus, daß in SD Jahren die Judengräber „beweisen werden, daß endlich dieses Volk der Mörder und Verbrecher sein verdientes Schicksal erfahren hat“. Im Februar 1940 veröffentlichte Streicher einen Brief eines Lesers des „Stürmers“, der Juden mit Heuschreckenschwärmen verglich, die völlig ausgerottet werden müßten. Das war die Art, wie Streicher die Gedankengänge Tausender von Deutschen vergiftete, und dies war der Anlaß dafür, daß die Deutschen der nationalsozialistischen Politik der Verfolgung und Vernichtung der Juden Folge leisteten. [...]

In Kenntnis der Ausrottung der Juden in den besetzten Ostgebieten fuhr der Angeklagte fort, seine Mordpropaganda zu schreiben und zu veröffentlichen. In seiner Aussage in diesem Prozeß leugnete er aufs energischste jegliche Kenntnis von den Massenhinrichtungen der Juden ab. Das Beweismaterial ergibt jedoch klar, daß er unausgesetzt laufend Kenntnis von den Fortschritten der „Endlösung“ erhielt. Sein Photograph wurde im Frühjahr 1943, dem Zeitpunkt der Zerstörung des Warschauer Ghettos, zum Besuch der Ghettos nach dem Osten geschickt. Die jüdische Zeitung „Israelitisches Wochenblatt“, die Streicher erhielt und las, brachte in jeder ihrer Ausgaben Berichte über die Greuelthaten gegen die Juden im Osten und Angaben über die Zahl der Juden, die deportiert und getötet wurden. Zum Beispiel berichteten die im Sommer und Herbst 1942 erschienenen Ausgaben über den Tod von 72 729 Juden in Warschau, 17.542 in Łódź, 18.000 in Kroatien, 125.000 in Rumänien, 14.000 in Litauen, 85.000 in Jugoslawien, 700.000 in ganz Polen. Im November 1943 zitierte Streicher wörtlich einen Artikel aus dem „Israelitischen Wochenblatt“, in dem es hieß, daß die Juden tatsächlich aus Europa verschwunden seien, und bemerkte hierzu: „Das ist keine jüdische Lüge“. Im Dezember 1942 sagte Streicher mit Bezug auf einen Artikel in der Londoner „Times“ über die die Ausrottung bezweckenden Greuelthaten, daß Hitler davor gewarnt hätte, daß der zweite Weltkrieg zur Vernichtung des Judentums führen werde. Im Januar 1943 schrieb und veröffentlichte er einen Artikel, in dem es hieß, daß Hitlers Prophezeiung nun in Erfüllung gegangen sei und daß das Judentum der Welt nun [467:] ausgerottet würde und daß es herrlich sei, zu wissen, daß Hitler die Welt von ihren jüdischen Quälern befreie.

Angesichts der dem Gerichtshof vorliegenden Beweise ist es für Streicher nutzlos zu behaupten, daß die von ihm begünstigte Lösung des jüdischen Problems strengstens auf die Kennzeichnung der Juden als Fremde und den Erlaß einer Ausnahmegesetzgebung, wie die Nürnberger Gesetze, beschränkt gewesen sei, wenn möglich ergänzt durch die im Wege internationaler Abkommen erreichte Schaffung eines jüdischen Staates irgendwo in der Welt, wohin alle Juden auswandern sollten.

Streichers Aufreizung zum Mord und zur Ausrottung, die zu einem Zeitpunkt erging, als die Juden im Osten unter den fürchterlichsten Bedingungen umgebracht wurden, stellt eine klare Verfolgung aus politischen und rassischen Gründen in Verbindung mit solchen Kriegsverbrechen, wie sie im Statut festgelegt sind, und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.

Schlußfolgerung: Der Gerichtshof stellt daher fest, daß Streicher unter Anklagepunkt 1 nicht schuldig, jedoch unter Punkt 4 schuldig ist.

[468:]

FRITZ SAUCKEL

[...] *Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit*: Am 21. März 1942 ernannte Hitler Sauckel zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz mit der Vollmacht „den Einsatz aller verfügbaren Arbeitskräfte, einschließlich der im Ausland angeworbenen Arbeiter und von Kriegsgefangenen“ unter einheitliche Kontrolle zu bringen. Sauckel wurde angewiesen, innerhalb des Rahmens des Vierjahresplanes zu operieren, und am 27. März 1942 erließ Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan eine Verordnung, die seine Abteilungen für Arbeitseinsatz auf Sauckel übertrug. Am 30. September 1942 erteilte Hitler Sauckel Vollmacht, Kommissare in den verschiedenen besetzten Gebieten zu ernennen und „alle notwendigen Maßnahmen zur Durchführung“ der Verordnung vom 21. März 1942 zu treffen.

Auf Grund der Vollmacht, die er durch diese Verordnungen erhielt, stellte Sauckel ein Programm zur Mobilisierung aller für das Reich verfügbaren Arbeitskräfte auf.

Ein wichtiger Teil dieser Mobilisierung war die systematische, gewaltsame Ausbeutung der Arbeiterquellen der besetzten Gebiete. Kurz nachdem Sauckel sein Amt angetreten hatte, veranlaßte er die Regierungsbehörden in den verschiedenen besetzten Gebieten Verordnungen zu erlassen, die Arbeitsdienstverpflichtung nach Deutschland einführen. Auf Grund dieser Verordnungen beschafften sich Sauckels Kommissare, unterstützt von den Polizeibehörden der besetzten Gebiete, die Arbeiter, die zur Auffüllung der ihnen von Sauckel aufgegebenen Quoten nötig waren und sandten sie nach Deutschland. Er betrieb die sogenannte „freiwillige“ Anwerbung durch „einen ganzen Haufen männlicher und weiblicher Agenten, genau so wie es früher beim ‚Schanghaien‘ gemacht wurde“. Daß die wirklich freiwillige Anwerbung eher die Ausnahme als die Regel war, wird durch Sauckels Aussage vom 1. März 1944 bewiesen, daß „von den 5 Millionen ausländischen Arbeitern, die nach Deutschland gekommen sind, nicht einmal 200.000 freiwillig gekommen sind“. Obgleich er nun behauptet, daß diese Angabe nicht richtig sei, so lassen doch die Umstände, unter denen sie gemacht wurde, genau so wie das dem Gerichtshof vorgelegte Beweismaterial keinen Zweifel darüber, daß sie im wesentlichen richtig war.

Die Art und Weise, in welcher die unglücklichen Sklavenarbeiter zusammengetrieben und nach Deutschland transportiert wurden und was mit ihnen nach ihrer Ankunft geschah, ist schon beschrieben worden. Sauckel macht geltend, daß er für diese Übergriffe bei der Durchführung des Programms nicht verantwortlich ist. Er sagt, daß die Gesamtzahl der zu beschaffenden Arbeiter durch die Anforderungen der Landwirtschaft und der Industrie bestimmt wurde; daß die Beschaffung der Arbeiter Aufgabe der Besatzungsbehörden war, der Transport nach Deutschland diejenige der deutschen Eisenbahn und ihre Betreuung in Deutschland dem Arbeits- und dem Landwirtschaftsministerium, der Deutschen Arbeitsfront und der verschiedenen interessierten Industrien zufiel. Er sagte aus, daß er, soweit er zuständig gewesen sei, fortwährend auf menschliche Behandlung gedrängt habe.

Es steht jedoch außer allem Zweifel, daß Sauckel die Gesamtverantwortlichkeit für das Sklavenarbeitsprogramm hatte. Zur Zeit der in Frage stehenden Ereignisse hat er nicht verfehlt, über die Gebiete, welche er nun zur Alleinverantwortlichkeit anderer rechnet, die Kontrolle auszuüben. Seine Verordnungen waren es, die seinen Kommissaren Vollmacht zur Beschaffung von Arbeitern erteilten, und er war dauernd unterwegs, um die getroffenen Maßnahmen zu überwachen. Er war sich bewußt, daß rücksichtslose Methoden zur Beschaffung von Arbeitern angewendet wurden, und hat sie tatkräftig mit der Begründung unterstützt, daß sie zur Auffüllung der Quoten notwendig waren.

[469:] Sauckels Verordnungen sahen auch vor, daß er die Verantwortung für den Transport der Arbeiter nach Deutschland, für ihre Zuweisung an Arbeitgeber und für ihre Betreuung hatte, und daß die andern, mit diesen Maßnahmen befaßten Stellen ihm unterstellt waren. Er war über die bestehenden schlechten Bedingungen unterrichtet. Es hat nicht den Anschein, als ob er Brutalität als Selbstzweck befürwortete oder für ein Programm, wie z. B. Himmlers Plan zur Ausrottung durch Arbeit eintrat. Seine Einstellung wurde folgendermaßen in einer Verordnung ausgedrückt:

„Alle diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, daß sie bei denkbar sparsamstem Einsatz die größtmögliche Leistung hervorbringen.“

Das Beweismaterial zeigt, daß Sauckel die oberste Verantwortung für ein Programm trug, das die Deportation von mehr als 5 Millionen Menschen zum Zwecke der Zwangsarbeit erforderte, wobei viele von ihnen schreckliche Grausamkeiten und Leiden erdulden mußten.

Schlußfolgerung: Sauckel ist nicht schuldig nach Anklagepunkt 1 und 2. Er ist schuldig nach Anklagepunkt 3 und 4.

[470:]

ALFRED JODL

[...] *Verbrechen gegen den Frieden*: Eintragungen in dem Tagebuch Jodls vom 13. und 14. Februar 1938 zeigen, daß Hitler sowohl ihn als auch Keitel anwies, den militärischen Druck gegen Österreich, mit dem während der Schuschnigg-Konferenz durch das Vortäuschen militärischer Maßnahmen begonnen worden war, weiter aufrecht zu erhalten, und daß diese Maßnahmen ihren Zweck erreichten. Als Hitler den Beschluß faßte, Schuschniggs Volksabstimmung „nicht zu dulden“, brachte Jodl den „alten Entwurf“, das heißt den bestehenden Generalstabsplan mit in die Konferenz. Sein Tagebuch führt für den 10. März an, daß Hitler dann die Vorbereitungen zum „Fall Otto“ anordnete und die Weisung wurde von Jodl abgezeichnet. Am 11. März erließ Jodl zusätzliche Anordnungen, und paraphierte Hitlers Invasionsbefehl am gleichen Tage.

Bei der Planung des Angriffs auf die Tschechoslowakei war Jodl, den Schmundt-Aufzeichnungen zufolge, sehr tätig. Er zeichnete die Punkte 14, 17, 24, 36 und 37 in den Aufzeichnungen ab. Jodl gibt zu, daß er mit dem OKH übereinstimmte, daß der „Zwischenfall“ der zum deutschen Eingreifen führen sollte, spätestens um 14.00 Uhr am X minus 1 Tag, dem Tage vor dem Angriff stattfinden müsse, und führte aus, daß er zu einer festgesetzten Zeit bei gutem Flugwetter stattfinden müsse. Jodl beriet sich mit den Propaganda-Fachmännern über „unmittelbar bevorstehende gemeinsame Aufgaben“, wie zum Beispiel die deutschen Verletzungen des Völkerrechts, ihre Auswertung durch den Feind und die Widerlegungen durch die Deutschen, eine „Aufgabe“, die Jodl als „besonders wichtig“ ansah.

Nach München schrieb Jodl: „Die Tschechoslowakei hat als Machtfaktor ausgespielt ... Das Genie des Führers und seine Entschlossenheit, auch einen Weltkrieg nicht zu scheuen, haben erneut und ohne Gewaltanwendung den Sieg davon getragen. Es bleibt zu hoffen, daß die Ungläubigen, Schwachen und Zweifelnden bekehrt sind und bekehrt bleiben.“

Kurz nach der Besetzung des Sudetenlandes wurde Jodl ein örtlicher Befehlshaber, und erst Ende August 1939 wurde er Chef der Operationsabteilung im Oberkommando der Wehrmacht (OKW). Jodl besprach die Invasion Norwegens mit Hitler, Keitel und Raeder am 12. Dezember 1939; sein Tagebuch ist mit späteren Eintragungen über seine Tätigkeit bei der Vorbereitung dieses Angriffes reichlich versehen. [...]

Jodl sagte aus, daß Hitler einen Angriff Rußlands befürchtete und daß er deshalb zuerst angriff. Diese Vorbereitung hat fast ein Jahr vor der Invasion begonnen. Jodl befahl Warlimont schon am 29. Juli 1940 die Pläne vorzubereiten, da Hitler sich zum Angriff entschlossen habe; und Hitler sagte Warlimont später, daß er geplant hätte, im August 1940 anzugreifen, daß er den Angriff aber aus militärischen Gründen verschoben hätte. Jodl paraphierte Hitlers Weisung vom 12. November 1940, daß mündlich befohlene Vorbereitungen fortgesetzt werden sollten, und am 18. Dezember hat er auch den „Fall Barbarossa“ paraphiert. Am 3. Februar 1941 besprachen Hitler, Jodl und Keitel die Invasion, und er war am 14. Juni zugegen, als die endgültigen Anordnungen über den „Fall Barbarossa“ getroffen wurden.

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Am 18. Oktober 1942 erließ Hitler den Kommandobefehl und einen Tag später eine zusätzliche Erklärung, die nur an Kommandeure gerichtet war. Das Begleitschreiben wurde von Jodl unterzeichnet. Vorentwürfe dieses Befehls wurden von dem Stabe Jodls mit seinem Wissen hergestellt. Jodl sagte aus, daß er aus moralischen und rechtlichen Gründen stark dagegen eingestellt gewesen sei, aber er habe die Weiterleitung nicht verweigern können. Er besteht darauf, [471:] daß er versucht habe, die Härte des Befehls in der Praxis dadurch zu mildern, daß er Hitler nicht mitteilte, wenn er nicht ausgeführt wurde. Er zeichnete das Schreiben des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) vom 25. Juni 1944 ab, mit welchem nach den Landungen in der Normandie der Befehl bestätigt wurde.

Ein Plan zur Beseitigung der Sowjet-Kommissare war in der Weisung für den „Fall Barbarossa“ enthalten. Die Entscheidung, ob sie ohne Gerichtsverfahren getötet werden sollten, war von einem Offizier zu treffen. Ein Entwurf, der Jodls Handschrift enthält, schlägt vor, daß dies als Vergeltungsmaßnahme behandelt werde, und er sagte aus, daß dies sein Versuch gewesen sei, den Plan zu umgehen.

Als Hitler im Jahre 1945 die Kündigung der Genfer Konvention in Erwägung zog, vertrat Jodl die Auffassung, daß die Nachteile eines solchen Schrittes größer seien als seine Vorteile. Am 21. Februar sagte er Hitler, daß das Festhalten an dieser Konvention auf die Kriegsführung keine störende Wirkung haben würde und führte als Beispiel die Versenkung eines britischen Lazarettschiffes als Vergeltungsmaßnahme an, die dann als Versehen zu bezeichnen wäre. Er sagte, daß er sich so verhalten habe, weil dies die einzige Haltung war, die Hitler in Erwägung ziehen würde, und daß moralische oder rechtliche Gründe wirkungslos gewesen seien. Er stellt sich auf den Standpunkt, daß er auf diese Weise Hitler an der Kündigung der Konvention verhindert habe. Es gibt wenige Anhaltspunkte dafür, daß sich Jodl mit dem Zwangsarbeitsprogramm befaßte, und er scheint sich auf seine Funktion- die strategische Planung - konzentriert zu haben. Jedoch sagte er in seiner Ansprache vom 7. November 1943 an die Gauleiter, daß es erforderlich sei, „mit rücksichtsloser Energie und Härte“ in Dänemark, Frankreich und in den Niederlanden vorzugehen, um durchzudrücken, daß die Arbeit an dem Atlantik-Wall ausgeführt werde. [...]

Seine Verteidigung, in kurzem genommen, besteht in der Lehre von dem „Befehl des Vorgesetzten“, die durch Artikel 8 des Statuts als Verteidigung ausgeschlossen ist. Es sind keine mildernden Umstände vorhanden. Die Teilnahme an Verbrechen dieser Art ist noch nie von einem Soldaten verlangt worden, und er kann sich jetzt nicht hinter einer mythischen Forderung nach militärischem Gehorsam um jeden Preis als Entschuldigung für diese Verbrechen verbergen.

Schlußfolgerung: Der Gerichtshof hat Jodl nach allen 4 Anklagepunkten für schuldig befunden.

[472:]

ARTHUR SEYSS-INQUART

[...] *Verbrecherische Betätigung in Polen und den Niederlanden*: Seyß-Inquart wurde im September 1939 zum Chef der Zivilverwaltung von Südpolen ernannt. Am 12. Oktober 1939 wurde er Stellvertreter des Generalgouverneurs in dem Frank unterstehenden General-Gouvernement. Seyß-Inquart wurde am 18. Mai 1940 Reichsstatthalter für die besetzten Niederlande. Damit übernahm er die Verantwortung für die Verwaltung von Gebieten, die durch Angriffskriege besetzt worden waren und deren Verwaltung eine Lebensfrage für den deutschen Angriffskrieg war.

Als Stellvertreter des Generalgouverneurs des polnischen General-Gouvernements unterstützte Seyß-Inquart die harten Besatzungsmaßnahmen, die in Kraft gesetzt wurden. Im Verlauf einer Inspektionsreise durch das General-Gouvernement stellte er im November 1939 fest, daß Polen so zu verwalten sei, daß seine Wirtschaftsvorräte zugunsten Deutschlands ausgebeutet würden. Seyß-Inquart setzte sich auch für die Verfolgung der Juden ein, und war über den Beginn der AB-Aktion unterrichtet, die die Ermordung vieler polnischer Intellektueller zum Gegenstand hatte.

Als Reichsstatthalter für die besetzten Niederlande übte Seyß-Inquart unbarmherzigen Terror zur Unterdrückung allen Widerstandes gegen die deutsche Besetzung aus, ein Programm, das er selbst als "Vernichtung" der Gegner bezeichnete. In Zusammenarbeit mit den örtlichen höheren SS- und Polizeiführern hatte er mit der Erschießung der Geiseln zu tun, die wegen Angriffen gegen die Besatzungsbehörden festgenommen waren, und ferner mit der Einweisung in Konzentrationslager aller derer, darunter Geistliche und Erzieher, die einer feindlichen Haltung gegen die Besatzungsmethoden verdächtig waren. Viele holländische Polizisten wurden durch Androhung von Vergeltungsmaßnahmen gegen ihre Familien zur Beteiligung an diesen Aktionen gezwungen; auch holländische Gerichtshöfe wurden zur Teilnahme an diesen Programmen genötigt. Als sie aber zu verstehen gaben, daß sie zögerten, Freiheitsstrafen zu verhängen, weil tatsächlich so viele Gefangene getötet wurden, wurde in erheblichem Maße von Polizei-Schnellgerichten Gebrauch gemacht.

Die wirtschaftliche Verwaltung der Niederlande führte Seyß-Inquart durch, ohne die Regeln der Haager Konvention, die er als veraltet bezeichnete, zu beachten. Statt dessen wurde eine Politik der größtmöglichen Ausnutzung der Wirtschaftskraft der Niederlande angenommen und durchgeführt, ohne sich viel um ihre Auswirkung auf die Bevölkerung zu kümmern. Öffentlicher und privater Besitz wurde in großem Stil geplündert, und solchen Maßnahmen wurde der Anschein der Legalität durch Anordnungen Seyß-Inquarts verliehen; sie wurden unterstützt durch die Machenschaften der Finanzinstitute der Niederlande, die seiner Kontrolle unterstanden.

Sofort, nachdem Seyß-Inquart Reichsstatthalter für die Niederlande geworden war, begann er Sklavenarbeiter nach Deutschland zu schicken. Bis 1942 war die Arbeit in Deutschland theoretisch eine freiwillige, wurde aber tatsächlich durch starken wirtschaftlichen und staatlichen Druck erzwungen. Im Jahre 1942 ordnete Seyß-Inquart formell den Zwangsarbeitsdienst an und machte von den Diensten der Sicherheitspolizei und des SD Gebrauch, um eine Umgehung dieses Befehls zu verhindern. Während der Besetzung wurden 500.000 Menschen von den Niederlanden nach dem Reiche als Arbeiter gesandt und nur ein ganz geringer Bruchteil davon waren tatsächlich Freiwillige. Eine der ersten Maßnahmen, die Seyß-Inquart als Reichsstatthalter der Niederlande ergriff, war der Erlaß einer Reihe von Gesetzen, die die wirtschaftliche Schlechterstellung der Juden erzwangen. Darauf folgten Verordnungen, die ihnen auferlegten, sich registrieren zu lassen, Verordnungen, die sie zwingen, in Ghettos zu wohnen und den [473:] Davidstern zu tragen, sporadische Verhaftungen und Einsperrungen in Konzentrationslager, und schließlich, auf Vorschlag Heydrichs, die Massenverschleppung von fast 120.000 der 140.000 Juden Hollands nach Auschwitz und zur „Endlösung“. Seyß-Inquart gibt zu, daß er wußte, daß sie nach Auschwitz kamen, behauptet aber, daß er von Leuten, die in Auschwitz gewesen waren, gehört hätte, daß es den Juden dort verhältnismäßig gut gehe, und daß er gedacht habe, daß man sie dort für die Neuansiedlung nach dem Kriege festhalte. Auf Grund des Beweismaterials und in Ansehung seiner Amtsstellung ist es unmöglich, diesen Behauptungen Glauben zu schenken. Seyß-Inquart behauptet ferner, daß er nicht verantwortlich sei für viele der Verbrechen, die

während der Besetzung der Niederlande begangen wurden, da sie entweder vom Reich angeordnet waren, und von der Armee, die nicht seiner Kontrolle unterstand, ausgeführt wurden, oder von dem deutschen Höheren SS- und Polizeiführer, welcher, wie er behauptet, unmittelbar an Himmler berichtete. Es trifft zu, daß für einige der Ausschreitungen die Armee verantwortlich war, und daß der Höhere SS- und Polizeiführer, obschon er Seyß-Inquart zur Verfügung stand, stets direkt an Himmler berichten konnte. Es ist ebenfalls wahr, daß in gewissen Fällen Seyß-Inquart gegen besonders scharfe Maßnahmen, die von anderen Dienststellen getroffen wurden, protestierte, wie zum Beispiel, als er die Armee erfolgreich daran hinderte, die Politik der verbrannten Erde zur Anwendung zu bringen, und ferner, daß er beim Höheren SS- und Polizeiführer darauf drang, die Zahl der zu erschießenden Geiseln herabzusetzen. Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, daß Seyß-Inquart ein wissender und freiwilliger Teilnehmer an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit war, die während der Besetzung der Niederlande begangen wurden.

Schlußfolgerung: Das Gericht erkennt, daß Seyß-Inquart schuldig ist unter Anklagepunkt 2, 3 und 4, aber nicht schuldig unter Punkt 1.

Personenverzeichnis

A

Alvensleben, Alvo: 65
Alvensleben, Eno: 65
Amann, Max: 101
Astel, Karl: 311

B

Backe, Herbert: 48
Baldwin, Stanley: 73
Baldwin, William H.: 223
Bartels, Adolf: 160, 302
Barthou, Louis: 73
Beck, Ludwig: 40, 95, 101, 226, 259, 341 f., 362
Benda, Luise von: 362
Berger, Gottlob: 178
Biddle, Francis: 185
Bingel, Rudolf: 33
Bismarck, Otto von: 60, 344
Blaschke, Hans: 136
Blitt, Henry: 291
Blomberg, Werner von: 27, 31 f., 37, 91, 94 ff., 105, 318, 332, 341 f., 374
Bock, Fedor von: 354
Boepple, Ernst: 211 f., 214
Bohle, Ernst Wilhelm: 166
Bonnet, Georges: 60
Boris 111., König von Bulgarien: 136
Bormann, Albert: 383
Barmann, Alfred: 52, 140, 142 f., 172 f., 179, 184, 187, 214, 296, 323, 328, 330
Barmann, Martin: 8, 60, 110, 139, 196, 248, 305, 320, 395
Bosch, Carl: 31
Bräutigam, Otto: 174
Brauchitsch, Walther von: 99 f., 109
Braun, Eva: 60
Bredow, Ferdinand von: 93
Brehm, Bruno: 180
Brill, Hermann: 307
Bruckmann, Hugo: 160
Brüning, Heinrich: 69, 80, 234, 236
Brundage, Howard A.: 291
Buchmann, Erich: 317, 320
Buchrucker, Bruno Ernst: 233
Bühler, Josef: 199, 211 f., 214, 221, 388
Bülow, Bernhard von: 77
Bürckel, Josef: 128, 248, 251, 379 ff., 382, 384

Bullion, Irma von: 337
Burckhardt, Carl J.: 60
Buskühl, Ernst: 33

C

Canaris, Wilhelm: 99, 107, 132, 141, 347
Chamberlain, Houston Stewart: 161
Chamberlain, Neville: 39
Christiansen, Friedrich: 393
Churchill, Winston: 80
Connaught, Arthur William Herzog von: 66
Conti, Leonardo: 254
Coulondre, Robert: 60 f.

D

Daladier, Edouard: 73
Daluge, Kurt: 128, 241, 257 f., 262
Darré, Richard Walther: 126, 162
Diels, Rudolf: 23, 262
Dietl, Eduard: 335, 355
Dietrich, Otto: 60
Dimitroff, Georgi: 24
Dinter, Arthur: 302 ff.
Dönitz, Karl: 87, 114, 161, 182, 273, 332, 334, 352 ff., 357 f., 361, 400
Döscher, Hansjürgen: 57
Dollfuß, Engelbert: 120, 124 f., 127, 371, 373
Donnedieu de Vabres, Henri: 118, 185
Donnerhack, Arno: 306
Drexler, Anton: 153
Dwinger, Edwin Erich: 180

E

Eberhardt, Otto: 317
Ebert, Friedrich: 117
Eckart, Dietrich: 153 f., 271
Eden, Anthony: 61, 74 f., 80
Eduard III., König von England: 66
Eichmann, Adolf: 39, 128, 135, 145, 296
Einstein, Albert: 245
Eisenhower, Dwight D.: 353 f., 357, 397, 400
Eisner, Kurt: 153
Epp, Franz Ritter von: 231, 259, 274
Erzberger, Matthias: 68

Esser Hermann: 286
Exner, Franz: 340, 362

F

Fabricius, Hans: 225 f.
Falkenhayn, Erich von: 66
Feder, Gottfried: 230 f., 234, 304
Fegelein, Hermann: 142
Fellgiebel, Erich: 111
Fest, Joachim: 59
Fischböck, Hans: 393
Fischer, Ludwig: 214
Flick, Friedrich: 32
Forster, Albert: 250
Franco y Bahamonde, Francisco: 35, 76
Frank, Brigitte: 186, 195
Frank, Hans: 11 f., 135, 186-223, 250, 258, 273, 386 ff.
Frank, Karl Hermann: 257
Frick, Wilhelm: 11 f., 21, 24, 28, 71, 160, 224-263, 306 f., 312, 317, 319
Friedeburg, Hans-Georg von: 353
Fritsch, Werner Freiherr von: 37, 93, 97, 99, 267, 341 f.
Fritzsche, Hans: 271
Funk, Walther: 33, 43 f., 79, 249, 255, 260, 389
Furtwängler, Wilhelm: 201, 258

G

Galen, Clemens von: 174
Gareis, Karl: 228
Geigengack, Otto: 317
George, Heinrich: 207
Gerecke, Henry F.: 55
Gerngroß, Rupprecht: 259
Giesler, Hermann: 316
Giesler, Paul: 259
Gilbert, Gustave M.: 183, 186 f., 191, 261 ff.
Gillhuber: 262
Gisevius, Hans-Bernd: 243, 262
Glaser, Stefan: 264 f.
Gien, Douglas: 57
Globke, Hans: 246
Globocnik, Odilo: 126 f., 134, 372, 393
Goebbels, Joseph: 20 f., 28, 39, 68, 70, 101, 156, 160, 164, 166 f., 176, 184, 196, 201, 215 ff., 231, 234, 236 f., 242, 244, 246 f., 252, 256 ff., 266, 271, 274, 286, 304, 310, 316 ff., 330, 382, 396

Göring, Hermann: 8, 10 ff., 18-54, 55, 68, 70 f., 79, 97, 99 f., 105, 115, 118, 167 ff., 173, 187 f., 199, 201, 231, 234, 236 f., 239 ff., 246 f., 249, 262, 267 f., 284, 320, 326, 334, 340, 342, 352, 354, 361 f., 374, 377, 380, 389
Görlitz, Walter: 104
Goethe, Johann Wolfgang von: 308, 328
Graefe, Albrecht von: 303
Grandage: 65
Grauert, Ludwig: 24 f.
Greiser, Arthur: 215, 221, 250, 256
Griffith-Johnes, Mervyn: 290
Groener, Wilhelm: 236
Grohe, Josef: 251
Grünberg, Karol: 57
Gruhn, Erna (Eva): 97
Guderian, Heinz: 335
Günther, Hans Friedrich Karl: 233, 307
Gürtner, Franz: 198, 210, 228 f., 243, 265
Gütt, Arthur: 245
Gustloff, Wilhelm: 266, 319
Guttman, Herbert: 67, 384

H

Härtle, Heinrich: 182
Haffner, Sebastian: 291
Hahn, Ludwig: 136
Halder, Franz: 335, 342, 354, 361
Hammerschmidt, Franz: 384
Hanfstaengl, Ernst: 64
Hanke, Karl: 348
Hauptmann, Gerhart: 308
Heiden, Konrad: 265
Heilmann, Ernst: 232
Heim, Heinrich: 196
Heinrici, Gotthart: 114
Helldorf, Wolf Heinrich Graf von: 70, 97
Henckell, Otto: 68
Henckell, Käthe: 68
Herbert, Ulrich: 123
Herder, Johann Gottfried: 148
Herzl, Theodor: 289
Heß, Rudolf: 71, 79, 166, 200, 222, 249 f., 265, 374, 286
Hewel, Walter: 142
Heydrich, Reinhard: 26, 28, 37, 39, 84, 120, 126, 128 ff., 132 ff., 136 f., 141, 192, 199, 207, 257 f., 267, 372, 386, 398
Hiemer, Ernst: 289 f., 292
Hildebrand, Klaus: 57 f.
Hillgruber, Andreas: 57 ff., 78

Himmler, Heinrich: 12, 14, 23, 26 ff., 37, 45, 68, 71, 84, 111, 114, 120, 125 ff., 129 f., 132 ff., 139, 141 ff., 145, 162, 167, 172, 178, 182, 184, 187, 199, 207, 209, 212 ff., 221, 228, 239, 241 ff., 246, 250, 252, 256, 258 f., 262, 266 f., 271, 294, 296, 311, 317, 319, 327, 330, 372, 374, 380, 389, 394, 398-399

Hindenburg, Oskar von Beneckendorff u. von: 71

Hindenburg, Paul von Beneckendorff u. von: 21, 24, 28, 70 f., 73 f., 111, 117, 235, 237, 239, 310

Hitler, Adolf: 8 ff., 14 ff., 18 ff., 23 f., 26, 28 f., 31 f., 36 f., 39 ff., 45 f., 49, 51 f., 55, 57, 59 ff., 63 f., 68 ff., 82 ff., 87 ff., 92 f., 95 ff., 102 ff., 109 ff., 121, 124 ff., 130, 132, 139, 142 f., 145, 148, 150 ff., 154, 156 f., 159 ff., 163 ff., 172, 174, 177, 179 f., 182 ff., 194 ff., 205 ff., 213, 215 ff., 219 f., 224, 227 ff., 232 ff., 236 ff., 246 ff., 254 ff., 259 f., 262 f., 265 ff., 274, 279 ff., 291 f., 295 ff., 300 f., 303 ff., 310, 312, 314, 316 ff., 321 ff., 326, 328, 332, 335 f., 338 ff., 342 ff., 356 ff., 362 ff., 370 ff., 388 ff., 395 ff., 400

Hoesch, Leopold von: 77

Horstenau, Edmund Glaise von: 125

Horthy, Miklós: 128, 383

Hoßbach, Alfred: 99

Huber, Franz Josef: 128

Hugenberg, Alfred: 238, 240

Hupfauer, Theodor: 328

J

Jackson, Robert Houghwout: 263, 329

Jacobsen, Hans-Adolf: 57 f., 60

Jäckel, Eberhard: 57

Jahrreiß, Hermann: 362

Jodl, Alfred: 10, 12, 83, 99, 105 f., 110, 113, 115 f., 118, 142, 149, 272, 332-362

Jodl, Ferdinand: 336

Johst, Hanns: 160, 317

K

Kahr, Gustav Ritter von: 228 f., 285

Kaltenbrunner, Ernst: 10, 12, 115, 119-149, 186, 259, 271, 372

Kaltenbrunner, Hugo: 121

Kauffmann, Kurt: 146

Keitel, Bodewin: 99

Keitel, Karl-Heinz: 97

Keitel, Lisa, geb. Fontaine: 90

Keitel, Wilhelm: 9 f., 12, 88-118, 172, 249 f., 262, 332, 334, 341 ff., 346 f., 352 f., 357, 361 f.

Kelley, Douglas M.: 260

Kempner, Robert M. W.: 16, 186, 196, 222, 259 f., 262

Keppler, Wilhelm: 127, 318, 374, 383 f.

Kerrl, Hanns: 166

Kesselring, Albert: 115

Kirkpatrick, Sir Ivone: 71

Klagges, Dietrich: 162

Klausener, Hubert: 126

Klepper, Joachim: 253

Koch, Erich: 177, 179, 184, 322

Körner, Paul: 27, 71

Kolbenheyer, Guido: 160

Koppenberg, Heinrich: 33, 44

Kordt, Erich: 74

Krauch, Karl: 31, 34 f., 45

Krüger, Friedrich-Wilhelm: 135, 212 ff.

Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav: 23, 32, 38, 45

Kuhn, Axel: 57

L

Lammers, Hans-Heinrich: 110, 172, 211, 214 f., 238, 248 ff., 254 ff., 258, 262, 395

Langoth, Franz: 125

Lawrens, Sir Geoffry: 185

Lehmann, Julius F.: 160

Leibbrandt, Georg: 164, 174

Lenard, Philipp: 160

Leopold, Josef: 126

Ley, Robert: 160, 165 f., 179, 250, 271, 288, 328

Lippe, Graf von: 63

List, Sigmund Wilhelm: 354, 364

Loenidas, König von Sparta: 365

Loesener, Bernhard: 246

Lubbe, Marinus van der: 24, 224

Ludendorff, Erich: 101, 111, 229, 301, 303

Ludin, Hanns: 197, 234

Luther, Martin: 84

Lutze, Viktor: 203

M

MacDonald, Ramsay: 73

Malanowski, Wolfgang: 59

Mann, Heinrich: 336

Mann, Thomas: 308, 366

Marschler, Willy: 305 f.
Marx, Hanns: 293, 295
Maschka, Gertrud: 369
Meisinger, Josef: 267 f.
Meißner, Otto: 64, 71
Metzner, Alfred: 251
Meyer, Alfred: 174, 385
Michalka, Wolfgang: 57, 59, 78
Milch, Erhard: 27 f., 31
Moeller van der Bruck, Arthur: 156
Molo, Walter von: 308
Montgomery, Bernard Law: 353
Mühlmann, Kajetan: 384
Müller, Heinrich: 133, 141, 145
Müller, Ludwig: 244
Mussert, Anton Adriaan: 390 ff., 394, 396
Mussolini, Benito: 21, 39, 124, 142 f., 159, 168, 195, 379

N

Napoleon I., Kaiser der Franzosen: 63, 355
Nebe, Arthur: 145
Nelte, Otto: 117
Neuhausen, Franz: 44
Neurath, Konstantin Freiherr von: 37, 55, 73 f., 80, 163, 205, 257, 339, 374
Niemöller, Martin: 361
Nikitschenko, I. T.: 185
Nöthling, Erik: 256
Nolte, Ernst: 58

O

Ohlendorf, Otto: 133 f., 142, 261
Opfermann: 68
Oppenheim: 68
Ortlepp, Walter: 305, 320
Ossietzky, Carl von: 167
Otręba, Bolesław: 57

P

Pannenbecker, Otto: 262
Papen, Franz von: 21, 26 f., 55, 67, 69 ff., 80, 198, 236 f., 339, 245, 374
Paulus, Friedrich: 115, 395
Pfitzner, Hans: 207
Pfundtner, Hans: 238, 243, 256
Phipps, Sir Eric: 73
Pöhner, Ernst: 226 ff.
Pohl, Oswald: 130, 144 f.
Polte, Friedrich: 128

Popitz, Johannes: 32
Potocki, Graf von: 206
Preußen, Louise Margarete Prinzessin von: 66
Prittwitz und Gaffron, Olga-Margarete: 64

Q

Quisling, Vidkun: 169

R

Raeder, Erich von: 334
Rainer, Friedrich: 126 f., 183, 251, 372
Rauter, Hanns Albin: 393
Reichenau, Walther von: 27, 94, 99, 341
Reinicke, Hermann: 100
Reinhaller, Anton: 125 f.
Remarque, Erich Maria: 307
Revetera-Salandra, Peter Friedrich Graf: 125
Ribbentrop, Annelies von, geb. Henkell: 68, 70
Ribbentrop, Friedrich von: 63
Ribbentrop, Gertrud Charlotte von: 64
Ribbentrop, Ingeborg von: 63
Ribbentrop, Karl Barthold von: 64
Ribbentrop, Lothar von: 63
Ribbentrop, Richard von: 63
Ribbentrop, Rudolf von: 68
Ribbentrop, Sophie von, geb. Hertwig: 64
Ribbentrop, Ulrich Friedrich Willy Joachim von: 12, 37, 40 f., 55-87, 115, 118, 142, 163, 166, 188, 237, 346, 384
Riecke, Hans-Joachim: 174
Röchling, Herrmann: 32
Röhm, Ernst: 26 f., 37, 70 f., 157, 200, 228 f., 237, 242 f., 266, 303, 339
Roehnert, Hellmuth: 33
Röver, Carl: 208
Rommel, Erwin: 111, 359
Rooks, Lovell: 115
Roosevelt, Franklin D.: 82
Rosenberg, Alfred: 11 f., 68, 71, 74, 79 f., 102, 150-185, 234, 251, 262, 304, 322, 324, 393
Roth, Kunigunde: 283
Rundstedt, Gerd von: 203
Rust, Bernhard: 166

S

Salmann: 300
Sauckel, Fritz: 9, 11 f., 50 f., 179, 297-331
Savoyen, Prinz Eugen von: 46
Schacht, Hjalmar: 20, 31 ff., 55, 79, 199, 247, 295, 373 f., 396

Schellenberg, Walter: 128, 132 f., 141 ff.
 Scheringer, Richard: 197, 234
 Schickedanz, Arno: 163, 174
 Schieber, Walter: 320
 Schiller, Friedrich von: 59, 328
 Schirach, Baldur von: 262
 Schleicher, Kurt von: 27, 70, 80, 93, 198, 237, 339, 243
 Schlotterer, Gustav: 174
 Schmidt, Fritz: 387, 393, 395
 Schmitz, Hermann: 33
 Schmundt, Rudolf: 99
 Schörner, Ferdinand: 365
 Schönerer, Georg von: 121
 Schramm, Percy Ernst: 362
 Schröder, Kurt von: 71
 Schulenberg, Friedrich Werner Graf von der: 259
 Schultze-Naumburg, Paul: 160, 233, 247
 Schuschnigg, Kurt: 37, 100, 120, 125 ff., 347, 373, 375 f., 385
 Schwarz, Paul: 57
 Schwerin von Krosigk, Johann Ludwig Graf von: 32, 87, 559, 357
 Seeckt, Hans von: 253
 Seidl, Alfred: 221 f.
 Seldte, Franz: 252, 265
 Setterberg, Harriet: 222
 Severing, Carl: 232
 Sevez: 354
 Seyffardt, Hendrick A.: 395
 Seyß-Inquart, Arthur: 10, 12, 38, 125 ff., 191, 212, 367-400
 Siekmeier, Karl: 314
 Simon, John: 74
 Sixtus, Pater: 188
 Skorzeny, Otto: 142 f.
 Skubl, Michael: 127
 Smith, Walter B.: 354, 400
 Speer, Albert: 43, SO, 184, 215, 316, 323, 327 f., 354, 298
 Srbik, Heinrich Ritter von: 383
 Stahl, Rudolf: 33
 Stahlecker, Walter: 128
 Staimer: 226
 Stalin, J. W.: 41, 85
 Stang, Walter: 160
 Starhemberg, Ernst Rüdiger von: 124
 Stauffenberg, Claus Graf Schenk von: 110, 259, 350, 362
 Stauss, Emil Georg von: 20
 Steckenbach, Bruno: 130

Steengracht von Moyland, Adolf: 59
 Stennes, Walter: 234
 Stöhr, Franz: 304
 Storey, Robert: 260
 Strasser, Gregor: 21, 27, 156, 230 f., 236 f., 242 f., 303
 Strasser, Otto: 156, 233
 Strauß, Ottmar: 67
 Streicher, Adele: 293 f.
 Streicher, Julius: 11 f., 68, 188, 202, 208, 211, 221, 244, 262, 264-296
 Stresemann, Gustav: 80
 Stuckart, Wilhelm: 248, 250, 255 f., 262
 Susloparow, Iwan: 354

T

Taylor, Telford: 340
 Terboven, Josef: 256, 389
 Thierack, Otto Georg: 210, 256
 Thoma, Alfred: 185
 Thomas, Georg: 46, 100, 109
 Thyssen, Fritz: 20, 25
 Tippelskirch, Kurt von: 114
 Todt, Fritz: SO, 203
 Traxel, Paula: 138
 Troost, Paul: 167
 Trotha, Thilo von: 163, 166

U

Unruh, Walter von: 393
 Urban, Gotthart: 160

V

Vaillant-Couturier, Marie-Claude: 295
 Vansittart, Robert: 80
 Vlissingen, Fentner van: 68
 Vögler, Albert: 31
 Vollert, Ernst: 257, 259

W

Wagner, Josef: 231
 Walsh, William F.: 260
 Warlimont, Walter: 99, 362
 Weitz, John: 57 ff.
 Weizsäcker, Ernst Baron von: 84
 Wenck, Walter: 113
 Wendt, Hans-Friedrich: 197, 234
 Wetzell, Elisabeth: 301
 Wietersheim, Gustav von: 344

Wilhelm II., Deutscher Kaiser und König von Preußen: 64	Wohlhat, Helmuth: 35
Wilhelmina, Königin der Niederlande: 390, 392	Wood, John C.: 55
Willikes, Werner: 231	Wunder, Gerd: 182
Wimmer, Friedrich: 393, 400	
Winkelmann, Henri Gerard: 394	Z
Winkelmann, Otto: 135	Zangen, Wilhelm: 33
Winkler, Max: 42	Zeitler, Kurt: 335
Winter, August: 362	Ziegler, Hans Severus: 302 ff., 308, 317
Wirth, Joseph: 232	Zörner, Ernst: 214
Witzleben, Erwin von: 111	Zunkel, Gustav: 306

Bildnachweis

Archiv für Kunst und Geschichte, Berlin: Umschlagvorderseite, Umschlagrückseite, S. 13, 19, 86, 89, 117, 119, 144, 184, 329, 363

Archiv der Herausgeber: S. 22, 38, 53 (o.), 76, 113, 151, 172, 189, 204, 215, 219, 255, 261, 272, 278, 284, 309, 316, 322, 333, 345, 355, 368, 376, 378, 391

Bibliothek für Zeitgeschichte, Stuttgart: S. 131, 479; Bundesarchiv Koblenz: S. 138, 139

Deutsche Bücherei, Leipzig: S. 29, 53 (u.), 56, 62, 80, 102, 110, 114, 164, 181, 227, 270, 285, 313, 315, 350

Preußischer Kulturbesitz Berlin, Bildarchiv: S. 7

Autorenverzeichnis

Peter Black – geb. 1950 in Boston/Massachusetts (USA), studierte an der University of Wisconsin und an der Columbia University of New York, an deren Department of History er promovierte. 1991 erschien sein Buch „Ernst Kaltenbrunner. Vasall Himmlers: Eine SS-Karriere“. Seit 1978 ist er im Justizministerium der Vereinigten Staaten in der Abteilung für Sonderermittlungen tätig, derzeit als ihr Chefhistoriker.

Dietrich Eichholtz – geb. 1930 in Danzig, studierte Wirtschaftswissenschaften und Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, wo er 1959 zum Dr. rer. oec. promovierte und 1968 habilitierte; von 1955-1991 Professor am Zentralinstitut für deutsche Geschichte der Akademie der Wissenschaften, zuletzt an der Technischen Universität Berlin. Seine wichtigsten Forschungsgebiete sind die Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, die Geschichte des Nationalsozialismus sowie die Geschichte des Zweiten Weltkrieges; er verfaßte dazu zahlreiche Publikationen, u. a. die dreibändige „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945“.

Werner Fischer – geb. 1940; Studium der Geschichte, Wirtschaftsgeschichte und Soziologie in Berlin; 1966-1970 Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Deutsche Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; 1971-1989 Arbeiten zur Zeitgeschichte und aktuellen Politik; seit 1992 sozialwissenschaftliche Projekte zum politischen und sozialen Wandel in Deutschland nach 1990.

Gerhart Hass – geb. 1931 in Berlin, studierte Geschichte und Kunstgeschichte in Berlin und Leningrad. 1962 promovierte er an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg mit der Monographie „Von München bis Pearl Harbor. Zur Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen 1938-1941“; seit 1974 Professor am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften zu Berlin, seit 1996 im Ruhestand. Er publizierte zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges, darunter zum Hitler-Stalin-Pakt (1990).

Kurt Pätzold – geb. 1930 in Breslau, studierte Geschichte, Philosophie und politische Ökonomie in Jena, 1963 Promotion, 1973 Habilitation an der Humboldt Universität Berlin, dort bis 1992 Inhaber des Lehrstuhls für deutsche Geschichte; Spezialgebiete: Geschichte des deutschen Faschismus, Geschichte des Antisemitismus und der Judenverfolgung; Publikationen: Geschichte der NSDAP, Adolf Hitler. Eine politische Biographie (beide gemeinsam mit M. Weißbecker), „Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof“. Franz Novak – der Transportoffizier Adolf Eichmanns (Gemeinsam mit Erika Schwarz) u. a.

Manfred Weißbecker – geb. 1935 in Chemnitz, studierte Geschichte, Germanistik und Pädagogik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena; 1962 Promotion, 1967 Habilitation; Ordinarius für deutsche Geschichte in Jena bis 1992.

Forschungsgebiete: Geschichte der Weimarer Republik sowie der politischen Parteien in Deutschland, Widerstandskampf im und Geschichte des Nationalsozialismus. Publikationen: Geschichte der NSDAP, Adolf Hitler. Eine politische Biographie (beide gemeinsam mit K. Pätzold), Macht und Ohnmacht der Weimarer Republik u. a.